

BETEILIGUNGSBERICHT 2012

der Stadt Halle (Saale)



Herausgeberin:

Stadt Halle (Saale)
Der Oberbürgermeister
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Erstellt durch:

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)
Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 581-2822
Telefax: (0345) 581-2835
E-Mail: info@bma-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

1.0	EINLEITUNG	7
	Vorwort	8
2.0	GRUNDINFORMATIONEN	9
2.1	AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	10
	Gesetzliche Grundlagen	11
	Zielsetzung	12
	Aufbau	13
2.2	ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN	14
	Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2012	15
	Beteiligungsliste	16
2.3	UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG	19
	Unternehmensorganisation	20
	Unternehmensführung	21
2.4	BETEILIGUNGSPOLITIK	22
2.5	ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN	24
	Finanzbeziehungen 2012 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen	25
	Geschäfts- und Ertragslage	34
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012	34
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011	37
	- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010	40

2.6	ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE	43
2.7	ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN	49
3.0	EINZELBERICHTERSTATTUNG	54
3.1	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	55
	Stadtwerke Halle GmbH	56
3.2	VER- UND ENTSORGUNG	66
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	67
	A/V/E GmbH	76
	Cives Dienste GmbH	82
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH	88
	Energieversorgung Halle Netz GmbH	94
	EVH GmbH	104
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	116
	Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	121
	Hafen Halle GmbH	129
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	136
	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	148
	IT-Consult Halle GmbH	157
	Meter1 GmbH & Co. KG	164
	Meter1 Verwaltung GmbH	169
	M-Exchange AG	172
	Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	177
	RAB Halle GmbH	182
	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	188
	TELONON Abwasserbehandlung GmbH	194
	WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	199
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	206

3.3	VERKEHR	213
	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	214
	Hallesche Verkehrs-AG	219
	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	231
	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	242
	Saalebus GmbH	248
	Servicegesellschaft Saale mbH	253
3.4	WOHNUNGSWIRTSCHAFT	260
	Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	261
	EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	266
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	276
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	287
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	311
3.5	WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	314
	Bio-Zentrum Halle GmbH	315
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	327
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	334
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	340
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	349
	TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	373

3.6	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	386
	Bäder Halle GmbH	387
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	395
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	405
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	413
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	426
	Maya mare GmbH & Co. KG	432
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	438
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	442
	Serva GmbH	450
	Stadion Halle Betriebs GmbH	453
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	458
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	461
3.7	KULTUR	465
	Stiftung Händel-Haus	466
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	469
	Zoologischer Garten Halle GmbH	484
3.8	BETEILIGUNGSMANAGEMENT	490
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	491

1.0 EINLEITUNG

Vorwort des Oberbürgermeisters

Die Stadt Halle (Saale) stellt ihren Einwohnern umfangreiche kommunale Dienstleistungen zur Verfügung, die in nahezu allen Lebensbereichen der Bevölkerung wirken. Zur Erfüllung dieser Aufgaben darf sich die Stadt dabei Unternehmen verschiedener öffentlicher und privater Rechtsformen bedienen.

Diese zum Konzern Stadt Halle (Saale) gehörenden Beteiligungen leisten gemeinsam einen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadt. Für das Gemeinwohl notwendig ist ein angemessener Ausgleich zwischen wirtschaftlich leistungsstarken Unternehmen und den Beteiligungen, die Ihren öffentlichen Zweck nur unter Inanspruchnahme von Zuschüssen und Transferleistungen erfüllen können.

Zur Gewährleistung der städtischen Vorgaben wirkt die Stadt Halle (Saale) im Rahmen einer angemessenen Einflussnahme auf diese Beteiligungen ein.



Ein Public Corporate Governance Kodex zur Umsetzung anerkannter Grundsätze und Standards guter Unternehmensführung und Kontrolle öffentlicher Unternehmen in einer einheitlichen und allgemeinen anerkannten Form soll im Jahr 2013 vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen werden.

Den Geschäftsleitungen, den Beschäftigten sowie den Mitgliedern in den Aufsichtsgremien der städtischen Beteiligungen danke ich für ihr Engagement und für die Arbeitserfolge im Geschäftsjahr 2012.

Mein Dank gilt weiterhin der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für die kompetente und vertrauensvolle Beratung in Beteiligungsangelegenheiten.

Halle (Saale), im August 2013

A handwritten signature in blue ink, which appears to read "Bernd Wiegand". The signature is written in a cursive style.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

2.0 GRUNDINFORMATIONEN

Aufgabe und Aufbau des Beteiligungsberichtes

Übersicht über den Stand an Beteiligungen

Unternehmensorganisation und -führung

Beteiligungspolitik

Übersicht über ausgewählte finanz- und betriebswirtschaftliche Daten aller bedeutsamen Beteiligungen

Erläuterungen betriebswirtschaftlicher Fachbegriffe

Erläuterungen der Bilanz- und Leistungskennzahlen

2.1 AUFGABE UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES

Gesetzliche Grundlagen

Zielsetzung

Aufbau

Gesetzliche Grundlagen

Die Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 2009, zuletzt geändert am 30. November 2011, verpflichtet die Kommunen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes. Nach § 118 Abs. 2 GO-LSA hat eine Stadtverwaltung dem Stadtrat einen Bericht über die Beteiligungen und Unterbeteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des öffentlichen und privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % beteiligt ist, vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht hat insbesondere Angaben zu enthalten über:

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufes, die Lage des Unternehmens, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft für das jeweilige letzte Geschäftsjahr sowie im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer,
4. die gewährten Gesamtbezüge an die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens.

Der Beteiligungsbericht ist im Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu erörtern.

Die Stadtverwaltung hat die Einwohner über den Beteiligungsbericht in geeigneter Form zu unterrichten.

Zielsetzung

Der Beteiligungsbericht zielt auf eine transparente und fundierte Information über die wirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Halle (Saale) ab und dient somit als zusammenfassendes Informationsinstrument nicht nur den städtischen Entscheidungsträgern. Adressiert wird der Bericht auch an die Öffentlichkeit, zu denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) zählen. Angesprochen fühlen sollen sich auch die Partner der Stadt und ihrer Unternehmen.

Die Stadt Halle (Saale) hält im Berichtsjahr 2012 bedeutsame unmittelbare oder mittelbare Beteiligungen an 3 Eigenbetrieben, 5 Stiftungen und 46 Kapital- bzw. Personengesellschaften und ist Gewährsträger einer Anstalt öffentlichen Rechts.

Diese 55 bedeutsamen städtischen Beteiligungen stellen gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar und bieten neben ihren kommunalen Dienstleistungen rund 6.250 Mitarbeitern und 245 Auszubildenden im Jahresdurchschnitt 2012 einen zukunftsorientierten und attraktiven Arbeitsplatz.

Die rechtlichen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage der Beteiligungen werden komprimiert dargestellt. Neben einer kurzen Darstellung des Gegenstandes des einzelnen Unternehmens wird auch eine Aussage zum öffentlichen Zweck getroffen. Branchen- oder geschäftsspezifische Leistungsdaten (in der Regel nichtmonetäre Größen) stellen mengenmäßige Informationen über die Art und den Umfang der sachlichen Unternehmensleistung dar und vermitteln einen Eindruck über den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Die Entwicklung der Beteiligungen und deren derzeitiger Status lassen sich darüber hinaus anhand von Mehrjahres-Vergleichen unter Anwendung marktüblicher Kennziffern nachvollziehen.

Berichte zur Lage der Beteiligungen geben dazu Erläuterungen und bieten gleichzeitig einen Ausblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung.

Ebenso richtet sich der Report an alle Interessenten für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandort im Zentrum Mitteldeutschlands. Sie sind bei der Mitwirkung am eingeleiteten Veränderungsprozess jederzeit und gerne willkommen.

Aufbau

Der Beteiligungsbericht ist so gegliedert, dass die Beteiligungsunternehmen nach der Einleitung zunächst in einer Übersicht zusammengefasst und danach einzeln dargestellt werden.

Die Übersichtsdarstellungen ermöglichen dem interessierten Leser sowohl mit einer grafischen Veranschaulichung in Form eines Organigramms als auch mit tabellarischen Darstellungen einen raschen Überblick über das wesentliche städtische Beteiligungs-Portfolio.

Die Einzeldarstellungen bieten dann weitergehendere und tiefgreifendere Auskünfte.

Gegenüber dem letzten Beteiligungsbericht 2011 wurde der grundsätzliche Aufbau unverändert weitergeführt.

Die Beteiligungen werden im Rahmen der Einzeldarstellung in acht Aufgabenbereiche gegliedert.

Zur schnelleren Orientierung werden die Beteiligungen innerhalb des jeweiligen Aufgabenbereiches alphabetisch aufgeführt.

Die automatisch erstellten Einzelberichte werden nach Nennung des Unternehmens wie folgt strukturiert:

- a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen (einschließlich des öffentlichen Zwecks)
- b) Besetzung der Organe
- c) Beteiligungen
- d) Geschäftsentwicklung
 - aa) Bilanzdaten
 - bb) Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
 - cc) Kennzahlen zur Ertragslage
 - dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur
 - ee) Leistungsdaten
- e) Lage des Unternehmens

Die Struktur der Darstellungsform ist für die einzelnen Beteiligungen einheitlich gewählt.

Alle in der Gemeindeordnung geforderten Informationen sind enthalten.

Der Leitfaden Nr. 3 „Inhalt eines Beteiligungsberichtes“, herausgegeben im Januar 2005 vom Ministerium des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt, wurde der Konzeption dieses Reports zugrunde gelegt.

2.2 ÜBERSICHT ÜBER DEN STAND AN BETEILIGUNGEN

Organigramm

Beteiligungsliste

Übersicht über den Stand an Beteiligungen - Organigramm zum 31.12.2012

STADT HALLE (SAALE)

	PRIVATRECHTLICHE UNTERNEHMEN	EIGEN-BETRIEBE	KOMMUNALE STIFTUNGEN o. ä.	
1. Unternehmens-zusammenschluss 2. Ver- und Entsorgung	Stachwerke Halle GmbH 100,0% 30,000 TEUR			
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100,0% 30 TEUR			
	A/V/E GmbH 23,9% 560 TEUR			
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geisetal mbH 20,0% 260 TEUR			
	EVH GmbH 100,0% 10,250 TEUR			
	Energieversorgung Halle Netz GmbH 100,0% 25 TEUR			
	Meter1 GmbH & Co. KG 33,3% 2,500 TEUR			
	Meter1 Verwaltung GmbH 33,3% 25 TEUR			
	Netzzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100,0% 25 TEUR			
	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50,0% 25 TEUR			
	Fernwasser- und Abwasser-Service GmbH 75,5% 127,823 TEUR			
	Hafen Halle GmbH 100,0% 512 TEUR			
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100,0% 10,000 TEUR			
	Diens Dienste GmbH 100,0% 25 TEUR			
	Maya mare GmbH & Co. KG 12,5% 10,226 TEUR			
	WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH 60,0% 256 TEUR			
	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH 100,0% 26 TEUR			
	Hautechwerk Halle-Trotha GmbH 50,0% 300 TEUR			
	IT-Consult Halle GmbH 100,0% 250 TEUR			
	M-Exchange AG 7,0% 100 TEUR			
	RAB Halle GmbH 100,0% 300 TEUR			
	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH 100,0% 25 TEUR			
	TELDONION Abwasserbehandlung GmbH 100,0% 26 TEUR			
	3. Verkehr	Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin 41,1% 1,000 TEUR		
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 12,5% 74 TEUR		
		Hallesche Verkehrs-AG 100,0% 51,200 TEUR		
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 11,0% 74 TEUR		
		OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH 51,0% 30 TEUR		
		Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 1,7% 74 TEUR		
		Saalebus GmbH 50,0% 25 TEUR		
Servicegesellschaft Saale mbH 51,0% 50 TEUR				
4. Wohnungswirtschaft		IGWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH 100,0% 12,782 TEUR		
		Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH 100,0% 256 TEUR		
	Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH 100,0% 102,259 TEUR			
	HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG 99,9% 10 TEUR			
	Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale) 100,0% 25 TEUR			
5. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung	Bio-Zentrum Halle GmbH 51,0% 26 TEUR			
	Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG 100,0% 25 TEUR			
	Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH 100,0% 25 TEUR			
	MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH 100,0% 25 TEUR			
	Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 55,0% 25 TEUR			
	IT&Z Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH 60,0% 26 TEUR			
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH 16,0% 30 TEUR			
	Stadion Halle Betriebs GmbH 51,0% 25 TEUR			
	Bäder Halle GmbH 100,0% 300 TEUR	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung 100,0% 25 TEUR	Dehale-Zeyssche-Stiftung 311 TEUR	
	FTZ Freizeiter Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100,0% 26 TEUR	Eigenbetrieb Kindertagesstätten 100,0% 0 TEUR	Paul-Rebeck-Stiftung zu Halle an der Saale 12,823 TEUR	
Maya mare GmbH & Co. KG 82,4% 10,226 TEUR		Senra GmbH 100,0% 26 TEUR		
6. Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport			Stiftung Hospital St. Cyniac et Antoni zu Halle (Saale) 12,372 TEUR	
			Wilhelm-Herbert-Mann-Stiftung 344 TEUR	
			Stiftung Hilde Haus 6,481 TEUR	
7. Kultur	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle 100,0% 25 TEUR			
	Zoologischer Garten Halle GmbH 100,0% 26 TEUR			
8. Beteiligungsmanagement			BMA BeteiligungsmanagementKursaal Halle (Saale) 100,0% 10 TEUR	

Beteiligungsliste

BETEILIGUNG	gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
1. UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS		
Stadtwerke Halle GmbH	30.000	100,00
2. VER- UND ENTSORGUNG		
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
A/V/E GmbH	550	23,90
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH	260	20,00
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	25	50,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	127.823	22,88
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	300	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	2.500	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	25	33,33
M-Exchange AG	100	7,00
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	256	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

BETEILIGUNG

gezeichnetes
Kapital in
TEUR

Anteil der
Stadt
in %

3. VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	1.000	41,10
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	74	24,27
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	30	51,00
Saalebus GmbH	25	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	50	51,00

4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	256	100,00
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	25	100,00
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	12.782	100,00
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	102.259	100,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH	26	50,96
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	25	100,00
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	25	100,00
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	25	100,00
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	25	55,00
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	26	60,00

BETEILIGUNG		gezeichnetes Kapital in TEUR	Anteil der Stadt in %
6.	GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT		
	Bäder Halle GmbH	300	100,00
	Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	30	16,00
	Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	25	100,00
	Eigenbetrieb Kindertagesstätten	0	100,00
	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
	Maya mare GmbH & Co. KG	10.226	94,90
	Oelhafe-Zeysesche-Stiftung	311	
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	12.823	
	Serva GmbH	26	100,00
	Stadion Halle Betriebs GmbH	25	51,00
	Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	12.372	
	Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	344	
7.	KULTUR		
	Stiftung Händel-Haus	6.481	
	Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	25	100,00
	Zoologischer Garten Halle GmbH	26	100,00
8.	BETEILIGUNGSMANAGEMENT		
	BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	10	100,00

2.3 UNTERNEHMENSORGANISATION UND -FÜHRUNG

Unternehmensorganisation

Unternehmensführung

Unternehmensorganisation

Im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2011 haben sich folgende wesentliche Veränderungen in der Unternehmensorganisation ergeben:

Die Stadtwerke Halle GmbH hat im Geschäftsjahr 2011 einen Vertrag über den Erwerb von 20 % der Geschäftsanteile an der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) geschlossen. Ein vereinbartes weitreichendes Rücktrittsrecht, welches bis Ende 2012 bestand, ist von der Stadtwerke Halle GmbH nicht ausgeübt worden. Im Beteiligungsbericht 2012 der Stadt Halle (Saale) wird erstmals über die Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH berichtet.

Mit notarieller Urkunde vom 27.07.2012 ist die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH gegründet worden. Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH und die GP Papenburg Hochbau GmbH sind zu jeweils 50 % am Stammkapital der Gesellschaft beteiligt. Im Geschäftsjahr 2012 hatte die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH einen Geschäftsbetrieb von lediglich untergeordneter Bedeutung. Eine Berichterstattung im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2012 erfolgt nicht.

Mit notariellem Vertrag vom 27.06.2012 und Wirkung zum 01.07.2012 hat die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale die Geschäftsanteile an der EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH vom Bauverein Halle & Leuna eG erworben. Als Alleingesellschafter der EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH übertrug die Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale ebenfalls mit Wirkung zum 01.07.2012 im Wege der Einzelrechtsnachfolge wesentliche Aktiva und Passiva der EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH zu Buchwerten in ihr Vermögen. Die notarielle Beurkundung des Übertragungsvertrages erfolgte am 05.07.2012. Eine Berichterstattung zur EWIA - Gesellschaft für Wohnen im Alter mbH im Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2012 erfolgt nicht mehr.

Direkt beteiligt ist die Stadt Halle (Saale) nach den Veränderungen im Beteiligung-Portfolio weiterhin an drei Eigenbetrieben und fünf kommunalen Stiftungen.

Für eine Anstalt öffentlichen Rechts, die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), ist die Stadt Gewährsträgerin.

Die Stadt Halle (Saale) ist direkt an 15 Kapital- bzw. Personengesellschaften beteiligt, die in diesem Beteiligungsbericht aufgeführt sind. Ein privatrechtliches Unternehmen erfüllt eine Holdingfunktion.

Die Stadtwerke Halle GmbH ist an zahlreichen Kapital- und Personengesellschaften direkt und indirekt beteiligt. Diese Gesellschaft bündelt nunmehr die Aktivitäten der Ver- und Entsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs.

Das Organigramm der städtischen Unternehmen und Beteiligungen kann Ziffer 2. 2. (Übersicht über den Stand an Beteiligungen) dieses Beteiligungsberichtes entnommen werden.

Unternehmensführung

Die Steuerung und Überwachung der städtischen Beteiligungen erfolgt durch die Stadt unter Berücksichtigung der kommunalpolitisch orientierten Zielvorgaben.

Instrumente für die laufende Steuerung und Überwachung sind Beschlüsse des Aufsichtsgremiums oder der Gesellschafter / Hauptversammlung zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen, Lageberichten und sonstigen Vorlagen.

Die Stadt wird als Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung tätig. Ferner wird die Stadt über städtische Vertreter in den Aufsichtsgremien tätig.

Die Entscheidung über die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Einschränkung oder Auflösung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen, die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts und die Änderung der Beteiligungsverhältnisse sowie die Umwandlung der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen bleibt dem Stadtrat vorbehalten (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 9 GO-LSA).

Gleiches gilt bei Stiftungen für die Umwandlung des Zwecks, die Zusammenlegung und Aufhebung von Stiftungen sowie die Verwendung des Stiftungsvermögens (vgl. § 44 Abs. 3 Ziffer 11 GO-LSA).

Die Stadt Halle (Saale) hat nach der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO-LSA) die Aufgabe, das Beteiligungsmanagement durch eine fachlich geeignete Stelle zu gewährleisten.

Diese Gewährleistungsverpflichtung wurde durch Satzung als eigene Aufgabe auf die „BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)“ (nachfolgend BMA) übertragen.

Die BMA unterstützt die Stadt Halle (Saale) bei der Überwachung der Einhaltung der öffentlichen Aufgabenerfüllung und der Sicherstellung der wirtschaftlichen Ziele der Beteiligungsunternehmen.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) hat in seiner Sitzung am 25. Oktober 2006 die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale), zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates am 26. Mai 2010, beschlossen.

Diese Richtlinie beschreibt einen verbindlichen Rahmen, wie das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) im Zusammenwirken zwischen der Stadt, den städtischen Vertretern in Aufsichtsgremien und den Beteiligungen gewährleistet werden soll.

Die Stadt legt mit dieser Beteiligungsrichtlinie für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen verbindlich die Regeln für das Beteiligungsmanagement fest.

Nicht zuletzt bildet die Beteiligungsrichtlinie die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren Beteiligungen.

2.4 BETEILIGUNGSPOLITIK

Beteiligungspolitik

Die **Beteiligungspolitik** der Stadt Halle (Saale) hat ihren Ursprung in der Ausgliederung von kommunalen Leistungen aus der Kernverwaltung. Aufgaben aus dem Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch städtische Beteiligungen in verschiedenen privaten und öffentlichen Rechtsformen erbracht werden.

Die Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Stadt Halle (Saale) im Umgang mit ihren Beteiligungen. Mit dem Blick auf das **Wohl der städtischen Gemeinschaft** können die Beteiligungen die ihnen übertragenen Aufgaben rechtlich einwandfrei und in einer hohen Qualität erbringen sowie stets an den Bedürfnissen der Kunden/Bürger orientieren und ausrichten (Gebot der Erfüllung eines **öffentlichen Zwecks**).

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine leistungsstarke Kommunalwirtschaft als **Werkzeug politischer Gestaltung** eine wichtige Säule kommunalpolitischen Handelns. Dabei ist eine funktionelle Infrastruktur für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die ansässigen Unternehmen gleichermaßen wichtig wie die Versorgungssicherheit.

Neben der eigenen Wirtschaftskraft der Beteiligungen bilden diese ein Grundfundament für eine aktive Wirtschaftspolitik. Eine **nachhaltige Beteiligungssteuerung** unter Berücksichtigung der zukünftigen **demografischen Herausforderungen** leistet einen wichtigen Beitrag zur Beschäftigungssicherung sowie Ausbildungsförderung und ist ein bedeutsames **Instrument der Arbeits- und Sozialpolitik**.

Unter Berücksichtigung angespannter Haushaltslagen gewinnt die Stärkung der kommunalen **Finanzkraft** im Zusammenhang mit der Beteiligungspolitik weiter an Bedeutung. Es werden neue Wege im Zusammenwirken der Stadt Halle (Saale) mit ihren Beteiligungen beschritten und die Betrachtungsweise als **Konzern-Stadt** rückt immer mehr ins Zentrum einer umsichtigen Beteiligungspolitik.

Darauf aufbauend übt die Stadt Halle (Saale) ihren **strategischen Einfluss** auf die Beteiligungen als Gesellschafter und über die städtischen Vertreter in den Aufsichtsgremien aus. Den Beteiligungen wird eine solide Basis für ihr **operatives Handeln** geschaffen.

Mit dem neuen strategischen Ansatz „**Shared Services**“ (gemeinsam erbrachte Dienstleistungen) werden die Vorteile des „Konzern Stadt Halle an der Saale“, also die Kernverwaltung und die städtischen Beteiligungen, stärker genutzt. Im Ergebnis entstehen Synergieeffekte und ein erhöhter Nutzen für die Stadt.

Eine **fortwährende Überprüfung** des Beteiligungsportfolios zur Sicherung einer leistungsstarken und zukunftsfähigen Kommunalwirtschaft ist ein wichtiger Teil der Beteiligungspolitik.

Ein Beleg für die wirkungsvolle Beteiligungspolitik sind die wirtschaftlichen Erfolge der städtischen Beteiligungen mit ihren positiven Effekten auf den Haushalt der Stadt Halle (Saale).

2.5 ÜBERSICHT ÜBER AUSGEWÄHLTE FINANZ- UND BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE DATEN ALLER BEDEUTSAMEN BETEILIGUNGEN

**Finanzbeziehungen 2012 zwischen Kernhaushalt und
Beteiligungen**

Geschäfts- und Ertragslage

Finanzbeziehungen 2012 zwischen Kernhaushalt und Beteiligungen

		Angaben in TEUR									
		Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.12)	Stand Bürg- schaften (31.12.12)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
1.	UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS	1.223								7.524	
	Stadtwerke Halle GmbH	1.223 ²⁾								7.524	
2.	VER- UND ENTSORGUNG		48				21.589			8.344	
	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau							(1.152 ³⁾)			
	A/V/E GmbH							(138 ³⁾)			
	Cives Dienste GmbH							(3 ³⁾)			
	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft mbH (EWAG) Geiseltal							(43 ³⁾)			
	Energieversorgung Halle Netz GmbH							(3.616 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

²⁾ Zuschüsse Dritter zur Weiterleitung an HAVAG

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.12)	Stand Bürg- schaften (31.12.12)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

VER- UND ENTSORGUNG

EVH GmbH		13				(23.021 ³⁾)		8.344 ⁴⁾	
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH									
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH						(558 ³⁾)			
Hafen Halle GmbH					2.986				
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH		35			18.603	(9.067 ³⁾⁵⁾)			
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH									
IT-Consult Halle GmbH						(1.663 ³⁾)			
Meter1 GmbH & Co. KG									
Meter1 Verwaltung GmbH									
M-Exchange AG						(8 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁴⁾ Im Rechnungsergebnis der Stadt werden 8.041 TEUR für Strom und Gas sowie 303 TEUR für Fernwärme ausgewiesen.

Im Jahresabschluss der EVH GmbH wird demgegenüber ein um 187 TEUR höherer Aufwand von insgesamt 8.531 TEUR abgebildet, und zwar für Konzessionsabgabe Strom (7.801 TEUR) und Gas (420 TEUR) sowie Entgelt für Fernwärmegebarung (310 TEUR).

In der Jahresrechnung der Stadt für 2011 (nach Kameralistik) belief sich der Zahlungszufluss aus Konzessionsabgabe auf insgesamt 9.564 TEUR, wobei darin Spitzabrechnungen des Vorjahres und Abschlagszahlungen für das laufende Jahr enthalten waren. Bei Anwendung der Doppik wird demgegenüber die „Soll-Stellung“ abgebildet.

⁵⁾ im Vorjahr Verlust von 2.483 TEUR wegen Bilanzierungsmaßnahmen (Rückstellungsbildung für Personalanpassungsmaßnahmen und außerplanmäßige Abschreibungen)

<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.12)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.12)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

VER- UND ENTSORGUNG

Netzgesellschaft A14 mbH	Industriegebiet									
RAB Halle GmbH						(256 ³⁾)				
Stadtbeleuchtung GmbH	Halle Service									
TELONON GmbH	Abwasserbehandlung					(17 ³⁾)				
WER-Wertstoff- erfassung und Recycling Halle GmbH						(9 ³⁾)				
W + H Wasser- und Haustechnik GmbH						(350 ³⁾)				

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

	<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.12)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.12)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
3. VERKEHR	4.285	839		56		11.311	22			5
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin					0	33	22 ³⁾			5
Hallesche Verkehrs-AG	3.103 ⁶⁾	839		56 ⁷⁾		11.278	(3.000 ³⁾⁸⁾			
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.182									
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH							(1 ³⁾)			
Saalebus GmbH							(1 ³⁾)			
Servicegesellschaft Saale mbH							(8 ³⁾)			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁶⁾ Zuschuss Rosengarten (3.103 TEUR) und zusätzlich – in Vorjahren nicht bezifferte – Ausgleichsleistungen Ausbildungsverkehr (3.515 TEUR)

⁷⁾ Bauzuschuss Beesener Straße

⁸⁾ Der Gewinn vor EAV beruht auf nicht geplanten Erträgen (u.a. zusätzliche Verkehrseinnahmen aus § 148 SGB IX für das Jahr 2010, Verkauf nicht benötigter Straßenbahnen) und weiterhin wirkten im Jahr 2011 die Umsetzung der Beschlüsse zur Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen und Ausgleich von Verlusten aus dem Betreiben der Tiefgarage Charlottencenter kostensenkend.

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.12)	Stand Bürg- schaften (31.12.12)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
4. WOHNUNGSWIRTSCHAFT	1.232	66			14		10.381			147
Bau und Haustechnik Halle- Neustadt GmbH							(67 ³⁾)			
Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	1.232 ⁹⁾						1			
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH							3.342			
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH		66			14		7.038			147
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG										

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

⁹⁾ Zuschüsse zu ergebniswirksamen Bauleistungen der Stadt Halle (Saale)

Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.12)	Stand Bürg- schaften (31.12.12)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

5. WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG	1.590	9.467					1.182		
Bio-Zentrum Halle GmbH						25 ³⁾			
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG		9.467 ¹⁰⁾				1.130 ³⁾			
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH						3 ³⁾			
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	479 ¹¹⁾								
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.111					2 ³⁾			
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH						22 ³⁾			

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

¹⁰⁾ Periodengerecht ermittelter Gesamtbetrag der Investitionszuschüsse (weitergeleitete Fördermittel). Im Jahr 2012 sind Zuschüsse für die Erschließung in Höhe von 11.539 TEUR überwiesen worden. Der Eigenmittelanteil der Stadt Halle (Saale) beträgt 280 TEUR.

¹¹⁾ davon 229 TEUR zweckgebundene Mittel für die Abwicklung von Streitigkeiten, 80 TEUR für Hochwasserschutz und 170 TEUR als planmäßiger Betriebskostenzuschuss

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.12)	Stand Bürg- schaften (31.12.12)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
6. GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT	33.478				1.158	11.100	37			92
Bäder Halle GmbH	3.500									
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH										
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	2.483									
Eigenbetrieb Kindertagesstätten**	27.125						37	0 ¹²⁾		
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH							(1 ³⁾)			
Maya mare GmbH & Co. KG										
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung										
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale					1.158	7.209				92

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2012 lag bis zum Redaktionsschluss des Berichts nicht vor.

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

³⁾ (quotaler) Gewinn vor Ergebnisverwendung

¹²⁾ Die vom Stadtrat in der Sitzung am 25.01.2012 beschlossene anteilige Ausschüttung des Jahresüberschusses 2010 (Beschlussvorlage: V/2011/09956) in Höhe von 324 TEUR ist nicht erfolgt. Ein Betrag in Höhe von 301 TEUR ist seitens der Stadt mit der Auszahlung der Transferleistungen verrechnet worden. Zum Differenzbetrag von 23 TEUR ist der Ausschüttungsbeschluss vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) mit Beschluss über den Jahresabschluss 2011 (Beschlussvorlage: V/2012/11173) erst im Jahr 2013 gefasst worden.

	Transfer- aufwen- dungen ¹⁾	Investi- tions- zuschüsse	Kapital- zuführung	Sonstige Zahlungen	Stand Darlehen (31.12.12)	Stand Bürg- schaften (31.12.12)	nicht ausge- schüttete Gewinne	Gewinn- abführung o.ä.	Kon- zessions- abgaben	Rück- zahlung von Darlehen
--	--	---------------------------------	-----------------------	-----------------------	---------------------------------	--	---	------------------------------	------------------------------	-------------------------------------

GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Serva GmbH										
Stadion Halle Betriebs GmbH**	370									
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)**						3.891				
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung										

7. KULTUR	37.611	445		11.971			20			
------------------	---------------	------------	--	---------------	--	--	-----------	--	--	--

Stiftung Händel-Haus	2.110									
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	32.600	189					20			
Zoologischer Garten Halle GmbH	2.901	256		11.971 ¹³⁾		0				

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2012 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

¹³⁾ aus dem Zukunftsfonds zur Rückzahlung von Kreditverbindlichkeiten inkl. Vorfälligkeitsentschädigung und sonstigen Zinsaufwendungen (11.271 TEUR) sowie für Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung (700 TEUR)

	<i>Transfer- aufwen- dungen¹⁾</i>	<i>Investi- tions- zuschüsse</i>	<i>Kapital- zuführung</i>	<i>Sonstige Zahlungen</i>	<i>Stand Darlehen (31.12.12)</i>	<i>Stand Bürg- schaften (31.12.12)</i>	<i>nicht ausge- schüttete Gewinne</i>	<i>Gewinn- abführung o.ä.</i>	<i>Kon- zessions- abgaben</i>	<i>Rück- zahlung von Darlehen</i>
--	--	--	-------------------------------	-------------------------------	--	--	---	---------------------------------------	---------------------------------------	---

8. BETEILIGUNGSMANAGEMENT	821							137		
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	821							137		
SUMME	80.240	10.865		12.027	1.172	44.000	19.166	137	8.344	244

¹⁾ vor Doppik-Einführung zum 01.01.2012: Ertragszuschüsse

Geschäfts- und Ertragslage

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH*	16.246	3.257	206	282.978	191.375	22.377	173.013	61,1	75	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau*	10.274	6.220	2.335	68.324	1.260	0	5.807	8,5	52	4
A//E GmbH	22.518	22.239	314	4.866	921	398	1.861	38,2	312	14
Cives Dienste GmbH	644	639	11	133	0	0	25	18,8	31	0
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	5.235	5.103	439	4.888	3.847	201	1.256	25,7	56	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	104.673	101.946	343	36.879	1.595	446	25	0,1	65	7
EVH GmbH	462.796	436.666	24.352	341.143	232.220	17.196	77.917	22,8	471	50
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH*	0	0	-13	129	0	0	120	92,6	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	45.256	41.981	1.670	147.530	134.124	10.062	109.673	74,3	223	7
Hafen Halle GmbH	4.507	4.096	-961	16.185	14.146	127	731	4,5	33	4
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	119.513	115.273	9.021	432.404	407.414	26.930	70.998	16,4	621	65
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH*	70.287	66.893	-9.575	34.702	27.129	5.141	763	2,2	0	0
IT-Consult Halle GmbH	20.756	20.540	1.139	11.172	597	282	522	4,7	179	2
Meter1 GmbH & Co. KG	143	121	-596	447	44	61	317	71,0	5	0
Meter1 Verwaltung GmbH	135	127	1	69	0	0	27	39,5	0	0
M-Exchange AG	1.201	1.151	46	457	284	95	243	53,2	3	0
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	165	165	0	256	0	0	25	9,8	9	0
RAB Halle GmbH	4.758	4.615	266	4.002	3.002	434	1.708	42,7	1	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	2.716	2.626	-217	1.470	35	2	22	1,5	7	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.172	3.172	15	710	0	0	26	3,6	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH*	210	198	23	810	0	0	664	82,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH*	4.228	4.094	62	785	224	55	225	28,6	57	1
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*	715	581	97	2.156	1.906	16	1.056	49,0	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	52.162	37.696	-129	325.346	309.505	21.398	83.583	25,7	724	32
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*	966	512	0	1.349	230	63	461	34,2	26	0
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*	12.175	11.302	108	10.231	8.048	967	4.730	46,2	112	0
Saalebuss GmbH	1.984	1.964	46	331	0	0	130	39,4	31	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.432	1.409	1	252	92	27	129	51,1	52	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH*	3.365	3.407	214	1.564	195	101	526	33,6	26	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)*	34.587	32.292	9	28.995	635	60	1.598	5,5	196	5
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*	46.759	44.861	2.462	331.649	297.820	14.033 ¹⁾	168.308	50,7	106	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*	85.669	78.285	8.772	540.806	483.906	20.381	250.720	46,4	225	7
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG*	5.865	5.859	0	74.889	74.874	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH*	1.721	1.736	61	11.297	9.743	1.510	6.463	57,2	2	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*	623	399	-512	19.460	0	0	17.421	89,5	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*	222	0	3	157	0	0	65	41,6	2	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2012

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*	1.910	730	90	8.224	7.777	56	2.064	25,1	5	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.800	589	23	329	44	54	135	41,0	23	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*	4.184	3.927	133	35.747	33.808	2.001	14.289	40,0	5	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.891	982	15	6.762	5.030	1.346	789	11,7	51	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*	6.526	6.137	73	20.456	16.238	345	6.056	29,6	71	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*	8.280	3.030	0	10.582	46	22	37	0,4	542	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten**										
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	9	9	1	56	0	0	48	86,2	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG*	5.363	4.639	0	12.495	11.926	325	3.518	28,2	113	14
Oelhafe-Zeyse-Stiftung	16	0	14	547	311	0	547	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	19.148	16.838	167	59.304	56.010	10.150	16.763	28,3	392	11
Serva GmbH	489	483	5	131	15	3	81	61,8	32	0
Stadion Halle Betriebs GmbH**										
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)**										
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	12	0	11	509	344	0	509	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.959	89	45	21.540	8.667	190	20.873	96,9	24	0
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	3.950	3.069	39	33.036	29.972	1.744	28.186	85,3	492	5
Zoologischer Garten Halle GmbH*	7.021	1.304	-270	28.120	27.134	372	4.283	15,2	80	8
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	849	0	55	401	144	14	119	29,8	7	0

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2012 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor.

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	2.761	2.185	7.524	313.109	183.830	21.283	172.807	55,2	54	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	10.559	7.226	1.152	67.935	1.260	0	3.624	5,3	60	5
A/V/E GmbH	22.613	22.363	576	5.256	1.054	393	2.123	40,4	282	12
Cives Dienste GmbH	632	627	3	79	0	0	25	31,6	37	0
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	4.949	4.772	214	4.999	4.108	1.060	817	16,3	57	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	103.830	100.940	3.616	35.743	1.607	848	25	0,1	63	7
EVH GmbH	454.512	428.682	23.021	336.424	235.389	22.471	77.917	23,2	485	51
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-39	142	0	0	133	93,5	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	40.862	36.845	2.437	140.282	133.462	10.134	108.003	77,0	224	7
Hafen Halle GmbH	3.913	3.430	-1.264	17.063	14.828	320	731	4,3	32	2
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	119.153	115.096	9.067	444.055	398.688	17.162	68.898	15,5	648	70
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	64.377	59.494	-1.282	36.115	22.448	12.928	10.338	28,6	0	0
IT-Consult Halle GmbH	20.383	19.573	1.663	10.348	710	530	522	5,0	124	0
Meter1 GmbH & Co. KG	3	3	-458	385	3	5	313	81,4	2	0
Meter1 Verwaltung GmbH	8	7	1	29	0	0	26	91,9	0	0
M-Exchange AG	1.249	1.211	115	659	293	190	197	29,9	3	0
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	29	0	0	53	0	0	25	47,0	0	0
RAB Halle GmbH	4.406	4.271	256	4.375	3.059	431	1.708	39,0	1	0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	2.492	2.394	-305	1.845	45	57	22	1,2	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.330	3.330	17	673	0	0	26	3,8	0	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Ver- und Entsorgung										
WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH	213	209	15	781	0	0	656	84,0	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.935	4.761	350	1.124	239	61	225	20,0	57	2
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	685	590	54	2.229	1.983	26	959	43,0	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	51.375	38.514	3.000	336.187	312.036	21.612	83.583	24,9	757	29
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1.191	485	0	1.359	296	65	461	34,0	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	11.918	11.001	3	10.647	8.345	1.322	4.623	43,4	110	0
Saalebuss GmbH	1.760	1.750	2	297	0	0	85	28,5	31	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.434	1.413	15	253	92	17	128	50,5	52	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	3.609	3.411	67	1.425	147	31	526	36,9	35	0
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	33.839	32.534	1	27.546	772	68	1.588	5,8	198	3
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.066	45.349	2.911	329.025	298.749	12.519 ¹⁾	165.846	50,4	103	8
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	83.838	78.251	6.610	531.472	475.090	21.878 ²⁾	241.948	45,5	222	10
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.886	5.879	0	76.248	76.236	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.804	1.728	49	11.696	9.812	1.019	6.402	54,7	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	2.149	2.290	1.130	20.515	0	0	17.932	87,4	0	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	237	0	3	155	1	0	63	40,5	2	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	16.042	686	-5.716	9.264	8.397	465	1.974	21,3	7	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

²⁾ vor Abzug von Zuschüssen (381 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2011

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.694	486	4	339	41	34	111	32,9	22	0
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.019	3.695	37	37.469	34.394	1.563	14.156	37,8	6	0
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	4.474	722	-2	5.362	4.046	3.989	324	6,0	29	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.313	5.692	-2	21.202	16.780	275	5.983	28,2	78	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.169	6.081	0	6.425	40	24	37	0,6	423	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	32.282	31.341	37	43.012	34.985	1.760	21.086	49,0	644	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	18	18	1	55	0	0	47	84,9	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.541	4.485	-218	13.404	12.966	327	3.520	26,3	119	18
Oelhafe-Zeyse-Stiftung	15	0	9	545	304	0	545	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	18.093	16.462	202	53.842	49.674	1.304	16.403	30,5	398	10
Serva GmbH	395	380	2	131	18	18	81	61,5	26	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	545	344	-1	929	778	827	24	2,6	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.539	4.041	-179	33.465	31.314	5.171	18.690	55,9	47	3
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	14	0	14	518	344	0	518	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.934	61	146	23.857	8.663	72	23.405	98,1	24	1
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.638	37.299	20	31.408	29.941	2.886	28.147	89,6	534	9
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.564	1.481	-1.478	29.080	28.535	776	4.553	15,7	78	9
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	974	0	184	492	160	13	202	41,1	8	0

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Unternehmenszusammenschluss										
Stadtwerke Halle GmbH	25.930	0	4.659	310.180	184.415	62.245	165.284	53,3	23	0
Ver- und Entsorgung										
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	9.274	7.158	1.651	70.165	1.260	0	3.123	4,5	63	6
A/V/E GmbH	20.368	19.900	616	5.422	1.193	344	2.163	39,9	249	12
Cives Dienste GmbH	769	731	20	87	1	1	25	28,7	43	0
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG)	3.610	3.370	-974	4.745	3.571	624	602	12,7	58	0
Energieversorgung Halle Netz GmbH	138.165	135.232	2.853	51.361	904	758	25	0,0	57	5
EVH GmbH	446.872	418.045	25.359	356.283	236.821	14.574	77.917	21,9	497	48
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	0	0	-107	227	0	0	172	75,7	0	0
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	43.533	39.171	2.710	139.303	132.678	11.975	105.566	75,8	226	8
Hafen Halle GmbH	3.345	2.441	-1.171	17.206	15.280	1.183	731	4,2	23	1
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	117.410	111.018	-2.483	436.346	399.477	16.948	68.898	15,8	663	72
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	77.210	69.307	4.112	46.333	9.981	3.283	11.904	25,7	0	0
IT-Consult Halle GmbH	12.863	12.466	1.212	6.828	583	504	522	7,6	102	0
Meter1 GmbH & Co. KG	0	0	-78	250	0	0	172	68,6	0	0
Meter1 Verwaltung GmbH	3	3	0	28	0	0	25	90,9	0	0
M-Exchange AG	827	790	102	363	188	122	82	22,5	2	0
RAB Halle GmbH	3.868	3.846	102	5.176	3.065	3.140	1.708	33,0	1	0
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	0	0	-3	25	0	0	22	88,8	0	0
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	3.167	3.167	15	452	0	0	26	5,7	0	0
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	243	206	40	789	0	0	681	86,3	2	0
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	4.062	3.952	351	1.016	238	72	225	22,1	54	6

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Verkehr										
Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin	687	577	40	2.234	2.044	81	905	40,5	8	0
Hallesche Verkehrs-AG	48.511	36.575	-11.508	339.047	311.654	26.754	83.583	24,7	777	30
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	908	371	0	1.478	367	65	461	31,2	26	1
OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	11.779	10.625	-100	10.778	8.241	845	4.620	42,9	110	0
Saalebuss GmbH	1.700	1.698	-14	273	0	0	82	30,1	30	0
Servicegesellschaft Saale mbH	1.413	1.334	23	263	101	69	112	42,7	51	0
Wohnungswirtschaft										
Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH	5.880	6.909	147	2.092	160	101	526	25,1	44	1
EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)	37.658	34.645	1	31.435	914	107	1.587	5,0	253	4
GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	46.553	45.083	2.928	334.934	303.174	13.973 ¹⁾	166.025	49,6	104	7
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	83.907	78.125	9.227	521.434	466.507	26.530 ²⁾	242.638	46,5	218	15
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	5.982	5.976	6	77.609	77.597	0	10	0,0	0	0
Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung										
Bio-Zentrum Halle GmbH	1.660	1.741	53	11.949	10.375	1.003	6.353	53,2	3	0
Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG	551	413	-181	19.085	0	1	16.802	88,0	2	0
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH	58	0	5	122	1	0	60	48,9	0	0
MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH	1.161	833	-601	29.166	27.681	43	7.690	26,4	7	0
Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH	1.775	581	1	242	22	1	107	44,4	24	1
TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH	4.013	3.456	208	40.533	36.682	2.609	14.124	34,8	6	0

¹⁾ inkl. Instandsetzung und Instandhaltung

²⁾ vor Abzug von Zuschüssen (989 TEUR)

- Kennzahlen zum Jahresabschluss der städtischen Unternehmen und Beteiligungen für das Jahr 2010

	Gesamt- leistung in T€	Umsatz in T€	Jahres- ergebnis (vor EAV) in T€	Bilanzsumme in T€	Anlage- vermögen in T€	Investitionen in T€	Eigenkapital in T€	Eigenkapital in % zur Bilanzsumme	Mitarbeiter	Auszubildende
Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport										
Bäder Halle GmbH	2.747	441	20	4.698	254	264	326	6,9	31	0
Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH	6.787	6.182	302	22.916	17.389	484	5.985	26,1	79	0
Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	7.675	4.596	0	6.202	28	24	37	0,6	461	0
Eigenbetrieb Kindertagesstätten	31.438	30.700	1.672	43.065	34.846	6.242	21.555	50,1	654	0
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	6	6	1	57	0	0	46	80,4	0	0
Maya mare GmbH & Co. KG	5.018	4.112	-656	14.532	14.083	282	3.739	25,7	116	16
Oelhaf-Zeysesche-Stiftung	15	0	18	536	287	0	536	100,0	0	0
Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	17.980	16.359	134	53.352	49.959	550	16.200	30,4	400	7
Serva GmbH	303	299	10	125	4	3	81	64,5	21	0
Stadion Halle Betriebs GmbH	13	0	0	39	0	0	25	63,0	0	0
Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)	5.365	3.997	3	32.169	27.654	883	18.869	58,7	41	1
Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung	10	0	12	503	344	0	503	100,0	0	0
Kultur										
Stiftung Händel-Haus	3.882	63	717	26.356	8.781	143	25.910	98,3	24	1
Theater, Oper und Orchester GmbH Halle	37.799	37.466	-107	30.921	28.628	1.804	28.127	91,0	575	14
Zoologischer Garten Halle GmbH	6.679	1.205	-1.480	31.895	31.107	444	6.031	18,9	73	9
Beteiligungsmanagement										
BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)	807	0	78	455	184	45	143	31,4	7	0

2.6 ERLÄUTERUNGEN BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER FACHBEGRIFFE

Abschreibung

Über die Abschreibung soll die Wertminderung abgebildet werden, die im Laufe der Nutzung der Vermögensgegenstände (in der Regel das Anlagevermögen eines Unternehmens) eintritt. Die Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand abgebildet. Die Abschreibungen werden nicht liquiditätswirksam.

Abschreibungsursachen (Abschreibungsgründe)

Technische Ursachen können in gewöhnlichem Verschleiß oder in außergewöhnlichem Verschleiß (Katastrophenverschleiß) liegen. Als wirtschaftliche Ursachen kommen Nachfrageverschiebungen und Fehlinvestitionen sowie Ineffizienz in Frage. Rechtliche Ursachen können auf Entwertung durch gesetzgeberische Maßnahmen, auf dem zeitlichen Ablauf von Verträgen (Miet-, Pacht-, Leasing-, Franchiseverträge) oder Schutzrechten (Konzessionen, Patente, Lizenzen, Musterschutz) beruhen.

Abschreibungsarten

Im Handelsrecht unterscheidet man planmäßige Abschreibungen (im Voraus in einem Abschreibungsplan festgelegte Abschreibungen) und außerplanmäßige Abschreibungen. Das Steuerrecht subsumiert unter Abschreibungen sechs Unterarten: Absetzung für Abnutzung (AfA) und Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (AfaA), Absetzung für Substanzverringerung (AfS), erhöhte Absetzungen, Sofortabschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter, Sonderabschreibungen und Teilwertabschreibungen.

Abschreibungsmethoden

Die lineare Abschreibung verteilt die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig auf die voraussichtlichen Nutzungsjahre. Die degressive Abschreibung verteilt die entsprechenden Beträge in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer. Eine Kombination der degressiven und der linearen Abschreibung ist unter bestimmten Bedingungen zulässig. Seltener wird eine Leistungsabschreibung verwendet, welche die Abschreibungen nach der verbrauchten Leistungsmenge bei einer vorher definierten Gesamtleistung ermittelt.

Abschreibungen (Bedeutung)

Abschreibungen mindern als Aufwand den ausgewiesenen Gewinn, der u. a. für Ausschüttungen und Steuerzahlungen maßgeblich ist. Durch die Wahl der Abschreibungsmethode und die Schätzung der betrieblichen Nutzungsdauer lässt sich der auszuweisende Periodengewinn beeinflussen. Damit wird den Unternehmen ein Bewertungsspielraum eingeräumt, durch den ein Unternehmen u. a. die Möglichkeit besitzt, stille Rücklagen (stille Reserven) zu bilden.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen bezeichnet die Teile des Vermögens eines Unternehmens, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind und die dem Betriebszweck dauerhaft dienen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme (Vermögensstruktur) ist in der Regel in der Industrie erheblich höher als im Handel. Die Finanzierung des Anlagevermögens sollte mit langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehendem Kapital erfolgen (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital).

Anlagevermögen (Zusammensetzung)

Das Anlagevermögen unterteilt sich in immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Bauten, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Der Verbrauch bzw. Verschleiß des Anlagevermögens wird über Abschreibungen oder Wertberichtigungen abgebildet.

Cashflow

Der Cashflow gibt den in einer Periode erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss an. Dieser steht dem Unternehmen u. a. für Investitionen, Kredittilgung und Ausschüttungen zur Verfügung. Er ist Indikator für die Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens.

Cashflow (Berechnung)

Die Grundlage für die Berechnung des Cashflows bildet das Jahresergebnis. Dieses wird um die nicht liquiditätswirksamen Aufwands- und Ertragspositionen bereinigt. In der Mehrzahl der Fälle wird der Cashflow hinreichend genau aus dem Jahresergebnis zuzüglich der Abschreibungen ermittelt. Sofern von Relevanz, können zusätzlich die Veränderungen der Rückstellungen und die Auflösung des Sonderpostens zur Ermittlung des Cashflow herangezogen werden.

Cashflow (Beurteilung)

Die Cashflow-Analyse erlaubt gute Einsichten in die Aktivitäten eines Unternehmens. Weil die Cashflow-Analyse aber historische Daten verarbeitet, ist ihr Prognosewert begrenzt.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die GuV ist eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode zur Ermittlung des Jahresergebnisses und der Darstellung seiner Quellen. Sie ist Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses von Kaufleuten (§ 242 Abs. 3 HGB). Die GuV kann in Konto- oder Staffelform aufgestellt werden. Wegen der größeren Übersichtlichkeit ist für Kapitalgesellschaften die Staffelform zwingend vorgeschrieben (§ 275 Abs. 1 HGB). Dabei kann von ihnen entweder das Gesamtkostenverfahren oder das Umsatzkostenverfahren angewendet werden.

Investition

Zielgerichtete, in der Regel langfristige Kapitalbindung zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Nach ihrem Zweck ist zwischen Gründungs-, Ersatz-, Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestition zu unterscheiden, wobei sich diese Zwecke zum Teil auch gegenseitig überlagern. Nach der Art kann zwischen Realinvestition (z. B. in Betriebs- und Geschäftsausstattung), Finanzinvestitionen (z. B. Beteiligungen an anderen Unternehmen) und immateriellen Investitionen (z. B. Software) unterschieden werden.

Jahresergebnis/Bilanzergebnis

Begriff der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) (§ 275 HGB) sowie der Bilanz (§ 266 HGB) von Kapitalgesellschaften. Das Jahresergebnis ergibt sich als Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen eines Geschäftsjahres. Ein Jahresüberschuss ergibt sich aus einer positiven Differenz, ein Jahresfehlbetrag aus einer negativen. Bei der Ermittlung des Jahresergebnisses werden Gewinn-/Verlustvortrag, Entnahmen aus bzw. Einstellungen in Rücklagen nicht berücksichtigt.

Zur Ermittlung des Bilanzergebnisses wird der Jahresüberschuss unter Berücksichtigung der Ergebnisverwendung aufgestellt. In der GuV werden in diesem Fall unterhalb des Jahresergebnisses zusätzlich Ausschüttungen, Entnahmen oder Einstellungen aus bzw. in Rücklagen und der Gewinn- oder Verlustvortrag eingerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Die RAP dienen der zeitlichen Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben und somit der periodengerechten Erfolgsermittlung. Sie beinhalten Geschäftsvorfälle, die im alten Jahr zu Ausgaben bzw. Einnahmen geführt haben, deren Ergebniswirkung jedoch eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag eintritt. Man unterscheidet in den aktiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnender Aufwand) und passiven RAP (auf künftige Jahre zuzurechnende Erträge).

Rückstellungen

Rückstellungen sind nach dem Handelsrecht Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung oder Höhe ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Ausgaben den Perioden zugerechnet werden, in denen sie wirtschaftlich verursacht wurden.

Rückstellungen werden u. a. für Instandhaltungen, Prozesse, Garantieverpflichtungen und Pensionen gebildet. Üblich sind Rückstellungen für weitere Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind. Alle Rückstellungen sind bei Inanspruchnahme oder Wegfall des Grundes aufzulösen.

Sonderposten

Der Sonderposten stellt für das Unternehmen eine unversteuerte Rücklage dar, der erst bei seiner Auflösung das steuerliche Ergebnis wieder erhöht. Die Auflösung des Sonderpostens richtet sich nach den steuerrechtlichen Vorschriften. Im Fall von kommunalen Unternehmen enthält der Sonderposten häufig die für Investitionen in das Anlagevermögen erhaltenen Fördermittel und Zuschüsse. Der Sonderposten wird in diesem Fall analog der Abschreibung über den Nutzungszeitraum des Anlagevermögens ertragswirksam aufgelöst.

Sonderverlustkonto

Regelung gemäß § 17 Abs. 4 DM-Bilanz-Gesetz im Zusammenhang mit der Bilanzerstellung in den neuen Bundesländern nach der Währungsumstellung: Bei erstmaliger Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bildenden Rückstellungen auf der Aktivseite in einem Sonderverlustkonto gesondert ausgewiesen. Der dort aktivierte Betrag wurde/wird in den Folgejahren in dem Umfang abgeschrieben, in dem Aufwendungen zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtungen entstehen.

Umlaufvermögen

Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauerhaft zu dienen. Es enthält die Vermögensgegenstände, die relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgesetzt werden, z. B. Vorräte, Forderungen, Bankguthaben, Schecks (Gegensatz: Anlagevermögen).

Verlustvortrag

Einkommens- und körperschaftsteuerrechtlicher Begriff. Durch den Verlustvortrag können die im Verlustentstehungsjahr nicht anrechnungsfähigen Verluste in den folgenden Veranlagungszeiträumen als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Negative Einkünfte (Verluste) können bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens abgezogen werden (Verlustabzug). Dadurch wird verhindert, dass die Steuerpflichtigen Einkommensteuer auf ihre Gewinne aus einer ihrer Tätigkeiten zahlen müssen, wenn sie die entsprechenden Beträge in Wahrheit längst durch eine andere Betätigung verloren haben und deshalb über gar keine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mehr verfügen, die sie zur Steuerzahlung befähigen können. Verluste aus einer Einkunftsart sind zunächst vorrangig mit Gewinnen aus derselben Einkunftsart zu saldieren (sog. horizontaler Verlustausgleich). Soweit hiernach noch Verluste nicht berücksichtigt worden sind, sind sie mit den Einkünften aus anderen Einkunftsarten zu verrechnen (vertikaler Verlustausgleich). Bleibt auch nach diesem Verrechnungsschritt noch ein Verlustüberhang übrig, findet ein Ausgleich mit dem Einkommen des vorigen Veranlagungszeitraums statt (Verlustrücktrag) und, wenn auch dann noch Verluste nicht ausgeglichen werden konnten, kommt es zur Verrechnung mit dem Einkommen folgender Jahre (Verlustvortrag).

(Quelle: Gabler-Wirtschafts-Lexikon, 16. Auflage 2004, Wiesbaden: Gabler)

2.7 ERLÄUTERUNGEN DER BILANZ- UND LEISTUNGSKENNZAHLEN

Umsatzrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Kennzahl zeigt auf, welcher Prozentsatz des Umsatzes nach Abzug aller Kosten, des Finanzergebnisses, Steuern und außerordentlicher Positionen dem Unternehmen als Gewinn zufließt. Die Umsatzrendite ist insbesondere innerhalb der Unternehmung für den Vergleich einzelner Konzerneinheiten eine sinnvolle Größe, um zu beurteilen, welcher Teilbereich welche Rendite erwirtschaften konnte. Somit lassen sich rentable von unrentablen Geschäftseinheiten unterscheiden.

Kennzahlen-Herkunft

Der Gewinn kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen werden, ebenso die Umsatzerlöse.

Eigenkapitalrentabilität

$$\frac{\text{Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung} \times 100}{\text{bilanzielles Eigenkapital (bereinigt um Bilanzgewinn/Bilanzverlust)}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Rendite gibt Aufschluss, in welcher Höhe das von den Aktionären zur Verfügung gestellte Kapital verzinst wurde. Die Eigenkapitalrendite ist bei konstantem Gewinn umso höher, je niedriger das eingesetzte Eigenkapital ist (Leverage Effekt).

Ziel eines Unternehmens muss es sein, eine Rentabilität zu erwirtschaften, die dem Kapitalmarktzins plus einer branchenabhängigen Risikoprämie (in der Regel zwischen 5-10 %) entspricht.

Kennzahlen-Herkunft

Das Jahresergebnis kann aus der Gewinn- und Verlustrechnung und das Eigenkapital aus der Bilanz entnommen werden.

Cashflow

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ergebnisabführung
+ Abschreibungen auf Anlage- und Umlaufvermögen
+ Aufwendungen für Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes
+ Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
= Cashflow

Kennzahlen-Aussage

Der Cashflow ist eine Kennzahl, die angibt, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatzprozess erwirtschaftet hat und was somit unterjährig für Investitionen, Tilgungszahlungen oder Gewinnausschüttungen zur Verfügung steht (Finanzmittelüberschuss). Er ist ein Maßstab für die Selbstfinanzierungskraft eines Unternehmens und zeigt die finanzielle Flexibilität und finanzielle Unabhängigkeit von außenstehenden Geldgebern an. Ein niedriger Cashflow führt zu einer Schwächung des Eigenkapitals, somit zu einem erhöhten Verschuldungsgrad und schließlich zwangsläufig zu einer wachsenden Zinslast. Das Wachstumspotential des Unternehmens wird eingeschränkt.

Kennzahlen-Herkunft

Die für den Cashflow relevanten Angaben sind aus der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz ersichtlich.

Gesamtleistung je Mitarbeiter

Umsatzerlöse
+/- Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen
+ sonstige betriebliche Erträge

Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende) im Jahresdurchschnitt

Kennzahlen-Aussage

Die Gesamtleistung je Beschäftigtem gibt den Anteil eines Beschäftigten an der Gesamtleistung des Unternehmens in einer bestimmten Periode an.

Kennzahlen-Herkunft

Die Zahlen sind aus der Buchhaltung sowie der Personalwirtschaft ersichtlich.

Personalaufwandsquote

$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Umsatzerlöse} \pm \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen} + \text{sonstige betriebliche Erträge}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Aufschluss über die Personal- und Arbeitsintensität des Unternehmens. Sie stellt eine wichtige Kennzahl dar, da Personalkosten fixe Kosten sind und problematisch werden, wenn die Erlöse sinken.

Kennzahlen-Herkunft

Neben dem reinen Personalaufwand sind die Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen sowie die sozialen Abgaben. Ein kalkulatorischer Unternehmerlohn wird dagegen nicht berücksichtigt.

Sachanlagenintensität

$$\frac{\text{Sachanlagen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Die Sachanlagenintensität beschreibt die Beziehung zwischen Sachanlage- und Gesamtvermögen. Je höher die Anlagenintensität, desto länger ist die zeitliche Bindung finanzieller Mittel und desto höher sind i. d. R. die damit verbundenen Fixkosten. Die Kennzahl gibt Aufschluss über die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Marktbedingungen. Bei Betrachtung der Anlagenintensität ist die Branchenzugehörigkeit eines Unternehmens zu berücksichtigen.

Kennzahlen-Herkunft

Die benötigten Informationen erhält man aus der Bilanz.

Eigenkapitalquote

$$\frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl sagt aus, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital ist. Sie wird zur Beurteilung der Kapitalkraft des Unternehmens herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote, umso größer ist prinzipiell die Ausgleichsmöglichkeit durch Eigenkapital von eingetretenen Verlusten der Unternehmung.

Kennzahlen-Herkunft

Unter dem Begriff Eigenkapital ist zusammenzufassen: das (gezeichnete) Kapital, Kapital- und/oder Gewinnrücklagen, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss. Alle Angaben sind aus der Bilanz abzulesen.

Fremdkapitalquote

$$\frac{(\text{Bilanzsumme} - \text{bilanzielles Eigenkapital}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Kennzahlen-Aussage

Diese Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital ist. Die Fremdkapitalquote lässt Rückschlüsse auf die finanzielle Stabilität eines Unternehmens zu.

Kennzahlen-Herkunft

Aus der Bilanz kann die Höhe der Bankverbindlichkeiten entnommen werden, ferner alle Verbindlichkeiten, Sonderposten und Rückstellungen.

3.0 EINZELBERICHTERSTATTUNG

Unternehmenszusammenschluss

Ver- und Entsorgung

Verkehr

Wohnungswirtschaft

Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung

Gesundheit, Soziales, Bildung und Sport

Kultur

Beteiligungsmanagement

3.1 UNTERNEHMENSZUSAMMENSCHLUSS

Stadtwerke Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	30.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	30.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die kommunalwirtschaftliche Betätigung, insbesondere die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser, die Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung, Behandlung und Deponierung von Abfällen, der Hafbetrieb, der öffentliche Personennahverkehr einschließlich des Betriebs von Tiefgaragen und der Parkraumbewirtschaftung, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen, sowie die Betätigung im Bäder- und Freizeitbereich. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch der Erwerb und das Halten von Beteiligungen an kommunalwirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Halle (Saale) sowie die Ausübung einer Geschäftsleitungsfunktion gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

Öffentlicher Zweck:

Als Holdinggesellschaft für Unternehmen der Energieversorgung ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Vorsitzender	Lux, Matthias Girard, Francois	(bis 30.11.2012)
		Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
	Arbeitsdirektor	Walther, René	
Aufsichtsrat	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
		Berend, Stephanie Böcker, Udo	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Aufsichtsrat

Bönisch, Bernhard	
Gärtner, Steffen	
Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
Kley, Gerry	
Kocian, Burkhard	
Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
Krause, Johannes	
Lange, Hendrik	
Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
Müller, Raik	
Nagel, Elisabeth	
Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
Weihrich, Dietmar	

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	33	28	29

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau	30	100,00
AV/E GmbH	131	23,90
Bäder Halle GmbH	300	100,00
Energieunion GmbH	150	3,41
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH	52	20,00
EVH GmbH	10.250	100,00
Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH	13	50,00
FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH	26	100,00
Hafen Halle GmbH	512	100,00
Hallesche Verkehrs-AG	51.200	100,00
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	10.000	100,00
HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L.	8	30,00
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH	150	50,00
IT-Consult Halle GmbH	250	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	8.426	82,40
M-Exchange AG	7	7,00
RAB Halle GmbH	300	100,00
RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L.	38	75,10
Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH	25	100,00
TELONON Abwasserbehandlung GmbH	26	100,00
Trianel GmbH	317	1,59

mittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00
beka ebusiness GmbH	1	0,50
beka GmbH	2	0,63
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Energiefinanz GmbH	27	3,41
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	29.250	22,88
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH		25,00
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH		41,36
GESY Green Energy Systems GmbH	1	0,40
HAL-Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Halle (Saale) i. L.	8	30,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	9	11,82
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00
Netzleitung Lünen GmbH	0	0,05
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
Trianel Energie B.V.		1,59
Trianel Erdgasförderung Nordsee GmbH & Co. KG		1,59
Trianel Erdgasförderung Nordsee Verwaltungs GmbH	0	1,59
Trianel Finanzdienste GmbH	40	1,59
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Gaskraftwerk Hamm Verwaltungs GmbH	0	1,59
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG		0,12
Trianel Gasspeicher Epe Verwaltungs GmbH	0	1,59
Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Verwaltungs GmbH	0	1,59
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG		0,10
Trianel Kohlekraftwerk Lünen Verwaltungs GmbH	0	1,59
Trianel Service GmbH	5	1,27
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG		0,04
Trianel Windkraftwerk Borkum Verwaltungs GmbH	0	1,59
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	191.375	68	183.830	59	184.415	59	7.545	4
Umlaufvermögen	91.532	32	129.024	41	125.626	41	-37.492	-29
Rechnungsabgrenzungsposten	71	0	255	0	139	0	-184	-72

Bilanzsumme	282.978	100	313.109	100	310.180	100	-30.131	-10
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------

	T€		T€		T€		T€	
	%	%	%	%	%	%	%	
Passiva								
Eigenkapital	173.013	61	172.807	55	165.284	53	206	0
Rückstellungen	14.919	5	5.126	2	8.014	3	9.793	191
Verbindlichkeiten	95.046	34	135.176	43	136.882	44	-40.130	-30

Bilanzsumme	282.978	100	313.109	100	310.180	100	-30.131	-10
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.257	2.185	
sonstige betriebliche Erträge	12.990	577	25.930
Personalaufwand	5.323	4.465	2.822
Abschreibungen	114	86	87
sonstige betriebliche Aufwendungen	18.192	5.661	4.512
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	34.793	37.024	26.586
Erträge aus Beteiligungen	214	940	8.002
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	133	143	150
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	884	1.452	1.482
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.306	1.569	15.162
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	23.405	21.705	28.986
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.134	1.829	1.219
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.797	7.006	9.362
außerordentliche Aufwendungen	1.341	1.417	1.075
außerordentliches Ergebnis	-1.341	-1.417	-1.075
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.252	-1.938	2.825
sonstige Steuern	-2	3	803
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	206	7.524	4.659
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	7.524	4.659	144.597
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	7.524	4.659	71.597
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	206	7.524	4.659
Ausschüttung			73.000

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,31	344,35		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,12	4,55	2,90	%
Cash-Flow:	23.724	29.315	33.731	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	217	51	1.127	T€
Personalaufwandsquote:	32,76	161,70	10,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,16	0,14	0,17	%
Eigenkapitalquote:	61,14	55,19	53,29	%
Fremdkapitalquote:	38,86	44,81	46,71	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Die Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ist für ihr Beteiligungsportfolio und dessen strategische Steuerung und Koordination tätig. Das Beteiligungsportfolio der SWH erstreckt sich auf die Geschäftsfelder Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität und kommunalnahe Services.

Die Organisation der SWH gliedert sich in die Struktureinheiten Recht, Personal, Konzernkommunikation, Projektentwicklung, Konzerncompliance/Konzernrevision, Unternehmensentwicklung sowie Konzerncontrolling (Rechnungswesen, Controlling, Steuern, Finanzen/Cash-Pool). Im Jahr 2012 waren durchschnittlich 75 Mitarbeiter beschäftigt.

1. Veränderungen im Unternehmen

1.1. Personalbereich

Mit dem Übergang von Mitarbeitern des Personalbereichs der HAVAG zum Personalbereich der SWH wurde das Projekt der Zentralisierung von personalwirtschaftlichen Ressourcen auf Ebene der Holding erfolgreich abgeschlossen. Zusätzlich zu der damit intendierten Nutzung von operativen Effizienzvorteilen für die gesamte SWH-Gruppe liegt der Schwerpunkt des zentralen Personalbereiches in der an den strategischen Zielen der Gruppe ausgerichteten Entwicklung und Förderung von Nachwuchskräften (Talentpool) und in der damit korrespondierenden Führungskräfteentwicklung.

1.2. Führungsstruktur

Im Anschluss an die im Vorjahr vollzogene Umstrukturierung des Beteiligungsportfolios der SWH in die Geschäftsfelder „Energieversorgung und Energieeffizienzdienstleistungen“ (kurz: Energie), „Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe“ (kurz: Wasser und Entsorgung), „Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik“ (kurz: Mobilität) und „Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste“ (kurz: Services) wurde im Geschäftsjahr mit der Neubesetzung der Geschäftsführungen in den Geschäftsfeld-Führungsgesellschaften begonnen und im ersten Quartal des Jahres 2013 abgeschlossen.

Die EVH GmbH als Geschäftsfeldführungsgesellschaft für das Geschäftsfeld Energie wird zukünftig von Herrn Olaf Schneider geleitet. Herr Jörg Schulze ist als neuer Geschäftsführer der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für das Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung verantwortlich, während das Geschäftsfeld Mobilität vom neuen Vorstand der Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG), Herrn Vinzenz Schwarz, geführt wird.

Im Zuge der vorgenannten Änderungen in der Führungsstruktur ist Herr François Girard aus der Geschäftsführung der SWH ausgeschieden.

1.3. Unternehmensentwicklung

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2013 hat die neue Struktureinheit Unternehmensentwicklung der Holding ihre Arbeit aufgenommen. Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung bildet die Koordination und Umsetzung von operativen und strategischen Projekten der SWH-Gruppe und von gemeinsamen Projekten mit der Stadt Halle (Saale).

2. Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozent. Damit lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: + 4,0 Prozent, 2011: +3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit dem Jahr 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

2.2. Arbeitsmarkt

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozent-Punkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozent-Punkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Bereits zum dritten Mal in Folge war in der Stadt Halle (Saale) ein Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von Ende 2010 bis zum Ende 2011 betrug 808 Einwohner.

2.4. Umfeldentwicklungen

Die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe sind sachlich und räumlich in unterschiedlichen Märkten tätig. Die Märkte weisen wegen fortgesetzt hoher Wettbewerbsintensitäten, steigendem Erlös- und Kostendruck sowie hoher Qualitätsanforderungen vergleichbare Entwicklungsmuster auf.

Außerdem haben die Volatilitäten auf den Rohstoffmärkten weiterhin eine hohe Relevanz für die Erfolgsposition der Stadtwerkegruppe. In erster Linie bezog sich dieses auf die Energie-, Wertstoff- und Wasserpreise. Bezugsseitig hatten die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe bedeutenden Einfluss auf die Kostenentwicklung der Gruppe bei geringeren Preiswältzungsspielräumen aufgrund der höheren Wettbewerbsintensität.

Besonderes Augenmerk galt der Entwicklung in der Stromerzeugung. Wegen der EEG-Förderung nahm der Anteil regenerativer Energieträger und wegen des rapiden Preisverfalls bei CO₂-Zertifikaten der Anteil der Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung zu. In Folge dessen gerieten Gaskraftwerke unter Ertragsdruck.

Zusätzlich zu den vorgenannten Entwicklungen hatte die SWH auch die Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin zu beachten, welche weiterhin auf eine vollständige Finanzierung der Zuschuss- und Verlustbetriebe aus Eigenmitteln der Gruppe abzielen.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Stadtwerke Halle GmbH schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss (nach Steuern) von 0,2 Mio. € ab. Das Ergebnis lag leicht unter den Erwartungen der Planung, war jedoch wesentlich von einmaligen Effekten beeinflusst.

Mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 konnte die SWH zum dritten Mal in Folge den Finanzierungsbedarf für den ÖPNV aus eigener Kraft, d.h. ohne Inanspruchnahme städtischer Haushaltsmittel, sicherstellen.

3.1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse betragen 3,3 Mio. € und erstreckten sich im Wesentlichen auf Weiterberechnungen gegenüber Tochterunternehmen für Managementleistungen, Personalmanagement- und Revisionsleistungen. Der Anstieg zum Vorjahr war hauptsächlich Folge der weiteren Zentralisierung von Serviceleistungen auf Ebene der Holding.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 13 Mio. €. Hintergrund des zum Vorjahr markanten Anstieges waren hauptsächlich die Erträge aus der Zuschreibung des Beteiligungsbuchwertes an der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS). Die in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen zur Optimierung der Ertragslage der HWS führten zu Ergebnisverbesserungen bei gleichzeitiger Stabilität der Preise. Die im Jahr 2009 vorgenommene Abschreibung des Beteiligungsbuchwertes konnte somit aufgeholt werden.

Der Anstieg im Vorjahresvergleich um 0,9 Mio. € beim Personalaufwand war im Wesentlichen auf die weitere Zentralisierung des Personalbereiches in der Holding und zudem auf Tarifierhöhungen zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen betrafen die Geschäftsausstattung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen im Vorjahresvergleich deutlich um 12,5 Mio. €. Hintergrund dieses Anstieges war die Wertberichtigung von Forderungen der SWH gegenüber dem mit VNG geführten Gemeinschaftsunternehmen Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH (KWT). Anders als geplant, konnte die KWT die erneuerte Gasturbinenanlage im Jahr 2012 noch nicht in Dauerbetrieb nehmen, weshalb Erträge aus der KWK-Förderung ausblieben. Dieses führte zu Liquiditätsengpässen, welche durch Maßnahmen der Gesellschafter geschlossen wurden. Die Maßnahmen greifen zunächst für die nächsten beiden Folgejahre. Nach diesem Zeitraum ist die Ertragslage der KWT von der Margenentwicklung in der Stromerzeugung abhängig. Mit Wertberichtigungen wurden zukünftig nicht auszuschließende Risiken nach Maßgabe des kaufmännischen Vorsichtsprinzips bereits im Jahresabschluss 2012 zugunsten zukünftiger Geschäftsjahre antizipiert.

Die Erträge aus Beteiligungen resultierten hauptsächlich aus Ausschüttungen der A/V/E und der Trianel.

Die aus Gewinnabführungsverträgen erzielten Erträge erreichten im Geschäftsjahr 2012 35,8 Mio. € und lagen um 2,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Über den Erwartungen liegende Ergebnisabführungen erreichten die EVH und die HWS. Der Vorjahreswert ist von Einmaleffekten bei der HAVAG mit einem Jahresüberschuss von 3,0 Mio. € beeinflusst.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens waren bei HAVAG und KWT erforderlich. Die von der SWH als verdeckte Einlage in die HAVAG geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 19,7 Mio. € wurden in voller Höhe abgeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr (21,0 Mio. €) konnte der Betriebskostenzuschuss gesenkt werden.

Das Zinsergebnis verringerte sich leicht um 0,4 Mio. €. In Folge der längeren Fristigkeit gingen die Darlehenszinsen weniger zurück als die Ertragszinsen aus zumeist kurzfristiger Anlage.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultierten im Wesentlichen aus der Übernahme der Verluste der Hafen Halle GmbH und der HAVAG.

3.2. Vermögenlage und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Stadtwerke verringerte sich im Vorjahresvergleich um 30,1 Mio. € auf 283,0 Mio. €.

3.2.1. Aktiva

Das Anlagevermögen stieg um 7,5 Mio. €, was hauptsächlich auf die Anpassung der Bewertungsansätze für die HWS zurückzuführen ist.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen hauptsächlich die Forderungen aus Ergebnisabführungen gegen die in die ertragsteuerliche Organschaft einbezogenen Tochterunternehmen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr korrespondiert mit den Ergebnisveränderungen der Tochterunternehmen. Die Wertpapiere waren zum Stichtagswert auszuweisen.

Die Bankguthaben ergaben sich hauptsächlich aus den Stichtagsguthaben der im Cash-Pool einbezogenen Tochterunternehmen und der SWH. Der Rückgang zum Vorjahr spiegelte die Gesamtliquidität der Gruppe wider.

3.2.2. Passiva

Das Eigenkapital der Gesellschaft stieg leicht in Höhe des Bilanzgewinns auf 173,0 Mio. €. In die anderen Gewinnrücklagen der Gesellschaft wurde der ausgewiesene Vorjahresgewinn in Folge der Thesaurierung eingestellt.

Die Rückstellungen der Gesellschaft stiegen deutlich gegenüber dem Vorjahr um 9,8 Mio. € an. Maßgeblich hierfür waren die in den sonstigen Rückstellungen wirkenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der KWT.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stehen der Aufnahme eines Darlehens planmäßige Tilgungen gegenüber.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen umfassten die zum Stichtag bei der Holding gebündelten Cash-Pool-Bestände der Tochterunternehmen, die hierüber jederzeit verfügen können. Der Rückgang der Verbindlichkeiten korrespondiert wesentlich mit der insgesamt geringeren Liquidität innerhalb des Cash-Pools.

In Folge der durch geringere Liquiditätsvorhaltung gesunkenen Bilanzsumme stieg die Eigenkapitalquote der Stadtwerke deutlich an. Im Vergleich zum Vorjahr (55,2 %) ergab sich eine Eigenkapital-Quote von 61,1 %.

4. Finanz- und Risikomanagement

Die Gesellschaft hat sowohl für die eigenen, als auch für die Darlehensaufnahmen der verbundenen Unternehmen konzernweitliche Rahmenbedingungen in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen.

Bei der SWH kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt. Bankenausfälle, wie sie im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2008 zu verzeichnen waren, würden insofern zum Risiko eines vorübergehenden Liquiditätsausfalles (bis zur Ersatzleistung durch die Sicherungsfonds) führen. Zur Minderung dieses Risikos erfolgte seit dem Jahr 2008 – so auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 – eine breitere Streuung der Geldanlagen zu jeweils geringeren Anlagebeträgen.

In das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH sind alle wesentlichen Beteiligungsgesellschaften einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegrenzung erfolgen nach einem einheitlichen System.

Gegenwärtig bestehen keine den Bestand der SWH gefährdenden Risiken.

5. Chancen, Risiken und Ausblick

Die Stadtwerke Halle GmbH ist über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mittelbar mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen verbunden.

Die Geschäftsführung beurteilt die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft vor dem Hintergrund eines weiter anhaltenden bzw. steigenden Ertrags- und Kostendrucks in nahezu allen Geschäftsfeldern. Dieses wird weit überwiegend auf die weiter zunehmenden Wettbewerbsintensitäten zurückgeführt. Zudem werden in den wieder anziehenden Rohstoffpreisen sowie speziell in der Entwicklung der Energieerzeugung zu Ungunsten gasbefuehrter Anlagen die Vorboten eines weiter zunehmenden Margendrucks gesehen.

Der derzeitige energiewirtschaftliche Rechtsrahmen und die damit intendierte Absenkung der Marktzutrittsbarrieren bietet sowohl Chancen für das eigene überregionale Geschäft als auch Risiken aus einem erleichterten Markteintritt von Mitbewerbern im Stadtgebiet Halle (Saale).

Für das Geschäftsfeld Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe werden in den nächsten Jahren weitere Rückgänge der erlöswirksamen Mengen in den Sparten Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung wegen des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs und wegen des weiterhin sparsamen Verbrauchsverhaltens erwartet. Darüber hinaus sind im Rahmen des Stadtumbaus weitere Aufwendungen aus dem Rückbau und der Stilllegung von Anlagen nicht auszuschließen.

Die Zulässigkeit von öffentlichen Zuschüssen und von Inhouse-Geschäften sowie die bestehenden beihilferechtlichen Regelungen führen ebenso wie die europäische Marktöffnung im Geschäftsfeld Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik zu absehbaren Wettbewerbsrisiken, welche weiterhin eine Anpassung der Kostenstrukturen an ein wettbewerbsfähiges Niveau erforderlich machen.

Die das Marktumfeld der SWH-Konzernunternehmen prägenden volatilen Märkte können zu ungeplanten Abweichungen der Erträge bei der SWH führen und somit die auf Planwerten beruhenden Finanzausgaben der SWH beeinflussen.

In Hinblick auf die vorgenannten Entwicklungen liegt der Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung des Beteiligungsportfolios auch zukünftig in der Identifikation unternehmensübergreifende Optimierungsmöglichkeiten und in der Entwicklung und Umsetzung daraus resultierender Maßnahmenpakete. Hierzu zählen sowohl konzerninterne Projekte und Maßnahmen als auch externe Kooperationen und Anteilsübernahmen.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird von einem handelsrechtlichen Verlust von rund 6 Mio. € ausgegangen. Hintergrund sind voraussichtlich sinkende Ergebnisbeiträge des Geschäftsfeldes Energie als Folge der aufgezeigten Entwicklungen auf den Energiemärkten.

3.2 VER- UND ENTSORGUNG

Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	Sitz der Gesellschaft: Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)	Postanschrift: Berliner Straße 100 06258 Schkopau				
Rechtsform:	GmbH					
Stammkapital in T€:	30					
Gesellschafter:		<table style="margin-left: auto; margin-right: 0;"> <thead> <tr> <th style="text-align: center;">T€</th> <th style="text-align: center;">%</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: center;">30</td> <td style="text-align: center;">100,00</td> </tr> </tbody> </table>	T€	%	30	100,00
T€	%					
30	100,00					
	Stadtwerke Halle GmbH					

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Stilllegung und Nachsorge einer subaquatischen Deponie mit dem Ziel einer nachhaltigen umweltverträglichen Sicherung des Standortes sowie die Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehende Tätigkeiten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abfallentsorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Arndt, Michael

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.260	2	1.260	2	1.260	2	0	0
Umlaufvermögen	67.055	98	66.653	98	68.884	98	402	1
Rechnungsabgrenzungsposten	9	0	22	0	21	0	-13	-59

Bilanzsumme	68.324	100	67.935	100	70.165	100	389	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	5.807	8	3.624	5	3.123	4	2.183	60
Rückstellungen	61.949	91	63.402	93	65.954	94	-1.453	-2
Verbindlichkeiten	567	1	909	2	1.084	2	-342	-38
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0	0	4	0	1	100

Bilanzsumme	68.324	100	67.935	100	70.165	100	389	1
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.220	7.226	7.158
sonstige betriebliche Erträge	4.054	3.333	2.116
Materialaufwand	220	198	197
Personalaufwand	2.254	2.537	2.541
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.997	7.509	6.289
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.925	1.928	2.312
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	532	315
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	29	33	27
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.699	1.678	2.218
außerordentliche Erträge	97	418	0
außerordentliche Aufwendungen	619	84	299
außerordentliches Ergebnis	-522	334	-299
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	826	843	251
sonstige Steuern	16	17	16
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.335	1.152	1.651
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	2.335	1.152	1.651

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	37,55	15,95	23,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	67,26	46,62	112,20	%
Cash-Flow:	2.335	1.684	1.966	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	198	176	147	T€
Personalaufwandsquote:	21,94	24,02	27,40	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	1,84	1,85	1,80	%
Eigenkapitalquote:	8,50	5,33	4,45	%
Fremdkapitalquote:	91,50	94,67	95,55	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Abfallmenge	880.952,00	938.864,00	1.348.353,00	Mg
Durchschnittserlöse	3,25	3,84	2,65	EUR/Mg

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 %-Punkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 %-Punkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Das Geschäftsjahr 2012 war für die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH), wie in den Vorjahren, mit wesentlichen Entscheidungen für die weitere Umsetzung der Rekultivierungsanordnung des Landesverwaltungsamtes verbunden.

Die Geschäftsführung hat insbesondere mit den betroffenen anliegenden Partnern der Deponie wichtige Vorgespräche für die weitere Stilllegungs-Realisierung geführt. Gleichzeitig wurden die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen für das Stilllegungskonzept weiter entwickelt und in mehreren Beratungen dem Landesverwaltungsamt mündlich und schriftlich dargelegt. Die weitere Untersetzung des Stilllegungskonzeptes führte zur Ableitung einer differenzierten Endhöhengestaltung bei der Rekultivierung, welche vor allem zur Sicherung ausreichender Flurabstände hinsichtlich der final auf der Oberfläche anzulegenden Bepflanzung notwendig ist und einen Mehrbedarf an Erlös erwirtschaftenden mineralischen Verwertungsabfällen zur Folge hat. Dieses Konzept wurde mit Landesverwaltungsamt abgestimmt und mit der dritten Ergänzung der Rekultivierungsanordnung vom 26. November 2012 für die ersten Teilbereiche bestätigt.

Die weiter ausstehende abschließende Bestätigung einer Aufgabenstellung für den Drehpunkt hat ebenfalls wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der AWH und des Gesamtkonzeptes zur Rekultivierung. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf zu verweisen, dass das Landesverwaltungsamt mit seinen Entscheidungen grundlegend die Möglichkeiten zum weiteren Einsatz von Verwertungsabfällen sowie zum Bedarf an inerten Einbaumaterialien im Bereich des Drehpunktes beeinflussen wird.

Auch bezüglich der weiteren Verwendung der finanziellen Rückstellungsmittel und den bisherigen Finanzanlagen wurden wichtige Entscheidungen mit dem Gesellschafter vereinbart.

Schwerpunkt im Jahr 2012 war erneut die ständige Konkretisierung, Fortschreibung und Aktualisierung der Decklungsrechnung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der schwierig einschätzbaren Entwicklung der Sickerwassermengen im Deponiekörper und die daraus entstehenden Erfordernisse für die Behandlung dieser Sickerwässer in verschiedenen Anlagen. Weitere wichtige Einzelmaßnahmen sind im nachfolgenden Bericht detailliert aufgeführt. Dabei verweisen wir auch auf eine zusammenfassende Darstellung über die konkreten Entscheidungsvorgänge im Zeitraum 2002 bis 2012, dazu siehe Anlage 5 in diesem Bericht.

Die Geschäftsführung schätzt ein, dass die gegenwärtige Situation der mittelfristigen Planung erwartungsgemäß entspricht. Die dem Gesellschafter vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bildung von Gewinnrücklagen in den Jahren 2010 und 2011 stellen eine zusätzliche Sicherung für die Finanzierung der Rekultivierungsmaßnahmen unter Beachtung der langen Zeitabschnitte dar.

Seit 01. Februar 2007 ist die Verordnung zur Umsetzung der EU-Ratsentscheidung vom 19. Dezember 2002 zur Festlegung von Kriterien und Verfahren für die Annahme von Abfällen auf Abfalldeponien vom 13. Dezember 2006 in Kraft. Diese Verordnung enthielt neue Regelungen u. a. bezüglich der „grundlegenden Charakterisierung“ des Abfalls, der Festlegung von Schlüsselparametern für Kontrolluntersuchungen, deren Häufigkeit und Änderung bezüglich chemischer Parameter.

Am 16. Juli 2009 wurde die Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts rechtswirksam. Sie regelte u.a. den weiter bestehenden Bestandsschutz für das mit der Rekultivierungsanordnung des Landesverwaltungsamtes vom 05. Juli 2008 angeordnete Stilllegungskonzept.

Gleichzeitig gingen mit der Verordnung aber auch eine weitere Verschärfung der Eigenkontrollverantwortung der Deponiebetreiber sowie der Ausbau der Verantwortung und Kontrollpflicht der Deponiebetreiber gegenüber den Abfallerzeugern einher.

Am 01. Dezember 2011 trat die „Erste Verordnung zur Änderung der Deponieverordnung“ in Kraft. Mit dieser Veränderungsverordnung wurden unter anderem Anpassungen und Aktualisierungen vorgenommen, die sich aus dem Vollzug ergaben und für die Deponiebetreiber weitere Aufgaben bezüglich Abfallannahme und Abfallkontrolle mit sich brachten.

Wesentliche Änderungen ergaben sich in der Folge insbesondere aus der vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt erarbeiteten und Mitte 2012 in Kraft gesetzten „Handlungsempfehlung zur Umsetzung der Verordnung über Deponien und Langzeitlager (DepV) für das Land Sachsen-Anhalt“. Hierin wurden sehr strenge und über die Regelungen in anderen Bundesländern hinausgehende Vorgaben beispielsweise für die Bewertung von Kontrollanalysen im Verlauf der Abfallannahme getroffen. Diese führten im Rahmen der Umsetzung zu einer stark erhöhten Zahl von auszusprechenden Anlieferungen und zu veranlassenden Rückweisungen von Abfallanlieferungen zur Deponie. Diese Entwicklung ist auch als Einflussfaktor für den Rückgang der Abfallannahme 2012 im Vergleich zum Vorjahr anzusehen.

Um weiterhin Rechtssicherheit in Bezug auf Abfallannahme und Abfallverwertung im Unternehmen zu gewährleisten und die innerbetrieblichen Abläufe mit der notwendigen Transparenz für die Kontrollbehörde deutlich zu machen, erfolgte eine Anpassung der diesbezüglichen Ablauforganisation in dem dafür zuständigen Bereich USICO.

Weiterer Änderungsbedarf für die aktuell geltende Deponieverordnung ergibt sich u.a. aus der Einführung des Gesetzes zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechtes und der europäischen Richtlinie über Industrieemissionen (IED). Anpassungen betreffen insbesondere die von der IED vorgegebenen Melde-, Informations- und Überwachungspflichten, für die im Abfallrecht Umsetzungsbedarf besteht. Weiterhin dient die Novellierung der Umsetzung der Quecksilberablagerungsrichtlinie und der Quecksilberverbotsverordnung der EU und enthält Folgeänderungen zur ersten Verordnung der Änderung der Deponieverordnung, Präzisierungen zu Deponierungsanforderungen sowie Anpassungen auf Grund der Erfahrungen in Betrieb und Vollzug.

Am 01. Februar 2013 stand der Referentenentwurf der zweiten Verordnung zur Änderung der Deponieverordnung im Rahmen der weiteren parlamentarischen Abstimmung auf der Tagesordnung im Bundesrat. Ein Inkrafttreten dieser erneuten Novellierung ist für 2013 vorgesehen.

In den Erarbeitungsprozess von Verordnungen bringt sich die AWH durch ihre Mitarbeit in den einschlägigen Fachverbänden ein.

Grundlage für die im Jahr 2012 durchgeführten Stilllegungsmaßnahmen bleibt der im Juni 2008 durch das LVvA erlassene und inzwischen mit drei Ergänzungen fortgeschriebene Rekultivierungsbescheid, der auf den Ergebnissen des BMBF – Forschungsvorhabens der AWH basiert.

Im Rahmen der Stilllegungsmaßnahme der geotechnischen Sicherung des Deponiekörpers werden geeignete Abfälle zur Verwertung u.a. mit der Zielstellung der hydraulischen Optimierung des Durchströmungsverhaltens zur langfristig wirksamen, nachhaltigen Reduzierung des Stoffaustrages aus dem Deponiekörper in die unterschiedlichen Bereiche des Deponiekörpers eingebaut. Diese Maßnahme stellt sowohl aus geotechnischer als auch aus hydraulischer Sicht die Voraussetzung zur Außerbetriebnahme der Wasserhaltung und zur Herstellung einer weitgehend selbsttragenden Vorflutbindung zum Ende der Stilllegungsphase dar.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden im Rahmen dieser Maßnahme 691.560 Mg mineralische Verwertungsabfälle als Deponieersatzbaustoff angenommen und eingebaut. Eine merkliche Erhöhung des Reststeinbauvolumens für diese mit verhältnismäßig hohen Einnahmen anzunehmenden Verwertungsabfälle ergab sich aus der Fortschreibung des Stilllegungskonzeptes im Rahmen des Teilprojektes zur Sicherung ausreichender Flurabstände (siehe Erläuterungen am Anfang des Lageberichtes).

Ab Oktober 2010 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Forst des Landesverwaltungsamtes die Aufforstung der ersten 5 ha der Wasserhaushaltsschicht. Im März 2010 wurde die Antragstellung für weitere 16 ha (zweiter Bauabschnitt) bei der Genehmigungsbehörde eingereicht, die im September 2011 beschieden wurde. Auf Grundlage des nunmehr vorliegenden Genehmigungsbescheides wurden im Jahr 2011 im zweiten Bauabschnitt 3 ha Drainage- und Wasserhaushaltsschicht errichtet. Die im Plan 2012 vorgesehene Fertigstellung von weiteren 9 ha Drainage- und Wasserhaushaltsschicht konnte auf Grund notwendiger Umstellungen bei der Reihenfolge der Bereichsfertigstellung nicht in vollem Umfang realisiert werden. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden 2012 61.530 Mg Drainagematerial und 127.862 Mg Abfall zum Aufbau der Wasserhaushaltsschicht angenommen. Der vorsorglich im Wirtschaftsplan 2012 vorgesehene Ankauf von 100.000 Mg Drainagematerial wurde nicht in Anspruch genommen.

Die Beschaffung hochwertiger Abfälle zur Verwertung in Größenordnungen gestaltet sich zunehmend schwieriger, da diese Materialien auch für andere Verwertungs- und Baumaßnahmen außerhalb des Deponierechtes sehr gefragt sind und hierfür ein weitaus geringerer Kontrollaufwand zu betreiben ist.

Durch die extremen Niederschlagsereignisse Ende 2010 und Anfang 2011 kam es zu einem erhöhten Sickerwasserstand im Deponiekörper und insbesondere im nördlichen Deponie-bereich zu Wasseransammlungen in den Deponiegasbrunnen, die deren Leistungsfähigkeit beträchtlich verringerten. Durch die AWH erfolgt momentan gemeinsam mit Fachplanern die Ausarbeitung technischer Lösungen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Im Jahr 2012 konnten im Rahmen der Verstromung bzw. Bereitstellung von Deponiegas Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.853 generiert werden.

Durch die Maßnahme der Sickerwasserrückführung ist eine beschleunigte Stabilisierung des Deponiekörpers beabsichtigt, indem durch Infiltration von Deponiesickerwasser ein optimaler Feuchtigkeitsgehalt im Deponiekörper eingestellt wird, der den Verlauf der biochemischen Reaktionen beschleunigt und so die Mineralisierung des Deponiekörpers vorantreibt. Eine erste Teilanlage wurde 2008 fertiggestellt und läuft stabil und störungsfrei. Anhand der Monitoringergebnisse konnten die Zielstellungen, insbesondere bei der Stimulierung der Deponiegasproduktion, nachgewiesen werden. Im August 2011 erfolgte die behördliche Genehmigung zur Erweiterung dieser Anlage.

Auf Antrag und wiederholter Anfrage durch die AWH erfolgte im September 2011 die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn, so dass mit dem Bau dieser Anlage im 4. Quartal 2011 begonnen werden konnte. Die Inbetriebnahme erfolgte am 18. Juni 2012.

Ein im Juni 2010 von der AWH eingereichter Fördermittelantrag für dieses Bauvorhaben wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Jahr 2012 beschieden.

Die Anlage zur Deponiesickerwasserinfiltration ist eine Kombination kiesgefüllter Infiltrationssäulen und Infiltrationsrigolen. Nach Inbetriebnahme des 2. Bauabschnittes im Juni 2012 hat sich die Infiltrationsmenge an Deponiesickerwasser von ursprünglich 3.600 m³ im Monat auf 13.740 m³ Sickerwasser im Monat erhöht.

Die umfangreiche Datenerfassung und wissenschaftliche Auswertung erfolgt durch die AWH. Die bisherigen Ergebnisse entsprechen den Erwartungen und Prognosen des Forschungsvorhabens und sind Grundlage für die Vorgaben des Regelbetriebes.

Im Vergleich zum Jahr 2011 konnten die Kosten der Sickerwasserreinigung von Mio. EUR 2,9 auf Mio. EUR 1,3 im Jahr 2012 gesenkt werden.

Dieser Kostenrückgang resultiert im Wesentlichen aus der zusätzlichen Versickerung von Deponiesickerwasser in den Deponiekörper mit Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnittes der Sickerwasserinfiltrationsanlage. Nach Aufsättigung des infiltrierten Deponiebereichs wird nach den Prognosen wieder ein Anstieg der extern zu entsorgenden Deponiesickerwassermengen zu verzeichnen sein.

Für außerplanmäßige Aufwendungen zur Reinigung von angefallenem Sickerwasser in den Jahren 2010/2011, welche durch die ungenügende Funktionalität des sich noch im Eigentum der LMBV befindlichen Vorfeldentwässerungssystems verursacht wurden, leistete die LMBV im Jahr 2012 die geforderte Schadensersatzzahlung in Höhe von T€ 168.

In Bezug auf den sogenannten Drehpunktbereich des Tagebaurestloches ist es notwendig, die Böschungen in diesem Bereich auch unter Berücksichtigung des Wasseraufgangs standsicher zu gestalten sowie Schnittstellen zum Deponiekörper und zum Westschlauch geotechnisch und hydrogeologisch zu sichern. Im Verlauf der Abstimmungen unter Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse zeigte sich, dass diese Aufgabe wesentlich anspruchsvoller und umfangreicher ist als noch vor 10 Jahren angenommen (u.a. zu berücksichtigende Schlussfolgerungen aus der Havarie Nachterstedt). Die 2011 von der AWH gegenüber der Behörde vorgelegten Unterlagen wurden sicher auch deshalb noch nicht weitergehend beschieden. Der ursprüngliche Zeitplan des Stilllegungskonzeptes konnte diesbezüglich nicht eingehalten werden.

Die Verhandlungen mit der LMBV werden fortgeführt, wobei die Zielstellung in der Übernahme der obertägigen LMBV-Flächen sowie der Deponieflächen im Ostschlauch durch die AWH besteht. Als Zwischenstand erfolgte 2012 eine Verständigung darauf, dass eine Übertragung der Flächen erst dann rechtskräftig werden soll, wenn die Erfüllung aller berg-rechtlichen Pflichten durch die LMBV behördlich bestätigt wurde (Entlassung des Tagebaurestloches/Ostschlauch aus der Bergaufsicht). Die LMBV rechnet diesbezüglich aktuell mit einem Zeitrahmen von etwa zwei Jahren, bis diese Voraussetzung erfüllt ist.

Im Rahmen der Investitionstätigkeit im Geschäftsfeld „Sonstige Geschäfte“ beabsichtigt die AWH 2013 eine Boden- und Bauschuttbörse zur Annahme, Lagerung und Aufbereitung von Böden und mineralischen Abfällen nach Anhang 4 BImSchV, Spalte 2 zu errichten. Im Jahr 2012 erfolgte hierfür die erforderliche Genehmigung. Es wird mit einem Investitionsvolumen zur Herstellung der Fläche von ca. T€ 50 gerechnet. Vor Inbetriebnahme der Anlage ist eine Sicherheitsleistung von 166.673 € beim Landkreis Saalekreis zu hinterlegen. Die Anlagenfläche der Boden- und Bauschuttbörse befindet sich teilweise im Eigentum der LMBV.

Im Norden des Tagebaurestloches außerhalb des Deponiekörpers wird durch die Hallesche Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH im Rahmen eines vom BMU geförderten Forschungsvorhabens eine Demonstrationsanlage zur hydrothermalen Carbonisierung biogener Reststoffe errichtet. Hierfür soll Abwärme aus der in unmittelbarer Nähe gelegenen Deponiegasverwertungsstation Nord der AWH genutzt werden.

Insgesamt konnte im Geschäftsjahr 2012 eine Gesamtleistung von Mio. EUR 10,3 erzielt werden, das entspricht einer Planerfüllung von 80,4 %. Ursache für das Defizit ist u.a. dass Mio. EUR 4,4 Sanierungsrückstellungen 2012 nicht in Anspruch genommen werden mussten.

Hintergrund hierfür sind zeitliche Verschiebungen geplanter Maßnahmen wie Drehpunktbereich und Ertüchtigung der Deponiegasfassung, aber auch Kosteneinsparungen bei der Sickerwasserentsorgung, der Errichtung der Anlage für Sickerwasserinfiltration und der Beschaffung von Drainagematerial.

Die im Rahmen des Stilllegungsbetriebes erzielten Umsatzerlöse und die sonstigen Erträge (ohne Erträge aus der Inanspruchnahme der Sanierungsrückstellung) betragen für 2012 Mio. EUR 5,4.

Der gesamte betriebliche Aufwand unter Einbeziehung des außerordentlichen Aufwandes des Geschäftsjahres 2012 belief sich auf Mio. EUR 9,1 (Vj. Mio. EUR 10,3). Davon entfallen Mio. EUR 7,3 auf die Kosten des Stilllegungsbetriebes.

Dem Prinzip der Bildung der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge folgend (Rückstellungsbetrag entspricht den zu erwartenden Gesamtkosten vermindert um künftige Vorteile, d.h. die in der Stilllegungsphase mit der Deponie erzielbaren Erlöse wie z. B. aus der Gasverwertung und der Annahme von Deponiebaustoffen) wurden in Höhe des sich ergebenden Saldos von Mio. EUR 1,9 entsprechende Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge verbucht.

Es ist vorgesehen, den sich nach Steuern ergebenden Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012 (T€ 2.335), der überwiegend aus den Zinserträgen der Wertpapierfonds resultiert, vollständig an den Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH (SWH) auszuschütten.

Die Geschäftsführung erbringt die notwendigen Nachweise, dass die Ausschüttung in Einklang mit dem vom LVwA beschiedenen Sicherungsbetrag (geforderte Sicherheit für die Rekultivierung der Deponie) steht.

Im Geschäftsjahr 2012 bestanden grundsätzlich durch die Beteiligung am Cash-Pool der SWH keine Liquiditätsprobleme.

Nach einer externen Überwachungsbegutachtung „Entsorgungsfachbetrieb“ im März 2012 wurde der AWH das Zertifikat für abfallwirtschaftliche Tätigkeit für die Verwertung von Abfällen im Deponiestilllegungsbetrieb vom EdDE erneut bestätigt. Im September 2012 wurde durch ZER-QMS das jährliche Qualitätsmanagement-Überwachungsaudit durchgeführt. Das Audit umfasst den Deponiestilllegungsbetrieb einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Stilllegung. Im Ergebnis wurde der AWH eine vorbildliche Organisation und Durchführung der entsprechenden abfallwirtschaftlichen Tätigkeiten bescheinigt.

Ebenfalls 2012 wurde die externen Begutachtungen für die Re-Akkreditierung des Labors der AWH nach der DIN EN ISO 17025 erfolgreich absolviert.

Ausblick

Nach Einbindung der AWH in den Verbund der Stadtwerke Halle GmbH wird im Jahr 2013 weiter untersucht, wie Effizienzsteigerungen aus Synergieeffekten erschlossen werden können, um die zukünftigen Entwicklungserfordernisse zu unterstützen, beispielsweise durch die Zusammenlegung aller Laborkapazitäten im SWH-Konzern.

Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens beruhen u. a. auf Untersuchungen und Modellprognoserechnungen, die zunächst auf der Grundlage verfügbarer Standortdaten und des in der Fachliteratur veröffentlichten aktuellen Kenntnisstandes auf konzeptionelle, planerische Ansätze abstellen. Um diese begründeten Annahmen kontinuierlich zu untersetzen, sind weiterhin fundierte Untersuchungen zur Bemessung, Umsetzung und Optimierung der Konzeptparameter erforderlich. Dabei werden während der Umsetzung relevante Daten u. a. im Monitoringprogramm ermittelt, um die Wirksamkeit und die Effizienz der verschiedenen technischen Maßnahmen zur Stilllegung zu prüfen. Auf dieser Grundlage wird dann im Wesentlichen eine detaillierte Bemessung und Optimierung von Maßnahmen erreicht, so dass diese im Projektverlauf entsprechend dem fortschreitenden Erkenntnisgewinn angepasst werden können.

Die Kosten- und Erlöskalkulation (Decklungsrechnung) für den Zeitraum vom 01. Juni 2005 bis 31. Dezember 2051 wird von der AWH ständig fortgeschrieben. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den nach der geplanten Ausschüttung an den Gesellschafter verfügbaren Mitteln eine Rekultivierung der Deponie wie geplant möglich ist. Zum 31. Dezember 2012 sind hierfür Rückstellungen in Höhe von Mio. EUR 60,3 gebildet. Wertpapiere sind mit einem Buchwert zum 31. Dezember 2012 in Höhe von Mio. EUR 64,2 ausgewiesen.

Die Geschäftsführung der AWH geht jedoch nach wie vor davon aus, dass aufgrund der notwendigen langen Zeiträume auch unter Einbeziehung der Wertpapiererträge und eventueller Kursgewinne kurzfristig oder anhaltend Fehlbeträge bei der Decklungsrechnung eintreten können (Differenz zwischen den tatsächlich anfallenden Stilllegungs- und Nachsorgekosten, abzüglich zu erzielender Erlöse, und den durch die AWH zu finanzierenden Mittel). Es ist dann notwendig, in der Decklungsrechnung enthaltene Aufwendungen weiter zu minimieren oder die Einnahmesituation zu verbessern. Grundsätzlich hat die Geschäftsführung gegenwärtig keine Anhaltspunkte für wesentliche Über- und Unterschreitungen der in der Decklungsrechnung ausgewiesenen Positionen. Insofern kann nach den Festlegungen des LVwA zur Sicherstellung der Finanzmittel für Sanierungsleistungen verfahren werden. In der Decklungsrechnung wurden bisher mögliche zukünftige finanzielle Potentiale aus der Beantragung von Förder- und Zuschussmitteln aus verschiedenen landes- bzw. europaweiten Fördermittelpositionen nicht berücksichtigt. Dies würde eine Deckung von eventuellen Mehrkosten ermöglichen, gleichermaßen wie eine mögliche Minimierung der bisher geplanten Aufwendungen insbesondere in den Jahren zwischen 2016 und 2021.

Die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der durchzuführenden Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen und ihrer Finanzierung sind sorgfältig eingeschätzt, aber durch die Langfristigkeit und verbleibenden Innovationsrisiken nicht vollständig kalkulierbar. Der Fortbestand der AWH ist bedroht, wenn die von der Geschäftsführung getroffenen Annahmen hinsichtlich der im Rahmen der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge durchzuführenden Maßnahmen und ihrer Finanzierung nicht eintreten. Dies kann u. a. durch Mehrkosten, die eventuell im Rahmen von Genehmigungsanordnungen für die einzelnen Maßnahmen entstehen könnten, eine sich ändernde Rechtslage (insbesondere in Bezug auf EU-Vorgaben), Kosten- und Preissteigerungen, höher als geplante Steuer(nach)zahlungen und geringere als geplante Erlöse verursacht sein. Des Weiteren ist zu beachten, dass Teile des vom LVwA vorgegebenen Stilllegungskonzeptes auf modelltheoretischen Ansätzen basieren, deren Bestätigung in der Praxis noch nicht gesichert ist und bei denen die Auswirkungen auf den tatsächlichen Sanierungsprozess noch nicht eingeschätzt werden können. Dies könnte die Fortsetzung des Sanierungsprozesses beeinflussen und Auswirkungen auf die Gesamtanierungsaufwendungen nach sich ziehen.

Hinsichtlich möglicher Risiken aus künftigen finanzamtlichen Außenprüfungen ist zu beachten, dass die bisherigen Betriebsprüfungen die Decklungsrechnung (Kosten- und Erlöskalkulation), die als Basis zur Berechnung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge dient, noch keiner abschließenden Prüfung unterzogen haben. Der Kosten- und Erlösplan ist Basis für die Bildung und Bewertung der Rückstellung zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die von der AWH gehaltenen Wertpapiere neben Chancen einer überdurchschnittlichen Performance auch Kurs- Teilungs- (Tranchen-) und Wertschwankungsrisiken unterliegen, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Finanzkrise. Die zusätzlich zum Verkauf der Wertpapiere zu erzielenden (und sich im Zeitablauf mit Fortschreiten der Sanierungsarbeiten und damit Abbau des Wertpapierbestands verringernden) Wertpapiererträge (nach Steuern) die nicht Bestandteil der Decklungsrechnung sind, könnten bei Notwendigkeit zur Kompensation zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen der Sanierung herangezogen werden und würden dann insoweit für Ausschüttungen nicht zur Verfügung stehen.

Die Geschäftsführung hat die Manager der Wertpapierfonds angewiesen, bei den Wertpapieranlagen dafür Sorge zu tragen, dass im Jahre 2013 die Entscheidung getroffen werden kann, unter Umständen teilweise oder vollständig auf die Wertpapierfonds zu verzichten und die dann verfügbaren Cash-Mittel zur Sanierung nur als (Termin-)Geldanlage einzusetzen. Die abschließende Entscheidung ist im Jahr 2013 unter Berücksichtigung der Performance der Wertpapieranlagen der Jahre 2012 und 2013 zu treffen.

Im kommenden Jahr sind unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen (u. a. veränderte hydrogeologische Rahmenbedingungen nach Umstellung der Vorfeld-entwässerung und unter Berücksichtigung der Niederschlagsdaten aus den letzten Jahren) und der Prognose der künftig zu erwartenden hydraulischen Flurabstände die erforderlichen deponietechnischen Maßnahmen auf der Grundlage behördlicher Anordnungen umzusetzen.

Um die Deponiegasertlöse auch weiterhin stabil zu halten, sind im Jahr 2013 Ertüchtigungsmaßnahmen im nordwestlichen Deponiebereich durchzuführen. Außerdem soll im Ergebnis eines Absaugversuches im Deponiegasbereich Süd festgestellt werden, ob ein möglicher Deponiegasüberschuss in diesem Bereich die zusätzliche Aufstellung eines Gasmotors rechtfertigt und zusätzliche Erlöse generiert werden können.

Des Weiteren ist der Aufbau von weiteren 5 ha der Drainage- und Wasserhaushaltsschicht vorgesehen. Zunehmend schwierig gestaltet sich hierfür die Bereitstellung der erforderlichen Mengen an Drainage- und Bodenmaterial. Die AWH muss weiterhin ihre Bemühungen verstärken im Einklang mit den deponierechtlichen Anforderungen die erforderlichen Mengen am Markt zu akquirieren, um Einkäufe von diesbezüglichen Materialien zu vermeiden.

Auf einer bereits fertiggestellten Rekultivierungsfläche von 6 ha ist im Rahmen eines Versuchsbetriebes bis zur behördlichen Freigabe der Aufforstung dieser Fläche der Anbau von Energiepflanzen vorgesehen, welche anschließend in der sich am Standort befindlichen Biogasanlage zu verstromen sind. Bei positivem Ergebnis, ist das Aufbringen und die energetische Verwertung von Energiepflanzen in Abstimmung mit der Behörde in den Rekultivierungsprozess einzuordnen.

Eine weitere wichtige Maßnahme im Jahr 2013 wird die Planung Drehpunktbereich sein. Hier sollen im laufenden Jahr weitere Abstimmungen mit den einzubeziehenden Behörden erfolgen, um die notwendigen Genehmigungen für das Drehpunkt-Gestaltungskonzept zu erwirken und danach mit der Umsetzung beginnen zu können.

Die Unternehmenskonzeption der AWH sieht zusätzlich zur Durchführung des Stilllegungs- und Nachsorgebetriebes den Ausbau des Standortes Halle-Lochau zu einem Abfallwirtschaftszentrum vor, das auch weitere (nicht nur durch die AWH betriebene) Anlagen zur Stoffkonditionierung für den Stilllegungsbetrieb vorsieht bzw. Flächen für andere Ansiedlungen anbietet. Dazu wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Gesellschafter Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Saalekreis zur Entwicklung eines Kreislaufwirtschafts-Parks geschlossen. Ein dazu erforderlicher Bebauungsplan wurde von der Gemeinde Schkopau beschlossen.

Bestandteil der vorgesehenen innovativen Maßnahmen ist u. a. auch die Entwicklung des Geschäftsfeldes „Bodenbörse“, welche am Standort Halle-Lochau vorgesehen ist und sowohl zur Gewinnung von Deponiebaustoffen für die Rekultivierungsschicht dient, als auch eine neue wettbewerbsbezogene Marktposition mit zusätzlichen Ergebnismöglichkeiten erschließen soll.

Der Aufsichtsrat der AWH hat im Jahr 2009 die Geschäftsführung beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit der LMBV darüber aufzunehmen, unter welchen Bedingungen eine Übertragung des bisherigen Grundstückseigentums des Tagebaurestloches von der LMBV auf die AWH möglich ist. Da entsprechend eines Gutachtens eine kostenlose Eigentums-übertragung des jetzigen Deponiegeländes an die AWH/Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist, andererseits aber das Interesse des Gesellschafters besteht, das ca. 350 ha große, später sanierte Gelände in das Eigentum der AWH/Stadt Halle (Saale) zu überführen, werden 2013 die entsprechenden Verhandlungen mit der LMBV weitergeführt.

Ein 2010 erarbeitetes Wertgutachten zum Grundstück wurde von beiden Partnern grundsätzlich anerkannt und bildet die Basis für die weiteren Verhandlungen.

Die AWH wird die Entwicklung auf den Finanz- und Wirtschaftsmärkten verfolgen müssen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass grundsätzlich die im Wirtschaftsplan 2013 ausgewiesenen Ergebnisse erreicht werden können, es hierfür aber sehr großer Anstrengungen bedarf.

A/V/E GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Magdeburger Straße 51
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 550

Gesellschafter:	T€	%
envia Mitteldeutsche Energie AG	143	25,90
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH	138	25,10
rhenag Rheinische Energie Aktiengesellschaft	138	25,10
Stadtwerke Halle GmbH	131	23,90

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Die Abrechnung von Leistungen der Ver- und Entsorgung, die damit verbundene Beratung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesem Zweck dienen.
- (2) Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.
- (3) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Es bestehen Verträge u. a. mit den Energiedienstleistern Mitgas, der enviaM und anderen Stadtwerken. Diese Unternehmen finden ihren öffentlichen Zweck in § 116 GO-LSA. Soweit Abrechnungsaufgaben für diese Unternehmen vorgenommen werden, muss es dafür daher auch einen öffentlichen Zweck geben.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Arnold, Andrea

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	921	19	1.054	20	1.193	22	-133	-13
Umlaufvermögen	3.893	80	4.157	79	4.229	78	-264	-6
Rechnungsabgrenzungsposten	52	1	45	1			7	16

Bilanzsumme	4.866	100	5.256	100	5.422	100	-390	-7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.861	38	2.123	41	2.163	40	-262	-12
Rückstellungen	1.993	41	1.951	37	2.063	38	42	2
Verbindlichkeiten	1.012	21	1.182	22	1.196	22	-170	-14

Bilanzsumme	4.866	100	5.256	100	5.422	100	-390	-7
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	22.239	22.363	19.900
sonstige betriebliche Erträge	279	250	468
Materialaufwand	5.418	5.433	4.890
Personalaufwand	13.790	13.183	11.502
Abschreibungen	530	530	578
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.322	2.573	1.992
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	87	31	15
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	68	20	61
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	477	905	1.360
außerordentliche Erträge	0	0	36
außerordentliche Aufwendungen	0	38	0
außerordentliches Ergebnis	0	-38	36
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	163	291	780
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	314	576	616
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	314	576	616

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,41	2,58	3,09	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,28	37,22	39,80	%
Cash-Flow:	844	1.106	1.194	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	72	80	82	T€
Personalaufwandsquote:	61,24	58,30	56,47	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,49	11,02	9,15	%
Eigenkapitalquote:	38,25	40,40	39,89	%
Fremdkapitalquote:	61,75	59,60	60,11	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Unternehmen & Umfeld

Als Dienstleister für alle Markttrollen der Energieversorgungsbranche mit einem Full-Service-Angebot von Abrechnung über Kundenservice bis hin zum Zählermanagement, ist der A/V/E-Kundenkreis mit insgesamt 40 Auftraggebern sehr umfangreich. Die Beauftragung der Dienstleistungen erfolgt entweder direkt oder als Nachauftragnehmer eines anderen Dienstleisters. Grundsätzlich sind die Leistungsbeziehungen mit jedem Auftraggeber nach den einzelnen Markttrollen getrennt vereinbart. A/V/E bedient 30 Kunden für die Marktrolle Lieferant und 20 Kunden für die Markttrollen Netzbetreiber und/oder Messstellenbetreiber.

Die Größe der Auftraggeber der A/V/E weist gemessen am Endkundengeschäft eine Bandbreite von ca. 2.000 bis 2.000.000 Endkunden bzw. Zähler auf. Die Auftraggeber verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet, wobei gewichtet nach Endkunden bzw. Zählern die östlichen Bundesländer den Schwerpunkt bilden. Der Kundenkreis der A/V/E setzt sich aus gestandenen, etablierten Unternehmen sowie jüngst gegründeten oder neu in den Energiemarkt eingestiegenen Lieferanten und Netzbetreibern zusammen.

Dieses komplexe Gesamtbild fordert von unseren Mitarbeiter/innen strukturierte Denkweisen und von den bei A/V/E unterstützend eingesetzten Systemen eine gezielte Funktionsweise. Aus diesem Grund arbeiten alle Mitarbeiter/innen prozessbezogen und nicht primär Auftraggeber bezogen.

Auf der Messe E-world energy & water (im folgenden „Eworld“) im Februar 2012 wurden viele Kontakte zu Interessenten und neuen Vertriebsgesellschaften geknüpft. Die Erfahrungen der A/V/E und auch andere Marktabschätzungen zeigen jedoch, dass die avisierten Geschäftsvolumina und Vertriebsserfolge der Interessenten oft sehr überzogen sind.

Die am Markt bekannte und wertgeschätzte Systemoffenheit der A/V/E wurde von neuen Applikationsanbietern auf der Eworld zum Anlass genommen, mit A/V/E in Kontakt zu treten. A/V/E bedient heute bereits die Systeme SAP, Wilken, Neutrasoft, Schleupen, SIV, XAP und LIMA. Die Umsetzungen der Forderungen der Bundesnetzagentur (BNA) bereiten allen Systemen noch Schwierigkeiten, mit denen vor allem ein Dienstleister zu kämpfen hat.

Insgesamt erschien das Jahr 2012 hinsichtlich des Markteintritts neuer Wettbewerber oder auch dem Markteintritt von neuen Lieferanten deutlich ruhiger. Anders stellte sich dies jedoch auf dem bestehenden Wettbewerbsmarkt der Dienstleistungsbranche dar. Es mussten zum Teil harte Preisverhandlungen im Rahmen von Ausschreibungen geführt werden. A/V/E konnte dabei nach wie vor besonders bei kleineren und mittleren Lieferanten oder Netzbetreibern punkten. Zudem wurde A/V/E bei großen Ausschreibungen wiederholt eine gute Angebotspräsentation und überzeugende Leistungsfähigkeit in Verbindung mit höchster Qualität bescheinigt.

Auch 2012 hob sich A/V/E mit einem modularen Leistungsangebot von den Wettbewerbern ab. Allen Lieferanten, Netz- oder Messstellenbetreibern wurden durch die Systemoffenheit weiterhin Investitionsschutz, und durch die individuell zugeschnittenen Dienstleistungsangebote weitreichende Handlungsmöglichkeiten geboten. Gleichzeitig konnten die Kunden der A/V/E von Effizienzgewinnen und Skaleneffekten sowie von aktuellen Wissensständen der Mitarbeiter/innen profitieren.

Geschäftsentwicklung

Insgesamt wirkt sich der zunehmende Kostendruck auf die Lieferanten und Netzbetreiber auch auf die Preisentwicklung der A/V/E aus. Allgemeine Preis- und Kostensteigerungen konnte A/V/E nur zum Teil an die Kunden weiterreichen. Zum einen lag dies an fest vereinbarten Preisen, zum anderen waren Zugeständnisse an solche Kunden notwendig, die 2012 die Systemtrennung abschlossen. Getrennte Systeme generieren i.d.R. höhere Auftragsvolumina durch gestiegene Kundenkontakte und Anzahl Abrechnungen. Diese Situation wird nur schwerlich von den Auftraggebern akzeptiert und führen zu starken Preis- und Kostendiskussionen. Dazu sah sich A/V/E noch mit vermeintlich günstigen Preisangeboten von marktfremden Dienstleistern konfrontiert.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Für die A/V/E gelten die Bestimmungen des Rechnungsmäßigen Unbundling gemäß § 6b EnWG in der Fassung vom 20. Dezember 2012, da sie zu einer Gruppe verbundener Elektrizitäts- oder Gasunternehmen gehört und energiespezifische Dienstleistungen erbringt. A/V/E übte im Jahr 2012 keine Tätigkeit im Sinne des EnWG § 6b Absatz 3 Satz 1 Ziffer 1 bis 6 und Satz 2 aus, für die ein Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Absatz 3 Satz 6 EnWG hätte erstellt werden müssen. Im Rahmen der Kontentrennung wurden die Dienstleistungen des Unternehmens den Bereichen der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors und der anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie dem Bereich der Tätigkeiten außerhalb der Elektrizitäts- und Gassektors zugeordnet.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Wie in Vorjahren war die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der A/V/E erneut stabil und positiv. Im Vergleich zu den Vorjahren musste jedoch ein stärkerer Fokus auf die Verfolgung der vereinbarten Zahlungsfristen gelegt werden. Zahlungsausfälle waren nicht zu verzeichnen, jedoch zeigt sich durch das vereinzelt deutlich überzogene Zahlungsziel eine statistisch insgesamt verschlechterte Zahlungsmoral. Ein Trend zur generellen Zahlungsmoral lässt sich daraus jedoch noch nicht ableiten.

Das Investitionsvolumen betrug im Geschäftsjahr 2012 398 T€ (Vorjahr 393 T€). Gleichwohl die A/V/E weitere Räumlichkeiten anmietete und diese entsprechend auszustatten waren, verminderte sich das Anlagevermögen um 133 T€ bzw. 13 %. Blieben die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr (530 T€) quasi unverändert, ist der Anlass der Investition selbst Ursache für den Rückgang. Im Wesentlichen wurden hardwareseitig Ersatzinvestitionen getätigt und diese wiederum sind zum Teil nach der Vereinfachungsregelung für geringwertige Wirtschaftsgüter sofort abgeschrieben worden.

Das Umlaufvermögen nahm um 264 T€ auf 3.893 T€ ab. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen konnten Stichtagsbezogen und nicht zuletzt aufgrund der automatisierten Zahlungserinnerungen auf 1.049 T€ (Vorjahr 1.648 T€) zurückgeführt werden. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (2.438 T€) blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant – das Gros entfällt auf ebenfalls fast unveränderte Finanzforderungen aus dem laufenden Cashmanagementvertrag (1.981 T€)

Das Eigenkapital verringerte sich gegenüber 2011 unter der Berücksichtigung der Gewinnausschüttung für das vorangegangene Geschäftsjahr und des Jahresabschlusses 2012 um 261 T€ auf 1.861 T€. Bei gleichzeitig verringerter Bilanzsumme (4.866 T€, Vorjahr 5.256) beträgt die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag 38,2 % (Vorjahr 40,4 %) und kann als unverändert solide eingeschätzt werden.

Die Rückstellungen weisen mit 1.993 T€ im Vergleich zum Vorjahr (1.950 T€) kaum Veränderungen auf. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass mittelbare Pensionsverpflichtungen von 209 T€ erstmalig passiviert wurden. Die aufwandswirksame Passivierung wurde vorgenommen, um den Abschluss der A/V/E transparenter zu gestalten und die Konsolidierung zu vereinfachen. Ohne diese Passivierung hätten die Rückstellungen um 166 T€ abgenommen.

Die Verbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr um 170 T€ gesunken. Der stichtagsbedingte Rückgang entfällt sowohl auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen als auch auf Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Der Umsatz (22.239 T€) konnte – nach zuletzt zweistelligen Steigerungsraten – auf Vorjahresniveau stabilisiert werden. Positiv ist festzustellen, dass der Wegfall von Einmalumsätzen (Systemtrennungen etc.) gegenüber dem Vorjahr kompensiert werden konnte.

Ca. 65% des mit allen 40 Auftraggebern der A/V/E erzielten Umsatzes wurden mit Leistungen, die der Marktrolle Lieferant zuzurechnen sind, erzielt. 35% entfielen auf Leistungen für die Markttrollen Netz, Messstellenbetreiber bzw. Messdienstleister.

Die Material- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten insgesamt um 266 T€ gesenkt werden. Dabei entfällt der größte Anteil des Rückgangs auf Personalleasing und damit im Zusammenhang stehende Aufwendungen.

Insbesondere durch die Übernahme von Leiharbeitnehmern/-innen zur A/V/E hat sich die Arbeitnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt um 10,6% und dementsprechend der Personalaufwand zusätzlich zur tariflichen Steigerung erhöht.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8 T€ auf 19 T€ verbessert.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit fiel demgemäß um 428 T€ niedriger aus. Hiervon entfällt etwa die Hälfte der Veränderung wie beschrieben auf den Einmalaufwand wegen der erstmaligen Bilanzierung von mittelbaren Pensionsverpflichtungen.

Der Steueraufwand hat sich um 128 T€ gegenüber 2011 verringert. Periodenfremde Steuererträge von T€ 138 hatten den Vorjahrsaufwand entlastet.

2012 schloss A/V/E das Berichtsjahr mit einem Jahresüberschuß von 314 T€ (2011 576 T€) ab.

Die Zahlungsfähigkeit der A/V/E war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres und bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 gewährleistet.

Personalwesen

Die Mitarbeiter/-innen der A/V/E ermöglichen mit ihrer Veränderungs- und Leistungsbereitschaft eine erfolgreiche Zukunft für die A/V/E und für deren Auftraggeber.

Der Schwerpunkt in der Personalbeschaffung lag insbesondere im Abdecken von kurz- und mittelfristigen Bedarfen für den Kunden- und Abrechnungsservice. Im direkten Umfeld profitierten so rund 100 weitere Arbeitskräfte vom Geschäft der A/V/E.

Gegenüber dem Jahresende 2011 erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten nur leicht auf insgesamt 323 Mitarbeiter/innen, davon sind 14 Auszubildende. Diese werden in den Ausbildungsberufen Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Dialogmarketing ausgebildet. Alle Auszubildenden, die 2012 die Ausbildung abgeschlossen haben, wurden von A/V/E übernommen.

Von den beschäftigten Mitarbeiter/innen haben 95 derzeit einen befristeten Arbeitsvertrag. 67% der Beschäftigten sind Frauen.

Qualifiziertes Personal vorzuhalten, wird zunehmend schwieriger und die Investition in Schulungsmaßnahmen wird immer höher. Deshalb hatte die Ausbildung und die Wissenserhaltung auch in 2012 für A/V/E eine sehr große Bedeutung. Die bestehenden Schulungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „Zertifizierter Mitarbeiter im Kundenservice der Energiewirtschaft“ wurden zu einem Schulungs- und Trainingsprozess ausgeweitet. Das im Haus vorhandene Trainerpotenzial wurde gebündelt und damit das Qualitätsmanagement mit dem Schulungsprozess verknüpft.

Risiko-Management

Risiko-Management und Controlling sind bei A/V/E unverändert eng verbunden. Die quartalsweise identifizierten und bewerteten Risiken werden mit dem Controlling abgestimmt und finden Eingang in die Kostenrechnung. Soweit handelsrechtlich zulässig, findet auch eine Überleitung in die Bilanz statt.

Im Risiko-Management-Prozess werden nicht nur Risiken, sondern auch Chancen erfasst und gegeneinander abgewogen. A/V/E setzt damit auf eine umfassende vorausschauende Zukunftseinschätzung.

Die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und hier die verschiedenen Interpretationen des § 6b führten bei A/V/E in den letzten Tagen des Jahres zu erheblicher Unruhe. Die verschiedenen Interpretationen bedingen eine entsprechende Risikobewertung. Eine mögliche Interpretation, nach der auch A/V/E ihre Konten nach den Sektoren Strom und Gas zu trennen hat, stellt, resultierend aus einer Benachteiligung gegenüber anderen am Markt tätigen Dienstleistern, deren Anteilseigner keine energiewirtschaftlichen Unternehmen sind, für A/V/E ein Markt-Risiko dar. Sollte daraus gar abgeleitet werden, dass Dienstleistungen sektorenrein anzubieten und auszuführen sind, gehen nicht nur der A/V/E sondern der Energiewirtschaft insgesamt erhebliche Synergien verloren.

Chancen

Bestandteil des Risiko-Managements ist gleichlautend auch die systematische Verfolgung von Chancen. Chancen bestehen für A/V/E vorrangig in der Vermarktung der eigenen Leistungen. Die Harmonisierung von Abläufen aus Sicht des Kunden mit den Abläufen der Systeme der Marktpartner ist die Chance der A/V/E. Hier bieten die bisherigen am Markt etablierten Eigenentwicklungen nA/V/Egation und TA/V/EX Vorteile für den Kunden und sind zugleich Ausdruck von Kompetenz, Innovation und Erfahrung. Die A/V/E-Systeme dienen dem optimierten Zeiteinsatz, ohne dass dies der Kunde spürt und auch der Auftraggeber in seinen Abläufen nicht eingeschränkt wird.

Strategie

Die rhenag AG übernahm zum 01.01.2012 25,1% der A/V/E-Anteile von der enviaM AG und unterstützt seitdem das Dienstleistungsgeschäft der A/V/E als neuer Gesellschafter.

A/V/E wird weiterhin eine wesentliche Rolle im Markt spielen und Innovationen in die energiewirtschaftliche Kundenbetreuung und –beratung hineinbringen. Auch neue Produkte bzw. Dienstleistungsangebote wird A/V/E am Markt platzieren und damit sich weiter von den Wettbewerbern abheben. Zunächst werden diese neuen Angebote an unsere Bestandskunden gerichtet, um diesen neben Skaleneffekten auch andere Mehrwerte bieten zu können. Dabei gehört es zum erklärten Ziel, für die Auftraggeber einerseits Investitionssicherheit durch Systemvielfältigkeit zu gewährleisten und andererseits eine abschließende Sachbearbeitung anzubieten. Skaleneffekte erzielt der Auftraggeber durch zahlreiche Stützsysteme, die Bestandteil des Dienstleistungsangebotes der A/V/E sind.

Aussichten

Die Regulierung der Energiewirtschaft bietet für A/V/E nach wie vor vielfältige Chancen, zunehmend aber auch Risiken. Der Wettbewerb zwischen den Energieversorgungsunternehmen ist bereits hart, wie der zwischen den Dienstleistern. Auf beiden Seiten scheint eine Marktbereinigung bzw. eine Konsolidierung des Marktes zu beginnen. Auf Seiten der Dienstleister war dies zu Beginn des Jahres 2012 zu spüren, auf Seiten der Auftraggeber konnte dies deutlich im vierten Quartal 2012 beobachtet werden.

Demzufolge erwartet A/V/E, dass sich der Umsatz 2013 auf ähnlichem Niveau wie 2012 bewegen und mittelfristig weiter positiv entwickeln wird, wenngleich es schwieriger wird, das bisherige Umsatzwachstum künftig fortzusetzen. Hinsichtlich des Jahresergebnisses ist geplant, für den Wirtschaftsplanzeitraum bis 2015 eine signifikante Verbesserung gegenüber dem Niveau des Berichtsjahres zu realisieren.

Cives Dienste GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift:	juristischer/postalischer Sitz Äußere Hordorfer Straße 12 06114 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung aller Arten von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und der Infrastrukturentwicklung in und für Gebietskörperschaften, einschließlich der Entwicklung innovativer Leistungsangebote, Werbung, Vertrieb von Waren, Marktbeobachtung, Information, Beratungen und Interessenwahrnehmungen, soweit diese in Zusammenhang mit den vorgenannten Dienstleistungen stehen.

Öffentlicher Zweck:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Unterhaltsreinigung in Gebäuden der Stadt Halle (Saale).

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Arndt, Michael

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(bis 30.06.2012)
stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	(seit 27.09.2012 stellv. Vorsitzende)
	Allner, Jürgen	
	Böcker, Udo	
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
	Hilbig, Stefan	(seit 21.09.2012)
	Hildebrandt, Roland	
	Krause, Johannes	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	
	Sieber, Olaf	
	Weiland, Mathias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	1	1	1	0	0
Umlaufvermögen	133	100	79	99	86	99	54	68

Bilanzsumme	133	100	79	100	87	100	54	68
--------------------	------------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	19	25	32	25	29	0	0
Rückstellungen	21	16	26	33	26	30	-5	-19
Verbindlichkeiten	87	65	28	35	36	41	59	211

Bilanzsumme	133	100	79	100	87	100	54	68
--------------------	------------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	639	627	731
sonstige betriebliche Erträge	5	5	37
Materialaufwand	41	2	10
Personalaufwand	543	581	702
Abschreibungen	0	0	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	49	46	35
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0		0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11	3	20
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	11	3	13
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	7
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	7

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,75	0,49	2,75	%
Eigenkapitalrentabilität:	44,61	12,31	110,01	%
Cash-Flow:	11	3	21	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	21	17	18	T€
Personalaufwandsquote:	84,26	91,86	91,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,53	0,96	%
Eigenkapitalquote:	18,79	31,65	28,71	%
Fremdkapitalquote:	81,21	68,35	71,29	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 %-Punkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Im Geschäftsjahr 2012 galt es für die Cives Dienste GmbH, das Kerngeschäft der Gebäudereinigung zu stabilisieren und die im Jahr 2010 aufgenommene Entsorgungstätigkeit für Leichtverpackungen dauerhaft auszubauen. Beide Dienstleistungen werden gegenüber der Muttergesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH erbracht und zielen dabei auf ein hohes Qualitätsmerkmal. Um diesem Anspruchsniveau gerecht zu werden und dem Auftraggeber ein verlässlicher Partner zu sein, hat die Cives Dienste GmbH ihre Linienstruktur ausgebaut. Somit ist in der Gesellschaft die notwendige Aufbauorganisation implementiert, welche die operative Tätigkeit maßgeblich steuert. Wie die Entwicklung der operativen Leistungsebene auf der einen Seite, so setzt die Cives Dienste GmbH auf der anderen Seite auf die vertragliche Vergabe der kaufmännischen Unterstützung im Konzernverbund.

Im Geschäftsfeld Gebäudereinigung bleibt das Auftragsvolumen insgesamt konstant, wobei die Teilleistungen in den einzelnen Reinigungsobjekten an einen unterschiedlichen Dienstleistungsbedarf angepasst werden oder gar vollständig ersetzt werden mussten. Dieses betrifft im Kulturbereich die Objekte des Thalia Theaters. Im Ausgleich dazu konnten die Objekte des halleschen Konservatoriums in das Reinigungsportfolio integriert werden. Zudem ist das Geschäftsfeld Gebäudereinigung im Jahr 2012 von der Anhebung des Mindestlohniveaus betroffen. Für die Geschäftsführung wird diese Entwicklung als eindeutiger Schritt zu mehr Chancengleichheit verstanden. Besonders im Gebäudereinigerhandwerk kann durch diese gesetzliche Festlegung die Transparenz des Wettbewerbs entwickelt werden und stellt die Cives Dienste GmbH näher an die Konkurrenten des Marktes.

Mit dem Jahr 2012 läuft der erste Vertragszeitraum der Entsorgung von Leichtverpackungen aus. Auf Grund der erneuten erfolgreichen Teilnahme der Muttergesellschaft an der Leistungsvergabe kann dieses Geschäft wiederum für weitere drei Jahre gebunden werden.

Damit sieht sich die Cives Dienste GmbH in ihrem Dienstleistungsansatz bestätigt und das Vergabeergebnis zeigt die Bedeutung der Gesellschaft für ein marktfähiges Niveau der privatwirtschaftlichen Entsorgung in der Stadt Halle (Saale).

Zusammenfassend sind die Marktbedingungen für die Cives Dienste GmbH auf einem niedrigen Stufenwert stabil. Nur eine konsequente Marktausrichtung der Gesellschaft sichert dabei das Geschäft und den gegebenen Leistungsumfang. Im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge ist es notwendig, für ein erfolgreiches Agieren eine hohe Flexibilität zu beweisen. Dieses ist dem Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in jedem Fall gelungen und kann anhand der kurzfristigen Reaktion auf die geänderten Leistungseinheiten dokumentiert werden.

Tätigkeit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr

Um den Regelungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu entsprechen, sind die Rahmenbedingungen für die Cives Dienste GmbH den rechtlichen Vorgaben anzupassen. Die in den Anfangsjahren praktizierte operative Leistungssteuerung durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wurde aufgespalten. Erstmals für ein komplettes Geschäftsjahr hat im Jahr 2012 die Cives Dienste GmbH zahlreiche Objekte in Eigenregie übernommen. Damit ist zum einen die konsequente Abgrenzung zur Leistung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH vollzogen und zum anderen der Cives Dienste GmbH die Möglichkeit gegeben, das eigene Leistungsspektrum zu entfalten. Auf Basis des zum 01.12.2011 in Kraft getretenen Dienstleistungsvertrags zwischen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Cives Dienste GmbH werden die Leistungen der Gebäudereinigung nach einem Festpreis abgegolten. Dieser Festpreis ist auf Basis einer spezifischen Kostenrechnung für die zu reinigenden Objekte festgelegt und in einer Anlage zum Vertrag für die einzelnen zu reinigenden Objekte definiert. Eine Anpassung der Reinigungsflächen und Häufigkeit kann durch den Auftraggeber jederzeit vorgenommen und so den jeweiligen Erfordernissen angepasst werden.

Mit der Schaffung eigener Linienstrukturen wurde im Jahr 2011 in der Gebäudereinigung begonnen und im Jahr 2012 fand diese Umgestaltung in der Entsorgungslogistik ihren Abschluss. Zu diesem Zweck beschäftigt die Gesellschaft seit Juli 2012 einen Einsatzleiter. Diesem obliegt die operative Leistungssteuerung, die Koordination der Einsätze sowie die monatliche Abrechnung der tatsächlichen Einsatzstunden.

Sparte Gebäudereinigung

Das Geschäftsjahr 2012 ist für die Sparte Gebäudereinigung von einer stetigen Nachfragebewegung geprägt. Zumeist sind es die saisonal bedingten Schwankungen durch Schulferien aber auch die Häufung von Wochenfeiertagen, welche die Leistungsmengen stark beeinflussen. Zudem begleitet ein hoher Krankenstand das Geschäftsjahr, so dass der zeitlichen Leistungsverschiebung nur bedingt mit eigenen Mitarbeitern begegnet werden kann.

Sparte Logistikleistung für den Entsorgungsbereich

Ein besonderes Maß an Einsatzbereitschaft zeigen die Fahrer und Lader zum Ende des Jahres. Durch die Häufung der Wochenfeiertage müssen die Entsorgungen weitreichend auf andere Tage verschoben werden. Dabei kommt ein stadtweit umgestellter Entsorgungsplan zum Tragen, welcher die Abfuhr der Müllgroßbehälter am Samstag notwendig macht. Letztlich strebt die Gesellschaft die langfristige Fortsetzung des Geschäftsmodells an, um aus der Gruppe der Stadtwerke heraus konkurrenzfähige Preise für die stark umkämpften Sammelleistungen der Entsorgungsbranche anzubieten.

Ertragslage

Durch eine Entwicklung der Dienstleistungen können sowohl die Gebäudereinigung als auch die Transportleistungen gegenüber dem Vorjahr leicht erweitert werden. Deshalb steigen die Umsatzerlöse von TEUR 627 im Vorjahr für das Jahr 2012 auf TEUR 639. Auf Grund der zeitlichen Begrenzung der Fördermaßnahme durch das Arbeitsamt, welche im Jahr 2011 ausgelaufen sind, ist im Jahr 2012 keine Unterstützungsleistung der Lohnkosten zu berichten. Die ausgewiesenen betrieblichen Erträge von TEUR 5 resultieren aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand in Form von Aufwendungen für Arbeitsmittel fällt gegenüber dem Vorjahr TEUR 2 in diesem Berichtsjahr mit TEUR 1 geringer aus. Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren nur ergänzende Maßnahmen notwendig. Eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist für die Fremdleistungen zu erkennen. Da die Cives Dienste GmbH im Jahr 2012 einen festen Objektbestand zu betreuen hatte, ist dazu eine Mindestpersonalstärke die Grundvoraussetzung. Ist dieser Mindestbestand durch individuelle Gründe unterschritten, muss die Gesellschaft mit der Beauftragung von Subunternehmerleistungen diesem Umstand entgegenwirken. Gleichzeitig konnte mit dieser Maßnahme kurzfristig auf Schwankungen der Personalkapazität reagiert werden. Die Fremdleistungen belaufen sich im Geschäftsjahr 2012 auf TEUR 39.

Der Vergleich der Personalzahl mit dem Vorjahr spiegelt sich in den Personalkosten wider. Von TEUR 581 im Jahr 2011 reduzierte sich der Personalaufwand auf TEUR 542 im Jahr 2012. Zum einen wurde damit die Anhebung des Mindestlohniveaus kompensiert, welche für die Gesellschaft keinen nennenswerten Aufwandsanstieg bedeutet, da bereits vorher Stundenlöhne in nahezu identischer Höhe gezahlt wurden. Zum anderen zahlte die Gesellschaft an ihre Mitarbeiter zum Jahresende eine insgesamt geringere Jahressonderzahlung.

Die geplante Anschaffung eines Kleintransporters ist auf das nächste Jahr verschoben. Damit fallen nur die Abschreibungen der in den Vorjahren getätigten Investitionen an. Demnach kann gegenüber dem Vorjahr ein konstanter Abschreibungswert festgestellt werden.

Ein Vergleich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zeigt insgesamt keine wesentliche Entwicklung. Dem Wert des Vorjahres von TEUR 46 stehen für dieses Jahr TEUR 49 gegenüber. Dabei kann die Gesellschaft gegensätzliche Gestaltungsrichtungen gut kompensieren. Dem Ausbau der Aufwendungen für die im Konzern zentralisierten administrativen Tätigkeiten stehen Reduzierungen bei Abgaben und bei der Aus- und Weiterbildung gegenüber.

Eine gute Kapitalausstattung der Gesellschaft kann aber auf Grund der niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Ergebnisimpulse durch das Finanzergebnis bewirken. Alle genannten Entwicklungen an Ertrag und Aufwendungen münden in dem dargestellten Betriebsergebnis von TEUR 11. Damit wird das Vorjahresergebnis um TEUR 8 übertroffen. Wenn auch das Betriebsergebnis im Verhältnis zur Gesamtleistung lediglich zwei Prozent beträgt, so kann die Cives Dienste GmbH doch ihre Leistungsfähigkeit in diesem Ergebnis erkennen und selbst damit ein weiteres Geschäftsjahr die bewährte Unterstützung des Gesellschafters fortsetzen. Letztlich fließt über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag die Gewinnausschüttung vollständig in die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH.

Bei der Analyse der Bilanz kann die Cives Dienste GmbH auf der Aktivseite eine generelle Erweiterung der Forderungen ausweisen. Sowohl die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und dem Cash Pool, als auch die sonstigen Vermögensgegenstände bestimmen sich mit mehr als 50 Prozent über dem Vorjahrswert. Daraus lässt sich die Entwicklung des Umlaufvermögens von TEUR 79 auf TEUR 133 ableiten. Im Gegensatz dazu zeigen sich auf der Passivseite keine derart gleichlautenden Veränderungen im Jahresversatz. Zunächst ist von einem konstanten Eigenkapital in Höhe der Stammeinlage zu berichten. Die notwendigen Rückstellungen fallen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 um TEUR 5 geringer aus als vor Jahresfrist. Gegenüber TEUR 26 zum Abschluss des Jahres 2011 sind mit Ablauf 2012 TEUR 21 notwendig, da sich die Rückstellungssachverhalte für die Schwerbehindertenabgabe sowie für Urlaub und anderen Lohnaufwand rückläufig darstellen. Offene Verbindlichkeiten der Lieferungen und Leistungen besonders zu verbundenen Unternehmen sind auf Grund der Rechnungslegung zum Jahresende angezeigt und resultieren aus dem Leistungsausgleich mit der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH und der Personalbetreuung durch die Stadtwerke Halle GmbH. Insgesamt ist die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 79 in dieser Berichtsperiode auf TEUR 133 gestiegen.

Personal

Für die Personalstärke von 32 Mitarbeitern zum Jahresende hat die Cives Dienste GmbH im Jahresverlauf einen überdurchschnittlichen Personalwechsel zu verzeichnen. Prinzipiell orientierte sich die Personalarbeit des Unternehmens am Grundsatz, die freiwerdenden Stellen unverzüglich wiederzubesetzen. Zum Stichtag 31. Dezember 2012 sind in der Cives Dienste GmbH 26,5 Vollbeschäftigteneinheiten beschäftigt. Dabei befinden sich neun Krafffahrer und Lader in einem Arbeitsverhältnis von vierzig Stunden pro Woche. Zusätzlich ist mit dem Einsatzleiter der strukturelle Personalausbau seit Juli 2012 vollzogen.

Für die 22 Gebäudereinigerinnen und Gebäudereiniger gilt eine wöchentliche Beschäftigung von dreißig Stunden. Gegenüber dem Vorjahresniveau verringerte sich die Personalstärke der Gebäudereinigung leicht und ist aber dennoch vollständig auf den Dienstleistungsumfang ausgerichtet. Insgesamt ergibt sich in der Berichtsperiode eine rückläufige Anpassung der Mitarbeiter um 2,5 Vollbeschäftigteneinheiten.

Branchen- und Unternehmensausblick

Die Abhängigkeit vom Gesellschafter in Bezug auf die Abnahme der durch die Cives Dienste GmbH angebotenen Leistungen muss generell als Risiko angesehen werden. Dennoch soll dem latenten Risiko durch die Gewinnung neuer Kunden und durch die Optimierung der Kosten-/Leistungssituation entgegengewirkt werden. Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente, insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten, ausgesetzt. Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Eine solide Leistungsentwicklung im Jahr 2013 soll der Cives Dienste GmbH eine positive Ergebnisbestätigung in Höhe von TEUR 4 vor Gewinnabführung bringen. Gleichwohl gilt es, die Suche nach Nischen fortzusetzen, um zusätzliche Möglichkeiten zu generieren.

Diese Herausforderung wird das Agieren im Jahr 2013 weiterhin bestimmen und den marktwirtschaftlichen Fortschritt sichern. Auch für das Folgejahr strebt die Cives Dienste GmbH nach einer Bestätigung ihres Ergebnispotentials.

Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Grubenweg 3
06242 Braunsbedra

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 260

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Mücheln	101	39,00
Stadt Braunsbedra	55	21,00
Stadtwerke Halle GmbH	52	20,00
Peter Binder	26	10,00
Stadt Bad Lauchstädt	26	10,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Versorgung von Gebietskörperschaften und privatrechtlichen Partnern mit Wasser, Fernwärme, Elektroenergie und Gas sowie die Entsorgung von Abwasser einschließlich aller in diesem Zusammenhang stehenden Leistungen
- die Versorgung Dritter mit Energieträgern in fester und flüssiger Form einschließlich Gasen
- die Geschäftsbesorgung im Bereich von Gebühren, Beiträgen, Steuern und Dienstleistungen für Dritte, die im Zusammenhang mit der Versorgung von Energie und Wasser sowie der Entsorgung von Abwasser stehen
- die Annahme, Aufbereitung, Verwertung und Vermittlung von regenerativen Brennstoffen und anderen Reststoffen
- die Betreibung nachhaltiger Energie- und Stoffwirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Energieversorgung, Abwasserent- und Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Binder, Peter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.847	79	4.108	82	3.571	75	-261	-6
Umlaufvermögen	974	20	658	13	859	18	316	48
Rechnungsabgrenzungsposten	17	0	20	1	27	1	-3	-15
Aktive latente Steuern	50	1	213	4	288	6	-163	-77

Bilanzsumme	4.888	100	4.999	100	4.745	100	-111	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	1.256	26	817	16	602	13	439	54
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	115	2	134	3	168	3	-19	-14
Rückstellungen	246	5	197	4	221	5	49	25
Verbindlichkeiten	3.271	67	3.850	77	3.754	79	-579	-15
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	0			-1	-100

Bilanzsumme	4.888	100	4.999	100	4.745	100	-111	-2
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.103	4.772	3.370
andere aktivierte Eigenleistungen	5	48	48
sonstige betriebliche Erträge	126	128	191
Materialaufwand	1.081	1.170	1.670
Personalaufwand	1.748	1.718	1.807
Abschreibungen	426	491	460
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.192	1.043	805
Erträge aus Beteiligungen			26
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	171	227	96
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	616	300	-1.202
außerordentliche Aufwendungen			109
außerordentliches Ergebnis			-109
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	164	77	-347
sonstige Steuern	13	9	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	439	214	-974
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	439	214	-974

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	8,60	4,49	-28,91	%
Eigenkapitalrentabilität:	53,77	35,61	-61,80	%
Cash-Flow:	865	706	-514	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	93	87	62	T€
Personalaufwandsquote:	33,40	34,71	50,06	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	76,53	82,11	74,41	%
Eigenkapitalquote:	25,69	16,34	12,69	%
Fremdkapitalquote:	74,31	83,66	87,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Absatz Fernwärme	18,7	18,9	21,5	GWh
Absatz Strom	18,4	18,1	13,2	GWh

e) Lagebericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf

Die Geschäftsfelder der Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) blieben im Jahr 2012 unverändert.

Die EWAG erzeugt Wärme und stellt diese über Fernwärmenetze in den Städten Braunsbedra (einschl. Ortsteil Großkayna) und Mücheln ihren Kunden zur Verfügung. Die Wärme wird in einem Heizkraftwerk (Anlage Grubenweg, Braunsbedra) und drei Wärmeerzeugungsanlagen (Großkayna, Mücheln, Atlantis-Center Braunsbedra) durch die thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS), Holzhackschnitzeln und Heizöl erzeugt.

Der im Heizkraftwerk Grubenweg und im Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) erzeugte Strom wird in das Netz der MITNETZ Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH eingespeist. Der unter Abzug der Eigenverbräuche der beiden Kraftwerksanlagen und der übrigen EWAG-Betriebsanlagen verbleibende Strom wird vermarktet.

Dies erfolgte bis 31.07.2012 börsenorientiert. Durch den Abschluss des Liefervertrages zum 01.08.2012 mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR konnten wesentlich bessere Konditionen erreicht werden. Außerdem verbessert der abgeschlossene Vertrag die Planbarkeit des Energieabsatzes. Ein geringer Teil der erzeugten Elektroenergie wird zur Versorgung privater und gewerblicher Abnehmer genutzt.

Die Lagerung und thermische Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) ist gesetzlich reglementiert (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG). Die entsprechende Genehmigung für das Heizkraftwerk Grubenweg gilt ab dem 1. April 2011 (Beginn der Erprobungsphase) nach einer Umrüstung der Anlage in den Jahren 2010 und 2011. Laut Genehmigungsbescheid des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt waren im Heizkraftwerk Grubenweg im Jahr 2012 sechs Einzelmessungen für diskontinuierlich zu messende Emissionsgrenzwerte durchzuführen. Neben der grundsätzlichen Einhaltung der Grenzwerte bei der kontinuierlichen Emissionsmessung konnten auch die 6 Einzelmessungen mit positiven Ergebnissen abgeschlossen werden.

Grundsätzlich ist einzuschätzen, dass durch die Umrüstung der Anlage Grubenweg zur thermischen Verwertung von Ersatzbrennstoffen (EBS) eine Stabilisierung des Kraftwerksbetriebes erreicht wurde.

Das Kraftwerk Geiseltalstraße (VKH) lief ebenfalls unter normalen Betriebsbedingungen. Die Verfügbarkeit der Kraftwerksanlage ist nach wie vor nicht befriedigend. Dies ist bekannter Weise mit dem Nachteil der Existenz nur einer Linie zur Energieerzeugung zu begründen.

Die Wärmeerzeugungs- und -verteilungsanlagen in Großkayna, Mücheln und Braunsbedra (Atlantis) liefen unter normalen Betriebsbedingungen im Wesentlichen störungsfrei, so dass die Versorgung unserer Kunden jederzeit sichergestellt war.

Der Bereich Wasserversorgung arbeitet ebenfalls stabil und ohne größere Störungen. Im Bereich der Stadt Mücheln, OT Langeneichstädt, wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt Mücheln umfangreiche Maßnahmen am Versorgungsnetz zur Stabilisierung der Versorgung im Bereich Florian-Geyer-Siedlung realisiert.

Für das Jahr 2012 war die EWAG erstmals von den Folgen des „Wasser-Cent“ betroffen.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Umfang der betrieblichen Instandhaltung erweitert werden. Hier sind auch für das Folgejahr umfangreiche Maßnahmen notwendig.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die EWAG hat im Geschäftsjahr 2012 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 439 (Vorjahr: TEUR 214) erwirtschaftet. Hierbei haben sich die Umsatzerlöse um TEUR 331 erhöht. Die Materialaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 89 verringert. Die Bruttomarge als Überschuss der Betriebsleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen und sonstige betriebliche Erträge) über die Materialaufwendungen hat sich von TEUR 3.778 um TEUR 375 auf TEUR 4.153 erhöht.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Erlöse aus dem Stromverkauf um TEUR 92 sowie der Erlöse aus der Verwertung von Ersatzbrennstoffen um TEUR 267. Die Erlöse aus Fernwärme haben sich um TEUR 13 verringert.

Die Verringerung des Materialaufwandes ist hauptsächlich auf den Ersatz des Brennstoffes Holz durch den Einsatz von Ersatzbrennstoffen im Heizwerk Braunsbedra zurückzuführen. Dadurch konnten die Aufwendungen für den Brennstoff Holz von TEUR 386 um TEUR 300 auf TEUR 86 verringert werden.

Dieser Entwicklung stehen nach der Umrüstung nach 17. BImSchV des Heizkraftwerks in Braunsbedra eine Erhöhung der Aufwendungen für Hilfsstoffe (Einsatz von Sorbalit) um TEUR 23 sowie der sonstigen Fremdleistungen (Entsorgung von Rost- und Filteraschen) um TEUR 77 gegenüber.

Die Erhöhung der Aufwendungen für den Strombezug ist mit der Erhöhung der gesetzlichen Abgaben und Steuern sowie höheren Netznutzungsentgelte der Netzbetreiber verbunden.

Die Erhöhung des Personalaufwandes um TEUR 30 begründet sich durch Lohn- und Gehaltsanpassungen, höhere Schichtzuschläge sowie durch Zahlungen von Leistungsprämien.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 150 ist weitestgehend auf die Erhöhung der Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sowie auf die Erhöhung der Fahrzeugkosten zurückzuführen.

Durch ein stetiges Finanzmanagement in Verbindung mit der Entwicklung auf den Finanzmärkten konnten die Zinsen um TEUR 56 gesenkt werden.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten weitestgehend latente Steuer in Höhe von TEUR 163, die sich im Wesentlichen aus der Bilanzierung aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge ergeben.

2.2 Finanzlage

Trotz Verringerung des Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 1.015 im Vorjahr um TEUR 338 auf TEUR 677 hat sich die Finanzlage weiterhin stabilisiert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist durch die Mittelbindung in den kurzfristigen Forderungen belastet. Es wurden Auszahlungen für Investitionen sowie die Tilgung von Finanzkrediten von TEUR 712 vorgenommen.

Die Kontokorrentlinien wurden um TEUR 300 verringert. Zum Bilanzstichtag waren offene Kontokorrentlinien von TEUR 360 verfügbar.

Die weiteren Kontokorrentkredite sollen durch die in den folgenden Geschäftsjahren erwarteten positiven Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit zurückgeführt werden.

2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der EWAG hat sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 4.999 auf TEUR 4.888 verringert. Diese Minderung der Bilanzsumme ist vor allem auf das Anlagevermögen zurückzuführen. Den Zugängen zum Anlagevermögen von TEUR 201 stehen Anlagenabgänge von TEUR 36 sowie Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 426 gegenüber.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 316 (ursächlich durch Forderungen aus dem Stromverkauf sowie Forderungen aus Brennstofflieferungen) erhöht.

Die liquiden Mittel sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.

Die im Geschäftsjahr 2011 bilanzierten aktiven latenten Steuern haben sich um TEUR 163 verringert. Die aktiven latenten Steuern betreffen insbesondere zukünftige steuerliche Vorteile aus Verlustvorträgen. Diese Verlustvorträge werden nach der Planungsrechnung der EWAG im Geschäftsjahr 2013 vollständig verbraucht werden.

Durch den erwirtschafteten Jahresüberschuss erhöhte sich das Eigenkapital um TEUR 439.

Der Bestand des Sonderpostens hat sich um TEUR 19 verringert. Den Zuführungen in Höhe von TEUR 15 stehen Auflösungen in Höhe von TEUR 34 gegenüber.

Die Erhöhung der Rückstellungen um TEUR 49 begründet sich wesentlich durch die Einstellung von Rückstellungen für unterlassene Reparaturen im Kraftwerk Grubenweg.

Die Verbindlichkeiten haben sich um TEUR 579 verringert. Diese Verringerung ist auf die Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 541 sowie und die Minderung der sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 31 zurückzuführen.

3. Investitionen

Die Investitionen zur Umrüstung des Heizkraftwerkes Grubenweg zur 17. BImSchV-Anlage wurden durch Einzelmessungen (siehe Erläuterungen zum allgemeinen Geschäftsverlauf) auch formell abgeschlossen.

Im Rahmen von geplanten Ersatzinvestitionen wurden vier Fernwärme-Hausanschlussstationen unserer Kunden Geiseltaler Wohnungsgesellschaft mbH und Wohnungsgenossenschaft Kohle Geiseltal e.G. mit modernen und energieeffizienten Bauteilen umgerüstet. Diese Umrüstung wird bis in 2013 kontinuierlich fortgesetzt.

4. Entwicklung nach dem 31. Dezember 2012

In den ersten beiden Monaten des Geschäftsjahres 2013 war eine Verknappung des Angebotes an Ersatzbrennstoffen (EBS) zu verzeichnen, die bei der Planung für das Jahr 2013 nicht vorauszusehen war.

In dieser Situation musste auf Material zurückgegriffen werden, das für eine thermische Verwertung in den Anlagen nur bedingt geeignet war. Auch mit erhöhten personellem Aufwand konnten die geplanten Mengen an Elektroenergie nicht realisiert werden. Erschwert wurde die Situation bei der Stromerzeugung dadurch, dass die Dampferzeuger 8 und 5 durch zwei in diesem Umfang nicht geplante Reparaturen nicht vollständig zur Verfügung standen.

Ab März 2013 standen Ersatzbrennstoffe (EBS) in der erforderlichen Qualität wieder zur Verfügung, sodass sich die Situation in den Erzeugeranlagen wieder stabilisierte.

Kompensiert wurden diese negativen Tendenzen durch die Verminderung des Materialaufwandes und der Betrieblichen Aufwendungen.

5. Risikobericht

Die Ver- und Entsorgungsbedingungen sind momentan als stabil einzuschätzen.

Die Entwicklung der Entgelte für die Entsorgung von Ersatzbrennstoffen (EBS) war zuletzt tendenziell fallend. Momentan kann die EWAG ca. 30,- €/t EBS Erlösen. Die Kosten für die Deponierung von Filteraschen konnte durch die Nutzung neuer Entsorgungswege auf 117 €/t reduziert werden.

Durch den Abschluss des Liefervertrages für Elektroenergie mit den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) AöR sind die Erlöse für eingespeiste Elektroenergie als stabil anzusehen.

6. Prognosebericht

Für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 erwartet die Geschäftsführung eine weitere Stabilisierung der Finanz- und Ertragslage.

Inwieweit für 2013 das in der Planungsrechnung avisierte Ergebnis vor Steuer von ca. 0,5 Mio. € wegen der oben genannten veränderten Marktbedingungen für Ersatzbrennstoffe (EBS) zu realisieren ist, kann momentan nicht endgültig bewertet werden.

Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein Ergebnis vor Steuer von 0,4 Mio. € erwartet.

Energieversorgung Halle Netz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Zum Heizkraftwerk 12 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale); Errichtung von Transport-, Verteilungs- und Speicherungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie-, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Stadtgebiet von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Energieversorgung Halle Netz GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	1.595	4	1.607	4	904	2	-12	-1
Umlaufvermögen	24.065	65	25.232	71	43.761	85	-1.167	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	11.219	31	8.904	25	6.696	13	2.315	26

Bilanzsumme	36.879	100	35.743	100	51.361	100	1.136	3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	25	0	25	0	25	0	0	0
Rückstellungen	19.002	52	19.418	54	24.830	48	-416	-2
Verbindlichkeiten	6.694	18	7.478	21	19.874	39	-784	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	11.158	30	8.822	25	6.632	13	2.336	26

Bilanzsumme	36.879	100	35.743	100	51.361	100	1.136	3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	101.946	100.940	135.232
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	105	-212	429
sonstige betriebliche Erträge	2.621	3.102	2.504
Materialaufwand	79.470	74.159	110.125
Personalaufwand	4.314	4.005	3.679
Abschreibungen	458	145	97
sonstige betriebliche Aufwendungen	19.976	21.920	21.107
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	351	281	503
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	474	298	531
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	331	3.584	3.129
außerordentliche Erträge	187	127	132
außerordentliche Aufwendungen	153	72	331
außerordentliches Ergebnis	34	55	-199
sonstige Steuern ¹⁾	22	23	77
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	343	3.616	2.853
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ ab 2011 werden Teile der Position sonstige Steuern dem Materialaufwand zugeordnet

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,34	3,58	2,11	%
Eigenkapitalrentabilität:	1.370,68	14.463,52	11.413,86	%
Cash-Flow:	800	3.761	2.950	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	1.610	1.648	2.424	T€
Personalaufwandsquote:	4,12	3,86	2,66	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,14	0,16	1,24	%
Eigenkapitalquote:	0,07	0,07	0,05	%
Fremdkapitalquote:	99,93	99,93	99,95	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Netznutzung Fernwärme	622,00	610,00	724,00	GWh
Netznutzung Gas	1.169,00	1.110,00	1.349,00	GWh
Netznutzung Strom	856,00	799,00	819,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: 4,0 Prozent, 2011: 3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Nachdem der Bundesgerichtshof (BGH) im Jahr 2011 mit zwei Beschlüssen die in § 9 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) a. F. vorgesehene Berücksichtigung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors für unzulässig erklärt hatte, da diese in § 21a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) a. F. keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage fand, beschloss der BGH im Januar 2012, dass die anschließende Neufassung des § 9 ARegV in Verbindung mit § 21a EnWG n. F. wirksam und auch rückwirkend auf die gesamte erste Regulierungsperiode anzuwenden ist.

Zum 1. Januar 2012 wurde durch § 19 Abs. 2 StromNEV (Stromnetzentgeltverordnung) eine Umlage zur Entlastung der Großindustrie eingeführt. Für Industrieunternehmen, die einen Stromverbrauch von mehr als 10 GWh haben und relativ konstant Strom verbrauchen (mehr als 7.000 Benutzungsstunden pro Jahr), entfallen demnach die Netzentgelte. Die dadurch entgangenen Erlöse der Netzbetreiber werden durch die Erhebung der neuen Umlage kompensiert.

Ebenfalls zum 1. Januar 2012 wurden durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) und die Landesregulierungsbehörden die Qualitätselemente für alle Betreiber von Elektrizitätsverteilernetzen bestimmt. Die Datenerhebung erfolgte mit Beschluss vom 20. April 2011 (AZ. BK8-11/001). Die Qualitätselemente für die Nieder- und Mittelspannungsebene wurden gemäß Beschluss vom 7. Juni 2011 (AZ. BK8-11/002 bzw. entsprechende Beschlüsse der Landesregulierungsbehörden) auf Basis der Versorgungsunterbrechungen der Jahre 2007 bis 2009 berechnet. Die Bonuszu- bzw. Malusabschläge sind von den Netzbetreibern in den Erlösobergrenzen der Jahre 2012 und 2013 in Ansatz zu bringen.

Die BNetzA einigte sich im Februar 2012 mit den Netzbetreibern über die zukünftige Vorgehensweise bei der Genehmigung von Investitionsbudgets. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf hatte im Jahr 2011 eine Reihe von strittigen Detailfragen bezüglich der Investitionsbudgets entschieden. Die Netzbetreiber und die BNetzA einigten sich, auf ein Vorgehen gegen die bisherigen Entscheidungen beim BGH zu verzichten und den Netzausbau nicht durch langwierige Gerichtsverfahren zu gefährden. Weiterhin trafen die Netzbetreiber mit der BNetzA auf Basis der Entscheidungen des OLG Düsseldorf eine außergerichtliche Einigung, welche Auswirkungen für die künftige Genehmigungspraxis haben wird. Die Netzbetreiber können sich bei der BNetzA für besondere Erweiterungs- und Umstrukturierungsvorhaben Investitionsbudgets genehmigen lassen. Diese entsprechenden Investitionskosten können die Netzbetreiber über eine Anpassung der Netzentgelte refinanzieren.

Das Umweltbundesamt (UBA) wird entsprechend der Veröffentlichung vom 23. Mai 2012 künftig das Herkunftsnachweisregister (HKNR) führen. Alle Stromnetzbetreiber auf der Verteilnetzebene sind nunmehr verpflichtet, Stammdaten sowie Messwerte von Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien produzieren, an das UBA zu übermitteln. Diese Verpflichtung ergibt sich aus § 22 der Herkunftsnachweis-Durchführungsverordnung (HkNDV). Neben der HkNDV gelten zudem die Festsetzungen der BNetzA für den Austausch von EDIFACT-Nachrichten, welche von der Bundesnetzagentur mit Mitteilung Nr. 33 vom 2. April 2012 festgesetzt und ab dem 1. Oktober 2012 verbindlich wurde.

Am 20. Juni 2012 hat die BNetzA aufgrund der noch sehr undifferenzierten öffentlichen Diskussion zum Thema "Smart Grid" ein Eckpunktepapier veröffentlicht, das zum einen eine Abgrenzung der Begrifflichkeiten "Smart Grid" und "Smart Market" vornimmt und sich zum anderen in über 50 Thesen mit dem sich verändernden Energieversorgungssystem auseinandersetzt. Die BNetzA hofft, durch dieses Papier eine intensivere Diskussion der Thematik anstoßen zu können und die Veränderungen des Energieversorgungssystems weiter voran zu bringen. Dieses Eckpunktepapier soll die Diskussion zu dieser Thematik weiter befördern und besser strukturieren.

Am 16. Juli 2012 haben die Regulierungsbehörden erneut Auslegungsgrundsätze zur Umsetzung der Entflechtungsvorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes §§ 6 bis 10e EnWG veröffentlicht, konkret zu den Anforderungen an die Markenpolitik und das Kommunikationsverhalten bei Verteilnetzbetreibern.

Mit der Systemstabilitätsverordnung (SysStabV) vom 26. Juli 2012 wurden die Betreiber von Verteilnetzen verpflichtet, die Wechselrichter der PV-Anlagen innerhalb von drei Jahren dahingehend umzurüsten, dass die Frequenz von 50,2 Hertz gehalten werden kann. Die Kosten werden je zur Hälfte über die EEG-Umlage (Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz) und die Netzentgelte weitergegeben, so dass sie letztlich von den Stromkunden getragen werden.

Der BGH hat mit zwei Beschlüssen vom 9. Oktober 2012 erstmals über den Effizienzvergleich in der Anreizregulierung und zu den sogenannten Besonderheiten der Versorgungsaufgabe nach § 5 ARegV entschieden. Diese Vorschrift sieht vor, dass der für einen Netzbetreiber festgestellte Effizienzwert zu korrigieren ist, sofern Besonderheiten seiner Versorgungsaufgabe vorliegen, die zu entsprechenden Mehrkosten des Netzbetreibers führen.

In den Beschlüssen nahm der BGH insbesondere Stellung zur Auswahl der Vergleichsparameter für den Effizienzvergleich der ersten Regulierungsperiode im Strombereich.

Im betreffenden Fall hob der Kartellsenat hervor, dass eine Berücksichtigung des sogenannten „City-Effektes“, dem Verhältnis zwischen Zähl- und Anschlusspunkten, nicht ausgeschlossen sei und eine über dem Durchschnitt liegende Anzahl von Zählpunkten eine nach § 15 Absatz 1 Satz 1 ARegV relevante Besonderheit darstellen könne. Damit widersprach der BGH der Bundesnetzagentur (BNetzA), die sehr enge Voraussetzungen für das Vorliegen einer Besonderheit der Versorgungsaufgabe gesetzt hatte.

Dennoch wurde der BNetzA im Verzicht auf die Auswahl dieses Vergleichsparameters eine ermessensfehlerfreie Entscheidung bestätigt, da in dem Verfahren kein Nachweis erbracht werden konnte, dass bei Berücksichtigung dieses Parameters eine systematische Verbesserung des Effizienzwertes derjenigen Unternehmen eintreten würde, die eine besonders hohe Kennzahl bezüglich der Zählpunkte pro Anschlusspunkt aufweisen.

Dahingehend bleibt es anderen Beschwerdeführern überlassen, ihren Vortrag entsprechend den Ausführungen des BGH zu präzisieren und die strengen Vorgaben an den Nachweis der Mehrkosten für dieses Merkmal zu erfüllen.

Der Deutsche Bundestag hat am 29. November 2012 in zweiter und dritter Lesung dem Gesetzentwurf zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften (EnWG) zugestimmt. Die Novelle ist Grundlage für die Einführung der Offshore-Haftungsumlage. Demnach haften die Übertragungsnetzbetreiber, wenn der Netzanschluss nicht wie geplant umgesetzt werden kann. In diesem Fall haben die Betreiber betriebsbereiter Offshore-Anlagen einen Entschädigungsanspruch gegen den Übertragungsnetzbetreiber. Die Kosten werden auf die Stromverbraucher über einen Aufschlag (Offshore-Haftungsumlage) auf die Netznutzungsentgelte in Höhe von maximal 0,25 Cent je Kilowattstunde umgewälzt.

Ebenfalls wurde im November im Bundeskabinett die Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbschaltVO) beschlossen. Der Deutsche Bundestag stimmte dieser am 13. Dezember 2012 zu. Demnach sollen bestimmte Großverbraucher, die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten, eine Vergütung von den Übertragungsnetzbetreibern erhalten. Diese Entschädigungszahlungen sollen dann über eine Umlage (§ 18 AbschaltVO) von den Verbrauchern finanziert werden und zwar grundsätzlich ab 1. Januar 2013. Auf der Grundlage des Beschlusses des Bundestages errechnet sich eine theoretisch mögliche Umlage in Höhe von bis zu 0,1194 Cent (netto) pro Kilowattstunde pro Jahr. Mit der Umlage sollen die Übertragungsnetze stabilisiert und die Versorgungssicherheit gefördert werden.

1.3. Geschäft

Die Gesellschaft ist als Strom-, Gas- und Fernwärmenetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Das Unternehmen erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 101,9 Mio. €, der sich überwiegend aus der Vereinnahmung der Netznutzungserlöse zusammensetzte.

Auf Basis des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 und der Anreizregulierungsverordnung vom 29. Oktober 2007 wurde mit einem Schreiben vom 2. September 2008 von der Bundesnetzagentur für die 1. Regulierungsperiode ein unternehmensspezifischer Effizienzwert für die beeinflussbaren Kostenbestandteile der Netzentgelte Strom von 95,7 Prozent festgelegt, der bis zum 31. Dezember 2018 gültig ist. Die Erlösobergrenze für Strom wurde der Energieversorgung Halle Netz GmbH mit Schreiben vom 6. Januar 2009 mitgeteilt und hat bis 31. Dezember 2013 Gültigkeit.

Für den Bereich des Verteilnetzes Gas wurde mit Schreiben vom 10. Dezember 2008 und einer Gültigkeit bis 31. Dezember 2017 von der Landesregulierungsbehörde Magdeburg ein unternehmensspezifischer Effizienzwert von 82,2 Prozent festgelegt. Mit gleichem Schreiben wurde auch die Erlösobergrenze für Gas mitgeteilt, welche bis 31. Dezember 2012 gültig ist.

Eine Anpassung der Erlösobergrenze kann lt. Anreizregulierungsverordnung (ARegV) jährlich zum 1. Januar des Folgejahres erfolgen. Anpassungsrelevante Faktoren sind die Entwicklung des Verbraucherpreisindex oder nicht beeinflussbare Kostenanteile, wie z. B. vorgelagerte Netzkosten oder Kosten der vermiedenen Netznutzung.

Zur Ermittlung der Höhe der Mehrerlösabschöpfung Strom hat die BNetzA einen Erhebungsbogen erstellt, der dieser am 19. August 2009 übersandt worden ist. Der auf der Basis des Bescheides zur Mehrerlösabschöpfung vom 27. November 2009 durch die BNetzA ermittelte Wert der Mehrerlösabschöpfung Strom der Jahre 2005 bis 2007 wurde als Rückstellung eingestellt. In den Geschäftsjahren 2010 bis 2013 wird diese zu je einem Viertel in Anspruch genommen.

Mit Beginn der 1. Anreizregulierungsperiode sind die Betreiber von Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetzen nach § 5 der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) verpflichtet, ein Regulierungskonto zu führen. Inhaltliche Schwerpunkte des Regulierungskontos bilden die Differenz zwischen den zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielten Erlösen - inhaltlich mit der periodenübergreifenden Saldierung (PÜS) vergleichbar, die Differenz aus den tatsächlich entstandenen Kosten und den in der Erlösobergrenze zum Ansatz gebrachten Kosten der dezentralen Einspeisung und des vorgelagerten Netzes.

Mit Bescheid vom 14. Dezember 2012 wurde von der Landesregulierungsbehörde der Stand des Regulierungskontos Gas für die erste Regulierungsperiode mitgeteilt.

Die am 28. Oktober 2011 von der Bundesnetzagentur veröffentlichten neuen Regeln für den Wechsel des Strom- und Gasanbieters wurden innerhalb der gültigen Umsetzungsfrist bis zum 1. April 2012 realisiert.

1.4. Kommunikation

Der Gesellschafter der Netzgesellschaft Halle wurde durch schriftliche und mündliche Berichte der Geschäftsführung regelmäßig über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft unterrichtet. Wichtige Geschäftsvorgänge, die Geschäftsentwicklung, die finanzielle Lage der Gesellschaft und die Ergebnissituation sowie alle Maßnahmen, die nach den Regelungen der Satzung der Zustimmung des Gesellschafters bedürfen, wurden eingehend beraten.

2. Ertragslage

2.1. Absatz/Umsatz

Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen die Gesamtumsatzerlöse aus Netznutzung 95,4 Mio. €, im Vorjahr waren es 93,4 Mio. €.

Netznutzung Strom

Im Netzgebiet der Energieversorgung Halle Netz GmbH wurden im Jahr 2012 856 GWh (Vorjahr: 799 GWh) Strom ausgespeist. Die Umsätze in diesem Zusammenhang betragen 49,7 Mio. €. Dies ist eine Erhöhung von 0,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Die höheren Umsätze wurden aufgrund der gestiegenen Ausspeisung generiert.

Netznutzung Gas

Der Durchsatz im Erdgasnetz der Gesellschaft betrug 1.169 GWh (Vorjahr: 1.110 GWh). Der Umsatz in diesem Segment belief sich auf 21,6 Mio. € (Vorjahr: 21,0 Mio. €). Die Ursache für den höheren Erlösausweis liegt im Wesentlichen in einem witterungsbedingt gestiegenen Erdgasdurchsatz in 2012.

Netznutzung Fernwärme

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH ist seit 1. Januar 2010 Pächter des Fernwärmenetzes der EVH GmbH. In Anlehnung an die Berechnungsmethodik der Netznutzungsentgelte für Strom und Gas wurden auch die Entgelte für Fernwärme kalkuliert. Das Unternehmen transportierte im Jahr 2012 622 GWh (Vorjahr: 610 GWh) Wärme und erzielte 24,1 Mio. € (Vorjahr: 22,6 Mio. €) Umsatzerlöse aus Netznutzung Wärme. Ursächlich für den höheren Durchsatz gegenüber dem vergangenen Jahr war auch hier die kühlere Witterung.

Umsatzerlöse Strom

Die Umsatzerlöse aus Strom in Höhe von 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €) beinhalten die erzielten Erlöse für Ausgleichsenergie aus der Bilanzkreisabrechnung des Übertragungsnetzbetreibers sowie die Erlöse aus dem Weiterverkauf des von kleinen dezentralen KWK-Anlagen aufgenommenen Stroms. Die Abweichung zum Vorjahr ergibt sich aus höheren Umsatzerlösen für Regelenergie.

Sonstige Umsatzerlöse

Die im Jahr 2012 von der Energieversorgung Halle Netz GmbH erzielten sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 5,5 Mio. € (Vorjahr: 6,2 Mio. €) umfassten die vom regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber gezahlten Vergütungen für die nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) geförderten, vom Netzbetreiber aufgenommenen Strommengen, die Erlöse aus Servicedienstleistungen, Energiedienstleistungen für Kraftwerke, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der EVH GmbH sowie die Vergütungen nach dem Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG).

Während sich die EEG-Vergütungen, infolge eines Anstiegs von regenerativen Erzeugungskapazitäten im Netzgebiet, gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. € erhöhten, verringerten sich die sonstigen Umsatzerlöse in den Bereichen Energiedienstleistungen für Kraftwerke (-0,7 Mio. €), Servicedienstleistungen (-0,7 Mio. €) sowie Vergütungen nach KWKG (-0,2 Mio. €).

2.2. Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Energieversorgung Halle Netz GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 79,5 Mio. € an. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 5,3 Mio. € mehr ausgegeben.

Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen fielen im abgelaufenen Geschäftsjahr 62,2 Mio. € (Vorjahr: 62,2 Mio. €) an. Der Aufwand für die Nutzung des vorgelagerten Stromnetzes der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH ist gesunken. In den bezogenen Leistungen sind ebenfalls die Aufwendungen aus vermiedener Netznutzung für den in das Netz eingespeisten Strom aus Stromerzeugungsanlagen im Netzgebiet der Stadt Halle und die gesonderten Kosten des vorgelagerten Gasnetzes von ONTRAS enthalten. Eine weitere Position ist das Pachtentgelt für die von der EVH GmbH gepachteten Energieversorgungsnetze sowie für die von der EVH GmbH erbrachten kaufmännischen und technischen Dienstleistungen im Rahmen der Geschäftsbesorgung durch die EVH GmbH.

Netzverluste/Betriebsverbrauch/Regelenergie

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH bezog Strom in Höhe von 4,8 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €) zur Deckung der Netzverluste, des Betriebsverbrauchs und der Regelenergie für das Stromnetz. Für Kommunalgas entstanden der Gesellschaft Aufwendungen in Höhe von 0,3 Mio. € (Vorjahr: 0,3 Mio. €) zur Deckung der Netzverluste. Weiterhin wandte die Gesellschaft 5,5 Mio. € (Vorjahr 3,8 Mio. €) für die Verluste im Fernwärmenetz auf.

Aufwendungen für EEG-Stromeinspeisung

Die Aufwendungen für den Strombezug aus dezentralen EEG-Anlagen betrugen 3,5 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Dieser Anstieg ist auf den fortdauernden Ausbau der regenerativen Erzeugungskapazitäten im Netzgebiet zurückzuführen.

KWK-Aufwand

Der KWK-Aufwand belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf 1,0 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €). Diese Position resultierte zum einen aus der Vergütung der KWK-Förderung an die zuschussberechtigten Stromeinspeiser und zum anderen aus dem im Netznutzungsentgelt als Letztverbraucherzuschlag enthaltenen KWK-Belastungsausgleich.

Aufwendungen für Umlage nach § 19 StromNEV

Für die im Jahr 2012 vom Gesetzgeber neu eingeführte Umlage nach § 19 StromNEV ergaben sich Aufwendungen in Höhe von 0,9 Mio. €. Die entsprechende Gegenposition ist in den Umsatzerlösen enthalten.

Bezug KWK-Strom

Die Strombezugskosten mit 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) entsprachen den KWK-Strombezugskosten aus der Einspeisung kleiner dezentraler Erzeuger.

2.3. Personal- und Sozialbereich

Am 31. Dezember 2012 beschäftigte die Energieversorgung Halle Netz GmbH 68 Mitarbeiter und 7 Auszubildende.

Der Personalaufwand betrug 4,3 Mio. €. Diese Steigerung um 7,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr war im Wesentlichen auf die Tarifsteigerung zum Jahresanfang sowie auf Neueinstellungen zur Sicherstellung der Nachfolgeplanung im Unternehmen zurückzuführen. So wurden im Jahr 2012 im Durchschnitt 3 Mitarbeiter mehr in der Energieversorgung Halle Netz GmbH beschäftigt als im Jahresdurchschnitt 2011.

Das durchschnittliche Lebensalter der Belegschaft lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 41 Jahren. Die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit belief sich auf 16 Jahre (unter Berücksichtigung der Betriebsübergänge gemäß § 613a BGB).

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH steht neben der kontinuierlichen Anpassung des Personalstandes an die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen auch vor den Herausforderungen des demographischen Wandels. Sowohl die geburtenschwachen Jahrgänge als auch die Abwanderungsbewegung der Bevölkerung machen es immer schwieriger, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Ein besonderes Augenmerk liegt deshalb auf der Rekrutierung von Mitarbeitern aus den eigenen Reihen durch die kooperative Ingenieursausbildung bzw. duale Studiengänge gekoppelt an eine Berufsausbildung. Auch das Angebot von Diplomanden-, Praktikanten- und Traineestellen wird kontinuierlich ausgebaut.

2.4. Abschreibungen

Im Berichtszeitraum fielen Abschreibungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) an. Ursächlich für die Steigerung gegenüber dem Vorjahr war die Aktivierung von Investitionen zum Jahresende 2011.

2.5. Sonstiger betrieblicher Aufwand

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Berichtszeitraum 20,0 Mio. € und fielen damit 1,9 Mio. € geringer aus als im Vorjahr.

Im Jahr 2012 fielen Aufwendungen für Weiterberechnungsaufträge in Höhe von 1,1 Mio. € (Vorjahr: 2,1 Mio. €), Aufwand für Rückstellungen zu sonstigen Risiken in Höhe von 0,6 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) sowie Kosten für Instandhaltungs- und Abrüstungsarbeiten in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) an. Weitere wesentliche Bestandteile dieser Position waren die Aufwendungen für die Konzessionsabgabe Strom und Gas sowie der Gestattungsvertrag Fernwärme in Höhe von 8,5 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €). Die Position beinhaltet darüber hinaus Aufwendungen für Abrechnungs- und DV-Dienstleistungen in Höhe von 2,3 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €).

2.6. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2012 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf 0,03 Mio. €. Grund für die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von -0,02 Mio. € waren gestiegene Aufwendungen im Zusammenhang mit Sozialplanmaßnahmen, welche durch höhere außerordentliche Erträge nicht vollständig kompensiert wurden.

2.7. Ergebnisverwendung

Die Gesellschaft führt den Jahresüberschuss in Höhe von 0,3 Mio. € an die EVH GmbH aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages ab.

3. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung der Energieversorgung Halle Netz GmbH weist im Geschäftsjahr 2012 einen Zahlungsmittelabfluss von 0,3 Mio. € aus. Dieser ergibt sich aus dem Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,8 Mio. €, dem Cash-Outflow aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 0,5 Mio. € und der Ergebnisabführung in Höhe von 3,6 Mio. €. Insgesamt verfügt die Gesellschaft über einen Finanzmittelbestand in Höhe von 9,9 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €).

Wie die Kapitalflussrechnung zeigt, erhöhte sich der Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio. €.

Die Verbesserung des Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beruht im Wesentlichen auf dem Aufbau von Verbindlichkeiten (+4,8 Mio. €) abzüglich des Aufbaus von Forderungen (-1,5 Mio. €) im Geschäftsjahr.

Der Finanzmittelbestand wird täglich dem Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH zugeführt und dort angemessen verzinst.

4. Vermögenslage

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH hat mit der EVH GmbH einen Pachtvertrag abgeschlossen, welcher die Überlassung der für den Netzbetrieb erforderlichen Vermögensgegenstände regelt.

Das Unternehmen tätigte im Geschäftsjahr 2012 Investitionen in Höhe von 0,4 Mio. €, welche hauptsächlich für die Beschaffung spezieller Hard- und Software ausgegeben wurden.

Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich um 1,1 Mio. € auf 36,8 Mio. €. Das Eigenkapital belief sich auf T€ 25.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Energieversorgung Halle Netz GmbH notwendig machen würden.

6. Tätigkeiten

Als Unternehmen ist die Energieversorgung Halle Netz GmbH für Ausbau, Betrieb, und Instandhaltung von Energieversorgungsnetzen der Sparten Strom, Gas und Fernwärme sowie der Infrastruktur tätig.

Die Netze wurden von der Muttergesellschaft EVH GmbH gepachtet. Neubau, Ersatzinvestitionen, Erneuerungen und Änderungen im Rahmen der Betriebsführung sind die Aufgaben der Netzgesellschaft Halle.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

7. Risikobericht

Basierend auf den gesetzlichen Anforderungen bildet das Risikomanagementsystem der Energieversorgung Halle Netz GmbH einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH führt jährlich zusammen mit der EVH GmbH eine Chancen- und Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und Chancen und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen zu gewinnen, die Erkenntnisse fortlaufend in unternehmerische Entscheidungsprozesse einfließen zu lassen und gegenüber der Gesellschafterin kontinuierlich zu kommunizieren.

Hinsichtlich der bestehenden Finanzinstrumente ist die Netzgesellschaft Halle nur in geringem Umfang Ausfall- und Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Dies begründet sich mit dem aktiven Management dieser Risiken sowie dem relativ stabilen geschäftlichen Umfeld. Zur Minderung der Ausfallrisiken von Kunden werden regelmäßige Abschlüsse vereinbart und eingezogen.

Die bestehenden Ergebnisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem ständigen Wandel im rechtlichen und politischen Umfeld.

Im Rahmen der Anreizregulierung ist vorgesehen, dass von allen Unternehmen eine Effizienzsteigerung zu erbringen ist. In den ersten fünf Jahren müssen die Netzbetreiber einen jährlichen Produktivitätsfortschritt von 1,25 Prozent und in den zweiten fünf Jahren von 1,5 Prozent erzielen.

In Summe bestanden während des Berichtsjahres keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken. Derartige Risiken sind auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

8. Prognosebericht

Mit Datum vom 14. Dezember 2012 hat die Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas des Landes Sachsen-Anhalt die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse aus den Entgelten für die Nutzung des Gasverteilnetzes der Energieversorgung Halle Netz GmbH für die 2. Regulierungsperiode (Jahre 2013 bis 2017) festgelegt und beschieden. Es wurde ein Effizienzwert von 79,6 Prozent festgelegt.

Die erhobenen Daten für die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Betreiber von Elektrizitätsnetzen für die 2. Regulierungsperiode (Jahre 2014 bis 2018) wurden am 30. Juni 2012 bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

Mit Schreiben vom 10. Oktober 2012 wurde die Energieversorgung Halle Netz GmbH von der Bundesnetzagentur zur Plausibilisierung der Angaben für die Ermittlung des Ausgangsniveaus aufgefordert. Dem wurde mit Antwort vom 16. November 2012 Rechnung getragen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass sich durch die eingeleiteten Maßnahmen zur Netzoptimierung mittelfristig eine Verbesserung der Effizienzwerte einstellen wird.

Um weiterhin einen sicheren Betrieb der Anlagen und die qualitätsgerechte Versorgung der Kunden zu gewährleisten, werden im Netz der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend dem notwendigen Umfang Investitionen, Instandhaltungen und Abrüstungen durchgeführt. Die Energieversorgung Halle Netz GmbH verantwortet in ihrer Rolle als Netzbetreiber im Stadtgebiet Halle Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilungen sowie zugehöriger Stationen und Anlagenkomponenten der Fachsparten Strom, Gas, Fernwärme und Infrastruktur.

Zur Gewährleistung der Effizienzsteigerung werden im Rahmen der Anlagenbewertungen auf Basis der technischen Daten, der Störungsdaten und praxisbezogener Handlungsempfehlungen Schwachstellenanalysen der Netzkomponenten der Gewerke Strom, Gas und Fernwärme durchgeführt, im Netzzustandsbericht fixiert und für eine zukünftige Netzausbauplanung zusammengeführt.

Im Ergebnis der Auswertung der Prognosezahlen wird im kommenden Berichtsjahr von einem gleich bleibenden Strommengenaufkommen im Netzgebiet der Stadt Halle ausgegangen. Das Mengenaufkommen im Fernwärme- und Gassektor kann witterungsbedingt variieren.

Die Gesellschaft geht im Jahr 2013 von Investitionen in Höhe von 0,7 Mio. € aus. Hauptsächlich wird in die System- und Softwareanpassung zur Erfüllung von Regulierungsvorgaben investiert.

Für das Geschäftsjahr 2013 erwartet die Energieversorgung Halle Netz GmbH ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 0,2 Mio. €. Für das Jahr 2014 plant die Gesellschaft nach den derzeit bekannten Rahmenbedingungen ein Ergebnis von ebenfalls 0,2 Mio. €.

EVH GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.250		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Erzeugung und Lieferung von Elektrizität, Gas und Wärme; die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme dienen; die Vornahme von Kommunikationsdienstleistungen aller Art sowie aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der EVH GmbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Vorsitzender	Müller-Urlaub, Berthold Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	
Aufsichtsrat	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	stellv. Vorsitzender	Kocian, Burkhard Bauersfeld, Martin Birth, Siegfried Felke, Thomas Gabrysch, Hubert Gärtner, Steffen Geier, Egbert Hajek, Andreas Knöchel, Swen Krause, Johannes Neumann, Lutz	(seit 05.12.2012)

Aufsichtsrat

Paulsen, Oliver
 Philipp, Lothar
 Schramm, Rudenz
 Wolter, Tom

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	26	26	25

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Energieversorgung Halle Netz GmbH	25	100,00
Meter1 GmbH & Co. KG	833	33,33
Meter1 Verwaltung GmbH	8	33,33
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH	25	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	232.220	68	235.389	70	236.821	67	-3.169	-1
Umlaufvermögen	107.648	32	100.276	30	118.447	33	7.372	7
Rechnungsabgrenzungsposten	1.275	0	759	0	1.015	0	516	68

Bilanzsumme

341.143	100	336.424	100	356.283	100	4.719	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	77.917	23	77.917	23	77.917	22	0	0
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.384	2	8.426	3	9.549	2	-1.042	-12
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Anschlusskosten	17.821	5	20.699	6	24.423	7	-2.878	-14
Rückstellungen	48.123	14	51.531	15	52.724	15	-3.408	-7
Verbindlichkeiten	178.243	52	168.530	50	184.566	52	9.713	6
Rechnungsabgrenzungsposten	11.655	4	9.321	3	7.104	2	2.334	25

Bilanzsumme

341.143	100	336.424	100	356.283	100	4.719	1
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	465.616	465.608	452.339
Stromsteuer/Erdgassteuer	-28.950	-36.925	-34.294
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-1	1	-13
andere aktivierte Eigenleistungen	2.071	2.745	1.843
sonstige betriebliche Erträge	24.060	23.083	26.997
Materialaufwand	344.595	342.121	328.687
Personalaufwand	29.817	28.261	27.675
Abschreibungen	19.984	22.588	23.616
sonstige betriebliche Aufwendungen	32.874	32.046	38.343
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	343	3.616	2.853
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	476	560	798
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.888	4.447	4.397
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31.457	29.225	27.805
außerordentliche Erträge	56	100	60
außerordentliche Aufwendungen	5.938	5.384	1.444
außerordentliches Ergebnis	-5.882	-5.284	-1.384
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-273	-0
sonstige Steuern	1.223	1.193	1.062
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	24.352	23.021	25.359
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,58	5,37	6,07	%
Eigenkapitalrentabilität:	31,25	29,55	32,55	%
Cash-Flow:	44.336	45.609	48.975	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	983	937	899	T€
Personalaufwandsquote:	6,44	6,22	6,19	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	67,80	69,75	66,25	%
Eigenkapitalquote:	22,84	23,16	21,87	%
Fremdkapitalquote:	77,16	76,84	78,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Absatz Erdgas	2.483,00	2.799,00	3.221,00	GWh
Absatz Strom	1.660,00	1.741,00	1.577,00	GWh
Absatz Wärme	820,00	789,00	958,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen, Branchenentwicklung und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: 4,0 Prozent, 2011: 3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

1.2. Branchenentwicklung

Durch die fortlaufende Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen.

Zum 1. Januar 2012 wurde ein neuer Bestandteil des Strompreises eingeführt. Dieser beinhaltet nach § 19 Abs. 2 StromNEV (Stromnetzentgeltverordnung) eine Umlage zur Entlastung der Großindustrie. Für Industrieunternehmen, die einen Stromverbrauch von mehr als 10 GWh haben und relativ konstant Strom verbrauchen (mehr als 7.000 Benutzungsstunden pro Jahr), entfallen demnach die Netzentgelte. Die dadurch entgangenen Erlöse der Netzbetreiber werden durch die Erhebung der neuen Umlage kompensiert.

Am 23. August 2012 wurde die Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) 2012 mit der Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und weiteren Änderungen im Recht der erneuerbaren Energien (sog. PV-Novelle) im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und trat rückwirkend zum 1. April 2012 in Kraft. Es wurden unter anderem die Vergütungsklassen und die Größenbegrenzungen neugestaltet. Auch die Absenkung der Einspeisevergütung wurde beschlossen. Grund für die Änderungen sind der starke Zubau bei Photovoltaikanlagen und die steigenden Kosten bei den EEG-Einspeisevergütungen.

Der Deutsche Bundestag verabschiedete im Mai 2012 die Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG), welche am 19. Juli 2012 in Kraft trat. Damit will die Bundesregierung ihr Ziel erreichen, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent anzuheben. Für alle neuen und modernisierten KWKG-Anlagen sowie für auf den KWKG-Betrieb umgerüstete Kondensationsanlagen mit einem Inbetriebnahme-Datum ab dem 19. Juli 2012 können höhere KWKG-Zuschlagszahlungen in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus fördert das neue Gesetz nunmehr auch den Neu- und Ausbau von Wärme- und Kältenetzen sowie von Wärme- und Kältespeichern, die überwiegend mit KWKG-Wärme betrieben werden. Neu ist auch, dass mit Biomasse betriebene KWKG-Anlagen ihre Wärmenetze und Wärmespeicher fördern lassen können.

Seit 2010 gilt die Ausführungsverordnung der Bundesnetzagentur zur Ausgleichs-mechanismusverordnung (AusglMechV) für EEG-Strom. Gemäß dieser Verordnung haben die Elektrizitätsunternehmen für jede an Letztverbraucher gelieferte Kilowattstunde Strom eine EEG-Umlage an die Übertragungsnetzbetreiber zu entrichten. Die AusglMechV verpflichtet die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (50Hertz, Amprion, TransnetBW, TenneT), den gesamten EEG-Strom an der Strombörse zu verkaufen. Die an der Börse erzielten Einnahmen reichen nicht aus, die Ausgaben für die im EEG festgelegten Vergütungen und die so genannten Profilservicekosten des EEG-Stroms zu decken. Den prognostizierten Fehlbetrag geben die Übertragungsnetzbetreiber in Gestalt der EEG-Umlage über den Stromlieferanten an den Endkunden weiter. Im Oktober 2012 veröffentlichten die vier Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage für 2013. Diese änderte sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 47 Prozent von 3,592 Cent je Kilowattstunde auf 5,277 Cent je Kilowattstunde, da erneut von einer deutlich ansteigenden Einspeisung an elektrischer Energie aus regenerativen Anlagen bei gleichzeitig geringeren Vermarktungserlösen ausgegangen wird.

Der Deutsche Bundestag hat am 29. November 2012 in zweiter und dritter Lesung dem Gesetzesentwurf zur Neuregelung energiewirtschaftlicher Vorschriften (EnWG) zugestimmt. Die Novelle ist Grundlage für die Einführung der Offshore-Haftungsumlage. Demnach haften die Übertragungsnetzbetreiber, wenn der Netzanschluss nicht wie geplant umgesetzt werden kann. In dem Fall bekommen die Betreiber betriebsbereiter Offshore-Anlagen einen Entschädigungsanspruch gegen den Übertragungsnetzbetreiber. Die Kosten werden auf die Stromverbraucher über einen Aufschlag (Offshore-Haftungsumlage) in Höhe von maximal 0,25 Cent je Kilowattstunde auf die Netznutzungsentgelte abgewälzt.

Ebenfalls wurde im November im Bundeskabinett die Verordnung zu abschaltbaren Lasten (AbschaltVO) beschlossen. Der Deutsche Bundestag stimmte dieser am 13. Dezember 2012 zu. Demnach sollen bestimmte Großverbraucher, die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten, eine Vergütung von den Übertragungsnetzbetreibern erhalten. Diese Entschädigungszahlungen sollen dann über eine Umlage (Umlage18 AbschaltVO) von den Kunden finanziert werden, und zwar grundsätzlich ab 1. Januar 2013. Auf der Grundlage des Beschlusses des Bundestages errechnet sich eine theoretisch mögliche Umlage in Höhe von bis maximal 0,1194 Cent (netto) pro Kilowattstunde pro Jahr. Mit der Umlage sollen die Übertragungsnetze stabilisiert und die Versorgungssicherheit gefördert werden.

Am 19. Dezember 2012 beschloss die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket für eine schnellere Energiewende. Es wurde der Neubau von Höchstspannungsleitungen mit 2.800 Kilometer Länge beschlossen, um Windstrom von Nord nach Süddeutschland zu transportieren. Außerdem sollen im bestehenden Höchstspannungsnetz 2.900 Kilometer für die schwankende Ökostromeinspeisung optimiert werden. Für die energetische Gebäudesanierung wurden die finanziellen Mittel um 300 Mio. € aufgestockt. Demnach können Hausbesitzer von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bis zu 5.000 Euro Zuschuss für die energieeffiziente Gebäudesanierung erhalten.

Die European Energy Exchange AG (EEX) wurde im April 2012 durch den zuständigen EU-Ausschuss als deutsche Versteigerungsplattform für den Handel mit Emissionszertifikaten genehmigt. Dies war ein wichtiger Schritt, da in der dritten Emissionshandelsperiode (2013 bis 2020) erstmals Emissionsberechtigungen im Energiesektor vollständig versteigert werden sollen. Die erste Auktion der EEX startete im Oktober 2012.

1.3. Geschäft

Mit Gründung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH schlossen die EVH GmbH und die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH zum 1. Januar 2011 einen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag. Das betreffende Personal ist mit Wirkung zum 1. Januar 2012 direkt auf die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH übergegangen. Lediglich für eine Person hat der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag noch Gültigkeit. Die geschlossenen Verträge zur kaufmännischen und technischen Dienstleistung sowie die Belieferung mit Strom blieben im abgelaufenen Geschäftsjahr in ihrem Umfang bestehen.

Zum 1. Januar 2011 sind alle Funktionen der Abrechnung Strom, Gas und Fernwärme auf die IT-Consult Halle GmbH übergegangen. Die Aktivitäten werden über Dienstleistungsverträge abgerechnet. Das betreffende Personal ist mit Wirkung zum 1. Januar 2012 direkt auf die IT-Consult Halle GmbH übergegangen.

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms hat die EVH GmbH im Geschäftsjahr 2012 den Ausbau ihrer regenerativen Erzeugungskapazitäten vorangetrieben, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Die Errichtung zweier Wasserkraftwerke ist geplant. Für das Projekt Pulverweiden liegt der Planfeststellungsbescheid vor, die Baugenehmigung steht noch aus. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für das Projekt Halle-Kröllwitz wurden durch die zuständigen Behörden neue Auflagen erteilt, die derzeit geprüft werden.

Halplus Strom Öko+ von der EVH GmbH trägt seit 2011 das ok-power Label und wird zu 100 Prozent in norwegischen Wasserkraftwerken erzeugt. Das ok-power-Gütesiegel steht für eine vertrauenswürdige und transparente Zertifizierung von Ökostrom mit echtem Zusatznutzen für die Umwelt. Mit dem Label werden von dem unabhängigen Verein EnergieVision e.V. nur Ökostromprodukte ausgezeichnet, die für einen Ausbau der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energiequellen und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung sorgen. Die EVH GmbH bietet seit Jahren Strom aus Wasserkraft an und verzeichnet einen Zuwachs an Kunden. Derzeit beliefert die Gesellschaft etwa 1.000 Kunden mit Ökostrom. Mit dem Produkt Halplus Strom Öko+ können Verbraucher aktiv zu einem zusätzlichen Ausbau umweltfreundlicher Stromerzeugung beitragen. Sie fördern die Entwicklung und Errichtung von Anlagen zur umweltschonenden Stromerzeugung in Halle und der Umgebung, da die EVH GmbH mit jeder verkauften Kilowattstunde Ökostrom 0,25 Cent je Kilowattstunde auf ein Sonderkonto überweist. Über die Verwendung der Mittel entscheidet satzungsgemäß der Verein zur Förderung regenerativer Stromerzeugung für Halle e. V. (regstrom e. V.).

Anfang September 2012 wurden die neuen Konzessionsverträge zwischen der Stadt Halle und der EVH GmbH zur Nutzung des Strom- und Erdgasnetzes im Stadtgebiet Halle unterzeichnet. Ziel der Verträge ist es, durch Bereitstellung und Betrieb der Versorgungsnetze mit den dazugehörigen Anlagen unter Nutzung öffentlicher Verkehrswege und städtischer Grundstücke eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden sowie der öffentlichen Einrichtungen im Gebiet der Stadt mit Strom und Erdgas zu gewährleisten. Die Verträge beginnen ab dem 1. Januar 2013 und haben eine Laufzeit von 20 Jahren.

Der Preis für Rohöl bewegte sich am Ende des vierten Quartals 2012 um die 110-Dollar-Marke je Barrel und blieb somit trotz eines konjunkturell unsicheren Ausblicks in der Europäischen Union auf hohem Niveau. Vor allem die Prognosen eines wieder steigenden chinesischen Wirtschaftswachstums waren ausschlaggebend für diese Entwicklung. Die Ölmarktentwicklung beeinflusst auch die Gaspreise. Viele Verträge basieren auf Ölpreisbindung. Die gestiegenen Ölpreise führen teilweise auch bei der EVH GmbH zu höheren Beschaffungskosten.

Im Dezember 2012 sank der VIK-Strompreisindex auf 148,63 Prozent (Dezember 2011: 162,08 Prozent). Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Grund für die Entwicklung war ein Absinken des Preisniveaus an der EEX. Diese Entwicklung wirkt sich bei der EVH GmbH negativ auf den Deckungsbeitrag aus. Das für die Erzeugung beschaffte Gas wird immer teurer. Der Erlös aus der Vermarktung des in Eigenerzeugung produzierten Stromes immer niedriger.

Auf dem deutschen Strommarkt hat der Wettbewerb in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Im Herbst 2011 waren durchschnittlich 98 Wettbewerber auf dem Markt. Aktuell können Privatkunden zwischen durchschnittlich 125 Stromanbietern wählen. Dieser Trend ist auch bei der EVH GmbH zu verzeichnen. Der Wettbewerb im Netzgebiet Halle ist intensiv. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Bedingungen für die Kunden mit kürzeren Wechselfristen und verbessertem Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben großen Einfluss auf den Wettbewerb.

Der Wettbewerb am deutschen Gasmarkt hat 2012 auch an Intensität zugenommen. Ende 2011 waren es 59 Anbieter. Laut einer Marktanalyse von „Toptarif“ ist die Anzahl an Versorgern in 2012 um 25 Prozent gestiegen. Grund für den Anstieg sind neben neuen Anbietern auch immer mehr Stadtwerke, die mit dem überregionalen Gasvertrieb beginnen. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die verbesserten Eintritts- und Rahmenbedingungen für Gasversorger.

Die aktuellen Marktaktivitäten verdeutlichen, dass sich die EVH GmbH auf eine weitere Intensivierung des Wettbewerbs um Endkunden einstellen muss.

Am 2. Juli 2012 eröffneten das Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik (IWM) und die EVH GmbH auf dem Weinberg Campus eine Elektrotankstelle. Damit stehen den Nutzern von Elektrofahrzeugen nun bereits drei öffentliche Elektrotankstellen in Halle zur Verfügung. Neben der E-Ladestelle am Weinbergcampus kann der umweltfreundliche Strom auch auf dem Park&Ride-Platz der HAVAG-Endhaltestelle in Kröllwitz oder am Verwaltungsgebäude in der Bornknechtstraße getankt werden. Als Förderung dieser Aktion wird die EVH GmbH das Aufladen an den Stationen für zwei Jahre kostenfrei ermöglichen.

Am 2. Mai 2012 zeichneten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder die Sieger des Unternehmenswettbewerbs „Erfolgsfaktor Familie 2012“ als familienfreundliche Unternehmen aus. Die EVH GmbH wurde unter einer Vielzahl von Bewerbern als einziges sachsen-anhaltinisches und als eines der 42 besten deutschen Unternehmen ausgezeichnet.

Das Umweltministerium des Landes hat die Einführung der Umweltzone in Halle festgelegt. Seit dem 1. September 2011 dürfen nur noch Autos mit grüner und gelber Plakette die Umweltzone befahren. Ab 2013 soll die Einfahrt dann nur noch mit der grünen Plakette oder einer Ausnahmegenehmigung möglich sein. In diesem Zusammenhang hat die EVH GmbH bereits neue Fahrzeuge beschafft. Auch 2013 werden Investitionen in neue Fahrzeuge getätigt, um die Anforderungen an die grüne Plakette zu erfüllen.

2. Ertragslage

2.1. Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Auch im Geschäftsjahr 2012 erzielte die EVH GmbH ein positives Ergebnis. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 24,4 Mio. € und lag damit mit 1,3 Mio. € über dem Vorjahreswert.

2.2. Erzeugung

Im Geschäftsjahr 2012 produzierte die EVH GmbH 152 GWh Wärme (Vorjahr: 142 GWh). Die Abweichung ist zum einen auf die kühlere Witterung in 2012 zurückzuführen. Zum anderen konnte die Kundenanzahl leicht gesteigert werden, was auch eine höhere Erzeugung nach sich zog.

Das Unternehmen führte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Betriebsführung für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH durch.

2.3. Absatz/Umsatz

2.3.1. Strom

Zum 31. Dezember 2012 betrug der Absatz im Stromsegment 1.660 GWh und lag mit 81 GWh unter dem Vorjahreswert.

Innerhalb des Netzgebietes wurden 434 GWh Strom abgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Rückgang von 51 GWh, was auf den sich weiter verschärfenden Wettbewerb im Endkundensegment sowie auf das Verbrauchsverhalten der Kunden zurückzuführen war.

Außerhalb des Netzgebietes lag der Absatz bei 636 GWh, 32 GWh mehr als im Jahr 2011. Grund hierfür war die Ausweitung des Geschäfts in diesem Bereich.

Der Stromabsatz im Zusammenhang mit der Kraftwerksvermarktung und Bilanzkreisoptimierung belief sich auf 591 GWh. Vor allem durch die niedrigere Produktionsmenge im Heizkraftwerk Dieselstraße und deren Vermarktung fiel der Stromabsatz um 62 GWh niedriger als im Vorjahr aus.

Im Geschäftsjahr 2012 erzielte die EVH GmbH aus dem Stromverkauf 201,9 Mio. €. Dies waren 2,3 Mio. € mehr als im Vorjahr (199,6 Mio. €). Ursache für die Abweichung war trotz der gesunkenen Absatzmenge die Weitergabe der gestiegenen EEG-Umlage.

2.3.2. Wärme

Im Jahr 2012 betrug der Wärmeabsatz 820 GWh. Dies waren 31 GWh mehr als im Vorjahr (789 GWh). Im Geschäftsjahr 2012 war die Witterung kühler als in 2011. Die Umsatzerlöse sind um 5,4 Mio. € auf 65,3 Mio. € gestiegen (Vorjahr: 59,9 Mio. €).

2.3.3. Erdgas

Die EVH GmbH setzte im Berichtsjahr 2012 an ihre Kunden 1.122 GWh Erdgas ab. Im Vergleich zum Vorjahr (1.248 GWh) sank der Erdgasabsatz. Durch die Intensivierung des Wettbewerbs nun auch auf dem Gasmarkt verlor die EVH GmbH Kunden im Netzgebiet Halle.

Das Unternehmen verkaufte an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 1.361 GWh Gas (Vorjahr: 1.551 GWh). Die Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH schloss einen eigenen Gasbezugsvertrag mit der VNG – Verbundnetz Gas AG. Deshalb war die Brennstoffnachfrage geringer als im Vorjahr.

Aus dem Verkauf von Erdgas erzielte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 102,4 Mio. €. Im Vorjahr waren es 101,9 Mio. €. Infolge der Weitergabe gestiegener HEL- und TTF-Gaspreise wurden trotz Absatzzrückgang geringfügig höhere Erlöse generiert.

2.3.4. Sonstige Umsatzerlöse

Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen im Wesentlichen Erlöse aus der Verpachtung der Energieversorgungsnetze und der GuD-Anlage des Heizkraftwerkes Dieselstraße in Höhe von 31,7 Mio. € (Vorjahr: 31,9 Mio. €) sowie Erlöse aus Geschäftsbesorgungen / Dienstleistungen von 31,9 Mio. € (Vorjahr: 32,2 Mio. €).

2.4. Bezug

2.4.1. Strom

Im Geschäftsjahr 2012 bezog die EVH GmbH 1.663 GWh Strom (Vorjahr: 1.746 GWh) auf dem Wege der strukturierten Strombeschaffung sowie von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Für den Bezug von Strom wandte das Unternehmen 96,0 Mio. € auf. Das waren 1,2 Mio. € weniger als im Vorjahr.

2.4.2. Wärme

Von der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH wurden 671 GWh Wärme bezogen (Vorjahr: 652 GWh). Das waren 19 GWh mehr als im Vorjahr, was auf die kühlere Witterung sowie den Zuwachs an Kunden zurückzuführen war. Der Aufwand in diesem Segment betrug 27,3 Mio. €. Der Anstieg von 0,9 Mio. € im Vergleich zu 2011 ist auf den höheren Bezug zurückzuführen.

2.4.3. Erdgas

Für den Kommunalgasabsatz und für die Belieferung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH sowie für eigene Zwecke (Brennstoffeinsatz, Eigenverbrauch) bezog die EVH GmbH insgesamt 2.658 GWh Erdgas, 311 GWh weniger als im Vorjahr. Die Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH schloss einen eigenen Gasbezugsvertrag mit der VNG – Verbundnetz Gas AG. Deshalb war die Brennstoffnachfrage geringer als im Vorjahr. Die Bezugskosten beliefen sich auf 82,1 Mio. €. Auf Grund von gestiegenen HEL- und TTF-Gaspreisen wurden 3,7 Mio. € mehr aufgewandt als in 2011.

2.4.4. EEG-Umlage

Der finanzielle Ausgleich für den EEG-Strom (EEG-Umlage) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 37,9 Mio. € (Vorjahr: 37,7 Mio. €) und lag damit auf Vorjahresniveau.

2.4.5. Bezogene Leistungen

Für bezogene Leistungen wandte das Unternehmen 92,2 Mio. € auf. Im Vergleich zum Vorjahr (96,6 Mio. €) waren das 4,4 Mio. € weniger, was vor allem auf niedrigere Netznutzungsentgelte für die Durchleitung zurückzuführen war.

2.5. Personal- und Sozialbericht

Am 31. Dezember 2012 beschäftigte die EVH GmbH 475 Mitarbeiter und 50 Auszubildende. Das sind 11 Personen weniger als im Vorjahr. Der Personalaufwand betrug 29,8 Mio. € und ist damit um 5,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das ist im Wesentlichen auf die Tarifsteigerung zum Jahresanfang sowie die Einführung des neuen Manteltarifvertrages zurückzuführen.

Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt zum Geschäftsjahresende wie im Vorjahr 42 Jahre. Gleiches gilt für die durchschnittliche Unternehmenszugehörigkeit. Sie liegt bei 19 Jahren.

Die EVH steht vor großen Herausforderungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben. Sowohl die geburtenschwachen Jahrgänge als auch die Abwanderungsbewegung der Bevölkerung machen es immer schwieriger, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Neben der weiteren Optimierung des Personalaufwandes liegt daher das Augenmerk besonders auf der Berufsausbildung von zukünftigen Mitarbeitern bzw. der Gewinnung von Hochschulabsolventen.

Wissenstransfer und Verbesserung der Altersstruktur stehen im Vordergrund. Es wird daher angestrebt, Jungfacharbeiter zu übernehmen. Durch die Teilnahme an Messen und die Pflege der Hochschulkontakte sollen Diplomanden, Praktikanten und Trainees gewonnen werden.

2.6. Abschreibungen

Die Abschreibungen beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 20,0 Mio. €. Das waren 2,6 Mio. € weniger als im Vorjahr. Die Sachanlagen werden grundsätzlich unter Anwendung der steuerlich anerkannten Nutzungsdauer abgeschrieben. Für alle Neuinvestitionen wird die Abschreibung nach der linearen Abschreibungsmethode ermittelt. Die Abschreibung der Gas- und Dampfturbinen-Anlage des Kraftwerkes Dieselstraße wurde auf Leistungsabhängigkeit nach gelaufenen Betriebsstunden umgestellt. Die Umstellung der Abschreibungsmethode auf Grund der geänderten Einsatzweise des Heizkraftwerkes Dieselstraße führte hauptsächlich zu der Abweichung.

2.7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2012 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 32,9 Mio. € und fielen somit um 0,8 Mio. € höher aus als im Vorjahr. Die Position beinhaltet hauptsächlich Aufwendungen für Konzessionen, Instandhaltungen, Mieten und Pachten, Dienstleistungen für Datenverarbeitung und Abrechnung sowie Wertberichtigungen.

2.8. Außerordentliches Ergebnis

Im Geschäftsjahr 2012 belief sich das Außerordentliche Ergebnis auf -5,9 Mio. € (Vorjahr: -5,3 Mio. €). Die Position beinhaltet hauptsächlich die Bildung einer Drohverlustrückstellung für den Strombezug aus dem Heizkraftwerk Halle-Dieselstraße sowie einer Drohverlustrückstellung für den Gaslieferungsvertrag mit E.ON. Der Rückstellungsbetrag wurde auf Grundlage der zukunftsbezogenen Marktpreise zum Bilanzstichtag ermittelt.

3. Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug zum Bilanzstichtag 18,5 Mio. € (Vorjahr: 32,9 Mio. €).

Die Verringerung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit um 14,4 Mio. € ist maßgeblich auf den Aufbau von Forderungen in Höhe von 19,2 Mio. € (Vorjahr: Abnahme von 12,3 Mio. €) sowie auf den Abbau von Verbindlichkeiten in Höhe von 5,3 Mio. € (Vorjahr: Abnahme 21,7 Mio. €) und die Abnahme von Rückstellungen in Höhe von 3,7 Mio. € zurückzuführen.

Der Cash-Outflow aus der Investitionstätigkeit betrug 13,9 Mio. €. Die Finanzierung der langfristigen Investitionen erfolgte im Berichtsjahr 2012 über einen KfW-Fördermittelkredit in Höhe von 17,0 Mio. € und ein Investitionsdarlehen in Höhe von 3,0 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2012 erfolgte die Auszahlung des Vorjahresergebnisses in Höhe von 23,0 Mio. € an die Gesellschafterin.

Der Finanzmittelbestand der EVH GmbH belief sich am 31. Dezember 2012 auf insgesamt 35,8 Mio. € und bestand überwiegend aus einem Guthaben im Rahmen des Cash-Pools mit der Stadtwerke Halle GmbH. Ziel dieser Vereinbarung des Finanzmanagements ist es, finanzielle Risiken im Konzern zu minimieren.

Im stichtagsbezogenen kurzfristigen Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva ./. kurzfristige Schulden) ergab sich eine Überdeckung von 2,4 Mio. € (Vorjahr: Unterdeckung 7,9 Mio. €).

Der aus dem Bestand an kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen resultierende Finanzierungsbedarf wird durch den zum Bilanzstichtag bestehenden Finanzmittelbestand gedeckt. Der Überschuss darüber hinaus betrifft einen Teil langfristiger Darlehen, die für die Finanzierung von Investitionen in 2012 vorgesehen waren, die sich aber in das neue Geschäftsjahr verschoben haben.

Die Liquidität war während des Jahres 2012 gegeben und wird auch im Geschäftsjahr 2013 gemäß aktueller Finanzplanung gegeben sein.

4. Vermögenslage

Im Berichtsjahr 2012 tätigte die EVH GmbH Investitionen, ohne Finanzanlagen, in Höhe von 17,0 Mio. €. Schwerpunkte waren Sanierung, Anpassung und Erweiterung des Fernwärmenetzes im Stadtgebiet Halle, der Ersatz von Trafokettenpaarstationen, die Errichtung von Photovoltaikanlagen, die Fernwärmeanschlüsse für das Maya Mare und das Geisteswissenschaftliche Zentrum der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Des Weiteren wurden Investitionen getätigt für den Ersatz von Hochdruck- und Niederdruckleitungen, die Erweiterung und den Ersatz von Info-, Übertragungs-, Fernwirk- und Leittechnik, den Neubau von Kälte- und Wärmeeerzeugungsanlagen, die Erschließung von Wohngebieten sowie für den Ersatz von Hard- und Software.

Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich um 4,7 Mio. € auf 341,1 Mio. €. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital belief sich einschließlich Sonderposten auf 103,1 Mio. €. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 30,2 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich diese um 1,6 Prozentpunkte.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die EVH GmbH notwendig machen.

6. Tätigkeiten

Gegenstand des Unternehmens sind die Erzeugung, der Einkauf sowie der Vertrieb von Elektrizität, Gas und Wärme, insbesondere im Stadtgebiet Halle, aber auch außerhalb. Weiterhin zählen die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, sowie die Verpachtung von Assets zu den Tätigkeiten des Unternehmens.

Gemäß § 6b Abs. 3 EnWG wurde jeweils für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung (Verpachtung Stromnetz) sowie Gasverteilung (Verpachtung Gasnetz) ein Tätigkeitsabschluss erstellt.

7. Risikomanagement

Die EVH GmbH betreibt ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement, um dem sich fortwährend ändernden Umfeld zu entsprechen und den wachsenden gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden. Deshalb führt die EVH GmbH jährlich eine Risikoinventur durch, auf deren Grundlage die Anpassung der Inhalte des monatlichen Reports erfolgt. In die Früherkennung werden alle Unternehmensbereiche einbezogen.

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Das Unternehmen tätigte Festpreisein- und -verkäufe, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Im Rahmen des Risikomanagements für Energiebeschaffung und Vermarktung erfolgten für die Jahre 2013 und 2014 Geschäfte, um die geplanten Deckungsbeiträge der Stromproduktion des Heizkraftwerkes Dieselstraße abzusichern. Für das Jahr 2013 beträgt der Absicherungsgrad 81 Prozent. Für 2014 wurden bisher 29 Prozent gesichert.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wirkt das Unternehmen mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegen. Es legt jährlich neue Limits fest, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner. Diese Limits werden jährlich im Rahmen des Wirtschaftsplanes festgelegt.

Die EVH GmbH behielt die Beschaffungsstrategie für den Kommunalgasbezug bei. Es erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier auch in den Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas z. B. bei milder Witterung.

Ab 2013 besteht das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Dieselstraße aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation. Die gegenwärtige Marktsituation lässt eine wirtschaftliche Stromproduktion im Heizkraftwerk Dieselstraße nur bedingt zu. Die in künftigen Geschäftsjahren zu erwartenden Verluste aus schwebenden Absatz- und Bezugsverpflichtungen wurden im Jahresabschluss durch eine Rückstellung berücksichtigt.

Seitens der Geschäftsführung werden Verhandlungen mit dem Gaslieferanten geführt, um die Gasbezugskonditionen und somit die Wirtschaftlichkeit im Geschäftsfeld Stromerzeugung zu verbessern. Darüber hinaus arbeitet die EVH an verschiedenen Projekten zur Optimierung der Beschaffungs- und Vermarktungsstrategie im Erzeugungsportfolio.

Die Marktpreise für den Strom wirken neben der Erzeugung auch auf das Endkundengeschäft. Die Bezugskostenentwicklung wird auch hier grundsätzlich an die Endkunden weitergegeben. Bei steigenden Preisen kann es auf Grund der jeweiligen Marktsituation und des zeitlichen Versatzes für die EVH ebenso zu Margen- und Kundenverlusten kommen.

Die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bleibt bestehen. Ab dem Jahr 2014 besteht für die EVH GmbH für die GuD-Anlage Dieselstraße ein jährliches Risiko aus der Entgeltverminderung von rund 1,9 Mio. € (sogenanntes Poolingverbot), was einer Halbierung der geplanten Entgelte für vermiedene Netznutzung gleichkommt.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in mehreren Fällen die Rechtsprechung zu Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen präzisiert, bei denen die Preise an die Entwicklung für Heizöl gekoppelt sind. Die Rechtsprechung in diesem Bereich entwickelt sich weiter und wurde als Position in die Chancen- und Risikoinventur aufgenommen.

Von halleschen Wohnungsunternehmen wurden in diesem Zusammenhang Rückforderungsansprüche aufgrund einer behaupteten Unwirksamkeit der Preisanpassungsformel aus den Fernwärmelieferverträgen rückwirkend für den Zeitraum ab 2008 angezeigt. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Fernwärmelieferverträge rechtssicher sind. Für künftige Lieferungen besteht jedoch ein Risiko aus sich vermindern den Umsatzerlösen aus Fernwärme.

8. Prognosebericht

Die Bundesregierung erwartet für das Geschäftsjahr 2013 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum in Deutschland von rund 0,5 Prozent. Es wird davon ausgegangen, dass sich die deutsche Wirtschaft nach einem schwachen Start im ersten Halbjahr schneller erholen wird. Die Norddeutsche Landesbank rechnet mit 1 Prozent Wirtschaftswachstum 2013 in Sachsen-Anhalt.

Die demographischen Rahmenbedingungen (weiterer prognostizierter Bevölkerungsrückgang) in Verbindung mit einem noch sparsameren Verbrauchsverhalten und weiter zunehmendem Wettbewerb führen zu rückläufigen Absatzmengen für Strom, Erdgas und Fernwärme im Netzgebiet der EVH GmbH.

In 2012 sollte eine Novellierung der derzeit gültigen Energieeinsparverordnung (EnEV) von 2009 erfolgen. Dies wird voraussichtlich erst 2013 erfolgen. Es ist mit einer weiteren Verschärfung des maximalen Primärenergieverbrauchs für Neubauten um ca. 30 Prozent zu rechnen. Die Europäische Union hat unlängst eine neue Gebäuderichtlinie beschlossen, die in nationales Recht umzusetzen ist. Danach sind ab 2021 alle Neubauten als so genannte Niedrigstenergiegebäude zu bauen. Der dabei verbleibende geringe Energiebedarf soll zum wesentlichen Teil durch Energie aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Gefordert ist außerdem eine Pflicht für den Einsatz erneuerbarer Energien bei Änderungen von Bestandsgebäuden, ohne dass jedoch in der Richtlinie ein genauer Mindestsatz festgelegt wurde.

Im Jahr 2013 beginnt für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin kostenfreie Zuteilungen geben.

Für 2013 erwarten Analysten einen leichten Anstieg des Rohölpreises. 2012 lag dieser bei 110 Dollar je Barrel. Grund dafür ist zum einen das Krisenthema um den Atomkonflikt im Iran. Zum anderen wird mit einer sich im Jahresverlauf positiv entwickelnden Weltkonjunktur gerechnet.

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Unternehmen mittelfristig den Ausbau seiner regenerativen Erzeugungskapazitäten, um seiner klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Des Weiteren wird durch Investitionen in den Bau von Photovoltaikanlagen der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert.

Weitere Investitionen wird es in den Folgejahren bei den Netzen geben, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Wärmenetz.

Die EVH GmbH will ihre Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle verstärken. Auf Grund dessen sind erhöhte Investitionen in den Bau von Gaskesselanlagen sowie die Errichtung von Hausanschlussstationen geplant.

In der Aufsichtsratssitzung vom 28. November 2012 wurde die Beendigung des Pachtverhältnisses über die GuD-Anlage Dieselstraße zum 1. Januar 2013 beschlossen. Alle damit im Zusammenhang abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, insbesondere der Pachtvertrag, der Vertrag zur Erbringung technischer und kaufmännischer Dienstleistungen, der Vertrag über die Lieferung von Gas für das Kraftwerk Dieselstraße sowie die Strom- und Wärmelieferungsverträge wurden einvernehmlich mittels eines Aufhebungsvertrages gelöst.

Die EVH GmbH plant für das Jahr 2013 ein Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung von 14,4 Mio. €. Mittelfristig wird von einem durchschnittlichen Planergebnis in Höhe von 10,0 Mio. € ausgegangen. Hauptgrund dafür sind verminderte Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung des Heizkraftwerkes Dieselstraße aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation sowie geringere Deckungsbeiträge in den Sparten Gas und Wärme.

Herr Berthold Müller-Urlaub beendete am 28. Februar 2013 nach 18 Jahren seine kaufmännische Geschäftsführertätigkeit in der Gesellschaft. Neuer Geschäftsführer ist seit 11. März 2013 Herr Olaf Schneider.

Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH	12,5	50,00
	Stadtwerke Halle GmbH	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft in Sachsen-Anhalt und angrenzenden Gebieten, Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jeglicher Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Belieferung von Kommunen, Wasserversorgungsgesellschaften sowie von gewerblichen und privaten Endverbrauchern im Land Sachsen-Anhalt sowie in angrenzenden Gebieten mit Roh- und Trinkwasser. Errichtung, Betrieb Verwaltung und Unterhaltung von fernwassertypischen Anlagen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung

Dr. Gaudig, Lutz	(bis 30.06.2012)
Dr. Lauda, Winfried	(seit 01.07.2012)
Störzner, Uwe	

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	0	50,00
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	0	82,72
mittelbar	T€	%
Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH	58.500	45,77

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	129	100	142	100	227	100	-13	-9

Bilanzsumme	129	100	142	100	227	100	-13	-9
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	120	93	133	94	172	76	-13	-10
Rückstellungen	9	7	9	6	55	24	0	0

Bilanzsumme	129	100	142	100	227	100	-13	-9
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	14	40	106
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13	-39	-104
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	3
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-13	-39	-107
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-13	-39	-107

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	-9,78	-22,91	-38,37	%
Cash-Flow:	-13	-39	-107	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	92,61	93,51	75,66	%
Fremdkapitalquote:	7,39	6,49	24,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Rohwasserlieferung gesamt	0,00	0,00	0,00	m ³

e) Lagebericht

Entwicklung

Unternehmensgegenstand der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) sind u. a. Erwerb, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen der Wasserwirtschaft, die Verwaltung, Koordination und Kontrolle dieser Beteiligungen, die Erbringung von Dienstleistungen für diese Beteiligungsgesellschaften sowie jegliche Tätigkeit, die dem vorgenannten Zwecke mittelbar oder unmittelbar zu dienen geeignet ist. Sitz der Gesellschaft ist Halle (Saale).

Gesellschafter der FSA sind zu je 50 % die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH.

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Uwe Störzner, Herr Dr. Lutz Gaudig bis 30. Juni 2012 und Herr Dr. Winfried Lauda ab 01. Juli 2012.

Die FSA hält über eine „Große GbR“, die zwischen der FSA und der Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) besteht, eine Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH (FWV) mit Sitz in Torgau in Höhe von 25,5 %, sowie über eine „Kleine GbR“ zwischen der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH (TWM) an der FWV von 20,2664 %. Die Auflösung der „Kleinen GbR“ wurde eingeleitet; sie wird aber nicht weiter vollzogen.

Wirtschaftliche Situation und Betätigung

Der Jahresabschluss weist einen Fehlbetrag in Höhe von TEUR 13 aus.

Die Gesellschaft verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität. Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt. Über die Geschäftsführung hinaus verfügt die Gesellschaft über kein Personal. Die Ausübung der Geschäftsführertätigkeit erfolgt unentgeltlich.

Der Jahresfehlbetrag 2012 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Da die Geschäftstätigkeit der FSA seit Ende 2007 ausschließlich im Halten der mittelbaren Beteiligung an der FWV und das Halten von Beteiligungen stellt keine unternehmerische Tätigkeit im Sinne des § 2 UStG darstellt, ist die FSA seit 2008 nicht mehr zum Vorsteuerabzug berechtigt.

Beteiligungen

An der „Großen GbR“ die über einen Geschäftsanteil von 51 % an der FWV verfügt, sind die FSA und die KWL je zur Hälfte beteiligt. Die „Kleine GbR“ hält einen Geschäftsanteil von 24,9 %. An der FWV. Gemessen an der Höhe des Auskehrungsanspruchs steht der FSA über „Kleine GbR“ eine weitere Beteiligung von 20,2664 % an der FWV zu.

Die indirekten Gesellschafteraufgaben gegenüber der FWV wurden für das Geschäftsjahr mit der KWL in vier GbR-Sitzungen am 15. Februar 2012, 23. April 2012, 19. Juli 2012, 18. Oktober 2012, und in drei Aufsichtsratssitzungen der FWV am 07. Juni 2012, 30. August 2012 und am 29. November 2012 und einer Gesellschafterversammlung am 07. Juni 2012 wahrgenommen.

Die Aufgaben und Pflichten der FSA werden in der „Großen GbR“ durch die Geschäftsführer der FSA, Herrn Uwe Störzner und bis 30. Juni 2012 durch Herrn Dr. Lutz Gaudig, ab 01. Juli 2012 durch Herrn Dr. Winfried Lauda wahrgenommen. Im Aufsichtsrat der FWV wirken seitens der FSA Herr Uwe Störzner als stellvertretender Vorsitzender, Herr Wilfried Klose, Herr Dr. Lutz Gaudig bis 06. Juni 2012 und Herr Matthias Lux ab 06. Juli 2012 mit.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Januar 2005 sind die gesamten Anteile der FWV zu kommunalisieren und den Gemeinden unentgeltlich zuzuordnen. Ein Vollzug dieser Entscheidung führt zu einem vollständigen oder teilweisen Verlust von Anteilen „Große GbR“ und „Kleine GbR“ an der FWV.

Das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) informierte mit Schreiben vom 30. September 2009 alle Beteiligten sowie alle im Versorgungsgebiet der FWV belegenen Gemeinden über eine beabsichtigte Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV und leitete gleichzeitig eine Anhörung ein. Am 30. Juli 2010 erließ das BADV einen Quotierungsbescheid, in dem festgelegt wird, in welchem Umfang jeweils eine Gemeinde im Fall der Kommunalisierung Anteile an der FWV erhalten soll. Eine Zuordnung der Geschäftsanteile an der FWV an die Gemeinden ist bislang nicht erfolgt, weil die Bestandskraft des Quotierungsbescheids nicht eintreten konnte.

Die FSA, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sowie mehrere Gemeinden haben fristgerecht Klage zur Aufhebung des Quotierungsbescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin (u. a. AZ.: 27 K 295/10) erhoben. Für die FSA hätte eine Umsetzung des Beschlusses den entschädigungslosen Verlust der zum Gesamthandvermögen der „Großen GbR“ und der „Kleinen GbR“ gehörenden Geschäftsanteile an der FWV zur Folge.

Um hinsichtlich der Rückabwicklung des Teilprivatisierungsvertrags vom 25. Februar 1994, der Vertrag, mit dem die „Große GbR“ ihren Geschäftsanteil an der FWV erwarb, zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, führten die Gesellschafter der „Großen GbR“ Gespräche und Verhandlungen mit Vertretern der BvS und des Bundesministeriums der Finanzen. Diese Gespräche wurden im Februar 2012 ergebnislos abgebrochen. In dem Verfahren zur Aufhebung des Quotierungsbescheides hat das Verwaltungsgericht Berlin im März 2012 die Durchführung eines gerichtlichen Mediationsverfahrens vorgeschlagen, zu dem es wegen der Ablehnung von mindestens einem Verfahrensbeteiligten im September 2012 nicht kommen wird. Wann das Verfahren zur Aufhebung des Quotierungsbescheides rechtskräftig abgeschlossen sein wird, lässt sich heute nicht absehen.

Ausblick

Die Aufgabe der FSA bis zu einer Neuordnung der Geschäftsanteile an der FWV ist es, die Beteiligungen zu halten und über die „Große GbR“ Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der FWV zu nehmen. Besondere Beachtung gilt der konstruktiven Begleitung und Umsetzung des Fernwasserentwicklungskonzeptes und des Unternehmensoptimierungsprojektes „Zukunft Fernwasser“. Die MIDEWA Wasserversorgungsgesellschaft in Mitteldeutschland mbH und die Stadtwerke Halle GmbH als Gesellschafter der FSA schließen nicht aus, sich auch zukünftig mit einer den Rahmenbedingungen angepassten Organisationsstruktur mit einer Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH engagieren. Eine konkrete Umsetzung bzw. eine geplante Bündelung von Geschäftsanteilen kann erst nach der Neuordnung der Geschäftsanteile an die einzelnen anspruchsberechtigten Gemeinden durch das zuständige Bundesamt erfolgen.

Im Übrigen wurde durch das Finanzamt Halle (Saale) – Nord eine steuerliche Außenprüfung für die Jahre 2007 bis 2010 beginnend ab 04. März 2013 angeordnet. Die Geschäftsführung geht allerdings davon aus, dass keine außergewöhnlichen steuerlichen Feststellungen auftreten werden.

Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Naundorfer Straße 46
04860 Torgau

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 127.823

Gesellschafter:	T€	%
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH	65.190	51,00
GbR Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH / Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH Stadt Leipzig	31.317	24,50
	31.317	24,50

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gewinnung und qualitätsgerechte Aufbereitung von Rohwasser zu Trinkwasser aus Grund- und Oberflächenwasser und die Überleitung des gewonnenen Trinkwassers mittels Fernleitung in Versorgungsgebiete.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wasserversorgung wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

**Kaufmännische
Geschäftsführung** Wollenberg, Jan

Technische Geschäftsführung Dr. Michalik, Peter

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Müller, Volkmar	(seit 30.08.2012 Vorsitzender)
Vorsitzender	Rahmen, Josef	(bis 07.06.2012)
stellv. Vorsitzender	Störzner, Uwe	
	Dallhammer, Wolf-Dieter	
	Dr. Gaudig, Lutz	(bis 06.06.2012)
	Dr. Meyer, Ulrich	
	Henning, Burkhard	
	Kirst, Gerald	
	Klose, Wilfried	

Aufsichtsrat

Lux, Matthias (seit 06.06.2012)
 Müller, Annerose
 Schlicke, Friedhelm
 Wenzel, Christian

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	28	31	30

d) Geschäftsentwicklung
aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	134.124	91	133.462	95	132.678	95	662	0
Umlaufvermögen	13.327	9	6.746	5	6.548	5	6.581	98
Rechnungsabgrenzungsposten	79	0	74	0	77	0	5	7

Bilanzsumme	147.530	100	140.282	100	139.303	100	7.248	5
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	109.673	74	108.003	77	105.565	76	1.670	2
Sonderposten für Investitionszulagen	206	0	244	0	286	0	-38	-16
Empfangene Ertragszuschüsse	290	0	305	0	320	0	-15	-5
Rückstellungen	9.339	7	6.791	5	7.203	5	2.548	38
Verbindlichkeiten	28.022	19	24.939	18	25.929	19	3.083	12

Bilanzsumme	147.530	100	140.282	100	139.303	100	7.248	5
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	41.981	36.845	39.171
andere aktivierte Eigenleistungen	2.161	2.746	2.660
sonstige betriebliche Erträge	1.114	1.271	1.701
Materialaufwand	15.623	13.094	14.619
Personalaufwand	12.479	12.204	12.487
Abschreibungen	9.294	8.921	9.240
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.381	3.359	3.123
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	152	156	159
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	821	868	1.082
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.810	2.572	3.140
außerordentliche Aufwendungen	0	0	263
außerordentliches Ergebnis	0	0	-263
sonstige Steuern	140	135	167
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.670	2.437	2.710
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.670	2.437	2.710

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,98	6,62	6,92	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,55	2,31	2,63	%
Cash-Flow:	10.964	11.358	11.950	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	203	182	193	T€
Personalaufwandsquote:	27,57	29,87	28,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,16	94,09	94,13	%
Eigenkapitalquote:	74,34	76,99	75,78	%
Fremdkapitalquote:	25,66	23,01	24,22	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Fassungsvermögen Speicherbehälter	173.500,00	173.500,00	173.500,00	m³
Fernleitungsnetz	716,00	713,00	721,00	km
Trinkwasserverkauf	75,40	76,63	78,09	Mio. m³

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die im politischen Umfeld dominierenden Themen des Jahres 2012 waren geprägt von der Euro-Krise bzw. den eingeleiteten Maßnahmen zu deren Bewältigung. Diese wirkten sich auf die Arbeit der Unternehmen der Wasserwirtschaft nicht oder nur marginal aus, zumal in Deutschland und so auch in den mitteldeutschen Bundesländern eine positive konjunkturelle Entwicklung zu verzeichnen war.

Zu Beginn des Jahres machten wiederholte Meldungen in den Medien über die Belastung des deutschen Trinkwassers mit organischen Spurenstoffen, Viren oder Arzneimittelrückständen die Runde. Gleichzeitig wurde seitens der EU-Kommission die Aufnahme weiterer Stoffe, die den genannten Mikroverunreinigungen zuzuordnen sind, in die Liste der „prioritären Substanzen“, die bezüglich der Qualität der Gewässer zu untersuchen und zu bewerten sind, angeregt.

Seitens der Wasserbranche Deutschlands wurde diesbezüglich eine offene Informationspolitik mit der Zielstellung, zur Versachlichung der Diskussionen beizutragen und auf die gesamtgesellschaftlichen Dimensionen dieses wichtigen Themas hinzuweisen, geführt. Nur über die aktive Auseinandersetzung mit diesen Fragen konnte es gelingen, das Vertrauen der Verbraucher in die öffentliche Wasserversorgung unbeschadet zu erhalten. Dass dieses Vertrauen besteht, beweist auch eine aktuelle Kundenbefragung – „Kundenbarometer Wasser/Abwasser“ - die der BDEW repräsentativ durchführte.

Gleichzeitig zeigen die Berichterstattungen und die damit verbundene öffentliche Diskussion, welchen hohen Stellenwert die Fragen der Trinkwasserqualität bei den Verbrauchern haben. Diese Sensibilität wird in der Zukunft eher zunehmen, so dass eine Schlussfolgerung für die Unternehmen der Wasserversorgung nur sein kann, sie noch verstärkter in den Mittelpunkt der Tätigkeit zu rücken. Für unser Unternehmen trifft diese Feststellung in besonderem Maße zu, da mit der Trinkwasserbereitstellung für große Teile der mitteldeutschen Region ca. 2 Mio. Menschen von den Auswirkungen einer nicht TVO - gerechten Versorgung betroffen wären.

Vor dem Hintergrund der Sensibilität der Verbraucher und des hohen Stellenwertes, den die sichere, qualitätsgerechte Trinkwasserversorgung in der Öffentlichkeit genießt, sind die Bestrebungen der EU-Kommission zur Verabschiedung einer Dienstleistungs-Konzessionsrichtlinie, die das Aufgabenfeld der Wasserversorgung einschließt, sehr kritisch zu bewerten. Da sich sowohl Bundesregierung als auch die Bundesländer im Bundesrat in jüngerer Vergangenheit ebenfalls sehr kritisch diesbezüglich positioniert haben, bleibt das weitere Verfahren einschließlich der ggf. anstehenden Umsetzung in nationales Recht abzuwarten.

Große Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Unternehmen der Wasserversorgung, so auch der FWV, hat die im Jahr 2011 in Deutschland beschlossene und eingeleitete Energiewende. Die damit verbundenen Gesetze und Verordnungen und die praktischen Konsequenzen aus diesen führen einerseits zu einem weiteren Anstieg der Energiekosten und andererseits zu der Notwendigkeit, als energieintensives Unternehmen über ein aktives Energiemanagement die entsprechenden Schlussfolgerungen für die wirtschaftliche Tätigkeit abzuleiten.

Ein zentrales Thema jedes Geschäftsberichtes der vergangenen Jahre, aber auch der mittelfristigen Wirtschaftsplanung ist der weiterhin rückläufige Wasserverbrauch und die Folgen auf die Erlössituation sowie weitere notwendige Konsequenzen für den Anlagenbetrieb. Daher ist es nicht nachvollziehbar, wenn seitens der EU-Kommission nach wie vor an Vorhaben wie „Blueprint to safe guards Europe’s water“ oder den „Arbeitsplan ökodesign“, welcher als ein Schwerpunktthema wasserführende Produkte enthält, festgehalten und gearbeitet wird. Auch diesbezüglich bleibt die Hoffnung, dass es gelingt, durch sachliche Argumentation aus deutscher Sicht auf eine Entideologisierung der Politik des Wassersparens hinzuwirken und die regionalen Unterschiede in Europa stärker in den Fokus zu rücken.

In den das Versorgungsgebiet des Unternehmens umfassenden Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt wurde im Jahr 2012 die Novellierung der jeweiligen Landeswassergesetze eingeleitet. Der Prozess wurde mit fachlichen Stellungnahmen über die BDEW Landesgruppe begleitet und wird 2013 abgeschlossen.

Schließlich soll auf zwei wichtige Aktivitäten in der Wasserpolitik der genannten Bundesländer eingegangen werden. In Sachsen-Anhalt wurde über eine Verordnung zum Jahreswechsel 2011/2012 die Erhebung eines Wasserentnahmeentgeltes durch die Landesregierung beschlossen. Der überwiegende Teil der dadurch prognostizierten Zusatzeinnahmen für den Landeshaushalt entfällt auf die öffentliche Wasserversorgung. Da unser Unternehmen ca. 50% des Wassers für die öffentliche Versorgung in Sachsen-Anhalt bereitstellt, lässt sich leicht ableiten, dass damit ein nicht unerheblicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand als „Inkasso-Vollzieher“ für die Landesregierung entsteht.

Im Freistaat Sachsen wurde nach mehrjähriger Bearbeitung der Grundsatzplan für die öffentliche Wasserversorgung fertiggestellt. Nach einer umfassenden Analyse der Versorgungssituation im Freistaat werden notwendige Schlussfolgerungen aus für die Wasserversorgung beherrschenden Themen wie dem demografischen Wandel oder der Prognose des Klimawandels gezogen und Grundsätze für die wasserwirtschaftliche Entwicklung als Handlungsrahmen für Wasserbehörden, Gesundheitsbehörden sowie die Träger der öffentlichen Wasserversorgung abgeleitet. Etwas bedauerlich ist es, dass diese wichtigen Grundsätze nicht offensiv gegenüber dem angesprochenen Kreis kommuniziert werden.

Die genannten Entwicklungen im politischen Umfeld beeinflussen zweifellos die wirtschaftliche Tätigkeit unseres Unternehmens und entfalten ihre Auswirkungen auf den Betriebsaufwand. Nicht zuletzt ist daher die Frage der transparenten Information nach außen und innen auch weiterhin die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Die Ergebnisse aus Projekten wie dem Benchmarking für Fernwasserversorger oder der Kundenbilanz für Vorlieferanten, an denen sich das Unternehmen 2012 beteiligte, stellen dafür eine gute Basis dar.

Auch das Geschäftsjahr 2012 konnte die Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH erfolgreich abschließen und demonstrierte damit in Fortsetzung der letzten Jahre die positive Entwicklung der Gesellschaft. Neben der stabilen wirtschaftlichen Lage wurden auch die technischen Grundlagen für die zukünftige erfolgreiche Arbeit weiterentwickelt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wurden 75,4 Mio. m³ an die Kunden der FWV verkauft. Besonders in den Frühjahrs- und Sommermonaten wurden die geplanten Absatzzahlen aufgrund der warmen und niederschlagsarmen Perioden übertroffen. Die durchschnittliche Tagesproduktion lag bei 207,2 Tm³, das Maximum konnte bereits am 21. Mai mit 259,9 Tm³ registriert werden. Daraus ergibt sich genau wie in den Vorjahren ein Spitzenfaktor von 1,3.

Auch wenn die Jahresabsatzmenge mit 1,1 Mio. m³ über den Erwartungen lag, so muss doch ein Rückgang von 1,2 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Wesentlichste Ursachen waren neben der geplanten verringerten Abnahme durch einen großen Kunden aus dem Kreis der Weiterverteiler (in Sachsen) die geringeren Abnahmen einiger Industriekunden, insbesondere verursacht durch die Krise in der Solarbranche. Daneben muss das Unternehmen dauerhaft mit demografischen Einflüssen und dem daraus resultierenden Absatzrückgang von derzeit ca. 400 Tm³ pro Jahr rechnen.

Den genannten Rückgängen in der Wasserlieferung stehen Steigerungen bei mehreren Weiterverteilern entgegen. Die damit bedingte Verschiebung innerhalb der Abgabestruktur ist ein Grund, dass Umsatzerlöse aus dem Wasserverkauf in Höhe des Vorjahresniveaus erzielt wurden. Relevant hierfür ist weiterhin die Umsetzung der vertraglich vereinbarten Lieferbedingungen in Form der Anpassung der Vorhalte- und Verrechnungsmengen sowie der Anwendung der Preisgleitklausel, die eine anteilige Weitergabe inflationärer Kostensteigerungen ermöglicht.

Des Weiteren war es erforderlich, zur Weiterberechnung des eingangs genannten Wasserentnahmeentgeltes des Landes Sachsen-Anhalt Nachträge zu den bestehenden Wasserlieferverträgen mit den betroffenen Kunden abzustimmen, über welche zusätzliche Kosten in einer Höhe von 2,3 Mio. € verursachungsgerecht an die betroffenen Kunden weiterberechnet werden.

Mit diesen zu verrechnenden Beträgen des Wasserentnahmeentgeltes ergaben sich im Jahr 2012 Gesamterlöse aus dem Verkauf von Trinkwasser in einer Höhe von 37,6 Mio. €.

Die Erlöse aus der Netzeinspeisung regenerativ erzeugten Stromes konnten gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht werden. Ursächlich hierfür ist die Inbetriebnahme zwei weiterer Photovoltaikanlagen auf Dachflächen der Unternehmenszentrale und des Wasserwerkes Mockritz, welche bis zum 30.06.2012 ihren Betrieb aufnahmen. Somit konnten im abgelaufenen Jahr mit knapp 1,3 Mio. € ca. 129 T€ Mehrerlöse gegenüber dem Vorjahr erzielt werden.

Die FWV erbrachte auch 2012 eine Reihe von Dienstleistungen wie Laborleistungen und Bau- und Montageleistungen für andere Unternehmen. Die Bau- und Montageleistungen umfassten Reparatur- und Verlegeleistungen für andere Wasserversorgungsunternehmen auf der Basis von Serviceverträgen, die den Partnern im Bedarfsfall Spezial Know-how, insbesondere bei Arbeiten an Spannbetonrohren, zusichern. Die Umfänge der Laborleistungen gegenüber Dritten nahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter zu. Zielstellung ist es, diese Leistungen in den nächsten Jahren weiter zu entwickeln. Wurden bisher schwerpunktmäßig Wasseranalysen für Kunden, andere Wasserversorgungsunternehmen oder Industrie- und Gewerbepartner durchgeführt, kommt es durch die Umsetzung der novellierten TrinkwasserVO verstärkt zu Anfragen von Wohnungsunternehmen im Versorgungsgebiet. Erste Verträge zur Legionellenuntersuchung wurden abgeschlossen und befinden sich in der Abarbeitung.

Ein Schwerpunkt der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit des Unternehmens war in 2012 auf die Umsetzung bzw. der Vervollkommnung der in den Vorjahren im Projekt „Zukunft Fernwasser“ herausgearbeiteten Konzeptionen wie dem FEK zur weiteren Systemoptimierung oder dem Wartenkonzept zur Erhöhung der Effizienz des Betriebs- und Überwachungsregime gerichtet. Darin eingeschlossen sind weitere Maßnahmen zur Optimierung des Energieeinsatzes und Senkung der diesbezüglichen Kosten.

Neben diesen insbesondere dem Erhalt bzw. der Verbesserung des wirtschaftlichen Systembetriebes dienenden Maßnahmen nehmen die Vorhaben zur nachhaltigen Sicherung der Trinkwasserqualität beginnend von der Rohwassergewinnung über die Aufbereitung in den Wasserwerken bis hin zum Verteilungsprozess (Hochbehälter und Fernleitungen) einen großen Teil der jährlich geplanten Investitionen in Anspruch. Ihr Anteil wird in den Folgejahren aufgrund des Stellenwertes der Qualitätssicherung weiter steigen.

Bzgl. der Gesellschafterstruktur kann wie bereits im vergangenen Jahr über keine neuen formalen Verfahrensschritte berichtet werden. Gegen den Quotierungsbescheid des Bundesamtes für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen vom 30. Juli 2010 wurde durch mehrere Verfahrensbeteiligte Klage erhoben. Eine Abschätzung des weiteren Verlaufs, insbesondere der Dauer des Verfahrens, kann derzeit nicht erfolgen.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Insbesondere durch den gegenüber den Planungen angenommenen Mehrabsatz von Trinkwasser und die weitere Optimierung des Energieeinsatzes konnte ein Ergebnis von 1,67 Mio. € nach Steuern erreicht werden. Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf 1,81 Mio. €.

Die Erlöse aus dem Trinkwasserverkauf betragen 37,63 Mio. € und liegen somit ca. 2,39 Mio. € über dem Vorjahresniveau (darin enthalten die vorgenannte Verrechnung des Wasserentnahmeentgeltes des Landes Sachsen-Anhalt).

Daneben wurden sonstige Umsatzerlöse in einer Höhe von 4,36 Mio. € erwirtschaftet. Diese beinhalten die erwähnte Erzeugung regenerativer Energie sowie die Abrechnung von Umverlegungen an unseren Anlagen, die von Dritten veranlasst wurden, und die Ertüchtigung bzw. Neubau von fernwassertypischen Anlagen der MIDEWA. Weitere Positionen sind die Serviceleistungen für Dritte.

In Summe belaufen sich die Gesamtumsätze für das Geschäftsjahr 2012 auf 41,98 Mio. € (Vorjahr: 36,84 Mio. €).

Die 2012 erbrachten aktivierbaren Eigenleistungen umfassen 2,16 Mio. € (Vorjahr: 2,75 Mio. €). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr liegt an der Struktur und Art der umgesetzten Maßnahmen und der weiteren Reduzierung des dafür zur Verfügung stehenden Personals.

Zuzüglich der sonstigen betrieblichen Erträge in einer Höhe von 1,11 Mio. € (Vorjahr: 1,27 Mio. €) konnte das Unternehmen 2012 eine Gesamtleistung von 45,26 Mio. € erwirtschaften (Vorjahr: 40,86 Mio. €).

Der Materialaufwand liegt mit 15,62 Mio. € ca. 2,53 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Eine wesentliche Ursache hierfür sind die Schwankungen im Bereich der Umverlegungs- und sonstigen Bau-/Montagemaßnahmen für Dritte, die sowohl auf der Erlös- als auch auf der Aufwandsseite zu berücksichtigen sind. Die Aufwendungen für den Rohwasserbezug aus der Rappbodetsperre mit 4,55 Mio. € und den Einsatz von Aufbereitungschemikalien in Höhe von 0,53 Mio. € befinden sich auf Vorjahresniveau bzw. leicht darunter. Für die Instandhaltung des Anlagevermögens wurden 3,17 Mio. € aufgewandt.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 275 T€ auf 12,48 Mio. €. Darin enthalten sind die Tarifsteigerungen und die Rückstellungen für in der Vergangenheit abgeschlossene Altersteilzeitverträge und Pensionszusagen. Die Bewertung der Rückstellungen erfolgte auf Basis eingeholter finanzmathematischer Gutachten.

Die Abschreibungen in Höhe von 9,29 Mio. € (Vorjahr: 8,92 Mio. €) lagen aufgrund von zusätzlichen Abwertungen 354 T€ über dem Niveau von 2011.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalteten erstmalig, entsprechend den Trinkwassererlösen, das Wasserentnahmeentgelt des Landes Sachsen-Anhalt. Mit 5,38 Mio. € liegen sie ca. 2 Mio. € über dem Vorjahresniveau.

Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war jederzeit gesichert. Die Bewegung der Finanzmärkte der letzten Jahre hatten keine negativen Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Krediten. Durch das gute Rating der Gesellschaft konnten attraktive Konditionen im Rahmen von Neu- und Anschlussfinanzierungen gesichert werden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte gegenüber 2011 mit 12,86 Mio. € deutlich verbessert werden (Vorjahr: 9,86 Mio. €). Aus der Investitionstätigkeit der Gesellschaft ergab sich ein Cashflow von -9,99 Mio. €. Darin sind u. a. enthalten Auszahlungen für Vermögen in das Anlagevermögen in Höhe von 8,84 Mio. € und in Finanzanlagen in Höhe von 1,22 Mio. €. Dies betrifft Investitionen in fremde genutzte fernwassertypische Anlagen der MIDEWA. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von 1,33 Mio. € umfasst Kreditneuaufnahmen von 3 Mio. € und Tilgungen im gleichen Zeitraum von 1,67 Mio. €. Die Kreditneuaufnahmen im Geschäftsjahr 2012 dienten der Vorbereitung der Abwicklung eines großen Investitionsprojektes zum Jahresanfang 2013. Daraus resultiert auch die zum Stichtag 31.12.2012 hohe Liquiditätsvorhaltung. Der Finanzmittelbestand zum Jahresende erhöhte sich deshalb gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 6,96 Mio. €.

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2012 wurden 8,84 Mio. € in das Anlagevermögen der Gesellschaft investiert. Davon entfielen 23 T€ auf immaterielle Wirtschaftsgüter und 0,40 Mio. € auf Grundstücke, Dienstbarkeiten und Bauten. Der Großteil der Investitionen floss in die Erneuerung bzw. Neuerrichtung technischer Anlagen und Maschinen. So wurden z. B. Trinkwasserleitungen in einem Umfang von 1,72 Mio. € errichtet. Insgesamt wurden 4,70 Mio. € in technische Anlagen und Maschinen investiert sowie 0,60 Mio. € in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. In Höhe von 3,12 Mio. € gab es Zugänge bei den Anlagen im Bau.

Investitionsschwerpunkte in 2012 waren:

- Bau paralleler Rohrleitungsabschnitte im Raum Bernburg .. Güsten mit einer Gesamtlänge von 1,75 km
- Beginn der Neuerrichtung der Chemikalienanlage im Wasserwerk Torgau-Ost
- Erneuerung bestehender Behälterkapazitäten
- Photovoltaik-Anlagen in der Unternehmenszentrale und im Wasserwerk Mockritz
- Erneuerung von Röhrenabsetzbecken im Wasserwerk Mockritz.

Die Finanzanlagen erhöhten sich entsprechend obiger Erläuterungen im Geschäftsjahr auf 2,49 Mio. €.

Aufgrund der erhöhten Kreditaufnahmen in 2012 verringerte sich die Eigenkapitalquote der Gesellschaft geringfügig auf 74,3%. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens aus Eigen- sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital verbesserte sich weiter auf 103%.

3. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft hat seit 2000 ein den gesetzlichen Anforderungen (§ 53 HGrG i. V. m. § 91 Abs. 2 AktG) entsprechendes Risikomanagementsystem installiert. Im Rahmen dessen werden zweimal pro Jahr bestehende Risiken analysiert und bezüglich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikopotenziale eingeschätzt. Entsprechend der Beurteilung werden Gegenmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verringerung der Risiken und Zuständigkeiten definiert.

Das größte Risiko für die FWV besteht in dem weiteren Absatzrückgang im Versorgungsgebiet. Wie bereits in den Vorjahren lässt sich dieses Risiko wie folgt untergliedern:

- weiterer Rückgang der Bevölkerung und des Pro-Kopf-Verbrauchs im Versorgungsgebiet,
- Tendenzen zur verstärkten Nutzung eigener Wasseraufbereitungsanlagen bzw. der Neuerrichtung solcher Anlagen bei den Kunden des Unternehmens insbesondere in Sachsen und
- die konjunkturell bedingte Verringerung der Abnahmen bei direkt oder indirekt versorgten gewerblichen Kunden.

Inflationäre bzw. tarifliche Steigerungen wesentlicher Kostenpositionen werden durch vertraglich vereinbarte Preisgleitklauseln in den Wasserlieferverträgen teilweise abgefangen. Bedingt durch den Absatzrückgang sind aber auch zukünftig die begonnenen Optimierungen in der Kostenstruktur der Gesellschaft weiter fortzuführen.

Das Labor des Unternehmens sichert durch die Einbeziehung in alle relevanten Prozesse eine qualitätsgerechte Trinkwasseraufbereitung und -verteilung. Im Rahmen eines aktiven Ressourcenmanagements und der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern werden die Rohwässer im Ostharz und in der Elbaue quantitativ und qualitativ nachhaltig verfügbar gehalten.

Entsprechend der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft richtet sich das Investitionsgeschehen an der bedarfsgerechten Erhaltung und Anpassung der Anlagensubstanz aus.

Im Rahmen der intern installierten kaufmännischen und technischen Controllinginstrumente erfolgt die Planung und laufende Überwachung der Unternehmensprozesse. Bei Feststellungen von Abweichungen kann entsprechend zeitnah reagiert werden. Grundlegende Risiken werden durch ein aktives Management des Versicherungsschutzes abgesichert.

Die Liquidität und die laufende Verfügbarkeit von Kreditmitteln waren im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2012 gesichert. Attraktive Zinskonditionen wurden über längere Zeiträume gesichert. Es erfolgt eine tägliche Liquiditätsüberwachung und -steuerung. Aufgrund der Kundenstruktur ist nicht mit Forderungsausfällen zu rechnen. Bei einem Großteil der abgeschlossenen Kreditverbindlichkeiten wurden feste Zinskonditionen vereinbart, zum Jahresende 2012 wurden keine Derivate oder andere Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Ausblick/Prognosebericht

Auf Basis der bereits erläuterten Absatzentwicklung im Versorgungsgebiet geht das Unternehmen von weiter sinkenden Absatzzahlen aus. Im Geschäftsjahr 2013 erwartet die Gesellschaft einen Absatz von 73,7 Mio. m³. Gegenüber der Absatzmenge von 75,4 Mio. m³ in 2012 wurde die weitere demografische Entwicklung, die Vorgaben einzelner Kunden und eine weitere zurückhaltende Abnahme der gewerblichen Kunden eingeplant. In 2013 geht die FWV von Trinkwassererlösen in einer Höhe von 37,35 Mio. € aus. Darin enthalten ist in Höhe von ca. 2,2 Mio. € das Wasserentnahmeentgelt des Landes Sachsen-Anhalt.

Mittelfristig rechnet die Gesellschaft mit einem weiteren Absatzrückgang bis auf 71,5 Mio. m³ im Jahr 2017.

Wie in den vergangenen Jahren werden auch Erträge aus der Erstattung der Stromsteuer für energieintensive Gewerbebetriebe eingeplant. Auf Basis der aktuellen politischen Rahmendiskussion wurden diese Erträge etwas niedriger berücksichtigt. Das für zukünftige Erstattungen notwendige Energiemanagement wird beginnend ab 2013 im Unternehmen eingeführt.

Die bekannten bzw. zu erwartenden inflationären Steigerungen im Bereich der Materialaufwendungen wurden in den Planungen berücksichtigt. Insbesondere durch den hohen Stromkostenanteil und die ebenfalls steigenden spezifischen Stromkosten werden die angestoßenen internen energetischen Optimierungsmaßnahmen stringent weiter verfolgt.

Die Personalaufwendungen steigen aufgrund der Tarifabschlüsse gegenüber 2012 nochmals leicht auf 12,76 Mio. € an. In den Folgejahren wirken die umgesetzten Personalmaßnahmen zur Personalreduzierung und bis zum Jahr 2017 können die Personalkosten, bei durchschnittlich eingeplanten Tarifabschlüssen, bis auf 12,0 Mio. € sinken. Im gleichen Zeitraum soll die Gesamtzahl der Mitarbeiter von 235 auf 215 absinken.

Die bereits erläuterte bedarfsorientierte Investitionsstrategie wird auch in den nächsten Jahren fortgesetzt. Für die laufenden Investitionen im Geschäftsjahr 2013 sind 8 Mio. € vorgesehen. Schwerpunkte werden die weitere Ertüchtigung bzw. die Erneuerung von Rohrleitungsabschnitten im Bereich des Nordrings und der Südwestleitung sein. Darüber hinaus wird die bauliche Sanierung der im System vorhandenen Hochbehälter fortgeführt und die Erneuerung der Chemikalienanlage im Wasserwerk Torgau-Ost abgeschlossen. Als Sonderprojekt erwirbt zu Beginn des Geschäftsjahres 2013 die FWV von der MIDEWA fernwassertypische Anlagen in einem Umfang von 6,64 Mio. €. Diese Anlagen wurden bereits in der Vergangenheit durch die FWV zur Belieferung ihrer Kunden genutzt. Eine in dem hierzu abgeschlossenen Nutzungsvertrag optional vorgesehene Kaufoption wurde zum Jahresbeginn umgesetzt. Die aus dem Kauf entstehenden Kosten sind ergebnisneutral, da das bisher gezahlte Nutzungsentgelt entfällt.

Für die im Jahr 2013 geplanten Investitionen müssen keine weiteren Kreditmittel aufgenommen werden, da bereits im Vorjahr die Finanzierung auf Basis zinsgünstiger Mittel erfolgte. Im laufenden Jahr werden Kredittilgungen in einer Höhe von 1,2 Mio. € getätigt. Die Eigenkapitalquote wird sich im Geschäftsjahr leicht auf ca. 76% erhöhen.

Die Liquidität für das Geschäftsjahr 2013 ist gesichert.

Trotz der prognostizierten Absatzentwicklungen geht die Gesellschaft von weiterhin positiven Ergebnissen aus, auch wenn diese nicht mehr auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden können. Für das Jahr 2013 wird ein Ergebnis nach Steuern von 1,12 Mio. € erwartet, welches sich in den Folgejahren leicht bis ca. 1,5 Mio. € steigert.

Vorgänge mit besonderer Bedeutung lagen nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Hafen Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Saalehafen 1 06118 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	512		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	512	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Betrieb und die Unterhaltung eines oder mehrerer Binnenschiffahrtshäfen im Gebiet der Stadt Halle und im Saalekreis, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die dem Hafendienst in Halle und im Saalekreis dienen, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die den vorerwähnten Unternehmensgegenständen unmittelbar oder mittelbar dienen können.

Öffentlicher Zweck:

Die Hafen Halle GmbH ist der einzige Binnenschiffahrtshafen in der Region. Durch ihn wird die Versorgung einzelner Unternehmen sichergestellt. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung und Standortsicherung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Lindemann, Dirk

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	10	0	31	0	53	0	-21	-68
Anlagevermögen	14.146	87	14.828	87	15.280	89	-682	-5
Umlaufvermögen	2.015	13	2.191	13	1.841	11	-176	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	13	0	32	0	1	8

Bilanzsumme	16.185	100	17.063	100	17.206	100	-878	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	731	5	731	4	731	4	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	4.720	29	5.000	29	5.280	31	-280	-6
Rückstellungen	134	1	104	1	30	0	30	28
Verbindlichkeiten	10.600	65	11.228	66	11.165	65	-628	-6

Bilanzsumme	16.185	100	17.063	100	17.206	100	-878	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.096	3.430	2.441
andere aktivierte Eigenleistungen		1	9
sonstige betriebliche Erträge	411	483	896
Materialaufwand	2.123	1.946	1.517
Personalaufwand	1.138	1.007	832
Abschreibungen	777	779	740
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.175	1.124	1.156
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0		0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	240	308	261
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-946	-1.250	-1.160
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	15	14	11
Erträge aus Verlustübernahmen	961	1.264	1.171
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-23,45	-36,86	-47,97	%
Eigenkapitalrentabilität:	-131,38	-172,91	-160,14	%
Cash-Flow:	-183	-485	-431	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	135	121	145	T€
Personalaufwandsquote:	25,24	25,72	24,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	86,87	86,27	88,38	%
Eigenkapitalquote:	4,52	4,28	4,25	%
Fremdkapitalquote:	95,48	95,72	95,75	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Containerumschlag	94.123	71.676	63.403	TEU
Güterverkehrsleistung gesamt	1.651.404	1.297.296	1.140.664	t
Hafenbahn	608.629	506.433	442.260	t
Straßengüterverkehr	1.042.775	790.813	698.404	t

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich in Deutschland die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Nach vorläufigen Zahlen ist 2012 die deutschlandweit im Güterverkehr transportierte Tonnage der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße im Jahresvergleich um 2,6 % auf 3,89 Mrd. Tonnen leicht gesunken. Während die Mengen im Eisenbahn- und Straßenverkehr im Jahresvergleich um 2,7 % sanken, ging die Transportmenge in der Binnenschifffahrt 2012 gegenüber 2011 nur um 1 % zurück. In etwa unverändert waren die Anteile der Verkehrsträger am Transportaufkommen: nach wie vor dominiert hier die Straße mit einem Anteil von 85 % an der Gesamttonnage deutlich (Eisenbahn: 9,4 %, Binnenschiff: 5,6 %).

Die Gesamtverkehrsleistung im Hafen Halle belief sich 2012 auf 1.651.404 Tonnen und nahm damit im Jahresvergleich um 354.108 Tonnen bzw. 27,3 % zu. Trotz einer Zunahme um 102.195 Tonnen bzw. +20,2 % auf insgesamt 608.629 Tonnen nahm der Anteil der bahnsseitigen Tonnagen mit 36,9 % im Jahresvergleich leicht ab (VJ: 39 %). Im Containerumschlag (auch KV: Kombiniertes (Container-)Verkehr Schiene ↔ Straße) konnte gegenüber dem Vorjahr wiederum eine deutliche Steigerung erreicht werden. Mit 94.123 TEU (VJ: 71.676 TEU) und 920.217 Tonnen (VJ: 707.798 Tonnen) nahm das Aufkommen im Jahresvergleich um etwa 30 % signifikant zu. Demgegenüber war auch in 2012 aufgrund der anhaltend widrigen Schifffahrtsbedingungen der Saale im Hafen kein Schiffsumschlag zu verzeichnen.

Die am 16. Juni 2010 gegen das Landesverwaltungsamt eingereichte Klage von Bürgern gegen die erteilte Bau- und Betriebsgenehmigung für die Firma Pyrolyx, aufgrund derer das Landesverwaltungsamt die Genehmigungen widerrief, wurde nach fast 18-monatigem Verfahren in 2011 als unbegründet zurückgewiesen. Zwei Bürger klagten daraufhin beim Obergericht in Magdeburg, welches im Dezember 2011 wiederum diese Klage abgewiesen hat. Eine erneute Klage einiger Bürger beim Landgericht Halle im Dezember 2012 ging für die Kläger wiederum verloren. Trotz Ausschluss des Rechtswegs haben die Kläger eine Berufung beim Obergericht in Magdeburg beantragt. Aufgrund der Klageverfahren 2011 wurde durch die Investitionsbank des Landes Sachsen-Anhalt der Förderzeitraum verlängert. Am 14. Februar 2012 hat das Landesverwaltungsamt nach der Bau- nunmehr auch die Betriebsgenehmigung erteilt. Am 23.07.2012 wurden durch die Scutum AG die Gesellschaftsanteile der Pyrolyx Halle GmbH veräußert. Mit der Eintragung in das Handelsregister erfolgte eine Umfirmierung in die Pyrolytech GmbH. Zur Zeit laufen die Gespräche mit den Fachplanern. Im II. Quartal 2013 soll der Baubeginn erfolgen und die Produktionsaufnahme soll Ende 2014 erfolgen.

Im Zusammenhang mit der Klage gegen die Genehmigungen für die Firma Pyrolyx widerrief das Landesverwaltungsamt am 20. Juli 2010 auch die gegenüber der OTK Oil Trading Kraftstoff GmbH (GULF-Gruppe) bereits nach § 33 Baugesetzbuch erteilte Baugenehmigung zur Errichtung und dem Betrieb eines Tank-Mischlagers im Hafen. Die OTK musste daraufhin einen neuen Antrag nach § 34 Baugesetzbuch stellen, der zwischenzeitlich genehmigt wurde. Im Zuge der Antragstellung wurde der ebenfalls bereits erteilte Fördermittelbescheid von der Firma OTK zurückgegeben, da der Förderungszeitraum überschritten worden wäre. Derzeit erfolgen die Abstimmungen mit der Investitionsbank und dem Investor. Der Weiterbau der Anlage soll im II. Quartal und der Produktionsbeginn im IV. Quartal 2013 erfolgen.

Im Juni 2011 wurde durch das Bundesverkehrsministerium die Planung vorgelegt, die Saale zu einer „Restwasserstrasse“ ohne weiteren Investitions- und Unterhaltungsbedarfes herabzustufen. Die Elbe sollte als Nebenwasserstrasse herab qualifiziert werden. Dieses führte zu einer breiten Protestbewegung in der Landes-, Regional- und Lokalpolitik, der Wirtschaft und großen Kreisen der Gesellschaft. In enger Abstimmung mit dem Verein zur Hebung der Saaleschifffahrt (VHdS e.V.) hat sich am 05. August 2011 das „Saale-Bündnis“ gegründet. In der Zwischenzeit, vor allem durch den Druck des „Saale-Bündnisses“ hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages diesen Vorschlag abgelehnt. Das Bundesverkehrsministerium hat das Planco-Institut mit einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Saale beauftragt. Das Gutachten von Planco wies als Ergebnis die Unwirtschaftlichkeit des Saalekanals aus. Das Verkehrsministerium des Landes Sachsen-Anhalt hat daraufhin die Firma LUB Consulting (Dresden) mit einer Wertung dieses Gutachtens beauftragt. Im Gegensatz zu Planco, die nur ein Transportaufkommen von 0,56 Mio. Tonnen (u.a. keine Mengen für den Hafen Halle und den Standort Bernburg) ausgewiesen haben, kommt LUB auf etwa 2,5 Mio. Tonnen Transportpotential. Das Land Sachsen-Anhalt hat daher noch in 2012 mit dem Bundesverkehrsministerium Verhandlungen aufgenommen, dass die Vollendung des Saaleausbaus weiterhin Bestandteil des neuen, 2015 in Beschluss gehenden Bundesverkehrswegeplanes bleibt.

Die Hafan Halle GmbH erzielte per 31. Dezember 2012 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 4.095 (VJ: T€ 3.405). Hauptumsatzträger waren mit T€ 1.917 (VJ: T€ 1.516) die Sparten Dispositive Leistungen (einschließlich Lkw-Verkehr) sowie Containerumschlag (T€ 880, VJ: T€ 746). Die Sparte Bahnleistungen erzielte 2012 Umsätze in Höhe von T€ 832 (VJ: T€ 621). Die der Sparte Dispositive Leistungen zugeordnete Untersparte Lkw-Verkehr erzielte im 1. vollen Geschäftsjahr 2012 mit (internen) Umsätzen in Höhe von T€ 487 einen positiven Beitrag zum Gesamtergebnis des Hafens von etwa T€ 40.

Im Jahr 2012 wurden T€ 127 investiert. Neben T€ 51 Investitionen für technische Hafenanlagen (darunter T€ 31 für die Anschaffung von eines Kipp-Chassis für den Containertransport) und T€ 25 für Geländemaßnahmen (darunter T€ 22 für Vermessungsleistungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Grundstücksflächen zur Gleisanlage „Saalebahn“ in 2010) fielen T€ 13 für Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie T€ 37 für sonstige Investitionen (darunter etwa T€ 15 für Erweiterung/Anpassung betriebswirtschaftlicher Software) an.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr durch den Kreditrahmen der Muttergesellschaft in Höhe von T€ 5.500 (temporär erhöht auf T€ 6.900 bis zum Ersatz des 2011 endfälligen HVB-Darlehens über T€ 1.400) im Rahmen des bestehenden Cash Pools und den Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag gegeben.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2012 absolut um T€ 878 und relativ um 5,1 % auf T€ 16.185 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens belief sich auf 87,4 % der Bilanzsumme. Einschließlich der Zurechnung der Sonderposten beläuft sich das wirtschaftliche Eigenkapital auf T€ 5.451 und beträgt 33,7 % der Bilanzsumme. Bei Bankdarlehen über T€ 4.381 ist das Anlagevermögen der Gesellschaft (T€ 14.146) zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 zu 69,5 % durch lang- und mittelfristiges Eigen- und Fremdkapital (T€ 9.832) gedeckt.

In dem seit August 2004 beim Landgericht Halle anhängigen Rechtsstreit wegen mangelhafter Planungsleistungen gegen die Firma H.P. Gauff Ingenieure GmbH & Co. KG hat das Landgericht Halle nach mehrmaligen Sachstandsanfragen unseren Rechtsbeistand mit Schreiben vom 11.10.2012 erkennen lassen, dass seit Oktober 2010 „...eine sachgerechte Bearbeitung wegen Dezernatsbelastung nicht möglich...“ gewesen ist und die Bearbeitung nunmehr erfolgen soll. Trotz dieser Zusage und einer weiteren Anfrage durch unseren Rechtsbeistand am 12.11.2012 ist derzeit kein weiterer Verfahrensfortschritt zu verzeichnen.

Entsprechend der Regelungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurden durch die Gesellschaft auch in 2012 die wesentlichen Risikofelder identifiziert und einer Bewertung unterzogen sowie die erforderlichen Schritte zur Schaffung eines adäquaten Risikomanagement- und Früherkennungssystems erfolgreich realisiert. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die für die Gesellschaft relevanten Risikofelder einer laufenden Bewertung und Kontrolle unterliegen sowie wesentliche Instrumente der Risikoerkennung und -bewertung installiert sind.

Auf Grundlage des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages wurden von der Gesellschafterin Verlustausgleichszahlungen geleistet sowie im Rahmen des konzernweiten Cash-Pools Kontokorrentkredite bereitgestellt.

Ausblick

Der Ertragswert der (neuen) Sparten „Schiffsverkehr“ sowie „Infrastruktur und Ansiedlungen“ ist gemäß den aktuellen Planungsrechnungen unverändert nachhaltig negativ (ohne Berücksichtigung von Einmaleffekten). Demgegenüber zeigen die Sparten „Bahnleistungen“, „Containerumschlag“ und „Dispositive Leistungen“ eine mittelfristig positive Entwicklung. Der Schwerpunkt der weiteren Entwicklung liegt daher unverändert auf dem Container-Verkehr und dem Eisenbahnbereich. In den Sparten „Containerumschlag“ und „Dispositive Leistungen“ wird es darauf ankommen, die am Markt zu verzeichnende positive Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit des CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) weiter auszuschöpfen. Ebenso sollen konzeptionell Möglichkeiten für eine Ausweitung des Leistungsspektrums geprüft und zur Entscheidung gebracht werden. Ziel solle sein, mit zeitnaher Konzept-Umsetzung unseren Anteil an der Wertschöpfungskette des Logistikprozesses zu verbreitern und die Abhängigkeit von Dritten zu verringern. Ebenso wird der Focus auf der Stabilisierung und dem weiteren Ausbau des Eisenbahnbereiches liegen. Hier erwarten wir insbesondere durch die investorenseitig für Ende 2013 geplanten Betriebsaufnahme des Tankmischlagers aus den vertraglichen Bindungen signifikant zunehmende Bahnleistungen.

Aufgrund der guten Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr erwarten wir für 2013 im KV-Geschäft ein stabiles Verkehrsaufkommen. Ungeachtet dessen wird die weitere Ausweitung der Geschäfte im KV-Bereich einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft auch in 2013 darstellen. Weiter ausgebaut werden soll auch das Geschäftsfeld der dispositiven speditionellen Leistungen mit kompletten Container-Transport-Läufen Seehafen-Kunde-Seehafen. Hierzu soll auch die in 2012 erfolgreiche Untersparte „Lkw-Verkehr“ (Straßentransporte im KV-Verkehr mit angemieteten Zugmaschinen und eigenen Chassis) verstärkt beitragen.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft im Bereich Ansiedlungen wird es in 2013 sein, die beiden im Hafen begonnenen Ansiedlungsprojekte in der Umsetzung bis hin zur Betriebsaufnahme zu begleiten. Vor dem Hintergrund einer mittelfristig verbesserten Erlössituation der Gesellschaft vor allem im Bahnsektor wird die Gesellschaft weiterhin versuchen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gebietskörperschaften weitere Grundstücksflächen im engeren Hafenumfeld einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Damit soll auch ein Beitrag zur Entwicklung des Hafengebietes sowie des Wirtschaftsstandortes Halle (Saale) insgesamt geleistet werden.

Im investiven Bereich sind insbesondere Maßnahmen zur Erweiterung und Sicherung der Geschäfte im Bahn- und Container-Verkehr geplant. Neben dem Neubau des Gleisanschlusses für einen Neuansiedler im Hafen ist zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Betriebsabläufe auch der Ersatzneubau der technischen Sicherungsanlagen an den Bahnübergängen der Gleisanlage „Saalebahn“ geplant. Hier hoffen wir auf zeitnahen Abschluss der bereits seit Ende 2007 diskutierten Kreuzungsvereinbarungen mit der Stadt Halle (Saale).

Die zukünftige Ertrags- und Finanzlage des Hafens ist, neben politischen Entscheidungen zur Saaleschifffahrt, entscheidend davon abhängig, dass die Akquisitionsaktivitäten erfolgreich verlaufen, die für eine langfristig positive Entwicklung des Hafenbetriebs erforderlichen Investitionen realisiert werden sowie der Hafenbetrieb und die zur Ansiedlung hergerichteten Flächen signifikant besser ausgelastet sind.

Die Zahlungsfähigkeit und der Fortbestand der Gesellschaft sind auch zukünftig von der entsprechenden Unterstützung durch die Alleingeschafterin Stadtwerke Halle GmbH – im Wege des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags sowie der Einbindung in den Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH – abhängig.

Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	10.000		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	10.000	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Wasser, die Abwasserbeseitigung und die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Abfallentsorgung, die Abfallsortierung, die Reststoffverwertung, der Winterdienst, Reinigungsleistungen einschließlich der Gebäudereinigung sowie damit im Zusammenhang stehende Leistungen im Gebiet der Stadt Halle (Saale) und in anderen Gebietskörperschaften.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die der Erreichung oder Förderung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbereiche errichten, erwerben, oder pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Abwasserent- und die Wasserversorgung werden explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Vorsitzender	Lux, Matthias	
		Dr. Gaudig, Lutz	(bis 30.06.2012)
Aufsichtsrat	Vorsitzender	Misch, Werner	
	stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(bis 30.06.2012)
	stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	(seit 27.09.2012 stellv. Vorsitzende)
		Allner, Jürgen	
		Böcker, Udo	
		Dr. Köck, Uwe-Volkmar	

Aufsichtsrat

Hilbig, Stefan (seit 21.09.2012)

Hildebrandt, Roland

Krause, Johannes

Neumann, Wolfram

Raab, Katja

Sieber, Olaf

Weiland, Mathias

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	22	21	21

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Cives Dienste GmbH	25	100,00
Maya mare GmbH & Co. KG	1.278	12,50
WER-Wertstoffeffassung und Recycling Halle GmbH	153	60,00
W+H Wasser- und Haustechnik GmbH	26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	407.414	94	398.688	90	399.477	92	8.726	2
Umlaufvermögen	24.350	6	44.638	10	35.920	8	-20.288	-45
Rechnungsabgrenzungsposten	640	0	729	0	949	0	-89	-12

Bilanzsumme

432.404	100	444.055	100	436.346	100	-11.651	-3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	70.998	16	68.898	15	68.898	16	2.100	3
Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.308	2	7.666	2	8.023	2	-358	-5
Sonderposten für Investitions- und Baukostenzuschüsse	57.092	13	47.423	11	47.794	11	9.669	20
Rückstellungen	19.649	5	18.865	4	18.097	4	784	4
Verbindlichkeiten	267.062	62	292.036	66	285.448	65	-24.974	-9
Rechnungsabgrenzungsposten	10.295	2	9.167	2	8.086	2	1.128	12

Bilanzsumme

432.404	100	444.055	100	436.346	100	-11.651	-3
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	115.273	115.096	111.018
andere aktivierte Eigenleistungen	362	337	270
sonstige betriebliche Erträge	3.878	3.720	6.122
Materialaufwand	27.850	27.903	26.050
Personalaufwand	28.865	29.451	29.637
Abschreibungen	18.036	17.802	25.942
sonstige betriebliche Aufwendungen	24.328	23.165	21.868
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	73	353	365
Erträge aus Beteiligungen	9	24	26
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47	202	71
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.415	12.032	12.361
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.148	9.379	2.014
außerordentliche Erträge	176		
außerordentliche Aufwendungen	191	198	4.359
außerordentliches Ergebnis	-15	-198	-4.359
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			0
sonstige Steuern	112	114	138
Erträge aus Verlustübernahmen			2.483
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	9.021	9.067	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	7,83	7,88	-2,24	%
Eigenkapitalrentabilität:	12,71	13,16	-3,60	%
Cash-Flow:	27.058	26.869	23.458	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	192	184	177	T€
Personalaufwandsquote:	24,15	24,72	25,24	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,98	89,49	91,21	%
Eigenkapitalquote:	16,42	15,52	15,79	%
Fremdkapitalquote:	83,58	84,48	84,21	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Absatzmenge Schmutzwasser	9.526,00	9.523,00	9.323,00	Tm ³
Absatzmenge Trinkwasser gesamt	16.857,00	16.741,00	16.527,00	Tm ³
Abwassereinleitung Kläranlagen	14.654,00	17.528,00	19.339,00	Tm ³
Anzahl Einzelgebührenbescheide	6.313,00	6.723,00	6.747,00	Anzahl
Anzahl Gebührenbescheide	36.712,00	36.979,00	37.169,00	Anzahl
Entsorgungstonnagen	180.793,00	163.482,00	153.132,00	Mg
Gebäudereinigungsleistung	70.919.482,00	70.192.483,00	72.957.791,00	m ²
Hausanschlüsse	49.970,00	49.485,00	49.283,00	Anzahl
Stadtreinigungsleistung	342.980,00	350.538,00	310.968,26	km ²

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozentpunkte. Damit lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Veränderungen wesentlicher Verträge, Produkt- und Preisveränderungen, Kundenorientierung

Die Stadt Halle (Saale) und das Unternehmen unterzeichneten im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 die Verlängerung bzw. den Neuabschluss der drei wesentlichen **Verträge für die Abfallentsorgung, Straßenreinigung und den Winterdienst** für das Stadtgebiet. Die Verträge sichern die Dienstleistungserbringung über eine Laufzeit von jeweils 10 Jahren ab und sorgen damit für eine stabile Auftragslage des Unternehmens im Geschäftsfeld Entsorgung und Reinigung.

Das Land Sachsen-Anhalt hat 2012 ein **Wasserentnahmeentgelt** eingeführt, was zur Folge hatte, dass die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH Preisanpassung für Trinkwasser vornehmen musste. Bereits seit dem 01. Januar 2012 muss das Wasserentnahmeentgelt über den Vorlieferanten an das Land abgeführt werden. Das Unternehmen führte ab dem 01. Juli 2012 Preisanpassungen durch. Um das erste Halbjahr 2012 ausgleichen zu können, erhöht sich der Preis zwischenzeitlich ab dem 01. Juli 2012 um 10 Cent pro Kubikmeter (von 1,26 € / m³ (netto) auf 1,36 € / m³ (netto)), bezogen auf das gesamte Betrachtungsjahr entspricht dies nominal einer Erhöhung um 5 Cent für 1000 Liter. Dies entspricht der Höhe des Wasserentnahmeentgeltes.

Durch konsequente Kostensenkungsmaßnahmen und unter Berücksichtigung des Wasserentnahmeentgeltes kann das Unternehmen **Preissenkungen** ab dem 01. Januar 2013 durchführen. Für die Kunden in der Stadt Halle (Saale) und in den Mitgliedsgemeinden des Wasserzweckverbandes „Saalkreis“ kann der Mengenpreis für Trinkwasser gesenkt werden - zusätzlich für die Kunden in der Stadt Halle (Saale) der Schmutzwasserpreis. Die Preissenkung im Trinkwasser beträgt 6 Cent/m³ auf € 1,40 (brutto). Das Entgelt für die Einleitung von Schmutzwasser aus Haushalten, Kleingewerben und Industrie wird um 9 Cent auf 3,46 € / m³ (brutto) gesenkt. Ebenfalls gesenkt wird das Entgelt für die Einleitung von Schmutzwasser über eine Kleinkläranlage sowie die Einleitung sonstiger Wässer (Grund-, Drainage- oder Kühlwasser) um 3 Cent auf 2,44 € / m³ (brutto).

Im Jahr 2012 erfolgte durch die Stadt Halle (Saale) in Abstimmung mit dem Unternehmen die Überarbeitung der Abfallwirtschafts- und Abfallgebührensatzung für die Jahre 2013 und 2014. Die wesentlichste Änderung ist die Anpassung der Gebühr für die Restabfallentsorgung, welche zum 01. Januar 2013 wirksam wird. Trotz Optimierungsmaßnahmen konnten Kostensteigerungen, insbesondere bei der Abfallbehandlung und -verwertung, durch die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft nicht gänzlich kompensiert werden. Die Restmüllgebühr erhöht sich dadurch im Durchschnitt um 3,8 Prozent.

Zu den wichtigsten Zielen zählen in der HWS die Kundenorientierung und kontinuierliche Verbesserung, Optimierung des bestehenden Produkt- und Dienstleistungsportfolios sowie die Geschäftsfelderweiterung. In diesem Rahmen konnte im Geschäftsjahr 2012 die **Dienstleistung des Behälterwaschens** in größerem Umfang in umliegenden Ortschaften erbracht werden. Weiterhin konnten das bereits umfangreiche und etablierte Angebot an **Produkten des Hauptwertstoffmarktes** Äußere Hordorfer Straße **erweitert** werden.

Der **Altpapier-Sammelwettbewerb** für Schulen und Kindertagesstätten in der Stadt Halle (Saale) zur Erhaltung des Altpapiermengenstromes aus Halle (Saale) wird weiterhin aufgrund der positiven Resonanz fortgeführt.

Netze der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

In den Geschäftsfeldern Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung unterstützt die HWS weiterhin die Stadt Halle bei ihren **Ansiedlungsaktivitäten**, um zukünftig weitere Absatz- und Kundenpotenziale zu erschließen. So begann die HWS bereits 2011, schrittweise das Schmutzwasser- und Trinkwassernetz des städtischen, neu erschlossenen Industriegebietes an der Autobahn A 14 – „Star Park“ genannt - zu übernehmen.

Abfall-Logistik und –Behandlung, Reinigungslogistik

Das Pilotprojekt zum **Einsatz von Telematik im Unternehmensbereich Entsorgungsdienste** begann im September 2011 und wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 intensiviert und weiter ausgebaut. Neben dem Unternehmensbereich Entsorgungsdienste wurde erstmals auch der Unternehmensbereich Straßenreinigung in das Projekt integriert. Insgesamt sind mit Ablauf des Jahres 2012 14 Entsorgungsfahrzeuge, 8 Containerfahrzeuge, 1 Frontlader, 2 Sperrmüllfahrzeuge und 2 Kehrmaschinen mit sogenannten „Fleet Boards“ ausgestattet. Die Ziele, die das Unternehmen mit dem Einsatz dieser neuen Technik verbindet, sind u.a. die Reduzierung des Kraftstoffverbrauches, die Optimierung der Touren durch eine verbesserte Fahrzeugverfügbarkeit sowie mittelfristig die Reduzierung der Reparaturkosten. Die Auswertung der Ergebnisse 2012 war durchweg positiv. Zudem konnten neben weiteren Einspareffekten, auch Tourenoptimierungen sowie die Einsparung kompletter Touren in den Bereichen Entsorgungsdiensten und Straßenreinigung realisiert werden. Die permanente **Tourenoptimierung** in der Abfallsammlung und Logistik ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

Die Einführungsphase der Umweltzone in der Stadt Halle (Saale) endete mit Abschluss des Betrachtungsjahres zum 31. Dezember 2012. Ausgehend von dieser Tatsache richtete die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH die Neuanschaffungen im Fuhrpark weiter auf alternative Kraftstoffe und Antriebe, einhergehend mit der Reduzierung von Feinstaub- und CO₂-Emissionen im Straßenverkehr als auch im innerstädtischen Nahverkehr, aus.

Neben den bereits in den Vorjahren erworbenen 10 durch Erdgas angetriebenen Fahrzeugen sowie den 4 Fahrzeugen mit Elektroantrieb wurden im Jahr 2012 weitere 5 Erdgas angetriebene Fahrzeuge und 1 Fahrzeug mit Elektroantrieb erworben. Der im Vorjahr begonnene Einbau der **Partikelminderungssysteme** wurde im Betrachtungsjahr kontinuierlich fortgeführt.

Produktions- und Behandlungskapazitäten

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 stellte die HWS ihren Kunden Trinkwasser von unverändert sehr guter Qualität zur Verfügung. Insgesamt wurden 18.487 Tm³ Trinkwasser zur Versorgung bereitgestellt, davon 14.476 Tm³ im Versorgungsgebiet der Stadt Halle (Saale) und des Wasserzweckverbandes „Saalkreis“.

Im Jahr 2012 lag das **Wasseraufkommen** um 1,2 Prozent über dem Vorjahresniveau und somit 2,1 Prozent über den Erwartungen. Dazu trug unter anderem die stabile Entwicklung der Einwohnerzahlen in der Stadt Halle (Saale) und die wasserabsatzfördernde Witterung bei.

Die kontinuierlichen Bestrebungen des Unternehmens, **Wasserverlusten** z.B. durch gezielte gebietsweise Leckortungsmaßnahmen entgegenzuwirken, konnten im Jahr 2012 nicht zu einer Senkung beitragen. Aufgrund einer überdurchschnittlichen Anzahl von Rohrbrüchen zu Beginn des Jahres ist ein leichter Anstieg für das Betrachtungsjahr zu verzeichnen. Dies ist auf die extrem niedrigen Temperaturen im Februar 2012 zurückzuführen. Die Wasserverluste wurden für 2012 mit 8,8 Prozent ermittelt, was einer Steigerung von 0,4 Prozent zum Vorjahr entspricht. Als Wasserverlust wird dabei die volle Differenz zwischen eingekaufter und verkaufter Wassermenge betrachtet.

Die behandelte Abwassermenge auf der Kläranlage Nord betrug im Jahr 2012 insgesamt 17.017 Tm³ (davon 14.654 Tm³ Trockenwetterzufluss).

Im vergangenen Geschäftsjahr konnte die Auslastung der **Zählanlage** für Getränkeeinwegverpackungen im Vergleich zum Vorjahr weiter gesteigert werden. Die Anzahl der gezählten Gebinde im Jahr 2012 lag bei 49.500.000 (Vorjahr 35.300.000 Gebinde).

Optimierung der Beschaffung

Auch im Geschäftsjahr 2012 konnten alle zur Umsetzung vorgesehenen Investitionsmaßnahmen der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung nach Durchführung entsprechender Vergabeverfahren beauftragt werden. Dabei wurde das Ziel verwirklicht, durch die Nutzung des öffentlichen Wettbewerbs ein möglichst wirtschaftliches Vergabeergebnis zu erzielen. Das laufende Programm zur Stabilisierung der Wasserverluste auf niedrigem Niveau sichert gute Einkaufsbedingungen im Rahmen des **Wasserlieferungsvertrages** mit dem Vorlieferanten Fernwasserversorgung Elbaue - Ostharz GmbH.

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren des Unternehmens zählt ebenfalls eine **optimierte Beschaffung** von Verwertungs- und Behandlungskapazitäten bzw. diesbezüglicher Nachunternehmerleistungen für verschiedenen Abfallarten. Diese permanente Optimierungsaufgabe konnte auch im Geschäftsjahr 2012 erfolgreich umgesetzt werden. So gelang es im abgelaufenen Geschäftsjahr den Entsorgungsvertrag für Schadstoffe langfristig zu gleichbleibenden guten Konditionen abzusichern. Ebenso konnten bei allen wesentlichen Entsorgungs- und Beschaffungsverträgen konstante bzw. leicht verbesserte Preise vereinbart werden. In der Regel ist bei jeder Abfallart mehr als ein Nachunternehmer für das Unternehmen tätig. Dadurch ist es auch im Jahr 2012 gelungen, Abhängigkeiten von Nachunternehmern zu vermeiden.

Organisationsveränderungen

Auch das Jahr 2012 stand ganz im Zeichen der Umsetzung des langfristigen **Strategiekonzeptes „HWS 2020“**. Bereits 2011 wurden aus der Stufe 1 des Konzepts konkrete Maßnahmen abgeleitet und analysiert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden konsequent weitere Ideen und Maßnahmen in den Konzeptrahmen aufgenommen und im Zuge der Stufe 2 weiter bearbeitet. So wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 51 konkrete Maßnahmen bearbeitet, wovon 29 in die „Umsetzungsphase“ gebracht werden konnten. Ein Beispiel für eine solche erfolgreiche Umsetzung ist das Projekt „Zentrale Leitwarte“.

Hier hat die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH im Sinne einer internen **Straffung von Struktureinheiten** die ehemals 3 **Leitwarten** für Trinkwasser, Abwasser sowie der Kläranlagen an einem Standort zusammengefasst. Zusätzlich erfolgte im Zuge dieser Maßnahme eine Optimierung der Betriebsabläufe, wie etwa die Einführung einer versetzten 2. Schicht zur effizienteren Erledigung der anfallenden Störungen und die Bündelung von Aufgaben. Dies ermöglicht eine deutlich wirtschaftlichere Handlungsweise, ohne dabei Einschränkungen für den Kunden in Kauf nehmen zu müssen. So ist beispielsweise eine 24h-Erreichbarkeit der Leitwarte sowie die zeitnahe Abarbeitung der anfallenden Störungen weiterhin gegeben.

Ein weiteres Beispiel für die kontinuierliche Optimierung der internen Prozesse ist die Umsetzung eines neuen **Konzepts zur Kanalinspektion**. Alle Unternehmen der Branche stehen hier seit 2012 vor der Herausforderung, durch eine Änderung der Eigenüberwachungsverordnung einen deutlich erhöhten Aufwand für die Inspektion der Abwasser-Kanäle leisten zu müssen. Das Unternehmen reagierte darauf mit der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze in der Kanalbefahrung bei einer gleichzeitigen Reduzierung der Fremdleistungen. Zusätzlich wurden neue Technologien wie etwa die „Sehende Kanalreinigung“ eingeführt, durch die sowohl eine effizientere Erfassung relevanter Daten, als auch die teilweise Kombination der Arbeitsschritte Kanalinspektion und -spülung erwirkt werden kann. Auch dank einer konsequenten Zusammenführung der gesetzlichen Anforderungen mit den betrieblichen Notwendigkeiten (beispielsweise durch ein Berichtssystem und eine verbesserte Systematik der Inspektionsplanung) können die erhöhten gesetzlichen Anforderungen bei einer gleichzeitigen Kosteneinsparung erfüllt werden.

Im November 2011 begann das konzernweite Projekt **„Strategische Assetsteuerung“** an dem sich auch die HWS aktiv beteiligt. Im Rahmen dieses Projektes wird der Einsatz aller Betriebsmittel der gesamten Netzinfrastruktur (für die HWS die Trinkwasser- und Abwassernetze) aus der übergreifenden Sicht der SWH-Gruppe auf den Prüfstand gestellt, das Verbesserungspotenzial analysiert und Wege zur Umsetzung aufgezeigt.

Durch den Aufbau der strategischen Assetsteuerung wird die Grundlage für ein langfristig erfolgreiches Management der netztechnischen Anlagen der SWH-Gruppe gelegt. Durch die ganzheitliche Betrachtung von Kosten, Qualität, Risiko und die Optimierung des Zusammenspiels zwischen Technik, Vertrieb und Controlling können Prozesse besser vernetzt und operative Exzellenz geschaffen werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden folgende Schwerpunktthemen bearbeitet und erfolgreich abgeschlossen. Die Thematik „Verwaltung und Nutzbarmachung der Betriebs- und Anlagendaten in einem Datenbanksystem der SWH Gruppe“ ergab unter Berücksichtigung der derzeitigen Systemlandschaften und der zukünftigen Nutzungsansprüche der Sparten ein 2-Säulen-Konzept für die zukünftige Verwaltung und Nutzung von Betriebs- und Anlagendaten.

Ein weiterer Schwerpunkt, wie z.B. die „Abstimmung der mittelfristigen Investitionspläne in der SWH Gruppe“, wurde nach Analyse des IST-Zustandes und Darstellung der Zielstellungen fortlaufend mit festen Turnustermine installiert, um eine optimierte Abstimmung der Sparten in der Mittelfristplanung zu erreichen. Zur verbesserten Koordinierung der Mittelfristplanungen wurde die Einführung eines GIS-Projektes zur grafischen Darstellung aller mittelfristig geplanten Maßnahmen aller beteiligten Sparten realisiert. Die Verpflichtung der Sparten zum „Vorausschauenden Bauen“ soll zukünftig zu verringerten Baukosten / Umverlegungskosten führen. Diesem Grundsatz folgend, konnten bereits Projekte der HWS optimiert werden. Ein Beispiel dafür ist die Mitverlegung der Gasleitung im Abwasserprojekt Helmut-Just-Straße, wodurch ein Investitionskostenvorteil für beide Sparten erzielt werden soll.

Die im Jahr 2010 begonnene konzerninterne Zentralisierung des **Fuhrparkmanagements** wurde im Jahr 2012 durch die Einrichtung eines zentralen Fahrzeugschadenmanagements, Tankkartenverwaltung und –kontrolle sowie die Installation einer einheitlichen Prüfstelle für gesetzlich vorgeschriebene Untersuchungen im Unternehmen weiter ausgebaut. Durch den stetigen Ausbau der Eigenleistungen im Bereich Fahrzeuginstandhaltung und –setzung ist es gelungen, die Fremdleistungen deutlich zu reduzieren. Weitere Maßnahmen der Zentralisierung und Optimierung sind für das Folgejahr vorgesehen.

Personal

Das Unternehmen war im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 wie auch in den Vorjahren bemüht, dem erwarteten Fachkräftemangel vor allem in den produktiven / technischen Bereichen des Unternehmens entgegenzuwirken. Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Fachkräften aus den eigenen Reihen. Zum Jahresende 2012 waren **68 Auszubildende** bei der HWS beschäftigt, darunter 10 Studenten in einem dualen Studium. Die Ausbildung erfolgt in den Ausbildungsberufen Berufskraftfahrer/-in, Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Elektroniker/-in für Automatisierungstechnik, Anlagenmechaniker/-in, Kfz-Mechatroniker/-in, Chemielaborant/-in, Gebäudereiniger/-in, Bürokauffrau/-mann, Industriekauffrau/-mann sowie über duale Studiengänge.

Im Jahresdurchschnitt waren im Unternehmen 686 Mitarbeiter (Vorjahr 718) beschäftigt.

Die Holding Stadtwerke Halle hat im Jahr 2012 ein konzernübergreifendes Projekt „**TalentPool**“ gestartet, in dem Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine positionsunabhängige Qualifizierung und Kompetenzstärkung ermöglicht werden soll. Ziel ist es, Mitarbeiter für eine Fach-, Führungs- oder Projektlaufbahn in den Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe zu begeistern und sie auf diesem Weg zu begleiten und frühzeitig den Aspekt der Mitarbeiterbindung zu berücksichtigen. Das Entwicklungsprogramm spricht explizit Mitarbeiter aller Positionen im Unternehmen an, die bislang keine Führungs- oder Leitungsverantwortung übernehmen.

Im März 2012 startete die Bewerbungsphase. Im Oktober 2012 fand die finale Auswahlkonferenz im Auswahlgremium des Personalbereichs statt. Konzernweit haben 23 Mitarbeiter, davon **4** aus der **HWS** die Aufnahme in das Projekt „**TalentPool**“ geschafft.

Im Jahr 2010 begann zunächst ein unternehmensinternes umfangreiches und kontinuierliches Weiterbildungsprogramm **für Berufskraftfahrer** nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz (BKrFQG) für die logistikgeprägten Bereiche des Unternehmens. Dieses wurde auch im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere mit den Schwerpunkten auf eine wirtschaftliche Fahrweise und die geltenden Sozialvorschriften weiter ausgebaut. Im Jahr 2012 wurde erstmals begonnen, diese Weiterbildung in der Stadtwerke-Gruppe anzubieten. Es wurde bereits von einigen Konzernunternehmen ganz bzw. teilweise in Anspruch genommen.

Investitionstätigkeit

Die **Investitionen des Geschäftsjahres 2012** der HWS hatten einen Gesamtumfang von insgesamt T€ 21.009 (Vorjahr: T€ 16.908). Auf den Abwasserbereich entfielen dabei Investitionen von T€ 12.354 (Vorjahr: T€ 9.500) und auf den Trinkwasserbereich T€ 4.954 (Vorjahr: T€ 5.056). Darüber hinaus entfielen T€ 4.954 im Abwasser und T€ 967 im Trinkwasser auf unentgeltliche Übernahmen.

Investitionsschwerpunkte waren im Geschäftsjahr 2012 für die Sparten Wasser und Abwasser, neben der Mitwirkung an komplexen Straßenbaumaßnahmen wie zum Beispiel der Delitzscher und Beesener Straße, die Erschließungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost (Wertumfang ca. 6 Mio. €) sowie im Erschließungsgebiet an der A 14 und im Baugebiet Heide-Süd.

Folgende Projekte wurden zusätzlich im **Abwasserbereich** realisiert:

- die Weiterführung der abwassertechnischen Ersterschließung entsprechend Abwasserbeseitigungskonzeption (z.B. im Stadtteil Halle-Reideburg),
- die Sanierung von Kanalabschnitten in den Zustandsklassen mit umgehenden Handlungsbedarf beispielsweise der Sammelkanal in dem Bereich „Geistes- und Sozialwissenschaftliches Zentrum (GSZ)“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kanäle und Grundstücksanschlusskanäle in den Vereinsstraßen, in der Kefersteinstraße, in der Niemeyer / E.-Toller / K.-Eisner-Straße sowie in der Parkstraße,
- der Neubau eines Transportkanales DN 900 in der Helmut-Just-Straße im unterirdischen Vortrieb zur Verbesserung der hydraulischen Situation im Gesamteinzugsgebiet Bergschänkenweg / Gottfried-Keller-Straße in Umsetzung des Generalentwässerungsplanes,
- Ertüchtigung störanfälliger und überlasteter Anlagengruppen auf der Kläranlage Halle Nord (z.B. Überschussschlammendickung; Vorbereitung einer Anlage zur Kalkdosierung und eines zusätzlichen Schlammseichers).

Eine Studie zur Anpassung der Kläranlage durch Leistungssteigerung an einen seitens der Genehmigungsbehörde erwarteten, neuen Grenzwert für Stickstoff wurde erarbeitet.

Der Anschlussgrad an die zentrale Abwasserentsorgung beläuft sich nunmehr auf 99,53 % (Kanalnetz).

Im Bereich der **Trinkwasserinvestitionen** lagen die Schwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr, neben der Beteiligung an den bereits aufgeführten Komplexbaumaßnahmen, auf folgenden Projekten:

- Sanierung der Hauptversorgungsleitung in der Gütchenstraße mittels Einzug einer neuen Trinkwasserleitung DN 400 GGG in die vorhandene ca. 100 Jahre alte Graugussleitung DN 600,
- Maßnahmen zur Senkung des Rohrbruchgeschehens und zur Senkung von Wasserverlusten durch Ersatz von besonders schadenanfälligen Leitungen; z. B. in der Ludwigstraße und in der W.-v.-Kügelgenstraße,
- Erneuerung von störanfälligen Versorgungsleitungen mit dem Ziel einer Netzoptimierung beispielsweise in der Reilstraße / Fleischmannstraße und in der V. Vereinsstraße,
- Auswechslung der Pumpen und der technischen Ausrüstung im PW Halle Ost, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Energiebedarf zu senken.

Um Synergieeffekte zu erzielen, wurden Maßnahmen gemeinsam mit der Schwestergesellschaft EVH GmbH umgesetzt (Fuchsienweg, Irisweg sowie in der Merseburger Straße).

Die Investitionen des abgelaufenen Geschäftsjahres im Unternehmensbereich **Entsorgung / Sortierung / Reinigung** betragen T€ 3.103 (Vorjahr: T€ 1.870).

Wesentlichen Anteil hatte die Errichtung einer Anlage zur hydrothermalen Karbonisierung (HTC-Anlage) auf dem Gelände der Deponie Lochau.

Weitere Investitionen waren im Wesentlichen auf die Erhaltung der bestehenden Logistik und Behandlungskapazitäten ausgerichtet.

Wirtschaftliche Entwicklung

Umsatzerlöse und Aufwendungen

Von der HWS wurden im Jahr 2012 Umsatzerlöse von T€ 115.273 erwirtschaftet. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um T€ 178. Im Einzelnen entwickelten sich die Geschäftsfelder wie folgt:

Trinkwasserlieferung	T€ 33.303 (Vorjahr T€ 32.612)
Abwasserentsorgung	T€ 43.899 (Vorjahr T€ 40.937)
Abfallentsorgung/Reinigung	T€ 28.404 (Vorjahr T€ 28.641)
Sonstige Umsatzerlöse	T€ 9.667 (Vorjahr T€ 12.906)

Der Erlösanstieg in der Trinkwassersparte ist zum einen auf den Anstieg der Absatzmengen zurückzuführen. Zum anderen resultiert er aus einer Erhöhung des Mengenpreises für Trinkwasser um zehn Cent pro Kubikmeter, welche zum 01. Juli 2012 vorgenommen werden musste.

Der Erlösanstieg bei der Abwasserentsorgung 2012 im Vergleich zum Vorjahr 2011 resultiert vor allem aus einer Preiserhöhung im Bereich Schmutzwasser von 25 Cent pro Kubikmeter. Die Preise für Niederschlagswasser blieben im Berichtszeitraum konstant.

Der geringe Erlösrückgang im Geschäftsfeld Abfallentsorgung / Reinigung resultiert im Wesentlichen aus witterungsbedingt geringeren Straßenreinigungsleistungen sowie einem Rückgang an Leistungen für die Entsorgung von Siedlungsabfällen, da in diesem Bereich medizinische Abfälle nicht mehr durch die HWS entsorgt werden.

Bei den sonstigen Umsatzerlösen war ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr auf T€ 9.667 zu verzeichnen. Die Reduzierung ist im Wesentlichen auf verminderte Leistungen bei den Abwasser- und Deponiesickerwasserübernahmen von Dritten (hier war das Jahr 2011 durch witterungsbedingt außergewöhnlich hohe Mengen geprägt) sowie verminderte Erlöse aus der Personalüberlassung aufgrund des Personalübergangs von 21 Mitarbeitern zur ITC Halle GmbH zum 01.01.2012 zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 158 auf T€ 3.878 gestiegen. Hierbei stehen unter anderem gestiegene Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen gesunkenen Versicherungserträgen gegenüber.

Der Materialaufwand betrug T€ 27.850 und lag damit leicht unter Vorjahresniveau. Dabei stieg der Aufwand für Betriebsstoffe und bezogene Waren im Vergleich zum Vorjahr. Dem gestiegenen Aufwand für den Fremdwasserbezug konnte dabei durch Einsparungen bei anderen Betriebsstoffen (Strom, Chemikalien) nur teilweise entgegengewirkt werden. Der Aufwand für bezogene Leistungen wurde im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Hauptursache für diese Entwicklung ist der Rückgang der Transportaufwendungen für Deponiesickerwasser infolge eines mit den Umsatzerlösen korrespondierenden Mengenrückgangs.

Die Personalaufwendungen lagen mit T€ 28.865 unter dem Vorjahresniveau. Diverse Maßnahmen zur strategischen Personalentwicklung wurden zielgerichtet weitergeführt und spiegeln sich in gesunkenen Beschäftigtenzahlen sowie reduzierten Personalkosten wider.

Die Erhöhung der Abschreibungen um T€ 234 auf T€ 18.036 resultiert insbesondere aus der Vereinnahmung von Zuschüssen sowie der unentgeltlichen Übernahme von Anlagevermögen für Maßnahmen im Trink- und Abwasserbereich, aus der Erschließung des Gewerbegebietes an der A14.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von T€ 24.328 ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die im Geschäftsjahr in voller Höhe berücksichtigte Abwasserabgabe sowie Aufwendungen für Prozessrisiken zurückzuführen.

Infolge eines anhaltenden niedrigen Zinsniveaus, vorgenommenen Maßnahmen eines aktiven Zinsmanagement und durch den Einsatz von Eigenmitteln zur Finanzierung der Investitionen im Trinkwasser- und Entsorgungsbereich sind die Zinsaufwendungen gesunken.

Das außerordentliche Ergebnis lag mit T€ 15 um T€ 183 unter dem Vorjahr. Es betrifft Aufwendungen (Zuführung zu Rückstellungen) für den Sozialplan.

Ergebnis

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2012 von T€ 9.021 liegt deutlich über den Erwartungen. Das außerordentlich gute Ergebnis ist auf eine positive Geschäftsentwicklung und die Erfolge im Kostenmanagement zurückzuführen.

Wesentliche Bilanzpositionen

Die Bilanzsumme der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH nahm in Vergleich zum Vorjahr (T€ 444.055) um T€ 11.651 auf T€ 432.404 ab.

Eine Erhöhung um T€ 8.726 auf T€ 407.414 (Vorjahr: T€ 398.688) war im Anlagevermögen zu verzeichnen. Das entspricht einem Anstieg um 2%.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände als wesentliche Bestandteile des Umlaufvermögens lagen mit T€ 22.739 deutlich unter den Werten des Vorjahres (T€ 43.042). Diese Reduzierung resultiert vor allem aus der Minderung der Forderungen aus dem Cash-Pool.

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Geschäftsjahr 2012 aufgrund einer Einlage des Gesellschafters in die Kapitalrücklage um T€ 2.100 auf T€ 70.998. Dies ist ein bemerkenswerter Schritt zur nachhaltigen Entwicklung der Vermögenslage.

Die sonstigen Rückstellungen übersteigen den Vorjahreswert um T€ 751. Das entspricht einem Anstieg um 4%. Maßgeblich für den Anstieg waren Zuführungen für unterlassene Instandhaltungen und Sanierungen, Prozessrisiken sowie die Abwasserabgabe.

Die zur Finanzierung, insbesondere der Anlageinvestitionen, aufgenommen Darlehen bei Kreditinstituten reduzierten sich auf T€ 247.534 (Vorjahr T€ 273.632). Damit hat die Gesellschaft mit der veränderten Schwerpunktsetzung in der Finanz- und Entschuldungsstrategie ihre Finanzpolitik verstärkt auf den Abbau von Bankverbindlichkeiten und einen höheren Anteil an eigenfinanzierten Investitionen ausgerichtet.

Management

Herr Dr. Lutz Gaudig, technischer Geschäftsführer der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, schied zum 30. Juni 2012 aus dem Unternehmen aus.

Der Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH stimmte der Bestellung der neuen Prokuristen: Romy Kloß (Bereichsleiterin Technik, Wasser und Abwasser), Hans-Christian Neuber (Bereichsleiter Entsorgungsdienste) sowie Burkhardt Jänicke (Bereichsleiter Vertrieb) zum 01. Juli 2012 zu. Ebenfalls Zustimmung erfuhr die Erweiterung der bestehenden Prokura von Barbara Nebelung (Bereichsleiterin Finanz- und Rechnungswesen).

Mit Wirkung zum 01. Januar 2013 wurde Herr Jörg Schulze zum Geschäftsführer des Unternehmens berufen.

Qualitätsmanagement, Zertifizierungen

Neben der im Jahr 2012 absolvierten **Akkreditierung des Trinkwasserlabors** durch die DAkkS und der **Wiederholungszertifizierung des Zählzentrums** nach der Zertifizierungsrichtlinie der Deutschen Pfandsystem GmbH konnte wiederum die im September 2012 durchgeführte jährliche Zertifizierung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH - Unternehmensbereich Entsorgung - zum **Entsorgungsfachbetrieb** aufrecht erhalten werden. Das Überwachungsaudit zum **Qualitäts- und Umweltmanagement** für das Gesamtunternehmen konnte ebenfalls erfolgreich absolviert werden.

Forschung und Entwicklung

In der Gütchenstraße, der Adam-Kuckhoff-Straße sowie der Zinksgartenstraße wurde im vergangenen Jahr ein neues Verfahren der Rohrsanierung eingesetzt. In diesem Bauabschnitt fand eine Sanierung/Auswechslung der Trinkwasserleitung DN 600 statt. Diese Trinkwasserleitung wurde 1909 bis 1913 erbaut. Aufgrund der geänderten Versorgungssituation kann die geplante Trinkwasserleitung jetzt mit einem Mindestinnendurchmesser von 400 mm ausgeführt werden. Die Sanierung der Trinkwasserleitung erfolgt durch ein **Rohrreliningverfahren**. Hierbei werden Gussrohre über eine Baugrube in eine Altleitung eingezogen. Diese Maßnahme erfordert höchste Präzision und genaue Planung und ist ein Beitrag zur effizienten Sanierung des Versorgungsnetzes.

An dem im Jahre 2007 begonnenen langfristig angelegten Pilotprojekt „**Kurzumtriebsplantagen auf innerstädtischen Flächen**“ gab es auch 2012 vielseitiges Interesse. Das Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation (ISP) der Fachhochschule Erfurt erarbeitete beispielsweise einen Steckbrief als Referenzobjekt auf Grundlage der Daten zur Kurzumtriebsanlage der HWS.

Das Entwicklungsprojekt „**Integrierte Verwertungsanlage und Strategie für kommunale Biomasse – Hydrothermale Carbonisierung Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft**“ wurde weiter umgesetzt. Mit dem Projekt, welches 2012 begann, verfolgt die HWS gemeinsam mit dem Deutschen Biomasseforschungszentrum Leipzig (DBFZ) das Ziel, ein integriertes Verfahren zur gestuften energetischen Nutzung von Bioabfall und weiteren Biomassefraktionen zu konzipieren, aufzubauen und zu erproben und damit einen eigenständigen Beitrag zur effizienten Erschließung und Nutzung biogener Reststoffe zu leisten. Die Anlage zur hydrothermalen Carbonisierung befindet sich im Bau. Das Ziel ist eine Inbetriebnahme der Anlage Mitte 2013.

Erste Ergebnisse des Projektes wurden u.a. im „ForschungsReport: Ernährung – Landwirtschaft – Verbraucherschutz“ 2/2012 veröffentlicht.

Beteiligungsbereich

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der W+H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale). Die W+H realisiert die Bewirtschaftung der Wasserzähler und Wasserzählerstandrohre im Versorgungsgebiet der HWS. Des Weiteren gehören Installationsleistungen, Instandhaltungsleistungen, Serviceleistungen im Fernwärmenetz sowie die Errichtung von Hausanschlüssen zum Leistungsspektrum der W+H.

Die HWS hält 100 % der Geschäftsanteile an der Cives Dienste GmbH (Cives), Halle (Saale). Die Cives erbringt für die HWS Dienstleistungen im Bereich der Gebäudereinigung sowie Logistikdienstleistungen und trägt damit langfristig zur Herstellung und Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in diesem Geschäftsfeld bei.

Weiterhin hält die HWS 60 % der Geschäftsanteile der Wertstofffassung und Recycling GmbH (WER), Halle (Saale). Die WER erbringt Entsorgungsleistungen u.a. im Bereich der Altglaserfassung, -sammlung und -verwertung.

Darüber hinaus hält die HWS 12,5 % der Geschäftsanteile an der Maya mare GmbH & Co. KG. Hauptgesellschafter ist die Muttergesellschaft Stadtwerke Halle GmbH.

Risikomanagement, Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem der HWS benennt für das Jahr 2012 keine den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken.

Branchen- und Unternehmensausblick

Für das kommende Geschäftsjahr 2013 erwartet die HWS eine Gesamtleistung von 118,5 Mio. € und einen Jahresüberschuss von 9,3 Mio. € vor Ergebnisabführung. Die HWS strebt einen Personalbestand von 593 Mitarbeitern auf Vollzeitbasis an. Die Investitionen wurden in Höhe von 18,0 Mio. € geplant. Dieses Investitionsvolumen beinhaltet jahresübergreifende Projekte aus dem Investitionsplan 2012 in Höhe von 1,9 Mio. €, die in 2013 abgeschlossen werden.

Die HWS verfolgt mit ihrer Arbeit das Hauptziel, die wesentlichen Dienstleistungen Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung für den Konzessions- und Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale), Gebietskörperschaften im Umland und private und gewerbliche Auftraggeber nachhaltig und langfristig anzubieten und zu erbringen.

Auch im Geschäftsjahr 2013 ist ein konsequentes Kostenmanagement Grundvoraussetzung dafür, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens, trotz des Umstandes einer langfristig rückläufigen Bevölkerungszahl im Marktgebiet und eines durch sparsames Verbrauchsverhalten erzeugten, langfristig rückläufigen Bedarfs an Trinkwasser und Aufkommens an Abwasser und Abfall, auf dem Niveau der Vergangenheit zu halten.

Im Geschäftsbereich der Trinkwasserversorgung setzt das Unternehmen für die Jahre 2013 und 2014 eine Mengenpreissenkung um. Der Trinkwasserpreis im gesamten Versorgungsgebiet wird um 6 Cent/m³ auf € 1,40 (brutto) gesenkt. Im Mengenpreis für Trinkwasser ist das Wasserentnahmeentgelt, welches vom Land Sachsen-Anhalt erhoben wird, enthalten.

Im Geschäftsfeld Abwasserentsorgung kann das Unternehmen ab dem 01. Januar 2013 für die Einleitung von Schmutzwasser aus Haushalten, Kleingewerben und Industrie eine Preissenkung um 9 Cent auf 3,46 € / m³ (brutto) an seine Kunden weitergeben.

Das Entgelt für die Einleitung von Schmutzwasser über eine Kleinkläranlage sowie die Einleitung sonstiger Wässer (Grund-, Drainage- oder Kühlwasser) sinkt um 3 Cent auf 2,44 € / m³ (brutto).

Die Preissenkungen, die gegen den Trend in der Region vorgenommen werden können, sind Ergebnis des bisher erfolgreichen Kostenmanagement.

Der Preis für die Einleitung von Niederschlagswasser bleibt konstant bei 1,44 € / m³ (brutto).

Der Markt für Abfallentsorgungsleistungen wird weiterhin von konjunkturell schwankenden Wertstoff- und Entsorgungspreisen geprägt. Nachdem Bundestag und Bundesrat das Kreislaufwirtschaftsgesetz am 9. und 10. Februar 2012 einstimmig verabschiedet haben, ist das Gesetz am 29. Februar 2012 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S.212) verkündet worden. Das Gesetz trat am 01. Juni 2012 in Kraft. Ziel des neuen Gesetzes ist eine nachhaltige Verbesserung des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Ressourceneffizienz in der Abfallwirtschaft durch Stärkung der Abfallvermeidung und des Recyclings von Abfällen. Daraus ergeben sich für das Unternehmen neue Herausforderungen. Dies betrifft insbesondere die gesetzlich geforderte Erfassung von Wertstoffen (Wertstofftonne). Derzeit stehen jedoch Regelungen zur Zuständigkeit der Wertstoffeffassung noch aus. Es wird erwartet, dass eine entsprechende Regelung in einer gesonderten Verordnung oder einem Gesetz erlassen wird. Derzeit werden dazu kontroverse Diskussionen zwischen den beteiligten Akteuren (u.a. private und kommunale Verbände sowie dem Umweltministerium) geführt. Die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH hat in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt der Stadt (Halle) ein Konzept zur Umsetzung der gesetzlichen Forderungen erarbeitet und positioniert sich klar für eine Verantwortung der Erfassung von kommunalen Wertstoffen in kommunaler Hand.

Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	150	50,00
VNG Verbundnetz Gas AG	150	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und die Erweiterung des bestehenden Heizkraftwerks Halle-Trotha, dessen Betrieb und der Betrieb von weiteren Heizkraftwerken sowie die Vornahme aller diesem Unternehmensgegenstand dienlichen unmittelbaren oder mittelbaren Geschäfte.
- (2) Die Gesellschaft wird nach erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beachtung der anwendbaren Rechtsvorschriften, der technischen und sozialen Standards, der Belange des Umweltschutzes und des Gebotes einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung betrieben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck dieses Unternehmens findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Kaufmännische Geschäftsführung Dr. Krein, Stephan

Technische Geschäftsführung Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen
Umlaufvermögen
Rechnungsabgrenzungsposten

2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
27.129	78	22.448	62	9.981	22	4.681	21
7.499	22	13.667	38	36.352	78	-6.168	-45
74	0					74	

Bilanzsumme

34.702	100	36.115	100	46.333	100	-1.413	-4
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

Passiva

Eigenkapital
Rückstellungen
Verbindlichkeiten

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
763	2	10.338	29	11.904	26	-9.575	-93
2.649	8	5.088	14	8.815	19	-2.439	-48
31.290	90	20.689	57	25.614	55	10.601	51

Bilanzsumme

34.702	100	36.115	100	46.333	100	-1.413	-4
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

Umsatzerlöse
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen
sonstige betriebliche Erträge
Materialaufwand
Personalaufwand
Abschreibungen
sonstige betriebliche Aufwendungen
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
sonstige Steuern
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag
Bilanzgewinn/Bilanzverlust

2012	2011	2010
T€	T€	T€
66.893	59.494	69.307
-2	1	
3.396	4.882	7.903
75.365	60.432	63.549
14	7	10
460	460	1.103
3.569	4.541	6.789
0	40	18
435	185	85
-9.556	-1.208	5.692
-82		1.523
101	74	57
-9.575	-1.282	4.112
-9.575	-1.282	4.112

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-14,31	-2,15	5,93	%
Eigenkapitalrentabilität:	-92,62	-11,03	52,78	%
Cash-Flow:	-9.115	-822	5.216	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,02	0,01	0,01	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,18	62,16	21,54	%
Eigenkapitalquote:	2,20	28,63	25,69	%
Fremdkapitalquote:	97,80	71,37	74,31	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Absatz Fernwärme	671,00	652,00	736,00	GWh
Absatz Strom	625,00	558,00	663,00	GWh

e) Lagebericht

1. Rahmenbedingungen und Geschäft

1.1. Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: 4,0 Prozent, 2011: 3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

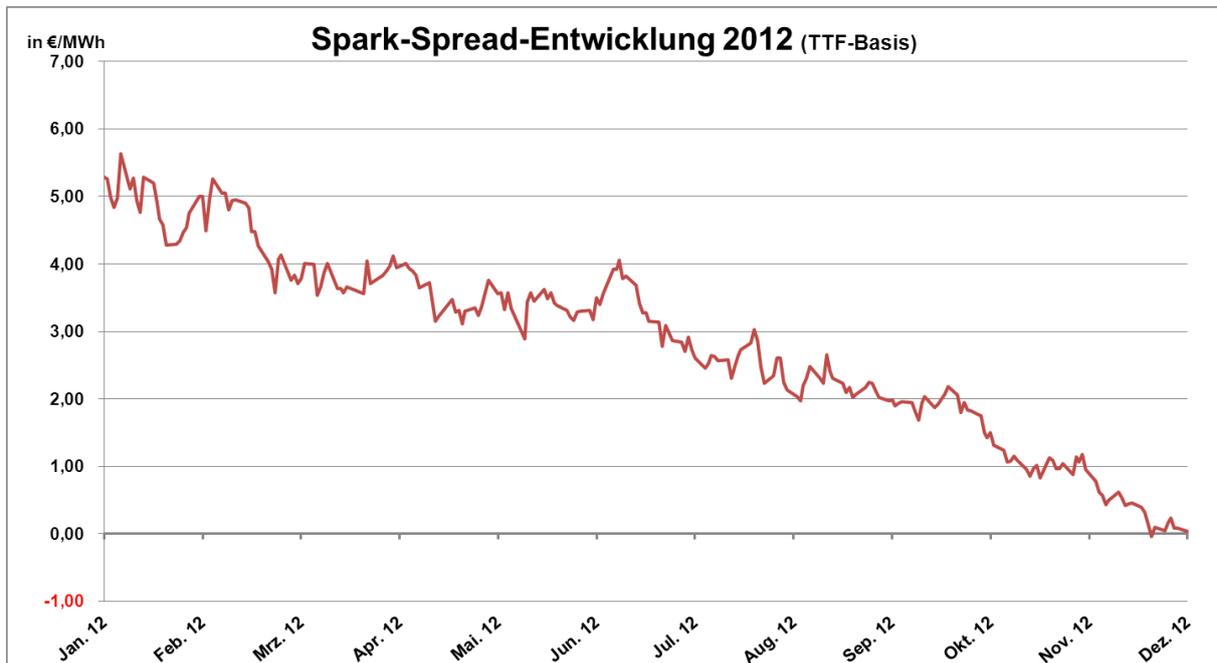
Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

1.2. Geschäft

Mit dem Start der Energiewende im Geschäftsjahr 2011 verfolgt die Bundesregierung in der Zukunft eine atomstromfreie Stromversorgung in Deutschland. Dies bedeutet gleichzeitig einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Hierzu braucht Deutschland konventionelle Kraftwerke als sogenannte Brückentechnologie. Jedoch fehlt seitens der Bundesregierung ein klares Bekenntnis zu einem fossilen Energieträger. Als fossile Brennstoffe kommen hauptsächlich Kohle und Gas in Frage. Während Kohlekraftwerke aufgerüstet werden müssen, damit ihr Wirkungsgrad steigt, werden vor allem Gaskraftwerke durch ihre hohe Flexibilität interessant. Ebenso gelten sie selbst unter Umweltschützern als ideale Brückentechnologie, da beim Verbrennen von Gas weniger Kohlendioxid frei wird als bei der Kohleverstromung. Die Realität sieht allerdings anders aus, zum einen fehlt ein Konzept zur Eingliederung von Strom aus erneuerbaren Energien und zum anderen werden Atom- und Kohlekraftwerke weiterbetrieben. Aus technischen Gründen ist bei diesen so genannten Grundlastkraftwerken ein schnelles Ab- und Anfahren nicht möglich. Aus diesem Grund werden Wind- und Solaranlagen in den Spitzenzeiten abgeregelt. Somit ergeben sich für Spitzenlastkraftwerke nur eingeschränkte Einsatzmöglichkeiten.

Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung an den Strom- und Gasmärkten sowie den Auswirkungen der Energiewende befindet sich die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH in einem schwierigen Umfeld. Wie sich bereits im Jahr 2011 abzeichnete, ließen die Marktpreise für Strom und Erdgas eine wirtschaftliche Stromproduktion in den Gas- und Dampfturbinenkraftwerken für das Geschäftsjahr 2012 nur bedingt zu. Aufgrund des subventionierten und forcierten Ausbaus der erneuerbaren Energien kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 zu Überkapazitäten am Strommarkt. Folglich entwickelte sich der Base-Strompreis von anfänglich 54 Euro pro Megawattstunde auf 45 Euro pro Megawattstunde zum Ende des Jahres 2012. Überdies setzte der Gaspreis seine Seitwärtsbewegung aus dem Jahr 2011 fort und bewegte sich zwischen 25 Euro pro Megawattstunde und 28 Euro pro Megawattstunde im abgelaufenen Geschäftsjahr. Die kritische Entwicklung des Spark-Spreads (Marge der Stromerzeugung) verdeutlicht die Problematik für die Produktion von Strom in Gas- und Dampfturbinenkraftwerken.



Quelle: Eigene Darstellung

Der Deutsche Bundestag verabschiedete im Mai 2012 die Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, welches am 19. Juli 2012 in Kraft trat. Für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ergaben sich durch das neue Gesetz wesentliche Änderungen. Zum einen erhöhten sich die Zuschlagssätze für Anlagen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes in Dauerbetrieb genommen werden für den Leistungsanteil bis 50 Kilowatt auf 5,41 Cent pro Kilowattstunde, für den Leistungsanteil zwischen 50 und 250 Kilowatt auf 4 Cent pro Kilowattstunde, für den Leistungsanteil von 250 Kilowatt bis 2 Megawatt auf 2,4 Cent pro Kilowattstunde und für den Leistungsanteil über 2 Megawatt auf 1,8 Cent pro Kilowattstunde. Zum anderen erhöht sich ab dem 1. Januar 2013 der Zuschlag für KWK-Anlagen im Anwendungsbereich des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, die ab diesem Datum in Dauerbetrieb genommen worden sind, um weitere 0,3 Cent pro Kilowattstunde. Für die modernisierte Anlage am Standort Halle-Trotha erfolgte die Anmeldung zur Dauerinbetriebnahme nach Abschluss der Montagearbeiten und des Probetriebs zum 30. Januar 2013.

Die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und ONTRAS – VNG Gastransport GmbH schlossen am 6. Mai 2012 einen Netzanschlusspunktvertrag für den Standort Dieselstraße ab. Dieser Vertrag regelt die Nutzung des kommerziellen Netzanschlusspunktes sowie die technische Bereitstellung bzw. Übernahme der Gasmengen zwischen den Vertragsparteien. Für den Netzanschlusspunkt Halle-Trotha unterzeichneten die Vertragsparteien den Netzanschlusspunktvertrag am 7. Mai 2012 zu gleichen Vertragsbedingungen.

Mit der MTU Friedrichshafen GmbH wurde am 8. Mai 2012 ein Instandhaltungsvertrag durch die Geschäftsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH abgeschlossen. Der Vertrag beinhaltet die Wartungs-, Inspektions-, Instandsetzungs- und Verbesserungsmaßnahmen der Gasturbinenanlage im Heizkraftwerk Halle-Trotha.

Die Gesellschafter VNG - Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft und die Stadtwerke Halle GmbH verständigten sich am 22. Mai 2012 auf die Änderung des bestehenden Konsortialvertrags vom 16. März 2010. Die Vertragsparteien vereinbarten die Abschaffung des Konsortialausschusses.

Am 9. Juni 2012 wurde mit der Energieunion GmbH eine Neufassung des Vertrages über die Portfoliobewirtschaftung geschlossen, welche Rechte und Pflichten beider Partner sowie Vereinbarungen bei der Abwicklung von Handelsgeschäften beinhaltet. Als 3. Anlage zu diesem Vertrag unterschrieben die Vertragsparteien am 22. Juni 2012 ein Risikodokument zur Portfoliobewirtschaftung.

Der Dienstleistungsvertrag zwischen der EVH GmbH und der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH vom 13. Oktober 2010 wurde am 9. Juni 2012 um einen 1. Nachtrag erweitert. Dieser regelt die relevanten Daten für das Bilanzkreis- und Fahrplanmanagement Strom, den Terminhandel mit Emissionszertifikaten sowie die Bewirtschaftung des Gaslieferungsvertrages für die Anlage am Standort Halle-Trotha.

Verursacht durch das schwierige Marktumfeld sowie durch die nicht vereinnahmte KWK-Förderung aufgrund der erst im Jahr 2013 erfolgten Dauerinbetriebnahme der modernisierten Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Halle-Trotha hat sich die Liquiditätslage der Gesellschaft im vierten Quartal verschlechtert. Die Geschäftsführung hat den Gesellschaftern verschiedene Maßnahmen für die kurz- und langfristige Verbesserung der Liquiditätslage vorgeschlagen.

Die Gas- und Dampfturbinenanlage des Kraftwerks Dieselstraße war auch in diesem Geschäftsjahr Pachtgegenstand der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH. Die Gesellschafter vereinbarten am 17. Dezember 2012 die Aufhebung des Pachtvertrages mit Wirkung zum 1. Januar 2013. Der Pachtvertrag und alle das Pachtverhältnis flankierenden Verträge wurden demgemäß am 29. Januar 2013 durch die Geschäftsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH und EVH GmbH beendet.

1.3. Projekt Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha

Die Gesellschaft investiert seit dem 16. März 2010 in den Kraftwerkstandort Halle-Trotha. Kernstück der modernisierten Anlage ist die neue Gasturbine LM6000-PF aus dem Hause General Electric. Erneuert wurden auch der dazugehörige Generator, das Getriebe und die Ölversorgung. Des Weiteren erfolgte die Ertüchtigung der inneren Leittechnik und für die Erhöhung der Automatisierung wurden einzelne Komponenten der Feldtechnik erneuert. Die durchgeführte Revision der vorhandenen Dampfturbinenanlage ergab keine gravierenden Mängel. Lediglich ein modernes Steuersystem für die Turbinenregelung und den Turbinenschutz wurde installiert. Am 19. Januar 2012 erfolgte erstmalig die Zündung der Gasturbine. Die Modernisierungsmaßnahmen sind im Wesentlichen abgeschlossen. Jedoch konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 die volle Leistungsfähigkeit erst im Dezember, nach umfangreichen Modifizierungen an der Niederdruckdampfturbine, erreicht werden. Der Antrag auf Zulassung einer hocheffizienten modernisierten KWK-Anlage wurde dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle am 17. Dezember 2012 übermittelt. Die Dauerinbetriebnahme erfolgte im Januar 2013. Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt 23,5 Millionen Euro.

1.4. Produktionsstandorte

Die Gesellschaft produzierte im abgelaufenen Geschäftsjahr 671 GWh Fernwärme. Die Steigerung von 19 GWh im Vergleich zum Vorjahr resultierte aus der Produktion von Wärme am Standort Halle-Trotha.

Im Berichtszeitraum erzeugte das Unternehmen im umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess 625 GWh Strom und lag damit 67 GWh über dem Vorjahresniveau. Die Abweichung zum Vorjahr hatte ihre Ursache in der Stromproduktion der Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Halle-Trotha.

1.4.1. Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße

Im Geschäftsjahr 2012 produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße vorwiegend im Grundlastbetrieb Strom und Fernwärme. In den Sommermonaten waren beide Blöcke außer Betrieb. Während im Block A die planmäßige Grundüberholung des Gasgenerators erfolgte, stand der Block B im Reservefall zur Verfügung.

Insgesamt produzierte die Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Dieselstraße 353 GWh Strom und 409 GWh Wärme. Der Gaseinsatz lag hierfür bei 956 GWh. Daraus ergab sich ein Gesamtbrennstoffnutzungsgrad von 89,4 Prozent. Er lag somit über dem Vorjahreswert von 87,7 Prozent.

1.4.2. Heizkraftwerk Halle-Trotha

Die im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 im Probetrieb produzierte Wärmemenge belief sich auf 262 GWh. Davon entfielen 46 GWh auf die Spitzenkesselanlage und 216 GWh auf die modernisierte Gas- und Dampfturbinenanlage. Demgegenüber erzeugte die Anlage im Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess 272 GWh Strom. Hierfür verbrannte die Gas- und Dampfturbinenanlage 674 GWh an Brennstoff. Der Gesamtwirkungsgrad für die modernisierte Anlage lag bei 80,1 Prozent.

2. Ertragslage

2.1. Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Der Jahresfehlbetrag beläuft sich für das Geschäftsjahr 2012 auf 9,6 Millionen Euro.

2.2. Umsatz/Erträge

2.2.1. Fernwärme

Die Umsatzerlöse im Segment Fernwärme betragen 27,7 Millionen Euro und wurden ausschließlich mit dem Kunden EVH GmbH erzielt. Im Vergleich zum Vorjahr (26,7 Millionen Euro) war dies ein Anstieg von 0,9 Millionen Euro.

2.2.2. Strom

Im Geschäftsjahr 2012 erzielte die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH aus dem Stromverkauf 34,6 Millionen Euro. Dies waren 8,0 Millionen Euro mehr als im Vorjahr (26,6 Millionen Euro). Die höheren Umsatzerlöse Strom sind auf die Inbetriebnahme der Anlage am Standort Halle-Trotha zurückzuführen.

2.2.3. Sonstige Umsatzerlöse

Die sonstigen Umsatzerlöse betrafen Erlöse aus vermiedener Netznutzung. Mit 4,6 Millionen Euro wurde der Vorjahreswert um 1,5 Millionen Euro unterschritten. Zum einen lag die Vergütung aus der vermiedenen Netznutzung für die Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße um 2,2 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert von 6,1 Millionen Euro. Zum anderen enthielt die Position Erlöse aus der vermiedenen Netznutzung für die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha in Höhe von 0,7 Millionen Euro.

2.2.4. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Millionen Euro auf 3,4 Millionen Euro gesunken. Die Ursachen hierfür waren die Auflösung von Rückstellungen für Emissionsberechtigungen und Schadensersatzstattung aus Sachversicherung im Jahr 2011. Für das Geschäftsjahr 2012 enthielt die Position Erträge aus der Fixkostenbeteiligung, Erträge aus dem Verkauf von Emissionsberechtigungen und die Auflösung von Rückstellungen aus unterlassener Instandhaltung.

2.3. Bezug/Aufwendungen

In den Gas- und Dampfturbinenanlagen Halle-Trotha und Dieselstraße sowie in der Spitzenkesselanlage Halle-Trotha wurden für die Strom- und Fernwärmeerzeugung insgesamt 1.630 GWh Erdgas verbraucht. Dafür musste das Unternehmen 55,9 Millionen Euro aufwenden.

2.3.1. Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen lagen nahezu auf dem Vorjahresniveau und betrugen 16,2 Millionen Euro nach 17,0 Millionen Euro im Vorjahr. Im Einzelnen beinhaltet die Position die Pacht (5,6 Millionen Euro), die Dienstleistung (8,3 Millionen Euro) und das Entgelt für die Reservenetzkapazität (0,5 Millionen Euro) der Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße sowie die Dienstleistung (1,8 Millionen Euro) für den Betrieb der Anlage am Standort Trotha.

2.3.2. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 3,6 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert von 4,5 Millionen Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Instandhaltungsmaßnahmen und Versicherungen. Des Weiteren ergaben sich Aufwendungen aus dem Verbrauch und der Abschreibung von CO₂-Emissionszertifikaten sowie Aufwendungen aus der Pflicht zur Entrichtung des Wasserentnahmeentgelts.

2.4. Personal- und Sozialbereich

Die technische und kaufmännische Betriebsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH erfolgt durch die EVH GmbH. Lediglich ein Mitarbeiter hat ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis mit der Gesellschaft.

3. Finanzlage

Das negative Finanzergebnis der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH belief sich auf 0,4 Millionen Euro. Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Den Finanzbedarf für die Modernisierung des Heizkraftwerks Halle-Trotha sichert die Gesellschaft durch Darlehen ab. Ergänzend wird hierzu auf den Nachtrags- und Prognosebericht unter Punkt 6 verwiesen.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme belief sich zum 31. Dezember 2012 auf 34,7 Millionen Euro und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Millionen Euro verringert.

Die Entwicklung der Aktiva ist auf verschiedene und teilweise gegenläufige Effekte zurückzuführen. Zum einen erhöhte sich das Anlagevermögen um 4,7 Millionen Euro auf nunmehr 27,1 Millionen Euro und bildet somit die größte Position auf der Aktivseite. Zum anderen verringerte sich das Umlaufvermögen von 13,7 Millionen Euro auf 10,6 Millionen Euro.

Im Geschäftsjahr 2012 investierte die Gesellschaft 5,1 Millionen Euro in das Anlagevermögen. Die Vorräte dagegen verzeichneten einen Wertverlust von 0,8 Millionen Euro und beinhalten die CO₂-Emissionszertifikate (0,2 Millionen Euro) und den Lagerbestand (0,6 Millionen Euro). Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beliefen sich auf 6,7 Millionen Euro und lagen somit 5,3 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert. Die liquiden Mittel blieben nahezu unverändert.

Auf der Passivseite war der Anstieg der Bilanzsumme im Wesentlichen auf die höheren Verbindlichkeiten zurückzuführen, bei gegenläufiger Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen.

Der Rückgang des Eigenkapitals in Höhe von 9,6 Millionen Euro auf 0,8 Millionen Euro resultiert aus dem Jahresverlust 2012. Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Millionen Euro auf 2,6 Millionen Euro verringert. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich insgesamt um 10,6 Millionen Euro.

Des Weiteren wird auch hier auf den Nachtrags- und Prognosebericht unter Punkt 6 verwiesen.

5. Risikobericht

Mit der eingeführten Weisung zum Risikomanagement für die Portfoliobewirtschaftung und der Marktpreisentwicklungen betreibt die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH ein kontinuierliches Chancen- und Risikomanagement für das Heizkraftwerk am Standort Halle-Trotha. Im Rahmen des Risikodokuments tätigt die Energieunion GmbH als Portfoliomanager Geschäfte, um den geplanten Deckungsbeitrag des Heizkraftwerks Halle-Trotha abzusichern.

Ab dem Geschäftsjahr 2013 ist unter den derzeitigen Marktpreisbedingungen eine wirtschaftliche Produktion von Strom in der Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Halle-Trotha nur bedingt möglich. Die unter Punkt 1.2 erläuterte Marktpreissituation setzt sich auch für die Folgejahre fort.

Im Rahmen eines umfassenden Fortführungskonzeptes haben sich die Gesellschafter am 26./27. März 2013 auf Maßnahmen verständigt, die insbesondere die Liquiditätssicherung des Unternehmens gewährleisten soll. Mit den Gesellschaftern wurden Rangrücktrittsvereinbarungen von jeweils 4 Millionen Euro abgeschlossen, die die Stundung von Gasrechnungen der VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft sowie des durch die Stadtwerke Halle GmbH zur Verfügung gestellten Cash-Pool-Kredits auf unbestimmte Zeit zum Inhalt haben.

Darüber hinaus gewährt die VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft auf Grundlage neuer Gaslieferverträge Rabatte für die Lieferjahre 2013 und 2014. Ab dem Lieferjahr 2014 entfällt die Abnahmeverpflichtung für ölgebundenes Gas vollständig.

Der Dienstleistungsvertrag mit der EVH GmbH wurde dahingehend angepasst, dass sich das Entgelt für die technische Dienstleistung reduziert. Die EVH GmbH verzichtet darüber hinaus für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 auf die vollständige Preisanpassungsmöglichkeit des Wärmelieferungsvertrags.

Weitere Ertragspotentiale sollen durch eine Produktionsverlagerung von der Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße der EVH zur Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort Halle-Trotha durch den in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Strom gehoben werden.

Aufgrund dieser Maßnahmen ist eine gesicherte Fortführung der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 gegeben. Vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen Marktentwicklung bestehen für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH als konventioneller Energieerzeuger für die Geschäftsjahre ab 2015 weitere Unwägbarkeiten.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt beschloss im Geschäftsjahr 2011 die Einführung des Wasserentnahmeentgeltes ab dem Jahr 2012. Laut Bescheid ergibt sich für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH daraus ein jährlicher Aufwand in Höhe von 1,6 Millionen Euro bzw. eine zulässige Jahresmenge von 163 Millionen Kubikmetern. Am 18. Oktober 2012 beantragte die Geschäftsführung aufgrund der wirtschaftlichen Lage den Erlass des Wasserentnahmeentgeltes beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt. Ein Bescheid seitens der zuständigen Behörde steht noch aus. Darüber hinaus wurde der Antrag auf Ermäßigung des Wasserentnahmeentgeltes auf Grundlage des tatsächlichen Verbrauchs am 6. März 2013 gestellt. Das Risiko einer Nichtanerkennung des Antrages auf Ermäßigung des Wasserentnahmeentgeltes schätzt die Geschäftsführung als gering ein.

Die Diskussion der Politik und der Bundesnetzagentur über die Neureglung der Preisgestaltung für die Entgelte aus vermiedener Netznutzung bleibt bestehen. Ab dem Jahr 2014 besteht für die KWT ein jährliches Risiko aus der Entgeltverminderung von rund 1,2 Millionen Euro, was einer Halbierung der geplanten Entgelte für vermiedene Netznutzung gleichkommt.

Mit dem 1. Januar 2013 begann für den europäischen Emissionshandel die dritte Handelsperiode, die bis zum Jahr 2020 andauern wird. Demzufolge wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen mehr geben. Für die Wärmeerzeugung wird es weiterhin anteilig kostenfreie Zuteilungen geben, die anhand des § 9 Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes bereits im Januar 2012 beantragt wurden. Für die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH besteht somit die Notwendigkeit der Ersteigerung von Emissionsberechtigungen für die Strom- und Wärmeproduktion.

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass der Netzbetreiber auf der Grundlage von § 11 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes eine vorübergehende Reduzierung der Einspeiseleistung verlangen kann.

Für die Gesellschaft besteht für das Geschäftsjahr 2013 das Risiko einer verminderten Vergütung aus dem Leistungsentgelt der vermiedenen Netznutzung. Maßgeblich für die Ermittlung des Leistungspreisanteils nach dem zur Anwendung kommenden Spitzenlastverfahren ist die zum Zeitpunkt der Netzhöchstlast tatsächlich eingespeiste Leistung. Falls die Anlage Halle-Trotha zum Zeitpunkt der Netzhöchstlast nicht in das Netz einspeist, besteht die Möglichkeit der Abrechnung nach dem verstetigten Verfahren. Für das verstetigte Verfahren sind die mittlere Jahreseinspeiseleistung der jeweiligen Netzebene sowie der Normierungsfaktor ausschlaggebend. Das Risiko für die Anlage am Standort Halle-Trotha beläuft sich aus heutiger Sicht auf rund 1,5 Millionen Euro. Die Eintrittswahrscheinlichkeit wird aufgrund der geplanten Fahrweise und somit der geplanten Abrechnung nach dem Spitzenlastverfahren als gering eingeschätzt.

6. Nachtrags- und Prognosebericht

Die Teilnehmer des Risikokomitees erarbeiteten am 21. Januar 2013 die Vermarktungsstrategie für die Anlage Halle-Trotha, nach der die geplante Stromerzeugung für das erste Quartal 2013 vorbörslich zu 50 Prozent abgesichert wird. Die Restmengen werden über den Spotmarkt durch den Portfoliomanager veräußert. Des Weiteren ist für den Zeitraum von April bis September 2013 eine Produktionsverlagerung von der Gas- und Dampfturbinenanlage Dieselstraße zur Anlage am Standort Halle-Trotha geplant. Die Vermarktung des vierten Quartals 2013 wird im Laufe des Geschäftsjahres 2013 festgelegt. Die Geschäftsführung der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH bestätigte die Umsetzung der Vermarktungsstrategie.

Weiterhin unterbreitete das Risikokomitee die mögliche Anpassung der vertraglichen Wärmeleistung in den Wintermonaten. Dazu wird der technische Betriebsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH unter Berücksichtigung der Marktpreissituation täglich eine optimierte Fahrweise ermitteln und gegebenenfalls der EVH GmbH eine thermische Leistung von 10 MW anbieten. Die Vergütung der Mehrleistung erfolgt anhand des geschlossenen Wärmelieferungsvertrages vom 13. Oktober 2010 zwischen den Vertragsparteien.

Im ersten Quartal 2013 soll die Gas- und Dampfturbinenanlage Halle-Trotha im Kraft-Wärme-Kopplungs-Prozess 113 GWh Strom und 86 GWh Wärme produzieren. Für den Zeitraum von April bis September ist eine Stromeinspeisung von 205 GWh in das Netz angedacht. Demgegenüber steht eine Wärmeproduktion von 128 GWh. Der Monat Oktober 2013 ist für Revisions- und Wartungsarbeiten vorgesehen. Anschließend soll die Anlage in den Monaten November und Dezember ihren Regelbetrieb wieder aufnehmen, mit einer Stromproduktion von 76 GWh und eine Wärmeproduktion von 58 GWh.

Bedingt durch die Aufhebung des Pachtverhältnisses betreffend die Gas- und Dampfturbinenanlage des Kraftwerks Dieselstraße und der damit verbundenen Verträge zum 1. Januar 2013 wird die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft in 2013 wesentlich niedrigere Umsatzerlöse und Materialaufwendungen ausweisen. Der Sachverhalt verhält sich aufgrund der Vertragskonstellation jedoch ergebnisneutral.

Wesentliche Planprämissen haben sich im Rahmen des durch die Gesellschafter erarbeiteten Fortführungskonzeptes verändert. Der überarbeitete Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 wird den Gesellschaftern zur Beschlussfassung ausgereicht.

IT-Consult Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bornknechtstraße 5
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 250

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	250	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen auf dem gesamten Gebiet der Informationstechnologie und Informationsverarbeitung sowie Leistungen in den Bereichen Internet/Intranet, Computing, Multimedia, Grafische Datenverarbeitung, Softwareentwicklung, IT- und Organisationsberatung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die IT-Consult bietet Dienstleistungen im Bereich Inter- und Intranets an. Es bestehen unter anderem Verträge mit der EVH GmbH in den genannten Bereichen, so dass sich der öffentliche Zweck des Unternehmens aus einem Annex der Tätigkeit der EVH ergibt. Die IT-Consult betreibt alle kommunalen Verfahren und die komplette Datenverarbeitung (Infrastruktur) der Stadt Halle (Saale) und sichert damit die Bürgerdienste (z. B. Kfz-Zulassung, Einwohnerwesen, Steuerverfahren, Ordnungswidrigkeiten) und alle hoheitlichen Aufgaben (z. B. Steuerveranlagung, Vollstreckung, Baugenehmigung, ...) ab.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Siebenhüner, Jörg
 von der Heyde, Axel

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)"	15	50,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	597	5	710	7	583	9	-113	-16
Umlaufvermögen	10.268	92	9.387	91	6.012	88	881	9
Rechnungsabgrenzungsposten	307	3	251	2	233	3	56	22

Bilanzsumme	11.172	100	10.348	100	6.828	100	824	8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	522	5	522	5	522	8	0	0
Rückstellungen	3.402	30	3.455	33	2.559	38	-53	-2
Verbindlichkeiten	7.161	64	6.266	61	3.648	53	895	14
Rechnungsabgrenzungsposten	87	1	105	1	99	1	-18	-17

Bilanzsumme	11.172	100	10.348	100	6.828	100	824	8
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	------------	------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	20.540	19.573	12.466
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-287	601	144
sonstige betriebliche Erträge	503	209	253
Materialaufwand	7.493	7.270	4.280
Personalaufwand	9.232	7.280	5.521
Abschreibungen	395	403	272
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.420	3.721	1.445
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	30	27
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	90	73	60
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.140	1.666	1.312
außerordentliche Aufwendungen			99
außerordentliches Ergebnis			-99
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	1	3	1
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.139	1.663	1.212
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,54	8,49	9,72	%
Eigenkapitalrentabilität:	218,26	318,73	232,41	%
Cash-Flow:	1.533	2.065	1.485	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	116	164	126	T€
Personalaufwandsquote:	44,48	35,72	42,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,54	6,03	7,52	%
Eigenkapitalquote:	4,67	5,04	7,64	%
Fremdkapitalquote:	95,33	94,96	92,36	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Ziele und wirtschaftliches Umfeld

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist auf das Erreichen folgender Ziele ausgerichtet:

- Optimale Versorgung der Stadt Halle (Saale) und der Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH mit allen Dienstleistungen der Informationstechnologie
- Angebot von IT-Dienstleistungen für Kunden aus dem kommunalen Sektor, für Stadtwerkeunternehmen und mittelständische Unternehmen, speziell bei der Nutzung von Standardsoftware (SAP), der Internet- und Intranettechnologie und der geografischen Informationsverarbeitung
- Angebot von E-Government-Lösungen.

Die anhaltend schwierige Situation der Haushaltslage der Kommunen lässt wenig Spielraum für die Entwicklung ihrer DV-Infrastruktur, jedoch muss durch den Rationalisierungsdruck in der öffentlichen Verwaltung und durch die hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die zu erbringenden Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) die IT-Infrastruktur den Erfordernissen angepasst werden.

Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke, die Aufgaben, die aus der Arbeit der Projekte zur Prozessoptimierung und Harmonisierung der IT-Landschaft resultierten, und die sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch) bedingten eine Vielzahl von neuen DV-Projekten, die zur Erfüllung der sich daraus ergebenden Aufgaben dienen.

In diesem Umfeld positioniert sich die IT-Consult mit ihrem Angebotsspektrum und sieht ein Marktpotenzial, das für eine weitere Expansion gute Voraussetzungen mit sich bringt.

Tätigkeiten im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes

Dem Unternehmensgegenstand entsprechend werden unter anderem energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG erbracht. Aufgrund dessen ist die Gesellschaft gemäß § 6b Abs. 3 EnWG zur Führung von getrennten Konten für die Tätigkeiten verpflichtet.

Bei den betreffenden Dienstleistungen handelt es sich um Abrechnungsdienstleistungen für die Gesellschaften EVH GmbH und Energieversorgung Halle Netz GmbH. Die diesbezüglich auf die Medien Strom und Gas entfallenden Aufwendungen und Erträge wurden den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors bzw. den anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors zugeordnet. Die übrigen Aufwendungen und Erträge entfallen auf die Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Geschäftsentwicklung und Schwerpunktaufgaben 2012

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 % auf T€ 20.540. Dies wurde im besonderen Maße durch die Vermarktung unserer Produkte, die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Dritte und durch zusätzliche Projekte erreicht. Bei den Betriebsaufwendungen kam es durch den Personalübergang der Mitarbeiter aus dem Bereich Abrechnungsdienstleistungen der EVH GmbH und HWS GmbH zu Verschiebungen in folgenden Kostenpositionen: Die Kosten für bezogene Leistungen sanken gegenüber des Vorjahres. Dagegen stiegen die Personalaufwendungen.

Das über Plan erzielte Jahresergebnis in Höhe von T€ 1.139 (+ 6,1% zum Plan) wird im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die SWH GmbH abgeführt.

Die Übernahme der Abrechnungsdienstleistungen und weiterer IT-Dienstleistungen für die Stadtwerkeunternehmen, Projekte bei den Unternehmen der Stadtwerke, bei Kommunen und Landes- und Bundeseinrichtungen, die hohen Anforderungen der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle (Saale) und der Aufbau weiterer SAP-Kompetenz erforderten die Neueinstellung von insgesamt 16 Mitarbeitern. Sechs Mitarbeiter verließen aus unterschiedlichen Gründen das Unternehmen und zwei Mitarbeiter traten in die Passivphase der Altersteilzeit ein. Weitere 38 Mitarbeiter wurden nach dem Personalübergang (§ 613a BGB) für die Erbringung der Abrechnungsdienstleistungen eingesetzt.

Wesentliche Schwerpunkte der Arbeit waren die Übernahme und Sicherstellung der Abrechnungsdienstleistungen für die EVH GmbH, die Energieversorgung Halle Netz GmbH und die HWS GmbH, die Einführung des neuen kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen für den Salzlandkreis und die Stadt Halle, die Umstellung der personalwirtschaftlichen IT-Anwendungen der HAVAG auf SAP HCM (Personalwesen – Human Capital Management) einschließlich der Anbindung des Zeitwirtschaftssystems, die Implementierung einer Lösung zur Abbildung der Anforderungen an die elektronische Vergabe von Aufträgen nach VOB, VOL und VOF für die Stadt Halle, die Weiterentwicklung der KomGIS[®]-Suite und die Umstellung des Steuerverfahrens für die Stadt Halle.

Weiterhin wurden im Rahmen des e-Government Masterplanes der Stadt Halle weitere Funktionalitäten im Umfeld verschiedener Fachverfahren implementiert.

Die Akquisition von langfristigen Aufgaben der IT-Betriebsführung und Abarbeitung von Aufträgen zur Sicherung der finanziellen Basis der Gesellschaft, die weitere Anpassung der betrieblichen Organisation zur Optimierung der betrieblichen Geschäftsprozesse und eines effektiven Qualitätsmanagement waren weitere wesentliche Schwerpunktaufgaben. Die Gesellschaft absolvierte 2012 mit Erfolg die Überwachungsaudits für die DIN EN ISO 9001:2008 und DIN EN ISO 27001:2005 und die Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services und SAP Customer Center of Expertise (CCoE).

Im Jahr 2012 wurde unser Angebot an innovativen Eigenentwicklungen erweitert und weiterentwickelt. Dazu zählen "BEMA" (elektronisches Berechtigungs-Management) und "ENTIS+ Leuchtpunkte" zum Einsatz in Unternehmen oder kommunalen Eigenbetrieben, denen der Betrieb der Stadtbeleuchtung übertragen wurde. Ein weiterer Schwerpunkt war der Start des Entwicklungsprojektes zur Umstellung und Erweiterung der technischen Datenbanken des Netzservices für Strom, Gas und Fernwärme auf eine neue technologische Basis. Damit wird die mobile Nutzung der Anwendungen sicher gestellt.

Die IT-Consult Halle GmbH (ITC) ist der führende kommunale IT-Dienstleister in Mitteldeutschland und Initiator der eGovernment-Initiative „Kommunales Kompetenzzentrum für Mitteldeutschland“ - *KomKomM[®]*. Gemeinsam mit kompetenten Partnern, wie z. B. Dresden-IT, BSYS, MakeIT und der Hochschule Harz werden integrierte Lösungen für Kommunen angeboten. Regelmäßige Arbeitstreffen des KomKomM[®] bieten die Plattform, um kommunale Entscheidungsträger bei der Entwicklung von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu modernen Dienstleistern für Bürger und Unternehmen zu unterstützen.

Im Jahr 2012 beteiligte sich die ITC an vier Messen bzw. Fachtagungen mit begleitenden Ausstellungen mit eigenem Präsentationsstand. Außerdem organisierte die ITC sieben eigene Workshops und Anwendertreffen zu aktuellen Themen (ePR21+, XPersonenstand, Doppik, ePR Brandenburg, DMS - Dokumentenmanagementsysteme). Schwerpunkt des Marketings war die Hausmesse 2012 mit 14 Ausstellern und 75 Teilnehmern sowie 17 thematischen Workshops. Die Hausmesse ist in einem zweijährigen Zyklus geplant. Die Teilnahme an Fachmessen ist rückläufig, da immer weniger solcher Veranstaltungen im kommunalen Umfeld stattfinden (z.B. Absage DIKOM Ost) und die Besucherzahlen zurückgehen.

Es wurden 30 Neukunden gewonnen (vgl. 2011: 48, 2010: 27). Der aktuelle Kundenstand der ITC liegt bei ca. 230 Kunden, davon 55% aus Sachsen-Anhalt und 45% aus anderen Bundesländern. Es zeichnet sich eine kontinuierliche Zunahme der Kunden außerhalb Sachsen-Anhalt ab, insbesondere aus Sachsen (bereits heute knapp 30% unserer Kunden).

Die mit der KID Magdeburg GmbH gebildete ARGE "Elektronisches Personenstandsregister Sachsen-Anhalt (ePR-LSA)" arbeitet erfolgreich. Diese erhielt vom Land Sachsen-Anhalt den Auftrag, das zentrale elektronische Personenstandsregister für die Kommunen im Land zu führen. Die ITC betreibt diese Anwendung in ihren Rechenzentren.

Investitionen wurden im Jahr 2012 im Umfang von T€ 282 durchgeführt, davon T€ 85 für neue Server- und Netzwerktechnik, in Hard- und Software zur Ausstattung der Mitarbeiterarbeitsplätze, zur Realisierung der innerbetrieblichen Geschäftsprozesse und für Hosting-Dienstleistungen. Diese Investitionen konnten ohne die Aufnahme von Fremdmitteln erfolgen.

Insgesamt kann die finanzielle Lage des Unternehmens als stabil bewertet werden. Die IT-Consult Halle GmbH nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Dadurch ist auch für 2013 die Liquidität des Unternehmens gegeben.

Die Gesellschaft führt jährlich eine Risikoinventur durch. Maßnahmen zur Risikoerkennung und -überwachung bzw. zur Risikobegegnung sind in einer Riskmap festgelegt. Umfangreiche Sicherungsmechanismen minimieren mögliche Risiken, die mit unserer Geschäftstätigkeit verbunden sind. Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle eingebunden.

Ausblick

Für das Jahr 2013 sind folgende Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit zu nennen:

- Qualitätsgerechte und rationelle Durchführung von Abrechnungsdienstleistungen der Sparten Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Abwasser und Entsorgungsleistungen für die Unternehmen EVH, Netzgesellschaft Halle und HWS;
- die kontinuierliche Absicherung der Datenverarbeitung in den Unternehmen der Stadtwerke Halle, der Stadt Halle (Saale) und anderer Vertragspartner;
- Erweiterung der Betriebsführungskapazitäten im SAP-Umfeld;
- Weiterer Ausbau der Kapazitäten auf dem Gebiet der Datensicherheit und des Datenschutzes und damit verbunden das Angebot an Beratungsleistungen für IT-Sicherheit
- Vermarktung und Weiterentwicklung unseres Produktes EnTIS+, ein energietechnisches Informationssystem für Stadtwerke, Elektromontageunternehmen und Bauämter;
- Ausbau der Kompetenz und der Kapazitäten für Beratungs-, Betreuungs- und Schulungsleistungen im Bereich kommunaler Fachverfahren (openProsoz, MESO, AUSO, Session);
- Übernahme der Komplettbetreuung der Datenverarbeitung weiterer kommunaler Auftraggeber (IT-Betriebsführung);
- aufbauend auf die vorhandene Kompetenz im Bereich Internet/Intranet werden weitere vermarktungsfähige Lösungen geschaffen und vermarktet;
- die Entwicklung spezieller E-Commerce/E-Government Lösungen für Kommunen, Stadtwerke und mittlere und kleinere Unternehmen.

Im Mittelpunkt der Vertriebsaktivitäten im Jahr 2013 steht der Abschluss von IT-Dienstleistungsverträgen mit Kommunen und Unternehmen öffentlicher Träger für komplette Übernahme der IT-Dienstleistungen, Rechenzentrumsleistungen sowie die Vermarktung eigener Produkte und spezieller IT-Dienstleistungen.

2013 sind folgende Arbeitsschwerpunkte im Marketing geplant:

- Organisation von eigenen Workshops und Anwendertreffen (SAP, ePR21+, KomGIS+)
- Umsetzung des neuen Stadtwerke-CD's für alle Medien
- Kontinuierliche Pflege der Unternehmenshomepage
- Erstellen von Newsmeldungen für Printmedien z.B. Kommune21
- Erstellung weiterer Newsletter (Print).

Durch weitere innovative Produkte und Lösungen, die weitere Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement wird die IT-Consult Halle GmbH ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

Meter1 GmbH & Co. KG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 2.500

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	833	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	833	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Leipzig GmbH	833	33 ¹ / ₃

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen und deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.
- (2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Sie kann auch gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Meter1 GmbH & Co. KG findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Dienstleistungsunternehmen für den Bereich der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	44	10	3	1			41	1.367
Umlaufvermögen	393	88	337	87	250	100	56	17
Rechnungsabgrenzungsposten	10	2	45	12			-35	-78

Bilanzsumme	447	100	385	100	250	100	62	16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	317	71	313	81	172	69	4	1
Rückstellungen	45	10	14	4	4	2	31	221
Verbindlichkeiten	85	19	58	15	74	29	27	47

Bilanzsumme	447	100	385	100	250	100	62	16
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	121	3	
sonstige betriebliche Erträge	21	0	
Materialaufwand	170	234	54
Personalaufwand	294	79	
Abschreibungen	19	2	
sonstige betriebliche Aufwendungen	256	146	24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-596	-458	-78
sonstige Steuern	0		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-596	-458	-78
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-596	-458	-78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-492,22	-15.132,67		%
Eigenkapitalrentabilität:	-65,27	-59,38	-31,26	%
Cash-Flow:	-577	-456	-78	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	29	2		T€
Personalaufwandsquote:	206,19	2.633,89		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,56	0,72		%
Eigenkapitalquote:	71,01	81,37	68,64	%
Fremdkapitalquote:	28,99	18,63	31,36	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Allgemeine Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Für die Einführung von Smart Metering in Deutschland wurden mit der seit dem 4. August 2011 vorliegenden Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes neue Rahmenbedingungen geschaffen.

Demnach besteht eine Einbauverpflichtung für Messsysteme bei Neubauten und Gebäuden die einer größeren Renovierung unterzogen werden, bei Letztverbrauchern mit einem Jahresverbrauch größer 6.000 Kilowattstunden, bei Anlagenbetreibern einer Neuanlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz oder dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz mit einer installierten Leistung von mehr als 7 Kilowatt, insofern dies technisch möglich ist.

Die Voraussetzung der technischen Realisierbarkeit ist das Vorliegen von zertifizierten Messsystemen, die den eichrechtlichen Vorschriften entsprechen. Aktuell jedoch stehen eine ganze Reihe von Rechtsverordnungen aus, die für die Definition eines Schutzprofils und den Bau von zertifizierten Messsystemen unabdingbar sind. Auch die Novellierung der Verordnung über Rahmenbedingungen für den Messstellenbetrieb und die Messung im Bereich der leitungsgebundenen Elektrizitäts- und Gasversorgung (MessZV) steht noch aus. Die nationale Kosten-Nutzen-Analyse wurde am 2. August 2012 ausgeschrieben und wird voraussichtlich im April 2013 abgeschlossen sein. Erst im Anschluss daran ist eine politische Diskussion der Ergebnisse der Analyse zu erwarten. Danach sind auf Basis dieser Ergebnisse weitere gesetzliche Vorgaben zu erarbeiten.

Die bisherigen Regelungen verunsichern die Marktakteure und haben die erwartete Marktentfaltung verhindert.

1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Es kann nicht mehr davon ausgegangen werden, dass Messeinrichtungen im Jahr 2013 verbaut werden können, da die voraussichtliche Dauer des Zertifizierungsprozesses auf bis zu zwölf Monate geschätzt wird. Dies würde nach derzeitigem Stand bedeuten, dass die ersten Messsysteme voraussichtlich erst frühestens im zweiten Quartal 2014 am Markt verfügbar sein werden.

Seitens der Energieversorger ist aufgrund der beschriebenen Situation auch weiterhin wenig Bewegung am Markt zu verzeichnen. Im Gegensatz hierzu ist im Filial- und Industriekundenbereich weiterhin mehr Bewegung zu beobachten. So konnte die Meter1 GmbH & Co. KG einen weiteren Filialisten für ein Pilotprojekt gewinnen.

Bedingt durch das größtenteils ausgebliebene Geschäft sind jedoch auch die Investitionen deutlich unter dem Planwert geblieben. Das Ergebnis der Meter1 GmbH & Co. KG ist dadurch signifikant weniger negativ ausgefallen als ursprünglich geplant.

Im Geschäftsjahr 2012 hat die Meter1 GmbH & Co. KG die Messdienstleistung für das rLM-Geschäft der Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH übernommen.

2. Ertragslage

2.1 Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete die Meter1 GmbH & Co. KG einen Jahresfehlbetrag in Höhe von EUR 596.057. Dieser wurde auf den Verlustvortragskonten der Gesellschaft verbucht.

2.2 Absatz/Umsatz/Erträge

Umsatz Messdienstleistung/Messstellenbetrieb/Projektierung

Die Gesellschaft erzielte aus Dienstleistungen für Messung, Messstellenbetrieb sowie Installation Umsatzerlöse in Höhe von EUR 121.095.

Betriebliche Erträge

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von EUR 21.623. Diese bestehen vornehmlich aus Erträgen aus Beratungs- und Projektarbeit.

2.3 Variable Aufwendungen

In der Meter1 GmbH & Co. KG fielen im Geschäftsjahr 2012 Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von EUR 169.715 an. Die bezogenen Leistungen umfassen hauptsächlich Aufwendungen für DV-Dienstleistungen, die Geschäftsbesorgungsverträge mit der EVH GmbH sowie Aufwendungen für Fernauslesung.

2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen EUR 256.275. Diese betrafen mit EUR 126.873 den Aufwändungsersatz gegenüber der persönlich haftenden Gesellschafterin für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft.

2.5 Personal- und Sozialbereich

Zum 31. Dezember 2012 waren fünf Mitarbeiter bei der Meter1 GmbH & Co. KG beschäftigt. Hierfür wandte das Unternehmen EUR 294.272 auf.

2.6 Finanzlage

Die Meter1 GmbH & Co. KG wies am 31. Dezember 2012 einen positiven Finanzmittelbestand in Höhe von EUR 321.869 aus. Aufgrund des negativen Ergebnisses in Höhe von EUR 596.057 im Geschäftsjahr ergibt sich trotz des Aufbaus von Verbindlichkeiten (EUR 26.324) und Rückstellungen (EUR 31.434) ein negativer Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR 505.681.

Mit einer anteiligen Einzahlung der Kommanditeinlage in Höhe EUR 700.000 durch die drei Gesellschafter sowie den Investitionen in Anlagevermögen (EUR 61.070) ergibt sich eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds in Höhe von EUR 133.042.

Die Liquidität der Gesellschaft war aufgrund der gemäß Gesellschaftsvertrag noch abrufbaren Kommanditeinlage im Jahr 2012 sichergestellt. Am 31. Dezember 2012 beträgt die noch ausstehende und gemäß Gesellschaftsvertrag zugesagte Kommanditeinlage EUR 1.050.000, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird. Das Abrufen weiterer Kommanditeinlagen wird voraussichtlich im ersten Quartal des Jahres 2013 erfolgen.

2.7 Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug zum Jahresende EUR 446.695 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 61.494 erhöht.

Die Vermögenslage ist durch Guthaben bei Kreditinstituten von EUR 321.869, Forderungen von EUR 70.788 sowie Eigenkapital von EUR 317.178 und Verbindlichkeiten von EUR 84.656 geprägt.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

4. Risikobericht

Die Risiken entstehen aus den bereits dargelegten gesetzlichen Unsicherheiten. Für den Fall, dass in 2013 keine Messsysteme am Markt verfügbar sind, muss sich die Meter1 GmbH & Co. KG ausschließlich um das Filialistengeschäft bemühen und hätte dann mit einem ähnlichen Geschäftsverlauf mit analoger Ergebnis-, Kosten-, Umsatz- und Investitionssituation zu rechnen wie im Geschäftsjahr 2012.

5. Prognosebericht

Die Geschäftsführung geht für das Jahr 2013 von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von TEUR 876 aus.

Meter1 Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bornknechtstraße 5
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
EVH GmbH	8	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	8	33 ¹ / ₃
Stadtwerke Leipzig GmbH	8	33 ¹ / ₃

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist. Dazu gehören insbesondere die Beschaffung von Zählern und den zugehörigen Kommunikations- und Datenmanagementsystemen, deren Betrieb, sowie das Ablesen, Speichern, Weiterleiten und Verarbeiten von Zählerdaten. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft soll sich auf die Netzgebiete der Gesellschafter oder mit ihnen verbundener Unternehmen und auf den gesamtdeutschen Raum als zusätzliches Vertriebsgebiet erstrecken.

Öffentlicher Zweck:

Gegenstand des Unternehmens ist als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Erbringung von Messstellenbetriebs- und Messdienstleistungen im Bereich der leitungsgebundenen Energie- und Wasserversorgung sowie der eigenständige Marktauftritt als Messstellenbetreiber und Messdienstleister ist.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Dr. Füller, Ralfdieter

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Umlaufvermögen	69	100	29	100	28	100	40	138

Bilanzsumme	69	100	29	100	28	100	40	138
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	27	39	26	90	25	89	1	4
Rückstellungen	23	33	2	7	2	7	22	1.050
Verbindlichkeiten	19	28	1	3	1	4	18	1.800

Bilanzsumme	69	100	29	100	28	100	40	138
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	127	7	3
sonstige betriebliche Erträge	8	1	
Materialaufwand	5	5	1
Personalaufwand	124		
sonstige betriebliche Aufwendungen	5	2	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	1	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,83	14,68	9,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,99	4,15	1,26	%
Cash-Flow:	1	1	0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	91,75			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	39,47	91,90	90,86	%
Fremdkapitalquote:	60,53	8,10	9,14	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

M-Exchange AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Haus Sülz 6
53797 Lohmar

Rechtsform: AG
Stammkapital in T€: 100

Gesellschafter:	T€	%
WV Energie AG Frankfurt	93	93,00
Stadtwerke Halle GmbH	7	7,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Aufbau, Betrieb und Betreuung von elektronischen Marktplätzen im Internet, die Vermarktung und Vermittlung von IT-Dienstleistungen aller Art, sowie die Erbringung von Informationstechnologischen Diensten, Beratungs- und Programmierdienstleistungen mit Schwerpunkt auf die Versorgungs- und Verkehrswirtschaft.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen betreibt und betreut elektronische Marktplätze im Internet. Der öffentliche Zweck ist daher in der Wirtschaftsförderung zu sehen, da auch örtliche Unternehmen von dem Vorhandensein dieser elektronischen Marktplätze profitieren.

b) Besetzung der Organe

Vorstand Berner, Manfred

Aufsichtsrat Vorsitzender Gieske, Hartmut
Bettelhäuser, Heinrich
Heinze, Harald (bis 31.12.2012)
Helbig, Andreas
Meier-Berberich, Jörn
Müller-Urlaub, Berthold

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	13	13	13

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	284	62	293	44	188	52	-9	-3
Umlaufvermögen	165	36	347	53	164	45	-182	-52
Rechnungsabgrenzungsposten	8	2	19	3	11	3	-11	-58

Bilanzsumme	457	100	659	100	363	100	-202	-31
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	243	53	197	30	82	23	46	23
Rückstellungen	95	21	73	11	77	21	22	30
Verbindlichkeiten	61	13	252	38	204	56	-191	-76
Rechnungsabgrenzungsposten	58	13	137	21			-79	-58

Bilanzsumme	457	100	659	100	363	100	-202	-31
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-------------	------------

bb) GuV

	2012	2011	2010
Umsatzerlöse	1.151	1.211	790
sonstige betriebliche Erträge	50	38	37
Materialaufwand	216	310	85
Personalaufwand	210	209	171
Abschreibungen	91	51	21
sonstige betriebliche Aufwendungen	638	560	440
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	4	8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46	115	102
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	46	115	102
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	92	-18	-120
Veränderung der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	2	5	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	136	92	-18

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	4,02	9,52	12,95	%
Eigenkapitalrentabilität:	43,22	109,92	-496,66	%
Cash-Flow:	137	166	123	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	400	416	413	T€
Personalaufwandsquote:	17,52	16,72	20,69	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,13	1,30	1,64	%
Eigenkapitalquote:	53,16	29,89	22,54	%
Fremdkapitalquote:	46,84	70,11	77,46	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Das Jahr 2012 war für den Kernmarkt der M-Exchange, die Stadtwerke, durch die Energiewende mit Umbruch, Aufregung und sinkenden Margen geprägt. Die Projekte im Bereich Einkauf und Materialwirtschaft standen hinter den Projekten der Trennung von Netz und Vertrieb in den Energieunternehmen zurück. Dadurch hatte M-Exchange wenig Neukundengeschäft zu verzeichnen. Der Vorstand rechnet allerdings damit, dass als Konsequenz der sinkenden Margen in den Stadtwerken die Nachfrage nach effizienzsteigernden Tools zukünftig steigen wird. E-Procurement und Outsourcing wird sich deshalb in Zukunft dem bereits steigenden Bedarf der Industrie anpassen.

Der Jahresabschluss 2012 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von € 46.315,62 (Vorjahr T€ 115) aus. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich zum Vorjahr um rd. 23% auf nun rd. 53 %, sie zeigt die seit Jahren kontinuierliche positive Entwicklung. Das M-Exchange Geschäft entwickelte sich 2012 deutlich unter Plan und konnte das sehr gute Vorjahresergebnis nicht erreichen. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis der Betriebstätigkeit (EBITDA) um 19% und das Unternehmensergebnis – bedingt durch hohe Abschreibungen und erhöhte IT (Kundensupport) und Verwaltungskosten (Buchhaltung) - um 60% gesunken.

Durch diese sehr hohen Abschreibungen die aus den in 2011 und auch 2012 vorgenommenen Investitionen in die Software Plattform im e-Procurement resultieren als auch aufgrund der weiter gestiegenen IT-Kosten, reduzierte sich die Umsatzrendite von 9,5% in 2011 auf 4 % in 2012.

Der Umsatz reduzierte sich gegenüber dem sehr guten Vorjahr um rd. 5%

Der Bereich „eProcurement“ war gekennzeichnet durch die Einführung des neuen Software-release für Katalogbeschaffung bei den Bestandskunden. Darüber hinaus wurden neue Applikationen entwickelt und bei bestehenden Kunden eingeführt. Dazu zählt eine Lösung für Lieferantenbewertung auf der Basis einer zugekauften Software sowie die eigenentwickelte Materialbörse. Diese neue Anwendung ermöglicht den An- und Verkauf von überschüssigem Lagermaterial zwischen den beteiligten Stadtwerken.

Mit dem Aufbau einer Energiedaten-Management-Plattform (EDM) in 2007 hatte M-Exchange das neue Geschäftsfeld „Energiemanagement“ beschritten. 2011 wurde die Verbrauchsabrechnung (VA) hinzugefügt. Sowohl EDM als auch VA tragen mit ca. T€ 458 (Vorjahr T€ 492) deutlich zum Umsatz und Ertrag bei. M-Exchange ist in diesem Geschäftsfeld z.T. Subunternehmer der WV Energie AG, Geschäftsbereich em.serv GmbH. Deren Großkunde beeinflusst wesentlich die Einnahmen der M-Exchange im Bereich Energiedatenmanagement (EDM). Das Wachstum dieses Kunden blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Der Materialaufwand und der zugehörige Projektumsatz reduzierten sich deutlich um rd. 30%, da die hohen Projektausgaben für den Aufbau der Verbrauchsabrechnung in 2011 nicht mehr in dieser Höhe anfielen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die hauptsächlich aus den IT-Kosten und dem Verwaltungsaufwand bestehen, sind gegenüber 2011 um 14% gestiegen.

Die Finanzierung ist aufgrund der guten Liquiditätslage der Gesellschaft für 2013 gesichert.

Die Bilanz weist ein positives Eigenkapital in Höhe von € 243.294,90 auf.

Die bereits in 2010 und 2011 vorgenommenen substanziellen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen hat M-Exchange auch in 2012 in Höhe von T€ 87 weiter ausgebaut, um weiterhin den technologischen Marktstandard im e-Procurement halten zu können. Diese Investitionen haben im laufenden Jahr und werden in den kommenden Jahren zu entsprechend erhöhten Abschreibungen führen. Trotz dieser hohen Investitionen konnte die Anlagendeckung 1 gegenüber dem Vorjahr (rd. 67 %) auf rd. 86 % verbessert werden.

Ausblick: Nach einer Konsolidierungsphase in 2012 mit rückläufigem Umsatz und Ertrag ist für 2013 verhaltener Optimismus angebracht. Trotz Umsatzeinbußen im e-Procurement Geschäft durch ausscheidende Kunden werden neue Kundenabschlüsse in 2013 erwartet, insbesondere durch eine neue Marketingoffensive, die durch den Beirat aus Bestandskunden unterstützt wird. Im Bereich Energiemanagement sollten wieder Umsatz- und Ertragssteigerungen bei Bestandskunden möglich sein und auch Neukunden über die WV Energie/em.serv als auch über die Kooperation mit Kisters gewonnen werden können. Allerdings ist eine Stilllegung der Energieabrechnungsplattform ab Mitte 2013 zu befürchten, da WV Energie hier einen Kunden verlieren könnte.

Der Vorstand rechnet im kommenden Geschäftsjahr 2013 mit einer moderaten Ertragssteigerung gegenüber 2012. Die Position der M-Exchange am Markt ist gefestigt und das Unternehmen ist für ein mittelfristig zu erwartendes Marktwachstum gut positioniert.

Bestandsgefährdende Risiken sind nach heutiger Einschätzung nicht gegeben, wobei die Auswirkungen eines möglichen Rechtsstreits mit der neuen Inhabermfirma der Commerce One Software derzeit nicht konkret einzuschätzen sind.

Die Forderungen gegenüber den Kunden sind nach heutiger Einschätzung nicht gefährdet. Das Zahlungsverhalten der Kunden ist gut. Da die Risiken im M-Exchange Modell durch die festen monatlichen Gebühren gut überschaubar sind, sieht der Vorstand keine Risiken in der Liquidität bzw. einem Forderungsausfall. Durch die in 2011 und 2012 vorgenommenen Investitionen in die Weiterentwicklung der Software-Plattformen ist M-Exchange AG weiter auf dem technologischen Marktstand. Auch zukünftig werden in diesem Bereich Investitionen notwendig sein.

Da die M-Exchange nur 3 Mitarbeiter hat und viele Dienstleistungen (IT, Buchhaltung) extern beauftragt, gibt es ein permanentes Risiko des Know-How Verlustes bei Weggang von Personal. Darüber hinaus ist der Bereich „Plattformen für Energiemanagement“ von der Abnahme durch den Hauptaktionär WV Energie AG abhängig. Die Vertragskündigungszeiten geben allerdings im Kündigungsfall genügend Zeit für entsprechende Kostensenkungsmaßnahmen.

Die Positionierung des Unternehmens als individueller Plattformanbieter im Bereich der elektronischen Beschaffung und des Energiemanagements für Versorgungs- und Verkehrsunternehmen bietet mittelfristig das Potenzial für ein marktgerechtes Wachstum.

Schlussklärung des Vorstandes zum Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

„Die M-Exchange AG hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	EVH GmbH	<hr/> 25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Erwerb, Betrieb, Vermarktung und sonstige Nutzung von Transport- und Verteilungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung vornehmlich im Industriegebiet A 14 von Halle (Saale); Errichtung von Transport- und Verteilungssystemen sowie von Zähl- und Messsystemen für elektrische Energie, Gas, Wärme und von Telekommunikationsanlagen und sonstigen Anlagen der Informationsübertragung durch Dritte; jede Art der Beschaffung und der gewerblichen Nutzung von elektrischer Energie, Gas und Wärme; Erbringung und Vermarktung von Leistungen und Diensten auf den Gebieten der Verteilung von elektrischer Energie, Gas und Wärme sowie der Versorgung mit Telekommunikation vornehmlich im Industriegebiet A 14 von Halle (Saale).

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH findet sich in § 116 Abs. 2 GO-LSA. Es handelt sich um ein Unternehmen der Energieversorgung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Göpfert, Heike

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva						
Umlaufvermögen	256	100	53	100	203	383

Bilanzsumme	256	100	53	100	203	383
--------------------	------------	------------	-----------	------------	------------	------------

	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva						
Eigenkapital	25	10	25	47	0	0
Rückstellungen	7	3	3	6	4	133
Verbindlichkeiten	224	87	25	47	199	796

Bilanzsumme	256	100	53	100	203	383
--------------------	------------	------------	-----------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2012	2011
	T€	T€
Umsatzerlöse	165	
sonstige betriebliche Erträge	0	29
Materialaufwand	112	8
Personalaufwand	40	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	12	11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,07		%
Eigenkapitalrentabilität:	0,44	0,00	%
Cash-Flow:	0	0	T€
Personalaufwandsquote:	23,95	33,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	Angaben in
Sachanlagenintensität:			%
Eigenkapitalquote:	9,79	47,01	%
Fremdkapitalquote:	90,21	52,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1. Allgemeine Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

1.2 Geschäft und Geschäftsgegenstand

Der Antrag der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH zur Erteilung der Genehmigung des Netzbetriebs für das Elektrizitäts- und Gasverteilnetz im Industriegebiet A 14 nach § 4 EnWG wurde mit Schreiben der Regulierungsbehörde vom 15. Oktober 2012 abgelehnt.

Die Prüfung des Antrages der Netzgesellschaft Industriegebiet A14 mbH auf Genehmigung des Netzbetriebes nach § 4 Abs. 2 Satz 1 EnWG für das Industriegebiet A 14 hat seitens der Regulierungsbehörde ergeben, dass die in § 4 Abs. 2 Satz 1 EnWG benannten Genehmigungsvoraussetzungen derzeit nicht erfüllt sind. Im Hinblick auf die personelle und technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit bestehen im vorliegenden Fall keine Zweifel. Einzig aufgrund der geringen Anzahl von angesiedelten Kunden sei die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Genehmigungsvoraussetzung zur Aufnahme des Netzbetriebes nicht gegeben.

Somit entfallen die Überwachung und Festlegung der Nutzungsentgelte und deren Obergrenze sowie die Festlegung von Erlösobergrenzen durch die Regulierungsbehörden und die Pflicht zur Anwendung der Vorschriften über die Abwicklung der Belieferung von Letztverbrauchern.

Die EVH GmbH als alleinige Gesellschafterin der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH hat am 19. Dezember 2012 den Beschluss gefasst, die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 zum 01. Januar 2013 ruhend zu stellen, da der Geschäftszweck Regulierung entfallen ist.

Den Betrieb der Kundenanlage gemäß § 3 Nr. 24a EnWG übernahm die Entwicklungsge-sellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG.

Die Gesellschaft hat für das Jahr 2012 mit der EVH GmbH und der Energieversorgung Halle Netz GmbH Geschäftsbesorgungsverträge abgeschlossen. Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH ist Empfänger kaufmännischer, technischer und regulatorischer Dienstleistungen. Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH wiederum leistet im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages technische, regulatorische und sonstige Dienstleistungen an die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG.

Diesen Vertrag hat die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 zum 31. Dezember 2012 gekündigt, da aufgrund der Ablehnung der Genehmigung zum Netzbetrieb (§4 EnWG) durch die Landesregulierungsbehörde Sachsen-Anhalt die Netzgesellschaft A 14 ab dem 01. Januar 2013 ruhend gestellt wird und somit der Vertragsgegenstand nicht mehr erfüllt wird. Des Weiteren wurden auch die bestehenden Geschäftsbesorgungsverträge mit der EVH GmbH und der Energieversorgung Halle Netz GmbH entsprechend den Anforderungen des ruhenden Geschäftsbetriebes der Gesellschaft angepasst.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Das Unternehmen generierte im Geschäftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von € 165.024,40. Diese basieren auf dem Dienstleistungsvertrag mit der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG.

Im Geschäftsjahr entstand der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH Aufwand in Höhe von € 164.375,01, dieser setzt sich wie folgt zusammen:

- **Bezogene Leistungen**
Die bezogenen Leistungen in Höhe von € 112.400,00 beinhalten Aufwendungen für kaufmännische und technische Dienstleistungen sowie Aufwendungen für die Netzführung des Strom- und Gasnetzes
- **Personalaufwand**
Der Gesellschaft entstand ein Personalaufwand in Höhe von € 39.528,78
- **Sonstige betriebliche Aufwendungen**
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen hauptsächlich die Positionen Beraterleistungen, Wirtschaftsprüfung, Gutachter- und sonstige Gebühren, Anzeigen und Drucksachen sowie Gerichts-, Notariats- und Anwaltsgebühren. Hierfür wurden € 12.446,23 aufgewendet

Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2012 ein Jahresergebnis in Höhe von € 110,81 aus.

2.2 Finanzlage

Der Finanzmittelbestand der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH belief sich am 31. Dezember 2012 auf € 189.123,56 Cash-Pool-Verbindlichkeiten.

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2012 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von € 500.000,00 zur Verfügung, so dass gemäß der vorliegenden Liquiditätsplanung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

2.3 Vermögenlage

Die Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe von € 25.000,00 ausgestattet. Die Rückstellungen betreffen den Jahresabschluss 2012.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ergeben.

4. Risiko- und Prognosebericht

Mit dem Betrieb des Elektrizitäts- und Gasverteilnetzes im Industriegebiet A 14 als Kundenanlage im Sinne von § 3 Nummer 24a EnWG ist die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG beauftragt worden. Die notwendigen Serviceleistungen, wie Inspektion und Wartung der technischen Anlagen, die Netzführung und die kaufmännischen Dienstleistungen, können über Dritte sichergestellt werden.

Die Geschäftsführung ist ermächtigt, sämtliche Verträge, die zur Ruhendstellung der Gesellschaft erforderlich sind, abzuschließen. Hierdurch wird sichergestellt, dass der Gesellschaft aus den vertraglichen Leistungen keine Verpflichtungen oder Risiken mehr erwachsen.

RAB Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Anlage zur Behandlung von Siedlungsabfällen, Bau- und Abbruchabfällen, Abfällen aus der mechanischen Behandlung sowie Abfällen, die im Gebiet der Stadt Halle (Saale) tatsächlich anfallen und der Stadt Halle (Saale) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger überlassen werden sowie das Handeln und Vermitteln aller nicht gefährlichen Abfallarten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen wird auf dem Gebiet der Abfallentsorgung tätig. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Arndt, Michael

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	3.002	75	3.059	70	3.065	59	-57	-2
Umlaufvermögen	1.000	25	1.316	30	2.111	41	-316	-24
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0					0	0
Bilanzsumme	4.002	100	4.375	100	5.176	100	-373	-9
Passiva								
Eigenkapital	1.708	43	1.708	39	1.708	33	0	0
Rückstellungen	107	3	46	1	88	2	61	133
Verbindlichkeiten	2.187	54	2.621	60	3.380	65	-434	-17
Bilanzsumme	4.002	100	4.375	100	5.176	100	-373	-9

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.615	4.271	3.846
sonstige betriebliche Erträge	143	135	22
Materialaufwand	3.692	3.340	3.395
Personalaufwand	79	73	20
Abschreibungen	491	437	75
sonstige betriebliche Aufwendungen	180	246	227
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	9	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	51	61	14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	269	258	140
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			38
sonstige Steuern	3	2	
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	266	256	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	102
Gewinnvortrag/Verlustvortrag			-1.324
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen			-1.222
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,77	6,00	2,65	%
Eigenkapitalrentabilität:	15,59	15,02	5,97	%
Cash-Flow:	758	693	177	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	4.758	4.406	3.868	T€
Personalaufwandsquote:	1,65	1,65	0,51	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,96	69,85	59,22	%
Eigenkapitalquote:	42,68	39,03	33,00	%
Fremdkapitalquote:	57,32	60,97	67,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
angelieferte Abfallmengen	59.689,00	59.181,00	59.938,00	Mg
gesicherte Kapazitäten	70.000,00	70.000,00	70.000,00	Mg/a

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozentpunkte. Damit lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 Prozent, 2011: 3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozent-Punkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozent-Punkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH zielt konsequent auf die Nutzung der Ressource Abfall als Energieträger. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche die Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle und Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt. Hauptsächlich dient sie dabei der Stadt Halle (Saale) als beauftragter Dritter und übernimmt die überlassungspflichtigen Abfälle des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers. Aus dem kommunalen Auftrag der Sortierung der überlassungspflichtigen Abfälle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) resultiert zugleich das Hauptgeschäft der Gesellschaft. Dabei strebt das Unternehmen über die reine Sicherung der Daseinsvorsorge hinaus und will mit einem hohen Grad die stoffliche Verwertung forcieren und die alternative Energieerzeugung mit einem Sekundärrohstoff unterstützen. Ergänzt wird dieses Kerngeschäft durch gewerbliche Spotmengen aus unterschiedlichen Produktionsbereichen. Mit verschiedenen Alternativen, wie der Herstellung von Fraktionen für die Vergärung, die reine Verbrennung oder die Mitverbrennung als Ersatzbrennstoffe, bietet die Gesellschaft qualifizierte Wahlmöglichkeiten. In der effizienten Nutzung von Biogas oder mittelkalorischen Ersatzbrennstoffen für die Stromerzeugung, bei gleichzeitiger Wiederverwertung von metallischen Sekundärrohstoffen, sieht die RAB Halle GmbH eine geeignete Antwort auf eine umfassende Ressourcenwirtschaft gekoppelt an eine nachhaltige Energiewirtschaft.

Zur Umsetzung dieses Grundverständnisses hat die RAB Halle GmbH bei der Definition ihres Sortiermodelles sich nicht nur an der thermischen Verwertung orientiert, denn dieser reine Verbrennungsprozess wird wirtschaftspolitisch nicht uneingeschränkt positiv bewertet. Alternativ dazu wählte das Unternehmen die Ausschleusung einer nativorganischen Fraktion für die Vergärung. Mit einer somit erzielten Reduzierung der Gesamtbelastung sollen Ziele weit über das wirtschaftliche Ergebnis hinaus erreicht werden. Auf Grundlage einer europaweiten Ausschreibung der Verwertungsleistung im Jahr 2011 konnten die PD energy GmbH (Bitterfeld) und die C.A.R.E. Biogas GmbH (Schkopau) gebunden werden. Zusätzlich forderte der Auftraggeber Stadt Halle (Saale) einen Teilstrom aus der Erfassung des Restmülls ausschließlich thermisch zu verwerten. Dieses Los der Ausschreibung, welches nicht auf der Sortieranlage realisiert wird, ist der Becker Umweltdienste GmbH (Chemnitz) übertragen. Alle drei Unternehmen sind mindestens bis zum Ablauf des Jahres 2014 mit der fachgerechten Verwertung beauftragt.

Veränderungen in der Gesellschaft

Mit der Sicherung des umfangreichen Leistungsportfolios hat die RAB Halle GmbH im vierten Quartal 2012 mit dem Ausbau eines eigenen Mitarbeiterstammes begonnen. Zum Oktober wurde ein Schichtleiter und zugleich stellvertretender Anlagenleiter eingestellt. Mit dieser Kapazitätserweiterung strebt die Gesellschaft die Bindung des notwendigen Know-hows für ein durchgängiges Drei-Schicht-System an. Über die eigenen Mitarbeiter hinaus wird der Anlagenbetrieb durch einen zertifizierten Personaldienstleister aus Halle (Saale) unterstützt. Die Anlagenfahrer, -monteure und Betriebselektriker werden sowohl für Anpassungsarbeiten an der Anlage als auch zum Anlagenbetrieb bei der Aufbereitung und der Brennstoffherstellung eingesetzt. Zudem werden speziell geschulte Mitarbeiter bei Bedarf für Wartungs- und Reinigungsarbeiten eingesetzt.

Die turnusmäßige Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb wurde zum Jahresbeginn erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die RAB Halle GmbH am 25. Januar 2012 der jährlichen externen Überprüfung gestellt und konnte in allen Belangen eine fachliche Eignung nachweisen.

Bis zum 31. Dezember 2012 hat das Unternehmen TEUR 435 investiert. Hauptsächlich hat die RAB Halle GmbH die Investitionen in die notwendigen Anpassungen und Erweiterungen zur Herstellung eines Ersatzbrennstoffes und die Ausrichtung der Anlage auf einen durchgängigen Drei-Schicht-Betrieb getätigt. Zum Jahresbeginn wurden dabei TEUR 348 für den Anlagenbau beauftragt, welche zum einen die Linienführung des Stoffstromes und zum anderen die technische Ergänzung der Aufbereitung betrafen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft die Lagermöglichkeit erweitert und die an diversen Gebäude- und Anlagenteilen erforderliche Erweiterungen vorgenommen.

Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Neben der Sortierleistung für den kommunalen Auftraggeber sucht das Unternehmen zusätzliche Aktivitäten. Gefunden und umgesetzt wurde im Jahr 2012 die Herstellung eines Ersatzbrennstoffes, welches zugleich die Wertschöpfungskette ergänzt. Der umgesetzte Lösungsansatz liegt in der Mit-Verbrennung von Ersatzbrennstoffen bei einem überregionalen Kraftwerksbetreiber. Die RAB Halle GmbH hat sich dazu seit Januar 2012 auf die Herstellung eines qualifizierten Ersatzbrennstoffes, mit geeigneten physikalischen und chemischen Stoffeigenschaften, spezialisiert. Mit diesem Substitutionsstoffstrom trägt die Gesellschaft zur Entlastung endlicher fossiler Energieressourcen bei und unterstützt die hochgesteckten Klimaschutzziele. Mit dieser Nutzung des Abfalls als Energiequelle werden Nachhaltigkeitsziele verfolgt und präzise in die Wirklichkeit umgesetzt. Durch die Herstellung einer heizwertreichen Mischung aus Papier, Holz, Kunststoff und Verpackungsresten kann ein wesentlicher Teil an Rohbraunkohle substituiert werden. Zugleich unterstützt der teilweise CO₂-neutrale Energierohstoff die Energiebilanz des Kraftwerkes. In der Hoffnung, dass regionale Kraftwerke ihre Technologie auf die Mitverbrennung von Heizwertäquivalenten umrüsten, sieht die RAB Halle GmbH ein Erfolgspotential durch die Reduzierung der Transportwege.

Trotz aller gesetzlichen Bestrebungen und einer umfangreichen Aufklärungsarbeit wird ein nicht geringer Teil von Wertstoffen dennoch über die Restmülltonne entsorgt und sichert weiterhin den Unternehmenszweck der RAB Halle GmbH. Zudem ist die Anlage jederzeit auf die Erweiterung der Sortiertiefe vorbereitet und kann bei gegebener Wirtschaftlichkeit weitere gewinnbringende Separierungen anbieten. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Gesellschaft mit der Sortierung der Wertstofftonnen und führt derzeit zahlreiche Gespräche, um eine hinreichende Sortierleistung zu generieren. Dabei gehen die Überlegungen des Unternehmens sowohl auf die mögliche Veränderung im Input aus der Fraktion Restmüll, als auch auf die Entwicklung eines geeigneten Sortiermodells für die Wertstofftonne ein.

Wirtschaftliche Lage

Bei der Beurteilung des kommunalen Mengenstroms ist eine Bestätigung der Vorjahresleistung zu beobachten. Im Jahr 2011 hat die RAB Halle GmbH dabei eine Inputtonnage von 57.620 Mg übernommen, welche sich im Jahr 2012 auf 57.935 Mg entwickelte. Diese leichte Erhöhung entspricht nahezu einer Tagesleistung und ist der Anzahl der gesamten Entsorgungstage im Jahr bzw. der Witterung zum Jahreswechsel bekräftigt. Positiv bewertet die Gesellschaft die Entwicklung der gewerblichen Annahmemenge. Die Steigerung um 200 Mg zum Vorjahr ist im stark marktwirtschaftlich ausgerichteten Leistungsumfeld der Beleg für die Konkurrenzfähigkeit der RAB Halle GmbH. Ebenfalls erfreut berichtet die Gesellschaft über das erste Jahr der Herstellung eines Ersatzbrennstoffes, das mit 20.792 Mg die Erwartungen weit übertroffen hat. Insgesamt resultieren aus den beschriebenen Leistungen die Umsatzerlöse von TEUR 4.615. Hinzu kommen Erträge von TEUR 140, welche hauptsächlich aus der Vermarktung des Schrottes resultieren. Die Gesamtleistung der RAB Halle GmbH im Jahr 2012 in Höhe von TEUR 4.755 stellt zum Vorjahr TEUR 4.398 eine Steigerung um TEUR 357 dar.

Mit dem Ausbau der tonnageindizierten Umsatzleistung geht die notwendige Beanspruchung des variablen Aufwandes einher. Durch die Entwicklung des Werkstoffverbrauches, des Energiebedarfes, der Fremdleistungen und der Instandsetzungsleistungen ist die Steigerung des variablen Materialaufwandes auf TEUR 3.693 zu berichten. In diesem variablen Materialaufwand erkennt die RAB Halle GmbH in der Beanspruchung der Verwertung eine nahezu konstante Darstellung, denn TEUR 2.616 stehen dem Vorjahreswert von TEUR 2.633 gegenüber.

In den Personalkosten von TEUR 79 spiegelt sich die Erweiterung der Mitarbeiter im vierten Quartal wider. Auf Grund der Inbetriebnahme der wesentlichen Investitionen zum Jahresbeginn 2012 steigen die Abschreibungen von TEUR 437 im Jahr 2011 auf TEUR 491 im Jahr 2012. Um die beiden aufstrebenden Trends des Personalaufwandes und der Abschreibungen zu kompensieren, hat die Gesellschaft die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzieren können. Insbesondere die Senkung des Rechts- und Beratungsaufwandes und des technischen Supports unterstützen die Entwicklung des sonstigen betrieblichen Aufwandes von TEUR 246 im Vorjahr auf TEUR 179 in diesem Berichtsjahr.

Alle Investitionen des Jahres 2012 wurden von der RAB Halle GmbH aus dem Bestand im Cash-Pool finanziert und führen deshalb zur Minderung des Cash-Pools. Zusätzlich geben die derzeitigen Konditionen am Kapitalmarkt keine Impulse, so dass die Zinserträge mit TEUR 4 gering ausfallen. Gleichzeitig kann die Gesellschaft ohne Neuaufnahme von Fremdfinanzierungen den Zinsaufwand auf TEUR 51 beschränken. Beide Sachverhalte geben das Finanzergebnis des Jahres 2012 von TEUR -47 wieder. Eine Gegenüberstellung zum Jahr 2011, wo ein Wert von TEUR -52 erreicht wurde, zeigt eine Verbesserung um TEUR 5.

Insgesamt schließt die Gesellschaft ein erfolgreiches Jahr mit TEUR 266 vor Gewinnabführung ab und bestätigt damit ihre Produktivität. Gleichzeitig entspricht dieses Resultat den Erwartungen, so dass die Geschäftsführung darin einen Ausdruck der Ergebnisverantwortung gegenüber dem Gesellschafter Stadtwerke Halle GmbH erneut unter Beweis stellen kann.

Zur Beurteilung der Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem Vergleich der Investitionen des Geschäftsjahres von TEUR 437 gegenüber den Abschreibungen im Jahr 2012 von TEUR 491 eine Reduzierung um TEUR 54 abzuleiten. Insgesamt weist die Bilanz der RAB Halle GmbH ein Anlagevermögen von TEUR 3.002 aus. Noch intensiver verändert sich das Umlaufvermögen von TEUR 1.316 auf TEUR 1.000. Hierbei ist wesentlich die Abnahme des Forderungsbestandes gegenüber dem Cash-Pool um TEUR 448 zu berichten. Dazu entgegengesetzt nehmen die Forderungen gegenüber den Verwertungspartnern zu, welche sich mit TEUR 193 durch die Berücksichtigung der Jahresschlussrechnung begründen. Ohne Veränderungen des Eigenkapitals von TEUR 1.708 ist auf der Passivseite ein Zuwachs am Rückstellungsbedarf zu erkennen. Neben den Rückstellungen für die Erstellung, Prüfung und Offenlegung des Jahresabschlusses und den ausstehenden Rechnungen, ist hauptsächlich die Inventur der Lagerbestände von Abfällen für diese Entwicklung verantwortlich und zum Bilanzstichtag ein Wert von TEUR 107 notwendig. Bei der Betrachtung der Verbindlichkeiten ist zunächst über die Tilgung des Kredites mit einem Umfang von TEUR 224 zu berichten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind auf Grund der Bestätigung des Ergebnisses ohne bedeutende Entwicklung mit TEUR 303 anzumerken. Für die sonstigen Verbindlichkeiten ist insbesondere über die Senkung der Rückzahlungen an die Hauptauftraggeber Stadt Halle (Saale) zu erklären. Dabei werden die Abschlagszahlungen im Jahresverlauf dem tatsächlichen Rechnungsbetrag gegenübergestellt und der ordnungsgemäße Ausweis hergestellt. Insgesamt weist die Gesellschaft zum 31.12.2012 die Bilanzsumme mit einem Wert von TEUR 4.002 aus. War vor Jahresfrist ein Wert von TEUR 4.375 zu berichten, so ist dieses eine Abnahme von TEUR 373, welches sich aus den dargelegten Sachverhalten ergibt.

Risikomanagement

Mit ihrem Geschäftsmodell beabsichtigt die RAB Halle GmbH, trotz eines sich langfristig einstellenden Mengenrückganges, zusätzliche freie Gewerbemengen am Markt zu akquirieren. Damit soll die Auslastung der eingesetzten Kapazitäten auf dem derzeit hohen Niveau gehalten werden. Zwar ist die Gesellschaft stark auf die derzeitigen Regelungen des Abfallrechtes und den Gegebenheiten des Marktes angepasst, hat aber mit geringem Aufwand genug Spielraum, um auch kurzfristig technologisch reagieren zu können. Zudem sind die Verwertungspartner mittelfristig gebunden und stützen damit einen konstanten Materialaufwand.

Mit einer umfangreichen Löschtechnik begegnet die Gesellschaft der Brandgefahr bei der Behandlung von Abfällen. Das unverzügliche und umsichtige Handeln der Mitarbeiter wird mehrfach im Jahr geschult und geübt und soll das Risiko von Sachschäden minimieren. Weiterhin ist die Gesellschaft keinen wesentlichen Fremdwährungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten ausgesetzt.

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf aktuellem Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Branchen- und Unternehmensausblick

Für den Jahresverlauf 2013 geht die Gesellschaft von einem insgesamt konstanten Mengenstrom aus. Entsprechend der Wirtschaftsplanung erwartet die RAB Halle GmbH die Fortsetzung der positiven Unternehmensentwicklung und zielt zum Abschluss des Geschäftsjahres 2013 auf einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von TEUR 295. Für die Folgejahre wird von ähnlichen Ergebnissen ausgegangen.

Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Bornknechtstraße 5
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Öffentlicher Zweck:

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlichen technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Böttcher, Jens

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	35	2	45	2			-10	-22
Umlaufvermögen	508	35	1.291	70	25	100	-783	-61
Rechnungsabgrenzungsposten	927	63	509	28			418	82
Bilanzsumme	1.470	100	1.845	100	25	100	-375	-20
Passiva								
Eigenkapital	22	1	22	1	22	88	0	0
Rückstellungen	102	7	79	4	3	12	23	29
Verbindlichkeiten	1.346	92	1.744	95	0	0	-398	-23
Bilanzsumme	1.470	100	1.845	100	25	100	-375	-20

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.626	2.394	
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-10	15	
sonstige betriebliche Erträge	100	83	
Materialaufwand	2.385	2.655	
Personalaufwand	397	4	
Abschreibungen	12	12	
sonstige betriebliche Aufwendungen	127	114	3
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11	12	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-216	-305	-3
sonstige Steuern	1	0	
Erträge aus Verlustübernahmen	217	305	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	-3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-8,25	-12,74		%
Eigenkapitalrentabilität:	-989,86	-1.393,68	-12,48	%
Cash-Flow:	-205	-293	-3	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	388			T€
Personalaufwandsquote:	14,61	0,14		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,40	2,45		%
Eigenkapitalquote:	1,49	1,19	88,82	%
Fremdkapitalquote:	98,51	98,81	11,18	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Lichtpunkte	22.782,00	22.700,00	0,00	Stk.

e) Lagebericht**Geschäfts- und Rahmenbedingungen****Rahmenbedingungen**

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 Prozent, 2011: 3,1 Prozent). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 Prozent) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 Prozent und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 Prozent ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozent-Punkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozent-Punkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

Branchenentwicklung

Zum 01. Januar 2012 wurde ein neuer Bestandteil des Strompreises eingeführt. Dieser beinhaltet nach § 19 Abs. 2 StromNEV (Stromnetzentgeltverordnung) eine Umlage zur Entlastung der Großindustrie. Für Industrieunternehmen, die einen Stromverbrauch von mehr als 10 GWh haben und relativ konstant Strom verbrauchen (mehr als 7.000 Benutzungsstunden pro Jahr), entfallen demnach die Netzentgelte. Die dadurch entgangenen Erlöse der Netzbetreiber werden durch die Erhebung der neuen Umlage kompensiert.

Geschäft und Geschäftsgegenstand

Am 14. Dezember 2010 wurde die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH als 100-prozentiges Tochterunternehmen der Stadtwerke Halle GmbH gegründet. Der operative Geschäftsbetrieb der Gesellschaft begann zum 01. Januar 2011.

Unternehmensgegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen in und für die Stadt Halle zur öffentlich technischen Infrastruktur des Individualverkehrs, insbesondere die Stadtbeleuchtung sowie die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehender Geschäfte.

Mit der Gründung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der EVH GmbH geschlossen. Das betreffende Personal ist mit Wirkung zum 01. Januar 2012 direkt auf die Gesellschaft übergegangen. Der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag besteht lediglich noch für eine Person.

Der geschlossene Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der EVH GmbH zur Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, die zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der Stadtwerke Halle GmbH getroffene Cash-Pool-Vereinbarung mit einem Kontokorrentkreditrahmen von T€ 2.000 sowie der Gewinnabführungsvertrag behielten im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Gültigkeit.

Mit der Stadt Halle (Saale) hat die Gesellschaft zum 01. Februar 2011 einen Beleuchtungsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Durch diesen Vertrag ist die Gesellschaft verpflichtet, über die Vertragslaufzeit Maßnahmen zum Betrieb, zur Instandsetzung, zur Erneuerung sowie zur Erhöhung der Energieeffizienz der Beleuchtungsanlagen durchzuführen. Dafür erhält die Gesellschaft ein vertraglich fixiertes Entgelt.

Ertragslage

Ergebnisentwicklung der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH einen Fehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von T€ -216,6.

Absatz/Umsatz/Erträge

Umsatz Strom

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH erzielte durch Weiterberechnungen von Strom an die DSM Deutsche Städte Medien GmbH sowie an die Stadt Halle Umsatzerlöse in Höhe von T€ 110,7. Dies sind T€ 10,4 mehr als im Vorjahr (T€ 100,3). Grund für die Abweichung waren höhere Preise laut Vertrag.

Umsatzerlöse Service

Zum 31. Dezember 2012 betragen die Umsatzerlöse Service T€ 2.515,5. Diese Position beinhaltet hauptsächlich den Beleuchtungsvertrag mit der Stadt Halle. Im Vergleich zum Vorjahr (T€ 2.293,8) steigerten sich die Umsatzerlöse aus Service um T€ 221,7. Dies ist auf eine höhere Anzahl der Lichtpunkte sowie einer leichten Preissteigerung des Lichtpunktpreises zurückzuführen. Des Weiteren wurden durch die Durchführung von Zusatzmaßnahmen im Auftrag der Stadt außerhalb des Beleuchtungsvertrages weitere Umsatzerlöse erzielt.

Betriebliche Erträge

Im abgelaufenen Geschäftsjahr generierte das Unternehmen sonstige betriebliche Erträge in Höhe von T€ 100,2. Das sind T€ 16,9 mehr als im Vorjahr. Höhere Instandhaltungsmaßnahmen für Schäden wurden an Dritte weiterberechnet.

Variable Aufwendungen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen in der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von T€ 2.385,7 an (Vorjahr: T€ 2.655,4).

Bezug Strom

Die Gesellschaft bezog von der EVH GmbH 10,3 GWh Strom. Dafür musste das Unternehmen T€ 1.624,7 aufwenden (Vorjahr: T€ 1.326,7). Grund für den Anstieg war ein durch die erfolgte Wiederschaltung abgeschalteter Lichtpunkte bedingter höherer Stromverbrauch als im Vorjahr.

Bezogene Leistungen

Die bezogenen Leistungen umfassten hauptsächlich Fremdleistungen für Instandhaltungen, den Dienstleistungsvertrag mit der EVH GmbH zu kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, die Weiterberechnung von Schäden, deren Verursacher bekannt sind sowie den Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung mit der EVH GmbH. Insgesamt wurden für bezogene Leistungen T€ 541,7 aufgewandt. Im Vergleich zum Vorjahr waren das T€ 378,8 weniger. Im Geschäftsjahr 2011 waren 8 Mitarbeiter aus der EVH GmbH mittels Arbeitnehmerüberlassung bei der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH beschäftigt. Zum 01. Januar 2012 gingen 7 Personen direkt auf die Gesellschaft über. Damit verringerte sich der Aufwand für Arbeitnehmerüberlassung.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Geschäftsjahr 2012 betragen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen T€ 127,4 (Vorjahr: T€ 113,9). Durch die Durchführung von Zusatzmaßnahmen im Auftrag der Stadt außerhalb des Beleuchtungsvertrages wurden höhere Leistungen aufgewandt, die an die Stadt weiterberechnet wurden.

Personal- und Sozialbereich

In 2012 wandte das Unternehmen für Personal T€ 397,0 auf. Durch die Übernahme von 7 Mitarbeitern aus der EVH GmbH in die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH fielen im Vergleich zum Vorjahr T€ 393,4 mehr Aufwendungen für Personal an.

Finanzlage

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wies am 31. Dezember 2012 einen negativen Finanzmittelbestand in Höhe von T€ 1.160 aus. Trotz eines negativen Geschäftsergebnisses in Höhe von T€ 217 verbesserte sich die Liquidität des Unternehmens um T€ 365.

Die Verbesserung ergibt sich in erster Linie aus der Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von T€ 480 und davon aus dem Abbau von Forderungen Höhe von T€ 696.

Aufgrund des zwischen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und der Stadt Halle abgeschlossenen Beleuchtungsvertrages (Vertragslaufzeit 15 Jahre) führt die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH Investitionen zur Effizienzsteigerung durch. Diese Investitionen werden bei der Stadt Halle als Anlagevermögen und bei der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über die Laufzeit abgeschrieben. Der Anstieg des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens um T€ 419 wurde durch die Verlustausgleichzahlung der Stadtwerke Halle GmbH im Rahmen des zwischen beiden Gesellschaften bestehenden Ergebnisabführungsvertrages in Höhe von T€ 305 für das Jahr 2011 kompensiert.

Die Liquidität der Gesellschaft wurde im Jahr 2012 im Rahmen einer Cash-Pool-Vereinbarung mit der Stadtwerke Halle GmbH sichergestellt. Die Stadtwerke Halle GmbH stellt der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH einen unbefristeten Cash-Pool-Kreditrahmen in Höhe von T€ 2.000 zur Verfügung, sodass gemäß der vorliegenden Planung auch im folgenden Geschäftsjahr die Liquidität unverändert gewährleistet sein wird.

Vermögenslage

Die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wurde mit einem Stammkapital in Höhe von T€ 25 ausgestattet. Das Eigenkapital belief sich zum 31. Dezember 2012 auf T€ 21,9. Daraus ergab sich eine Eigenkapitalquote von 1,5 Prozent.

Die Rückstellungen betrafen Aufwendungen des Jahresabschlusses 2012, Aufwendungen für unterlassene Instandhaltungen sowie Aufwendungen für Beraterleistungen und Verpflichtungen gegenüber Dritten.

Die Bilanzsumme des Unternehmens betrug T€ 1.469,8 (Vorjahr: T€ 1.845,1).

Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 ereigneten sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen Nachtragsbericht für die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH notwendig machen würden.

Risikobericht

Es sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

Prognosebericht

Die Gesellschaft wird im Jahr 2013 ebenfalls ein negatives Ergebnis ausweisen. Insbesondere die Jahre 2013 und 2014 sind von höheren Ausgaben zur Optimierung der Energieeffizienz gekennzeichnet. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgt ein Verlustausgleich über den Gewinnabführungsvertrag.

Ab dem Jahr 2014 wird davon ausgegangen, dass die Gesellschaft ein positives Ergebnis realisieren wird und dass über die Vertragslaufzeit des Beleuchtungsvertrages mit der Stadt Halle die anfänglichen Minderergebnisse kompensiert werden können (Gewinnabführung an die Stadtwerke Halle GmbH).

Die Liquidität wird, auch unter Inanspruchnahme der eingeräumten Cash-Pool-Konto-korrentkreditlinie der SWH, gegeben sein.

Im Geschäftsjahr 2013 sollen Investitionen in Höhe von T€ 18,5 für neue Messtechnik sowie für Werkzeuge getätigt werden. In den Jahren 2014 bis 2017 wurden jährlich T€ 0,2 für Werkzeuge geplant.

Ab dem 01. Januar 2013 gibt es einen neuen Bestandteil des Strompreises. Es wurde die Offshore-Haftungsumlage nach § 17 f. EnWG-Novelle (Energiewirtschaftsgesetz-Novelle) eingeführt. Demnach sind Netzbetreiber berechtigt, Kosten für geleistete Entschädigungszahlungen, soweit diese dem Belastungsausgleich unterliegen und nicht erstattet wurden sowie für Ausgleichszahlungen einen Aufschlag zu erheben.

Am 13. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundestag eine von der Bundesregierung vorgelegten Verordnung über Vereinbarungen zur abschaltbaren Lasten (AbschaltVO) zugestimmt. Nach der Verordnung sollen bestimmte Großverbraucher die Leistungen zur kurzfristigen Abschaltung vorhalten und dafür eine Vergütung vom Übertragungsnetzbetreiber erhalten. Die dabei entstandenen Kosten werden dann unter den ÜBN verteilt und auf alle Letztverbraucher ohne Unterscheidung nach Letztverbrauchergruppen umgelegt. Auf Grundlage des Beschlusses wird derzeit die Einführung der Umlage nach §18 Abs.1 AbschaltVO vorbereitet. Die konkrete Höhe steht noch nicht fest.

TELONON Abwasserbehandlung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Zum Teich 6
06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand ist der kaufmännische und technische Betrieb von Kläranlagen, deren Reparatur und Wartung sowie die Errichtung, Erwerb und Verwaltung von Anlagen zur Abwasserbehandlung; ausgenommen sind Tätigkeiten, die in § 34c der Gewerbeordnung aufgeführt sind oder die sonst staatlicher Genehmigung im Sinne des § 8 des GmbH-Gesetzes bedürfen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Rausch, Werner

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	710	100	673	100	452	100	37	5

Bilanzsumme	710	100	673	100	452	100	37	5
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	26	4	26	4	26	6	0	0
Rückstellungen	7	1	7	1	5	1	0	0
Verbindlichkeiten	677	95	640	95	421	93	37	6

Bilanzsumme	710	100	673	100	452	100	37	5
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.172	3.330	3.167
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Materialaufwand	1.872	2.082	1.943
Personalaufwand	7	7	7
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.275	1.224	1.200
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	18	19	18
sonstige Steuern	3	2	3
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	15	17	14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,49	0,50	0,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	60,30	64,80	63,02	%
Cash-Flow:	15	17	15	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:	0,23	0,21	0,22	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	3,60	3,80	5,66	%
Fremdkapitalquote:	96,40	96,20	94,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
behandeltes Mischwasser	17,02	19,71	23,90	Mio. m ³
Klär gas	2,74	2,44	2,40	Mio. m ³
Klärschlamm	17.138,00	17.742,00	18.244,00	t
Stromerzeugung	5,09	4,72	4,79	Mio. kWh

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 %-Punkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Seit dem 30. April 1997 führt die TELONON Abwasserbehandlung GmbH gemäß Betriebsführungsvertrag für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG den kaufmännischen und technischen Betrieb der Kläranlage Halle-Nord durch.

Für die Erledigung der Aufgaben aus dem Betriebsführungsvertrag hat die Gesellschaft per Geschäftsbesorgungsvertrag das Personal der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) vertraglich gebunden. Der Betriebsdienst wird von der HWS ordnungsgemäß durchgeführt.

Zu größeren Störungen im Betrieb der Kläranlage kam es im Geschäftsjahr 2012 nicht.

Im Jahr 2012 wurden auf der Kläranlage Halle-Nord 17,02 Mio. m³ Mischwasser behandelt (2011 = 19,71 Mio. m³). Bezogen auf die Trockenwetterzulaufmenge betrug die durchschnittliche Abwassermenge 40.066 m³/d (2011 = 48.112 m³/d).

Der Abwasseranfall auf der Kläranlage Halle-Nord ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der Trend der letzten Jahre zeigt einen rückläufigen Abwasseranfall. Durch den Rückgang des Trinkwasserverbrauchs in der Stadt Halle (Saale) wird sich dieser Trend fortsetzen.

Durch die Überleitung des Abwassers der südlichen und östlichen Stadtteile von Halle reinigt die Kläranlage ca. 99 % des gesamten anfallenden Abwassers der Stadt Halle und hat damit ihre volle frachtmäßige Auslastung erreicht.

In den nächsten Jahren wird sich der Anschluss aus einigen Gemeinden des Saalekreises weiter erhöhen.

Mit der noch vorgesehenen Erweiterung des Einzugsgebietes wird sich der zurzeit sehr hohe Auslastungsgrad der Kläranlage Halle-Nord in den Folgejahren kaum ändern.

Seit Juli 2001 übernimmt die Kläranlage Halle-Nord zusätzlich Deponiesickerwasser aus der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau. Im Jahr 2012 wurden 69.232 m³ Sickerwasser (2011 = 196.875 m³) ordnungsgemäß gereinigt.

Die Ablaufwerte wurden im Jahr 2012 im Allgemeinen stabil eingehalten. Es kam jedoch kurzzeitig zu einer Überschreitung des vorgegebenen Überwachungswertes durch eine nichtgenehmigte Fremdeinleitung.

Im Jahr 2012 wurden 62,7 t Rechengut und 532 t Sandfangrückstände entsorgt. Gleichzeitig fielen 17.138 t Klärschlamm an, die durch die SUC GmbH, Abfallbehandlung Döllnitz entsorgt wurden.

Durch das angefallene Klärgas (Gesamtanfall 2,74 Mio. m³) wurden im Jahr 2012 in den Blockheizkraftwerken 5,09 Mio. kWh Strom erzeugt (2011: 4,72 Mio. kWh).

Insgesamt wurden im Jahr 2012 53 % des Gesamtstromverbrauches der Kläranlage Halle-Nord selbst erzeugt.

In den letzten Jahren wurden verstärkt Fäkalien aus dem Umland der Stadt Halle angenommen, verarbeitet und gereinigt. Im Jahr 2012 betrug diese Menge 13.215 m³ (2011: 17.365 m³).

In der kaufmännischen und technischen Betriebsführung der Kläranlage Halle-Nord gab es im Jahr 2012 keine Probleme.

Die Betriebskosten auf der Kläranlage haben sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren entsprechend der allgemeinen Preissteigerung leicht erhöht. Durch die Annahme von Sickerwasser aus der Deponie und Fäkalien aus dem Umland von Halle werden die Einnahmen erhöht und damit die Wirtschaftlichkeit des Klärwerkes verbessert. Ein Vergleich mit anderen Abwasserreinigungsanlagen dieser Größenordnung zeigt, dass die Kläranlage Halle-Nord wirtschaftlich betrieben wird.

Die Betriebsführung wurde für die Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG durch die TELONON Abwasserbehandlung GmbH für das Geschäftsjahr 2012 ordnungsgemäß erfüllt.

Besondere Vorkommnisse in der Betriebsführung sind im Verlauf des gesamten Geschäftsjahres nicht aufgetreten.

Der bestätigte Wirtschaftsplan des Jahres 2012 wurde eingehalten. Es wurde ein positives Ergebnis erzielt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Mitglied der IHK Halle und der Berufsgenossenschaft der Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM).

Auf der Grundlage des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages mit der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der HWS wird sich das Aufgabengebiet der TELONON Abwasserbehandlung GmbH in den nächsten Jahren nicht ändern. Die Erweiterung der Geschäftsfelder ist nur in begrenztem Maße möglich.

Auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung ist die TELONON Abwasserbehandlung GmbH nicht tätig.

Zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens gibt es keine Veränderung.

Das Jahresergebnis 2013 wird in ähnlicher Höhe wie im Jahr 2012 erwartet. Auch für das Jahr 2014 wird eine Entwicklung analog zu den Vorjahren erwartet.

WER-Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Äußere Hordorfer Straße 12
 06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 256

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	154	60,00
Fehr Umwelt Ost GmbH	102	40,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erfassung, Sammlung und Logistik von Wertstoffen auf der Grundlage der Verpackungsverordnung und aller begleitenden Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen unter Berücksichtigung von gemeindlichen Belangen, vornehmlich im Gebiet der Stadt Halle (Saale) sowie gegebenenfalls in den umliegenden Kreisen. Die Gesellschaft kann weitere Aufgaben im Rahmen der Duales System Deutschland AG wahrnehmen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Winter, Thomas
Handlungsbevollmächtigter Günther, Peter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(bis 30.06.2012)
stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	(seit 27.09.2012 stellv. Vorsitzende)
	Allner, Jürgen	
	Böcker, Udo	
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
	Hilbig, Stefan	(seit 21.09.2012)
	Hildebrandt, Roland	
	Krause, Johannes	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	
	Sieber, Olaf	
	Weiland, Mathias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	809	100	780	100	788	100	29	4
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	0	1	0	0	0
Bilanzsumme	810	100	781	100	789	100	29	4
Passiva								
Eigenkapital	664	82	656	84	681	86	8	1
Rückstellungen	129	16	113	14	90	12	16	14
Verbindlichkeiten	17	2	12	2	18	2	5	42
Bilanzsumme	810	100	781	100	789	100	29	4

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	198	209	206
sonstige betriebliche Erträge	12	4	37
Materialaufwand	77	80	76
Personalaufwand	24	22	19
Abschreibungen	0	0	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	72	97	106
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	6	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	33	20	46
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10	5	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23	15	40
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	23	15	40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,40	6,99	19,23	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,52	2,28	6,16	%
Cash-Flow:	23	15	40	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	105	106	121	T€
Personalaufwandsquote:	11,45	10,19	7,70	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,02	0,03	0,04	%
Eigenkapitalquote:	82,01	84,03	86,33	%
Fremdkapitalquote:	17,99	15,97	13,67	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Wertstoffaufkommen Glas	3.657,40	3.738,00	3.601,24	Mg

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 %-Punkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Vor mehr als zwanzig Jahren wurde in Deutschland eine flächendeckende Diskussion in der Umweltpolitik angestoßen. Kommunen beklagten eine enorme Menge an Siedlungsabfällen und erkannten darin einen erheblichen Anteil an Verpackungen. Daraufhin wurde in der Folgezeit ein flächendeckendes Rücknahmesystem für Verkaufsverpackungen aufgebaut. Dadurch entwickelte sich ein ambitioniertes Recyclingsystem, was die Bevölkerung beteiligt und zugleich in die Verantwortung nimmt. Den Ausschnitt der Erfassung von gebrauchten Glasverpackungen übernimmt seit Anbeginn in der Stadt Halle (Saale) die WER Halle GmbH. Unter der Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger werden über die separat aufgestellten Depotcontainer Glasverpackungen der Farben Weiß, Grün und Braun getrennt eingeworfen. Alle drei Glassorten werden den Verwertern getrennt übergeben und können anschließend im Stoffkreislauf aufbereitet und für den Wiedereinsatz verwendet werden.

Dieses gut funktionierende System der separaten Erfassung und Verwertung von durchschnittlich zwei Drittel des Altglasaufkommens wird von einem hohen Prozentsatz der bundesdeutschen Haushalte genutzt. Durch die sehr ausgeprägte Akzeptanz in der Gesellschaft und die hohen Erfassungsquoten kann die WER Halle GmbH der Diskussion um das Wertstoffgesetz mit Zuversicht entgegenblicken. Das derzeit in der Vorbereitung befindliche Gesetz soll die Richtlinien der Europäischen Union in deutsches Recht überführen. Damit wird zugleich die Verpackungsverordnung abgelöst und letztendlich eine höhere Wiederverwertung aller Gebrauchsverpackungen angestrebt. Grundlegend definiert sich dabei die Zielpyramide: Abfallvermeidung vor Wiederverwendung vor stofflichem Recycling. Somit können diese drei Maßnahmen die Verbrennung und Beseitigung von Abfall verhindern. Die mittlerweile zwei Jahre dauernde Formulierung des Wertstoffgesetzes sieht für das System der Altglaserfassung vorerst keine Veränderungen oder Auswirkungen durch andere Erfassungssysteme vor. Grundsätzlich hat sich das Recycling von Altglas in den letzten Jahren zu einer Stütze der Rohstoffversorgung der glasverarbeitenden Wirtschaft etabliert.

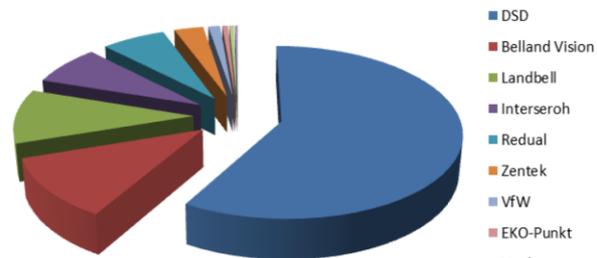
Bei der konstanten Umsetzung des Leistungsauftrages steht für die WER Halle GmbH stets die allgemeine Kundenzufriedenheit im Vordergrund. Dabei richtet die Gesellschaft ihre Sichtweise nicht nur auf die vertraglich gebundenen Systembetreiber, sondern erweitert den Kundenkreis auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale), welche die eigentlichen Leistungsempfänger sind. Permanent steht für das Unternehmen die Wahrung der Entsorgungssicherheit auf einem qualitativ hohen Niveau im Blickpunkt, wo strikte Termintreue, kurze Reaktionszeiten auf Kundenanfragen und eine besonders niedrige Reklamationsrate als direkter Gradmesser dienen. Gegenüber den Systembetreibern muss eine kontinuierliche, fehlerfreie und insbesondere unverzügliche Datenmeldung erfolgen. Alle diese Parameter konnte die WER Halle GmbH im vergangenen Jahr erfüllen und schließt deshalb mit Zufriedenheit ein bewegtes Geschäftsjahr 2012 ab.

Zu den bisherigen bundesweit agierenden Systembetreibern, welche alle in Sachsen-Anhalt lizenziert sind, zählen mit der DSD GmbH, der EKO-Punkt GmbH, der Landbell AG, der ISD Interseroh Dienstleistungs GmbH, der Belland Vision GmbH, der Reclay VfW GmbH, der Zentek GmbH & Co. KG, der VfW Reclay Group, der Veolia Umweltservice Dual GmbH und der RKD Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG nun insgesamt zehn Systembetreiber zu den Auftraggebern der Gesellschaft. Letztere hat im vierten Quartal die operative Geschäftstätigkeit in unserem Bundesland aufgenommen. Allen dualen Systemen wird das Trennsammelsystem der WER Halle GmbH gemeinschaftlich zur Verfügung gestellt. Entsprechend der gemeldeten Marktanteile bemisst sich der Umsatz mit dem einzelnen Partner. Im abgelaufenen Jahr entwickelten sich die Mengenströme der einzelnen Partner unterschiedlich.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Gesamttonnage des Jahres 2012 verteilt auf die einzelnen Vertragsgeber.

Systempartner Jahrestonnage

DSD	2.135,0 Mg
Belland Vision	420,0 Mg
Landbell	376,3 Mg
Interseroh	275,6 Mg
Redual	244,5 Mg
Zentek	111,6 Mg
VfW	44,1 Mg
EKO-Punkt	22,2 Mg
Veolia	18,5 Mg
RKD	9,6 Mg
Summe	3.657,4 Mg



Veränderungen in der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2012 und darüber hinaus bis zum Jahresende 2013 ist von marginalen Veränderungen in der Gesellschaft zu berichten, da die Leistungserfüllung der Vertragsverhältnisse 2010 – 2013 weitestgehend das Agieren der WER Halle GmbH bestimmt. Im Jahr 2013 wird die Leistung der Sammlung von gebrauchten Glasverpackungen in der Stadt Halle (Saale) neu ausgeschrieben und marktwirtschaftlich vergeben. Dazu erwartet die Gesellschaft im Laufe des zweiten Quartals die Veröffentlichung der Unterlagen. Deutschland hat sich auf eine standardisierte Ordnung festgelegt, welche die konkreten Erfassungsströme beschreibt. Demzufolge sind die zu erfassenden Sammelmengen keinen qualitativen und quantitativen Umbrüchen unterworfen. In den letzten Jahren erfolgte die Vergabe der Sammel- und Verwertungsaufträge in einem intensiven Wettbewerb. Da die Inverkehrbringer der Verpackungen die Entsorgung und das Recycling zu tragen haben und die dualen Systeme über Lizenzvereinbarungen eine hohe Recyclingquote absichern, haben sich für die Leistungserbringer transparente Rahmenparameter ergeben. Diese Herausforderung nimmt die Gesellschaft in der erwähnten Ausschreibung an und ist bestrebt, ihre Stellung in der Stadt Halle (Saale) zu behaupten.

Wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die konsequente Anpassung der Entsorgung an die vorhandenen Erfassungsmengen. Die konstante Anzahl der Verbraucherinnen und Verbraucher in der Stadt Halle (Saale) wirkt sich ebenfalls auf die nahezu gleichbleibende Sammelmenge des Jahres 2012 aus. Dennoch bleibt die Aufgabe für das Unternehmen die permanente Optimierung der operativen Leistung fortzusetzen, um auch zukünftig die Konkurrenzfähigkeit bei anstehenden Ausschreibungen beweisen zu können.

Ein zweiter Erfolgsfaktor sind die ca. 1.300 Depotcontainer, welche im gesamten Stadtgebiet für die Entsorgung aufgestellt sind. Diese überaus große Anzahl stellt bei einer Vertragslaufzeit von vier Jahren für die Konkurrenzunternehmen eine zusätzliche Aufwandsposition dar. Dieser Umstand hindert die WER Halle GmbH wiederum an der regionalen Erweiterung des Leistungsauftrages.

Nach der Sammelleistung im Stadtgebiet erfolgt entlang der Stoffstromkette die Aufbereitung beziehungsweise die Verwertung der Glasmengen. Da die Verwertungsleistungen im Jahresrhythmus vakant sind, haben sich auch zu Beginn des Jahres 2012 die Verwertungswege geändert. Zwar konnte die WER Halle GmbH einen Großteil der Transportaufträge behaupten und der regional günstig gelegene Verwertungsgesellschaft Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG in Bennstedt (Saalekreis) eine Direktanlieferung anbieten. Aus logistikoptimalen Gründen können dabei Regiefahrten eingespart und Lagerflächen reduziert werden. Seit Jahresbeginn ist aber auch eine weitere Entwicklung zu beobachten. Große Systembetreiber trennen die Transport- von den Verwertungsaufträgen und vergeben die Logistikleistungen eigenständig im Wettbewerb. Dabei drängen reine Speditionsunternehmen in diesen Leistungsbereich und unterbieten die Konditionen der Erfassungsunternehmen.

Berichte über wichtige Projekte und Vorhaben

Nach dem Ende der Winterperiode hat die Gesellschaft die Maßnahmen zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Sammelgroßbehälter fortgesetzt. Im Jahresverlauf 2012 sind 90 Behälter im Stadtbild mit einem neuen Farbanstrich versehen worden, um hauptsächlich die Schäden in Folge des Vandalismus zu beseitigen. Im Jahr 2013 wird diese Maßnahme intensiviert um den Behälterbestand für den neuen Vertragszeitraum vorzubereiten. Zudem sind an einigen Behältern die Lärmdämmmaßnahmen instand zu setzen.

Ab dem Jahr 2013 plant die WER Halle GmbH die sukzessive Ersatzbeschaffung der 34 m³ Sammelcontainer. Zur Umsetzung hat die Gesellschaft im Jahr 2012 mit der Formulierung technischer Parameter und der anschließenden Einholung von Angeboten begonnen, um nach erfolgreicher Bewerbung um den Sammelauftrag 2014 bis 2016 die Investition auslösen zu können.

Zur Sicherung der Tonnage steht die WER Halle GmbH im ständigen Kontakt mit dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger, um eine bessere Auslastung der vorhandenen und die Gewinnung neuer Standplätze zu erreichen. Die aktuelle Anzahl der betriebsbereiten Standplätze zum Jahresende 2012 konnte im Stadtgebiet auf 320 Standplätze gesteigert werden.

Zertifizierung

Die turnusmäßige externe Zertifizierung des Entsorgungsbetriebes wurde im Februar 2012 erfolgreich durchgeführt. Dazu hat sich die WER Halle GmbH am 23. Februar 2012 der jährlichen Überprüfung durch den TÜV Rheinland vorgestellt, um somit ihren hohen Qualitätsanspruch zu beweisen und sich gleichfalls für die Fortentwicklung der Gesellschaft zu rüsten.

Risikomanagement

Das Risikofrüherkennungssystem der Gesellschaft befindet sich auf einem aktuellen Stand. In Auswertung der festgelegten Risikofelder sind keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken benannt.

Wirtschaftliche Lage

Die erfasste Altglasmenge der WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2012 ist mit einer Sammelleistung von 3.657 Mg geringfügig unter dem Vorjahreswert von 3.738 Mg. Damit bestätigt sich die Konstanz in der Erfassungstonnage um ein weiteres Jahr. Allerdings sind die Umsätze für die Sammelleistungen nicht direkt von der Mengenkategorie abhängig und bewegen sich nur geringfügig zwischen den Auftraggebern. Im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 213 reduzieren sich die Erträge 2012 auf TEUR 210. Diese Entwicklung wird zudem durch die beschriebene Verschiebung großer Mengenanteile in den Transportleistungen für den Verwerter Rhenus Recycling Ost GmbH & Co. KG bestätigt.

Parallel zu den Erfassungsmengen entwickelten sich die variablen Aufwendungen für die Sammel- und die Transportleistungen auf einen Wert von TEUR 77. Gegenüber dem Vorjahr von TEUR 80 ist dies ebenfalls eine rückläufige Entwicklung in Höhe von TEUR 3.

Die Personalkosten von TEUR 24 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 72 beschreiben im Wesentlichen die Fixkosten des Unternehmens. Zusammen betrachtet entwickeln sich diese Aufwandspositionen von TEUR 119 im Vorjahr auf TEUR 96 im Jahr 2012 und begründen die positive Tendenz hauptsächlich aus dem reduzierten Instandhaltungsaufwand für die Depotcontainer. Auf Grund der anhaltend niedrigen Konditionen am Kapitalmarkt kann die Gesellschaft keine nennenswerten Erträge aus der guten Liquiditätsausstattung schöpfen. Zusätzlich wird das Finanzergebnis durch die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen belastet. Insgesamt entwickelt sich das Finanzergebnis von TEUR 6 im Jahr 2011 auf TEUR -4 im Jahr 2012.

Unter Berücksichtigung der Steuerzahlungen auf Einkommen und Ertrag erwirtschaftete die WER Halle GmbH im Geschäftsjahr 2012 ein Ergebnis von TEUR 23. Mit dem Ergebnis stellt das Unternehmen, trotz eindimensionaler Leistungsorientierung, erneut seine Wirtschaftskraft unter Beweis und erfüllt damit die gesteckten Ziele, denn bei einem geplanten Ergebnis nach Steuern von TEUR 3 fällt die Beurteilung deutlich aus.

Die Bilanzsumme hat sich insgesamt von TEUR 781 zum Stichtag 2011 auf einen Wert zum 31.12.2012 von TEUR 810 entwickelt. Im Jahresvergleich zeigt das Umlaufvermögen bei nahezu unverändertem Kundenforderungsbestand eine Erhöhung der Liquidität um TEUR 29 auf TEUR 745.

Auf Grund der Verbesserung des Jahresergebnisses gegenüber dem Vorjahr steigt das Eigenkapital der WER Halle GmbH auf TEUR 664. Die erforderliche Berücksichtigung relevanter Risiken führt zur Erhöhung der sonstigen Rückstellungen um TEUR 11. Verbindlichkeiten von TEUR 16, gegenüber TEUR 11 im Vorjahr ergänzen die Bilanzdarstellung.

Personal

Zum 31. Dezember 2012 lag die Beschäftigung in der WER Halle GmbH bei 0,2 Vollzeitbeschäftigteneinheiten und entspricht damit dem Plan. Vor dem Hintergrund, dass in der Gesellschaft keine operative Leistung geplant ist, beschränkt sich der Personaleinsatz hauptsächlich auf die Planung und Abrechnung der operativen Tätigkeit.

Branchen- und Unternehmensausblick

Die Fortsetzung der Geschäftstätigkeit, über die derzeitige Vertragslaufzeit bis zum 31. Dezember 2013 hinaus, wird sich aus dem Ausschreibungsergebnis ableiten. Die Vergabe der operativen Tätigkeiten an den Subunternehmer Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH für die Sammel- und Transportleistungen sichert die Bindung der notwendigen Kapazitäten und wird auf Grund der Wirtschaftlichkeit in bewährter Form fortgesetzt.

Für die Gesellschaft liegt das Hauptaugenmerk auf der frist- und vertragsgerechten Umsetzung der Verträge. Gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Halle (Saale) sucht die WER Halle GmbH nach zusätzlichen Standplätzen und ist mit der Optimierung der bestehenden Standplätze beziehungsweise deren Entsorgung beschäftigt. Damit soll die Kundenfreundlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) gefestigt oder gar gesteigert werden.

Für das Geschäftsjahr 2013 plant die WER Halle GmbH bei gegebener Liquidität ein Ergebnis von TEUR 4. Auch für das Jahr 2014 wird eine ähnliche Entwicklung erwartet.

W+H Wasser- und Haustechnik GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Liebenauer Straße 130 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparatur von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Öffentlicher Zweck:

Als Unternehmen, welches sich auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung und der Wasserversorgung betätigt, ergibt sich dessen öffentlicher Zweck aus § 116 Abs. 2 GO-LSA.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Dr. Gaudig, Lutz	(bis 30.06.2012)
	Kloß, Romy	(seit 01.07.2012)
	Kuschnik, Jens	(seit 01.07.2012)

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzender	Misch, Werner	
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	(bis 30.06.2012)
stellv. Vorsitzende	Nebelung, Barbara	(seit 27.09.2012 stellv. Vorsitzende)
	Allner, Jürgen	
	Böcker, Udo	
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar	
	Hilbig, Stefan	(seit 21.09.2012)
	Hildebrandt, Roland	
	Krause, Johannes	
	Neumann, Wolfram	
	Raab, Katja	
	Sieber, Olaf	
	Weiland, Mathias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	224	29	239	21	238	24	-15	-6
Umlaufvermögen	545	69	866	77	755	74	-321	-37
Rechnungsabgrenzungsposten	16	2	19	2	23	2	-3	-16
Bilanzsumme	785	100	1.124	100	1.016	100	-339	-30
Passiva								
Eigenkapital	225	29	225	20	225	22	0	0
Rückstellungen	296	38	238	21	228	23	58	24
Verbindlichkeiten	264	33	661	59	563	55	-397	-60
Bilanzsumme	785	100	1.124	100	1.016	100	-339	-30

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.094	4.761	3.952
sonstige betriebliche Erträge	134	174	110
Materialaufwand	1.490	2.021	1.277
Personalaufwand	2.004	2.074	2.023
Abschreibungen	60	61	56
sonstige betriebliche Aufwendungen	390	423	346
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	284	357	360
außerordentliche Aufwendungen	215		2
außerordentliches Ergebnis	-215		-2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-0	-0
sonstige Steuern	7	7	7
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	62	350	351
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,50	7,35	8,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	27,43	155,89	156,39	%
Cash-Flow:	121	411	407	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	74	87	75	T€
Personalaufwandsquote:	47,41	42,03	49,80	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	28,51	21,24	23,46	%
Eigenkapitalquote:	28,60	19,98	22,10	%
Fremdkapitalquote:	71,40	80,02	77,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Beglaubigung von Wasserzählern	10.063,00	9.993,00	8.728,00	Anzahl
Jahresstichtagsablesungen	10.400,00	9.455,00	8.813,00	Anzahl
operativer Zählerwechsel	1.150,00	1.200,00	899,00	Anzahl
turnusmäßiger Zählerwechsel	8.130,00	7.960,00	8.049,00	Anzahl

e) Lagebericht

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 %-Punkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

Veränderungen von Rahmen- und Marktbedingungen

Die W + H Wasser- und Haustechnik GmbH (W + H) wurde mit dem Gesellschaftsvertrag vom 14. Dezember 1998 gegründet.

Sie ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) und nahm am 1. Januar 1999 ihre operative Tätigkeit mit einem Meister und 9 gewerblichen Mitarbeitern der ehemaligen Zählerwerkstatt der Hallesche Wasser und Abwasser GmbH (HWA) auf. Am 1. Juli 2000 stellte die W + H 15 ehemalige Mitarbeiter der Energie- und Haustechnik GmbH ein. Entsprechend einer Vereinbarung vom 1. Dezember 2003 wurden, beginnend mit dem 1. Dezember 2003, stufenweise 14 Mitarbeiter der HWA übernommen. Am 1. Dezember 2003 und am 1. März 2004 übernahm die W + H jeweils 6 Mitarbeiter der HWA, nunmehr HWS.

Der Sitz der Gesellschaft ist: Liebenauer Str. 130
06110 Halle (Saale)

Niederlassungen: Lange Str. 17
06110 Halle (Saale)

Harzgeroder Str. 57
06124 Halle (Saale)

Kaiserslauterer Str.
06132 Halle (Saale)

Gegenstand: Beschaffung, Eichung und Prüfung sowie Installation und Wechsel von Haus- und Wohnungswasserzählern. Die Gesellschaft kann ferner Wasserzählerdaten erfassen, aufbereiten und an den Wasserversorger übermitteln. Planung, Installation, Betriebsführung, Wartung und Reparaturen von haustechnischen Anlagen aller Art, die Bewirtschaftung von Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie die Bewirtschaftung von Versorgungsanlagen einschließlich deren baulicher Hüllen.

Die HWS und die W + H haben mit Wirkung vom 1. Januar 2000 für einen Zeitraum von zunächst sechs Jahren einen Rahmenvertrag über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS abgeschlossen. Der Rahmenvertrag wurde im Jahr 2003 neu gefasst. Im Dezember 2011 wurde einer Verlängerung des Rahmenvertrages um weitere 6 Jahre bis zum 31. Dezember 2017 zugestimmt.

Entsprechend der Vereinbarung vom 25. Juni / 4. Juli 2003 zwischen der HWS und der W + H wurden die mit der Bewirtschaftung der Standrohre verbundenen Geschäftsaktivitäten ab 1. Juli 2003 auf unbestimmte Zeit von der HWS auf die W + H übertragen.

Gemäß dem am 11. Dezember 2003 zwischen HWS und W + H unterzeichneten Rahmenvertrag erstellt die W + H für die HWS ab 1. Januar 2004 auch Trinkwasser-hausanschlüsse.

Zwischen der W + H und der HWS besteht seit dem 1. Januar 1999 auf unbestimmte Zeit ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische Betriebsführung der W + H. Dieser Vertrag wurde im Jahr 2003 neu gefasst und stetig fortgeschrieben.

Seit dem 13. Oktober 2006 ist die W + H als DVGW Fachunternehmen GW 301, Gruppe W3:pe Wasserleitungen, zertifiziert.

Am 8. April 1999 erfolgte die Eintragung in die Handwerksrolle als Installateur und Heizungsbauer. Dadurch ist das Unternehmen in die Lage versetzt worden, seine Leistungen auch gegenüber Drittkunden anzubieten.

Die Geschäftsfelder der W + H, Bewirtschaftung der Hauptsammelkanäle in der Stadt Halle (Saale), die Wartung und Instandhaltung von Fernwärmestationen der EVH GmbH und einer Reihe von Wohnungsunternehmen, Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung sowie Tief- und Rohrleitungsbau wurden auch im Geschäftsjahr 2012 weiterentwickelt.

Im Mai 2010 wurde mit der Bäder Halle GmbH (BHG) ein Betriebsführungsvertrag geschlossen, der im August 2010 präzisiert und neu gefasst wurde. Dieser Vertrag beinhaltet die Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der technischen Anlagen der BHG. Die Koordinierung aller Maßnahmen sowie der Techniker der BHG erfolgt ebenfalls über die W + H. Dieses Vertragsverhältnis wurde auch im Jahr 2012 fortgesetzt.

Das Risikomanagement der W + H ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert.

1 Geschäftsverlauf und Geschäftslage

Kurzübersicht der Geschäftstätigkeit 2012

- Bewirtschaftung des Zählerbestandes der HWS (50.164 Stück)
ca. 8.130 Stück turnusmäßiger Zählerwechsel
ca. 1.150 Stück operative Zählerwechsel
- Regenerierung von Großwasserzählern
Qn 15 – Qn 150
(98 Stück)
- Bewirtschaftung des Standrohrbestandes der HWS
- Beglaubigung von Wasserzählern bis Qn 60 für die HWS
(10.063 Stück)
- Befundprüfung von Wasserzählern
(166 Stück)
- Installationsleistungen Wasser für Drittkunden (Kundenanlagen)
- Jahrestichtagsablesung von 10.400 Zählern November / Dezember für die HWS
- Bewirtschaftung von ca. 7.412 Stück Zählern für Abwassergebührenminderung der HWS
- Sammelkanal Bewirtschaftung
- Fernwärmeservice Neubau (21 HAST, 10 Übergabestellen, 5 Primär-Anschlüsse, 1 WÜST-Umbau, WWZ 2, Heizungs-Umbau 0, 7 Umbau Messstrecke, 0 Strangsanierung, 1 Umbau WW-Modul, 25 Änderung Anschlusswert)
- Fernwärmeservice Bewirtschaftung (678 HAST)
- Installationsleistungen Warmwasser / Heizung für Drittkunden (Kundenanlagen)
- Errichtung von Hausanschlüssen Wasser sowie Realisierung von Kleininvestitionen im Bereich Wassernetze im Auftrag der HWS
- Koordinierung bzw. Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen der Bäder Halle GmbH

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Gegenüber 2011 sind die Umsatzerlöse um TEUR 667 auf TEUR 4.094 gesunken.

Die Umsatzreduzierung im Geschäftsjahr 2012 ist insbesondere bei den Umsatzerlösen der Sparten Hausanschlüsse, Sammelkanal und Haustechnik zu verzeichnen. Diese resultieren aus nicht erbrachten geplanten Leistungen, die vor allem durch eine schwankende Auftragslage, ungünstige Witterungsbedingungen in den Wintermonaten 2012 sowie verstärkten krankheitsbedingten Ausfällen von Mitarbeitern begründet sind.

Die Umsatzerlöse mit Dritten betragen TEUR 1.238 und lagen damit um TEUR 344 unter dem Vorjahresniveau.

Personal

Zum Stichtag 31. Dezember 2012 waren im Unternehmen 59 Mitarbeiter (Vorjahr: 57) beschäftigt. Zudem waren 2 geringfügige Beschäftigte für das Unternehmen tätig.

Um zukünftig die Altersstruktur der Mitarbeiter und somit die Leistungsfähigkeit des Unternehmens zu optimieren, wurden Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 215 gebildet.

Investitionen

Im Jahr 2012 wurden Investitionen (insgesamt TEUR 55) vor allem in mobile Technik und Ausrüstungen getätigt.

Finanzlage der Gesellschaft

Im Jahr 2012 konnte ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 284 erwirtschaftet werden. Nach Berücksichtigung von Rückstellungen für personelle Anpassungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 215 und Steueraufwendungen von TEUR 7 ergibt sich ein abschließendes Jahresergebnis von TEUR 62. Dieses Ergebnis wird in voller Höhe an die HWS abgeführt.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 79 (Vj.: TEUR 513). Der kurzfristige Liquiditätsstatus (kurzfristige Aktiva - kurzfristige Schulden) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 18 auf TEUR +3 verbessert.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben.

2 Nachtrags- und Prognosebericht

Die W+H hat ein Jahresergebnis nach Berücksichtigung von Rückstellungen für personelle Anpassungsmaßnahmen in Höhe von TEUR 62 erzielt.

Aufgrund des hohen Altersdurchschnittes der Mitarbeiter ist durch personelle Anpassungsmaßnahmen zukünftig eine Optimierung der Altersstruktur vorgesehen.

Um die Geschäftsentwicklung auch im Jahr 2013 und in den folgenden Jahren fortzusetzen und zu erweitern, muss sich das Unternehmen weiter stabilisieren und expandieren. Zukünftig wird auch eine Übernahme weiterer Leistungen innerhalb der SWH – Gruppe angestrebt. Dafür sollen die Aktivitäten in den Bereichen Hausanschlusswesen, Wasser, Sammelkanäle und Haustechnik verstärkt bzw. erweitert werden. Die Erweiterung des Leistungsspektrums ist vor allem auf dem Gebiet der Energiedienstleistungen, des Zählermanagements sowie im Ausbau der Tiefbauleistungen im Strom- und Gasbereich vorgesehen.

Zur Stabilisierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft trägt weiterhin der im Dezember 2011 verlängerte Rahmenvertrag zwischen der HWS und der W+H über die komplette Wasserzähler- und Standrohrbewirtschaftung im Versorgungsgebiet der HWS bei. Das Ende der Vertragslaufzeit wurde auf den 31. Dezember 2017 festgesetzt.

Um die bis zum heutigen Zeitpunkt entwickelte Leistungsfähigkeit der Gesellschaft weiter zu verbessern, wurde der am 11. November 1999 zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der W + H und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste – Transport und Verkehr – Kreisverwaltung Halle (Saale) abgeschlossene Tarifvertrag mit den wesentlichen Bestandteilen der leistungsbezogenen Entlohnung (80 % bis 110 %), flexibler Arbeitszeitregelung sowie einer Jahressonderzahlung für jeden Mitarbeiter bei Übererfüllung der Planvorgaben geändert. Mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde mit der Ver.di ein neuer Tarifvertrag geschlossen. Ab diesem Zeitpunkt gilt eine einheitliche Vergütungstabelle ohne automatische Steigerungsmöglichkeiten aufgrund der Betriebszugehörigkeit sowie eine geänderte leistungsbezogene Entlohnung (80 % bis 115 %). Mit Wirkung zum 01. Januar 2012 trat ein neuer Änderungsvertrag mit Ver.di in Kraft, der eine Laufzeit von 2 Jahren hat und eine Tarifsteigerung von 3,4 % ab 01.01.2012 und 2,1 % ab 01. April 2013 vorsieht. Es ist vorgesehen, mit Wirkung zum 01.01.2014 einen neuen Tarifvertrag in der W+H einzuführen. Die Vertragsverhandlungen hierzu werden derzeit geführt.

Für das Jahr 2013 ist ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 350 geplant. Auch für das Jahr 2014 wird eine analoge Entwicklung erwartet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ereignet.

3 Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor.

Seitens der Bäder Halle GmbH wurde der Hinweis auf die bevorstehende Kündigung des Vertrages über die technische Betriebsführung zwischen der W+H GmbH und der Bäder Halle GmbH zum 01.05.2013 gegeben.

3.3 VERKEHR

Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Flugplatz 12
06188 Landsberg, OT Oppin

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 1.000

Gesellschafter:	T€	%
Landkreis Saalekreis	411	41,10
Stadt Halle (Saale)	411	41,10
Mitteldeutsche Baustoffe GmbH	158	15,80
Stadt Landsberg, OT Oppin	14	1,40
Gemeinde Petersberg, OT Brachstedt	6	0,60

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Ausbau des Flugplatzes Halle/Oppin.

Öffentlicher Zweck:

Flughäfen sind Dreh- und Angelpunkte der Logistik. Alle größeren Unternehmen im Gemeindegebiet sind auf die Frachtmöglichkeiten angewiesen. Der öffentliche Zweck ist daher in der Standortsicherung und der Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Scherbel, Renate

Aufsichtsrat

Vorsitzende	Kleine, Gabriele
stellv. Vorsitzender	Neumann, Wolfram
	Bauersfeld, Martin
	Bichoel, Knut
	Eigenwillig, Steffen
	Frischmuth, Bernd
	Krause, Hans-Jürgen

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Aufsichtsrat

Müller, Peter

Nölle, Ludger

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	1.906	89	1.983	89	2.044	92	-77	-4
Umlaufvermögen	245	11	240	11	187	8	5	2
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	6	0	3	0	-1	-17

Bilanzsumme

	2012	2011	2010	Veränderungen 2012 zu 2011
	2.156	2.229	2.234	-73

Passiva

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.056	49	959	43	905	41	97	10
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	189	9	201	9	219	10	-12	-6
Rückstellungen	16	1	19	1	19	1	-3	-16
Verbindlichkeiten	808	37	982	44	1.033	46	-174	-18
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	3	0	3	0	-2	-67
Passive latente Steuern	86	4	65	3	55	2	21	32

Bilanzsumme

	2012	2011	2010	Veränderungen 2012 zu 2011
	2.156	2.229	2.234	-73

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	581	590	577
andere aktivierte Eigenleistungen	9	3	10
sonstige betriebliche Erträge	125	92	100
Personalaufwand	257	241	249
Abschreibungen	88	86	84
sonstige betriebliche Aufwendungen	209	243	262
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37	45	51
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	124	70	41
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21	10	-5
sonstige Steuern	6	6	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	97	54	40
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	97	54	40

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	16,71	9,12	6,99	%
Eigenkapitalrentabilität:	10,13	5,95	4,67	%
Cash-Flow:	186	140	124	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	89	86	86	T€
Personalaufwandsquote:	35,94	35,16	36,28	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,38	88,95	91,48	%
Eigenkapitalquote:	48,97	43,01	40,49	%
Fremdkapitalquote:	51,03	56,99	59,51	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Flugbewegungen	28.979,00	31.071,00	24.451,00	Anzahl
durchschnittlicher Erlös je Flugbewegung	3,78	3,53	3,81	EUR
Kraftstoffverkauf	681.079,00	674.923,00	608.258,00	Liter

e) Lagebericht**1. Geschäftsverlauf**

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende positive Entwicklung der Allgemeinen Luftfahrt mit den Bestandteilen Geschäftsreiseflugverkehr, Luftrettung, Werkflugverkehr, Schul- und Transportflügen hielt am Verkehrslandeplatz Halle/Oppin auch im Jahr 2012 an und führte wiederum zu stabilen Flugbewegungszahlen.

Angesichts zunehmender internationaler Verflechtungen steht die schnelle Erreichbarkeit entfernter Ziele weiter im Focus der Nutzer unseres Flugplatzes. Aber auch die theoretische und praktische Ausbildung von Privatpiloten für Flugzeuge und Hubschrauber ist am Flugplatz Halle/Oppin ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor.

Die hervorragenden Flugbewegungszahlen des Vorjahres wurden zwar nicht erreicht, mit 28.979 Flugbewegungen im Jahr 2012 konnte der Durchschnitt der Vorjahre dennoch übertroffen werden. Trotz geringerer Flugbewegungszahl liegt der Erlös pro Flugbewegung im Jahr 2012 mit 3,78 Euro über dem des Jahres 2011 mit 3,53 Euro. Dies resultiert u. a. aus der Erhöhung der Landegebühren ab 01.09.2012 um durchschnittlich 5 %.

Die Kraftstoffverkäufe lagen mit 681.079 Litern um 6.156 Liter über den Vorjahresverkäufen. Dies ist vorwiegend in einer Erhöhung der Anzahl der Hubschrauberbewegungen begründet und führte zu einem leichten Anstieg der Provision aus Kraftstoffverkäufen. (2011 - 58,1 T€, 2012 - 58,7 T€).

Bei den am Flugplatz ansässigen Firmen gab es im Jahr 2012 strukturell keine Veränderungen, es wird konstruktiv zusammengearbeitet, um für alle Beteiligten Stabilität in der täglichen Arbeit und für die Perspektive zu sichern.

Die von der Firma Air Lloyd/MCO für 2012 vorgesehenen Baumaßnahmen zur Errichtung eines Verwaltungs- und Bürogebäudes wurden noch nicht umgesetzt, der Bauantrag ist erst am Ende des Jahres eingereicht worden, so dass die Bauarbeiten nun im Jahr 2013 zu erwarten sind. Für den Flugplatz Halle/Oppin sind in diesem Zusammenhang die langfristige Bindung der Firma und sich daraus ergebende Erlöse von besonderer Bedeutung.

Da die rechtliche Wirksamkeit des im Jahr 2011 erfolgten Grundstücksverkaufs an die Firma MCO erst mit Zahlung des Kaufpreises am 19.01.2012 eintrat ist hier in 2012 eine entsprechende Auswirkung auf das Betriebsergebnis gegeben.

2. Vermögens-, Finanz-, Ertragslage

Wie bereits in den vergangenen Jahren waren auch im Jahr 2012 die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung vorhandener Immobilien eine wichtige Einnahmequelle. Die Vermietung der vorhandenen Objekte über lang- und mittelfristige Verträge sichert eine relativ stabile Erlösposition.

Lediglich im Wohnblock ist die Vermietungssituation weiterhin angespannt. Am Jahresende standen insgesamt 9 Wohnungen leer, was einem Leerstand von 22,5 % entspricht. Nach wie vor wird jedoch davon ausgegangen, dass im Zuge des demografischen und wirtschaftlichen Wandels in den kommenden Jahren, die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum wieder steigen wird. Die zurzeit leerstehenden Wohnungen, teilweise noch auf DDR-Standard, werden deshalb vorwiegend von den Mitarbeitern der Flugplatzgesellschaft instand gesetzt. Zu Beginn des Jahres 2013 liegen wieder Wohnungsanfragen vor, zwei Neuverträge konnten abgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit der Nutzung von Parkplätzen durch die Gaststätte „Schnitzel-Tower“ wurde im Haushaltsjahr 2012 eine Erhöhung der Pacht umgesetzt. Die Gaststätte erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit und bringt vor allem den Rundflugunternehmen und damit auch dem Platz an sich, einen guten Kundenzulauf.

Trotz bundesweit teils stark gestiegener Gaspreise sind im Jahr 2012 die Ausgaben in dieser Position nur um 1,2 % gestiegen. Dies ist sowohl auf einen günstigen Gasvertrag, den Wohnungsleerstand, Sparsamkeit der Mieter als auch einen relativ milden Winter 2011/2012 zurückzuführen.

Vom Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2012 Fördermittel in Höhe von rund 8,7 T€ bewilligt. Mit diesen Mitteln war es u.a. möglich, bestehende Auflagen, im Rahmen der Umsetzung des Luftsicherheitsgesetzes, wie die Anschaffung eines Schließsystems für die Abstellhallen, Alarmsicherung für die Räume der Flugplatzgesellschaft und die Erweiterung der Zaunanlagen, zu erfüllen.

Die für 2012 geplante Sanierung des Daches vom PKW-Garagenkomplex wurde durchgeführt, ebenso die Sanierung der Westwand des Verwaltungsgebäudes fertiggestellt.

Die Tilgung der von den Gesellschaftern Stadt Halle und Saalekreis zum 30.09.2008 jeweils in Höhe von 60 T€ gewährten Darlehen wurde im Jahr 2012 planmäßig abgeschlossen.

Die Tilgung der übrigen 5 langfristigen Darlehen verläuft ebenfalls kontinuierlich, so dass Ende des Jahres 2012 der überwiegende Teil dieser Verbindlichkeiten getilgt sein wird.

Die Liquiditätssituation der Gesellschaft hat sich im Jahr 2012 stabil entwickelt.

Steigerung der Umsatzerlöse und strengste Sparsamkeit müssen jedoch weiter oberstes Gebot in der täglichen Arbeit bleiben, damit die anstehenden Aufgaben gelöst und die positive Entwicklung fortgeführt werden können.

3. Chancen, Risiken, zukünftige Entwicklung

In den letzten Jahren blieben immer wieder auftretende Nachfragen nach Abstellplätzen für Flugzeuge, mangels vorhandener Kapazität, leider meist negativ beantwortet und so gingen dem Platz potenzielle Kunden verloren. Seit Ende des Jahres 2011 und verstärkt im Jahr 2012 haben sich Gesellschafter, Aufsichtsrat und Geschäftsführung in gemeinsamer Verantwortung dafür eingesetzt, dass eine weitere Abstellhalle gebaut werden kann.

Ein entsprechendes Konzept und die Schaffung der notwendigen finanziellen Voraussetzungen konnten so gemeinsam geklärt werden und im Jahr 2013 sollen nunmehr die Baumaßnahmen beginnen.

Mit der Realisierung dieser Maßnahme wird davon ausgegangen, dass sich der Flugbetrieb und die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft auf lange Sicht weiter stabilisieren. Hinzu kommen eine positive Auswirkung auf die Infrastruktur der Region und eine Erhöhung der Attraktivität des Flugplatzes.

Im Bereich Luftaufsicht wurde die Personalstruktur leicht verändert – eine von zwei geringfügigen Beschäftigungen umgewandelt in Abrechnung entsprechend anfallender Stunden. Die Änderung wurde erforderlich, um bei Krankheit bzw. Urlaub die Einsatzzeiten flexibler gestalten zu können.

4. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach dem Abschlussstichtag nicht vor.

Hallesche Verkehrs-AG

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Freimfelder Straße 74 06112 Halle (Saale)		
Rechtsform:	AG		
Stammkapital in T€:	51.200		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	51.200	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr mit Straßenbahn, Omnibussen, Mietwagenverkehr mit Omnibussen, Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen sowie die Errichtung und der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs (Parkhäuser etc.)

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Vorstand	Schwarz, Vinzenz	(seit 01.11.2012)
Technischer Vorstand	Pietsch, René	(bis 30.06.2012)
	Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias	(seit 01.07.2012)
Kaufmännischer Vorstand	Girard, Francois	(bis 30.11.2012)
Aufsichtsrat	Vorsitzender	Geier, Egbert
	stellv. Vorsitzender	Richter, Ulrich
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter
		Haupt, Hanna
		Heft, Frank Uwe
		Menn, Christoph
		Philipp, Lothar
		Sänger, Frank
		Thielemann, Dirk

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	17	16

c) Beteiligungen

	T€	%
unmittelbar		
beka GmbH	2	0,63
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	8	10,95
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	15	51,00
Saalebus GmbH	13	50,00
Servicegesellschaft Saale mbH	26	51,00
mittelbar		
beka ebusiness GmbH	1	0,50
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	0,87

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	309.505	95	312.036	93	311.654	92	-2.531	-1
Umlaufvermögen	15.425	5	23.664	7	26.950	8	-8.239	-35
Rechnungsabgrenzungsposten	153	0	184	0	251	0	-31	-17
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	263	0	303	0	192	0	-40	-13

Bilanzsumme	325.346	100	336.187	100	339.047	100	-10.841	-3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	83.583	26	83.583	25	83.583	25	0	0
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	195.094	60	200.639	60	200.858	59	-5.545	-3
Rückstellungen	13.355	4	15.521	5	18.051	5	-2.166	-14
Verbindlichkeiten	28.124	9	31.088	9	31.906	10	-2.964	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	5.190	1	5.356	1	4.649	1	-166	-3

Bilanzsumme	325.346	100	336.187	100	339.047	100	-10.841	-3
--------------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	----------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	37.696	38.514	36.575
andere aktivierte Eigenleistungen	220	310	253
sonstige betriebliche Erträge	14.245 ¹⁾	12.551	11.683 ⁴⁾
Materialaufwand	26.540	25.198	24.621
Personalaufwand	28.438	29.788	30.350
Abschreibungen	8.025	7.896	9.500
Zuschüsse Gesellschafter	22.784	24.082	25.342
sonstige betriebliche Aufwendungen	11.126 ²⁾	8.306	11.919 ⁵⁾
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	141	141	141
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	65	1.055 ⁶⁾
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.035	1.409 ³⁾	772
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-64	3.066	-2.113
außerordentliche Erträge	0	0	85
außerordentliche Aufwendungen	0	0	9.421 ⁷⁾
außerordentliches Ergebnis	0	0	-9.336
sonstige Steuern	65	66	59
Erträge aus Verlustübernahmen	129	0	11.508
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	0	3.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

¹⁾ inkl. Zuschüsse auf Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2012: 2.327 T€)

²⁾ inkl. Aufwand aus Folgekosten von nicht aktivierungsfähigen Verkehrsbaumaßnahmen (2012: 2.327 T€)

³⁾ inkl. Aufwand aus Aufzinsung für Restrukturierungsmaßnahmen und Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2011: 508 T€)

⁴⁾ inkl. Erträge aus vorzeitiger Auflösung der Crossing-Border-Leasingtransaktion (2010: 1.091 T€)

⁵⁾ inkl. Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2010: 3.336 T€)

⁶⁾ inkl. Erträge aus der Aufzinsung für Restrukturierungsmaßnahmen und Drohverlustrückstellung Tiefgarage Charlottencenter (2010: 1.035 T€)

⁷⁾ inkl. Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen (2010: 9.200 T€)

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,34	7,79	-31,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,15	3,59	-13,77	%
Cash-Flow:	7.896	10.896	-2.008	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	72	68	62	T€
Personalaufwandsquote:	54,52	57,98	62,56	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	93,68	91,49	90,68	%
Eigenkapitalquote:	25,69	24,86	24,65	%
Fremdkapitalquote:	74,31	75,14	75,35	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Beförderte Personen	52.939,66	53.538,39	55.565,76	in 1.000
Fahrplan-km	8.838,70	8.999,78	9.308,00	in 1.000
Nutz-Wagen-km	10.666,41	10.811,85	11.121,52	in 1.000
Personen-km	328,81	331,15	343,21	in Mio.
Platz-km	1.270,23	1.300,19	1.327,05	in Mio.

e) Lagebericht**1. Geschäftstätigkeit****a) Rahmenbedingungen - Wirtschaftliches Umfeld**

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %), vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 auf 2010 betrug 808 Einwohner.

Eine wesentliche Basis für das unternehmerische Handeln der HAVAG bildete auch im Jahr 2012 der mit der Stadt Halle (Saale) und der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VHV) (durch Verschmelzung mit der Stadtwerke Halle GmbH seit 21. September 2009 Stadtwerke Halle GmbH) abgeschlossene bzw. fortgeschriebene Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag (VBFV), welcher die Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes der Stadt Halle (Saale) weiter untersetzt und die Finanzierung des von der HAVAG durchgeführten ÖPNV unter Beachtung der beihilferechtlichen Anforderungen gemäß der vier Kriterien des EuGH-Urteils in der Rechtssache Altmark Trans regelt.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (VO 1370/2007), die am 03. Dezember 2009 in Kraft gesetzt wurde, wurde ein neuer Rechtsrahmen für die Vergabe und Finanzierung öffentlicher Personenverkehrsleistungen geschaffen. Durch die Inkraftsetzung eines novellierten Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) zum 01. Januar 2013 wurde nunmehr auch das nationale Recht an die Vorgaben der VO 1370/2007 angepasst. Der VBFV fällt unter die Bestandsschutzregelung gemäß Artikel 8 (3) der EG-Verordnung.

Die Vertragsinhalte des VBFV entsprechen den Anforderungen der neuen Verordnung (EG) 1370/2007. Das Verfahren zur Gewährung von Ausgleichsleistungen muss gemäß Anhang Punkt 7 einen Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung mit ausreichend hoher Qualität der Verkehrsleistung bieten. Durch die Erfüllung der vier anspruchsvollen Altmark-Trans-Kriterien stellt die HAVAG die Einhaltung der beihilferechtlichen Anforderungen sicher.

Trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen (Steigerung der Energiepreise und –kosten (Fahrstrom: ca. +6,2 %; Dieseldieselkraftstoff: ca. +47,2 %), Rückgang der Beförderungsfälle (-1,1 %) usw.) wäre der für das Jahr 2012 geplante Zuschussbedarf in Höhe von T € 22.785 erreicht bzw. unterschritten worden. Im Rahmen der Trennungsrechnung gemäß VBFV wurde auf Basis der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge für das Geschäftsjahr 2012 ein Verlust in Höhe von T € 129 ermittelt, welcher über den mit der Stadtwerke Halle GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag ausgeglichen wird. Dieser Verlust ist insbesondere damit zu begründen, dass zum Jahresabschluss 2012 das Testat für den betriebsindividuell ermittelten Schwerbehindertenquotienten noch nicht vorlag und deshalb aus kaufmännischer Vorsicht der Pauschalwert des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2011 (2,55 %) in die Berechnung des voraussichtlichen Erstattungsanspruchs nach § 148 SGB IX einbezogen wurde.

Von wesentlicher Bedeutung ist jedoch, dass die im VBFV für das Jahr 2012 vereinbarten Sollkosten, die denen eines „durchschnittlich gut geführten“ Unternehmens gemäß des 4. Kriteriums des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen, im Ist deutlich unterschritten wurden.

Mit dem Ausscheiden der Herren Pietsch und Girard zum 30. Juni 2012 bzw. 30. November 2012 erfolgte ein Wechsel auf der Vorstandsebene der Halleschen Verkehrs-AG.

Zum 01. Juli 2012 wurde Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause als Vorstand der Halleschen Verkehrs-AG bestellt. Zum 01. November 2012 hat Herr Vinzenz Schwarz, welcher in der Aufsichtsratsitzung am 14. September 2012 zum Vorstand der Halleschen Verkehrs-AG bestellt wurde, seine Tätigkeit aufgenommen. Diese Personalentscheidungen wurden im Rahmen einer neuen Führungsstruktur der Stadtwerke Halle geschaffen, die klarer als bisher auf marktorientierte Geschäftsfelder ausgerichtet wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen Servicegesellschaft Saale mbH, Saalebus GmbH sowie der OBS GmbH verliefen im Geschäftsjahr 2011 positiv.

b) Angebots- und Nachfrageentwicklung

Gegenüber dem Vorjahr ist für das Jahr 2012 eine Leistungsreduzierung im Straßenbahnbereich um -153,3 Tsd. Nutz-Zug-km (-2,7 %) bzw. um -137,7 Tsd. Nutz-Wagen-km (-1,8 %) zu verzeichnen. Diese ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der Fahrtenzahlen auf den Linien 9 und 12 sowie auf die Baumaßnahme „Weiße Mauer“ in Merseburg und die damit verbundenen Kilometereinsparungen auf der Linie 5 zurückzuführen. Dem gegenüber stehen erhöhte Schienenersatzverkehrsleistungen im Busbereich (+66,5 Tsd. Nutz-Wagen-km).

Der Rückgang der Nutz-Wagen-km Linienverkehr im Busbereich gegenüber dem Jahr 2011 um -74,1 Tsd. (-2,3 %) ist insbesondere mit den durchgeführten Angebotsoptimierungen zu begründen.

Im Geschäftsjahr 2012 ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der Fahrgastzahlen um -598 Tsd. (-1,1 %) auf 52,9 Mio zu verzeichnen, welcher im Wesentlichen wie folgt zu begründen ist:

- Beförderungsrückgänge aufgrund der veränderten Gültigkeit der Schülerzeitkarte ab September 2011 (ca. -0,3 Mio),
- Rückgang der Nachfrage bei Zeitkarten im Ausbildungstarif und beim Schülerferienticket (ca. -0,2 Mio) aufgrund des weiteren Rückganges der Anzahl Schüler der oberen Klassen und der Anzahl Auszubildender,
- Nachfragerückgänge bei den Monatskarten und Abonnements für Jedermann sowie den Jobtickets (ca. -0,3 Mio),
- Rückgang der Beförderung von Schwerbehinderten und Übersteigern (ca. -0,1 Mio).

Dem gegenüber stehen Fahrgastzuwächse (ca. +0,3 Mio) aufgrund der steigenden Anzahl der Studenten und des erhöhten Absatzes des Semestertickets sowie der verstärkten Nutzung von Sonderangeboten. Außerdem ist zu beachten, dass die in der „Woche der Mobilität“ (September 2012) aufgrund der kostenlosen Beförderung von Fahrgästen erzielten Zuwächse statistisch nicht erfasst worden sind und deshalb nicht in den Gesamtbeförderungsfällen enthalten sind.

Für die Erbringung der Leistungen im ÖPNV standen im Jahr 2012 durchschnittlich 125 Straßenbahnantriebs- und -beiwagen sowie 63 Omnibusse (45 eigene und 18 Subunternehmerfahrzeuge) zur Verfügung.

c) Investitionstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2012 sind unter Verwendung von € 10,4 Mio Fördermitteln des Landes und des Bundes sowie Zuschüssen der Stadt Halle für Komplexmaßnahmen investive Leistungen in Höhe von € 17,3 Mio abgerechnet worden.

Der Investitionsplan der HAVAG mit einem bestätigten Gesamtaufwand von € 17,9 Mio wurde mit 96,8 % erfüllt.

Im Jahr 2012 wurde die 4. Anzahlungsrate für den Kauf von 12 Niederflurstraßenbahnen des Typs MGTK realisiert. Damit wurden an den Auftragnehmer Bombardier bereits € 23,3 Mio (davon 2012: € 4,1 Mio) gezahlt. Neben den planmäßig verfügbaren Fördermitteln des Landes (€ 1,6 Mio) wurden von der Stadt Halle € 0,8 Mio aus ÖPNV-Mitteln bereitgestellt. Die für 2012 geplante Lieferung von acht Fahrzeugen erfolgte jedoch noch nicht (Grund: Lieferverschiebung wegen nachträglichem Rampeneinbau zur Verbesserung der Barrierefreiheit).

Für den Ersatz, die Erweiterung und die Modernisierung stationärer Technik (Videoschutz in Straßenbahnen, Maschinen/Ausrüstungen, Fahrkartentechnik, Hard- und Software, Betriebsaustattungen) innerhalb des eigenen Anlagevermögens wurden € 0,8 Mio verwendet.

In die Fortschreibung des Investitionsplanes (Erneuerung Betriebsaustattungen) wurde der Ersatz der Dieselpfosten aufgenommen. Durch die Modernisierung und Softwareanpassung wird jetzt eine temperaturkompensierte Abgabe und ein geschlossener Dieselpfosten ohne Verluste erreicht.

In Höhe von € 2,8 Mio wurden die Leistungen im Rahmen der Einführung des Digitalfunksystems sowie der Beschaffung von ITCS Bordrechnern für Busse und Bahnen abgerechnet. Das Digitalfunksystem wurde planmäßig in Betrieb genommen und abgerechnet. Der Serieneinbau der ITCS-Bordrechner für den Einsatz im Linienverkehr musste jedoch in das folgende Geschäftsjahr verschoben werden, da die Anpassung und Umstellung der Datenbankstrukturen als Basis für das neue System längere Zeit in Anspruch nahm als geplant.

Weitergeführt wurde auch im Jahr 2012 der Um- und Ausbau der Infrastruktur im Betriebshof Freimfelder Straße (€ 1,1 Mio) mit der endgültigen Anbindung der Gleise an die H.-v.-Gerlach-Str. inklusive der Fahrleitungs- und Masterneuerung (Außenanlagen). Die Finanzierung musste zu Lasten geplanter Leistungen für Gleisverschwenkung auf dem Südhof des Betriebshofes Freimfelder Straße erfolgen, da die von der Stadt Halle (Saale) avisierten Zuweisungen aus dem ÖPNV-Gesetz (Stadtratsbeschluss vom November 2011) nicht bewilligt wurden.

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit des Unternehmens waren im Berichtszeitraum wiederum die Gleisbauvorhaben wie:

- die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Straßenbahn- und Verkehrsanlage in der Beesener Straße (1. – 3. Bauabschnitt) als Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/ HAVAG/Versorgungsunternehmen im November 2012 (€ 2,9 Mio),
- die Fertigstellung der letzten Bauabschnitte 14B – 14D (von A.-Schneider-Straße bis Endstelle Büschdorf) und die Gesamtinbetriebnahme des 3. Hauptabschnittes im Rahmen des Straßenbahnprojektes Halle / Neustadt – Riebeckplatz / Hbf. – Büschdorf (€ 3,1 Mio).

Mit der Inbetriebnahme der Straßenbahnanlage in der Delitzscher Straße wurde auch der Neubau des Bahnstromunterwerkes (BUW 26) Delitzscher Straße / Hochweg zur Versorgung der Verlängerungsstrecke freigegeben.

Im Berichtsjahr 2012 wurden die Planungen für die Vorhaben in der 1. Stufe des Stadtbahnprogramms intensiviert (€ 1,6 Mio). Zur Sicherung der Baubeginne in 2013 (Ausbau Torstraße und Große Ulrichstraße) wurden mit Genehmigung des Landes Sachsen-Anhalt die Planungen bis zur HOAI Leistungsphase 7 beauftragt.

Im Überlandbereich wurde der 1. Bauabschnitt des Ausbaus des Straßenzuges „Weiße Mauer“ planmäßig in Betrieb genommen. Baulasträger ist hier die Stadt Merseburg unter finanzieller Beteiligung des Landkreises Saalekreis (T € 70) und der HAVAG (T € 45).

Außerdem wurden u.a. für den Ersatz von Bahnstromkabeln, die Neuverlegung eines Lichtwellenleiterkabels von der Delitzscher Straße bis zum Betriebshof Rosengarten, die Erneuerung von Fahrleitungsanlagen und optischen Fahrgastinformationssystemen € 0,5 Mio aufgewendet.

d) Personal

Um zukünftig die Wettbewerbsfähigkeit der HAVAG im europäischen Maßstab zu sichern und eine weitere deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erreichen, wurden im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit einer Unternehmensberatung wesentliche Restrukturierungsmaßnahmen und –ziele erarbeitet und deren Umsetzung auch im Jahr 2012 fortgesetzt.

Nach erfolgter Prozessoptimierung ist zur Kompensierung der Mehrbelastungen aus dem Auslaufen der Tarifverträge zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit zum 31. Dezember 2012 ein Abbau von weiterem Personal erforderlich.

Um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der HAVAG einen Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Unternehmen bzw. zum Abschluss von Altersteilzeitverträgen zu schaffen, wurde mit dem Betriebsrat ein Interessenausgleich/Sozialplan geschlossen. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 13 Aufhebungsverträge, 4 Altersteilzeitverträge sowie 130 Verträge zur Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit abgeschlossen.

Im Zuge der schrittweisen Umsetzung der Personalkonzeption des Unternehmens (Altersteilzeit-, Teilzeit- und Abfindungsmodelle) sowie der stattgefundenen Betriebsübergänge zum SWH Konzern konnte der Personalbestand stichtagsbezogen zum 31. Dezember 2012 um 19 Personen inkl. Auszubildende (-2,5 %) gegenüber dem Vorjahresstichtag weiter reduziert werden. Die folgende Übersicht zeigt die Beschäftigtenzahlen jeweils zum Jahresende:

	31.12.2012	31.12.2011
Produktionspersonal	550	559
Verwaltungs- und sonstiges Personal	168	179
Auszubildende	35	34
	753	772

Die Anzahl der Vollbeschäftigten (VbE) – ohne Auszubildende – ist gegenüber dem Vorjahr stichtagsbezogen um 19,2 VbE gesunken. Das Arbeitszeitvolumen reduzierte sich gegenüber dem Jahr 1991 damit um 63,8 %.

Die Fluktuationsrate lag im Jahr 2012 bei 5,7 %.

Neun Auszubildende beendeten im Jahr 2012 ihre Ausbildung bei der HAVAG. Aufgrund ihrer positiven Prüfungsergebnisse und gemäß Betriebsvereinbarung konnten alle in ein befristetes Arbeitsverhältnis bzw. vier Auszubildende in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Im Jahr 2012 betrug das Durchschnittsalter der Mitarbeiter /-innen 46,3 Jahre und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 24,5 Jahre.

Die durchschnittliche Fehlzeit in Folge Krankheit lag 2012 bei 8,4 %.

Der Tarifvertrag für Nahverkehrsbetriebe Sachsen-Anhalt (TV-N LSA) und der Entgelttarifvertrag zum TV-N LSA wurden zum 31. Dezember 2012 durch ver.di gekündigt. Derzeit laufen Tarifverhandlungen zu beiden Verträgen. Die Tarifverträge zur Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für die Arbeitnehmer bzw. Straßenbahn- und KOM-Fahrer im Fahrdienst der Halleschen Verkehrs-AG sind zum 31. Dezember 2012 ausgelaufen.

e) **Forschung und Entwicklung**

Im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU) beteiligt sich die HAVAG seit mehreren Jahren am Forschungsprojekt Galileo Testfeld Sachsen-Anhalt. Ein Ziel ist es dabei, intelligente Navigations- und Kommunikationssysteme zu entwickeln, mit denen Verkehr und Logistik künftig leistungsfähiger, umweltverträglicher und sicherer gestaltet werden können.

Die HAVAG leitet innerhalb des „Galileo Testfeldes Sachsen-Anhalt“ den Schwerpunkt Navigation und Verkehr. Innerhalb des Forschungsprojektes sichert die HAVAG damit die Interessen des ÖPNV ab. Insbesondere sollen die Grundlagen für die spätere Nutzung des Galileo-Satellitensystems im Zusammenhang mit dem ÖPNV geschaffen werden. Dieser Aspekt hat im Jahr 2012 an Wertigkeit zugenommen, da mit dem Aufbau eines neuen ITCS (Intermodal Transport Control System) begonnen wurde, in welches Erkenntnisse aus den satellitengestützten Messfahrten einfließen sollen.

Da die HAVAG über ein Straßenbahnfahrzeug und einen Omnibus mit hochpräziser Satellitenortungstechnik verfügt, wurden im Jahr 2012 umfangreiche Messfahrten zur Aufnahme von Streckendaten (Haltestellenkoordinaten, Abstände zwischen den Haltestellen) durchgeführt. Des Weiteren ist die HAVAG in Kooperation mit anderen Firmen bereits jetzt in der Lage, Aussagen über die zukünftige Genauigkeit des Galileo-Satellitensystems zu treffen. Auf Basis dieser Erkenntnisse können und werden Dienste für zukünftige Fahrgastinformationssysteme entwickelt werden. Außerdem wurden beim Galileo Testfeld Sachsen-Anhalt die Inventarisierung und Nachweisführung durch die OvGU bei der HAVAG geprüft. Des Weiteren wurde durch den Landesrechnungshof eine Prüfung der Verwendung der ausgereichten Fördermittel durchgeführt.

Seit November 2011 engagiert sich die HAVAG außerdem im Projekt „Elektromobilität“. Durch die Absichtserklärung Sachsen-Anhalts gegenüber dem Bund, gemeinsam mit Thüringen zum „Schaufenster Elektromobilität Mitteldeutschland“ zu werden, konnten sich die Partner aus Sachsen-Anhalt um Fördermittel des Bundes zur Einführung der Elektromobilität bewerben. Von den dreiundzwanzig eingereichten Projekten wurden fünf als förderwürdig eingestuft. Die SWH belegte im Antragsranking Platz fünf, tatsächlich gefördert wurden aber nur vier Projekte. Die SWH wurde durch den Bund aufgefordert, eine neue Projektskizze zum Thema Elektromobilität einzureichen. Neben der HAVAG wird sich auch die EVH gemeinsam als Stadtwerkekonzern beteiligen.

In Bezug auf das Projekt ELMO I „Grüne Mobilitätskette“ erfolgte im Jahr 2012 die Projektskizzierung und nach positiver Rückantwort vom Bund der Projektantrag. ELMO I beinhaltet den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge. Arbeitsteilig wird die HAVAG den öffentlichen Bereich (Parkplätze, P+R-Plätze) mit Ladesäulen ausrüsten. Die EVH widmet sich den nichtöffentlichen bzw. halböffentlichen Bereichen, z.B. Ladesäulen auf Firmengeländen. Die HAVAG wird außerdem im Zusammenhang mit Elektromobilität neue Mobilitätsangebote im ÖPNV erstellen. Die EVH bearbeitet das Thema neue Finanzierungsmodelle und -konzepte für Elektrofahrzeuge.

Ziel ist der Aufbau einer Elektroverkehrsinfrastruktur mit entsprechenden Fahrzeugen.

Die Bestätigung durch den Bund für dieses Projekt ist zwingende Voraussetzung für eine ergänzende Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt. Hier sollen vorrangig entsprechende Hardware-Komponenten (Fahrzeuge, Ladesäulen) gefördert werden.

Im Jahr 2012 begann die Projektskizzierung für das Projekt ELMO III „E-mobile Navigation“, die Anfang des Jahres 2013 abgeschlossen wird. Auch hier wird die HAVAG als SWH auftreten.

ELMO III beinhaltet die Schaffung von Schnittstellen aus den Systemen der Fahrzeuge und der Ladeinfrastruktur zu e-mobilen Auskunftsdiensten. Das Land Sachsen-Anhalt errichtet zur Zeit das sogenannte Mobilitätsportal, in dem auch das Thema Elektromobilität verankert wird. Das Mobilitätsportal wird als universelles Auskunftsmittel zu allen Verkehrsarten unter besonderer Berücksichtigung des Themas Elektromobilität aufgebaut.

Bei den Projekten ELMO I und ELMO III sind neben Partnern aus Sachsen-Anhalt (Fraunhofer Institut, OVGU und GWG) auch Partner aus dem Freistaat Thüringen involviert.

f) Umweltschutz

Mit der Entwicklung und Umsetzung von neuen, intelligenten Lösungen im Verkehrsmanagement im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsprojektes GALILEO sowie dem Engagement im Projekt „Elektromobilität“ leistet die HAVAG zugleich einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Mit ihrem leistungsstarken, attraktiven Nahverkehrsangebot bietet die HAVAG der Bevölkerung der Stadt Halle zudem eine umweltverträgliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr (MIV), da öffentliche Verkehrsmittel Verkehrsströme bündeln und mit modernster Technik dazu beitragen, Emissionen zu senken.

Um die Auswirkungen des ÖPNV auf die Umwelt möglichst gering zu halten und damit die Umweltvorteile des ÖPNV gegenüber dem MIV auch zukünftig zu sichern bzw. auszubauen, sind Maßnahmen zur weiteren Reduzierung der Schall- und Abgasemissionen, die durch den Straßenbahn- und Omnibusverkehr verursacht werden, sowie der Einsatz umweltfreundlicher Materialien und Technologien im Unternehmen unerlässlich.

Zu den Schwerpunktaktivitäten bzw. -maßnahmen der HAVAG auf dem Gebiet des Umweltschutzes, zur Senkung des Energieverbrauches sowie zur Reduzierung der Schall- und Abgasemission zählen im Jahr 2012 insbesondere:

- Betrieb einer modernen Photovoltaikanlage mit einer Nutzfläche von 1.800 qm und einer Nennleistung von 241,5 kWp auf dem Dach der neuen Straßenbahnabstellhalle,
- Einsatz und Neubeschaffung moderner Niederflurfahrzeuge mit Fahrstromrückspeisung,
- Teilnahme am stadtwerkweiten Energiemanagementsystem zur Optimierung der Energieeffizienz,
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Stadtwerke zum betrieblichen Umweltschutz mit dem Ziel der Generierung von Synergieeffekten im konzernweiten Umweltschutz,
- Inbetriebnahme eines umweltfreundlichen Kleinteilereinigungs-systems in der Hauptwerkstatt Straßenbahn, welches zur Erfüllung der Emissionsanforderungen nach VOC-Richtlinie beiträgt usw.,
- Betrieb einer neuen Buswaschanlage, welche energieeffizientere und umwelt-schonendere Abläufe ermöglicht.

2. Geschäftsverlauf

a) Entwicklung der Erträge

	2012	2011	Veränderungen	
	T€	T€	T€	%
Erlöse aus Straßenbahn- und Busbetrieb	31.236	30.738	498	1,6
Ausgleichszahlungen nach § 9 ÖPNV-G LSA	3.515	3.545	-30	-0,8
Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX	807	2.079	-1.272	-61,2
Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen	958	958	0	0,0
Erhöhtes Beförderungsentgelt / Sonstige Erlöse Linienverkehr	581	653	-72	-11,0
Summe Erlöse Linienverkehr	37.098	37.973	-875	-2,3
Übrige Umsatzerlöse / Erlöse aus Vermietung von Werbeflächen	598	541	57	10,6
Umsatzerlöse	37.696	38.514	-818	-2,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	220	310	-89	-28,9
Übrige Erträge	14.400	12.757	1.643	12,9
Zahlungen des Gesellschafters zur Abdeckung der Aufwendungen (Betriebskostenzuschüsse)	22.784	24.082	-1.297	-5,4
Betriebliche Erträge	75.101	75.662	-561	-0,7
Ohne Betriebskostenzuschüsse	52.317	51.580	736	1,4

Gemäß Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag konnte der Zuschussanspruch gegenüber dem Gesellschafter im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um T € -1.297 bzw. -5,4 % reduziert werden.

Die Betrieblichen Erträge der HAVAG – ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse – sind gegenüber dem Vorjahr um T € +736 bzw. +1,4 % gestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen mit dem Anstieg der übrigen Erträge (T € +1.643 bzw. +12,9%) zu begründen, welcher insbesondere auf die Erträge aus nichtaktivierungsfähigen Folgemaßnahmen aus Verkehrsbaumaßnahmen (T € 2.327), die entsprechende Aufwendungen unter der Position sonstige betriebliche Aufwendungen ausgleichen, sowie erhöhte Erträge aus Schadenersatz (T € +387), Vermietungen (T € +102) und Materialverkäufe (T € +140) zurückzuführen ist. Dem gegenüber stehen Ertragsrückgänge in den Positionen Erträge aus Abgang Anlagevermögen (T € -790) und Erträge aus Auflösung von Rückstellungen (T € -658), die auf einmalige Sondereffekte im Vorjahr zurückzuführen sind.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von T € 37.696 (Vorjahr: T € 38.514) erwirtschaftet. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr um T € -818 bzw. -2,1 % ist im Wesentlichen auf die Position Erstattungsleistungen nach § 148 SGB IX (T € -1.272 bzw. -61,2 %) zurückzuführen.

Aufgrund der im Rahmen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes durchgeführten Tarifanpassungen zum 01.08.2011 bzw. 01.08.2012 sind die Erlöse aus Straßenbahn- und Omnibusbetrieb trotz des Beförderungsrückganges gegenüber dem Vorjahr (-1,1 %) um T € 498 (+1,6 %) gestiegen.

b) Kostensituation und Finanzlage der Gesellschaft

Der Gesamtaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um T € -432 reduziert. Hierbei ist zu beachten, dass sowohl im Jahr 2012 als auch im Jahr 2011 wesentliche Sonderbelastungen zu verzeichnen waren.

Ohne Berücksichtigung dieser Sonderbelastungen bzw. Sondereffekte sowie Aufwendungen aus Gewinnabführung hat sich der Gesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr um T € 633 erhöht. Diese Entwicklung ist insbesondere auf Aufwands- bzw. Preissteigerungen bei der Antriebsenergie (T € 497), bei der sonstigen Energie (T € 45), den Fremdleistungskosten (T € 861), den Abschreibungen (T € 129) sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T € 530) zurückzuführen. Dem gegenüber stehen Aufwandsreduzierungen beim sonstigen Materialverbrauch (T € -57) und dem Personalaufwand (T € -1.350).

Die erhöhten Fremdleistungskosten (T € +861) sind insbesondere auf die Steigerung der Fremdleistungskosten der Subunternehmer (T € +452) aufgrund der Übernahme zusätzlicher Leistungen im Linien- und Schienenersatzverkehr sowie Preissteigerungen zurückzuführen. Die Fremdleistungskosten für Instandhaltung erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere in der Straßenbahninstandhaltung um T € +646. Diese Entwicklung ist damit zu begründen, dass in 2012 erhöhte Fremdleistungskosten (ca. T € 553) für die Behebung eines Unfallschadens an zwei Fahrzeugen vom Typ MGT K angefallen sind, welche durch entsprechende Versicherungsleistungen (Erträge Schadenersatz) ausgeglichen wurden.

Die Reduzierung des Personalaufwandes um T € -1.350 gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere mit dem Personalabbau im Zuge der Umsetzung der Personalkonzeption zu begründen. Eine weitere Begründung für diese Entwicklung sind Aufwandsverschiebungen zwischen den Positionen Personalaufwand und sonstiger betrieblicher Aufwand im Zuge der stattgefundenen Betriebsübergänge zum Stadtwerkekonzern.

Die vergleichbare Kostendeckung - ohne Berücksichtigung der Betriebskostenzuschüsse, der Erträge aus Verlustübernahme bzw. Aufwendungen aus Gewinnabführung sowie wesentlicher periodenfremder bzw. einmaliger Sondereffekte (Erträge und Kosten) – ist von 68,4 % im Vorjahr auf 68,8 % im Jahr 2012 gestiegen.

Die Liquidität der Gesellschaft war durch die stetige monatliche Bereitstellung der Mittel durch den Gesellschafter, der Ausgleichszahlungen gemäß § 9 ÖPNVG LSA und § 148 Abs. 5 SGB IX, der Investitionszuschüsse sowie der Einbindung der HAVAG in das gemeinsame Cash-Pooling-System der Stadtwerke Halle GmbH jederzeit gesichert.

3. Risikomanagementsystem

Das bei der HAVAG implementierte, effiziente und vorausschauende Risikomanagementsystem dient der systematischen Erfassung und permanenten Beobachtung bzw. Überwachung aller Risiken und Gefährdungen für das Unternehmen bei Wahrnehmung der unternehmerischen Chancen, fördert das risikoorientierte Denken und Handeln im Gesamtunternehmen und entspricht damit § 91 Abs. 2 AktG.

Durch die regelmäßig systematische Risikoerhebung in allen Unternehmensbereichen und die jährliche Fortschreibung bzw. Überarbeitung des Risikohandbuchs in Bezug auf geänderte externe und interne Einflüsse wird die Unternehmensleitung in die Lage versetzt, Risiken nicht nur frühzeitig zu erkennen, sondern auch rechtzeitig geeignete Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen einzuleiten, sich ergebende Chancen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens konsequent zu nutzen sowie insbesondere die eigene strategische Positionierung zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Durch die Konzernrevision wird die Einhaltung der im Risikohandbuch angeführten Lösungsvorschläge und Empfehlungen zur Gegensteuerung kontinuierlich überwacht.

Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der mittelfristigen Planung der HAVAG werden die Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung und der Finanzierung des ÖPNV sowie die erforderlichen Gegensteuerungsmaßnahmen beachtet, systematisiert und bewertet.

Als Risiko wird auch zukünftig die europäische Marktöffnung gesehen. Die HAVAG muss sich bei der Erbringung der Verkehrsleistungen mit anderen Verkehrsunternehmen messen können.

Um dem genannten Wettbewerbsrisiko wirksam zu begegnen, werden die im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit einer Unternehmensberatung erarbeiteten Restrukturierungsmaßnahmen konsequent umgesetzt.

4. Ausblick

Die Wirtschaftsplanung für das Jahr 2013 sieht einen Betriebskostenzuschuss von vorläufig € 22,5 Mio vor. Die anspruchsvolle Zielstellung der HAVAG für das Wirtschaftsjahr 2013 und die Folgejahre besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV-Angebotes durch Angebotsanpassungen und die konsequente Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes der HAVAG (Personal- und Fahrzeugkonzeption) weiter zu verbessern, eine weitere deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfs zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Maßstab zu sichern.

Gemäß der bestätigten Planung werden die Investitionen im Geschäftsjahr 2013 eine Höhe von ca. € 20,1 Mio erreichen.

Ein Schwerpunkt ist dabei weiterhin die Ersatzbeschaffung von Niederflurstraßenbahnen mit der Finanzierung der Schlussrate in Höhe von € 5,9 Mio. Planmäßig sollen dafür Fördermittel des Landes (€ 2,3 Mio) und Zuweisungen aus dem ÖPNV-Gesetz zur Verfügung stehen.

Neben den genannten Aufwendungen für die Straßenbahnen sind für Investitionen in das eigene Anlagevermögen weitere € 2,3 Mio geplant. Schwerpunkte sind dabei der Kauf von Stadtlinienbussen (nach dem Auslaufen von Leasingverträgen), der weitere Einbau von Videoschutz in Straßenbahnen vom Typ MGT6D, die Anpassung des rechnergesteuerten Betriebsleitsystems, Anpassungen der Hard- und Software für Vertrieb und eTicketing und die Weiterführung der Bauleistungen im Außenbereich des Betriebshofes Freimfelder Straße mit dem Beginn der Gleisverschwenkung Südhof (€ 0,7 Mio).

Schwerpunkte der Investitionen in die Infrastruktur sind im Geschäftsjahr 2013:

- der Ausbau der Straßenbahn- und Verkehrsanlage in der Torstraße (€ 3,1 Mio) mit dem Ausbau der Haltestelle Kurt-Tucholsky-Straße (€ 1,0 Mio),
- der Ausbau und die Umgestaltung der Großen Ulrichstraße als erstes Teilprojekt des Stadtbahnprogramms (€ 3,0 Mio ohne Anteile der beteiligten Versorgungsunternehmen und der städtebaulichen Umgestaltung),
- Leistungen der Planung in den Phasen 3 – 7 für weitere Teilvorhaben des Stadtbahnprogramms z.B. Torstraße, und Rannischer Platz, Böllberger Weg Nord, Verkehrsknotenpunkt „Am Steintor“ und Dessauer Straße / Verlängerung Frohe Zukunft (€ 1,8 Mio),
- die Erneuerung von Fahrleitungen, Bahnstrom- und Kabelanlagen (€ 0,5 Mio) sowie die Ausstattung weiterer Haltestellen im Stadtgebiet mit optischen Fahrgast-informationssystemen (€ 0,1 Mio).

Vorgänge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HAVAG und der Beteiligungen von besonderer Bedeutung wären, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

postalischer Sitz
Anschrift: Prager Straße 8
 04103 Leipzig

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 74

Gesellschafter:	T€	%
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH	12	15,92
Stadt Leipzig	12	15,92
Stadt Halle (Saale)	9	12,45
Hallesche Verkehrs-AG	8	10,95
DB Regio Aktiengesellschaft	4	5,98
Burgenlandkreis	3	3,54
Landkreis Leipzig	3	3,54
Landkreis Nordsachsen	3	3,54
Landkreis Saalekreis	3	3,54
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	3	3,54
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH	2	3,40
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	2	2,99
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibus- und Reiseverkehr Heinz Wittig (LVW), Omnibusverkehrsgesellschaft mbH "Heideland" (OVH), Reiseverkehr Schulze OHG und Döllnitzbahn GmbH	1	1,70
GbR der Verkehrsunternehmen PVG Muldentale mbH, Bus- und Reiseunternehmen Alberto Ludwig, Reise- und Omnibusunternehmen Volker Kaltofen, Omnibusnahverkehr Runge und dem Omnibus-Reiseunternehmen Naundorf	1	1,70
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Auto-Webel GmbH, Omnibusverkehr Leupold OHG und Geißler-Reisen GbR	1	1,70
LeoBus GmbH	1	1,70
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH	1	1,70
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1	1,70
Landkreis Altenburger Land	1	1,02
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH	1	1,02

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Gesellschafter:

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1	1,02
Veolia Verkehr GmbH	1	1,02
Erfurter Bahn GmbH	0	0,41

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze für den straßengebundenen Verkehr und den Schienenverkehr, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen. Die Gesellschaft handelt gegenüber den Gesellschaftern interessen- und wettbewerbsneutral.

Öffentlicher Zweck:

Das Unternehmen erbringt Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr. Der öffentliche Zweck ergibt sich daher aus § 116 Abs. 2 GO-LSA und ist in der Betätigung im öffentlichen Verkehr zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung

Lehmann, Steffen

Aufsichtsrat

Vorsitzender	zur Nedden, Martin	
1. stellv. Vorsitzender	Girard, Francois	(bis 31.12.2012)
2. stellv. Vorsitzender	Thieme, Ronny	
	Bog, Stephan	
	Dr. Kisabaka, Linda	
	Engel, Erich	
	Handschak, Hartmut	
	Heepen, Volker	
	Heft, Frank Uwe	
	Herrmann-Kambach, Jens	
	Hoffmann, Joachim	
	Hörl, Martin	
	Juhrs, Ronald	
	Kern, Dietmar	
	Kniesche, Ute	
	Kultscher, Andreas	(seit 01.01.2012 bis 31.12.2012)
	Malter, Klaus Rüdiger	
	Middelberg, Ulf	
	Mietzsch, Oliver	
	Naacke, Christoph	(bis 20.01.2012)
	Pietsch, René	(bis 30.06.2012)

Aufsichtsrat

Prof. Dr.-Ing. Krause, Matthias (am 29.08.2012)
 Reiche, Harri
 Riese, Lothar
 Schwarz, Vinzenz (seit 01.12.2012)
 Stäglin, Uwe
 Stoye, Angelika
 Wigger, Stephan Georg
 beratendes Mitglied Fahsel, Karl-Hermann
 beratendes Mitglied Hummel, Hans-Jürgen
 beratendes Mitglied Sablotny, Bernd

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	3	3	2

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	230	17	296	22	367	25	-66	-22
Umlaufvermögen	1.109	82	1.054	78	1.101	74	55	5
Rechnungsabgrenzungsposten	10	1	9	0	10	1	1	11

Bilanzsumme	1.349	100	1.359	100	1.478	100	-10	-1
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	1.723		1.501		2.000		222	15
------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	----

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	461	34	461	34	461	31	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	110	8	194	14	301	21	-84	-43
Rückstellungen	142	11	132	10	138	9	10	8
Verbindlichkeiten	501	37	475	35	386	26	26	5
Rechnungsabgrenzungsposten	135	10	97	7	192	13	38	39

Bilanzsumme	1.349	100	1.359	100	1.478	100	-10	-1
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	1.723		1.501		2.000		222	15
---------------------------	-------	--	-------	--	-------	--	-----	----

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	512	485	371
sonstige betriebliche Erträge	454	706	537
Materialaufwand	1.288	1.528	1.293
Personalaufwand	1.334	1.289	1.241
Abschreibungen	129	136	228
Zuschüsse Gesellschafter	2.138	2.126	2.232
sonstige betriebliche Aufwendungen	359	370	382
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	7	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	129	136	228	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	37	46	35	T€
Personalaufwandsquote:	138,15	108,18	136,75	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	4,03	4,59	6,79	%
Eigenkapitalquote:	34,19	33,95	31,22	%
Fremdkapitalquote:	65,81	66,05	68,78	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Fahrgastaufkommen	174,10	173,10	174,30	Mio.

e) Lagebericht

Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich aktuell über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

Mit der Erfurter Bahn hat am 10. Juni 2012 ein neues Verbundunternehmen den Betrieb der KBS 550 Gera – Leipzig von DB Regio übernommen. In diesen Zusammenhang hat die Erfurter Bahn mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Juni 2012 die Gesellschafteranteile von DB Regio in Höhe von EUR 300 erworben.

Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2012

Das Kalenderjahr 2012 war eines der erfolgreichsten Jahre seit Bestehen des MDV. Die Einnahmen aus den **Tariferlösen** der Verkehrsunternehmen stiegen, bereinigt um die Wirkung des Ausscheidens des Alt-Landkreises Döbeln, um Mio. EUR 7, d. h. um 4,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und damit auf insgesamt Mio. EUR 166.

Diese positive Entwicklung im gesamten Verbundraum ist das Ergebnis:

- von zusätzlich rd. 1 Mio. **Fahrgästen** (+0,6 %) in Leipzig und der Region sowie stabilen Fahrgastzahlen in Halle trotz weiterhin verbundweit sinkender Auszubildendenzahlen
- der neu eingeführten und gut nachgefragten Tarifprodukte
- der Preisanhebung zum 1. August 2012
- der trotz deutlicher Kostensteigerung und kaum zusätzlicher Zuschüsse aufrecht erhaltenen Verkehrsleistung der Unternehmen
- der hohen Akzeptanz des handybasierten Informations- und Ticketsystems „easy.go“.

Zum 1. August 2012 wurde im MDV **das neue Tarifmodell** eingeführt. Grundlage waren umfangreiche Befragungen von Kunden und Nicht-Kunden des ÖPNV zu ihren Bedürfnissen. Im Vordergrund der Neuausrichtung des Tarifs stand die Absicht, den Kunden mehr Optionen bei der Fahrauswahl und eine höhere Flexibilität bei der Ticketgültigkeit zu ermöglichen. Die neuen Tarifprodukte sollen insbesondere einen Anreiz bieten, sich längerfristig an den ÖPNV zu binden.

Zum neuen Tarifmodell gehören:

- die gleitende Monatskarte,
- die Gruppenkarte mit flexibler Personenanzahl,
- der flexible Einstieg ins Abonnement,
- ein überarbeitetes (ABO Basis) und zwei neue Abo-Angebote (ABO Premium und ABO Light) für jedermann (ein für alle käufliches Abo),
- zwei neue Abo-Angebote für Senioren,
- eine Zusatzkarte für die Mitnahme von Sachen, Hunden und Fahrrädern.

Ein halbes Jahr nach Einführung des neuen Tarifmodells kann ein erstes Fazit gezogen werden: Die Tarifstrategie erweist sich nach den bisherigen Erkenntnissen als erfolgreich. Die neuen und veränderten Tarifprodukte werden von den Kunden akzeptiert und angenommen. Insbesondere die Anzahl der Abonnenten konnte bereits nach fünf Monaten um ca. 4 % gesteigert werden.

Dennoch musste auch im Jahr 2012 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich **fortgeschrieben werden**.

Die Aufgaben im Vertriebsbereich konzentrierten sich 2012 insbesondere auf die weitere Marktdurchsetzung für das **handybasierte Auskunft- und Ticketingsystem (easy.GO)** sowie den Start des **EFRE-Telematikvorhabens**.

easy.GO hat sich zu einem stabilen Auskunft- und Ticketingdienst für die Kunden im MDV entwickelt. Der Kunde kann mit der Anwendung verbundweit Fahrplanauskünfte erhalten und das dazu angebotene Ticket erwerben. Gleichzeitig sind Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen und zum anderen auch adhoc über Störungen informieren können. Bei den Fahrplanauskünften erhält der Kunde die Daten von LVB, HAVAG und DB Regio in Echtzeit, sodass eine genaue Planung der Wege möglich ist.

Die Nutzerquote der Handy-App hat sich nach der verbundweiten Einführung und Vermarktung im Herbst/Winter 2011 im Jahr 2012 kontinuierlich erhöht. Mit einem ausgewogenen Mix aus technischen Weiterentwicklungen der App und gezielten Marketingmaßnahmen, wie z. B. der Rabattaktion zur Fußball-Europameisterschaft „2 auf 1“, hat sich easy.GO zu einem stabilen Element in der Fahrgastinformation und dem Ticketerwerb entwickelt.

Seit Herbst 2012 wurde mit dem Online-Gang der „Web-App“ eine Lösung geschaffen, die es nunmehr allen Smartphone-Nutzern möglich macht, Verbindungen abzurufen und passende Tickets zu kaufen.

Unter den Slogans „Ohne Schotter auf die Piste“ und „Ohne Kröten die Fliege machen“ wurde zum Jahresende in einem Marketingmix mit Schwerpunkt Online-Maßnahmen (Werbung, Anzeigen, Facebook-Kampagne) die Bekanntheit von easy.GO erneut erhöht und gleichzeitig die Botschaft „Jetzt für alle Smartphones“ vermittelt.

Bedingt durch die erfolgreiche Kampagne und saisonale Effekte wie Witterung und Weihnachtsmärkte haben sich die Ticketverkäufe und Umsätze abermals signifikant gesteigert. Erstmals wurde im Dezember 2012 ein Umsatz mit easy.GO von über EUR 100.000,00 erzielt. Noch deutlicher wird der Nutzen der Handy- und Web-App als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet, betrachtet man die insgesamt fast 1,2 Millionen Auskünfte (Verbindungsauskunft und Abfahrtsmonitor) via easy.GO im Dezember 2012.

Die Anzahl der aktiven Nutzer folgt den gleichen Regeln: 65.000 Fahrgäste nutzten easy.GO als Auskunftssystem oder Fahrkartenautomat allein im selben Monat.

Um easy.GO auch in den Gebieten außerhalb der Oberzentren Halle und Leipzig spürbar bekannter werden zu lassen und zu stärken, ist vorgesehen, im laufenden Jahr verschiedene Marketingmaßnahmen in zwei Pilotgebieten durchzuführen. Aus diesen Erkenntnissen (Best Practice) soll dann eine umfassendere Kommunikation in der „Region im Verbundgebiet“ weiter forciert umgesetzt werden.

Im Oktober 2012 wurde offiziell das **EFRE-Telematikvorhaben** gestartet. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurden durch den Staatsminister Sven Morlok die ersten Fördermittelbescheide übergeben. Parallel dazu erfolgte die Übergabe der Fördermittelbescheide durch den ZVNL, der die Maßnahme ebenfalls finanziell unterstützt.

Die Mittel fließen in verschiedene, durch den MDV koordinierte, Telematikvorhaben, die nunmehr als verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden können. Die an den MDV bewilligten Mittel werden unter anderem für die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Betriebshof- und Systemausrüstung, eingesetzt. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor. Damit einhergehend tragen die Vorhaben auch zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität und letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit bei.

Vorhabensinhalt ist ebenfalls die **MDV-sachsenweite Einführung des eTicketing für Stammkunden**. Das eigentliche Projekt beinhaltet jedoch das Ziel zur Einführung des MDV-weiten eTicketing, weshalb hier auch die Verkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt eingebunden sind. Im Jahr 2012 haben viele Abstimmungsberatungen zur Erstellung des Lastenheftes stattgefunden, in denen insbesondere auch die Prozesse zur Schülerkartenabwicklung innerhalb der einzelnen Landkreise beleuchtet wurden. Gestartet wurde Anfang 2013 der Teilnahmewettbewerb für eine europaweite Ausschreibung, die 2013 abgeschlossen werden soll.

Seit Juni 2012 ist die **Erfurter Bahn** neuer Partner im MDV als Betreiber der Strecke Gera – Leipzig. Zur Integration des neuen Unternehmens waren im Vorfeld umfangreiche Vorbereitungs- und Abstimmungsarbeiten notwendig, insbesondere um das Unternehmen in den Vertrieb und das Einnahmeverfahren des MDV zu integrieren. Im Jahr 2013 wurden auch die sonstigen mit der Betriebsaufnahme verbundenen Aufgaben abgeschlossen.

Im Dezember 2013 wird die DB Regio den Betrieb im **Citytunnel-Netz (MDSB-I)** aufnehmen. Vorbereitend sind vielfältige Aufgaben notwendig. Hierbei konzentriert sich die Verbundgesellschaft insbesondere auf Abstimmungen in den Bereichen Vertrieb, Fahrgastzählung und Einnahmeverfahren sowie Telematik und Kundeninformation für das Gesamtnetz. Auch die Beschilderung im Bereich der Tunnelbahnhöfe ist ein wesentliches Thema. Die vorbereitenden Abstimmungen begannen im Jahr 2012.

Zur Kooperation **Verkehrsmanagement** haben sich die Städte Leipzig und Halle, die Verkehrsunternehmen LVB und HAVAG sowie die Nahverkehrsgesellschaft Sachsen-Anhalt und die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt unter Federführung des MDV zusammengeschlossen. Hauptinhalt sind länderübergreifende Mobilitätskonzepte und -maßnahmen insbesondere zur intelligenten Steuerung des Verkehrs.

Im Jahr 2012 haben sich die Partner verständigt, ein länderübergreifendes Mobilitätsportal aufzubauen, in dem sowohl Informationen aus ÖPNV und IV sowie Rad- und Fußgängerverkehr, aber auch angrenzende Daten wie Parkraumbelegung, Umweltdaten etc. einfließen sollen. Hierfür wurde ein Katalog von Bausteinen erarbeitet und priorisiert. Aufgabe im Jahr 2013 ist nun der Beginn der Umsetzung der ersten Bausteine. Wichtig ist die grundsätzliche Nutzung vorhandener Daten wie der Verkehrslage Leipzig, um zusätzlichen Aufwand zu minimieren.

Im Vorfeld des **Tarifwechsels** waren umfangreiche technische Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen und Geräteherstellern notwendig, um den neuen Tarif in allen Vertriebs- und Kontrollgeräten einzubinden. Der Schwerpunkt war hierbei die Einführung des ABO-Splitting. Hier mussten alle ABO-Verkaufssysteme angepasst werden, wofür insbesondere eine Vielzahl an Festlegungen zur Tarifierung notwendig war.

Neben der Ausgabe der neuen ABO-Karten war jedoch auch die Kontrolle ein wesentliches Thema. Es wurde beschlossen, Kontrollmodule nach VDV-Kernapplikation zu entwickeln. Diese ermöglichen den elektronischen Kontrollgeräten für Chipkarten eine automatisierte Prüfung des räumlichen und zeitlichen Geltungsbereiches. Insbesondere werden dem Kontrolleur dabei die abweichenden räumlichen Geltungen wie verbundweite Gültigkeit am Wochenende und auch die vielfältigen Mitnahmeregelungen zeit- und ortsbezogen angezeigt. Bislang nutzen LVB und HAVAG diese automatisierte Kontrolle von Chipkarten. Im Jahr 2013 soll die automatisierte Kontrolle auf Basis von Kontrollmodulen auch auf Onlinetickets ausgeweitet werden. Des Weiteren werden die Kontrollmodule in alle neuen innerhalb des MDV beschafften Geräte integriert, d. h. in die Bordrechner bei den Regionalverkehrsunternehmen und in die neuen Mobil-Terminals der Deutschen Bahn.

Zuletzt waren Anpassungen in der Einnahmeaufteilungsdatenbank notwendig, um eine sachgerechte Zuweisung der Einnahmen aus den neuen ABO-Produkten auf die Verkehrsunternehmen sicherzustellen. Die Basis hierfür wurde in der Tarifdatenbank gelegt, die die Verkaufsmöglichkeit der neuen Produkte sicherstellt.

Schwerpunkt im Bereich der **Einnahmeaufteilung** war die inhaltliche Diskussion zur **Fortschreibung** des aktuellen Verfahrens, welche Mitte 2012 abgeschlossen werden konnte. Der fortgeschriebene Vertrag wurde im März 2013 von allen Verbundunternehmen unterzeichnet und damit bereits für die Jahresrechnung 2012 wirksam.

Die **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** dient dazu, den ÖPNV – ausgehend von den Rechten und Pflichten der beiden Partner und entsprechend der Zielstellungen der Gesellschafter bzw. Verbandsmitglieder – gemeinsam weiterzuentwickeln und auszugestalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung führt der MDV ausgewählte Aufgaben insbesondere der integrierten Planung im Auftrag des Zweckverbandes durch. Der Vertrag wurde in 2010 für eine Laufzeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2014 erneuert.

In 2012 wurden im Auftrag des ZVNL die folgenden Untersuchungen bearbeitet:

- Kommunikative Maßnahmen zur reibungslosen Umsetzung der Streckensperre im Südraum von Leipzig im Rahmen der Netzergänzenden Maßnahmen zum Citytunnel
- Umbau des Netzes regionalbedeutsamer Buslinien im ZVNL auf Linien des Integrierten Netzes
- Überwachung Betriebsaufnahme Erfurter Bahn
- Belegungsplanung für den neuen Busbahnhof in Taucha
- Citytunnel Leipzig, Wegeleitung und DFI (Details siehe unten).

Weitere Aufgaben im Rahmen der Kooperationsvereinbarung (kontinuierlich):

- Kontinuierliche Information der Busunternehmen zu Änderungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV)/Bereitstellung Baustellenkalender
- Vorbereitung und Durchführung Fahrplankonferenz
- Maßnahmenabstimmung und Umsetzungskontrolle Schienenersatzverkehre.

Ein Schwerpunkt der originären Verbundtätigkeiten 2012 war die Fortführung des Projekts: **Integriertes Netz** mit den folgenden Themen:

- Festlegung auf 26 "Premiumbuslinien" im Regionalbusverkehr
- Abschluss der Planungsleistungen zu den Premiumbuslinien und Überführung dieser zur Vermarktung (in enger Abstimmung mit der Vermarktung der DB zum MDSB-Netz).

Im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (**MORO**) zur regionalen Daseinsvorsorge des BBSR hat sich der MDV zusammen mit den fünf Landkreisen und den drei regionalen Planungsverbänden um Förderung beworben. Eine Förderung wurde nicht gewährt, jedoch verständigten sich alle Projektbeteiligten darüber, dass die Thematik „regionale Daseinsvorsorge“ weitergeführt werden solle. Weitere Fördermöglichkeiten wurden im Jahr 2012 gesucht. Der MDV hat dazu auch intensive Gespräche mit dem BMVBS geführt, um ab 2013 eine Förderung über das Programm „**FOPS**“ (Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden) zu erhalten.

Das **Güterverkehrszentrum** in Leipzig (GVZ) ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Mit der Werkserweiterung der Firma Porsche wird sich in den folgenden Jahren ein neuer Wachstumsimpuls ergeben. Es ist mit mindestens 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen am Standort GVZ zu rechnen.

Der MDV hat die Aufgabe übernommen, moderierend gemeinsam mit den Partnern vor Ort (Porsche, Post, GVZ, Stadt Leipzig, Auto Weibel) eine angemessene ÖPNV-Anbindung zu entwickeln. Dabei soll das aktuelle ÖPNV-Angebot überprüft und ggf. im Konsens aller Beteiligten verbessert sowie die Information über das selbige verbessert werden.

Es wurde von allen Beteiligten ein erweiterter Fahrplan entwickelt, der es den Mitarbeitern der meisten im GVZ ansässigen Firmen erlaubt, ihren Arbeitsplatz mit dem ÖPNV zu erreichen. Eine Umsetzung ist für Dezember 2013 vorgesehen. Die Stadt Leipzig sucht derzeit Lösungen für die Finanzierung dieser zusätzlichen Leistungen.

Im Dezember 2013 wird der neue **Citytunnel Leipzig** als zentrale neue SPNV-Achse in Leipzig in Betrieb genommen. Um sich im neuen Verkehrssystem räumlich zurechtzufinden, ist ein gutes **Wegeleit- sowie Informationssystem** unabdingbar. In den Jahren 2011 und 2012 hat der MDV dazu eine Arbeitsgruppe moderiert. Aufgabenschwerpunkt lag bei den CTL-Stationen und den Umbaustationen im Rahmen der Netzergänzenden Maßnahmen zum Citytunnel. Beteiligte der Arbeitsgruppe waren neben der Stadt Leipzig (VTA und Stadtplanungsamt), der ZVNL, DB Regio, DB Station und Service, DB Projektbau, Stadt Markkleeberg, Landkreis Leipzig und die LVB. Inhaltliche Schwerpunkte waren dabei das Aufzeigen von ggfs. fehlenden Wegeleitungen zu Anschlüssen im ÖPNV, die Beschriftung von Zielanzeigern, Standorte von Hinweistafeln, die Ausstattung mit DFI und die logische Wegeführung für den Kunden von und zu den neuen Stationen. Auf Wunsch der Arbeitsgruppe und vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Bauarbeiten am Citytunnel und der Netzergänzenden Maßnahmen tagte die Arbeitsgruppe im Dezember 2012 letztmalig.

Bei der Untersuchung nach möglichen Optionen zur **Erweiterung der Verbundtarifanerkennung** wurden folgende Korridore aus planerischer Sicht als besonders weiter verfolgenswert eingestuft:

1. **Priorität:**
 - Halle/Leipzig – Bitterfeld (Dessau/Lutherstadt Wittenberg) mögliche Umsetzung Dezember 2015
 - Halle – Könnern (Bernburg/Aschersleben) mögliche Umsetzung Dezember 2015
2. **Priorität:**
 - Halle – Lutherstadt Eisleben
 - Zeitz – Gera.

Für weitere Untersuchungen sind für 2013 Fahrgasterhebungen durch die NASA zu den Linien der 1. Priorität vorgesehen.

Das **Verkehrsmodell „VISUM“** wurde fortgeschrieben, sodass jetzt Prognosen mit aktualisiertem Datenmaterial erfolgen können. Erstmals wurden auch P+R-Plätze in den Betrachtungshorizont des Modells integriert.

Für die **MDV-Strategie 2025** hat der Fachbereich Verkehrsplanung intensive Grundlagenarbeit geleistet. So wurden u. a. Analysen zur Erreichbarkeit, Nutzungshäufigkeiten und Mobilitätsverhalten allgemein, räumliche Erschließungswirkungen und Haltestellenabstände erarbeitet und ausgewertet. Zusätzlich wurden für ein Modellvorhaben zur Rolle des Nahverkehrs im ländlichen Raum die Grundlagen gelegt. Dies wird ab 2013 unter dem Titel „Nahverkehr plus Muldentaldreieck“ gestartet.

Den Schwerpunkt in der Verbundkommunikation bildete die **Markteinführung des neuen Tarifsystems**. Hierzu gab es mehrstufige Vermarktungsaktivitäten. Diese starteten bereits Ende 2011 mit der Erstveröffentlichung des neuen Systems in den Medien unmittelbar nach den entsprechenden Gremienbeschlüssen. Im Frühjahr 2012 schloss sich eine breit angelegte Kommunikationskampagne an, in der die neuen Tarifprodukte der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden. Im ersten Schritt wurden die VertriebsmitarbeiterInnen der Verkehrsunternehmen intensiv geschult. Speziell für die Überleitung vorhandener Abonnenten in die neuen ABO-Produkte und zur Akquise von Neu-Abonnenten wurden die Schulungen durch Verkaufstrainings ergänzt. Im zweiten Schritt wurde der Dialog mit den bereits vorhandenen Abonnenten aufgenommen. Ziel war es, möglichst viele Bestandskunden in das ABO Basis, das ABO Premium oder das ABO Senior zu überführen und Abwanderungen in das ABO Light zu vermeiden. Zudem sollten bisherige Barkäufer von Zeitkarten für die neuen ABO-Produkte gewonnen werden. Mit über 4.000 Neu-Abonnenten bis Jahresende 2012, davon über die Hälfte mit Abschlüssen für eines der neuen Produkte und nur vereinzelter Abwanderungen von Bestandskunden in das ABO Light können die Vermarktungsziele als erfüllt betrachtet werden.

Bereits während der Umsetzung der Vermarktungskampagne für das Neue Tarifsysteem begannen die Vorbereitungen für die **Vermarktung des Integrierten Netzes**. In einer Arbeitsgruppe mit allen beteiligten Verkehrsunternehmen und verschiedenen Aufgabenträgern wurden die Kernthemen der geplanten Vermarktung erarbeitet und ein Grobkonzept erstellt. Dieses bildet die Basis für eine Agenturausschreibung, über die eine geeignete Agentur für die Kommunikationskampagne im Jahr 2013 gesucht wird. Schon in dieser frühen Vorbereitungsphase wurde ein enger Kontakt mit DB Regio hergestellt, um die Vermarktung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes eng mit der Vermarktung des Regionalnetzes Bus des MDV zu verzahnen.

In der **Fahrplankommunikation** wurde zur Stärkung der Identifikation der Bürger mit „ihrem“ Verkehrsunternehmen und zur Verbesserung des regionalen Bezuges ein Malwettbewerb für die Cover der Fahrplanbücher ausgelobt. Kontaktiert wurden Grundschulklassen, die sich daraufhin am Wettbewerb beteiligen konnten. Über 1.800 eingesandte Bilder zeugen von einem hohen Interesse am Thema. Regionale Jurys wählten die geeignetsten Bilder aus und die jeweils erstplatzierten Einsendungen pro Region wurden auf dem jeweiligen Fahrplanbuch als Titelmotiv abgedruckt. Die Prämierung der Gewinner erfolgte im Beisein von örtlichen Medienvertretern.

Kontinuierlich fortgesetzt wurde im Jahr 2012 auch die **Vermarktung von easy.GO**. Hierzu wurde easy.GO in allen Verbundmedien permanent kommuniziert und auch in die Vermarktungskampagne für das neue Tarifsysteem eingebettet. Bis Mai des Jahres erhielten easy.GO-Nutzer ihre Tickets zudem mit einem 10%igen Rabatt.

Realisierung des Wirtschaftsplans 2012

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2012 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2011 beschlossen. Er enthielt mit TEUR 157 einen Übertrag von Betriebskostenzuschüssen des Jahres 2009 bis 2011. In der Gesellschafterversammlung am 29. August 2012 wurde zusätzlich beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2011 (TEUR 95) ins Jahr 2012 zu übertragen. Auf dieser Basis erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012 durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages sowie durch Fördermittel des Freistaates Sachsen und des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL und der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2012/2013 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus der Vereinbarung zum easy.GO-Projekt und Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.113 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 975 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.430 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.138 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 292 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 6. Dezember 2012 beschlossen, Mittel der Jahre 2012 und 2011 in Höhe von TEUR 166 nach 2013 zu übertragen.

Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 126 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung empfiehlt, diese für zusätzliche Maßnahmen nach 2013 zu übertragen.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 165 wurden 2012 TEUR 98 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2013 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 67 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2013 zur Fertigstellung der begonnenen Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. Ein Betrag von TEUR 38 war bereits im Wirtschaftsplan 2013 berücksichtigt. Der zusätzliche Übertrag von TEUR 29 betrifft im Wesentlichen das BerSy-Projekt (TEUR 21), wofür 50 % der Auftragssumme erst 2013 anfallen, und laufende easy.GO-Aufwendungen (TEUR 8), für die im Projektlenkungsreis bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.349 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.359) nahezu konstant. Auf der Aktivseite sinken zum einen abschreibungsbedingt das Anlagevermögen sowie weiterhin die Forderungen. Demgegenüber steht ein Anstieg der liquiden Mittel um TEUR 197 durch den Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, der insbesondere aus nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüssen und nicht verbrauchten Mitteln des projektbezogenen Erfolgsanteils resultiert, sowie durch den Anstieg des passiven Rechnungsabgrenzungspostens aus nicht verbrauchten Projektzuweisungen für easy.GO und der Mittel der Landkreise zur Vermarktung des Integrierten Netzes. Auf der Passivseite verminderte sich durch Auflösung entsprechend der Sonderposten für Investitionszuschüsse, der durch den Anstieg der Fremdkapitalpositionen nahezu kompensiert wird.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2017 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 wurde von der Gesellschafterversammlung am 6. Dezember 2012 beschlossen.

Ausblick auf 2013 und 2014

Für das Jahr 2013 ist – neben der Fortführung der Tarifstrategie im „Jedermann-Tarif“ – ein erster Schritt für die Weiterentwicklung der Tarifangebote für junge Leute geplant. Hierzu gehören die Durchführung einer Befragung zur Eruierung der ÖPNV-Nutzeranteile, der Gründe bei Nicht-Nutzung sowie das Interesse an neuen Tarifprodukten.

Des Weiteren arbeiten die LVB, die DB Regio, die Stadtverwaltung Leipzig und der MDV an einer Überführung der bisher ausschließlich bei der LVB gültigen Fahrkarten SchülerCard und SchülerMobilCard in den MDV-Tarif, um das deutlich breitere SPNV-Angebot auch innerhalb der Stadt Leipzig allen SchülerInnen zur Nutzung bereitzustellen.

Darüber hinaus sollen ab dem 1. August 2013 die DB-Ländertickets Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen anerkannt werden, d. h. wenn ein Fahrgast mit einem dieser Ländertickets unterwegs ist, kann er dann auch öffentliche Nahverkehrsmittel Bus und Straßenbahn mitnutzen.

Auch wenn insbesondere die neuen Abonnements von den Kunden angenommen werden, hat sich gezeigt, dass ausschließlich durch neue Tarifprodukte nicht die Anzahl von Mehreinnahmen erzielt werden kann, die notwendig ist, um

- höhere Energie-, Personal- und Materialkosten,
- zum Teil fehlende Inflationsausgleiche bei Zuschuss- und Ausgleichsleistungen sowie
- fehlende investive Mittel

auszugleichen. Vor diesem Hintergrund wird auch im Jahr 2013 eine Tarifierung notwendig sein, um das bestehende Fahrplan- und Leistungsangebot aufrechtzuerhalten.

Das in 2012 gestartete **EFRE-Telematikvorhaben** bildet einen Schwerpunkt der Arbeiten in den Jahren 2013 und 2014. Das Projektende für das EFRE-Vorhaben ist zuwendungsbedingt auf Ende 2014 festgelegt.

Die Verbundkommunikation fokussiert sich im Jahr 2013 stark auf die **Einführung des Regionalnetzes Bus** in Kopplung mit der Einführung des Mitteldeutschen S-Bahnnetzes durch DB Regio. Hierfür erfolgt im ersten Schritt eine Ausschreibung für die Bindung einer geeigneten Agentur, mit der in der weiteren Folge eine Feinkonzeption erarbeitet und umgesetzt wird.

Für die **Kommunikation der Angebote im Freizeitverkehr** erarbeitet die MDV-Geschäftsstelle eine neue Konzeption. Ziel ist es, die bisherigen Publikationen „Fahr Rad“ und „Wanderlust“ durch ein neues Medium zu ersetzen. Hierfür besteht insbesondere mit Blick auf die Fahrradbeförderung Handlungsbedarf, da die deutlich gestiegenen Mitnahmezahlen von Fahrrädern stellenweise zu Kapazitätsengpässen geführt haben. Deshalb soll die Kommunikation von Ausflugs- und Erlebnismöglichkeiten im MDV-Gebiet auf eine breitere Basis gestellt werden.

Für den notwendigen **Relaunch der MDV-online-Medien** www.mdv.de und www.mdv-intranet.de (Bestellportal für die Verbundpartner) beginnen im Jahr 2013 die Vorbereitungen. Durch Einbeziehung interessierter Verbundpartner und über eine enge Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) Leipzig sollen Synergien genutzt und Kosten für Entwicklung und Umsetzung minimiert werden.

Für 2013 und 2014 sind folgende Schwerpunkte für die **verkehrsplanerischen Aufgaben** gesetzt:

- Im Modellvorhaben Nahverkehr plus – „Muldendendreieck“ sollen modellhaft und stellvertretend für den MDV-Raum Erfahrungen und Ideen zur Sicherung und Wiederherstellung der Mobilität im ländlichen Raum entwickelt und umgesetzt werden. Dabei sollen vor allem die Verkehre abseits der starken Linien betrachtet werden, da diese den wichtigen Binnenverkehr zwischen den Ortsteilen gewährleisten und als Zubringer zu den starken Achsen fungieren.
- Start des FOPS-Vorhabens (Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden) des Bundesverkehrsministeriums in den Jahren 2013 und 2014, mit der Zielsetzung nachhaltige Ansätze zur regionalen Daseinsvorsorge und nachhaltiger Mobilität erforschen zu lassen.

Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen hat die Verbundgesellschaft Ende 2012 eine **Strategiediskussion** mit allen Gesellschaftern begonnen.

Dabei stehen insbesondere die folgenden drei zentralen Fragen im Mittelpunkt:

1. Wie werden sich das Mobilitätsverhalten und die systemrelevanten Rahmenbedingungen in den kommenden zehn bis 15 Jahren verändern?
2. Was bedeutet das für den Verbundraum und das Verbundsystem in Mitteldeutschland?
3. Welche Aufgaben und Handlungsfelder ergeben sich daraus für die Gesellschaftergruppen und für die Verbundgesellschaft?

Im Rahmen dieser, unter externer Begleitung geführten, Strategiediskussion soll bis Ende 2013 eine Strategiekonzeption zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“ entstehen. Dazu werden aktuell in einem ersten Schritt mögliche Szenarien erarbeitet, auf Grundlage derer dann Handlungsempfehlungen abgeleitet werden sollen.

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Zu klären ist langfristig die Finanzierung des Ersatzes ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 sind für die entsprechenden Ersatzbeschaffungen liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen und ausreichend.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskursschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im März 2012 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft.

OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Kaolinstraße 12
 06126 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	15	51,00
Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	15	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

- I. Gegenstand des Unternehmens ist die Beförderung von Personen im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere die Durchführung von Linien-, Gelegenheits- und Schülerverkehr.
- II. Gegenstand der Gesellschaft sind weiter die Planung, Effizienzprüfung und die Gestaltung eines kundenorientierten und wirtschaftlich Öffentlichen Personennahverkehrs sowie alle mit der Durchführung der Verkehrsleistungen im Zusammenhang stehende Tätigkeiten, wie auch das Erbringen von Kraftfahrzeuginstandsetzungsleistungen, Nutzfahrzeugserviceleistungen sowie entsprechenden Serviceleistungen.
- III. Die Gesellschaft kann gleichartige oder ähnliche Unternehmen im Inland errichten, erwerben und sich an solchen beteiligen oder deren Vertretung übernehmen sowie Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Dr. Vetter, Wolfdietrich

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	1	1,70

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	8.048	79	8.345	78	8.241	77	-297	-4
Umlaufvermögen	2.180	21	2.295	22	2.523	23	-115	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	7	0	14	0	-4	-57

Bilanzsumme	10.231	100	10.647	100	10.778	100	-416	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.730	46	4.623	43	4.620	43	107	2
Sonderposten für Investitionszulagen	1.766	18	1.977	19	2.011	19	-211	-11
Rückstellungen	36	0	35	0	36	0	1	3
Verbindlichkeiten	3.693	36	4.005	38	4.101	38	-312	-8
Rechnungsabgrenzungsposten	6	0	7	0	10	0	-1	-14

Bilanzsumme	10.231	100	10.647	100	10.778	100	-416	-4
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	11.302	11.001	10.625
sonstige betriebliche Erträge	873	917	1.154
Materialaufwand	6.724	6.605	6.302
Personalaufwand	3.244	3.229	3.477
Abschreibungen	1.265	1.217	1.154
sonstige betriebliche Aufwendungen	653	669	753
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	15	13
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	37	37	37
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	156	164	160
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117	12	-91
sonstige Steuern	9	9	9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	108	3	-100
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-633	-635	-535
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-525	-632	-635

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,95	0,02	-0,94	%
Eigenkapitalrentabilität:	2,05	0,05	-1,90	%
Cash-Flow:	1.373	1.219	1.054	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	109	108	107	T€
Personalaufwandsquote:	26,65	27,09	29,52	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	78,50	78,30	76,32	%
Eigenkapitalquote:	46,24	43,42	42,87	%
Fremdkapitalquote:	53,76	56,58	57,13	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Fahrplan-km	3.894.000,00	3.963.000,00	4.276.000,00	km

e) Lagebericht**Geschäftsverlauf/Rahmenbedingungen**

Die OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH erbringt Linienverkehrsleistungen im Rahmen der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis für den Genehmigungszeitraum bis 30. April 2019. Insofern sind die Markt- und Rahmenbedingungen für das Unternehmen konstant. Im Auftragsverkehr für die HAVAG haben sich die vertraglichen Festleistungen nicht verändert. Die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten des Unternehmens wird durch die Übernahme von zusätzlichen Leistungen im Stadt-, Schienenersatz- und Gelegenheitsverkehr verbessert.

Im Jahr 2012 wurden rd. 3.894.000 Fahrplankilometer realisiert, darunter 314.000 Kilometer im Bedarfsverkehr. Damit sind die im Wettbewerbsverfahren festgeschriebenen Verpflichtungen erfüllt.

Investitionen

Die Investitionstätigkeit des Unternehmens wurde durch den Zugang von insgesamt fünf neuen und zwei gebrauchten Omnibussen im Geschäftsjahr 2012 geprägt.

Die Lieferung von drei Niederflur-Omnibussen Irisbus Crossway mit Diesel-Antrieb erfolgte im September, weitere zwei Fahrzeuge dieses Typs sind im November geliefert worden.

Im August erwarb die OBS ein gebrauchtes Niederflurfahrzeug vom Typ MB O 530, des Weiteren im Dezember ein gebrauchtes Niederflurfahrzeug vom Typ MB O 530 CNG mit Gasantrieb.

Insgesamt betrug das Gesamtvolumen der Fahrzeuganschaffungen im Geschäftsjahr 2012 TEUR 922. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen durch die Aufnahme von Krediten. Zur Finanzierung von drei Neufahrzeugen wurde der Gesellschaft 2012 durch den Landkreis Saalekreis ein Investitionszuschuss in Höhe von TEUR 175 bewilligt, der im September ausgezahlt wurde.

Mit den getätigten Investitionen wurde den Anforderungen des Nahverkehrsplanes und der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis entsprochen.

Die Wertberichtigungsquote für KOM erhöhte sich leicht von rd. 59 % im Jahr 2011 auf rd. 61 % im Geschäftsjahr 2012.

Zum 31. Dezember 2012 verfügt das Unternehmen über insgesamt 96 Omnibusse.

Vermögenslage und Liquidität

Im Geschäftsjahr 2012 verminderte sich die Bilanzsumme des Unternehmens im Vergleich zu 2011 um TEUR 416. Ursache hierfür ist im Wesentlichen der Wertverlust im Anlagevermögen in den Positionen Gebäude, Technische Anlagen und Maschinen sowie bei den Omnibussen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern erhöhten sich leicht (um TEUR 80) aufgrund der Investitionskreditaufnahmen in Höhe von insgesamt TEUR 1.037 und der erfolgten Tilgungen in Höhe von TEUR 957. Im Geschäftsjahr 2013 werden die Tilgungsleistungen voraussichtlich TEUR 1.088 betragen.

Die Fremdkapitalquote verminderte sich im Wirtschaftsjahr auf 36,5 % (Vj.: 38,0 %).

Der Finanzmittelfonds zum 31. Dezember 2012 beträgt TEUR 1.329 (Vj.: TEUR 1.464).

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2012 jederzeit gegeben.

Ertragslage

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2012 verbessert.

Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zu 2011 (TEUR 11.001) um 2,7 % auf TEUR 11.302, absolut um TEUR 301. In Höhe von TEUR 914 (Vj.: TEUR 914) sind Ausgleichszahlungen für verbundbedingte Belastungen durch den Landkreis Saalekreis ausgewiesen.

Trotz rückläufiger Einwohnerentwicklung sowie sinkender Auszubildendenzahlen in der Region konnte eine Erhöhung der Fahrscheineinnahmen in Höhe von 3,6 % erzielt werden, was eine Stabilisierung der unterjährigen Liquidität der Gesellschaft bewirkte.

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen ist um 1,8 % gestiegen, insbesondere infolge der im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhten Preise für Treibstoffe, absolut um insgesamt TEUR 119. Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren stieg im Geschäftsjahr 2012 um TEUR 159 (6 %), wobei allein der Treibstoff im Eigenverbrauch mit TEUR 138 enthalten ist. Der prozentuale Preisanstieg für Diesel betrug seit dem Jahr 2009 32,6 % und bei Erdgas 52,7 %.

Der Aufwand für bezogene Leistungen konnte leicht um 1 % (TEUR 40) reduziert werden.

Für zusätzliche Leistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG und Leistungen im Schienenersatzverkehr für die Bahn sind zusätzliche fremde Fahrpersonale eingesetzt worden.

Der Aufwand für eigenes Personal in Höhe von TEUR 3.244 entspricht annähernd dem Vorjahreswert (TEUR 3.229). Grundlage dafür war der moderate Tarifabschluss für die Jahre 2011 und 2012.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auch in diesem Geschäftsjahr um 2,4 % (TEUR 16) gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dieser Wert wird u. a. durch eine positive Schadensbilanz sowie daraus resultierende Nachlässe bei der Versicherungsprämie beeinflusst.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens in den einzelnen Sparten stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Jahresergebnis nach Sparten		
Regionalverkehr	-6	-99
davon Buchgewinne	(17)	(44)
davon periodenfremder Ertrag	(54)	0
Stadtverkehr für HAVAG	33	-10
Mietwagen-/Gelegenheitsverkehr	75	92
Technischer Bereich/Handelsware/Vermietung	6	20

Die Sparte Regionalverkehr wird beeinflusst durch einen periodenfremden Ertrag in Höhe von TEUR 54 aus der Jahresabrechnung 2011 der Verkehrsfinanzierungssatzung und TEUR 17 aus Buchgewinnen, sodass das bereinigte Jahresergebnis der Sparte TEUR -77 beträgt.

Die im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 50 höheren Abschreibungen auf Omnibusse in der Sparte Regionalverkehr resultieren aus den weiterhin forcierten Anstrengungen des Unternehmens zur Erneuerung des Fuhrparks. Der Materialaufwand für Treibstoffe erhöhte sich aufgrund der im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 8 % höheren Einkaufspreise deutlich. Durch eine Dieselpreisbindung im Unternehmensverbund in Höhe von EUR 1,1500/Ltr. mit Wirkung von Februar bis Mitte Juli und anschließend EUR 1,1484/Ltr. bis November 2012 konnte ein noch höherer Kostenanstieg abgemildert werden.

Im Geschäftsjahr 2012 blieben die vertraglichen Festleistungen im Stadtverkehr im Auftrag der HAVAG stabil. Durch die im Jahr 2012 zusätzlich beauftragten Linien- und Straßenbahnersatzverkehrsleistungen wurde ein wichtiger Deckungsbeitrag in der Sparte erbracht. Es konnte vor allem daher ein positives Ergebnis in Höhe von TEUR 33 erzielt werden.

Auch im Jahr 2012 war das Unternehmen bestrebt, weitere Aufträge zur Auslastung der vorhandenen Ressourcen zu akquirieren. Ein bedeutender Beitrag zur Deckung der Unternehmens-Gemeinkosten konnte durch die verstärkte Beauftragung im Schienenersatzverkehr für die Deutsche Bahn aufgrund von längerfristigen Streckenbaumaßnahmen (Halle-Bitterfeld) erzielt werden. Der Umsatz übertraf das Niveau des Jahres 2012 um TEUR 226. Andererseits sank der Umsatz im sonstigen Gelegenheitsverkehr um ca. TEUR 50.

Im Dezember 2012 wurde der OBS der Genehmigungsbescheid für Gelegenheitsverkehr KOM nach §§ 48, 49 PBefG bis zum 31. Dezember 2022 erteilt.

Risiken

Wirtschaftliche Risiken ergeben sich für das Jahr 2013 insbesondere aus der allgemeinen Kostenentwicklung für die Herstellung von Leistungen des ÖPNV, insbesondere infolge der Entwicklung der Treibstoffpreise.

Durch eine Dieselpreisbindung in Höhe von EUR 1,1574/Ltr. ab Januar 2013 wurde die Unsicherheit der Entwicklung des Ölmarktes und des Dieselpreises reduziert. Die Auswirkungen des Anstieges des nicht besicherten Gaspreises an der Erdgastankstelle der VNG-Erdgastankstellen GmbH belasten dagegen die wirtschaftliche Situation stark, da 18 % des Fuhrparks aus Gasfahrzeugen besteht.

In den Haustarifverhandlungen 2011 konnte nach Ablauf des alten Tarifes ein Abschluss mit der ver.di mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2012 erfolgen. Für das Jahr 2011 ergab sich daraus ein Lohnanstieg um 0,64 %, für 2012 in Höhe von 0,72 %.

In den Verkehrsunternehmen im Raum Halle/Saalekreis ist die Entwicklung des Tarifniveaus durch überdurchschnittlich hohe Abschlüsse im TV-N (Tarifvertrag Nahverkehr Sachsen-Anhalt) und Haustarifverträgen mit der ver.di gekennzeichnet. Die Tarifverhandlungen der OBS mit der ver.di wurden für 2013 mit einem Anstieg um 1,43 % und für 2014 um 4,47 % im Vergleich zu 2012 abgeschlossen. Die Entwicklung in den folgenden Jahren führt zu weiteren Kostensteigerungen bei den Personalkosten.

In der Verkehrsfinanzierungssatzung des Landkreises Saalekreis wird dem Unternehmen gemäß § 11 (3) die Möglichkeit eingeräumt, einen Ausgleich zu beantragen, wenn die betrieblich erforderliche Fahrpreisentwicklung aufgrund der Beschlusslage der Gremien des MDV nicht durchsetzbar ist. Die Antragstellung wird im Jahr 2013 erfolgen. Bisherige Abstimmungen mit dem Landkreis Saalekreis deuten auf einen teilweisen Ausgleich des Personalkostenanstiegs hin.

Auf dieser Grundlage wird trotz schwieriger Rahmenbedingungen für das Geschäftsjahr 2013 wieder von einem leicht positiven Jahresergebnis der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH ausgegangen.

Saalebus GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Freiimfelder Straße 74
06112 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:		T€	%
	Hallesche Verkehrs-AG	12,5	50,00
	Vetter GmbH Omnibus- und Mietwagenbetrieb	12,5	50,00

Gegenstand des Unternehmens:

Erbringung von Leistungen der Personenbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie im Gelegenheitsverkehr und Reiseverkehr.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Unternehmen die dem öffentlichen Verkehr dienen, sind explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Krüger, Roberto
Schlicht, Rüdiger

Aufsichtsrat	Vorsitzender	Girard, Francois	(bis 30.11.2012)
	Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz	(seit 17.12.2012)
		Blumenau, Gerd	(seit 01.07.2012)
		Dr. Vetter, Wolfdietrich	
		Pietsch, René	(bis 30.06.2012)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	331	100	297	100	273	100	34	11
Aktiver Vermögensvergleich aus			0	0				

Bilanzsumme	331	100	297	100	273	100	34	11
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	130	39	85	29	82	30	45	53
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung	0	0	6	2			-6	-100
Rückstellungen	41	13	31	10	43	16	10	32
Verbindlichkeiten	160	48	175	59	148	54	-15	-9

Bilanzsumme	331	100	297	100	273	100	34	11
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.964	1.750	1.698
sonstige betriebliche Erträge	20	10	3
Materialaufwand	649	493	481
Personalaufwand	860	833	817
sonstige betriebliche Aufwendungen	425	442	434
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	50	-8	-32
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	3	-4
sonstige Steuern	-12	-13	-14
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	46	2	-14
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	46	2	-14

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	2,34	0,13	-0,83	%
Eigenkapitalrentabilität:	54,44	2,83	-14,61	%
Cash-Flow:	46	2	-14	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	64	57	57	T€
Personalaufwandsquote:	43,35	47,36	48,02	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	39,36	28,45	30,10	%
Fremdkapitalquote:	60,64	71,55	69,90	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Fahrplan-km	797.653,00	799.968,00	800.422,00	km
Platz-km	64.563.092,00	64.872.795,00	64.792.713,00	km

e) Lagebericht

A. Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis und Geschäftslage

1. Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2012 verlief geordnet. Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft waren gesichert.

Dem Unternehmenszweck beeinträchtigende Vorgänge und Geschäftsrisiken waren nicht gegeben.

Insgesamt wurde eine Verkehrsleistung von 797.652 km erbracht.

Die Saalebus GmbH schloss das Jahr 2012 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 45,9 (Vorjahr TEUR 2,3) ab.

Der Personalbestand betrug 2012 durchschnittlich:

Insgesamt:	31 Personen
davon Arbeiter:	30 Personen
davon Angestellte	1 Person

Es wurden 2 weibliche Arbeitskräfte beschäftigt.
1 Arbeitnehmer war das ganze Jahr krank.

2. Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 14,2% über dem Plan. Sie konnten zum Vorjahr um 12,2% gesteigert werden.

Die Aufwendungen liegen mit 13,9% über dem Plan. Zu den Vorjahreswerten kam es zu einer Steigerung von 9,2 %.

2. Finanzlage

Die Liquidität des Unternehmens war im Berichtsjahr gesichert.

3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Saalebus GmbH belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 331,5. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr 2011 (TEUR 296,9) um TEUR 34,4 erhöht.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich ebenfalls um TEUR 34,6.

Das Eigenkapital in Höhe von TEUR 130,4 hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 45,9 erhöht.

B. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken und Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Der Aufsichtsrat der Saalebus GmbH hat in seiner Sitzung am 17.12.2012 dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 zugestimmt. Allerdings wurde seitens des Gesellschafter HAVAG die Anlage 2 zum Verkehrsbedienungsvertrag zwischen der HAVAG und der Saalebus GmbH, welche die Vergütung der Verkehrsleistung beinhaltet, noch nicht unterzeichnet. Somit kann das im Wirtschaftsplan vorgesehene Kilometerentgelt nicht berechnet werden. Dies führt seit 01.01.2013 zu einer Kostenüberziehung von 0,03 €/km.

Die entstehenden Kosten der Saalebus GmbH resultieren hauptsächlich aus bestehenden Verträgen mit den Gesellschaftern sowie tarifvertragliche Regelungen, so dass für die Geschäftsführung hier kaum Möglichkeiten zum Handeln bestehen.

Der daraus resultierende Kilometerpreis kann nur noch beschränkt als wettbewerbsfähig angesehen werden. Nur durch die Direktvergabe der Leistungen von der HAVAG an die Saalebus GmbH auf der Grundlage des Konzernprivilegs werden gesicherte Einnahmen erzielt. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen ist abzuwarten, wie sich der Rechtsrahmen zukünftig entwickelt, wovon die weitere Entwicklung der Saalebus GmbH abhängt.

Maßgeblich ist auch in wie weit der Beschluss des Nahverkehrsplan der Stadt Halle zur Entlohnung des Fahrpersonals umgesetzt werden muss und welchen Einfluss die politischen Entscheidungen der Landesregierung zur Anwendung von Tarifverträgen haben.

Auch lässt die weitere Kürzung der Verkehrsleistung bei der HAVAG am Ende des Jahres 2013 einen Einfluss auf die Leistungsvergabe an die Saalebus GmbH erwarten.

Aus unserer Sicht ist mit einer negative Entwicklung der Saalebus GmbH zu rechnen.

Servicegesellschaft Saale mbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Große Ulrichstraße 57
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 50

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Verkehrs-AG	25,5	51,00
Leipziger Servicebetriebe GmbH	24,5	49,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) und den umliegenden Landkreisen jedweder Art, insbesondere in den Bereichen

- Sicherheits- und Kontrolldienste, u. a. Fahrausweisprüfung
- Reinigung und Pflege von Fahrzeugen
- Reinigung und Pflege von Gebäuden, Glas und sonstigen baulichen Anlagen
- Landschaftsbau und Vegetationspflege
- Parkraumbewirtschaftung
- Beförderungsleistungen aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken, soweit sie nicht unter das Personenbeförderungsgesetz und das Luftverkehrsgesetz fallen
- Vermietung von Beförderungsmitteln aller Art zu Freizeit- und Erholungszwecken außer PKW und Bussen

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und der Förderung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienlich sind. Sie ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen und Betriebe anderer Unternehmen für deren Rechnung zu führen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

Öffentlicher Zweck:

Am Gegenstand des Unternehmens wird deutlich, dass sich der öffentliche Zweck dieses Unternehmens aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt, da es sich im ÖPNV betätigt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Milewski, Thomas

Aufsichtsrat			
Vorsitzender	Girard, Francois		(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Schwarz, Vinzenz		(seit 01.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Middelberg, Ulf		(seit 03.05.2012)
stellv. Vorsitzender	Rensmann, Kai		(bis 18.04.2012)
	Eichler, Heike		(seit 01.12.2012)

Aufsichtsrat

Mahlert, Eckard

(seit 01.07.2012 bis
30.11.2012)

Pietsch, René

(bis 30.06.2012)

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	92	36	92	36	101	38	0	0
Umlaufvermögen	115	46	107	42	101	38	8	7
Rechnungsabgrenzungsposten	45	18	53	22	54	21	-8	-15
Aktive latente Steuern			1	0	7	3	-1	-100

Bilanzsumme	252	100	253	100	263	100	-1	0
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	129	51	128	50	112	43	1	1
Rückstellungen	70	28	87	34	102	39	-17	-20
Verbindlichkeiten	51	20	36	15	25	9	15	42
Rechnungsabgrenzungsposten					21	8		
Passive latente Steuern	2	1	2	1	3	1	0	0

Bilanzsumme	252	100	253	100	263	100	-1	0
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.409	1.413	1.334
sonstige betriebliche Erträge	24	21	79
Materialaufwand	141	157	178
Personalaufwand	1.059	987	924
Abschreibungen	27	23	21
sonstige betriebliche Aufwendungen	201	234	260
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	33	30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	16	5
sonstige Steuern	3	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	15	23
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	15	23

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,08	1,10	1,73	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,87	13,87	25,77	%
Cash-Flow:	28	39	44	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	28	28	28	T€
Personalaufwandsquote:	73,94	68,78	65,35	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	36,25	36,04	37,75	%
Eigenkapitalquote:	51,13	50,49	42,71	%
Fremdkapitalquote:	48,87	49,51	57,29	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Umsatzrendite bezogen auf Betriebsergebnis	0,33	2,37	3,00	%
Wertschöpfung je Mitarbeiter gesamt	27,09	27,18	26,16	TEUR

e) Lagebericht

A. Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Stetiges Wachstum in Deutschland ist ohne Wachstum in Europa undenkbar – und umgekehrt. Denn Deutschland ist Stabilitätsanker und Wachstumsmotor für Europa. Das gilt für seine Reformbereitschaft, seine öffentlichen Finanzen und eine stabile Währungs- und Finanzordnung.

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: 3,1 %), vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr weniger zugelegt haben als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalt mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Dieses geringe Wachstum hat dennoch ausgereicht, dass Sachsen-Anhalt in 2012 erstmals in seiner Geschichte einen kleinen Teil seiner Schulden abgetragen hat. Das teilte Finanzminister Herr Jens Bullerjahn vorab zum Haushaltsabschluss mit. Ursprünglich war das erst für 2013 geplant. Höhere Einnahmen und Ausgabendisziplin hätten dazu beigetragen. Dies wird sich auf die Länder- und Kommunalhaushalte entscheidend auswirken. In Halle ist damit die Erhöhung der Hebesätze verbunden, wie zum Beispiel bei der Grundsteuer, die 2013 einen Rekord-Hebesatz von 500 erreichen wird.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 %-Punkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 %-Punkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2011 gegenüber 2010 betrug 808 Einwohner.

Der bestehende Konsolidierungsdruck auf den Hauptauftraggeber, der die Geschäfte der Gesellschaft prägt, setzt sich fort und treibt somit den Ausbau der bestehenden Geschäftsfelder voran.

2. Leistungsbereiche, Umsatz und Auftragsentwicklung

Die SGS konnte im Geschäftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von T€ 1.409 (Vorjahr T€ 1.413) verzeichnen, welche in diesem Geschäftsjahr ausschließlich durch Leistungen des Kerngeschäfts erbracht wurden. Davon entfielen T€ 665 (Vorjahr T€ 658) auf die Fahrausweisprüfung, T€ 620 (Vorjahr T€ 609) auf die Fahrzeug- und Gebäudereinigung, T€ 88 (Vorjahr T€ 126) auf den Winterdienst und T€ 36 (Vorjahr T€ 20) auf die Vegetationspflege, welche im Geschäftsjahr weiter ausgebaut wurde. Der Rückgang im Winterdienst ist mit den ausgebliebenen extremen Wetterlagen zu erklären und entspricht daher dem Planansatz. Im Bereich der Reinigung konnten zusätzliche Umsätze mit der HAVAG sowie Dritten realisiert werden, die die ausgebliebenen Umsätze mit der HWS vollständig kompensieren. Hierbei ist die Beauftragung der Haltestellenreinigung über die Wintermonate hervorzuheben. Weiterhin wurde das Geschäftsfeld in der Vegetationspflege gestärkt. In der Fahrausweisprüfung wurden spezielle Prüfaufträge für die Vetter GmbH durchgeführt. Insgesamt konnte dem Absinken der Umsätze entgegengewirkt werden.

3. Beschaffung und Investitionen

Die wesentlichen Aufwandspositionen entfallen im Geschäftsjahr auf Personalaufwand, Materialaufwand (Fremdleistungen, Fahrzeugkosten, Leasing und Tanken) und Miete. Dabei wurden bestehende Rahmenverträge bzw. Konditionen anderer Unternehmen genutzt. Investitionen wurden in Höhe von T€ 28 getätigt. Der Hauptteil fällt dabei auf die Beschaffung moderner Winterdiensttechnik, die Erstbeschaffung von Kleingeräten für die Vegetationspflege und die Reinigung sowie für die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Insbesondere der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe im Bereich Winterdienst liegt deutlich unter Vorjahresniveau. Die Kosten für Fahrzeuge und damit verbunden Leasing und Tanken liegen über Vorjahresniveau. Hierfür liegen die Ursachen in der zusätzlichen Beauftragung von Leistungen in der Anlagenpflege und Haltestellenreinigung.

Die Kosten für Fremdleistungen betreffen Personaldienstleister und Leistungen, die von der HAVAG bezogen werden.

4. Finanzierungsmaßnahmen

Fremdkapitalaufnahmen waren im Geschäftsjahr nicht erforderlich. Die Investitionen wurden durch Mittel aus der laufenden Geschäftstätigkeit und dem Finanzmittelbestand finanziert.

5. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 52 Arbeitnehmer beschäftigt, zum 31. Dezember 2012 waren es 52.

Der Personalaufwand im Geschäftsjahr betrug T€ 1.059. Die Entlohnung der Mitarbeiter erfolgt nach einer firmeninternen Arbeitsvertragsrichtlinie, die zum 01.01.2012 aktualisiert wurde. Ausgaben für Aus- und Weiterbildung im Geschäftsjahr betragen T€ 13.

Unterweisungen zum Arbeitsschutz erfolgten entsprechend den gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Die Gesellschaft hat dafür einen Dienstleister zum Thema Arbeitsschutz vertraglich gebunden. Berufskrankheiten und schwere Arbeitsunfälle sind im Berichtszeitraum nicht vorgekommen.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

In der Fahrausweisprüfung ist zu Jahresbeginn das Handbuch zu den Kulanzregelungen in Kraft getreten, welches eine kundenorientierte Fahrgastprüfung zum Ziel hat. Dadurch sollen einzelne Vorgänge schneller bearbeitet und eine verbesserte Kundenzufriedenheit erreicht werden.

Die im Jahr 2009 begonnene Einführung des E-Tickets in der Tarifzone der HAVAG wurde im laufenden Geschäftsjahr mit neuen Angeboten fortgesetzt. Dies bedeutet für die SGS eine fortlaufende Anpassung der Arbeitsabläufe der Fahrausweisprüfung. Grundsätzlich wurde der Ablauf der Kontrolltätigkeit überarbeitet und um kundenorientierte Vorgehensweisen erweitert. Ebenso wurde den Änderungen im Zuge des Tarifwechsels zum 01.08.2012 Folge getragen.

Die Fahrausweisprüfung konnte sich aufgrund der guten Leistungen und den weitreichenden Erfahrungen sowie vielseitigen Kenntnissen in den Kontrolltätigkeiten rund um die Fahrgastbeförderung weiter verbessern und somit die vorhandenen sowie neue Auftraggeber mit speziellen Prüfleistungen bedienen. Des Weiteren soll das vorhandene Fachwissen zu Tarifen und Bediengebieten erweitert, übergreifender und zielgerichteter eingesetzt werden.

Im Bereich der Reinigung wurde zur Einhaltung der Reinigungsintervalle in der Fahrzeugreinigung sowie Glas- und Gebäudereinigung das Vorgabenprogramm weiter verbessert und gemeinsam mit den Auftraggebern an die veränderten Rahmenbedingungen für die Durchführung einzelner Reinigungsarten angepasst. Dabei steht die bedarfsgerechte Reinigung im Vordergrund.

Die im letzten Jahr beauftragte Anlagenpflege wurde angepasst sowie erweitert und beinhaltet nunmehr auch die regelmäßige Pflege von Liegenschaften der HAVAG, die außerhalb von Halle liegen.

Erstmalig erhielt die Gesellschaft eine durchgängige Beauftragung für die Reinigung der Haltestellen. Hierfür wurden weitere Reinigungsverfahren und Technik getestet, die zu einer Ressourcenschonung sowie Qualitätsverbesserung führen. Entsprechende Mittel für Maßnahmen sind in der Wirtschaftsplanung 2013 berücksichtigt worden.

Im Bereich der Gebäudereinigung konnte in diesem Geschäftsjahr der vorhandene Kundenstamm ausgebaut und weitere Aufträge abgearbeitet werden. Dabei wurden Erfahrungen gesammelt, die geholfen haben die Arbeitsprozesse ganzheitlich zu verbessern. Damit eng verbunden ist die Objektreinigung für die HAVAG in der Freiimfelder Straße, wo nunmehr überwiegend die Leistung durch die SGS erbracht wird.

Aufgrund der weiter vorangeschrittenen Baumaßnahmen im Osten des Liniennetzes der HAVAG wurde der Vertragsumfang im Winterdienst um die fertig gestellten Haltestellen sowie weiteren Liegenschaften der HAVAG und Drittkunden erweitert, die in Eigenregie beräumt werden. Um den Anforderungen des Auftraggebers sowie dem technischen Fortschritt zu folgen, wurde mit Beginn der Winterdienstsaison 2012/2013 ein Fahrzeug mit Soletechnik angemietet. Die Testerfahrten werden nach Abschluss der Saison ausgewertet und eine Umsetzbarkeit auf das Winterdienstkonzept geprüft.

In der Gesellschafterversammlung vom 23. Mai 2012 wurde der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 festgestellt. Das Ergebnis in Höhe von T€ 16 wurde der Gewinnrücklage zugeführt.

Am 29. November 2012 wurde in der Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2013 bestätigt sowie die Mittelfristplanung bis 2017 zur Kenntnis genommen. Des Weiteren wurde die Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRV AG als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 beschlossen.

Die SGS wird in den Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH einbezogen und vollkonsolidiert. Eine Umsatzsteuerliche Organschaft besteht seit 01.01.2006 mit der HAVAG.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenlage

Der Buchwert des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2012 beträgt T€ 92 (Vorjahr T€ 92). Das langfristige Vermögen beläuft sich auf T€ 126 (Vorjahr T€ 131), darin enthalten ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von T€ 34, der verauslagte Investitionskosten auf zwei Mietobjekte beinhaltet, die durch eine Verrechnung der Mietzahlungen mit den Mietkosten rückerstattet werden.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 129 (Vorjahr T€ 128). Dies sind 51 % (Vorjahr 51 %) der Bilanzsumme. Das Anlagevermögen ist damit zu 140 % (Vorjahr 140 %) durch Eigenkapital finanziert.

2. Finanzlage

Die verfügbaren liquiden Mittel zum 31. Dezember 2012 belaufen sich auf T€ 59 (Vorjahr T€ 71). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen T€ 51 (Vorjahr T€ 36). Es ergibt sich ein Liquiditätsgrad 1. Grades von 116 % (Vorjahr 198 %). Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr gesichert.

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 5 (Vorjahr T€ 34). Dies entspricht einer Brutto-Umsatzrendite von 0,4 % (Vorjahr 2,4 %). Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt im Geschäftsjahr T€ 1 (Vorjahr T€ 16). Dies entspricht einer Netto-Umsatzrendite von 0,1 % (Vorjahr 1,1 %).

In den folgenden Jahren wird bei steigenden Umsätzen eine Fortführung des Unternehmenserfolges angestrebt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Als wesentliches Risiko der SGS wird, wie bereits in den Vorjahren, der überwiegende Umsatz mit der HAVAG eingeschätzt. Jedoch ist die Eintrittswahrscheinlichkeit von Schäden aufgrund der Vertragslage und der von den Gesellschaftern getragenen Philosophie auf mittlere Sicht gering. Hieraus ergibt sich somit auch die Chance der Gesellschaft, auf Basis einer relativ sicheren Auftragslage über Prozessoptimierungen Kosteneinsparungen zu realisieren und so das Ergebnis zu verbessern. Die stärkere Einbindung in die Stadtwerke Halle GmbH, durch die sich aus dem Strategieprozess „SWH - Kompass 2020“ ergebenden Ziele, ist eine wesentliche Chance für die Gesellschaft. Aufgrund der Verflechtung der Gesellschaften können durch die Erbringung von Leistungen für andere Konzernunternehmen Einsparungen, Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen realisiert werden. Daher wird intensiv an speziellen Leistungsangeboten gearbeitet, welche Alleinstellungsmerkmale aufweisen und die Prozesse der Konzernunternehmen ergänzen. In der Ausweitung der Leistungserbringung auf die Unternehmen der Stadtwerke Halle GmbH und somit auch auf die Stadt Halle liegen große Potenziale für die SGS.

Die Gesellschaft wird weiterhin aktiv an der Generierung von Umsatz auf dem Drittmarkt arbeiten, um so dem Konsolidierungsdruck im kommunalen Bereich entgegenzuwirken. Des Weiteren wird somit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gestärkt. Um dies zu erreichen, wird angestrebt, die Leistungen im Bereich der Haltestellenreinigung zu erweitern sowie weitere Spezialleistungen, wie Graffiti-Entfernung und Anlagenpflege, anzubieten. Dadurch soll der Umsatz in diesem Bereich gesteigert sowie eine positive Entwicklung des Betriebsergebnisses gewährleistet werden.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft wird in monatlich stattfindenden Beratungen mit Hilfe einer Soll-Ist Analyse ausgewertet. Eine Vorschau der wirtschaftlichen Entwicklung wird vierteljährlich für das Geschäftsjahr und jährlich im Rahmen der mittelfristigen Planung aktualisiert. Die Liquidität wird permanent überwacht sowie die kurz- und mittelfristig Verfügbarkeit sichergestellt.

Das bestehende Risikomanagementsystem der Gesellschaft wurde weiterentwickelt. Im Geschäftsjahr wurden die speziellen Risiken im Rahmen der jährlichen Risikoinventur neu eingeschätzt, Schadenshöhen und Eintrittswahrscheinlichkeiten entsprechend bewertet und Frühwarnindikatoren angepasst. Es erfolgt monatlich eine Betrachtung der definierten Risiken und die Darstellung geeigneter Maßnahmen. Weiterhin soll die Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft werden.

D. *Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB*

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

3.4 WOHNUNGSWIRTSCHAFT

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Kaolinstraße 4 06126 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	256		
Gesellschafter:		T€	%
	GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH	256	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Instandhaltung und Instandsetzung, Betreuung und Sanierung von Gebäuden und baulichen Anlagen. Das Unternehmen ist berechtigt, zur Realisierung des Gesellschaftszweckes Grundstücke zu erwerben, zu bebauen und zu belasten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten.

Öffentlicher Zweck:

Es handelt sich um ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft, dessen öffentlicher Zweck sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA ergibt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Damm, Bert	(bis 31.12.2012)
-------------------------	------------	------------------

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	195	12	147	10	160	8	48	33
Umlaufvermögen	1.339	86	1.241	87	1.896	90	98	8
Rechnungsabgrenzungsposten	30	2	37	3	36	2	-7	-19

Bilanzsumme	1.564	100	1.425	100	2.092	100	139	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandvermögen	7	0	7	0	7	0	0	0
------------------	---	---	---	---	---	---	---	---

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	526	34	526	37	526	25	0	0
Rückstellungen	543	35	484	34	983	47	59	12
Verbindlichkeiten	495	31	415	29	583	28	80	19

Bilanzsumme	1.564	100	1.425	100	2.092	100	139	10
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	------------	-----------

Treuhandverbindlichkeiten	7	0	7	0	7	0	0	0
---------------------------	---	---	---	---	---	---	---	---

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.407	3.411	6.909
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-82	30	-1.075
sonstige betriebliche Erträge	40	168	46
Materialaufwand	1.663	1.899	3.564
Personalaufwand	983	1.031	1.520
Abschreibungen	49	35	34
sonstige betriebliche Aufwendungen	455	579	619
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	7	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	218	71	152
sonstige Steuern	4	4	5
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	214	67	147
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	6,28	1,96	2,13	%
Eigenkapitalrentabilität:	40,71	12,74	27,97	%
Cash-Flow:	264	102	181	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	129	103	134	T€
Personalaufwandsquote:	29,21	28,56	25,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	12,43	10,29	7,66	%
Eigenkapitalquote:	33,62	36,89	25,13	%
Fremdkapitalquote:	66,38	63,11	74,87	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

Die Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT) ist das 100%ige Tochterunternehmen der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG).

Zum Leistungsumfang gehören Instandhaltungs-, Instandsetzungs-, Sanierungs- und Wartungsarbeiten an Wohngebäuden in den Bereichen Haustechnik (Heizung/Lüftung/Sanitär), Maurer/Fliesenleger, Elektro, Innenausbau sowie Schlüsseldienst.

Aufgrund der durch die Gesellschafterin (GWG) im Vorjahr beschlossene Neuausrichtung der BHT, das Inhouse-Geschäft zu intensivieren und weiterzuentwickeln, wurden im Geschäftsjahr 2012 ein Großteil der möglichen Leistungen für die GWG erbracht (Inhouse-Geschäft).

1.2 Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung der BHT ist auch im Berichtsjahr wieder positiv.

Um die Arbeitsabläufe effektiv gestalten zu können, wurde eine enge Zusammenarbeit in der Planungsphase zwischen der GWG und der BHT notwendig. Damit konnte eine Kontinuität in der Auslastung erreicht werden.

Wie bereits in den letzten Geschäftsjahren waren die Schwerpunkte unserer Tätigkeit die Instandhaltung, Instandsetzung, Sanierung und Wartung des Wohnungsbestandes unserer Gesellschafterin.

Des Weiteren konnte die Durchführung der Notdiensteinsätze durch die Bereiche Haustechnik und Elektro für die GWG problemlos abgesichert werden.

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

Umsatz GWG	T€	3.262 (96 %)
Umsatz Sonstige	T€	145 (4 %)

Es wurden Nachunternehmen für Leistungen gebunden, die nicht zum Profil der Gesellschaft gehören sowie zur Kompensation von Auftragsspitzen.

Im Rahmen der Restrukturierung wurden auf der Grundlage des Personalentwicklungskonzeptes der BHT vom November 2011 folgende Personal- und Strukturanpassungen vorgenommen:

- Die Schlüsseldienstleistungen wurden in die Struktureinheit Innenausbau eingebunden.
- Ein Teamleiter sowie ein kaufmännischer Mitarbeiter wurden freigesetzt (betriebs- bedingte Kündigung).

Die Umsetzung der Maßnahmen aus der Personalentwicklungskonzeption ist noch nicht vollständig abgeschlossen und wird planmäßig im Geschäftsjahr 2013 fortgesetzt.

Wie in den vergangenen Jahren erfolgten auch 2012 für die Mitarbeiter und Führungskräfte der BHT zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen.

1.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Bilanzsumme hat sich mit T€ 1.564 gegenüber dem Vorjahresstichtag (T€ 1.425) um 9,7 % erhöht. Unverändert zum Vorjahresstichtag ist das Anlagevermögen vollständig durch Eigenkapital abgedeckt. Durch die um T€ 139 erhöhte Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote auf 33,6 % verringert.

Bezogen auf die Bilanzstruktur ergaben sich auf der Aktivseite wesentliche Veränderungen durch die Erhöhung des Finanzmittelfonds (um T€ 141), des Anlagevermögens (um T€ 48), sowie der Vorräte (um T€ 10). Dem gegenüber steht eine Verringerung der Forderungen (insgesamt um T€ 53). Auf der Passivseite wurde die Erhöhung der Bilanzsumme durch die um T€ 80 gestiegenen Verbindlichkeiten sowie die um T€ 59 erhöhten sonstigen Rückstellungen verursacht.

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Investitionen wurden vollständig aus eigenen Mitteln finanziert. Der Finanzmittelfonds beläuft sich am Bilanzstichtag auf T€ 957.

Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich weiter verbessert. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf T€ 218 (Vorjahr T€ 71). Das nach Abzug sonstiger Steuern verbleibende Jahresergebnis von T€ 214 wird aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die GWG abgeführt.

2 Weitere Entwicklung

2.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Durch die Fokussierung auf das Inhouse-Geschäft ist es der Gesellschaft möglich, das Auftragsvolumen den Kapazitäten der einzelnen Struktureinheiten anzupassen. Es ist davon auszugehen, dass das Kerngeschäft und die in den letzten Jahren durch die BHT begonnene Neuausrichtung auf das Angebot der Leistungen:

- Beseitigung von Graffiti-schäden,
- Bauwerks- und Fugenabdichtungsarbeiten sowie
- Betoninstandsetzung

auch weiterhin von großer Bedeutung für das Mutterunternehmen und somit auch für die BHT sein wird.

Die Absicherung von erforderlichen Notdienstleistungen wird ebenfalls einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die laufenden Restrukturierungsmaßnahmen müssen weitergeführt und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden, um auch zukünftig eine positive Geschäftsentwicklung erzielen zu können.

Durch weitere fachspezifische Qualifikation der Mitarbeiter können wir den steigenden Anforderungen unserer Auftraggeber gerecht werden.

2.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Sollten kurzfristig gravierende Einschnitte im Investitions- bzw. Instandhaltungsverhalten der GWG notwendig werden, würde sich das sofort nachteilig auf die Auslastung der Gesellschaft auswirken. Deshalb ist es von großer Bedeutung das innerbetriebliche Rapportsystem sowie das Berichtswesen und die Abstimmungsprozesse zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft kontinuierlich zu pflegen.

Die BHT begegnet der Korruption im Rahmen ihrer internen Organisation. Hierzu sind unter anderem Verhaltensregeln in der Betriebsordnung der Gesellschaft dokumentiert.

Das im Unternehmen eingerichtete Risikomanagementsystem muss entsprechend den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft weiterentwickelt werden.

2.3 Prognose

Für die nächsten Jahre ist davon auszugehen, dass das Inhouse-Geschäft zwischen GWG und BHT fortgeführt wird. Der Anteil der Leistungen für die Gesellschafterin wird wie bisher bei mindestens 90 % liegen.

Die für das Geschäftsjahr 2013 möglichen Baumaßnahmen wurden Anfang des Jahres zwischen der GWG und der BHT abgestimmt und durch die Vergabekommission der GWG bestätigt. Somit ist zum großen Teil eine Auslastung der Mitarbeiter für das Jahr 2013 bereits gewährleistet. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass auch das laufende Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis abschließen wird.

EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Am Stadion 5
 06122 Halle (Saale)

Rechtsform: Eigenbetrieb
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Der Zweck des Eigenbetriebes ist die Erbringung gebäudewirtschaftlicher Leistungen zum Raum-, Bewirtschaftungs-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Unterhaltungsbedarf an städtischen und städtisch angemieteten Gebäuden einschließlich Neu- und Erweiterungsbau. Die Leistungserbringung erfolgt auf der Basis von Serviceverträgen/-vereinbarungen bezogen auf die dem Verwaltungsvermögen zugeordneten Grundstücke und Gebäude in seiner Gesamtheit.
- (2) Zweck des Eigenbetriebes ist ferner die bedarfsgerechte Steuerung der Versorgung der Organisationseinheiten der Stadtverwaltung mit Gebäuden und Räumen und den dazugehörigen Grundstücken im Rahmen der Serviceverträge und -vereinbarungen.
- (3) Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Eigenbetrieb als ganzheitlicher Dienstleister in folgenden Bereichen tätig:
 - Finanzen, Buchhaltung, Controlling;
 - Verträge, Ausschreibung, Vergabe;
 - Neu- und Erweiterungsbau, Projektplanung;
 - Instandhaltung (Bauunterhaltung/Reparaturen), Instandsetzung (Modernisierung)
 - Umbau und Verbesserung;
 - Flächenmanagement und Betreuung des Mieter-Vermietermodells;
 - Vorbereitung Abriss und Vermarktung;
 - Energiemanagement;
 - Bewirtschaftung;
 - Beschaffung von Leistungen und Waren für die Gebäudebewirtschaftung;
 - Gebäudeverwaltung einschließlich der Verwaltung von Leerstandsobjekten;
 - Pflege und Unterhalt der Außenanlagen für Grundstücke;
 - Umzugsmanagement.
- (4) Der Eigenbetrieb kann mit Leistungen nach Absatz 1 auch für städtische Eigenbetriebe, Gesellschaften, Anstalten und Stiftungen tätig werden. Bei Maßnahmen, in die städtische Mittel einfließen, ist die Leistungsübernahme in Form von Betreuung und Kontrolle durch den Eigenbetrieb erforderlich.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus einem Annex. Das Unternehmen zeichnet sich für die Betreuung von Immobilien anderer städtischer Unternehmen verantwortlich.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung

Bielecke, Bernd

Betriebsausschuss

Vorsitzender

Neumann, Wolfram

Hopfgarten, Klaus

Kohlberg, Uwe

Menn, Christoph

Röhr, Christine

(bis 30.11.2012)

Schramm, Rudenz

Sprung, Michael

Wildgrube, Martina

(bis 30.11.2012)

Wolter, Tom

Betriebsausschuss

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
	0	0	0

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	635	2	772	3	914	3	-137	-18
Umlaufvermögen	28.359	98	26.771	97	30.516	97	1.588	46
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	3	0	5	0	-2	-67

Bilanzsumme

	28.995	100	27.546	100	31.435	100	1.449	5
--	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	1.598	5	1.588	6	1.587	5	10	1
Sonderposten für Investitionszulagen	265	1	322	1	380	1	-57	-18
Rückstellungen	3.101	11	4.070	15	4.204	13	-969	-24
Verbindlichkeiten	23.971	83	21.543	78	25.218	81	2.428	11
Rechnungsabgrenzungsposten	60	0	23	0	46	0	37	161

Bilanzsumme

	28.995	100	27.546	100	31.435	100	1.449	5
--	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	32.292	32.534	34.645
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-232	-475	-289
sonstige betriebliche Erträge	2.527	1.780	3.302
Materialaufwand	22.470	22.262	21.782
Personalaufwand	7.804	7.915	10.247
Abschreibungen	196	210	225
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.951	3.310	5.160
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45	86	31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	117	141	169
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	94	87	106
außerordentliche Aufwendungen	0	0	15
außerordentliches Ergebnis	0	0	-15
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-4	1
sonstige Steuern	85	90	89
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	9	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	9	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,03	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,59	0,06	0,05	%
Cash-Flow:	205	211	225	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	176	171	149	T€
Personalaufwandsquote:	22,56	23,39	27,21	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	2,04	2,77	2,87	%
Eigenkapitalquote:	5,51	5,77	5,05	%
Fremdkapitalquote:	94,49	94,23	94,95	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Mietfläche Anmietung Stadt	15.219,00	14.256,26	16.453,00	m ²
Mietfläche Drittvermietung	74.605,00	80.722,29	83.112,00	m ²
Mietfläche Vermietung an die Stadt	343.648,00	361.900,13	369.939,00	m ²

e) Lagebericht

1. Darstellung der Geschäftsfelder und des Geschäftsverlaufes

Die Vermietung von Mietflächen in städtischen Gebäuden basiert seit 2004 auf dem Vermieter-Mieter-Modell. Auf Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 sind alle städtischen Objekte, die bis dahin im Sondervermögen des EB ZGM ausgewiesen wurden, in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 rückübertragen worden.

Die Rückübertragung hatte weitreichende Folgen für das bestehende Vermieter-Mieter-Modell. Die Vertragsverhältnisse und die Zahlungsmodalitäten waren anzupassen, da nur die Stadt Halle (Saale) als Eigentümerin Mieten von den Ämtern und Drittnutzern verlangen kann. Aus diesem Grund wurde eine Servicevereinbarung abgeschlossen, welche die Erbringung der Dienstleistungen des EB ZGM an den Grundstücken und dazu gehörigen Gebäuden zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Eigenbetrieb regelt. Der EB ZGM ist seitdem weiterhin ganzheitlicher Dienstleister im Sinne einer Verwaltungsgesellschaft. Zu den Aufgaben des EB ZGM gehören die Verwaltung der Mietverträge für die Ämter und Dritte, die Koordinierung und Verrechnung der Betriebskosten, das Flächenmanagement, Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen und die Realisierung von investiven Maßnahmen. Der Eigenbetrieb erhält dafür ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis zum Abschluss der Servicevereinbarung vereinbarten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten, die weiterhin durch den EB ZGM erfasst und den einzelnen Objekten zugeordnet werden. Gegenstand der Servicevereinbarung ist die vollständige Leistungserbringung an den bebauten städtischen Grundstücken.

Die Realisierung von Investitionsmaßnahmen erfolgte, wie in den Wirtschaftsjahren zuvor, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Mittel bewirtschaftenden Ämtern bzw. Fachbereichen. Durch Leistungsvereinbarungen wurde der Umfang der Tätigkeiten (i. d. R. Bauherrenvertretung bis zur Baufertigstellung und Objektübergabe) geregelt. Dem EB ZGM wurden die Investitionsmittel für die Ausführung der bautechnischen Maßnahmen von den Mittel bewirtschaftenden Ämtern zur Verfügung gestellt. 2012 sind vorwiegend Investitionen zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen, geförderte Abbruchmaßnahmen sowie im Stadthaus realisiert worden.

Die Gebäudemanagementdienstleistungen für Ämter und Fachbereiche der Stadt Halle wurden auf der Grundlage von Service- bzw. Leistungsvereinbarungen erbracht und in der GuV unter *Umsatzerlösen aus anderen Lieferungen und Leistungen* und *Sonstigen betrieblichen Erträgen* eingebucht.

Mit Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Restrukturierung vom 18. Juli 2007 wurde beschlossen, dass die Nichtgebäudemanagementleistungen des EB ZGM an die Stadt Halle (Saale) übertragen werden. Im Eigenbetrieb wurden alle dafür erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen.

Die Nichtgebäudemanagementleistungen werden mit Ausnahme der Umzugsleistungen seit dem Wirtschaftsjahr 2011 strukturell und räumlich nicht mehr dem EB ZGM zugeordnet und nicht mehr von ihm geplant. Die Nichtgebäudemanagementdienstleistungen (z. B. Telekommunikation, Post- und Kopierdienst, Fuhrpark, Zentraler Einkauf) wurden im Berichtsjahr weder erbracht, noch in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen erfasst.

Der Fachbereich Verwaltungsmanagement übernimmt die o. g. Leistungen des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement gemäß Organisationsverfügung vom 13. Oktober 2010. Die dazu erforderlichen Mitarbeiter wurden zum 15. September 2010 aus dem Eigenbetrieb übergeleitet und nahmen ab diesem Zeitpunkt im o. g. Fachbereich der Stadt Halle (Saale) ihre Tätigkeit wahr.

Der Mitarbeiterbestand im Eigenbetrieb reduzierte sich von 197 Mitarbeitern per 31. Dezember 2011 auf 196 Mitarbeiter per 31. Dezember 2012. Von den 196 beschäftigten Mitarbeitern per 31. Dezember 2012 standen dem EB ZGM aktiv lediglich 162 für die Wertschöpfung zur Verfügung. Grund dafür sind u. a. die Inanspruchnahme von Altersteilzeitmodellen (32 MA Altersteilzeit-Freizeitphase) und die befristeten Erwerbsunfähigkeitsrenten (zwei MA).

Im Wirtschaftsjahr 2012 erfolgten sieben Neueinstellungen.

2. Vermögens- und Finanzlage

Jahresabschlussanalyse – Vergleich Vermögenslage – Aktiva –

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen = Langfristig gebundenes Vermögen	635	2,2	772	2,8	-137
Vorräte	18.726	64,6	18.887	68,6	-161
Forderungen/RAP	8.382	28,9	6.564	23,8	1.818
Flüssige Mittel	1.252	4,3	1.323	4,8	-71
Kurzfristig gebundenes Vermögen	28.360	97,8	26.774	97,2	1.586
	28.995	100,0	27.546	100,0	1.449

Hauptbestandteil des Vermögens des EB ZGM bildete bis zum 1. Januar 2008 das sogenannte Sondervermögen, das sich fast ausschließlich aus dem Immobilienvermögen zusammensetzte. Aufgrund von Auflagen des Landesverwaltungsamtes und Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 12. Dezember 2007 erfolgte die Rückübertragung der städtischen Objekte zur Stadtverwaltung Halle (Saale). Das gesamte **Immobilienvermögen** (Sondervermögen des EB ZGM) ist zum Stichtag 1. Januar 2008 aus der Bilanz des Eigenbetriebes abgegangen.

Der Eigenbetrieb hat auch im Wirtschaftsjahr 2012 gemäß Satzung (§ 2 Zweckbestimmung) an den rückübertragenen städtischen Gebäuden Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen einschließlich Neu- und Erweiterungsbau durchgeführt. An folgenden Gebäuden wurden 2012 Baumaßnahmen in großem Umfang vorgenommen:

	TEUR
Grundschule Lessing	356
Stadtmuseum/Druckereigebäude	337
Grundschule Südstadt	580
Sekundarschule Fliederweg	364
Stadthaus	518
	2.155

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde der Investitionsmitelesatz um TEUR 2.800 bzw. ca. 36 % gesenkt. Hauptursache hierfür ist die Beendigung der bis 2011 gelaufenen Investitionsmaßnahmen aus der Förderung „K II“ (Konjunkturpaket II).

Die Vorräte des Betriebes betreffen im Wesentlichen noch nicht abgerechnete Betriebskosten in Höhe von TEUR 18.222 (Vorjahr: TEUR 18.454) und geleistete Vorauszahlungen auf Betriebskosten TEUR 416 (Vorjahr: TEUR 378).

Die Liquidität war im Wirtschaftsjahr 2012 ständig und uneingeschränkt gesichert. Ausdruck dafür ist der ausgewiesene Bestand an liquiden Mitteln in Höhe von TEUR 1.252 (Vorjahr: TEUR 1.323) sowie Forderungen an die Stadt Halle (Saale) aus dem Cash Pool in Höhe von TEUR 4.851 (Vorjahr: TEUR 4.356).

Jahresabschlussanalyse – Vergleich Vermögenslage – Passiva –

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Passiva					
Eigenkapital	1.597	5,5	1.588	5,8	9
Sonderposten für Investitionszuschüsse	265	0,9	322	1,1	-57
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	1.206	4,2	1.861	6,8	-655
Langfristig verfügbare Mittel	3.068	10,6	3.771	13,7	-703
Kurzfristige Rückstellungen	1.896	6,5	2.209	8,0	-313
Kurzfristige Verbindlichkeiten/RAP	24.031	82,9	21.566	78,3	2.465
Kurzfristig verfügbare Mittel	25.927	89,4	23.775	86,3	2.152
	28.995	100,0	27.546	100,0	1.449

Zum Bilanzstichtag beträgt die allgemeine Rücklage TEUR 1.563.

Die Rückstellungen entwickelten sich im Wirtschaftsjahr 2012 wie folgt:

	01.01.2012	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Steuerrückstellungen	1	0	0	0	1
Altersteilzeit (ATZ)	2.684	756	0	263	2.191
Rückstellungen für Archivierung	50	0	0	0	50
Abschluss- und Prüfungskosten	55	43	0	38	50
Urlaub, Mehrstunden und Jubiläen	262	244	1	290	307
Ungewisse Verbindlichkeiten aus An- und Vermietung	277	0	214	0	63
Rückstellungen für ausstehende Betriebskostenabrechnungen (Anmietung)	395	377	0	338	356
Rückstellungen für sonstige ungewisse Verbindlichkeiten	346	0	262	0	84
	4.070	1.420	477	929	3.102

3. Ertragslage

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden alle Erträge und Aufwendungen aus der Realisierung der durch die Stadt Halle (Saale) an den EB ZGM übertragenen Aufgaben erfasst. Eine organisatorische Trennung der Aufgaben wurde im Wirtschaftsjahr 2012 nicht vorgenommen. Durch die komplexe Untergliederung der Sachkosten ist es möglich, eine Zuordnung der Aufwendungen im Rahmen der Dienstleistungen für die Stadt Halle (Saale), den EB Kita, für Sportstätten und andere Einrichtungen vorzunehmen, die an die Stadt und an Dritte weiterberechnet werden.

Im Wirtschaftsjahr 2012 führte der Eigenbetrieb keine Baubetreuungstätigkeiten für externe Dritte aus.

Zusammensetzung der Umsatzerlöse/betrieblichen Erträge

	2012		2011		Ergebnis- veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung					
Vermietung von angemietetem Vermögen	1.321	3,8	1.263	3,7	58
Betriebskostenabrechnung	18.634	53,9	19.108	56,5	-474
	19.955	57,7	20.371	60,2	-416
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit aus verwaltungsmäßiger Betreuung					
	8.059	23,3	8.633	25,5	-574
	8.059	23,3	8.633	25,5	-574
Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen					
	4.277	12,4	3.530	10,4	747
Bestandsveränderung	-232	-0,7	-475	-1,4	243
Übrige betriebliche Erträge	2.527	7,3	1.780	5,3	747
	34.586	100,0	33.839	100,0	747

Die Erlöse aus der Vermietung von angemietetem Vermögen haben sich gegenüber dem Vorjahr relativ und absolut betrachtet leicht erhöht. Diese Erhöhung resultiert aus der Steigerung der Anmietflächen (Anmietung Rettungswachen der Feuerwehren). Insgesamt ergibt sich ein monatlicher Durchschnittserlös von EUR/qm 7,28 (Vorjahr: EUR/qm 7,38).

Der Rückgang der Erlöse aus der Betriebskostenabrechnung ist auf die geringeren Aufwendungen für Wasserversorgung, Niederschlagswasser, Strom (in Folge Einsatz LED-Beleuchtungstechnik) und Gas zurückzuführen.

Aufgrund der Rückübertragung der städtischen Objekte in das allgemeine Grundvermögen der Stadt Halle (Saale) zum 1. Januar 2008 werden wie im Vorjahr 2011 keine Erlöse mehr aus der Vermietung von eigenem Vermögen ausgewiesen. Gemäß der Servicevereinbarung mit der Stadt Halle (Saale) erhält der EB ZGM seit Januar 2008 für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte ein monatliches Serviceentgelt in Höhe der bis dahin geleisteten Mietzahlungen und Bewirtschaftungskosten. Diese Erlöse werden im Wirtschaftsjahr 2012 wie 2011 in der GuV-Position 1.b) „Erlöse aus Betreuungstätigkeit“ ausgewiesen.

Die daraus erzielten **Erlöse aus verwaltungsmäßiger Betreuung** haben sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 8.633 auf TEUR 8.059 verringert und entfallen mit TEUR 6.007 (Vorjahr: TEUR 6.563) auf Entgelte aus Vermietung an die Stadt sowie mit TEUR 2.052 (Vorjahr: TEUR 2.070) auf Entgelte aus Vermietung an Dritte.

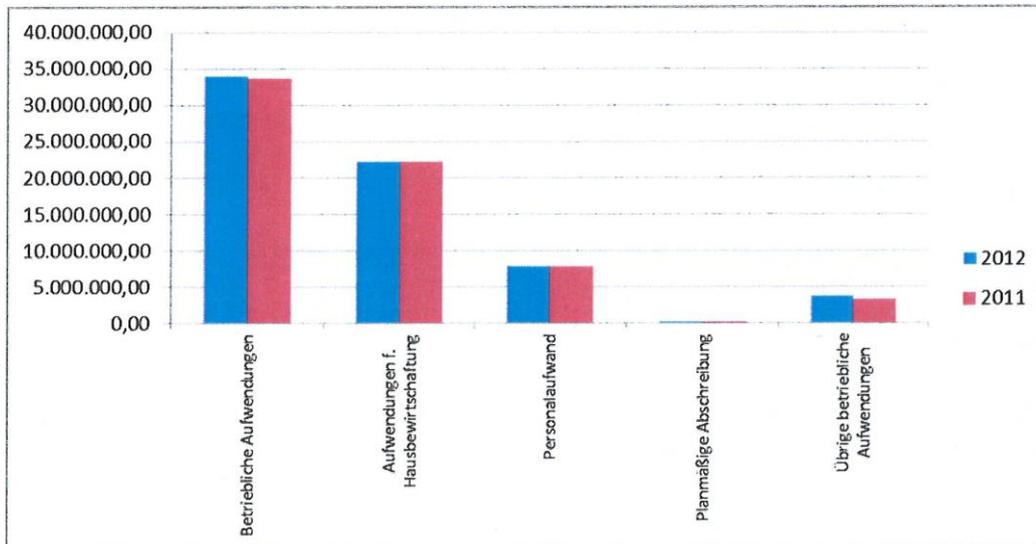
Diese Verringerungen ergeben sich unter anderem aus den Änderungen der Flächennutzungen der Ämter und resultieren vorrangig aus dem Abgang von Gebäuden (Verkauf bzw. Schließung von Schulen).

Insgesamt ergeben sich für die Bewirtschaftung der städtischen Objekte folgende monatliche Durchschnittserlöse (pro qm):

	2012	2011
	EUR	EUR
Vermietung an die Stadt Halle (Saale)	1,41	1,52
Vermietung an Dritte	2,21	2,14

Die übrigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Investitionskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 1.232 (Vorjahr: TEUR 1.183) sowie Weiterberechnungen an die Stadt in Höhe von TEUR 338 (Vorjahr: TEUR 232).

Die Zusammensetzung der betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 34.235 (Vorjahr: TEUR 33.571) stellt sich wie folgt dar:



Der Aufwand für Instandhaltung und Instandsetzung betrug im Wirtschaftsjahr 2012 insgesamt TEUR 4.590 (Vorjahr: TEUR 4.293).

Die Personalabrechnung für den EB ZGM wurde wie in den Vorjahren als Dienstleistung durch das Amt für Personalservice der Stadt Halle (Saale) durchgeführt.

Durch die Reduzierung der Mitarbeiterzahl im Wirtschaftsjahr 2012 um einen MA auf zum Stichtag 196 Mitarbeiter (Vorjahr: 197 Mitarbeiter) wurden die reinen Personalaufwendungen 2012 zwar nominal leicht gesenkt, effektiv durch Tarifsteigerung jedoch wieder erhöht. Letztlich ausschlaggebend für die Absenkung der Gesamtpersonalkosten gegenüber dem Wirtschaftsjahr 2011 um TEUR 111 ist der Effekt der Rückstellungsauflösung (Altersteilzeit) zu sehen.

Unter Berücksichtigung des Verbrauches der o. g. Rückstellungen in Höhe von TEUR 756 und der Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 263 wurden die Personalaufwendungen im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr gesenkt.

Die Personalkostenstruktur zeigt folgendes Bild:

Personalkosten	<u>2012</u>	<u>2011</u>
durchschnittliche Vollzeitstellen	172,2	187,2
Löhne und Gehälter (inkl. ATZ) in EUR	6.290.360	6.412.934
je Vollzeitstelle in EUR	36.529	34.257
Aufwand für Soziale Abgaben (ohne Altersversorgung) in EUR	1.287.890	1.288.261
je Vollzeitstelle in EUR	7.479	6.882
Aufwand für Unterstützung ZVK	225.901	213.703
je Vollzeitstelle in EUR	1.312	1.142
Summe in EUR	7.804.151	7.914.898
je Vollzeitstelle in EUR	45.320	42.280

Fazit:

Die Entwicklung der Ertragslage im Wirtschaftsjahr 2012 ist durch folgende entscheidende Sachverhalte gekennzeichnet:

- Verringerung der **Serviceentgelte/Mieterlöse** insgesamt um TEUR 516 auf TEUR 9.380 (Vorjahr: TEUR 9.896)
- Verringerung der **Erlöse aus Betriebskostenabrechnung** um TEUR 474 auf TEUR 18.634 (Vorjahr: TEUR 19.108)
- Erhöhung der **Instandhaltungsaufwendungen** um TEUR 297 auf TEUR 4.590 (Vorjahr: TEUR 4.293)
- Verringerung der **Aufwendungen für Betriebskosten** um TEUR 106 auf TEUR 16.700 (Vorjahr: TEUR 16.806)
- Verringerung der **Abschreibung** des Anlagevermögens um TEUR 14 auf TEUR 196 (Vorjahr: TEUR 210).

4. Voraussichtliche Entwicklung einschließlich Chancen und Risiken

Der Vollzug der 2008 begonnenen Restrukturierung des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, die u. a. auf den Vorschlägen eines externen Beratungsunternehmens basiert, ist auch 2012 auf dieser Grundlage fortgeführt worden. Nach der Umstellung der Betriebsleitung von vormals zwei Betriebsleitern auf die Leitung des Betriebes durch einen gesamtverantwortlichen Betriebsleiter und der ersten Stufe der Neuausrichtung, bei der die nicht Gebäudemanagementleistungen im Bereich interner Service zusammengeführt worden sind, sind die nicht Gebäudemanagementleistungen zum 1. Januar 2011 in das wieder gebildete Hauptamt übergeleitet worden. Im Wirtschaftsjahr 2012 sind daher keine Nichtgebäudemanagementleistungen durch den EB ZGM erbracht worden. Die in den Vorjahren begonnene Qualifizierung und Erweiterung der Nutzung des SAP Systems und der Aufbau des CAFM-Systems als Arbeitsmittel für die technischen Bereiche und das Immobilienmanagement sind 2012 fortgeführt worden. Dabei standen die prozessorientierte Qualifizierung der Softwareanwendungen und die Strukturierung der damit verbundenen Arbeitsschritte der technischen Objektsachbearbeiter im Vordergrund der Entwicklung.

Die Arbeitsorganisation und Leistungsabrechnung der Hausmeisterdienste und der Techniker/Havariedienste ist durch die Einführung eines mobilen elektronischen Zeiterfassungssystems nach einem umfassenden Testbetrieb durch alle Nutzer des mobilen Zeiterfassungssystems eingeführt worden. Das System hat sich in der praktischen Anwendung bewährt und zur Verringerung des Aufwands, zu mehr Transparenz und Datenkonsistenz, verbesserter Dokumentation und nachvollziehbaren Angaben sowie zur schnelleren Bearbeitung und Auswertung der Daten geführt.

Die organisatorische Trennung der Bereiche Finanzen und kaufmännisches Immobilienmanagement hat in der Vergangenheit die Abstimmung zwischen dem Haupt- und Nebenbuch erschwert. Um dieses grundsätzliche Problem zu überwinden, ist die Verschmelzung der beiden Bereiche im Wirtschaftsjahr 2011 vorbereitet und 2012 in den relevanten Tätigkeitsbereichen weiter vertieft worden. Die Buchführung des Unternehmens hat damit weiter an Klarheit und Transparenz gewonnen.

Durch die Untersuchung der Abläufe bei der Projektbearbeitung und der in den technischen Bereichen ablaufenden Prozesse sind Grundlagen für die Verbesserung der Arbeit im technischen Objektmanagement geschaffen worden. Beim Aufbau und der durchgehenden Einführung des CAFM-Systems geht es nach wie vor auch darum, dieses System mit bereits eingeführten DV-Systemen zu koordinieren und zu verknüpfen und so ein ganzheitliches Arbeits- und Kommunikationsmittel für alle Bereiche des Betriebes zu schaffen. Damit bestehen bessere Voraussetzungen, um die notwendige Strukturierung der Abläufe im Betrieb erreichen und den zukünftigen Anforderungen bei weiter reduziertem Personalbestand gerecht werden zu können. Die 2011 begonnene Erfassung sämtlicher betrieblicher Prozesse ist 2012 fortgeführt und weitgehend abgeschlossen worden.

Die Entwicklung des kaufmännischen Controllings ist in Richtung auf ein effizientes Mittel der Betriebsführung fortgeführt worden. Das aussagekräftige Kennzahlensystem ist 2012 ausgebaut worden.

Gleichzeitig sind durch die Einführung von Forecast-Betrachtungen, die die Vorausschau auf das zu erwartende Jahresergebnis des Betriebes erlauben, effektive Schritte zur Etablierung eines Frühwarnsystems unternommen worden. Die Implementierung permanenter Baukostenverfolgung und Ergebnisprognose in den zur Anwendung kommenden DV-Programmen ist ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Wirtschaftsjahr 2012 gewesen.

Aufgrund der hohen Anzahl der in der Vergangenheit geschlossenen Altersteilzeitverträge hat im Jahr 2012 eine große Zahl von Mitarbeitern die aktive Beschäftigung im Betrieb beendet. Die seit 2008 begonnene konsequente Lehrausbildung ist auch 2012 als Mittel zur Beschaffung geeigneten Personals fortgeführt worden. Mit der begonnenen Kooperation mit Bildungseinrichtungen, die duale Hochschulbildung anbieten, ist diese Form 2012 fortgeführt worden. 2012 hat eine Studentin, die Mitarbeiterin des EB ZGM ist, den dualen Studiengang für die Ausbildungsrichtung Immobilienmanagement an einer Hochschule in der Region fortgeführt. Sie wird dem Betrieb ab 2014 als Immobilienwirtin mit Bachelorabschluss zur Verfügung stehen.

Die mit Betriebsangehörigen in großer Zahl geschlossenen Verträge im Rahmen der Teilzeitinitiative waren 2012 weiter wirksam und haben zu erheblicher Einsparung der Personalkosten beigetragen. Die Verträge sind für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen worden und daher bis 2015 wirksam.

Der Wirtschaftsplan für 2013 sieht erneut ein ausgeglichenes Ergebnis vor, das wie in den vier vorausgegangenen Jahren unter Mobilisierung aller Ressourcen des Betriebes erreicht werden kann.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 soll dem Betriebsausschuss im September 2013 vorgelegt werden. Dabei liegt der Struktur der Zahlungsströme die Produktstruktur des Haushaltes zugrunde, die mit der Einführung der Doppik in der Kernverwaltung seit Januar 2012 zu vielfältigen Veränderungen in der Zuordnung der Kosten geführt hat.

In den Ansätzen für das Wirtschaftsjahr 2014 werden die Auswirkungen für die Beseitigung von Schäden, die das diesjährige Hochwasser verursacht hat, zu berücksichtigen sein. Die Aufwendungen für die Beseitigung der Flutschäden werden derzeit ermittelt.

Wesentliche kurzfristige Chancen und Risiken werden derzeit keine gesehen.

Mittelfristige Risiken liegen einerseits nach wie vor in der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses und der damit verbundenen Zielrichtung und andererseits im künftigen Bedarf an Immobilienbestand der Stadt und dem daraus resultierenden nicht abschließend bestimmbar Leistungsumfang für den Eigenbetrieb. Auf diesen Umstand hat die Untersuchung der bbvl zur Organisationsform des Immobilienmanagements der Stadt ausdrücklich hingewiesen.

Nach wie vor besteht die Notwendigkeit, dass die Mittel für die Bauunterhaltung der betreuten städtischen Gebäude dem Bedarf an Baureparaturen angepasst werden müssen, um den Gebäudebestand langfristig erhalten zu können. Eine Konzentration auf den Kernbestand an Immobilien ist dabei angezeigt. Die Identifizierung des notwendigen Kernbestandes an städtischen Gebäuden und Grundstücken wird derzeit unter den Voraussetzungen der veränderten Verwaltungsstruktur festgestellt.

Weiterhin bestehen Bestrebungen zur Wiedereingliederung des Eigenbetriebs in die Stadtverwaltung. Dies bedarf einer Entscheidung im Stadtrat.

Die Liquidität des Eigenbetriebes ist bei bedarfsgerechter Bereitstellung der finanziellen Mittel in Form des Serviceentgeltes durch die Stadt Halle (Saale) gesichert.

GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Bruchsee 14 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	12.782		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<u>12.782</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft bewirtschaftet, verwaltet, betreut und errichtet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, insbesondere Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen und Eigenheime. Bei der Bereitstellung von Mietwohnungen sind in angemessener Weise soziale Belange zu berücksichtigen. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute und unbebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen sowie Dienstleistungen bereitstellen, soweit die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen oder Zweigniederlassungen zu errichten, soweit dies dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich ist und die Ertragslage des Unternehmens dies zulässt. Die Gesellschaft wird sich grundsätzlich an den Regeln über das öffentliche Vergabewesen orientieren.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Die Wohnungswirtschaft wird explizit in dieser Norm aufgeführt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung		Kozyk, Jana	
Aufsichtsrat	Vorsitzender	Dr. Meerheim, Bodo	
	stellv. Vorsitzender	Tittel, Volker	
		Dr. Fiedler, Christian	(bis 27.06.2012)
		Koehn, Gottfried	
		Krausbeck, Elisabeth	
		Kriedemann, Angelika	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Aufsichtsrat

Schachtschneider, Andreas

Schuh, Temba

(seit 28.06.2012)

Stäglin, Uwe

Thielecke, Carsten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	16	16	16

c) Beteiligungen

unmittelbar

Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH

T€	%
256	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	297.820	90	298.749	91	303.174	91	-929	0
Umlaufvermögen	33.777	10	30.194	9	31.700	9	3.583	12
Rechnungsabgrenzungsposten	52	0	82	0	60	0	-30	-37
Bilanzsumme	331.649	100	329.025	100	334.934	100	2.624	1
Treuhandvermögen	4.702	0	4.971	0	5.632	0	-269	-5
Passiva								
Eigenkapital	168.308	51	165.846	50	166.025	50	2.462	1
Sonderposten für Investitionszulagen	8.750	3	8.963	3	9.177	3	-213	-2
Rückstellungen	7.884	2	5.524	2	6.976	2	2.360	43
Verbindlichkeiten	146.197	44	148.200	45	152.265	45	-2.003	-1
Rechnungsabgrenzungsposten	510	0	492	0	491	0	18	4
Bilanzsumme	331.649	100	329.025	100	334.934	100	2.624	1
Treuhandverbindlichkeiten	4.702	0	4.971	0	5.632	0	-269	-5

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	44.861	45.349	45.083
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	517	-681	406
andere aktivierte Eigenleistungen	161	141	147
sonstige betriebliche Erträge	1.220	1.256	918
Materialaufwand	23.908	21.783	21.302
Personalaufwand	4.953	4.791	4.806
Abschreibungen	6.285	6.162	6.551
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.512	1.534	1.388
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	214	67	147
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	285	479	618
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.186	6.686	7.020
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.414	5.655	6.252
außerordentliche Erträge	227	1.933	1.400
außerordentliche Aufwendungen	1.877	4.561	4.729
außerordentliches Ergebnis	-1.650	-2.628	-3.329
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	300	114	-7
sonstige Steuern	2	2	2
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.462	2.911	2.928
Unverteilter Bilanzgewinn des Vorjahres	3.342	722	1.987
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	247	291	293
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.557	3.342	4.622

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	5,49	6,42	6,49	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,51	1,79	1,81	%
Cash-Flow ¹⁾ :	8.747	9.073	9.479	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	441	447	448	T€
Personalaufwandsquote ²⁾ :	10,59	10,40	10,32	%

¹⁾ ohne Einbeziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen und der Zuschreibungen

²⁾ unter Einbeziehung der Mitarbeiter in der Passivphase der Altersteilzeit

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,63	90,63	90,34	%
Eigenkapitalquote:	50,75	50,41	49,57	%
Fremdkapitalquote:	49,25	49,59	50,43	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Gewerbeeinheiten	113,00	100,00	112,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	12,39	11,00	10,71	%
Wohneinheiten	10.096,00	10.533,00	10.522,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	8,49	13,04	12,00	%

e) Lagebericht

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

1.1 Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist in 2012 weiter gewachsen. In einem schwierigen europäischen Umfeld erwies sich die deutsche Wirtschaft als robust, was sich in einem Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr widerspiegelte. Trotz der in der zweiten Jahreshälfte merklichen Abkühlung der Konjunktur geht unter anderem das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für 2013 wieder von einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 0,9 Prozent und in 2014 um mehr als 2,0 Prozent aus. Die Bundesregierung selbst rechnet aktuell mit einem Anstieg in 2013 von 0,4 Prozent.

Die gesamtdeutsche Immobilienwirtschaft mit einem Anteil von fast 20 Prozent an der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung konnte von diesen Konjunktorentwicklungen positiv partizipieren.

Von der positiven gesamtdeutschen Entwicklung konnte das Land Sachsen-Anhalt jedoch nur bedingt profitieren. Während insgesamt für Deutschland nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes bis Ende 2012 ein leichter Anstieg der Bevölkerung auf 82 Millionen Personen erwartet wurde, ist die Einwohnerzahl in Sachsen-Anhalt weiter gesunken. In der Stadt Halle (Saale) entwickelte sich die Einwohnerzahl ebenfalls rückläufig.

Die Gründe in der abwärts gerichteten Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt und in den kreisfreien Städten Halle (Saale), Magdeburg und Dessau-Roßlau sind überwiegend im Geburtendefizit und der Abwanderung zu sehen. Mit 113 Einwohnern je Quadratkilometer weist Sachsen-Anhalt bereits die drittniedrigste Bevölkerungsdichte in Deutschland auf. Der Abwärtstrend wird durch die steigende Lebenserwartung der Menschen in Sachsen-Anhalt etwas gebremst.

Der sich weiter vollziehende demografische Wandel stellt für das Land und insbesondere für die Immobilienwirtschaft eine der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte dar. Die demografischen Prognosen zeigen: Die Bevölkerung wird immer weniger, älter, individueller und in Teilen auch ärmer. Die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungstendenzen mit einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten und einer Ausdifferenzierung der Lebensstile werden weiter anhalten und sich auch in der Veränderung der sozialräumlichen Strukturen niederschlagen. Die Veränderungen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt vollziehen sich jedoch sehr heterogen. Sowohl Intensität, Altersstruktur als auch Verlauf der Bevölkerungsentwicklung variieren regional deutlich. Die kommunale Wohnungswirtschaft leistet hier einen entscheidenden Beitrag dafür, diesen für die positive Landesentwicklung abträglichen Trends zielgerichtet entgegenzuwirken.

Die Entwicklung in der Stadt Halle (Saale) als Universitätsstadt wird wesentlich positiver verlaufen als in den Landkreisen. Für Halle (Saale) wird ein moderater Rückgang der Einwohner von 10 Prozent bis 2025 erwartet. Halle (Saale) profitiert hierbei von einer Abkehr der Suburbanisierung („Stadtflucht ins Umland“) und einer gestiegenen Lebenserwartung der älteren Einwohner.

Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Halle (Saale):

	Einwohner mit Hauptwohnsitz				
	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012
Stadt Halle (Saale)	230.900	230.377	230.831	231.639	232.535
dar. Halle-Neustadt	46.419	45.770	45.125	44.696	44.515

Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung lag in 2011 in Sachsen-Anhalt bei 46,8 Jahren und wird sich bis 2025 auf rund 50,3 Jahre erhöhen. Halle (Saale) ist im Durchschnitt mit 44,8 Jahren etwas jünger, soll jedoch auch in 2025 zu mehr als der Hälfte der Einwohner über 50 Jahre alt sein. Die einzige Bevölkerungsgruppe mit starken Zuwächsen stellen die Einwohner über 65 Jahren dar.

Dieser Trend spiegelt sich auch in der Altersstruktur der GWG-Mieter wider. Zurzeit sind ca. 50 Prozent der Mietvertragspartner der Gesellschaft älter als 60 Jahre, etwa 41 Prozent bereits älter als 65 Jahre. Das Durchschnittsalter liegt bei rund 57 Jahren.

1.2 Geschäftsergebnis und Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft beendete auch das Geschäftsjahr 2012 - trotz des politisch und gesellschaftlich schwierigen Umfeldes sowie der Verpflichtungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) - mit einem Jahresüberschuss (T€ 2.462).

Das Unternehmen bewirtschaftete zum Stichtag 31. Dezember 2012 einen eigenen Hausbesitz von:

	31.12.2012		31.12.2011	
	Anzahl	Fläche (m ²)	Anzahl	Fläche (m ²)
Wohneinheiten	10.096	568.261	10.533	595.201
Gewerbbeeinheiten	113	12.470	100	12.506
	10.209	580.731	10.633	607.707

Im Rahmen der Wohnungseigentumsverwaltung betreute die Gesellschaft zum Stichtag 14 Wohnungseigentumsanlagen in Halle (Saale) sowie im Seepark Salzmünde mit insgesamt 449 Mieteinheiten auf einer Fläche von 20.296 m².

1.2.1 Investitionstätigkeit

Im Rahmen des Stadtumbaus kommt der Einheit von Abriss und Aufwertung weiterhin eine zentrale Bedeutung zu. Die GWG hat deshalb auch im Geschäftsjahr 2012 ihr anspruchsvolles Investitionsprogramm weiter fortgesetzt.

In 2012 konnte die GWG erstmalig 20 Wohnungen an ihre Mieter übergeben, die außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt liegen. Insgesamt wurden sechs modernisierte und 14 Neubauwohnungen fertiggestellt. Die schrittweise Erweiterung des Wohnungsportfolios auf Wohngebiete außerhalb des Stadtgebietes Halle-Neustadt wurde insbesondere von den Gläubigerbanken der Gesellschaft positiv bewertet und eine Fortsetzung empfohlen.

Mit „Boardinghaus weinberg campus“ erweitert die GWG ihr Angebotsportfolio im Bereich der Vermietung möblierter Appartements. Sie reagiert damit auf den bereits zuvor ermittelten Bedarf an Gästewohnungen für viele Unternehmen des ansässigen Technologieparks sowie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dafür wurde im Jahr 2012 damit begonnen, drei spätklassizistische Gebäude denkmalgerecht zu sanieren und um zwei Neubauten zu ergänzen. Die Fertigstellung ist für Sommer 2013 geplant.

Die energetische Gebäudesanierung zur Reduzierung der Heizkosten von Wohngebäuden wurde auch in 2012 an einem weiteren Wohngebäude mit 103 Wohnungen fortgeführt. Auch hier wurde wieder eine solarthermische Anlage zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung eingebaut. Die Aufwertung der sanitären Anlagen sowie die Nachrüstung von Balkonen an Wohnungen, die noch nicht über einen Balkon verfügten, tragen zu einem täglich erlebbaren und erhöhten Wohnkomfort bei.

Das altersgerechte Wohnen ist durch den Einbau weiterer Aufzüge, z.T. mit ebenerdigen Zugang in einem Gebäude weiter verbessert worden. Am Ende des Jahres 2012 waren insgesamt fast 26 Prozent aller Wohnungen mit einem Aufzug ausgestattet.

Die Gesellschaft hat damit begonnen, ihren Wohnungsbestand schrittweise mit Rauchwarnmeldern auszustatten. Insgesamt wurden in 2012 bereits 2.600 Geräte installiert. Bis Ende des Jahres 2015 werden insgesamt über 36.000 Geräte eingebaut sein.

Fast 90 Prozent der vom Bereich Bautechnik beauftragten HOAI-, Wartungs- und Bauleistungen konnten an Firmen innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt sowie rund 10 Prozent an Unternehmen aus Sachsen vergeben werden.

Investitionen im Geschäftsjahr 2012:

	T€
Neubau/Umbau einschließlich Altbausanierung	4.434
Modernisierung	2.918
Instandsetzung	4.692
Instandhaltung	1.989
Gesamt	14.033

Für die Investitionsmaßnahmen 2012 wurden Darlehen in Höhe von insgesamt T€ 4.079 valuiert. Öffentliche Fördermittel in Form von Zuschüssen standen für die in 2012 durchgeführten investiven Maßnahmen nicht zur Verfügung.

Zum Bilanzstichtag belief sich die Leerstandsquote im Gesamtbestand auf 8,6 Prozent. Im marktaktiven Kernbestand ist es der Gesellschaft zum 31. Dezember 2012 gelungen, den Leerstand auf 6,0 Prozent zu reduzieren. Komplett leer gezogene und nicht mehr bewirtschaftete Gebäude/Wohnungen sind dabei nicht mehr Bestandteil der Betrachtung.

Die durch den Leerstand verursachte Erlösschmälerung an der Sollmiete erreichte per 31. Dezember 2012 einen Wert von 8,4 Prozent.

1.2.2 Fortsetzung des Stadtumbaus

Die nachhaltige Stadtentwicklung ist eine vorrangige sowohl städtebauliche als auch wohnungspolitische Zielstellung. Bei der Bewältigung der städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Folgen von Schrumpfung und Strukturwandel hat sich das Programm „Stadtumbau-Ost“ sehr bewährt.

Für eine Fortsetzung der Entlastung von Altschulden als Komplementärförderung konnte sich die Bundesregierung im Jahr 2012 nicht entscheiden. Die Gesellschaft hat ihr Sanierungskonzept gemäß § 6a Altschuldenhilfegesetz im Jahr 2011 vollständig umgesetzt und kann daher keine weiteren Entlastungshilfen beanspruchen. Der weiterhin erforderliche Stadtumbau wird durch den Wegfall dieser Hilfen zu einer größeren Belastung der Gesellschaft als bisher.

1.2.3 Zielgruppenorientierte Quartiersbildung/Wohnkonzepte

Die GWG bewirtschaftet als größter Vermieter im Stadtteil Halle-Neustadt rund ein Drittel des im Stadtteil vorhandenen Wohnungsbestandes.

Die zielgruppenorientierte Quartiersbildung, insbesondere die Erhöhung der Attraktivität des Wohnens für junge Menschen und Familien und die Gestaltung von Wohnquartieren für Senioren, war auch im Geschäftsjahr 2012 ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Ziel ist es, für den Standort Halle-Neustadt zu werben und die Wahrnehmung der Gesellschaft als familienfreundliches Unternehmen weiter zu stärken.

Neben der vielseitigen Bestandsentwicklung kümmerte sich die GWG stark um die Quartiersgestaltung und das Sozialmanagement. Entsprechend der vorhandenen Möglichkeiten wurde Verantwortung für intakte Wohn- und Lebensräume und damit Fürsorge für die Entwicklung der Stadt und des Stadtteils sowie seiner Bewohner übernommen. Das Engagement trägt ganz wesentlich dazu bei, die Wohnquartiere zu stabilisieren und funktionierende Nachbarschaften zu erhalten.

Insgesamt haben bisher über 1.500 Wohnungen der Gesellschaft neue Zuschnitte bekommen. Mehr Wohnfläche, größere und getrennte WC- und Badbereiche, zusätzlicher Stauraum und flexible Nutzungskonzepte werden nicht nur von Familien gewünscht. Diesen Weg der Produktentwicklung beschreitet die GWG entsprechend den wirtschaftlichen Möglichkeiten konsequent. Die große Nachfrage zeigt den hohen Bedarf an derartigen individuellen, auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnittenen Lösungen.

1.2.4 Soziale Verantwortung

Die umfassende Betreuung der Mieter über das übliche Vermietungsgeschäft hinaus ist ein wichtiger Bestandteil des aktiven Kundenmanagements. Neben der Bereitstellung von Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung sieht die GWG ihren sozialen Auftrag auch darin, die Lebensqualität ihrer Mieter zu verbessern. Aus diesem Grund unterstützt die Gesellschaft nicht nur zahlreiche ausgewählte lokale Projekte, sondern stellt im Rahmen des Sozialmanagements und der Seniorenbetreuung auch Personal zur Verfügung, das ganz gezielt auf die Bedürfnisse und Probleme der Mieter eingeht.

Dem hohen Stellenwert des Mietforderungsmanagements sowie der großen Bedeutung der präventiven Arbeit geschuldet arbeiten zwei Sozialbetreuerinnen intensiv mit den Mietern. Kontinuierlich werden einerseits ein Abbau bzw. die Vermeidung von Ertragsausfällen aus der Vermietung für das Unternehmen und andererseits auch der Erhalt der Wohnung für die betreffenden Mieter angestrebt.

Dieses intensive Forderungsmanagement der Gesellschaft ermöglichte per 31. Dezember 2012 eine Mietrückstandsquote von 0,7 Prozent (Vorjahr 0,6 Prozent).

Die Gesellschaft hatte zum Stichtag offene Mietforderungen in Höhe von T€ 341 (per 31. Dezember 2011 T€ 302) zu verzeichnen. Titulierte Forderungen, deren Vollstreckung im Unternehmen erfolglos blieb, werden an ein Inkassobüro zur weiteren Verfolgung übergeben.

Durch vielfältige, individuelle Serviceleistungen in Kombination mit Wohnraumanpassungen soll den Mietern noch stärker als bisher die Möglichkeit gegeben werden, möglichst lange in der vertrauten Wohnumgebung leben zu können und auch bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit nicht in ein Pflegeheim umziehen zu müssen. Zwei Seniorenbetreuerinnen bündeln hierzu Aktivitäten, bauen Netzwerke zwischen sozialen Trägern, Vereinen sowie Serviceanbietern auf und suchen über Gespräche und Hausbesuche den Kontakt zu den Hilfebedürftigen.

1.2.5 Stadttrendite

Die GWG beurteilt im Rahmen des Unternehmenserfolgs bereits seit 2005 ihre Leistungen zur Stadttrendite. Als kommunales Wohnungsunternehmen übernimmt die Gesellschaft Verantwortung für die Stadt, weit über die formale Erfüllung des Wohnraumversorgungsauftrags hinaus. Die Stadttrendite beinhaltet Leistungen, die langfristig Vorteile für das Unternehmensergebnis bewirken, aber auch zu einem wesentlichen Anteil positive Effekte für die Stadt Halle (Saale) bringen. Die Stadttrendite in ihrer Ergebnisbewertung ergänzt die rein finanzwirtschaftliche Renditebetrachtung.

Die Maßnahmenkomplexe Stadtentwicklung, Finanzen, Soziales, kommunale Leistungen sowie interne Leistungen für eigene Mitarbeiter sind Bestandteil der Ermittlung und werden hinsichtlich ihrer inhaltlichen Bestimmung geprüft, bewertet und jährlich aktualisiert.

Die GWG leistet mit der sicheren, sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung - dazu gehören auch einkommensschwache Bürger sowie Empfänger von Transferleistungen - einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt und zur Stabilisierung der Wohnquartiere.

1.2.6 Personalentwicklung und Familienfreundlichkeit

Als familienfreundliches Unternehmen konnte die GWG ihre individuelle Unternehmenskultur in ihrer Einheit von Unternehmenszielen, Mitarbeiterzufriedenheit und Kundenorientierung weiterentwickeln und festigen. Schon frühzeitig hat die GWG moderne Methoden in der Personalentwicklung und -bindung praktiziert. Flexible Arbeitszeiten, Jahresarbeitszeitkonten, Teilzeitangebote, Zuschüsse zur Geburt und zum Kindertag, die für drei Jahre nach der Geburt eines Kindes geltende Zusage, nicht aus betriebsbedingten Gründen zu kündigen oder der Anspruch einer einjährigen, individuellen Arbeitszeitregelung bei Übernahme der Pflegeverantwortung für einen Angehörigen sind Beispiele der familienbewussten Personalpolitik. Das in 2006 erteilte Zertifikat zum Audit „berufundfamilie“, welches regelmäßig extern überprüft wird, belegt die nachhaltige Unternehmenspolitik.

Die Gesellschaft genießt für ihr Engagement gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern große Anerkennung. Damit nimmt die Gesellschaft eine Vorbildrolle ein, die u. a. auch zu der Mitwirkung in der Unternehmerinitiative „Familienfreundliches Halle“ sowie zur Teilnahme an der Landesinitiative für Familien in Sachsen-Anhalt und am Netzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ geführt hat. Kooperationen wie diese stärken nicht nur das Unternehmen selbst, sondern auch die Region als familienfreundlichen Standortfaktor.

Des Weiteren ermöglicht die Gesellschaft acht jungen Menschen die Chance zur Ausbildung im Unternehmen. Die Aus- und Weiterbildung wird außerdem durch zahlreiche interne und externe Seminare sowie Mitarbeiterschulungen forciert. Darüber hinaus werden regelmäßig Praktikumsplätze vergeben.

Unternehmerischer Erfolg beruht auf einer wertebasierten Unternehmenskultur, die Partnerschaft, Dialog, Transparenz und Leistung fördert.

Seit Jahren arbeitet die Gesellschaft mit Zielvorgaben, die sich als erfolgreiches Führungselement erwiesen haben und damit zum Unternehmenserfolg beitragen. Das Führen nach Zielen, Transparenz und Delegation sind unverzichtbare Motivationselemente im Unternehmen.

1.2.7 Risikomanagement im Konzern

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, welches den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) folgt, auf die Erfordernisse der Aufbau- und Ablauforganisation der Gesellschaft ausgerichtet ist und ständig an aktuelle Anforderungen angepasst wird.

Das Risikomanagement zielt auf eine aktive Steuerung und Überwachung der Risiken, die sich wesentlich auf den Erfolg des Unternehmens auswirken könnten. Die frühzeitige Erkennung negativer Tendenzen ermöglicht, zeitnah Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen.

Ein Kernstück der Informationsaufbereitung stellen die monatlichen Chefzahlen dar. Sie enthalten in zusammengefasster Form wesentliche aktuelle Kennzahlen und Einschätzungen aus allen Bereichen des Unternehmens und der 100 %igen Tochtergesellschaft Bau und Haustechnik Halle-Neustadt GmbH (BHT).

Die Tochtergesellschaft BHT hat sich weiter stabilisiert und beendete das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresergebnis in Höhe von T€ 214.

1.3 Darstellung der wirtschaftlichen Lagen der Gesellschaft

1.3.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr 2011 um T€ 2.624, das entspricht 0,8 Prozent, erhöht.

Auf der Aktivseite war vordergründig bei den flüssigen Mittel ein Anstieg um T€ 3.202 zu verzeichnen. Die Sachanlagen hingegen weisen einen rückläufigen Wert aufgrund der Abschreibungen von T€ 8.342 (davon T€ 1.877 außerplanmäßig) aus, denen Investitionen von T€ 7.436 gegenüber stehen. Die Passivseite erhöhte sich vor allem im Bereich der kurzfristigen Rückstellungen (um T€ 3.261) und des ausgewiesenen Bilanzgewinns (um T€ 2.216). Die Zunahme der liquiden Mittel und des Bilanzgewinns ist insbesondere auf den unverteilt Gewinn des Vorjahres zurückzuführen, da die Beschlussfassung durch die Gesellschafterin noch aussteht. Der Anstieg der Rückstellungen ist hauptsächlich durch öffentlich-rechtliche Verpflichtungen begründet. Planmäßige Tilgungen von Darlehen, denen geringere Neuvaluierungen gegenüber stehen, wirkten sich auf die langfristigen Verbindlichkeiten hingegen (um T€ 2.481) vermindern aus.

Einem durchschnittlichen Gebäudebuchwert von € 394,57 je qm stand zum Bilanzstichtag eine durchschnittliche Verschuldung von € 217,79 je qm gegenüber.

Das langfristige Vermögen wird ausreichend durch langfristiges Eigen- und Fremdkapital gedeckt, darüber hinaus besteht eine Deckungsreserve von T€10.989. Die Eigenmittelquote wird mit 53,4 Prozent ausgewiesen. Die Höhe dieser beiden Kennziffern wird durch den noch nicht zur Ausschüttung gelangten Bilanzgewinn des Vorjahres beeinflusst, welche sonst mit einer Eigenmittelquote von 52,4 Prozent und einer Deckungsreserve von T€ 7.647 auszuweisen gewesen wären.

Die Finanzlage der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2012 positiv dar. Dies ist hauptsächlich auf Mittelzuflüsse im Bereich des Kerngeschäftes zurück zu führen.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von T€ 12.956 reichte aus, um die planmäßigen Kredittilgungen von T€ 6.378 zu bedienen. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit resultiert insbesondere aus den in 2012 getätigten Investitionen von T€ 7.480, denen nur geringfügige Verkaufserlöse aus Anlagenabgängen gegenüber stehen. Planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen von T€ 6.664 führten trotz neuer Darlehensaufnahmen von T€ 4.079 zu einem negativen Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von T€ 2.584. Am Ende der Periode war ein Anstieg des Finanzmittelfonds um T€ 3.202 zu verzeichnen.

Die Vermögens- und Finanzverhältnisse sind geordnet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

1.3.2 Ertragslage

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von T€ 2.462 ab, der überwiegend aus dem Kerngeschäft erwirtschaftet wurde.

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.254, schließt jedoch mit einem Überschuss in Höhe von T€ 10.304 ab. Der Rückgang resultiert vor allem aus höheren Instandhaltungsaufwendungen. Trotz Senkung der Ausgaben für laufende Instandhaltung stiegen die Instandhaltungskosten um T€ 1.943 aufgrund der erforderlichen Bildung einer Rückstellung für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen (T€ 2.703). Positiv wirkte sich jedoch die im Geschäftsjahr realisierten Stilllegungen nicht mehr nachgefragter Wohngebäude aus, die zu einer Senkung der leerstandsbedingten Kosten, vor allem hinsichtlich nicht umlagefähiger Betriebskosten (T€ 160) beitrugen. Weiterhin führten moderate Mieterhöhungen entsprechend der Marktlage und die Umlage von Modernisierungskosten zu einem Anstieg der Istmieten (um T€ 325).

Das mit T€ -5.687 negative Finanzergebnis resultiert überwiegend aus Zinsaufwendungen für die Darlehen der Gesellschaft, denen aufgrund des derzeitigen Zinsniveaus nur unwesentliche Zinserträge gegenüber stehen. Die geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Zinsaufwendungen zurück zu führen. Der Anteil des Kapitaldienstes an der Nettomiete beträgt 39,1 Prozent.

Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf Wohnbauten sowie unbebaute Grundstücke (T€ 1.877) denen nur geringfügig Zuschreibungen auf Wohnbauten (T€ 227) gegenüber stehen, führten zu einem außerordentlichen Ergebnis von T€ -1.650. Die insoweit eingetretene Verbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den geringeren außerplanmäßigen Abschreibungen.

Da die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2012 insgesamt mit einem Jahresüberschuss abschließt, ist die Eigen- und Fremdkapitalverzinsung gegeben. Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr 2012 2,6 Prozent (Vorjahr: 2,9 Prozent).

2 Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

Die aktuell vorliegenden Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen eine abwärts gerichtete Einwohnerzahl des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale). Halle-Neustadt als wirtschaftliches Kerngebiet der Gesellschaft wird ebenfalls an Bevölkerung verlieren. Zur Dimension des Rückganges existieren extern unterschiedliche Auffassungen. Die GWG erwartet daher mit den nächsten Bevölkerungsprognosen eine etwas positivere Entwicklung entgegen der bisher stark pessimistisch geprägten Prognosen. Die Gesellschaft bringt sich in den kommenden Jahren aktiv in die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ein, welches bis 2015 vom Stadtrat beschlossen werden soll. Dominierendes Thema wird hier der weitere Stadtteil-Schrumpfungprozess „von außen nach innen sein“. Die Gesellschaft gestaltet ihren Wohnungsbestand bereits seit 2002 mit dem in 2011 beendeten Sanierungskonzept gemäß diesem Trend. Es ist festzustellen, dass nicht alle Marktteilnehmer diesem Trend folgen können oder sich bewusst gegen diese Entwicklung ausrichten. Dem sich insoweit verschärfenden Wettbewerb muss sich die GWG in den kommenden Jahren stellen, sieht sich aber aufgrund des langfristig ausgerichteten Unternehmenskonzeptes gut gerüstet.

Aufgrund der weiteren Differenzierung in der Nachfrage nach Haushaltstypen, Lebensstilen, Einkommensgruppen und Alter werden sich auch die Wohnquartiere innerhalb von Halle-Neustadt weiter differenzieren. Einheitliche Wohnkonzepte für einen Großteil der Bevölkerung können nicht mehr wie in den Vorjahren erfolgreich angeboten werden. Aus diesem Grund hat die weitere Entwicklung von zielgruppengerechten Wohnungen und Dienstleistungen große Bedeutung für die unternehmerische Tätigkeit.

Die GWG wird auch in 2013 weiter in ihren Bestand investieren. Insgesamt sind € 11,7 Mio. für größere Bauprojekte und für zahlreiche Einzelmaßnahmen zur Sanierung und Modernisierung des GWG-Bestandes vorgesehen. Mit insgesamt € 7,8 Mio. werden die im Geschäftsjahr 2012 begonnenen Investitionsmaßnahmen in 2013 beendet.

Entsprechend dem Gesellschafterbeschluss vom 07. Februar 2008 muss die GWG seit dem Geschäftsjahr 2008 Beiträge zur Sanierung des städtischen Haushalts in einer Gesamthöhe von € 42,6 Mio. leisten. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen, der derzeitigen und künftigen Mehrbelastungen hat die Gesellschaft eine Streckung des letzten ausstehenden Ausschüttungsbetrages in Höhe von € 4,6 Mio. auf maximal drei Jahre vorgeschlagen, sodass der Gesamtbeitrag zur Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) bis zum Jahr 2014 vollständig erbracht sein wird.

Familienfreundlichkeit ist ein fester Bestandteil der Unternehmenskultur der Gesellschaft. Die GWG wird als familienfreundliches Unternehmen auch zukünftig ihre individuelle Unternehmenskultur weiterentwickeln und festigen. Die erneute Zertifizierung im Rahmen des Audit „berufundfamilie“ im Jahr 2012 ist mit einem Drei-Jahres-Plan verbunden.

Etwa ein Sechstel der Arbeitnehmer der GWG hat einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen. Dies ermöglicht dem Unternehmen frühzeitig den Ersatz von Fachkräften gezielt und wirtschaftlich zu gestalten. Die GWG hat dafür ein Personal- und Organisationskonzept aufgestellt, welches bis 2013 alle erforderlichen Maßnahmen personeller und organisatorischer Art bündelt. Die Umsetzung wird planmäßig fortgesetzt. Die Gesellschaft sieht keinen betriebsbedingten Stellenabbau vor.

Die Gesellschaft verfügt als Steuerungsinstrument zur mittelfristigen Prognose des Unternehmenserfolges über eine Bilanz-, Wirtschafts- und Finanzplanung.

Auf dieser Grundlage können wesentliche Kennzahlen der zukünftigen Unternehmensentwicklung prognostiziert werden. Diese 3-Jahres-Planung wird jährlich überprüft und an veränderte Rahmenbedingungen sowie an die Entwicklungen der Risikofaktoren angepasst.

Die Gesellschaft geht auch für die folgenden Geschäftsjahre von einer weiterhin stabilen Unternehmensentwicklung aus.

3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

3.1 Chancen der künftigen Entwicklung

Die GWG bewirtschaftet ihren Wohnungsbestand im Rahmen ihrer Ertragskraft in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Geschäftsmodell und berücksichtigt dabei soziale, städtebauliche und ökologische Aspekte. Der Bedarf an Investitionen wird auch zukünftig auf hohem Niveau bleiben müssen. Wesentliche Grundlage aller Aktivitäten ist immer die Wirtschaftlichkeit.

Das kommunale und soziale Engagement der Gesellschaft in der Quartiersentwicklung und in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Wohnquartiere. Für die Gesellschaft besteht hier auch in Zukunft eine ihrer Hauptaufgaben, in deren Ergebnis für die Stadt Halle (Saale) eine Sozialrendite im engeren und Stadtrendite im weiteren Sinn erwirtschaftet wird.

Auch in den Folgejahren wird die Energieeffizienz des Gebäudebestandes weiter verbessert. Mit einer nachhaltigen Modernisierung dafür geeigneter Objekte leistet die Gesellschaft einen Beitrag zur weiteren Aufwertung ihres Bestandes und zum Klimaschutz.

Neue Ertragspotenziale ergeben sich aus dem Erwerb von Grundstücken, dem Neubau und der Entwicklung von Immobilien außerhalb des Stadtteils Halle-Neustadt. Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, das Immobilienportfolio schrittweise zu diversifizieren. Die Gesellschaft wird diese Strategie auch in den kommenden Jahren konsequent weiter verfolgen. Das Kerngeschäft bleibt jedoch weiterhin in der Entwicklung und Bewirtschaftung des Immobilienbestandes in Halle-Neustadt.

Zu einer der besonderen Aufgaben der Gesellschaft zählt der Umgang mit älter und in Teilen ärmer werdenden Mietern. Diese wachsende Kundengruppe benötigt eine qualifizierte Betreuung und Begleitung im Alltag. Durch die auch in Zukunft fortzuführende Seniorenbetreuung und den Einsatz von Nachbarschaftshelfern stellt sich die GWG dieser Herausforderung mit dem Ziel, ihre Mieter möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnumfeld zu halten und damit ihre Kundschaft langfristig an sich zu binden.

Die Gesellschaft wird sich zur Umsetzung ihrer Investitionstätigkeit auch weiterhin am Kapitalmarkt refinanzieren und auf konservative Finanzierungsinstrumente zurückgreifen. Insofern Anreize bestehen, zinsgünstige Darlehen bei der KfW zu beantragen, werden auch diese Refinanzierungsmittel genutzt. Alternative und risikobehaftete Formen der Kapitalbeschaffung wird die GWG auch weiterhin nicht nutzen.

3.2 Risiken der künftigen Entwicklung

Die aktuelle bundespolitische Richtung, die Altschuldenhilferegulierung auslaufen zu lassen und die Probleme der ostdeutschen Wohnungswirtschaft bei der Bewältigung des weiteren Stadtumbaus zu ignorieren, stellt auch die GWG vor höhere finanzielle Belastungen bei der Stadtentwicklung. Rückbau und Abriss werden auch in den Folgejahren zu einer Reduzierung des Immobilienbestandes der Gesellschaft in Halle-Neustadt führen. Dieser Umstrukturierungsprozess wird dann allein durch Eigenmittel der Gesellschaft zu leisten sein.

Für die Stadt Halle (Saale) wird auch in Zukunft ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen sein. Im Stadtteil Halle-Neustadt wird ein Rückgang der wohnungsnachfragenden Haushalte zwischen 20 und 30 Prozent prognostiziert. Für die Gesellschaft kann das bedeuten, dass ca. 1.800 Wohnungen durch Abriss und Rückbau bis 2025 vom Markt genommen werden müssen. Zur Vorbereitung dieses Umstrukturierungsprozesses hat die Gesellschaft ein Portfoliosystem installiert, welches die Zukunftsfähigkeit des Bestandes objektkonkret untersucht und daraus Perspektiven aufzeigt.

Die Gesellschaft geht nicht davon aus, dass das bis zum Jahr 2016 befristete Förderprogramm „Stadtumbau-Ost“ in seiner aktuellen Form verlängert wird. Daraus entsteht zusätzlich das Risiko, dass leerstehende Gebäude wegen fehlender Fördermittel nicht kostendeckend oder gar nicht abgerissen werden können.

Die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) hat in den vergangenen Geschäftsjahren zur eigenen Haushaltskonsolidierung insgesamt € 38 Mio. Liquidität aus der Gesellschaft entnommen. Weitere finanzielle Erwartungen der Gesellschafterin in den Folgejahren können nicht ausgeschlossen werden.

Die GWG ist mit ihren Planungs-, Portfolio- und Controllinginstrumenten in der Lage, negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen. Eine enge Vernetzung von Vermietungs- und Investitionsstrategien ermöglicht dabei eine effiziente Risikosteuerung.

4 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 nicht eingetreten.

5 Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht eingesetzt.

Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz	
Anschrift:	Hansering 19 06108 Halle (Saale)	
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	102.259	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 102.259 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens umfasst die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen und ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Dr. Wahlen, Heinrich		
Aufsichtsrat	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
	stellv. Vorsitzender	Zojesky, Hans-Peter	
		David, Dirk	
		Ewert, Gertrud	
		Fritz, Melanie	
		Haupt, Ute	
		Dr. Meerheim, Bodo	
		Rothe, Uwe	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Aufsichtsrat

Sänger, Frank
 Sommer, Manfred
 Sprung, Michael
 Wildgrube, Martina (bis 31.12.2012)

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	25	28	26

c) Beteiligungen

unmittelbar

	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	50	50,00
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	10	99,90

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	483.906	89	475.090	89	466.507	90	8.816	2
Umlaufvermögen	46.211	9	47.570	9	48.281	9	-1.359	-3
Rechnungsabgrenzungsposten	10.689	2	8.812	2	6.646	1	1.877	21

Bilanzsumme

540.806	100	531.472	100	521.434	100	9.334	2
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	250.720	46	241.948	46	242.638	46	8.772	4
Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	12.569	2	12.911	2	13.253	3	-342	-3
Rückstellungen	3.500	1	3.287	1	4.082	1	213	6
Verbindlichkeiten	273.644	51	273.326	51	261.460	50	318	0
Rechnungsabgrenzungsposten	373	0	0	0	1	0	373	

Bilanzsumme

540.806	100	531.472	100	521.434	100	9.334	2
----------------	------------	----------------	------------	----------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	78.285	78.251	78.125
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.097	-1.261	-685
andere aktivierte Eigenleistungen	2.625	2.675	2.043
sonstige betriebliche Erträge	3.662	4.174	4.424
Aufwand für Hausbewirtschaftung, Verkaufsgrundstücke und andere Lieferungen und Leistungen	35.423	35.402	34.607
Personalaufwand	11.546	11.250	10.690
Abschreibungen	8.821	9.613	9.387
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.166	9.297	9.245
Erträge aus Beteiligungen	97	97	74
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	256	375	276
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.836	11.054	10.901
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11.230	7.695	9.427
außerordentliche Erträge	12.384	2.622	3.990
außerordentliche Aufwendungen	14.646	3.770	4.355
außerordentliches Ergebnis	-2.262	-1.148	-365
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	191	-68	-171
sonstige Steuern	5	5	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	8.772	6.610	9.227
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	7.038	1.089	85
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	877	661	923
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	14.933	7.038	8.389

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	11,20	8,45	11,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,72	2,81	3,94	%
Cash-Flow:	17.592	16.223	18.614	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	381	378	385	T€
Personalaufwandsquote:	13,48	13,42	12,74	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	89,24	89,38	89,45	%
Eigenkapitalquote:	46,36	45,52	46,53	%
Fremdkapitalquote:	53,64	54,48	53,47	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Wohneinheiten	16.319,00	16.536,00	17.150,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten	10,75	12,27	15,60	%
Wohneinheiten Leasingbestand	2.244,00	2.244,00	2.244,00	Einheiten
Leerstand Wohneinheiten Leasingbestand	2,05	1,83	2,50	%
Gewerbeeinheiten	283,00	290,00	298,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten	16,61	18,28	19,13	%
Gewerbeeinheiten Leasingbestand	16,00	16,00	15,00	Einheiten
Leerstand Gewerbeeinheiten Leasingbestand	0,00	0,00	0,00	%

e) Lagebericht**1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Rahmenbedingungen****1.1. Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung**

Während die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2010 und 2011 einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung mit kräftigen Wachstumsraten erlebte, trübten sich die Konjunkturaussichten im Jahr 2012 zunehmend ein. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nur leicht um 0,7 %. Insbesondere die sich zuspitzende Eurokrise sowie die abgeschwächte Dynamik der Weltwirtschaft führten zu dieser schwächeren konjunkturellen Entwicklung.

Dennoch waren die Auswirkungen der positiven Entwicklungen aus den Vorjahren auch im Jahr 2012 spürbar. Im gesamtwirtschaftlichen Umfeld hat sich der deutsche Arbeitsmarkt als robust erwiesen und bei Betrachtung der Zahl der Erwerbstätigen und Erwerbslosen insgesamt positiv entwickelt. In 2012 waren in Deutschland soviel Menschen erwerbstätig wie nie zuvor. Die Erwerbslosigkeit befand sich auf dem niedrigsten Stand seit 1991.

Vor dem Hintergrund dieser Beschäftigungszunahme, einer moderaten Preisentwicklung und steigenden Löhnen sind auch die real verfügbaren Einkommen gestiegen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nahmen in 2012 um ca. 2,3 % zu. Die Verbraucherpreise sind im Jahresdurchschnitt gegenüber 2011 um ca. 2 % gestiegen.

Die Wohn- und Wohnnebenkosten spielen für die privaten Haushalte in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, immerhin machen diese bei deren Ausgaben mit im Durchschnitt gut 30 % den größten Anteil aus. Dieser Teilindex des Verbraucherpreisindex erhöhte sich in 2012 um 2,3 %.

Trotz teilweise spürbar veränderter Lage auf den Wohnungs- und Immobilienmärkten vieler Städte geht dabei die Schere zwischen den Wohnkosten und den Wohnnebenkosten weiterhin deutlich auseinander.

Während zu Beginn des 21. Jahrhunderts größere Mietpreissteigerungen noch eher eine Ausnahme darstellten bzw. sich auf stark begrenzte Wohnungsteilmärkte in Großstädten beschränkten, zeichnen sich jetzt bei einer zunehmenden Zahl von Städten steigende Mietentwicklungstendenzen ab.

Dennoch haben sich die Nettokaltmieten im gesamtdeutschen Durchschnitt mit einem Anstieg von 1,2 % insgesamt nur unterdurchschnittlich entwickelt. Die Kosten für die Haushaltsenergie haben hingegen erneut deutlich mit 5,6 % zugelegt, die Preise für Umlagen der Zentralheizung und der Fernwärme sogar um 9,4 %.

Diese Entwicklung der Energiekosten dynamisiert die Wohnkosten. Eine Begrenzung der Energiekosten durch eine höhere Energieeffizienz von Gebäuden, eine verbesserte Anlagensteuerung und eine Diversifizierung von Energieträgern und von Versorgern wird in den nächsten Jahren deshalb eine zentrale Aufgabe der Immobilienwirtschaft bleiben.

Unabhängig davon wird eine umfassende energetische Qualifizierung des Wohnungsbestandes auch zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels erforderlich sein. Auf Gebäude entfallen 40 % der Heizenergie und 30 % der CO₂-Emission. Entsprechende politische Bestrebungen sind weiterhin vorhanden (Novellierung der Energieeinsparverordnung).

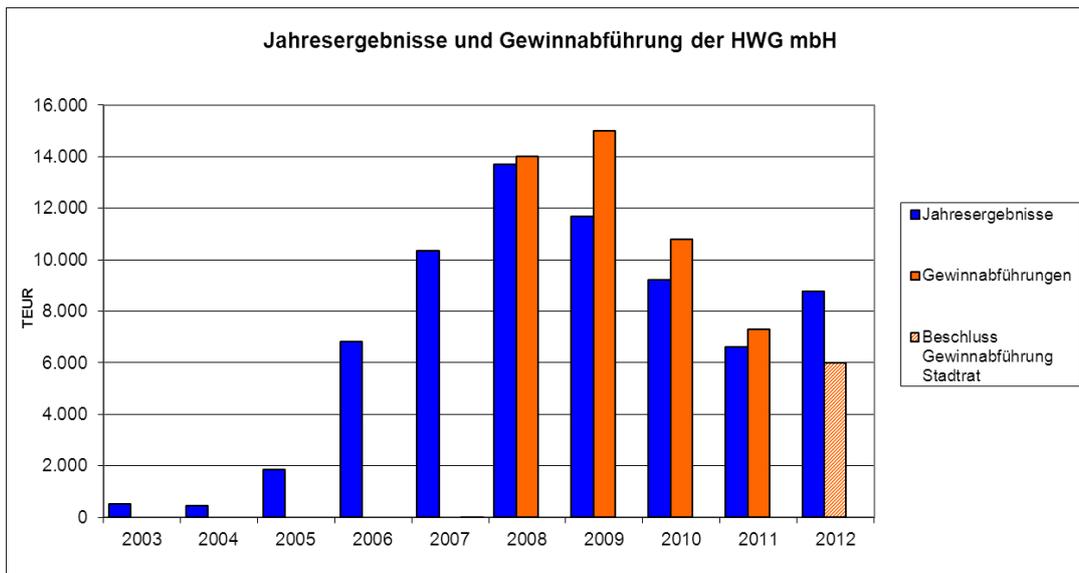
Am Jahresende lebten nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes etwa 82 Millionen Personen in Deutschland.

In der Stadt Halle sind die Einwohnerzahlen im Jahr 2012 erneut um ca. 0,4 % angestiegen. Damit kann bereits im dritten Jahr in Folge ein leichter Bevölkerungszuwachs in der Saale-Stadt verzeichnet werden. Die Ursache für diese aktuelle Tendenz liegt jedoch nicht in einem veränderten demografischen Wandel hinsichtlich der Geburten- und Sterbefallentwicklung und hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung. Vielmehr wird der aktuelle Trend von einem positiven Wanderungssaldo und von einem weiteren Zuwachs von Studierenden in der Stadt Halle getragen. Die Altersstruktur der Bevölkerung in der Stadt Halle hat sich dabei dahingehend verschoben, dass insbesondere in den Altersgruppen bis 18 Jahre und über 45 Jahre ein Zuwachs zu verzeichnen ist.

1.2. Situation und Rahmenbedingungen der HWG mbH

Die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) hat sich in den letzten Jahren im Hinblick auf ihre Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation positiv entwickelt.

Dies zeigen die seit zehn Jahren in Folge positiven Jahresergebnisse sowie das Wachstum von Vermögen und Bilanzsumme. In 2012 erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 8.772.



Einem Beschluss des Stadtrates vom 21. November 2012 zufolge sind weitere EUR 6.000.000,00 aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2011 an die Gesellschafterin auszuschütten. Der Gesellschafterbeschluss zur Gewinnverwendung datiert auf den 31. Mai 2013.

Seit 2008 führt die HWG mbH ihre Gewinne im Wesentlichen als Vollausschüttung an ihre alleinige Gesellschafterin, die Stadt Halle (Saale), ab. Im Zeitraum von 2008 bis 2011 wurden der Gesellschafterin insgesamt EUR 47,1 Mio. ausgeschüttet. Dieser Liquiditätsentzug hat die Entwicklung der Gesellschaft verzögert. Die einseitige Gewinnverwendung zur Sanierung des städtischen Haushalts hat die Beiträge der Gesellschaft zum Stadtumbau verkürzt. Die Gesellschaft hat dennoch die Leistungen im Bereich der laufenden Instandhaltung auf einem nachhaltigen Niveau gehalten und auch angemessene Bauinvestitionsprogramme realisieren können.

Es ist davon auszugehen, dass die Gesellschafterin für den im Berichtsjahr erwirtschafteten Gewinn zumindest eine Teilausschüttung erwartet.

Wie bei allen Märkten verändern sich auch stetig die Rahmenbedingungen des Immobiliemarktes, in welchem die Gesellschaft tätig ist. Die Gesellschaft hat deshalb bereits in den vergangenen Jahren ihre Verwaltungsstrukturen angepasst und den Mieterservice weiterentwickelt. Die daraus resultierenden positiven Veränderungen zeigen sich auch im Ergebnis und der Entwicklung der leistungswirtschaftlichen Kennziffern des Jahres 2012.

Bei den Veränderungen am Halleschen Immobilienmarkt zeigen sich zunehmend Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Stadtteilen. Die Folgen der demografischen Entwicklung sind insbesondere in den Stadtrandlagen spürbar. Hier hat sich die Gesellschaft bereits in der Vergangenheit sukzessive von Beständen getrennt. Innenstadtnahe Stadtteile weisen hingegen eine gleichbleibende bis positive Bevölkerungsentwicklung auf. Hier hat die Gesellschaft investiert. Die Gesellschaft profitiert von dieser Differenzierung. Die Lagevorteile ihres Portfolios und dessen weitere Sanierung stabilisieren ihre Marktposition.

Durch Zukäufe in den innenstadtnahen Wohngebieten und im Stadtkern wurde das Portfolio der Gesellschaft weiter qualifiziert und die Marktposition verbessert. Bei der Portfolioerweiterung wurde durch die Gesellschaft in 2012 erstmals die Zusammenarbeit mit einem Co-Investor und damit die Mobilisierung von privatem Kapital realisiert. Für den Erwerb, die Entwicklung und Bautätigkeit sowie die anschließende Bewirtschaftung eines Areals im Paulusviertel wurde in 2012 gemeinsam mit der GP Papenburg Hochbau GmbH die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH gegründet, an der die Gesellschaft zu 50 % beteiligt ist. Der Erwerbsvorgang wurde bereits abgeschlossen. Das Bauantragsverfahren für Sanierung und Neubau läuft zum Berichtszeitpunkt noch.

Mit der Umsetzung dieses Projektes wird die HWG mbH über ihre Tochtergesellschaft HGWS erstmals seit geraumer Zeit wieder ein Neubaufvorhaben realisieren.

2. Konsolidierungskreis

Mutterunternehmen des Konzerns ist die Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG mbH) mit Sitz und Tätigkeitsgebiet in Halle (Saale).

In den Konzernabschluss sind das Mutterunternehmen und die Tochterunternehmen HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG, Pullach i. Isartal (HWG KG) und – seit 2012 – die Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH (HGWS) einbezogen.

Stammkapital und Beteiligungsverhältnisse werden wie folgt gehalten:

Gesellschaft	Gesellschafter	Anteile	Stammkapital
HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	Stadt Halle (Saale)	100 %	EUR 102.259.000
HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG	Komplementär:		
	Karlo Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Pullach i. Isartal		
	Kommanditisten:		
	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	99,9 %	EUR 9.990
Hallesche Gesellschaft für Wohnen und Stadtentwicklung mbH	MALIMA Beteiligungs GmbH, Pullach i. Isartal	0,05 %	EUR 5
	Christian Zeigermann	0,05 %	EUR 5
	HWG Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	50 %	EUR 50.000
	GP Papenburg Hochbau GmbH	50 %	EUR 50.000

Unternehmensgegenstand der HWG KG ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verwertung der von der HWG mbH im Jahre 2008 durch ein Sale-and-Lease-Back-Geschäft an die Tochtergesellschaft veräußerten Bestände.

Die HWG KG hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Die HWG KG verfügt über keine eigenen Mitarbeiter. Die Bewirtschaftung der Bestände erfolgt durch Mitarbeiter der Muttergesellschaft, der auch das Ergebnis zufließt.

Unternehmensgegenstand der HGWS ist die Sicherung des Wohnungsbestandes in der Stadt Halle (Saale) durch den Erwerb, die Sanierung, den Neubau und die Bewirtschaftung von hochwertigen, überwiegend für Wohnzwecke geeigneten Immobilien, insbesondere aus dem Veräußerungsbestand des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale).

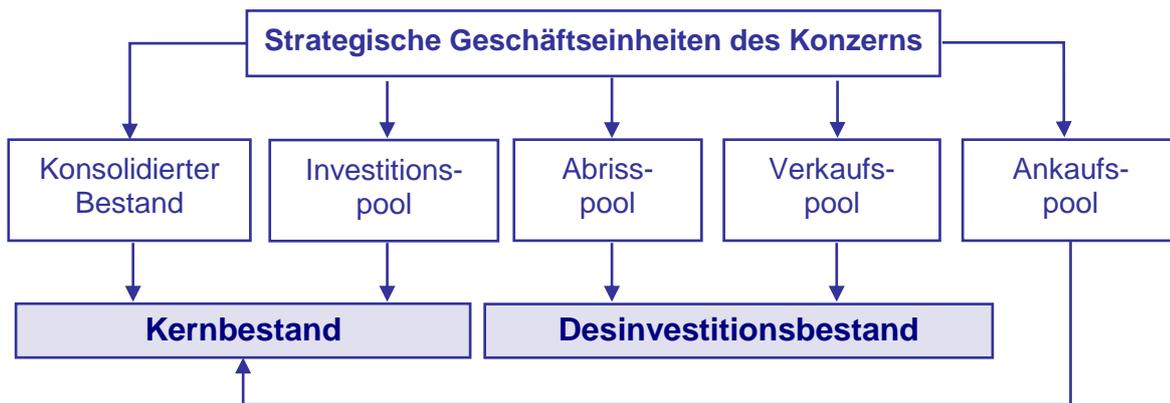
Die HGWS hält die zu verwaltenden Bestände bilanziell in ihrem Anlagevermögen. Sie verfügt bis auf zwei Geschäftsführer über keine eigenen Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2013 soll ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Muttergesellschaft geschlossen werden.

3. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2012 haben die HWG mbH und der Konzern erneut ein positives Ergebnis erwirtschaftet. In der Hausbewirtschaftung wurden die Leistungsziele erreicht. Die Jahresbauprogramme wurden in einem für die Gesellschaft zufriedenstellendem Umfang realisiert.

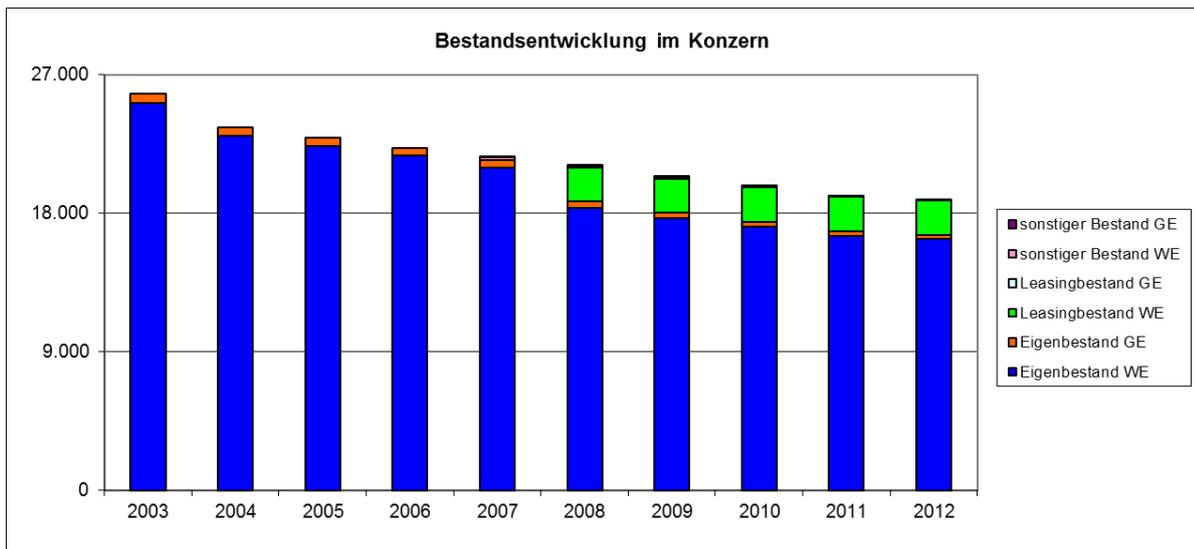
3.1. Strategische Ausrichtung

Die Gliederung des Portfolios des Mutterunternehmens in Kern- und Desinvestitionsbestand wird wie in den Vorjahren aufgrund aktueller Marktkennntnisse, Rahmenbedingungen und strategischer Planungsszenarien laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst.

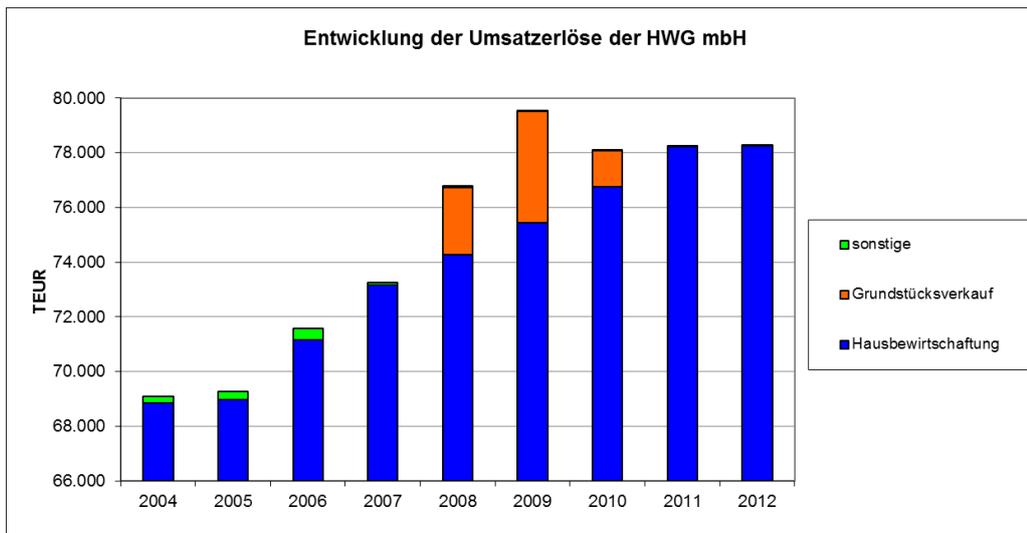


3.2. Hausbewirtschaftung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der im Konzern bewirtschaftete eigene Bestand und Leasingbestand nachfrage- und nachhaltigkeitsorientiert durch Rückbau, Verkäufe und Sanierungen um weitere 224 Wohn- und Gewerbeeinheiten angepasst. Zum 31. Dezember 2012 verfügt der Konzern über 18.563 Wohneinheiten (VJ 18.780) und 299 Gewerbeeinheiten (VJ 306).



Die Umsatzerlöse der Hausbewirtschaftung entwickeln sich seit Jahren trotz abnehmender Bestände mit steigender Tendenz. Insbesondere die Umsatzerlöse aus Mieten sind mit TEUR 1.208 im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen. Dagegen fielen die Umsätze aus Betriebskostenumlagen wegen geringerer Aufwendungen im Vorjahr um TEUR 1.179 geringer aus, so dass die Erhöhung im Geschäftsjahr im Vorjahresvergleich nur TEUR 23 betrug.



Die Hausbewirtschaftung bildet das Kerngeschäft der Muttergesellschaft HWG mbH. Sie ist organisatorisch der Haupt- bzw. Primärprozess. Alle anderen Prozesse sind als Unterstützungs- bzw. Sekundärprozesse zur Verbesserung der Hausbewirtschaftung zu betrachten.

Schwerpunkt der Hausbewirtschaftung ist die Vermietung und Verwaltung der Wohnungen im eigenen Bestand sowie in den Leasingbeständen.

Für eine Fortschreibung dieser Entwicklungstendenzen ist es erforderlich, die Potentiale des Portfolios stetig mit den aktuellen und künftigen Nachfragebedingungen auf dem Markt in Übereinstimmung zu bringen. Hierfür wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren ihren Immobilienbestand weiterhin nachfrageinduziert und nachhaltigkeitsorientiert qualifizieren. Die Bestandsbewirtschaftung wird zunehmend neben wirtschaftlichen und technischen Aufgaben auch die Verstärkung der Sozialkompetenz und tätige Daseinsvorsorge umfassen. Aber auch die Gestaltung von sogenannten „lebensgerechten Wohnformen“ und das „Themenwohnen“ gewinnen immer mehr an Bedeutung. Aufgrund des demografischen Wandels spielt dabei das altersfreundliche Wohnen eine immer größere Rolle.

Etwa 30 % der Umsatzerlöse entfallen auf Betriebskosten. Aus der dynamischen Entwicklung der Energiepreise in den letzten Jahren lässt sich ableiten, dass auch zukünftig weiter mit einer steigenden Tendenz zu rechnen ist. Eine stetige Verstärkung der Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten ist unumgänglich. Mit Sanierungsmaßnahmen, die auch Investitionen zur Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäude und technischer Anlagen beinhalten, steuert die Gesellschaft bereits seit mehreren Jahren der Kostenentwicklung gegen. Die im Jahr 2011 begonnene energetische Ertüchtigung von Plattenbaubeständen hat die Gesellschaft in 2012 fortgeführt.

Der Gebäudebestand im Konzern setzte sich zum Stichtag zu 73 % (VJ 73 %) aus industriell und zu 27 % (VJ 27 %) aus konventionell gefertigten Objekten zusammen.

Der Anteil der sanierten und teilsanierten Wohnungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozentpunkte auf 68 % (VJ 65 %) erhöht.

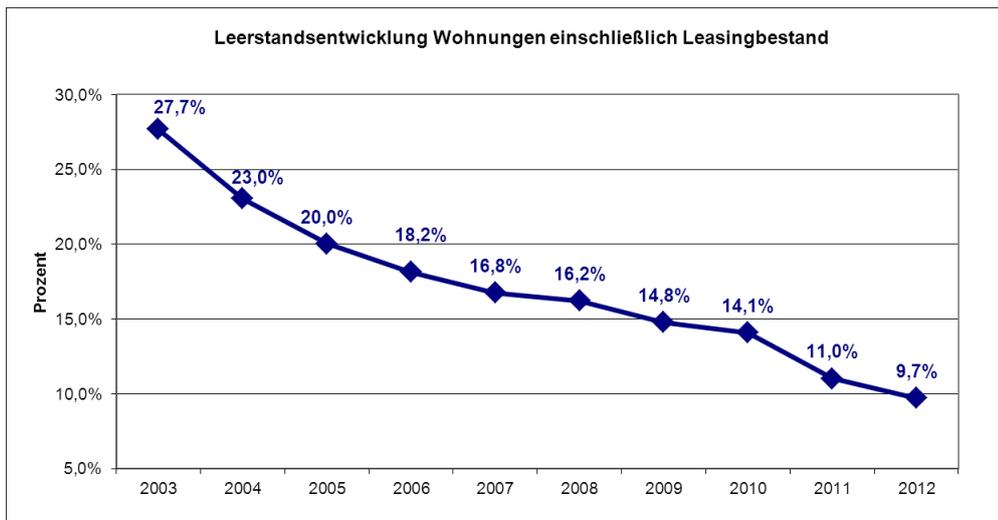
Sanierte Bestände sind unverändert marktgängig und stark nachgefragt. Die im Jahresbauprogramm 2012 fertig gestellten und während der Sanierung leer stehenden Investitionsobjekte sind nach ihrer Fertigstellung fast ausnahmslos vollständig vermietet.

Im sanierten Bestand wird auch für die Zukunft von einer stabilen Marktposition und nur geringem, ausschließlich fluktuationsbedingtem Leerstand ausgegangen.

Der Anteil neu begründeter Mietverhältnisse überstieg in 2012 mit 102 % (VJ 103 %) erneut die Anzahl der beendeten Mietverhältnisse. Dies bewirkte wiederholt einen erheblichen Leerstandsabbau. Die Leerstandsquote liegt mit 9,7 % (VJ 11,0 %) erstmals seit 1996 unter 10 % und erneut deutlich unter dem Marktdurchschnitt in der Stadt Halle.

Die Fluktuationsrate im Berichtszeitraum entsprach mit 14 % dem Vorjahresniveau.

Die leerstandsbedingte Erlösschmälerung lag im Berichtsjahr bei 9,1 % (VJ 10,8 %).



Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr mehr als 150 Mietverhältnisse zur Vorbereitung und Steuerung von Investitions- und Abrissmaßnahmen gezielt beendet. Ein Großteil der Mieter ist nach dem Umzug in den Beständen der Gesellschaft verblieben.

Leerstand senkend wirkte sich auch der Abgang von Beständen wegen bevorstehendem Abriss aus.

Die Gesellschaft plant einen weiteren Leerstandsabbau. Hierfür sind auch für 2013 und die Folgejahre zielgruppengerechte Investitionen und der Rückbau von dauerhaft nicht mehr benötigten Immobilien sowie gezielte Vermietungsstrategien als Leerstand senkende Maßnahmen vorgesehen.

Die Sollmieten haben sich positiv entwickelt. Die durchschnittlichen Sollmieten für Wohnungen betragen im Berichtsjahr 4,66 EUR/m² (VJ 4,57 EUR/m²). Damit wurde die seit Jahren kontinuierlich steigende Tendenz fortgeführt. Hier zeigen sich die Effekte der Produktverbesserung und der Portfoliobereinigung, aber auch die konsequente Orientierung an positiven Teilmakentwicklungen.



3.3. Stadtbau und Stadtentwicklung

Investition

Die HWG mbH hat im Geschäftsjahr 2012 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von TEUR 16.405 (VJ TEUR 18.919) realisiert. Im Rahmen der Bautätigkeit wurde die Sanierung von mehr als 650 Wohnungen in Quartieren in der Altstadt, in der Nördlichen Innenstadt, in der Südstadt sowie in Heide-Nord abgeschlossen, davon etwa die Hälfte in bewohnten Gebäuden.

Die Schwerpunkte lagen dabei in der Komplettsanierung von Blockbauten sowie in der energetischen Ertüchtigung von Plattenbaubeständen. Erstmals wurde auch eine Anlage zur Gewinnung regenerativer Energie bei einem Investitionsprojekt installiert.

Besonders erwähnenswert ist die Fertigstellung des Wilhelm-Friedemann-Bach-Hauses (Große Klausstraße 12), einem historisch wertvollen Denkmal, welches im Rahmen der Händelfestspiele den neuen Nutzern übergeben wurde.

Zur Sicherung und zum Ausbau der Marktposition der Gesellschaft ist weiterhin eine nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung des Portfolios durch Modernisierung und Sanierung von Beständen erforderlich. Diese Investitionstätigkeit bildet eine wesentliche Grundlage für die Stabilisierung des Kerngeschäftes, die Hausbewirtschaftung.

Aufgrund der aktuellen und der künftig zu erwartenden Marktlage mit nach wie vor bestehenden Angebotsüberhängen und verstärktem Konkurrenzdruck muss sich die Gesellschaft deutlich von den anderen Marktteilnehmern abheben. Einer nachfrageinduzierten und energetisch innovativen Aufwertung der Bestände kommt deshalb immer mehr Bedeutung zu.

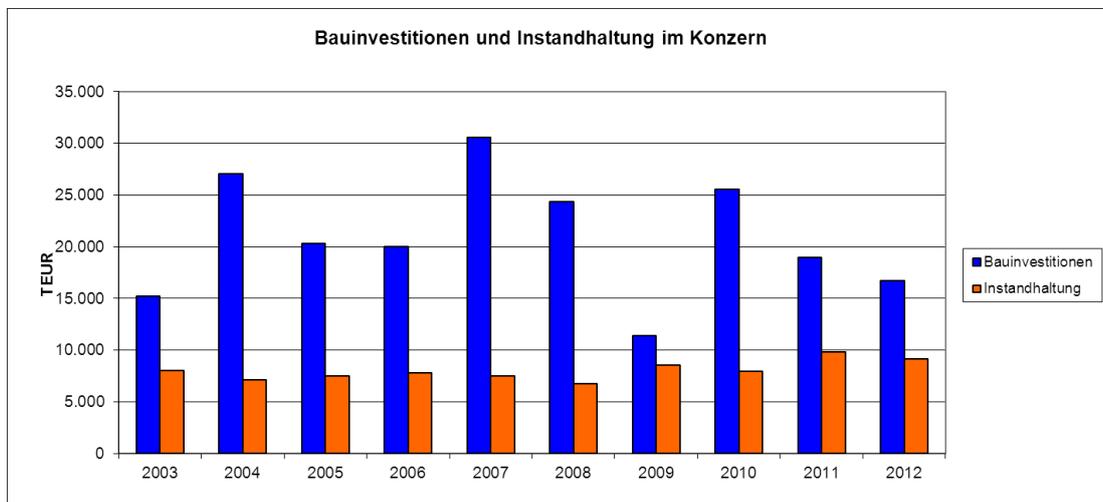
Die bereits im Jahr 2011 eingeführten Prozessveränderungen bei der Investitionstätigkeit durch eine stärkere Einbeziehung der verwaltenden Bereiche in den Investitionsprozess und eine neu strukturierte Planungsphase tragen hierzu erheblich bei. Zudem konnte dadurch die Planungsqualität deutlich gesteigert werden. In der Folge wird im Jahr 2013 ein höheres Investitionsvolumen umgesetzt werden können.

Im Geschäftsjahr 2013 wird das Bauinvestitionsprogramm auf fast 28 Mio. Euro ausgebaut werden. Bauinvestitionen in Plattenbauten im Stadtkern und in Alt- und Blockbauten in innenstadtnahen Stadtteilen sowie die energetische Ertüchtigung von Plattenbauten in Heide-Nord bilden den Schwerpunkt.

Parallel dazu wird die HWG mbH im Jahr 2013 unterstützt durch die Stadt Halle einen Ideen- und Realisierungswettbewerb für eine Neubebauung am Riebeckplatz durchführen.

Die Installation der vom Landesgesetzgeber geforderten Rauchwarnmelder wird im Jahr 2013 fortgesetzt.

Neben der Bautätigkeit der HWG mbH plant die HGWS Mitte 2013 mit dem Sanierungs- und Neubauvorhaben im Paulusviertel zu beginnen.



Für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen hat die Muttergesellschaft HWG mbH für die eigenen und die Leasingbestände im Berichtsjahr TEUR 9.117 (VJ TEUR 9.796) aufgewendet. Je m² Wohn- und Gewerbefläche entspricht dies EUR 8,47 (VJ 9,00 EUR/m²). Die Schwerpunkte des Instandhaltungs- und Instandsetzungsprogramms lagen in systematischen Instandsetzungen und Instandhaltungen mit dem Ziel der Mieterbindung und Mietergewinnung sowie der Qualitätssicherung des Bestandes.

Für 2013 plant die Gesellschaft erneut neben den Bauinvestitionen umfangreiche Instandhaltungen und Instandsetzungen auf gleichbleibend hohem Niveau in die Konzernbestände.

Rückbau

Im Geschäftsjahr 2012 wurde der Komplettrückbau des Hochhauses Riebeckplatz 6 mit 129 Wohnungen abgeschlossen. Weitere 120 Wohnungen wurden in deckungsbeitragsschwachen Objekten im Quartier Robinienweg, im Stadtteil Silberhöhe/Ammendorf, einem von Bevölkerungsrückgang besonders betroffenem Stadtteil, zurück gebaut. Beide Abrissmaßnahmen waren fördermittelgestützt.

Bis Ende 2012 hat die Gesellschaft im Rahmen des Stadtumbaus bisher insgesamt 3.851 (VJ 3.601) Wohnungen vom Markt genommen.

Für das Geschäftsjahr 2013 plant die Gesellschaft einen weiteren Rückbau von Wohnungen. Dieser umfasst im Wesentlichen das komplette Quartier in der Murmansker Straße sowie einen Wohnblock im Stadtteil Heide-Nord. Die Wegnahme dieser unsanierten Objekte ist ein weiterer Beitrag zur Marktberreinigung und zum Stadtumbau. Beide Standorte sind im integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle als Umstrukturierungsbereiche ausgewiesen. Zur Umsetzung der Rückbauplanung werden Fördermittel zum Stadtumbau Ost genutzt.

Grundstücksverkehr

Im Geschäftsjahr hatte der Verkauf eine untergeordnete Bedeutung. Es wurden 4 Grundstücksverkaufsverträge über 3 Grundstücke mit Wohngebäuden sowie über eine unbebaute Teilfläche abgeschlossen. Verkauft wurden unrentable und nicht zur Sanierung vorgesehene Objekte zur Portfoliobereinigung.

Zur Stärkung des Residualportfolios wurden durch die HWG mbH Kaufverträge über vier Grundstücke abgeschlossen. Im Wesentlichen handelte es sich hierbei um Ankäufe zur Arrondierung von Quartieren im Kernbestand der Gesellschaft.

Zu diesen Ankäufen gehört auch das direkt an den Verwaltungsbau der Gesellschaft angrenzende gewerblich genutzte Objekt mit einem Neubau aus den Jahren 1997/1998 (Hansering 20). Hauptnutzer ist ein Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche. Darüber hinaus wurden ein saniertes Wohngebäude in dem Stadtteil Ortslage Trotha sowie eine Entwicklungsfläche in der Nördlichen Innenstadt erworben.

Durch das Tochterunternehmen, die HGWS, wurde im Geschäftsjahr der Kaufvertrag über ein Areal im Paulusviertel (Willy-Lohmann-Straße 7/Schleiermacher Straße 10/11) notariert. Hier soll bereits im Jahr 2013 mit der Sanierung und der Errichtung eines Neubaus begonnen werden.

4. Wirtschaftliche Lage des Konzerns

4.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage des Konzerns stellt sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen	554.852	92,4	547.592	92,0
Vorräte	24.598	4,1	23.489	3,9
Kurzfristige Forderungen	5.448	0,9	7.614	1,4
Flüssige Mittel (VJ einschließlich Wertpapiere*)	14.126	2,4	14.977	2,5
Übrige Aktiva (RAP)	1.305	0,2	1.400	0,2
Gesamtvermögen	600.329	100,0	595.072	100,0
	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital*	249.947	41,6	243.724	41,0
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	303.733	50,6	305.874	51,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	46.649	7,8	45.474	7,6
Gesamtkapital	600.329	100,0	595.072	100,0

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Vermögenslage der HWG mbH als Muttergesellschaft stellt sich zum 31. Dezember 2012 wie folgt dar:

	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Vermögen				
Anlagevermögen	483.906	89,5	475.090	89,4
Langfristige Forderungen	2.161	0,4	1.502	0,3
Vorräte	24.598	4,5	23.489	4,4
Kurzfristige Forderungen (VJ einschließlich Wertpapiere)	5.433	1,0	7.602	1,4
Flüssige Mittel -	14.019	2,6	14.977	2,8
Übrige Aktiva (RAP)	10.689	2,0	8.812	1,7
Gesamtvermögen	540.806	100,0	531.472	100,0
	31.12.2012		31.12.2011	
	TEUR	%	TEUR	%
Kapital				
Wirtschaftliches Eigenkapital*	263.289	48,7	254.859	48,0
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	233.067	43,1	233.161	43,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	44.450	8,2	43.452	8,1
Gesamtkapital	540.806	100,0	531.472	100,0

* Wirtschaftliches Eigenkapital = Eigenkapital + Sonderposten

Die Konzern-Bilanzsumme hat sich zum Vorjahr um TEUR 5.257 erhöht und beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 600.329. Die Eigenkapitalquote des Konzerns (einschließlich Sonderposten) hat sich im Geschäftsjahr 2012 geringfügig erhöht. Sie beträgt zum 31. Dezember 2012 41,6 % (VJ 41,0 %).

Die Bilanzsumme des Jahresabschlusses hat sich um TEUR 9.334 erhöht und beträgt zum 31. Dezember 2012 TEUR 540.806. Die Eigenkapitalquote im Jahresabschluss (einschließlich Sonderposten) hat sich zum Bilanzstichtag ebenfalls geringfügig um 0,7 %-Punkte auf 48,7 % (VJ 48,0 %) erhöht.

Die Vermögenslage im Jahres- und Konzernabschluss ist durch den hohen Anteil des Anlagevermögens gekennzeichnet. Das Anlagevermögen im Jahres- und Konzernabschluss hat sich im Berichtsjahr im Saldo aus Ankäufen und Bauinvestitionen, Verkäufen, Rückbaumaßnahmen, planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen insgesamt um TEUR 8.816 (VJ TEUR 8.583) auf TEUR 483.906 (HWG mbH) bzw. um TEUR 7.260 (VJ TEUR 6.697) auf TEUR 554.852 (Konzern) erhöht.

Der Kernbestand wurde im Berichtszeitraum nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Grundstücke, bei denen ein Verkauf im Folgejahr vorgesehen ist, sind auf den erwarteten Verkaufserlös abgeschrieben worden. Rückbauobjekte wurden entsprechend ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben. Der Bodenwert der rückgebauten Grundstücke wird nach dem physisch abgeschlossenen Rückbau entsprechend einer festgelegten Nachnutzungskonzeption geprüft und gegebenenfalls abgewertet. Im gesamten Portfolio – unabhängig von der Einordnung in Kern- oder Desinvestitionsbestand – erfolgte im Geschäftsjahr 2012 ein Abgleich der bilanzierten Bodenwerte mit der Entwicklung der amtlichen Bodenrichtwerte.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen von insgesamt TEUR 14.646 (VJ TEUR 3.770) auf Wohn- und Geschäftsbauten sowie auf Grundstücke gemäß § 253 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag wie folgt vorgenommen:

	31.12.2012 TEUR	31.12.2011 TEUR
zum Rückbau vorgesehene Gebäude	1.331	1.599
nach dem Ertragswertverfahren	2.359	1.441
nach Rückbau	1.950	514
Prüfung Bodenrichtwert	8.983	
zum Verkauf vorgesehene Grundstücke und Gebäude	23	216
Gesamt	14.646	3.770

Demgegenüber erfolgten im Geschäftsjahr insgesamt Zuschreibungen auf Kernbestandsobjekte in Höhe von TEUR 12.384 (VJ TEUR 2.331). Insgesamt ist das Ergebnis des Geschäftsjahres in Folge dieser außerplanmäßigen Zu- und Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.262 (VJ TEUR 1.439) negativ beeinflusst.

Ursächlich für die Zunahme der Bilanzsumme auf der Passivseite war im Geschäftsjahr 2012 im Wesentlichen die Zunahme des Eigenkapitals um TEUR 6.223 auf TEUR 249.947 (Konzern) bzw. um TEUR 8.430 auf TEUR 263.289 (HWG mbH). Maßgeblich hierfür ist der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2012. Aufgrund der noch nicht erfolgten Beschlussfassung über die Verwendung des Vorjahresergebnisses erfolgten im Geschäftsjahr 2012 keine Ausschüttungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im Geschäftsjahr nur um TEUR 371 (VJ TEUR 11.938) auf TEUR 244.213 (HWG mbH). Im Konzern sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 1.648 auf TEUR 316.926.

4.2. Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	18.160	18.335	-175
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-19.589	-19.699	110
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	579	177	402
Zahlungswirksame Veränderungen	-850	-1.187	337
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	14.977	16.164	-1.187
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	14.126	14.977	-850

Im Jahresabschluss der HWG mbH zeigt sich folgendes Bild:

	2012 TEUR	2011 TEUR	Veränderung TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	16.017	16.396	-379
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18.373	-19.699	1.326
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.398	2.116	-717
Zahlungswirksame Veränderungen	-957	-1.187	230
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	14.977	16.164	-1.187
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	14.019	14.977	-957

Der Finanzmittelbestand beträgt am 31. Dezember 2012 TEUR 14.019 (VJ TEUR 14.977).

Der **Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich um TEUR 175 auf TEUR 18.160 verringert. Maßgeblich auf die Entwicklung des Cash Flows aus laufender Geschäftstätigkeit im Konzernabschluss wirkten sich der zum 31. Dezember 2012 um TEUR 2.482 höhere Konzernjahresüberschuss und der um TEUR 1.557 geringere Bestand an Verbindlichkeiten aus der laufenden Geschäftstätigkeit aus. Dagegen beeinflusste die Abnahme des Forderungsbestandes um TEUR 1.170 den Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit positiv. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit im Jahresabschluss beträgt TEUR 16.017 und hat sich damit aus vorgenannten Gründen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 379 verringert.

Der **Cash Flow aus der Investitionstätigkeit** im Konzernabschluss hat sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2011 um TEUR 110 auf TEUR -19.589 verbessert. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Verringerung der Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen um TEUR 1.547 auf TEUR -20.304.

Der **Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit** im Konzernabschluss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 402 auf TEUR 579. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus einer Abnahme der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (TEUR 12.046, VJ TEUR 22.646) und der noch nicht erfolgten Auszahlung an die Gesellschafterin (TEUR 0, VJ TEUR 7.300). Die Auszahlungen für die Sondertilgung von Krediten haben sich verringert und verbesserten somit den Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit.

Die Liquidität und die Effektivverschuldung des Konzerns stellen sich wie folgt dar:

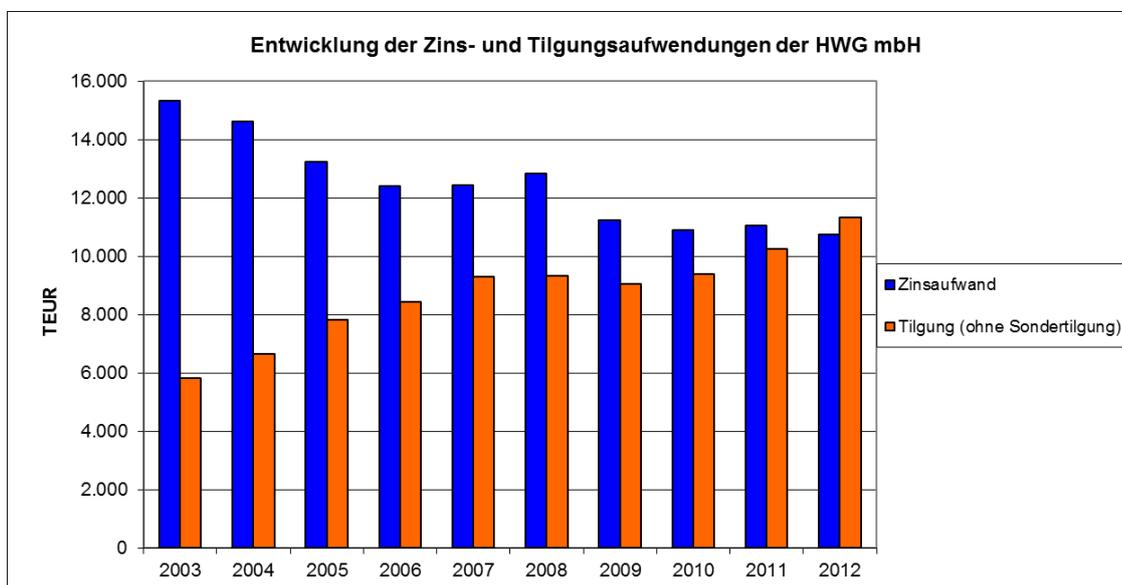
	31.12.2012	31.12.2011
Liquidität 1. Grades	30,3 %	32,9 %
Liquidität 2. Grades	42,0 %	49,7 %
Effektivverschuldung in TEUR	329.503	327.357

Im Jahresabschluss ergibt sich folgendes Bild:

	31.12.2012	31.12.2011
Liquidität 1. Grades	31,5 %	34,5 %
Liquidität 2. Grades	43,8 %	52,0 %
Effektivverschuldung in TEUR	245.215	243.719

Der Darlehensbestand der HWG mbH gegenüber Kreditinstituten betrug TEUR 243.878 (VJ TEUR 243.667). Die Gesellschaft arbeitet mit 12 Kreditpartnern – darunter mit vier Landesbanken sowie der Investitionsbank Sachsen-Anhalt und regionalen Kreditinstituten – zusammen. Wo immer möglich, finden die KfW-Förderprogramme Anwendung. Gegenüber der Gesellschafterin bestehen Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 13 (VJ TEUR 161).

Die Erhöhung der Kreditverbindlichkeiten bewirkte lediglich eine Zunahme der Tilgungsaufwendungen. Die Zinsaufwendungen konnten durch gezieltes Darlehensmanagement trotz Anstieg der Verbindlichkeiten seit 2010 auf konstantem Niveau gehalten werden. Die planmäßigen Tilgungsaufwendungen übersteigen die planmäßige Abschreibung des Anlagevermögens.



Für die von der HWG mbH zur Prolongation vorgesehenen Darlehen konnten günstige Anschlusskonditionen vereinbart werden. Zu erwartenden Änderungen der Zinskonditionen wurde mit Vereinbarung von Forward-Konditionen zu Darlehen mit einem Darlehensvolumen in Höhe von TEUR 35.901 in Folgejahren entgegengewirkt.

Die Gesellschaft konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Erfolg Mitfinanzierungen für ihre Investitionsvorhaben einwerben und günstige Kapitalmarktbedingungen nutzen. Freie Beleihungsräume insbesondere durch die Tilgung bestehender Darlehen ermöglichen der Gesellschaft Restrukturierungen im Darlehensportfolio in Verbindung mit Neuausreichungen. Auf der Grundlage einer Rollover-Vereinbarung mit Zinssicherung erfolgt bis 2015 die stufenweise Restrukturierung des Kredit- und Beleihungsportfolios der Hypothekenbank Frankfurt.

Die Kreditlinie der HWG mbH bei der Aarealbank AG betrug wie in den Vorjahren auch im Geschäftsjahr 2012 TEUR 4.990.

Der Konzern hat **Finanzinstrumente** in Form von Zinsswaps in Anspruch genommen. Die vier Zinsswaps sind nicht spekulativer Natur, sondern wurden zum Zwecke der Absicherung der Zinsänderungsrisiken von drei variabel verzinsten Bankdarlehen der HWG KG sowie einem variabel verzinsten Bankdarlehen der HWG mbH abgeschlossen. Die Bankdarlehen der HWG KG dienen der Finanzierung der dem Mietvertrag zwischen Mutter- und Tochterunternehmen zugrunde liegenden Gesamtinvestitionskosten.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen haben jeweils per 31. Dezember 2012

- ein Nominalvolumen von TEUR 18.511 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2013,
- ein Nominalvolumen von TEUR 15.330 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2015,
- ein Nominalvolumen von TEUR 38.872 mit einer Laufzeit bis 30. Juni 2038,
- ein Nominalvolumen von TEUR 2.749 mit einer Laufzeit bis 30. September 2030.

Die Zinsswaps und die Bankdarlehen sind Bestandteil von vier Micro-Hedges, bei denen Grund- und Sicherungsgeschäfte hinsichtlich der wertbestimmenden Komponenten, Volumen und Laufzeiten übereinstimmen. Es handelt es sich dabei um Bewertungseinheiten nach § 254 HGB, bei denen auf eine Einzelbewertung nach § 252 HGB verzichtet wurde, da sich die gegenläufigen Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft im Sicherungszeitraum vollständig ausgleichen. Die beizulegenden Zeitwerte der Zinsswaps betragen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 insgesamt TEUR –23.158 (VJ TEUR –18.712).

Das Bankdarlehen mit Laufzeit bis ursprünglich Juni 2013 wurde im Vorjahr durch Vereinbarung einer Forward-Kondition als klassisches Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit bis Juni 2019 prolongiert. Diese Prolongation führt zur Beendigung des entsprechenden Zinsswaps und zu einer Entlastung der Annuitätenleistungen der HWG KG und damit des Konzerns. Für die Muttergesellschaft HWG mbH bedeutet dies, dass die Leasingrate sich ab dem Jahr 2013 verringert. Die dadurch frei gesetzte Liquidität steht für die Bewirtschaftung der Bestände zur Verfügung.

Die HWG mbH war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4.3. Ertragslage

Die Ertragslage des Konzerns zeigt folgendes Bild:

	2012		2011		Ergebnis- veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	78.286	95,5	78.251	98,2	34
Bestandsveränderung	1.096	1,3	-1.261	-1,6	2.358
Eigenleistung	2.625	3,2	2.674	3,4	-49
Gesamtleistung	82.007	100,0	79.664	100,0	2.342
Materialaufwand	35.433	43,2	35.402	44,4	31
Personalaufwand	11.545	14,1	11.249	14,1	296
Abschreibungen	10.393	12,7	11.498	-14,4	-1.105
Sonstiger Betriebsaufwand	3.324	4,1	3.886	4,9	-562
./. übrige betriebliche Erträge	-850	-1,0	-812	-1,0	-38
Steuern (ohne Ertragsteuern)	5	0,0	5	0,0	0,0
Betrieblicher Aufwand	59.850	73,0	61.228	76,9	-1.378
Betriebsergebnis	22.157	27,0	18.436	23,1	3.721
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-14.882		-15.062		180
Bewertungsergebnis	-2.262		-1.439		-823
Neutrales Ergebnis	1.743		2.078		-335
Ergebnis vor Ertragsteuern	6.756		4.013		2.743
Steuern vom Einkommen und Ertrag	191		-68		259
Jahresergebnis	6.565		4.081		2.484

Die Ertragslage im Jahresabschluss des Mutterunternehmens stellt sich wie folgt dar:

	2012		2011		Ergebnis- veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	78.285	95,5	78.251	98,2	34
Bestandsveränderung	1.096	1,3	-1.261	-1,6	2.357
Eigenleistung	2.625	3,2	2.674	3,4	-49
Gesamtleistung	82.006	100,0	79.664	100,0	2.342
Materialaufwand	35.423	43,2	35.402	44,4	21
Personalaufwand	11.545	14,1	11.249	14,1	296
Abschreibungen	8.821	10,8	9.613	12,1	-792
Sonstiger Betriebsaufwand	7.103	8,7	7.718	9,7	-615
./. übrige betriebliche Erträge	-843	-1,0	-806	-1,0	-37
Steuern (ohne Ertragsteuern)	5	0,0	5	0,0	0,0
Betrieblicher Aufwand	62.054	75,7	63.181	79,3	-1.127
Betriebsergebnis	19.952	24,3	16.483	18,7	3.469
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-10.484		-10.582		98
Bewertungsergebnis	-2.262		-1.439		-823
Neutrales Ergebnis	1.757		2.080		-323
Ergebnis vor Ertragsteuern	8.963		6.542		2.421
Ertragssteuern	191		-68		259
Jahresergebnis	8.772		6.610		2.162

Der Konzern erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2011 ein **Jahresergebnis** in Höhe von TEUR 6.565 (VJ TEUR 4.081). Im Jahresabschluss weist die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 8.772 (VJ TEUR 6.610) aus.

99,95 % der **Umsatzerlöse** 2012 stammen aus der Hausbewirtschaftung (VJ 99,97 %). Dies trifft für Konzern und Mutterunternehmen gleichermaßen zu.

Umsatzerlöse des Mutterunternehmens HWG mbH

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung aus Mieten konnten im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.208 gesteigert werden. Insgesamt waren die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung aufgrund verminderter Erlöse aus Betriebskosten nur TEUR 23 höher als im Vorjahr. Die Verbrauchs- und witterungsabhängigen Umsätze aus Betriebskosten entsprachen dem dafür angefallenen Aufwand aus dem Vorjahr. Die Entwicklung der Mieten ist damit die wesentliche Ursache für eine stabile Entwicklung der Ertragslage.

Umsatzerlöse der Tochterunternehmen

Die Umsatzerlöse der HWG KG betreffen die Leasingrate, die die HWG mbH nach einer über 30 Jahre kalkulierten Laufzeit jährlich zahlt und dort im sonstigen betrieblichen Aufwand bilanziert. Im Konzernabschluss wird diese deshalb neutralisiert.

Die HGWS hat derzeit nur Umsatzerlöse aus Nutzungsvereinbarungen für Stellplätze in Höhe von TEUR 2. Auf den Konzernabschluss der HWG mbH entfallen davon auf Grund der Beteiligungsverhältnisse 50 % in Höhe von TEUR 1.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Konzern- und im Jahresabschluss erhöht. Ursächlich hierfür sind vor allem die gestiegenen Umsatzerlöse aus Mieten, geringere Leerstandskorrekturen im Bereich der Betriebskostenabrechnung, im Vergleich zum Vorjahr verringerte Abschreibungen auf die Bestände und ein geringerer sonstiger betrieblicher Aufwand. Dem stehen höhere Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen, insbesondere für Betriebskosten und für Personal sowie geringere sonstige betriebliche Erträge, gegenüber.

Die Betriebskostenaufwendungen haben sich um TEUR 510 erhöht. Für Instandhaltungsaufwendungen wurden TEUR 647 weniger als im Vorjahr aufgewendet. Der Rückbauaufwand, der auch Mieterumzüge beinhaltet, hat sich um TEUR 156 vermindert.

Der Personalaufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 297 erhöht. Ursächlich sind Personalzuführungen und Tarifierhöhungen. Anlässlich des 90-jährigen Firmenjubiläums erhielten die Mitarbeiter zudem eine einmalige Zuwendung.

Die planmäßigen Abschreibungen haben sich im Geschäftsjahr um TEUR 792 im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Zur periodengerechten Verteilung der noch nicht abgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden im Geschäftsjahr 2012 Berichtigungen des Abschreibungsplanes bei den Objekten vorgenommen, bei denen sich in der Vergangenheit infolge von Zu- oder Abschreibungen Veränderungen der Bemessungsgrundlage ergeben haben.

Das Kerngeschäft der HWG mbH ist damit der entscheidende Ergebnistreiber zum Jahresergebnis. Das **Ergebnis der Hausbewirtschaftung** als wichtigstes Spartergebnis der Gesellschaft wurde im Vorjahresvergleich deutlich verbessert. Es betrug TEUR 11.656 (VJ TEUR 8.387). Die Ergebnisveränderung resultiert insbesondere aus den gestiegenen Umsatzerlösen aus Mieten, geringeren Leerstandskorrekturen im Bereich der Betriebskostenabrechnung und den geringeren Aufwendungen für Instandhaltung und Abschreibungen.

Der **Verwaltungsaufwand** der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr verringert. Er betrug im Geschäftsjahr insgesamt TEUR 14.530 (VJ TEUR 14.700).

5. Personal, Organisation und Nachhaltigkeit

Die vielfältigen Erwartungen und Ansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen (Stakeholder) an ein großes kommunales Wohnungsunternehmen sind hoch und stehen häufig auch in Konkurrenz zueinander.

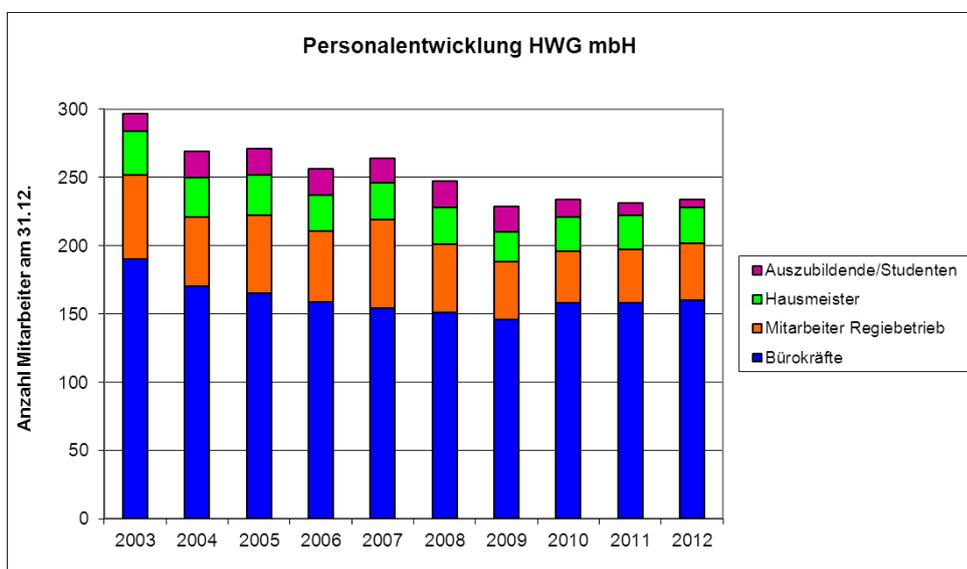
So achtet die Gesellschafterin auf die Beiträge der Gesellschaft zur Erfüllung städtebaulicher Ziele und zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes. Für andere Interessensgruppen, wie z. B. Mieter und Mitarbeiter, sind eher ökologische oder soziokulturelle Themen von Bedeutung.

Grundlage für eine dauerhaft erfolgreiche Unternehmensentwicklung ist deshalb, dass alle Nachhaltigkeitsthemen bei unternehmerischen Entscheidungen und unternehmerischem Handeln in einem angemessenen Verhältnis Berücksichtigung finden.

Personal

Qualifiziertes, zufriedenes und somit auch motiviertes Personal ist Voraussetzung für ein erfolgreich am Markt agierendes Unternehmen. Mit einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 19 Jahren ist die Gesellschaft diesbezüglich bereits auf einem guten Weg.

Zum 31. Dezember 2012 waren im Konzern 234 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt: 159 Bürokräfte, 42 Mitarbeiter im Regiebetrieb, 27 Hausmeister und 6 Auszubildende/Studenten. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der HWG mbH zuzuordnen. Die HWG KG und die HGWS beschäftigten kein Personal.



Die Vergütung erfolgte nach den Tarifverträgen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Im Jahr 2012 hat die Gesellschaft erstmals die Auditierung „Beruf und Familie“ durchgeführt und am 5. Dezember 2012 das entsprechende Zertifikat erhalten. Mit einer flexiblen Arbeitszeitregelung mit Gleitzeit und Kernarbeitszeit sowie Jahresarbeitszeitkonten, Teilzeitregelungen, welche jährlich flexibel an die persönlichen Bedürfnisse angepasst werden, intensiven Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Vertretungsregelungen für jeden Arbeitsplatz und der Benennung eines Gleichstellungsbeauftragten werden in der Gesellschaft bereits heute eine Vielzahl mitarbeiter- und familienfreundlicher Maßnahmen umgesetzt. Mit der Entwicklung von Rahmenbedingungen zur flexiblen Arbeitsortgestaltung und Arbeit von zu Hause aus familiären Gründen sowie der Sicherstellung der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen soll das Angebot der Gesellschaft unter anderem ausgebaut werden.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft in 2012 ihr Personalentwicklungskonzept überarbeitet und zu Beginn des Jahres 2013 in neuer Fassung beschlossen. Die wesentlichen Ziele liegen in einer weiteren gezielten Qualifizierung des vorhandenen Personals durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie der Entwicklung von zukünftig erforderlichen Fach- und Führungskräften. Langfristige Entwicklungsüberlegungen der Gesellschaft spielen dabei eine wichtige Rolle. Lebenslanges Lernen der Belegschaft wird gefördert und gefordert. Regelungen zur Nachwuchsentwicklung wurden durch Konzepte für die Nachfolge ausscheidender Mitarbeiter ergänzt.

Die mittlere Führungsebene wurde über alle Abteilungen verteilt durch insgesamt acht neue Mitarbeiter verstärkt und qualifiziert. Die Gesellschaft rüstet sich damit für zukünftige Entwicklungsfelder und Schwerpunktaufgaben. Zu diesen gehören die Weiterentwicklung von Sozialkompetenz und Daseinsvorsorge über die Bestandsbewirtschaftung hinaus, aber auch die ökologische und energetische Orientierung bei Investitionen und technischer Bewirtschaftung des Immobilienbestandes. Damit sind die Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft gegeben.

Durch eine familienbewusste Personalpolitik verspricht sich die Gesellschaft eine Arbeitszufriedenheit und somit eine weitere Steigerung der Motivation sowie eine langfristige Mitarbeiterbindung bzw. Wettbewerbsvorteile bei der Rekrutierung von Fachpersonal.

Der organisatorische Aufbau und die wichtigsten Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden regelmäßig aktuellen Erfordernissen angepasst.

Die Ergebnisse werden in einem Qualitätshandbuch festgehalten, welches laufend ergänzt und aktualisiert wird.

Ökonomie

Die Unternehmensstrategie ist entsprechend des Gesellschaftsvertrages auf eine langfristige Verwaltung von Mietwohnungen mit dem Ziel der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung ausgerichtet.

Um dieses Ziel zu erreichen und die eigene Marktposition zu erhalten und zu stärken, geht die Gesellschaft dabei stets auch neue Wege, bei denen gewohnte Traditionen und zukunftsweisende Innovationen in Einklang gebracht werden.

Eine nachfrageinduzierte Anpassung des Wohnungsbestandes der Gesellschaft und damit des Wohnungsangebotes für die nachfragende Bevölkerung durch Modernisierung, aber auch durch zielgerichtete An- und Verkäufe zur Portfoliooptimierung, ist Voraussetzung für ein nachhaltiges Geschäftsmodell. Insbesondere die demografische Veränderung stellt dabei die aktuelle Herausforderung dar.

Die zunehmend alternde Bevölkerung entwickelt andere Vorstellungen und andere Anforderungen an Wohnstandort und Wohnqualität. Der Bedarf an altenfreundlichem und altengerechtem Wohnraum wächst. Aber auch die Entwicklung hin zu einer zunehmenden Zahl kleiner Haushalte führt zu Änderungen bei der Nachfrage in Bezug auf Wohnungsgrößen und Wohnungsgrundrisse.

Neben dem demografischen Wandel wird sich zukünftig auch der Klimawandel immer mehr auf die Wohnungsfrage auswirken. Abgesehen von den steigenden Energiepreisen, welche die Mietpreispolitik vermehrt beeinflussen, wird sich das ökologische Bewusstsein in der Bevölkerung verstärken und perspektivisch ein weiterer wesentlicher Bestandteil bei der Wohnungssuche werden. Die Gesellschaft richtet ihr jährliches Investitionsprogramm unter anderem daran aus. Investiert wird dabei unter Berücksichtigung von städtebaulichen Aspekten nur an Standorten, an denen eine langfristig stabile Wohnungsnachfrage erwartet wird.

Mit diesen Maßnahmen werden der Wert des Immobilienbestandes der Gesellschaft und damit der Wert des Anlagevermögens gesteigert. Bei den Beständen, bei denen im jeweiligen Jahr keine Maßnahmen zur Verbesserung erfolgen, wird die Bauqualität der Immobilien durch eine systematische Instandhaltung gesichert.

Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft in den vergangenen Jahren mit der Umstrukturierung der Kernprozesse im Bereich der Bestandsbewirtschaftung den veränderten Marktbedingungen angepasst. Seit dem ist sie effizienter geworden und hat zusammen mit einer kundenorientierteren Servicequalität ihre Wettbewerbsposition verbessert. Mit der nachgelagerten Analyse und Überarbeitung des Investitionsprozesses und -controllings wird neben der Einbeziehung der Baukosten, -zeit und -qualität auch die Einbeziehung der kundennahen Bereiche in die Investitionsentscheidungen sichergestellt.

Ökologie

Mit den unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft werden gleichzeitig auch die Rahmenbedingungen für die Energieverbräuche und sonstigen Ressourcennutzungen der Mieter innerhalb ihrer Wohnung festgelegt. Unternehmerisch nachhaltig handeln bedeutet deshalb auch, bei allen Entscheidungen und bei allem Handeln Überlegungen zum Schutz der Umwelt und zum sorgfältigen Umgang mit Ressourcen mit einzubeziehen.

Im Rahmen der Vorbereitung von investiven Maßnahmen erstellt die Gesellschaft deshalb für jede Immobilie ein individuelles Energiekonzept, welches unter Berücksichtigung einer Kosten-, Ressourcen- und Nutzenabwägung zu einem reduzierten Energiebedarf der jeweiligen Immobilie führen soll. Der reduzierte Energiebedarf schützt zum einen die Umwelt und senkt zu dem in der Folge die Wohnnebenkosten.

Zu allen investiven Maßnahmen aus dem jährlichen Investitionsprogramm der Gesellschaft gehört auch eine energetische Ertüchtigung der Immobilien. Die Anbringung eines Wärmedämmverbundsystems in Verbindung mit dem Einbau neuer Fenster, die Installation moderner und energiesparender Heiztechnik sowie die Optimierung der Anlagentechnik sind dabei die wesentlichen Eckpfeiler solcher Maßnahmen. Seit 2012 setzt die Gesellschaft hierfür auch Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien ein.

Ungefähr 32% des Wohnungsbestandes der Gesellschaft sind noch unsaniert. Somit besteht noch ein großes Potenzial zur Energieeinsparung. Mit der zuvor erwähnten Anpassung des Investitionsprozesses wird eine Beschleunigung der Investitionsgeschwindigkeit ermöglicht.

Für die Gesellschaft ist es außerdem selbstverständlich, dass die Mieter ununterbrochen und vor allem mit gesundem Trinkwasser versorgt werden. Dies ist insbesondere bei zentralen Warmwasseraufbereitungsanlagen mit einem erheblichen finanziellen, technischen und organisatorischen Aufwand verbunden. Die durch die Trinkwasserverordnung erforderlich gewordene, aller drei Jahre durchzuführende Untersuchung wurde im Jahr 2012 erstmals vorgenommen und belegt, dass das bei den Mietern der Gesellschaft ankommende Trinkwasser frei von Legionellen ist.

Soziales

Neben den ökonomischen und ökologischen Bestrebungen ist sich die Gesellschaft auch der sozialen Verantwortung bewusst und engagiert sich für soziale, kulturelle und sportliche Projekte sowie für die Mieter und Mitarbeiter.

Außerhalb des eigenen Unternehmens unterstützt die Gesellschaft Vereine und soziale Projekte. Hierzu gehören unter anderem das Bereitstellen von Räumlichkeiten / Wohnungen für geistig behinderte Schüler der Astrid-Lindgren-Schule, für die Freiwillige Straffälligenhilfe e. V., die Stadt seniorenvertretung e. V. und für die 49plus Dienstleistungen GmbH. Der Benefizlauf „Halle läuft“ und der Nachbarschaftstreff in Heide-Nord werden ebenso unterstützt.

Im Bereich kultureller Projekte in der Stadt Halle hat die Gesellschaft diverse Brunnen- und Spielplatzpatenschaften übernommen. Darüber hinaus beteiligt sich die Gesellschaft an Projekten wie „Max geht in die Oper“, „Operation Schlüsselloch“ und „Fete de la Musique“, mit denen unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen für Kunst und Kultur interessiert werden. Die Kinderhändelfestspiele und das Stadtteilstfest in der Silberhöhe unterstützt die Gesellschaft ebenfalls.

Zudem hat die Gesellschaft das im Jahr 2012 im Rahmen des Investitionsprogramms fertiggestellte Wilhelm-Friedemann-Bach-Haus (Große Klausstraße 12) teilweise der Stiftung Händel-Haus Halle für deren Dauerausstellung „Musikstadt Halle“ zur Verfügung gestellt. Während der Händelfestspiele wurden die Räumlichkeiten feierlich übergeben.

Im Bereich des Sports ist der Gesellschaft die Kinder- und Jugendarbeit wichtig. In dieser Hinsicht wird der VfL Halle 96 unterstützt. Zu weiteren geförderten Projekten gehören das Reitturnier des Halleschen Reit- u. Fahrvereins Seeben e. V. und die Stiftung Sport.

Darüber hinaus führt die Gesellschaft eine Kooperation mit der Martin-Luther-Universität und arbeitet aktiv an der Förderung des Wirtschaftsstandortes Halle mit. Der Verein Pro Halle e.V. wird in dieser Hinsicht finanziell unterstützt.

6. Risikobericht

Die HWG mbH hat ein Risikomanagementsystem installiert, welches die für das Unternehmen branchentypischen wesentlichen Risiken ausweist. Die Kennziffern zu den Risiken werden durch ein regelmäßiges Reporting ermittelt und durch die verantwortlichen Abteilungen interpretiert. Als wichtige Risikofaktoren wurden die Fluktuation, die Vermietungssituation, die Mietenentwicklung und die Kostenentwicklung bei den Bauinvestitionen identifiziert. Mieterlöse sind die Haupteinkunftsquelle des Unternehmens. Die Bauinvestitionen führen mit der damit einhergehenden Bestandqualifizierung zu zukünftigen Mietensteigerungen. Dabei ist die Einhaltung der Rentabilitäts- und Liquiditätskriterien der Baumaßnahmen eine unabdingbare Voraussetzung.

Die Entwicklung der ergebnisrelevanten Risiken wird durch das Controlling des Unternehmens quartalsweise überwacht. Dabei orientiert sich die Gesellschaft sowohl an branchenüblichen als auch an internen Benchmarks. Von den Entscheidungsträgern werden erforderliche Maßnahmen der Gegensteuerung eingeleitet. Zur Steuerung des Investitionsrisikos hat die Gesellschaft ein separates Investitionscontrolling implementiert und im Qualitätshandbuch definiert.

Für erkennbare, quantifizierbare Risiken wurde im Geschäftsjahr angemessene Vorsorge getroffen. Dies bezieht sich auf Risiken, die bis zur Erstellung dieses Berichtes bekannt sind. Zukünftige Risiken könnten sich aus der demografischen Entwicklung der Stadt Halle (Saale), damit einhergehenden Handlungserfordernissen von Stadtentwicklungskonzepten und den finanziellen sowie aufgabenbezogenen Erwartungen der Gesellschafterin ergeben. Auch aus der Dynamik von Energie- und Baukostenentwicklungen, knapperen Ressourcen bei Zuschüssen und Fördermitteln und durch allgemeine Zinsänderungsrisiken können zukünftig Risiken erwachsen. Die Gesellschaft beobachtet über ihre Abteilungen Unternehmensentwicklung/Zentrale Dienste und Unternehmensfinanzierung/Auftrags- und Vergabewesen die Entwicklung dieser Risiken und berücksichtigt diese in ihrer Geschäftstätigkeit. Investitionsentscheidungen werden so getroffen, dass sich für die Gesellschaft unter den sich ändernden Rahmenbedingungen künftig dauerhaft größtmögliche Erträge erzielen lassen.

7. Künftige Entwicklung der Gesellschaft

Stadtrats- und Gesellschafterbeschlüsse erfordern von der Gesellschaft seit 2007 eine Beteiligung an der Tilgung der Schulden des städtischen Haushaltes. Seit 2008 hat die Gesellschaft mit einer im Wesentlichen Vollausschüttung ihrer Gewinne Zahlungen in Höhe von insgesamt EUR 47,1 Mio. an den städtischen Haushalt geleistet. Für weitere EUR 6 Mio. aus dem Gewinn des Jahres 2011 wird ein Beschluss der Gesellschafterin zur Ausschüttung erwartet.

Damit hat die Gesellschaft einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes geleistet. Dies ging zu Lasten ihrer eigenen Liquiditätsausstattung, ihrer Investitionstätigkeit und damit auch ihrer Vermögens- und Ertragsentwicklung.

Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass die Gesellschafterin auch in den Folgejahren zumindest eine Teilausschüttung vom erwirtschafteten Gewinn erwartet.

Diese Ausschüttungen auf hohem Niveau führen perspektivisch dazu, dass der Konzern im Gegensatz zur Muttergesellschaft HWG mbH trotz beachtlicher Jahresergebnisse keinen Bilanzgewinn mehr ausweisen wird.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat im September 2012 den Wirtschafts-, Finanz- und Investitionsplan der HWG mbH für das Jahr 2013 beschlossen. Dieser sieht im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Fortsetzung der Rückbauaktivitäten vor. Parallel dazu soll eine Vielzahl von Wohnungen durch Investitionen auch zukünftig Wertverbesserungen, insbesondere im energetischen Bereich, erfahren. Dabei stehen eine nachfrageinduzierte und nachhaltigkeitsorientierte Qualifizierung sowie energetische Verbesserungen im Vordergrund.

Verkäufe plant die Gesellschaft für das Jahr 2013 nur zur Portfoliobereinigung. Für den Erwerb von Immobilien wurden in der Planung erneut Mittel berücksichtigt.

Für die Folgejahre wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet. Auch für den Folgezeitraum geht die Geschäftsleitung von einer positiven Weiterentwicklung der Gesellschaft aus. Dabei wird die Entwicklungsgeschwindigkeit zunehmend von den Gewinnausschüttungserwartungen der Gesellschafterin sowie von Art und Maß der Aufgaben bestimmt, welche die Gesellschafterin der Gesellschaft überträgt. Auf Basis der derzeitigen Planungsprämissen wird bei weiterhin leicht steigenden Umsatzerlösen für die nächsten zwei Geschäftsjahre ein etwa auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2012 liegendes Konzernergebnis erwartet.

8. Nachtragsbericht

Am 31. Mai 2013 wurde der Gesellschafterbeschluss zur Feststellung des Jahres- und Konzernabschlusses 2011 sowie zur Gewinnverwendung des Jahres 2011 gefasst. Aus dem Geschäftsjahr 2011 wird nach Ausschüttung von EUR 6 Mio. in 2013 ein Gewinn in Höhe von EUR 1.038.048,75 auf neue Rechnung vorgetragen. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft und des Konzerns auswirken, haben sich bis zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung nicht ergeben.

9. Sonstiges

Die Ausführungen im Lagebericht gelten, soweit nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, für den Jahresabschluss sowie für den Konzernabschluss der HWG mbH gleichermaßen.

HWG Wohnungsverwaltung GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Emil-Riedl-Weg 6
82049 Pullach i. Isartal

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10

Gesellschafter:	T€	%
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH	10	99,90
Christian Zeigermann	0	0,05
MALIMA Beteiligungs GmbH	0	0,05

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung des Grundbesitzes, der mit Kaufvertrag vom 24. Juni 2008 (Urkundenrolle 0799/08, Notar Ludwig Schlereth, Halle (Saale) von der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH mit allen Rechten und gesetzlichen Bestandteilen, insbesondere Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen, jedoch ohne Zubehör bzw. ohne alle im Gebäude befindlichen Maschinen und Betriebsvorrichtungen im steuerlichen Sinn und ohne Einbauten erworben worden ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 116 Abs. 2 GO-LSA. Betätigungen im Bereich der Wohnungswirtschaft dienen einem öffentlichen Zweck und sind unter der Voraussetzung des § 116 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO-LSA zulässig.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Goldbrunner, Christian
	Kober, Peter
	Koch, Heimo (bis 30.04.2012)
	Murmann, Klaus (seit 01.05.2012)
	Pütz, Helmut
	Soethe, Robert
	Dr. Wahlen, Heinrich
	Zeigermann, Christian

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	74.874	100	76.236	100	77.597	100	-1.362	-2
Umlaufvermögen	15	0	12	0	12	0	3	25

Bilanzsumme	74.889	100	76.248	100	77.609	100	-1.359	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	10	0	10	0	10	0	0	0
Verbindlichkeiten	74.879	100	76.238	100	77.599	100	-1.359	-2

Bilanzsumme	74.889	100	76.248	100	77.609	100	-1.359	-2
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	5.859	5.879	5.976
sonstige betriebliche Erträge	6	7	6
Abschreibungen	1.361	1.361	1.361
sonstige betriebliche Aufwendungen	105	44	12
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.019	1.473	1.055
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.418	5.954	5.658
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	6

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,10	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	62,00	%
Cash-Flow:	1.361	1.361	1.368	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	99,98	99,98	99,98	%
Eigenkapitalquote:	0,01	0,01	0,01	%
Fremdkapitalquote:	99,99	99,99	99,99	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

3.5 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND STADTENTWICKLUNG

Bio-Zentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 22 06120 Halle (Saale)
Rechtsform:	GmbH	
Stammkapital in T€:	26	
Gesellschafter:		T€ %
	Stadt Halle (Saale)	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 13 50,96
	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	13 49,04

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf dem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf diesem Gebiet.

Öffentlicher Zweck:

Mit der auf höchstem Niveau betriebenen Grundlagenforschung in Zusammenarbeit mit der Bio-Zentrum Halle GmbH sollen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Industriestruktur der gesamten Region positiv zu beeinflussen. Die gemeinsame Nutzung des Gebäudes durch Firmen, Aninstitute und Projektgruppen der Universität schafft optimale Bedingungen für das angestrebte enge Zusammengehen von Grundlagen- und angewandter Forschung. Der öffentliche Zweck ist daher in der stetigen Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Noll, Sabine Prof. Dr. Lukas, Wolfgang
-------------------------	---

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€ %
BMD GmbH	<hr style="width: 100%; border: 0.5px solid black;"/> 2 2,98

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	9.743	86	9.812	84	10.375	87	-69	-1
Umlaufvermögen	1.554	14	1.877	16	1.574	13	-323	-17
Rechnungsabgrenzungsposten			7	0			-7	-100

Bilanzsumme	11.297	100	11.696	100	11.949	100	-399	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	6.463	57	6.402	55	6.353	53	61	1
Sonderposten für Investitionszulagen	4.443	39	4.882	42	5.320	45	-439	-9
Rückstellungen	144	1	147	1	112	1	-3	-2
Verbindlichkeiten	247	3	265	2	164	1	-18	-7
Rechnungsabgrenzungsposten					0	0	0	

Bilanzsumme	11.297	100	11.696	100	11.949	100	-399	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.736	1.728	1.741
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-27	55	-99
sonstige betriebliche Erträge	12	21	18
Personalaufwand	55	59	94
Abschreibungen	141	144	147
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.472	1.574	1.365
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27	33	15
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	80	60	69
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19	11	16
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	61	49	53
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	61	49	53
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,52	2,83	3,05	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,95	0,76	0,83	%
Cash-Flow:	202	193	200	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	860	602	553	T€
Personalaufwandsquote:	3,19	3,30	5,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	72,94	75,32	78,43	%
Eigenkapitalquote:	57,21	54,74	53,17	%
Fremdkapitalquote:	42,79	45,26	46,83	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Auslastung	100,00	100,00	100,00	%
vermietbare Fläche	9.828,00	9.828,00	9.828,00	m ²

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

A.2 Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei wirtschaftliche Schwierigkeiten von Firmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen. Die frei gewordenen Flächen konnten an andere Firmen im Haus weitestgehend weitervermietet werden.

Es bestehen immer größere Schwierigkeiten, geschlossene Finanzierungsrunden für biotechnologisch ausgerichtete Start-Up-Unternehmen aufzubauen. Als positiv ist zu bewerten, dass für die Probiodrug AG eine weitere Finanzierungsrunde geschlossen wurde, so dass der Entwicklungsteil der Firma für den Zeitraum von zwei Jahren sicher finanziert ist, was in dieser Branche sehr selten ist. Es ist unter den momentan gegebenen Rahmenbedingungen abzusehen, dass nach erfolgreichem Abschluss der Entwicklungen (klinische Phase II) diese verkauft werden. Weiterhin liefen und laufen intensive Bemühungen aus dem Teil der angewandten Forschung der Probiodrug AG eine Fraunhofer Forschungsgruppe für Molekulare biomedizinische Forschung auszugründen, welche sowohl von Teilen des Kabinetts von Sachsen-Anhalt und vom Fraunhofer-Institut in Leipzig bereits positiv evaluiert wurde.

Aus heutiger Sicht besteht die Chance, dass zum Ende des II. Quartals 2013 eine Gründung erfolgt. Sollte dies nicht so sein gibt es momentan die Variante, eine gemeinnützige GmbH in Form eines An-Institutes zu gründen. Sollte auch dies nicht gelingen würde im Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH ab 01.10.2013 ein Leerstand von 1.740 m² (20,6%) entstehen. Im Rahmen der Neustrukturierung der Forschungsstelle Max-Planck-Gesellschaft für Enzymologie wurde zum 31.12.2012 der Mietvertrag (ca. 1.000 m²) durch die Max-Planck-Gesellschaft gekündigt. Diese Flächen wurden inklusive der Einrichtungen zum 01.01.2013 durch das Biokatalysezentrum an der Martin-Luther-Universität übernommen, so dass die Vermietung über 5 Jahre gewährleistet ist.

Durch die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist die Finanzierung von Unternehmen in der BIO-NANO-Branche sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt hatte, ist es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lässt gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudetechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 ist kein Leerstand zu verzeichnen, d. h. die Auslastung beträgt 100 %, auch unter Berücksichtigung des in der Daniel-Vorländer-Straße errichteten Erweiterungsbaues.

Es muss die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort weinberg campus von existenzieller Bedeutung ist.

Der Bau des Mehrzweckgebäudes schaffte im Jahr 2008 die Voraussetzung, dass die Icon GmbH, die durch den Verkauf an die Bayer AG kein Klein- und mittelständisches Unternehmen mehr ist, im Bio-Zentrum verbleiben kann, da ein Flächenausgleich (siehe Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalts vom 30.01.2008) getätigt wurde. Dieser Weg war zu diesem Zeitpunkt für Klein- und Mittelständische Unternehmen die einzige Möglichkeit, am Standort „weinberg campus“ zu verbleiben und wurde von allen unterstützt. Ab 2011 ergibt sich für die Bio-Zentrum Halle GmbH ein neuer Sachstand, da durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ's neu geregelt wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Diese Problematik besteht nicht mehr für das in 1998 errichtete Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH, da dieses

- nicht mehr in der Zweckbindung ist, d.h. die Firmen sich in diesem Gebäude über 8 Jahre einmieten dürfen,
- und die Firma Nomad GmbH von der Bayer AG die Anteile an der Firma Icon GmbH erwarb und damit die KMU-Kriterien wieder erfüllt werden.

Das Flächenverhältnis von KMU zu öffentlichen Einrichtungen bei der Vermietung sollte trotzdem gewahrt werden, da dieses seitens der Finanzverwaltung im Rahmen der Baukostensplittung (Mischbruttofinanzierung) hinterlegt und akzeptiert wurde.

Mittelfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen oder ausziehen müssen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit geraumer Zeit keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert. Die Bio-Mitteldeutschland GmbH firmiert seit 2012 unter dem Namen BMD GmbH, um eine Öffnung für die Zusammenarbeit bei Projekten mit den Bundesländern Sachsen und Thüringen zu ermöglichen, welches unter dem Anspruch und damit verbundenen Namen "Mitteldeutschland" nicht möglich war.

Gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH fanden im Geschäftsjahr 2012 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2012 in Boston und anderen internationalen Veranstaltungen in Europa. In Boston war das TGZ/Bio-Zentrum mit ca. 18 m² Standfläche vertreten, die von den beteiligten Klein- und mittelständischen Unternehmen des Technologieparks *weinberg campus* zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurde. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u.a. nach Dubai und Syrien sind durch die politischen Konflikte im arabischen und nordafrikanischen Raum wieder weniger geworden.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich im nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2012 beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nichtvorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Das Gebäude ist nach 14 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden, was sich natürlich auf das Betriebsergebnis insgesamt auswirkt.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 100% ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzungsfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	849	49,3%	853	47,3%	-4	-0,5%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	881	51,2%	856	47,4%	25	2,9%
+ sonstige Dienstleistungen	7	0,4%	19	1,1%	-12	-63,2%
+ = UMSATZERLÖSE	1.737	100,9%	1.728	95,7%	9	0,5%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-28	-1,6%	56	3,2%	-84	-150,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	12	0,7%	21	1,2%	-9	-42,9%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.721	100,0%	1.805	100,0%	-84	-4,7%
+ Personalkosten	55	3,2%	59	3,3%	-4	-6,8%
+ Abschreibungen	579	33,6%	583	32,3%	-4	-0,7%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-438	-25,5%	-439	-24,3%	1	-0,2%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	141	8,2%	144	8,0%	-3	-2,1%
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.199	69,7%	1.223	67,8%	-24	-2,0%
+ Versicherungen / Beiträge	6	0,3%	7	0,4%	-1	-14,3%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	117	6,8%	136	7,5%	-19	-14,0%
+ Kosten des Fuhrparks	6	0,3%	5	0,3%	1	20,0%
+ Werbe- und Reisekosten	38	2,2%	80	4,4%	-42	-52,5%
+ sonstige Kosten	107	6,2%	124	6,9%	-17	-13,7%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.473	85,6%	1.575	87,3%	-102	-6,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.669	97,0%	1.778	98,5%	-109	-6,1%
= BETRIEBSERGEBNIS	52	3,0%	27	1,5%	25	92,6%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	27	100,0%	33	100,0%	-6	-18,2%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= FINANZERGEBNIS	27	100,0%	33	100,0%	-6	-18,2%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(79)	(4,6%)	(60)	(3,3%)	(19)	(31,7%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	18	22,8%	11	18,3%	7	63,6%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	18	22,8%	11	18,3%	7	63,6%
= JAHRESÜBERSCHUSS	61	3,5%	49	2,7%	12	24,5%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2011 um 84 T-€ (= -4,7 %) auf 1.721 T-€ vermindert. Während sich die abgerechneten Mietnebenkosten um 25 T-€ erhöhten gab es bei den Mieteinnahmen eine kleine Verminderung um 4 T-€, bei den sonstigen Dienstleistungen um 12 T-€ und bei den sonstigen betrieblichen Erträgen um 9 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 84 T-€.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 4T-€ auf 55 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 579 T-€ (Vorjahr: 583 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich minimal verändert und betragen 438 T-€ (Vorjahr: 439 T-€).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 102 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (-24 T-€), die Instandhaltungen (-19 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-42 T-€) und die sonstigen Kosten (-17 T-€) vermindert. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2011 um 25 T-€ auf 52 T-€ erhöht.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T-€ auf 27 T-€ vermindert.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich um 7 T-€ auf 18 T-€ erhöht und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 22,9% gegenüber 18,3% im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 12 T-€ auf 61 T-€ erhöht.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 1.335 T-€ betragen. Durch Umschichtungen in langfristige Finanzanlagen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2012 um rund 266 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung z.	
	31.12.2012		31.12.2011		Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.463,3	57,2	6.402,1	54,7	61,2	1,0
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	4.443,3	39,3	4.881,7	41,7	-438,4	-9,0
Rückstellungen	143,8	1,3	147,4	1,3	-3,6	-2,4
Erhaltene Anzahlungen	153,6	1,4	138,1	1,2	15,5	11,2
Lieferverbindlichkeiten	77,6	0,7	122,5	1,0	-44,9	-36,7
Sonstige Verbindlichkeiten	15,1	0,1	4,5	0,0	10,6	233,3
Summe Verbindlichkeiten	246,3	2,2	265,1	2,3	-18,8	-7,1
Summe Passiva=Gesamtkapital	11.296,7	100,0	11.696,3	100,0	-399,6	-3,4

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung z.	
	31.12.2012		31.12.2011		Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	8.240,2	73,0	8.809,4	75,3	-569,2	-6,5
Finanzanlagen	1.502,3	13,3	1.002,4	8,6	499,9	49,9
Summe Anlagevermögen	9.742,5	86,3	9.811,7	83,8	-69,3	-0,7
Forderungen	193,9	1,7	228,0	1,9	-34,1	-15,0
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	24,9	0,2	47,7	0,4	-22,8	-47,9
Summe Umlaufvermögen	1.554,2	13,7	1.877,1	16,0	-322,9	-17,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	7,5	0,1	-7,5	-100,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	11.296,7	100,0	11.696,3	100,0	-399,6	-3,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 399,6 T-€ (= -3,4 %) auf 11.296,7 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-569,2 T-€) bei gleichzeitiger Zunahme des Finanzanlagevermögens (+499,9 T-€) auf nunmehr 86,3 % (Vorjahr 83,8 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 75,3 % im Vorjahr auf 73,0 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Vermögensumschichtungen um T-€ 499,9 erhöht. Der Anteil am Gesamtvermögen beträgt nunmehr 13,3% (Vorjahr: 8,6 %)

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 10,0 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 579,2 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 569,2 T-€ auf einen Betrag von 8.240,2 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 322,9 T-€ oder 17,2% auf 1.554,2 T-€ vermindert. Diese Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung bei den liquiden Mitteln aufgrund Vermögensumschichtungen (-266,0 T-€). Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** (-34,1 T-€) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (-22,8 T-€) haben sich ebenfalls vermindert.

Bei den **Sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich insbesondere die Steuerforderungen (-19,3 T-€) vermindert. Die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände haben leicht abgenommen (-3,5 T€).

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 1.335,4 T-€ (Vorjahr: 1.601,4 T-€) und nahmen damit um 266,0 T-€ ab.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag keine vorhanden (Vorjahr: 7,5 T-€).

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die Bio-Zentrum Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben:

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.
- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der Weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?
- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkraften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.
- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.
- Lukrative Bio-Technologiefirmen durch die Investoren unter dem Gesichtspunkt der Renditemaximierung verkauft werden und damit die Standortfrage bzw. der Weiterbestand der Firma insgesamt in Frage gestellt ist.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks Weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2013 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2014 bis 2018 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen T-EURO	Erlöse		Finanz- ergebnis T-EURO	Ergebnis T-EURO
		Miete + Nebenb. T-EURO	sonstige T-EURO		
2013	1.731	1.657	10	18	-46
2014	1.766	1.680	20	18	-48
2015	1.796	1.700	25	25	-46
2016	1.796	1.700	25	25	-46
2017	1.796	1.700	25	25	-46
2018	1.796	1.700	25	25	-46

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die Bio-Zentrum Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Weiter vorausschauend zeichnet sich ab 2014/2015 durch die offene Weiterfinanzierung und Strukturierung der Probiodrug AG z.Zt. ein nicht definierbarer eventueller Leerstand ab, der in der Entwurfsfassung des Wirtschaftsplanes 2014 und der Mittelfristplanung bis 2018 nicht berücksichtigt wurde sondern operativ eingearbeitet werden muss. Es ist zum heutigen Tage nicht voraussehbar mit welchem Flächenbedarf welche Einrichtung mit welchen Themen weitergeführt wird.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk weinberg campus. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der BIO-Nanotechnologie bis 2012, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches voraussichtlich ab 2013 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des *weinberg campus*, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung – Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuererinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Dieses Erfolgskonzept kann nur gemeinsam mit der abgestimmten Entwicklung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 vom November 2011 Seite 7 Pkt. 3 erfolgen.

Zitat: "Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven."

Unter diesem Gesichtspunkt wurde unter der Initiative der TGZ Halle GmbH eine Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen gebildet, die sich erstmalig zur konstituierenden Sitzung am 16.01.2012 traf. Die Zielstellung der Arbeitsgruppe besteht darin, Anfang 2013 ein aussagefähiges Papier zu erstellen, welches dann anderen Partnern auf dem *weinberg campus* zur abschließenden Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" sollen dann als gebündelte Meinungsbildung in den Strategiedialog der Stadt Halle einfließen.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2013 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle u.a. vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die Bio-Zentrum Halle GmbH nimmt.

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH & Co. KG		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Erwerb, die Erschließung und Vermarktung von Industriegrundstücken im Wirtschaftsraum Halle-Saalkreis.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Götte, Dieter

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	19.131	98	20.153	98	19.085	100	-1.022	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	329	2	362	2			-33	-9

Bilanzsumme	19.460	100	20.515	100	19.085	100	-1.055	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	17.421	89	17.932	87	16.802	88	-511	-3
Rückstellungen	123	1	137	1	140	1	-14	-10
Verbindlichkeiten	1.916	10	2.446	12	2.071	11	-530	-22
Rechnungsabgrenzungsposten					72	0	0	

Bilanzsumme	19.460	100	20.515	100	19.085	100	-1.055	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	399	2.290	413
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	182	-256	36
sonstige betriebliche Erträge	42	114	102
Materialaufwand	883	708	410
Personalaufwand			180
Abschreibungen			1
sonstige betriebliche Aufwendungen	250	278	137
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	32	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-512	1.130	-180
sonstige Steuern		0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-512	1.130	-181
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-512	1.130	-181

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-128,30	49,35	-43,78	%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,85	6,73	-1,06	%
Cash-Flow:	-512	1.130	-179	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			276	T€
Personalaufwandsquote:			32,68	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalquote:	89,52	87,41	88,04	%
Fremdkapitalquote:	10,48	12,59	11,96	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Gesamtfläche Grund und Boden	341,70	348,50	343,90	ha
davon erworbene Fläche	0,00	5,20	0,00	ha
davon übergegangene Fläche	0,00	0,50	0,00	ha
davon verkaufte Fläche	6,80	0,00	1,80	ha

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der B-Planung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle, (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadt-eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Star Parks. Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen, in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen zu entwickeln.

In der Folgezeit wurden alle Anstrengungen unternommen, einen rechtskräftigen Bebauungsplan zu erwirken. Dieser lag im Jahr 2002 vor.

Die Vermarktung des Areals erfolgte auf der Grundlage dieses Bebauungsplanes und im Einklang mit den grundsätzlichen Intentionen der in einem, eigens für das Industriegebiet gegründeten Planungsverband vereinten Gebietskörperschaften, aktuell der Stadt Halle, der Gemeinde Peißen, der Stadt Landsberg und der Einheitsgemeinde Kabelsketal.

Auf dieser Grundlage war die Stadt Halle in der Lage, bei Großprojekten, die mit Beginn des Jahres 2007 bei der Stadt Halle und ihrer Gesellschaft bezüglich einer Ansiedlung im Industriegebiet verstärkt nachgefragt wurden, ein wettbewerbsfähiges Standortangebot unterbreiten zu können.

Die überwiegend reaktiven Ansprachen von Investoren seit dem Jahr 2007 bilden sich zum einen aus direkten Anfragen von Unternehmen und zum anderen aus Anfragen von Unternehmen, die von Kooperationspartnern wie German Trade and Invest (GTal) und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH (IMG) begleitet wurden. Es handelt sich dabei um Standortanfragen von Unternehmen aus dem Bereich der verarbeitenden Industrie.

Die Anzahl der seit Beginn des Jahres 2007 zu bearbeitenden Anfragen, die Qualität und Position, die das jeweilige Standortangebot im Rahmen der Standortauswahlverfahren teilweise erreicht hat und nicht zuletzt die reale Aussicht auf kurzfristige Ansiedlungserfolge, haben die Stadt Halle in Abstimmung mit der Landesregierung dazu bewogen, etwaig noch vorhandene Standortnachteile im Zuge einer öffentlichen Erschließung des Industriegebietes zügig zu beseitigen.

Ein entsprechender, mit den zuständigen Stellen abgestimmter Antrag auf Bereitstellung von Fördermitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe wurde durch die Stadt Halle noch im Jahr 2007 gestellt. Gleichzeitig wurde zwecks Beschleunigung des Vorhabens ein Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns gestellt. Diese Ausnahmegenehmigung lag mit Wirkung ab dem 31. Januar 2008 vor. Seitdem konnte mit der öffentlichen Erschließung des Industriegebietes begonnen werden.

Ein Zuwendungsbescheid der beantragten GA-Fördermittel liegt seit dem 23. Juni 2008 vor und gestattet unter Berücksichtigung eines 10%igen städtischen Eigenanteils zunächst ein Gesamterschließungsvolumen in Höhe von Brutto 48 Mio. € umzusetzen.

Die rege Nachfrage nach Ansiedlungsflächen im Industriegebiet führte in Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium zu der Entscheidung, einen Änderungsantrag zum Zuwendungsbescheid vom 23. Juni 2008 auf die nunmehr vorzunehmende Vollerschließung vorzubereiten. Der Stadtrat der Stadt Halle hat diesem Änderungsantrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 2008 zugestimmt. Der Änderungsantrag, der nunmehr ein Erschließungsvolumen von Brutto 76,8 Mio. € beinhaltet, wurde der Investitionsbank Sachsen-Anhalt im Dezember 2008 zugereicht und durch diese mit Änderungsbescheid vom 18. Mai 2009 bestätigt.

Das Konzept einer weitergehenden, inneren Erschließung, das vom Stadtrat (V/2010/08893) in seiner Sitzung am 25. August 2010 entschieden wurde und mit dem in Form einer, in das Industriegebiet hinein zu führenden, engmaschigeren Ver- und Entsorgungsinfrastruktur auf eine hin zu Flächengrößen zwischen 5-30 ha veränderte Nachfrage entsprochen werden wird, wurde im Jahr 2011, nach Vorliegen eines ersten Änderungsbescheides der Investitionsbank vom 08. März 2011, planerisch umgesetzt.

Beginnend ab 2012 wurden die nunmehr komplett vorliegenden Ausführungsplanungen europaweit öffentlich ausgeschrieben, vergeben und realisiert. Gegenwärtig beschiedenes Investitionsende ist der 30. September 2013. Danach steht ca. ein halbes Jahr für die Erstellung und Prüfung (externes Ingenieurbüro) des Nachweises über die Verwendung der erhaltenen Fördergelder zur Verfügung.

Mit der inneren Erschließung war keine Erhöhung des bisher veranschlagten und beschiedenen Budgets in Höhe von 76,8 Mio. € verbunden, sondern sie baut auf auf positiven Vergabeeffekten und nicht mehr weiter zu verfolgenden Ausbaumaßnahmen im Bereich der Stromerschließung.

Die erhaltenen Fördermittel und die städtischen Eigenanteile an der Gesamtfinanzierung, ausgenommen die durch die EglG gemäß Stadtratsbeschlüssen selbst beizusteuern Mittel, sind entsprechend des Ablauf- und Finanzplanes zur Erschließung in den jährlichen Haushalt der Stadt Halle eingestellt und werden der EglG als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss entsprechend des Anfalls zu begleicherer Rechnungen zur Verfügung gestellt. Über das gesamte Geschäftsjahr 2012 war dieser Prozess so organisiert, dass die Gesellschaft jeweils rechtzeitig vor Fälligkeit der Rechnungen aus der Erschließung mit der erforderlichen Liquidität ausgestattet war.

B. Darstellung der Lage

Die Stadt Halle schloss im Januar 2008 mit der Gesellschaft einen Vertrag zur Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks ab. Die Stadt Halle hat durch Gesellschafterbeschluss und in Form eines Stadtratsbeschlusses aus dem September 2007 erklärt, die Gesellschaft finanziell und organisatorisch so auszustatten, dass sie ihren satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft erfolgt seitens der Stadt Halle auf der Grundlage der erteilten Zuwendungsbescheide für öffentliche Finanzierungsbeihilfen und des darin einbezogenen städtischen Eigenanteiles. Die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe und der städtische Eigenanteil sind in Summe und entsprechend dem geplanten Erschließungsablauf in entsprechenden Jahrestreichen als Einnahmen und Ausgaben in den städtischen Haushalt eingestellt und werden der Gesellschaft auf Abruf in Form eines nicht rückzahlbaren Investitionszuschusses zur Verfügung gestellt.

Organisatorische Regelungen zur korrekten und termingerechten Abwicklung des Erschließungsvorhabens wurden und werden durch entsprechende Beschlüsse der Gesellschafterversammlung getroffen. So wurde zunächst der über Jahre ruhende Vertrag zur Projektleitung und –steuerung sowie zur Generalplanung mit der Obermeyer Albis-Bauplan GmbH aktiviert. Die bis zum 15. April 2008 in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH als Nebentätigkeit ausgeübte Geschäftsführung wurde in eine Vollzeitstätigkeit in der Gesellschaft umgewandelt.

Dies war notwendig, um zum einen die akquisitorischen Aktivitäten um Ansiedlungen fachgerecht zu begleiten und zum anderen die sich aus der beschlossenen Erschließung ergebenden planerischen Aktivitäten in Angriff zu nehmen und die sich aus dem Projekt selbst ergebenden Organisations- und Steuerungsprozesse in die Hand zu nehmen.

Die sich daraus ergebenden Aufwendungen schlagen sich in der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2012 entsprechend in der Position Materialaufwand/ Bezogene Leistungen nieder. Da diese Leistungen Bestandteil des Erschließungsprojektes und dem entsprechend auch förderfähig sind, tragen sie zur Wertsteigerung des in der Bilanz unter Vorräte ausgewiesenen, noch unerschlossenen Industriegebietes bei. Da jedoch sowohl die von der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bereitgestellten Fördermittel als auch der sich aus der Antragstellung auf diese Fördermittel begründende Eigenanteil der Stadt Halle der Gesellschaft als nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt werden, mindern diese Zuschüsse die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen, tatsächlichen Erschließungsaufwendungen in erheblichem Umfang. Offen ausgewiesen wird danach nur jener Erschließungsaufwand, korrespondierend dazu demgemäß auch die Bestandserhöhung des Vorratsvermögens, der dem von der Gesellschaft gemäß Stadtratsbeschluss vom September 2007 eigenständig beizusteuern Eigenanteil entspricht.

In Höhe der im Geschäftsjahr 2012 planmäßig und in Übereinstimmung mit dem städtischen Haushalt erfolgten Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen aus nicht rückzahlbaren Investitionszuschüssen, wird demgemäß keine Wertsteigerung im Umlaufvermögen verbucht.

Die mit diversen Landwirten abgeschlossenen Pacht- und Nutzungsverträge über die Industriegebietsflächen hatten auch im Jahr 2012 Bestand soweit aufgrund der erschließungsbedingten Eingriffe die ursprünglich verpachteten Flächen auch tatsächlich von den Landwirten genutzt werden konnten. Die erzielten Pachteinahmen sind unter „Sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Frühjahr 2011 konnte eine zweite Teilfläche von 6,8 ha an den chinesischen Investor GA Pack verkauft werden. Für weitere ca. 8,0 ha wurde ein Kaufvertrag angeboten (Optionsvertrag). Im Juli 2011 begann dieser Investor mit seiner Investition, die im September 2012 planmäßig in Betrieb ging. Vereinbarungsgemäß wurde der mit diesem Grundstücksverkauf verbunden Verkaufserlös mit Inbetriebnahme für die Gesellschaft liquiditätswirksam und stützt insofern die Liquidität der Gesellschaft in 2012 ebenso maßgeblich wie die erzielten Erlöse aus der Veräußerung fertig gestellter Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung an die HWS GmbH. Da den dabei erzielten Erlösen aufgrund der zuvor beschriebenen Effekte aus den erhaltenen Fördergeldern nur in geringen Umfang kostenwirksam auszubuchende Vermögenswerte gegenüberstehen, wird das handelsbilanzielle Ergebnis entsprechend positiv beeinflusst.

Es muss leider festgehalten werden, dass anders als geplant, in 2012 keine weiteren Grundstücksverkäufe und darüber weitere Ansiedlungen von Industrieunternehmen umgesetzt werden konnten. Die gemäß Wirtschaftsplan 2012 vorgesehenen Grundstücks-Verkaufserlöse i.H.v. 2.465 T€ sind komplett ausgefallen und sind ausschließlich dafür verantwortlich, dass die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2012 statt mit einem geplanten Jahresgewinn von 244 T€ mit einem Jahresfehlbetrag von 512 T€ abschließt.

Das Jahr 2012 war insbesondere geprägt durch die innere öffentliche Erschließung des Industriegebietes mit folgenden Schwerpunkten:

Maßnahme -Mio. €-	Gesamtbudget neu (einschließlich innerer Erschließung)	Zahlungsstand 31.12.2012	Status
Wasser und Abwasser	11,1	10,0	betriebsbereit entlang Orionstraße und Str. A/B/C
Regenentwässerung	9,6	9,1	betriebsbereit
Umverlegungen	11,1	11,1	abgeschlossen
Elektroerschließung	12,7	11,2	52 MVA Leistung liegen an, MS-/NS- Erschließung entlang Orionstraße betriebsbereit
Gaserschließung fertig	2,2	2,0	Gasanschluss entlang Orionstraße und A/B/C in Betrieb
Straßenbau und Gleis	15,8	14,6	Orionstraße u. Str. A u. Gleis fertig Str. B u. C I./2013 fertig

Es ist ein Erschließungsstand erreicht, der einen jederzeitigen Baubeginn eines Ansiedlungsunternehmens sicherstellt. Bisher im Rahmen von Standortanfragen bekannt gewordene Bedarfe an Versorgungs- und Entsorgungsleistungen können vollständig abgesichert werden.

Gemäß dem Stadtratsbeschluss V/2011/10049, dem vorausgegangen waren entsprechende Beschlüsse der zuständigen Gremien der EglG wie auch bei Unternehmen der Stadtwerke, sind die fertig gestellten Anlagen entweder an die Stadt Halle als auch an verschiedene SWH-Unternehmen zu übertragen. Die aus den geschaffenen Erschließungsanlagen erwachsenden Folgekosten aus Betrieb und Unterhaltung sind gemäß diesem Stadtratsbeschluss teilweise generell durch die Gesellschaft zu tragen oder so lange zu tragen, bis der Eigentumsübergang erfolgt ist. In einigen Bereichen wird die Gesellschaft auch nach Eigentumsübergang an die einzelnen neuen Rechtsträger mit zu finanzierenden Anlaufverlusten wegen der noch ungenügenden Auslastung der geschaffenen Infrastruktur konfrontiert. Diese Folgekosten der Erschließung bestimmen sehr wesentlich die Ergebnisplanung für die Folgejahre und können von der Gesellschaft auch nur finanziert werden, wenn ihr die geplanten Erlöse aus Grundstücksverkäufen auch tatsächlich zufließen.

Speziell im Bereich der Übertragung der Energieanlagen im Star Park an die eigens zu diesem Zweck unter dem Dach der EVH GmbH gegründete Netzgesellschaft Industriegebiet A14 gab es in 2012 durch die zuständige Landesregulierungsbehörde eine Entscheidung, die in letzter Konsequenz zur Folge hat, dass die EglG diese Anlagen solange in Besitz halten wird, bis über erfolgreiche Ansiedlungen eine solche Auslastung erreicht wird, die einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglicht und somit die Grundlage für die Erteilung einer Genehmigung nach § 4 Energiewirtschaftsgesetz gegeben wäre. Bis dahin wird die EglG diese Anlagen auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Netzgesellschaft der EVH GmbH als Kundenanlage gemäß § 3 Nr. 24a EnWG betreiben, was im Hinblick auf auszugleichende Anlaufverluste deutliche Vorteile hat.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war auf der Grundlage der mit der Stadt Halle getroffenen Regelungen während des gesamten Geschäftsjahres 2012 gesichert. Für die förderfähigen Erschließungskosten aus dem Star Park waren dies die vor genannten Stadtratsbeschlüsse und die darauf basierenden Berücksichtigungen im städtischen Haushalt 2012. Für nicht förderfähige, eigene Verwaltungs- und Organisations-aufwendungen der Gesellschaft fasste der Finanzausschuss des Stadtrates in seiner Sitzung am 20. Oktober 2009 den Beschluss, der Gesellschaft aus städtischen Mitteln ein Zwischenfinanzierungsdarlehen von bis zu 551 T€ und bis zum 30. Juni 2012 zu gewähren. Die Tilgung dieses Darlehens konnte aufgrund der in 2012 erreichten Liquiditätssituation vereinbarungsgerecht und vollständig erfolgen. Die vor beschriebenen ausgebliebenen Erlöse aus Grundstücksverkäufen konnte die Gesellschaft liquiditätsseitig verkräften, da sie entsprechend der ursprünglichen Planung für den Fortgang der öffentlichen Erschließung im Star Park zur Finanzierung der mit der Stadt vereinbarten, durch die EglG selbst eben aus Verkaufserlösen beizusteuernenden Eigenmittelanteile benötigt worden wären, bedingt durch die Aufnahme der inneren Erschließung jedoch eine Verschiebung des investiven und damit finanziellen Aufwandes aus 2012 nach 2013 zu verzeichnen war. Die von der EglG noch beizusteuernenden Eigenmittel in Höhe von ca. 3,2 Mio. € sind nunmehr in 2013 aufzubringen.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Im Zusammenhang mit der beschlossenen und bereits in der Umsetzung befindlichen Erschließung des Industriegebietes hat sich die Stadt Halle als Gesellschafterin verpflichtet, die Gesellschaft so auszustatten, dass sie insbesondere ihren finanziellen Verpflichtungen aus der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zur Erschließung und Vermarktung des Industriegebietes nachkommen kann. Die Erschließungsträgerschaft ist der Gesellschaft über einen Erschließungsvertrag von der Stadt Halle übertragen worden.

Nicht förderfähige Aufwendungen der Gesellschaft, wie Geschäftsführungs- und sonstige Verwaltungskosten, grundstücksnahen Aufwendungen sowie Kosten der eigenen Projektleitung müssen zunächst durch die Gesellschaft separat aufgebracht werden.

Der sich aus der Vollerschließung für das Industriegebiet ergebende, höhere Eigenanteil der Stadt Halle (Aufstockung von 48 Mio. € auf 76,8 Mio. €) in Höhe von zusätzlich 2,8 Mio. € ist nach Beschluss des Stadtrates vom 29. Oktober 2008 (IV/2008/07494) durch die Gesellschaft selbst aufzubringen. Grundlage dafür bilden die in Aussicht stehenden Grundstücksveräußerungen an potentielle Ansiedler.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Halle hat der Gesellschaft im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2013 aus aktuellen Ansiedlungsverfahren eine Übersicht zur Verfügung gestellt, nach der die EglG in ihren Wirtschaftsplan 2013 eine Verkaufsprognose von 25 ha eingearbeitet hat.

Einen Verkaufsansatz stellt ein möglicher Grundstückstausch mit einem in Halle mit einem Werk vertretenen Unternehmen dar, nach dem die EglG von diesem Unternehmen im Gegenzug ein innerstädtisches Grundstück zur weiteren Verwertung erwerben würde und der diesem selbst eine Fläche im Star Park im Wertausgleich veräußert. Die Verhandlungen zu diesem Geschäft, die zuständigen Gremien der Gesellschaft hatten diesem bereits Zustimmung erteilt, waren zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts sehr weit voran geschritten.

Bleiben ansonsten Verkäufe ganz oder teilweise aus, ergeben sich bei Weiterführung der öffentlichen Erschließung im Jahr 2013 Finanzierungsengpässe für die EglG, die wiederum nur von der Stadt Halle überbrückt werden können.

Wie bereits ausgeführt, sind erfolgreiche Weichenstellungen für die Übertragung bereits fertiggestellter und weiter fertig zu stellender Erschließungsanlagen und diverse SWH-Unternehmungen erfolgt. In 2013 ist die Übertragung von Anlagen speziell an die Stadt Halle weiter aktiv zu forcieren. Da das Industriegebiet gemarkungsübergreifend beplant wurde und inzwischen auch erschlossen wird, bedarf es diverser Regelungen zwischen der Stadt und den betroffenen Gemeinden (Landsberg, Kabelsketal), die es für den Bereich Wasser/Abwasser bereits gibt. Eingemeindungen der nicht zur Stadt Halle gehörenden Teilflächen im Star Park würden, dabei wesentliche Erleichterungen darstellen. Grundsätzlich hat die Stadt Halle die betroffenen Gemeinden in einer gesonderten Vereinbarung von der Beteiligung an den Erschließungskosten und den Folgekosten der Erschließung freigestellt. Dafür stehen ihr auch die aus den Ansiedlungen zu erwartenden Steuer- und sonstige Einnahmen zu.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Bornknechtstraße 5 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<u>25</u>	<u>100,00</u>

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Erschließung, die Bewirtschaftung, die Entwicklung, die Vermarktung, Verwaltung und Vermietung von Immobilien sowie die Beteiligung an anderen Gesellschaften mit vergleichbarem Gesellschaftszweck einschließlich der Übernahme der persönlichen Haftung und Geschäftsführung bei diesen Gesellschaften.

Öffentlicher Zweck:

Die Gründung der stadt-eigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Der öffentliche Zweck ist in der Standortsicherung und Wirtschaftsförderung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Götte, Dieter

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Neumann, Wolfram
stellv. Vorsitzender	Röder-Kolberg, Tobias
	Bonan, Robert
	Dr. Köck, Uwe-Volkmar
	Kapetsis, Janis
	Sprung, Michael

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>8</u>

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

Anlagevermögen	0	0	1	0	1	1	-1	-100
Umlaufvermögen	155	99	153	99	118	97	2	1
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	1	1	2	2	1	100

2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
0	0	1	0	1	1	-1	-100
155	99	153	99	118	97	2	1
2	1	1	1	2	2	1	100

Bilanzsumme

157	100	155	100	122	100	2	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	---

Passiva

Eigenkapital	65	42	63	40	60	49	2	3
Rückstellungen	81	51	69	45	41	34	12	17
Verbindlichkeiten	11	7	23	15	21	17	-12	-52

T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
65	42	63	40	60	49	2	3
81	51	69	45	41	34	12	17
11	7	23	15	21	17	-12	-52

Bilanzsumme

157	100	155	100	122	100	2	1
-----	-----	-----	-----	-----	-----	---	---

bb) GuV

sonstige betriebliche Erträge	222	237	58
Personalaufwand	168	183	
Abschreibungen	1	1	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	51	52	56
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	3	5
sonstige Steuern	0	0	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	3	5
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	3	3	5

2012	2011	2010
T€	T€	T€
222	237	58
168	183	
1	1	1
51	52	56
1	2	4
3	3	5
0	0	
3	3	5
3	3	5

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	4,33	5,33	8,60	%
Cash-Flow:	3	4	5	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	111	118		T€
Personalaufwandsquote:	75,80	77,02		%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,00	0,38	0,98	%
Eigenkapitalquote:	41,55	40,45	48,88	%
Fremdkapitalquote:	58,45	59,55	51,12	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht**A. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 22. November 2000 (Beschluss Nr. III/2000/01121) wurde zum Zweck der Beplanung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes Halle-Saalkreis an der A 14 (zwischenzeitlich in „Star Park“ umbenannt) die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG (EgIG) sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, gegründet. Die Oberbürgermeisterin wurde bevollmächtigt, hierfür sämtliche erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Da der Inhalt der Satzung die Tätigkeiten der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH auf die Entwicklung des Star Parks einschränkte, hat der Stadtrat der Stadt Halle in seiner Sitzung am 19. Juni 2002 (Vorlage Nr. III/2002/02411) Änderungen in der Satzung der Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH beschlossen. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wurde beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH die Änderungen des Gesellschaftsvertrages vorzunehmen.

Die Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH mit Sitz in Halle (Saale) hat mit Datum vom 17. Juli 2002 diverse Änderungen beschlossen.

Ziel der mit Datum 3. Juni 2003 wirksam im Handelsregister eingetragenen Satzungsänderungen war, dass die Gesellschaft künftig möglichst kurzfristig und flexibel auf sich ergebende Aufgabenstellungen in den Bereichen der Entwicklung von Liegenschaften reagieren kann. Die Gesellschaft wurde mit diesen Änderungen in die Lage versetzt, vergleichbar zu der Entwicklung des Star Parks auch andere Entwicklungsmaßnahmen auszulösen, um nach entsprechendem Fortschritt der Aktivitäten die Gründung von förderfähigen Tochtergesellschaften zur Fortführung der Projekte durchzuführen.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH (EVG) nimmt als Komplementärin der EgIG deren Geschäftsführung wahr, vertritt diese und haftet für sie. Im Zuge der begonnenen und während des Geschäftsjahres 2011 weiter vorangeschrittenen öffentlichen Erschließung des Star Parks erfolgte mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle vom 25. November 2009 die Genehmigung zur Neufassung des Gesellschaftsvertrags. Zentrales Element der Neufassung ist die Erweiterung der Organe der Gesellschaft um einen Aufsichtsrat. Die notarielle Beurkundung des geänderten Gesellschaftsvertrages erfolgte am 26. November 2009, die Eintragung ins Handelsregister am 14. Dezember 2009.

Der Aufsichtsrat tagte in 2012 insgesamt dreimal und befasst sich insbesondere regelmäßig mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage, dem Jahresabschluss 2011 und dem Wirtschaftsplan 2013 sowie der Mittelfristplanung bis 2017 sowie der Weiterentwicklung und Umsetzung unternehmenskonzeptioneller Ansätze sowohl der EVG als auch als persönlich haftende Gesellschafterin der EgIG.

B. Darstellung der Lage

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Komplementärin der EgIG und damit in Ausübung der Geschäftsführung für diese Gesellschaft, war im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres 2012 geprägt von der weiteren Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks.

Die Stadt Halle beauftragte die EgIG mit der Durchführung der öffentlichen Erschließung des Star Parks. Auf der Grundlage von zwei Stadtratsbeschlüssen vom Oktober 2007 und Oktober 2008 sind die dafür erforderlichen, insbesondere finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Die Gesamterschließung mit einem Budget in Höhe von EUR 76,8 Mio. wird zu 90 % aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe bezuschusst. Ein entsprechender Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegt mit Datum 18. Mai 2009 vor.

Die Umfänge der Erschließung und die einzuhaltenden Maßgaben der Förderrichtlinien, insbesondere jedoch die Bedeutung dieses Projektes für den angestrebten Ansiedlungserfolg großer Industrieunternehmen, erforderten auch die Schaffung entsprechend handlungsfähiger organisatorischer Voraussetzungen.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung wurde die vorherige, in Nebentätigkeit ausgeübte Anstellung des bestellten Geschäftsführers mit Wirkung ab 16. April 2008 in eine Vollzeit- und ausschließlich für die Gesellschaft ausübende Tätigkeit umgewandelt.

Weitere Beschlüsse der Gesellschafterin Stadt Halle führten zum Aufbau einer, das Wirken der Geschäftsführung unterstützenden, übersichtlichen Unternehmensorganisation. Entsprechend des von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung in deren jeweiligen Sitzungen im November 2010 beschlossenen Unternehmenskonzeptes bestehen sämtliche Anstellungsverträge ab dem 01. Januar 2011 mit der EVG.

Danach soll die EVG, ihrem satzungsgemäßen Zweck folgend, Flächenmanagementaufgaben für die Stadt Halle, vordergründig im Hinblick auf Gewerbe- und Industriegebietsflächen, wahrnehmen.

Organisatorische, personelle und finanzielle Ressourcen bzw. Voraussetzungen für diese Aufgabenwahrnehmung sollen allein in der EVG vorgehalten werden. Soweit dies die Größe und Bedeutung eines Einzelprojektes rechtfertigt, können die Projekte an sich, wie im Fall der Entwicklung und Erschließung des Star Parks, in speziellen Objektgesellschaften realisiert werden, für die die EVG als Komplementärin auftritt und u. a. über entsprechende Dienstleistungsverträge mit den bei ihr vorhandenen Ressourcen tätig wird. In Abstimmung mit der Gesellschafterin Stadt Halle wurde bisher davon abgesehen, die entsprechend des beschlossenen Unternehmenskonzeptes vorgesehenen zwei Personalstellen für Projektentwickler zu besetzen.

Hauptgrund war zum Einem, dass die Umsetzung des Revitalisierungsprojektes im Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost angesichts des defizitären Haushaltes der Stadt ausgesetzt werden musste, da sich die Stadt Halle nicht in der Lage sah, die finanziellen Mittel für den nicht förderfähigen Grundstückserwerb zur Verfügung zu stellen (ca. EUR 1,1 Mio.).

Inzwischen ist dieses Projekt gänzlich aufgegeben worden.

Zum Anderen sieht die Stadt Halle gegenwärtig aus finanzieller Sicht ebenso keine Möglichkeit, ein aufzubauendes Flächenmanagement mit den erheblichen, allein durch die Stadt Halle zu finanzierenden Vorlaufkosten umzusetzen.

Der Jahresabschluss 2012 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3 (im Vorjahr: TEUR 3) aus. Die Gesellschaft legt auf der Grundlage einer entsprechenden vertraglichen, sich aus dem Gesellschaftsvertrag der EglG begründenden, Regelung den ihr aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG entstehenden Aufwand vollständig auf diese um. Weiter steht der EVG gemäß Gesellschaftsvertrag der EglG eine Vergütung für die EglG übernommene Haftung in Höhe von TEUR 1 zu.

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 13 (Vorjahr TEUR 6). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war während des gesamten Geschäftsjahres 2012 gesichert.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung/sonstige Angaben

Der Gesellschaft obliegt als persönlich haftender Gesellschafterin der EglG die Geschäftsführung dieses Unternehmens. Im Zuge der beschlossenen Erschließung des Star Parks und dessen Vermarktung wurde angesichts der damit in Zusammenhang stehenden Management-, Kontroll- und Überwachungstätigkeiten anders als noch im Jahr 2007 eine, diesen enorm gestiegenen Anforderungen angepasste, personelle und auch ansonsten organisatorische und finanzielle Ausstattung geschaffen. Die Gesellschafterversammlung hat dazu entsprechende Beschlüsse gefasst. Insbesondere auf der Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses vom 12. März 2008 wird die Geschäftsführung der eingetretenen Entwicklung Rechnung tragend, mit Wirkung ab 16. April 2008 als ausschließliche Tätigkeit durch den bestellten Geschäftsführer ausgeübt.

Im Rahmen der vorgenommenen Regelungen werden die sich daraus ergebenden vertraglichen Belange so gestaltet, dass, soweit sich dies nach dem Verursachungsprinzip auch so darstellt, alle im Zusammenhang mit der Erschließung des Industriegebietes stehenden Aktivitäten der EglG auch direkt zugeordnet werden.

Risiken ergeben sich für die EVG soweit zunächst ausschließlich aus der Geschäftsführung und Vertretung der EglG sowie durch die ihr als Komplementärgesellschaft der EglG zufallende Haftung für deren Geschäftstätigkeit, gegenwärtig somit der Erschließung des Star Parks.

Finanzielle bzw. liquiditätsseitige Risiken wurden und werden für die EVG aufgrund des mit der EglG bestehenden Vertrages zur Weiterberechnung entstehender Aufwendungen für deren Geschäftsführung und Vertretung nicht gesehen, soweit für die EglG sichergestellt ist, dass diese ihren sich aus der Erschließung des Industriegebietes und aus weiteren zugeordneten Aufgaben ergebenden finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann. Um dies zu gewährleisten, wurde durch den Finanzausschuss des Stadtrates der Stadt Halle auf entsprechenden Antrag am 20. Oktober 2009 eine Liquiditätshilfe für die EglG bis zu einer Höhe von TEUR 551 beschlossen. Diese betraf insbesondere die eigenen, nicht förderfähigen Verwaltungs- und Organisationsaufwendungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Erschließung des Star Parks, bis es gelingt, aus der Vermarktung der erschlossenen Industriegebietsflächen die Liquidität eigenständig sicherzustellen. Aufgrund Liquiditätslage in 2012 konnte dieses Darlehen vereinbarungsgemäß per 30. Juni 2012 vollständig getilgt werden. Eine weitergehende Überbrückungsfinanzierung war für den Rest des Jahres 2012 und zunächst auch für den Anfang des Jahres 2013 nicht erforderlich.

Wie bereits dargestellt, wurde die Umsetzung des ab 2011 aufzubauenden Flächenmanagements auf Bitte der Gesellschafterin Stadt Halle bis auf Weiteres ausgesetzt.

Die EVG wird mit dem Erschließungsprojekt Star Park einschließlich der inzwischen auf Grundlage eines entsprechenden Stadtratsbeschlusses und eines demgemäß gestellten Änderungsantrages, für den seit Februar 2012 ein antragsgemäßer Änderungsbescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vorliegt, angelaufenen Maßnahmen einer tieferen, inneren Erschließung im Star Park noch über das Jahr 2013 ausreichend ausgelastet sein.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2013 und der Mittelfristplanung bis 2017 wurde in den Gremien der Gesellschaft erneut über ein über die in 2013/14 abzuschließende Erschließung des Star Park und die vorzunehmende Aufstellung und Prüfung des Nachweises zur Verwendung erhaltener Fördergelder hinausgehendes, tragfähiges Geschäftsmodell beraten. In Verbindung mit der Wahrnehmung der Geschäftstätigkeit der EglG und den sich dort abzeichnenden Entwicklungsperspektiven wird von einem tragfähigen Bestand der Gesellschaft im Mittelfristzeitraum ausgegangen. Entsprechend dieser Perspektivbetrachtung fasste der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 17. Dezember 2012 den Beschluss, den Geschäftsführer der Gesellschaft für weitere fünf Jahre zu bestellen.

MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Mansfelder Straße 56 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	25	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung sowie der Betrieb des Mitteldeutschen Multimediazentrums in Halle als Dienstleistungszentrum (spezialisiertes Technologie- und Gründerzentrum), in welchem junge Firmen auf den Gebieten multimedialer Arbeiten tätig sind. Das Unternehmen ist Eigentümer der zu errichtenden Gebäude für das MMZ. Die Gesellschaft ist Ansprechpartner der Fördermittelgeber, für die Errichtung des MMZ.

Öffentlicher Zweck:

Die MMZ GmbH stellt multimediale Ausrüstung und Arbeitsplätze bereit. Damit werden die entsprechenden Unternehmen an den Standort Halle gebunden. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Standort- und Arbeitsplatzsicherung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung		Nowak, Andreas	
Aufsichtsrat	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
	stellv. Vorsitzender	Schenkel, Roger	(seit 01.01.2012, seit 13.06.2012 stellv. Vorsitzender)
		Bossmann, Claus Peter	
		Dr. Fikentscher, Rüdiger	
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Krischok, Marion	
		Prof. Dr. Antz, Christian	(seit 04.01.2012)
		Rohnke, Achim	
		Vogel-Jahn, Jürgen	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	8	7	9

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	7.777	95	8.397	91	27.681	95	-620	-7
Umlaufvermögen	445	5	866	9	1.484	5	-421	-49
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1	0	1	0	1	100
Bilanzsumme	8.224	100	9.264	100	29.166	100	-1.040	-11
Passiva								
Eigenkapital	2.064	25	1.974	21	7.690	26	90	5
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.554	68	5.948	64	20.591	71	-394	-7
Rückstellungen	439	5	1.165	13	160	1	-726	-62
Verbindlichkeiten	154	2	176	2	725	2	-22	-13
Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	1	0	0	0	12	1.200
Bilanzsumme	8.224	100	9.264	100	29.166	100	-1.040	-11

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	730	686	833
sonstige betriebliche Erträge	1.180	15.356	327
Materialaufwand	0		2
Personalaufwand	241	341	388
Abschreibungen	667	19.615	355
sonstige betriebliche Aufwendungen	873	1.555	1.019
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	211	33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	126	-5.679	-633
außerordentliche Erträge			213
außerordentliche Aufwendungen			146
außerordentliches Ergebnis			67
sonstige Steuern	36	37	35
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	90	-5.716	-601
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	90	-5.716	-601

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	12,29	-832,69	-72,16	%
Eigenkapitalrentabilität:	4,55	-74,33	-7,25	%
Cash-Flow:	757	13.899	-246	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	382	2.292	166	T€
Personalaufwandsquote:	12,60	2,13	33,40	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,56	90,64	94,91	%
Eigenkapitalquote:	25,10	21,31	26,37	%
Fremdkapitalquote:	74,90	78,69	73,63	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
vermietbare Fläche	6.432,90	6.432,90	6.432,90	m ²
Auslastung	94,10	91,10	96,30	%

e) Lagebericht**I. Darstellung des Geschäftsverlaufs****1. Gesamtentwicklung**

Die bereits in 2011 eingeleitete Restrukturierung der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2012 erfolgreich fortgeführt werden. Dies zeigt sich insbesondere an gestiegenen Umsätzen in der Vermietung und im Bereich Kinomischung. Von großer Bedeutung waren zudem die Klärung der noch offenen Rechtsstreitigkeiten aus der Bauphase und die Abrechnung der forward2business Kongresse 2006, 2010 und 2011. Was die Abrechnung der Kongresse betrifft, so konnten alle offenen Punkte planmäßig abgeschlossen werden. Bis auf zwei Verfahren konnte im Jahr 2012 alle Rechtsstreitigkeiten beendet werden. Der Honorarstreit und die Differenzen, mit dem damaligen Architekten, zur Fensterproblematik, werden die Gesellschaft auch in den folgenden Monaten weiter beschäftigen. Der Aufsichtsrat hat in insgesamt vier ordentlichen Sitzungen die Entwicklung des Mitteldeutschen Multimediazentrums positiv begleitet und die Geschäftsführung unterstützt sowie beraten.

Der Jahresabschluss 2012 schließt bei einer Bilanzsumme von 8.224.016,05 Euro und mit einem Jahresergebnis von 89.767,27 Euro ab. Neben der planmäßigen Gebäudeabschreibung tragen im Wesentlichen die Umsatzsteigerungen zum Jahresergebnis bei.

Das Ergebnis 2012 wird durch den bewilligten Verwaltungskostenzuschuss von 170.000 Euro sowie durch die Einzahlung zweckgebundener Mittel in Höhe von 228.542 Euro seitens der Gesellschafterin begünstigt.

Bis einschließlich Dezember des Berichtszeitraumes beschäftigte die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle GmbH sechs Personen inklusive der Geschäftsführung. Eine dieser sechs Personen befindet sich seit 2010 in Erziehungszeit. Somit stehen der Geschäftsführung effektiv vier Arbeitskräfte zur Verfügung.

1.1. Ertragslage

Der Umsatz erhöhte sich im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 44 TEur bzw. 6,4 % auf 730 TEur (Vorjahr 686 TEur). Diese Erhöhung resultiert insbesondere aus den gestiegenen Umsätzen der Kinomischung in Höhe von 94 TEur (Vorjahr 66 TEur) und dem Umsatzanstieg der Vermietung Tiefgarage. Der Umsatz der Tiefgarage bezieht sich auf 86 TEur (Vorjahr 67 TEur).

Darüber hinaus haben die zweckgebundenen Gesellschafterzuschüsse (gesamt 229 TEur) und der Verwaltungskostenzuschuss in Höhe von 170 TEur zum positiven Jahresergebnis nachhaltig beigetragen.

Die Abweichung im Jahresvergleich bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen und der Abschreibung begründet sich in der in 2011 berücksichtigten Verkehrswertermittlung des Gebäudes. Die hieraus resultierende Teilwertabschreibung und die daraus bedingte Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse haben das Vorjahr 2011 maßgeblich belastet.

Ergebnis verbessernd wirkten die Kostenreduzierungen, u. a. bei den Personalkosten. Diese reduzierten sich gegenüber Vorjahr 341 TEur um 100 TEur auf 241 TEur. Ergänzend konnten die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 683 TEur reduziert werden. Im Jahresvergleich begründet sich die Reduzierung vornehmlich bei den Rechts- und Beratungskosten, welche im Vorjahr durch Erhöhung der Rückstellungen das Ergebnis mit 452 TEur beeinflussten. Positiv war auch die Reduzierung der Kfz- Kosten für Dienstwagen. Diese konnten vollständig eingespart werden.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 90 TEur.

1.2. Finanzlage

Im Berichtsjahr 2012 verringerte der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit mit minus 366 TEur den Vergleichswert des Vorjahres (174 TEur). Zum einen wurde der Cashflow durch das gestiegene betriebliche Ergebnis erhöht. Zum anderen war der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr durch einen hohen Mittelabfluss im Umlaufvermögen beeinflusst.

Der Mittelabfluss im Cashflow aus Investitionstätigkeit (-56 TEur) lag um 410 TEur unter dem Vorjahreswert (-465 TEur).

Die Zahlungsmittel waren mit 381 TEur gegenüber dem 31. Dezember 2011 um 422 TEur niedriger. Dies ist vornehmlich auf die Begleichung der Gerichtsurteile zurückzuführen.

Auf Grund des laufenden Verwaltungskostenzuschusses in Höhe von 170 TEur ist die Gesellschaft in der Lage das laufende operative Geschäft weiter zu gewährleisten. Trotz höherer Umsatzerlöse können Investitionsmaßnahmen und sonstige Zahlungsverpflichtungen nur mit Hilfe der Gesellschafterin bewerkstelligt werden.

1.3. Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahr 2011 reduziert sich die Bilanzsumme um 1.040 TEur auf 8.224 TEur.

Im langfristigen Vermögen verringerten sich die Sachanlagen im Wesentlichen aufgrund der Abschreibungen um 619 TEur. Investitionen wurden in Höhe von 56 T€ getätigt, welche hauptsächlich mit dem Ausbau der ehemaligen Exklusivmietbereiche zusammenhängen.

Das kurzfristige Vermögen reduzierte sich von 866 TEur auf 446 TEur. Dies ist im Wesentlichen auf die Auszahlungen für Gerichtsstreitigkeiten zurückzuführen.

Das Jahresdefizit aus dem Jahr 2011 in Höhe von 5.716 TEuro wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 08. November 2012 mit der Kapitalrücklage in Höhe von 9.828 TEur verrechnet. Die Kapitalrücklage beträgt zum 31.12.2012 somit 4.112 TEur.

Das Eigenkapital gesamt beträgt zum Jahresende 2.064 TEur (Vorjahr 1.974 TEur) und wurde durch das Jahresergebnis in Höhe von 90 TEur erhöht.

Der Rücklagenanteil Sonderposten wird durch die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von 473 TEur reduziert und durch die Bildung des Sonderpostens für den Hochwasserschutz in Höhe von 80 TEur erhöht. Er beträgt zum Jahresende 5.554 TEur (Vorjahr 5.948 TEur).

Die Rückstellungen verringern sich gegenüber Vorjahr 1.165 TEuro um 726 TEuro auf 439 TEur. Insbesondere die Inanspruchnahme für die Gerichtsprozesse führen zu dieser Reduzierung. Darüber hinaus wurden 295 TEuro an Rückstellungen aufgelöst und 325 TEuro zugeführt. Schwerpunkt hierbei ist die gerichtliche Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Architekten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen sowie die Sonstige Verbindlichkeiten nehmen gegenüber Vorjahr (176 TEur) um 22 TEur ab.

2. Nachinvestitionen zur Gebäudeoptimierung und Entlastung der betriebswirtschaftlichen Situation im MMZ:

Die bereits in den Vorjahren begonnenen und umgesetzten Maßnahmen zur Optimierung des Wärme- und Kälteverbrauchs konnten fortgeführt werden. Insbesondere die Wärmeanschlussleistung konnte in der Jahresmitte nochmals reduziert werden. Die Anschlussleistung wurde, mittels effektiver Regel- und Steuertechnik, von ehemals 817 MW auf 500 MW reduziert.

Das Projekt zur Ertüchtigung der Verkehrs- und Nebenflächen im Gebäudeteil Kubus wurde auf die Folgejahre verschoben. Die Geschäftsleitung arbeitet aktuell mit potentiellen Nutzern an tragfähigen Konzepten zur Vitalisierung der entsprechenden Bereiche.

3. Vermietungsgeschäft

Die im Vorjahr rückläufige Entwicklung in der Vermietung konnte gestoppt werden. Die restrukturierten bzw. umgebauten Mietbereiche konnten zwischenzeitlich teilweise erfolgreich neu vermietet werden.

Die Entscheidung zur verstärkten Vermietung von Büroflächen in der Größenordnung von ca. 20 m² hat sich als richtig und wegweisend erwiesen. Von den Mietern des Hauses werden folgende Kriterien als Grund zur Einmietung genannt: Die vorhandene Infrastruktur, der gebotene Service, die aktive Netzwerkarbeit und der existenzgründerfreundliche Mietpreis. Die Nachfrage nach Büroräumen im Mitteldeutschen Multimediazentrum war im Jahr 2012 erfreulicherweise konstant hoch. So konnten die Flächen eines Großmieters, fast unmittelbar nach dessen Auszug, im August 2012, fast vollständig weitervermietet werden.

3.1. Arbeits- und Büroflächen (65 % der HNF)

Die Arbeits- und Büroflächen nehmen insgesamt 3.392,00 m² der gesamten Hauptnutzfläche (gemäß DIN 277 neu) im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle ein. Die Auslastung im Geschäftsjahr 2012 lag bei durchschnittlich 94,1%. Dieses entspricht einer Steigerung von 3,0 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 2011 (91,1%). Bedingt durch die hohe Anzahl Neumietler, reduzierten sich die durchschnittlichen Mieterlöse pro m² gegenüber Vorjahr (4,25 Euro) um 0,14 Euro auf 4,12 Euro.

3.2. Produktionsbereiche (16 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Die Zielvorgabe in der Kinomischung in Höhe von 50.000 Euro konnte mit einem realisierten Umsatz von 94.771,71 Euro deutlich erfüllt werden. Dieses gute Ergebnis ist auch auf das deutlich verbesserte Dienstleistungsangebot, insbesondere durch den technischen Support durch die im Haus ansässige Firma, zurückzuführen.

Der Gedanke einer halleschen Postproduktionsallianz konnte, insbesondere durch die Neuansiedlung einer aus dem internationalen Filmgeschäft bekannten Firma, weiter vorangebracht werden. Dieser wurden bewußt Mietflächen in unmittelbarer räumlicher Nähe zu bereits vorhandenen Studiobereichen angeboten. Ziel ist es nach wie vor eine Allianz aus bild- und tonverarbeitenden Firmen am Standort zu fördern.

3.3. Präsentations- und Konferenzräume sowie Foyers und sonstige Bereiche (15% der gesamten Hauptnutzfläche)

Wie bereits im Jahr 2011 konnten auch im Berichtszeitraum erneut höhere Umsatzerlöse erzielt werden. Die Zielmarke von 30.000 Euro wurde mit 37.785,23 Euro und somit rund 8.000 Euro über Soll erfüllt.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 117 Veranstaltungen (Vorjahr 100) durchgeführt. Der durchschnittliche Umsatz pro Veranstaltung konnte von 300 Euro im Vorjahr mit ca. 323 Euro in 2012 leicht gesteigert werden. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen, welche durch ihr überdurchschnittlich hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Flexibilität zur Umsatzsteigerung beigetragen haben.

3.4. Cafeteria (4 % der gesamten Hauptnutzfläche)

Seit November 2011 wird die Cafeteria durch einen neuen Betreiber bewirtschaftet.

Die Gesellschaft arbeitet zusätzlich mit weiteren Catering-Anbietern, um den verschiedenen und zum Teil anspruchsvollen Kundenwünschen gerecht zu werden.

3.5. Tiefgarage im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle

Die Umsätze in der Tiefgarage, mit insgesamt drei Tiefgaragenebenen und 218 Stellplätzen, konnten in 2012 nochmals gesteigert werden. Hervorzuheben ist die Nachfrage an Dauerstellplätzen. Diese erwies sich als Hauptfaktor für positive Entwicklung.

Im Vergleich zu 2011 (129 Stellplätze) waren in 2012 (161 Stellplätze) durchschnittlich 32 Stellplätze mehr dauerhaft vermietet.

4. Netzwerkarbeit sowie innovative Projektentwicklung

Als weiterer Unternehmenszweck ist die Förderung innovativer und spannender Konzepte für das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle, als Netzwerk- und Knotenpunkt der Medienbranche in Sachsen-Anhalt, nach wie vor eine der wichtigsten Aufgaben. Aus diesem Grund bringt sich die Gesellschaft regelmäßig in ausgewählte Projekte als Co- und/oder Hauptveranstalter mit ein. Dazu zählen Besuche diverser Fachmessen (u.a. Cebit) und Kongresse ebenso wie die Organisation und Durchführung eigener Events.

Die Vernetzung mit der Martin- Luther-Universität Halle-Wittenberg und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen am Standort hat zudem an Bedeutung gewonnen.

Im Jahr 2012 wurden zwei neue Veranstaltungsformate entwickelt. Mit der MMZ-Media-Lounge sollen gezielt Entscheider der regionalen Medienbranche angesprochen und vernetzt werden. Die Kontakte der MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH dienen in diesem Zusammenhang als „Türöffner“ zu exklusiven Veranstaltungsorten und etablierten Medienfirmen. Darüber hinaus wurde mit der Veranstaltung „Medien für den Mittelstand“ erstmalig eine Brücke zwischen der Handwerkskammer Halle, dem BVMW Sachsen-Anhalt Süd und der Medienbranche geschlagen. Beide Veranstaltungsformate

Darüber hinaus brachte sich die Gesellschaft bei folgenden Veranstaltungen als Kooperationspartner oder Unterstützer ein:

- INSIDE Night - 7. Februar 2012
- Mitteldeutsche Regionalkonferenz (MIRKO) 2012 - 27.-29. April 2012
- Nanospot Festival - 5. Juli 2012
- forward2business 2012 - 26.-27. September 2012
- 5. Filmmusiktage Sachsen-Anhalt - 25.-27. Oktober 2012

II. Voraussichtliche Unternehmensentwicklung

1. Gesamtentwicklung

Trotz der anhaltend guten Nachfrage nach Büroflächen mit ca. 20 m² Fläche wird der Schwerpunkt in den kommenden Jahren dennoch weiter auf der Vermietung liegen. Nach dem Abschluss der Umbauarbeiten (in 2013) der ehemaligen Großbereiche wird es durch die der Nachfragesituation geschuldeten kleinteiligen Vermietung zu einem höheren Arbeits- und Betreuungsaufwand kommen. Die Leerstandquote sollte mit 11% -12% für die Folgejahre realistisch erscheinen.

Aufgrund der Förderrichtlinien und der damit beschränkten Mietdauer im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Förderrichtlinien der Europäischen Union sehen vor, dass die Vermietungsdauer nicht mehr als höchstens 8 Jahre betragen darf), müssten weitere Erstmietern ab dem Jahr 2013 sukzessive das Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle verlassen. Allerdings wurden hier seitens des Fördermittelgebers die Restriktionen gelockert, sodass eine längere Mietdauer unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist.

Die Unternehmensansiedelung und Existenzgründerförderung im Bereich der Medien- und Kreativwirtschaft ist und bleibt weiterhin das primäre Ziel des Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle. Für eine zielgerichtete Beratung der Gründerunternehmen und Mieter stehen weiterhin bewährte Partner, wie die Univations GmbH, das Dienstleistungszentrum für Wirtschaft der Stadt Halle (Saale), die Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale) und das Network KMU der Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Verfügung.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklungen

Im Jahr 2012 konnte beobachtet werden, wie sich die Medienbranche weiter verändert. Mittlerweile setzt sich die Branche nicht mehr ausschließlich aus Filmfirmen zusammen. Der gesamte Onlinesektor gewinnt immer mehr an Bedeutung. Firmen die Handy-Apps, Online-Shops, Cloud-Anwendungen, Video-on-demand-Lösungen oder sonstige Software produzieren, wachsen derzeit sehr schnell. Dies kann man auch an der Mieterstruktur im MMZ erkennen. Die Bereiche Film-Produktion und –Postproduktion sind zwar immer noch sehr stark vertreten, der technologische Fortschritt erfordert jedoch nicht mehr so viel Personal- und Raumkapazitäten, wie noch vor einigen Jahren. Im Gegensatz dazu wächst der Bedarf an Serverräumen und Hochgeschwindigkeits-Internetverbindungen rasant. Diesen Bedarf zu decken wird eine wichtige Aufgabe zur Entwicklung der Region sein, denn im Onlinebereich sind hallesche Unternehmen absolut konkurrenzfähig. Selbst im Vergleich mit wesentlich größeren Standorten wie Berlin oder Hamburg.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Die Stadt Halle verfügt über eine einzigartige und breitgefächerte Wissenschaftslandschaft. Mehrere Institute und Forschungseinrichtungen mit internationalem Renomé haben ihren Hauptsitz in der Saalestadt. Es erscheint daher nur logisch das wissenschaftliche Know-how mit den Kompetenzen der lokalen Medienbranche zu vernetzen.

Aus Sicht der MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH spielt das Department für Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in diesem Zusammenhang eine außerordentlich wichtige Rolle. Daher wurde gegenüber den politischen Akteuren und Entscheidungsbefugten deutlich gemacht, dass es ohne das im Haus ansässige Institut keine zukunfts- und richtungsweisende Entwicklung des Medienstandortes geben kann, worauf eine Verlängerung des in 2013 auslaufenden Mietvertrages vollumfänglich bekundet und erbeten wurde. Die Geschäftsführung ist angehalten, entsprechende Vertragsverhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen.

3. Vermietungsgeschäft

Die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH bewegt sich, trotz der positiven Entwicklung, weiterhin in einem risikobehafteten Marktumfeld. Die regelmäßigen starken wirtschaftlichen Schwankungen betreffen nicht nur die eingemieteten, meist im Aufbau begriffenen Unternehmen, sondern zwangsläufig auch die Gesellschaft selbst. Die weitere finanzielle Begleitung der Stadt Halle (Saale) zur Unternehmenssicherung wird weiterhin erforderlich bleiben.

Bei den prognostizierten Jahresfehlbeträgen in den nächsten Jahren in Höhe der mit der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschuss saldierten Abschreibung ist die Gesellschaft selbst nicht in der Lage, für solche wirtschaftlichen Krisenzeiten entsprechende Rücklagen zu bilden. Ohne den Zufluss von Mitteln der Gesellschafterin besteht weiterhin ein Risiko in der Liquidität. Insbesondere wenn im hoch- volatilen Bereich der Kinomischung die avisierten Einnahmen ausbleiben. Eine Kompensation möglicher Ausfälle durch die Vermietung von Büroflächen ist aufgrund der begrenzten Fläche und Restriktionen nicht möglich. Auch aus diesem Grund ist der Verbleib der Universität als fester Bestandteil und Ankermieter im Mitteldeutschen Multimediazentrum von enormer Bedeutung.

4. Bewirtschaftung der Immobilie

Die alleinige Gesellschafterin hat zum Ende des Jahres kurzfristig auf das latente Risiko des Hochwasserschutzes reagiert und der Gesellschaft 80.000 Euro, zur Umsetzung der ersten Hochwasserschutzmaßnahmen, zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind vor allem für Maßnahmen zur Auftriebssicherung bei Extremhochwasser gedacht. Eine dieser Maßnahmen besteht darin, die Gebäudelast im Ernstfall zu erhöhen. Hierfür müssen die Bereiche der untersten Tiefgaragenebene (-4) für einen kontrollierten Wassereintritt vorbereitet und sensible Technikbereiche geschützt werden. Ergänzend wird ein mechanischer Schutz, an der zur Saale zugewandten Fensterfront, benötigt. Die Realisierung der Maßnahmen ist für 2013 geplant.

Darüber hinaus werden die Instandhaltungskosten in den Folgejahren steigen und die Ergebnisentwicklung ebenfalls beeinflussen. Kleinstreparaturen sind als Kostennoten in der Mehrjahresplanung aufgezeigt. Größere finanzielle Belastungen für die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH und die Gesellschafterin könnten durch mögliche Reparaturen am Gebäude, wie beispielsweise die Sanierung der Fassade oder die Instandsetzung defekter Umkehrdächer, entstehen.

Die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH verfügt über keine zusätzlichen finanziellen Mittel, um einer möglichen Wertminderung durch Verschleißerscheinungen entgegenzuwirken.

5. Aus der Investitionstätigkeit resultierende betriebswirtschaftliche Risiken

- Risiken aus schwebenden und laufenden Verfahren

In dem seit 2006 anhängigen Verfahren mit einem insolventen Bauunternehmen wurde seitens des Landgerichtes Halle, nach einem gescheiterten Vergleichsversuch mit dem Insolvenzverwalter, am 12. Dezember 2011 das Urteil zu den baulichen Rechtsstreitigkeiten aus der Errichtungsphase verkündet. Danach sollte die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH einen Betrag von 697 TEUR zzgl. Zinsen in Höhe von 373 TEUR zahlen. In der, von der Rechtsvertretung des MMZ empfohlenen, Berufung wurde das Urteil auf 364 TEUR zzgl. Zinsen in Höhe von 207 TEUR reduziert. Die Gesellschafterin (Stadt Halle) hat daraufhin die fehlende Liquidität, in Höhe von 168.542 Euro, zur Begleichung des Urteils, der Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Der Urteilsbetrag nebst Zinsen wurde im Geschäftsjahr 2012 an die Gegenseite ausgekehrt. Seitens der Gegenseite wurde Nichtzulassungsbeschwerde zur Revision vor dem Bundesgerichtshof eingelegt. Diese wurden zwischenzeitlich durch die Beschwerdeführerin zurückgenommen. Das Verfahren ist damit rechtskräftig beendet.

Ein weiteres, seit 2008 offenes Verfahren, umfasst den vor Gericht anhängigen Streit mit dem Architektenbüro.

Das klagende Architektenbüro fordert nach nochmaliger Korrektur (Juni 2012) eine Schlusszahlung in Höhe von nunmehr 527.462 Euro zzgl. 8 Prozentpunkten Zinsen über dem Basiszinssatz, seit dem 10. November 2006. Die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH geht, nach intensiver Prüfung der Resthonoraransprüche des Architekten, weiterhin von einer Überzahlung in Höhe von 245.000 Euro aus. Konsequenterweise hat die Gesellschaft diese Ansprüche widerklagend geltend gemacht.

Die Widerklage wurde bereits im Dezember 2011, um die Mängelbeseitigungskosten in Höhe von 204.739,77 nebst Zinsen und Rechtsanwaltskosten, aus dem selbstständigen Beweissicherungsverfahren, in Bezug auf die mangelhaften Kippfenster im Gebäudeteil Schwebekörper, ergänzt. Der gerichtlich bestellte Gutachter hat Anfang 2013 das 3. Nachtragsgutachten vorgelegt.

Die Verfahrensgesamtdauer lässt sich nach Einschätzung der Rechtsvertretung nicht absehen. Die Anwaltskanzlei der Gegenseite hat zwischenzeitlich auf das Angebot der MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH reagiert und die Möglichkeit zur Vergleichsbereitschaft eingeräumt.

Im Verfahren zur Verlegung des Terrazzostrichs im Gebäude, in welchem man im Jahr 2011 mit einem selbstständigen Beweissicherungsverfahren unterlag, konnte im April 2012 ein Vergleich geschlossen werden. Die Gegenseite verwies ursprünglich auf eine Restwerklohnforderung in Höhe von 119.829,70 Euro. Die Angelegenheit konnte letztlich mit Zahlung eines Vergleichsbetrages von 60.000 Euro beendet werden.

Die, in einem weiteren Beweissicherungsverfahren aufgezeigten, Ausführungsmängel gegenüber dem damaligen Errichter der Trockenbauwände konnten durch das in 2012 vorgelegte Ergänzungsgutachten nicht bekräftigt werden. Das Gutachten verweist auf eine fehlerhafte Planung der Architekten. Die Rechtsvertretung der Gegenseite fordert abschließend die Erstattung verauslagter Mittel in Höhe von 3.078,66 Euro. Ein entsprechender Erstattungsantrag wurde bei Gericht bisher nicht eingereicht.

In den Prozessen mit der vormaligen Geschäftsführung und dem ehemaligen Mitarbeiter für die Kinomischung wurden seitens der Rechtssprechung Urteile gefällt.

Die, durch den ehemaligen Mitarbeiter der Kinomischung klageweise, geltend gemachte Forderung einer Gewinnbeteiligung für die Jahre 2008 und 2009 wurde stattgegeben.

Die MMZ Mitteldeutsche Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH wurde verurteilt, einen Betrag in Höhe von 13.810,54 Euro nebst Zinsen von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit dem 02.01.2012 auszuführen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen. Der Urteilsbetrag nebst Zinsen wurde am 22. Februar 2013 an die Gegenseite ausgezahlt.

Die Auseinandersetzung mit der vormaligen Geschäftsführung konnte mit einem Vergleich vor dem Oberlandesgericht Naumburg beendet werden. Die Vergleichszahlung in Höhe von 50.720,91 Euro wurde am 21. Dezember 2012 ausgezahlt.

III. Besondere Vorgänge nach dem Abschlussstichtag

Wesentliche Vorgänge nach dem Abschlussstichtag haben sich nicht ereignet.

Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
 Marktplatz 13
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	14	55,00
Förderverein Pro Halle e.V.	6	25,00
Förderverein Region Halle (Saale) e. V.	3	10,00
City-Gemeinschaft Halle e.V.	1	5,00
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

Öffentlicher Zweck:

Konzipierung, Positionierung und Vermarktung eines unverwechselbaren Profils der Stadt Halle im nationalen und internationalen Rahmen. Die Gesellschaft führt Tätigkeiten im öffentlichen Interesse aus. Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sofern sie wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sind diese lediglich untergeordneter Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich erscheinen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Voß, Stefan

c) Beteiligungen

unmittelbar	T€	%
Genossenschaft Volksbank Halle e. G.	0	0,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	44	13	41	12	22	9	3	7
Umlaufvermögen	281	86	288	85	210	87	-7	-2
Rechnungsabgrenzungsposten	4	1	10	3	10	4	-6	-60

Bilanzsumme	329	100	339	100	242	100	-10	-3
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	135	41	111	33	107	44	24	22
Rückstellungen	77	23	72	21	42	18	5	7
Verbindlichkeiten	117	36	115	34	92	38	2	2
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	41	12	1	0	-41	-100

Bilanzsumme	329	100	339	100	242	100	-10	-3
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	589	486	581
sonstige betriebliche Erträge	1.211	1.208	1.194
Materialaufwand	174	142	108
Personalaufwand	747	722	724
Abschreibungen	11	14	11
sonstige betriebliche Aufwendungen	844	812	931
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	24	5	1
sonstige Steuern	1	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23	4	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	23	4	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,95	0,84	0,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	20,88	3,82	0,77	%
Cash-Flow:	35	18	12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	78	77	74	T€
Personalaufwandsquote:	41,51	42,61	40,79	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	10,62	11,83	8,28	%
Eigenkapitalquote:	40,96	32,94	44,40	%
Fremdkapitalquote:	59,04	67,06	55,60	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Anzahl Messeteilnahmen	10,00	11,00	13,00	Anzahl
Anzahl organisierter Events, Veranstaltungen	64,00	67,00	63,00	Anzahl
Teilnehmer an Stadtführungen	34.961,00	38.127,00	31.514,00	Anzahl

e) Lagebericht

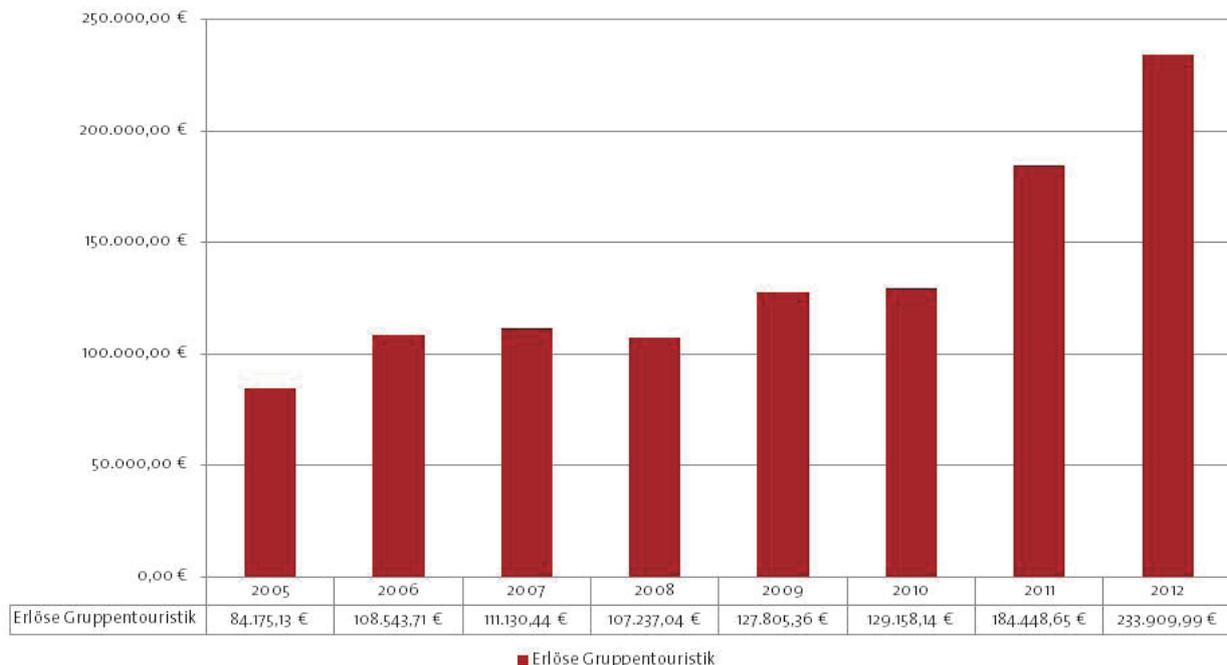
Vorbemerkungen: Wo wir stehen

Das bundesweite Image der Stadt Halle (Saale) und die Besucherzahlen haben sich in 2012 trotz schwieriger konjunktureller Rahmenbedingungen weiter verbessert. Das Stimmungsbarometer steht auf Grün. Mehr noch: Die Fokussierung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH (SMG) auf die Kernthemen Kultur, Wissenschaft und Tourismus, der Ausbau von Partnernetzwerken mit der Wirtschaft sowie touristischer Netzwerke mit Reiseveranstaltern und Journalisten haben sich bewährt. Ca. 70 Prozent aller regional und national veröffentlichten Medienberichte über die Markensäulen der SMG sind positiv.

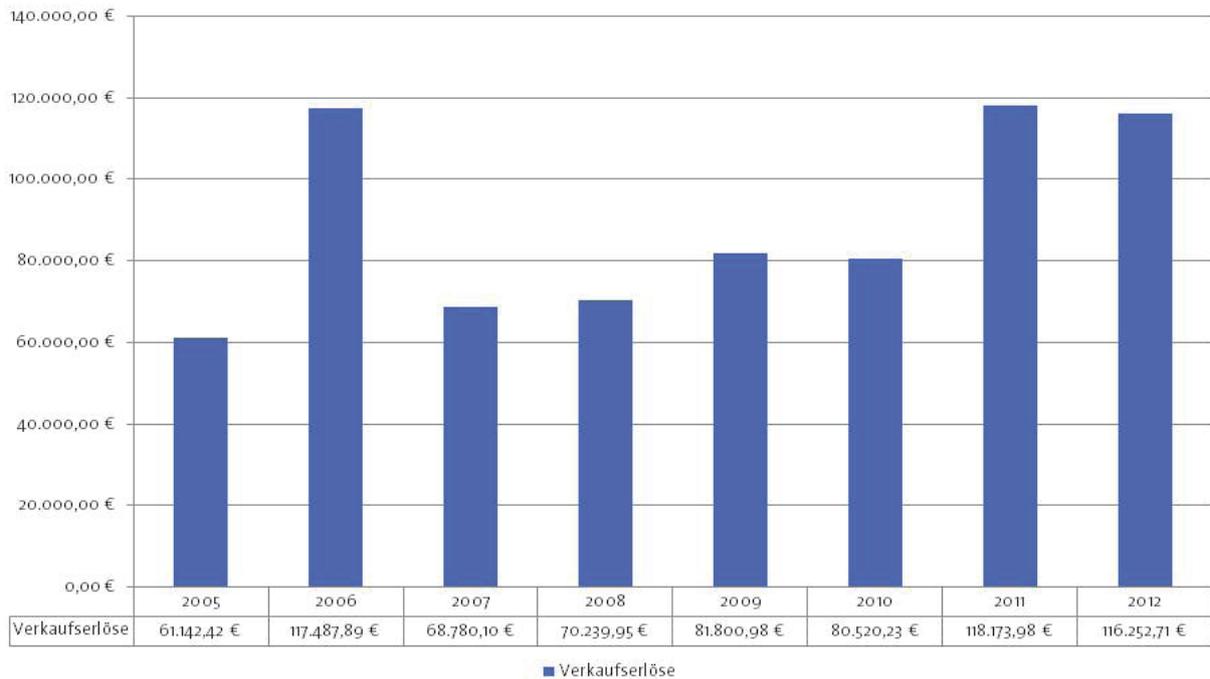
Die Fokussierung auf Image-Bildung und touristische Verkaufsförderung und dazu wiederum auf zu vermarktende Themen und Marketingstrategien trägt Früchte. Die touristischen Besucherzahlen steigen stetig und haben 2012 einen Rekordstand erreicht. Der Anteil der Übernachtungen in Halle stieg um knapp 9 Prozent, der ausländischer Gäste um nahezu ein Drittel. Die hiervon ausgehende Wertschöpfung kommt nicht nur Inhabern von Beherbergungsbetrieben zugute. Zu den Profiteuren zählen neben Gastgewerbe und Gastronomie auch Einzelhandel und Dienstleistungen (z. B. Eintrittspreise für kulturelle Veranstaltungen, Museen, Erlebnisbäder, Sportveranstaltungen, Nutzungsgebühren z. B. für lokale Transportmittel wie ÖPNV und Taxi sowie Parkgebühren).

Auch die Verkaufserlöse in der Tourist-Information haben sich in den vergangenen Jahren stabilisiert und im Vergleich zu den Jahren 2005 bis 2009 im Schnitt um 35.000 Euro p.a. erhöht, die Umsätze der Gruppentouristik sogar verdoppelt. Die Verdopplung der Marketingerlöse im Vergleich zu den Jahren 2007-2009 gewährleistet nicht nur eine ungleich größere Schlagkraft und Anzahl an Marketingmaßnahmen, sondern führt in der Kostenerlösfunktion zu einer durchschnittlichen Einsparung von 65.000 Euro p.a.

Erlöse Gruppentouristik und Stadtführungen 2005 - 2012



Verkaufserlöse 2005 - 2012



Überblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

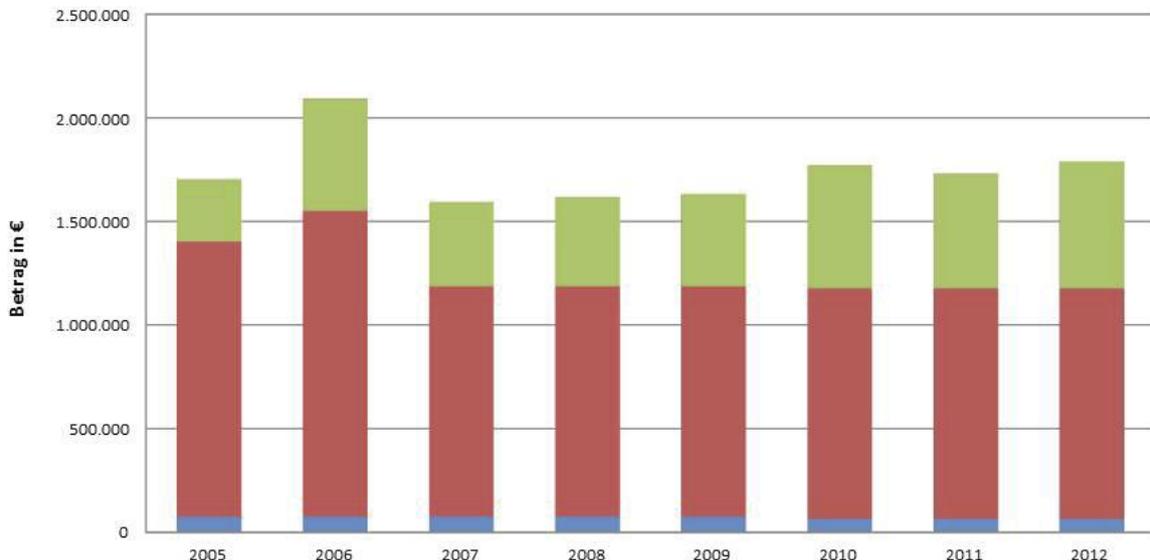
Der aus dem Jahresabschluss 2011 resultierende Gewinnvortrag von 86.486,02 Euro wurde 2012 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Höhe des institutionellen Zuschusses blieb in der Gesamtsumme gegenüber den Vorjahren unverändert und betrug von Seiten der Stadt Halle 1.111.300,00 Euro sowie vom Gesellschafter „Förderverein Pro Halle e.V.“ 65.000,00 Euro.

Was den Wirtschaftsplan 2012 der SMG betrifft, so sollte sich der institutionelle Zuschuss seitens der Stadt eigentlich um 200.000,00 Euro erhöhen. Diese 200.000,00 Euro standen jedoch unter vorläufiger Haushaltssperre und wurden auch nicht in Anspruch genommen.

Die Eigenerlöse der SMG stiegen im Vergleich zum Vorjahr von 554.271,25 Euro auf 613.300,65 Euro in 2012. Dies entspricht einer Steigerung auf 110,7 Prozent. Großen Anteil an den Eigenerlösen hatten die Einnahmen aus Stadtführungen und Gruppentouristik, die mit 61,32 Prozent (39.448,65 Euro) über dem Plan lagen.

Zwar wurden für Projekte 2012 rund 40.000,00 Euro weniger als geplant eingeworben, jedoch hat die SMG diese Differenz durch höhere Einnahmen von Partnern für Beteiligungen an Druckerzeugnissen (rund 38.000,00 Euro) sowie an Messen (rund 7.500,00 Euro) mehr als ausgeglichen. Die Höhe der für Marketing-maßnahmen akquirierten Mittel schwankt von Jahr zu Jahr beträchtlich und hängt wesentlich von der Art der Projekte ab (siehe 2010 „Public Viewing“ 142.350,88 Euro). In den Jahren 2011 und 2012 gab es 1. kein Event von vergleichswieser Strahlkraft, und 2. sieht die SMG ihre Kernaufgabe nicht im Event-Marketing.

Entwicklung der Zuschüsse und Eigenerlöse in €



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Eigenerlöse	301824,87	543349,68	407481,37	432116,19	446442,87	594440,84	554271,25	613300,65
Zuschuss Stadt	1327300	1475300	1111300	1111300	1111300	1111300	1111300	1111300
Zuschuss Wirtschaft	75000	75000	75000	75000	75000	65000	65000	65000

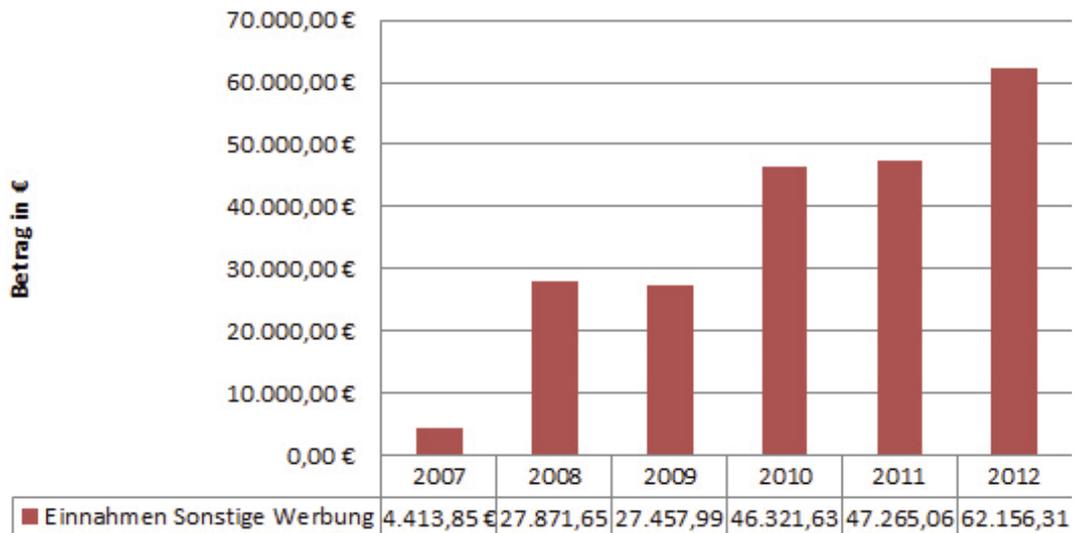
Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplans der SMG für 2012 war geplant, das Sortiment des Uni-Shops zu übernehmen und in der Tourist-Information zu verkaufen. Daher wurde der Planansatz für zu erzielende Verkaufserlöse um 50.000,00 Euro erhöht. Da die Sortimentsübernahme nicht erfolgte, konnte die Tourist-Information die geplanten Erlöse nicht erzielen. Dafür bestand das Untervermietungsverhältnis gegenüber dem Uni-Shop auch 2012 fort, so dass daraus nicht mehr eingeplante Einnahmen flossen.

Weiterhin plante die SMG im Jahr 2012 mit 84.000,00 Euro für das „Jahr der Wissenschaft“, davon ca. 42.000 Euro aus dem Preisgeld des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (Bewerbung als „Stadt der Wissenschaft“). Davon wurden Projekte zur „Wissenschaft in Halle“ (z. B. „Lange Nacht der Wissenschaften“ oder „Wissenschaftssommer“) realisiert. Von den tatsächlichen Kosten der SMG in Höhe von 86.004,09 Euro wurden jedoch nur ca. 15.000,00 Euro aus dem Preisgeld des Stifterverbandes gedeckt. Weitere ca. 30.000,00 Euro wurden von anderen Partnern eingeworben. Der Rest wurde aus Eigenmitteln finanziert.

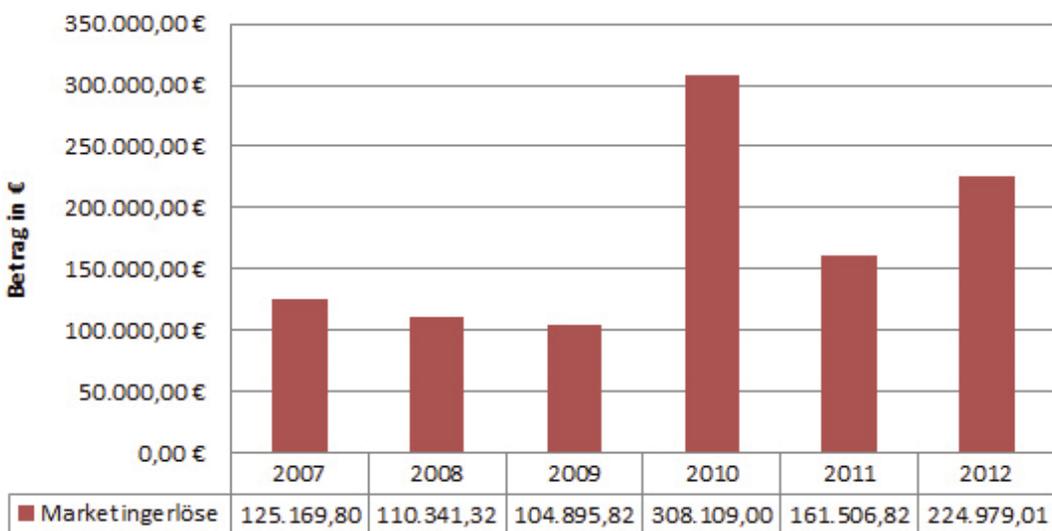
Lässt man die unter Haushaltssperre stehenden 200.000 Euro unberücksichtigt, wurden die geplanten Einnahmen mit 47.400,65 Euro überschritten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden Mehreinnahmen von 59.029,40 Euro erzielt.

Auf der Ausgabenseite musste die SMG 2012 natürlich die 200.000 Euro nachträglich kürzen, die aufgrund der Haushaltssperre nicht als institutioneller Zuschuss geflossen, aber in den geplanten Ausgaben noch enthalten sind. Daher wurden auch die geplanten Mittel für Personalkosten mit 32.095,61 Euro nicht ausgelastet. Die Ausgaben für Pauschalkräfte wurden – bedingt durch einen hohen Krankenstand in der Tourist-Information sowie eine Vielzahl von zusätzlichen Verkaufsaktivitäten und verlängerte Öffnungszeiten – mit 9.259,50 Euro überschritten.

Einnahmen Sonstige Werbung



Marketingerlöse inkl. Projekte



In den geplanten Kosten für Wareneinkauf ist die SMG bei der Planausarbeitung davon ausgegangen, dass auch das Sortiment des Uni-Shops eingekauft werden müsse. Da dies nicht eintrat, liegen die Ausgaben für Wareneinkauf nur bei 75,94 Prozent zum Plan. Die Ausgaben für Stadtführungen und Gruppentouristik liegen mit 37.009,79 Euro über der Plangröße, da auch die Einnahmen enorm gestiegen sind.

Einsparungen wurden 2012 in der Position Leasing/Miete für Geräte (z.B. Kopierer, Fax) durch günstigeren Neuabschluss nach Ablauf von Altverträgen erreicht. Die Ausgaben für Mitgliedsbeiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr gleichfalls reduziert, da die SMG z.B. die Mitgliedschaft in dem Bundesverband mittelständischer Wirtschaft kündigte.

Der noch 2011 von der Stadt Halle überwiesene Investitionskostenzuschuss in Höhe von netto 40.168,07 Euro für das Online-Informations- und Buchungssystem wurde durch die komplexe Ausschreibungsgestaltung, Ausschreibung, Pitches und Briefing-Gespräche erst 2012 ausgegeben. Dies war im Wirtschaftsplan 2012 ausdrücklich so berücksichtigt. Die Ausgaben spiegeln sich in der Position Investitionen mit einer Gesamtsumme von 54.263,88 Euro wieder.

Die geplanten Aufwendungen für projektbezogene Maßnahmen in Höhe von 316.000,00 Euro hat die SMG mit 253.343,95 Euro ausgelastet. Die finanzielle Beteiligung von Projektpartnern ist beachtlich. Die Differenz beruht auf verschobenen, abgesagten oder veränderten Projekten, die regelmäßig inhaltlichen und zeitlichen Verschiebungen unterliegen. Da die SMG ihren institutionellen Zuschuss in vier gleichhohen Raten quartalsweise erhält, es unterjährig allerdings einen erhöhten Finanzbedarf z. B. durch mehrere Projekte in einem Quartal geben kann, sind finanzielle Engpässe an Barmitteln unterjährig nicht auszuschließen. Dies war z. B. in den Monaten Juni, Juli und August der Fall. Die Überschreitung der Ausgaben für sonstige Werbung (Druckerzeugnisse, Banner, Anfertigung von Merchandising-Artikeln) wurde aus wesentlich höheren Einnahmen als geplant finanziert sowie aus den in anderen Positionen eingesparten Mitteln.

Da ein positiveres Jahresergebnis als 2011 erzielt wurde, hat sich auch die Ertragslage gegenüber dem Vorjahr erheblich verbessert. Aus der Kennziffer „Cash-Flow“ ist ersichtlich, dass die Selbstfinanzierungskraft der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH nach dem Jahr mit dem negativen Betriebsergebnis enorm angestiegen ist.

Kennzahlen der Ertragslage

Kennziffer	2012	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität	3,95	0,84	0,14	-8,29	%
Eigenkapitalrentabilität	20,88	3,82	0,77	-24,62	%
Cash-Flow	35	18	12	-23	T€

Einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung der SMG gibt folgende Übersicht mit Kennziffern aus den Jahren 2008 bis 2012:

Kennziffer	2012	2011	2010	2009	2008
	T€	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	589	486	581	420	380
sonst. betriebliche Erträge	1.211	1.208	1.194	1.215	1.236
Materialaufwand	174	142	108	120	119
Personalaufwand	747	722	724	694	608
Abschreibungen	12	14	11	12	15
sonst. betriebliche Aufwendungen	844	812	932	846	874
sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	0	1	0	2	7
Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	24	5	1	-35	6
sonst. Steuern	1	1	0	0	0
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	23	4	1	-35	6

Mit Ausnahme der Aufwendungen für Weiterbildung (Mehrausgaben von 945,47 Euro, bedingt durch verstärkte Schulungen für Mitarbeiter im Bereich Online/Neue Medien) bleiben alle weiteren Ausgabepositionen (z. B. Reisekosten, Kfz-Kosten, Porto, Telefon, Büromaterial, Rechts- und Beratungskosten sowie Buchführungskosten) unter der geplanten Größe.

Die SMG schließt das Wirtschaftsjahr 2012 mit einem Plus von 23.281,04 Euro ab. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit dem Weihnachtsmarkt und anderen Projekten Ausgangsrechnungen mit hohen Beträgen erst im Dezember gestellt werden konnten, so dass auch die Geldeingänge erst Mitte Dezember erfolgten und nur noch teilweise ausgegeben werden konnten: z. B. Ausgangsrechnungen an EDEKA für Adventskalender (8.080,00 Euro netto), an die MLU (21.074,63 Euro netto) oder ans Stadtmuseum (8.453,42 Euro netto).

Der Erfüllungsstand der Positionen des Wirtschaftsplanes wird monatlich durch die Geschäftsleitung überwacht und in den Gesellschafterversammlungen erläutert.

Mit der sinkenden Sachanlagenintensität 2012 verringert sich die zeitliche Bindung finanzieller Mittel. In der Regel sinken damit auch die Fixkosten. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote gegenüber dem Vorjahr sagt aus, dass der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital gestiegen ist. Damit ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital gesunken.

Im Jahresabschluss wurden alle dem Unternehmen bekannten Vorgänge, die das Jahr 2012 betreffen, erfasst.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

Kennziffer	2012	2011	2010	2009	Angaben in
Umsatzrentabilität	3,95	0,84	0,14	-8,29	%
Eigenkapitalrentabilität	20,88	3,82	0,77	-24,62	%
Cash-Flow	35	18	12	-23	T€

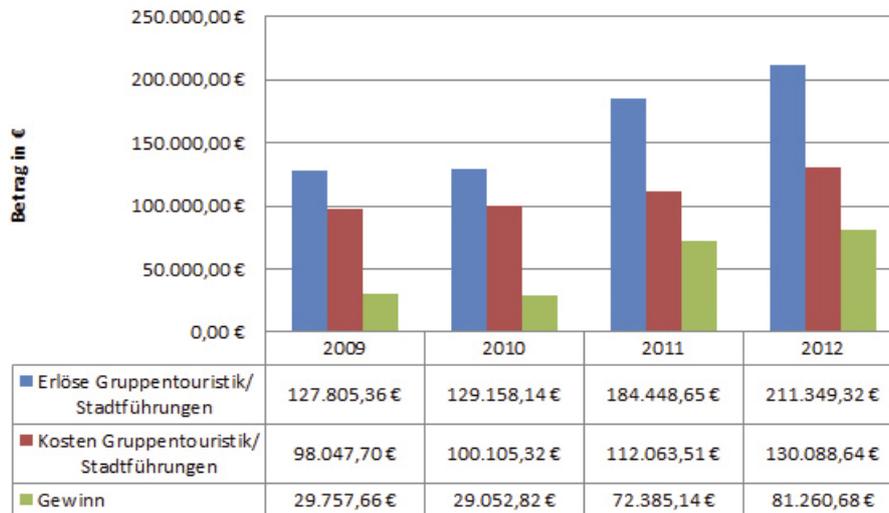
Tourist- und Tagungsservice (TTS): Besucher verliebt in Halle

Die Erlöse für Stadtführungen und Gruppen-Arrangements stiegen in 2012 mit 233.910 Euro (gegenüber 184.449 Euro in 2011) um fast ein Viertel an. Seit 2009 stehen die Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei Produktentwicklungen und Geschäftsabwicklung auf dem Prüfstand. Die Umstrukturierung der vormals zwei Abteilungen zum gemeinsamen Tourismus- und Tagungsservice Halle (TTS) in 2010 hat sich bewährt. Eine neue Angebotsbroschüre bewirbt quartalsweise eine Fülle saisonaler Führungsangebote der SMG und touristischer Partner. Seit dem touristischen Saisonauftakt im März 2012 legte die SMG für Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter saisonale, übersichtlich gestaltete Angebotsfolder auf und kann so kurzfristig neue Stadtführungs-Arrangements wirksam und schnell bewerben.

Bis zu sechs Führungen täglich (saisonal abweichend) hält die SMG für Besucher und Hallenser bereit. In 2012 ist es der SMG gelungen, die Hausmannstürme ganztägig auch an den Wochenenden zu öffnen sowie auch den Roten Turm für regelmäßige Stadtführungen zu vermarkten. Ferner hat die SMG ein Kombi-Turm-Ticket zur Vermarktung entwickelt; dieses ermöglicht an Wochenenden das Besteigen des Roten Turms und der Hausmannstürme im Paketpreis. Die baulichen Gegebenheiten und versicherungstechnische Gründe reglementieren jedoch weiterhin die Gruppenstärke für Turmaufstiege auf maximal neun Personen.

Im Jahr 2012 hat die SMG 2.910 Führungen mit 34.961 Gästen organisiert. Dies ist ein Gästezuwachs von elf Prozent gegenüber 2011. 70 Prozent aller Führungsteilnehmer buchten über Reiseveranstalter, waren in privaten Reisegruppen organisiert oder nahmen an organisierten Stadtführungen für Firmen teil. Dieses Plus an Besuchern beruht wesentlich auf der Entscheidung, die Hausmannstürme bei schönem Wetter ganztägig auch an den Wochenenden zu öffnen sowie auf Produkten wie „Verliebt in Halle“. Die Hauptsaison der Aufstiege auf die Hausmannstürme ist von April bis Oktober. Erstmals waren die Türme auch in der Adventszeit geöffnet. Das Angebot, den Weihnachtsmarkt aus ungewöhnlicher Perspektive von oben zu erleben, nahmen viele Gäste und Hallenser an.

Vergleich Einnahmen - Ausgaben Gruppentouristik

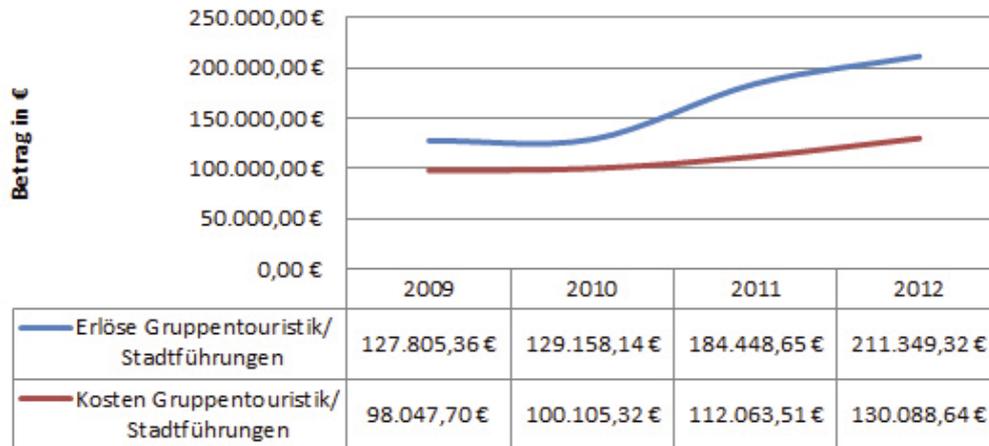


Auch im zweiten Jahr seit Produkteinführung ist das Arrangement „Verliebt in Halle“ ein Verkaufsschlager. Auch bei diesem Angebot bilden die Hausmannstürme das Herz des Pakets. Auf den Hausmannstürmen genießt das „Verliebt in Halle“-Paar bei einem Glas Sekt die schöne Aussicht, und nach einem 360-Grad-Stadtrundgang auf den Türmen wartet ein Drei-Gänge-Menü mit einer Flasche Saale-Unstrut-Weines in einem halleschen Restaurant auf das Paar. „Verliebt in Halle“ wurde im Juni und August 2012 357-mal verkauft (Classic: 216, Premium-Paket: 166). 2013 wird die Produktmarke „Verliebt in Halle“ um ein Reise-Arrangement für auswärtige Gäste (mit einer Übernachtung im Domero-Hotel Rotes Ross, Besuch im Halloren Schokoladenmuseum, „Welcome Card“ und Begrüßungsgeschenk) erweitert.

Der Umsatz der Verkaufserlöse in der Tourist-Information ähnelt dem des hohen Vorjahresergebnisses (2012: 116.253 Euro / 2011: 118.174 Euro). Dank des Warenwirtschaftssystems (neues Kassensystem inklusive Scanner, Software und Barcodes) hat die SMG die Verkaufsabläufe optimiert. Dieser Qualitätssprung brachte bereits 2011 spürbare Verkaufsanstiege und rangiert 2012 auf dem gleichen Niveau.

Das Augenmerk liegt auf die Erschließung weiterer Märkte, die Steigerung der Erlöse als Reiseveranstalter sowie der Umsetzung eines touristischen Online-Informations- und Buchungssystems mit interaktivem „Sales Guide“ für die Destination Halle und Region. Hier steht die SMG kurz vor der Inbetriebnahme des Systems, was gleichzeitig auch einen Relaunch der bisherigen Internetplattform der SMG bedeutet. Solch ein Internet-Relaunch im laufenden Geschäftsbetrieb aller beteiligten Mitarbeiter und Abteilungen dauert erfahrungsgemäß bis zu drei Jahre. Das System ist durch die neue, interaktive Buchungsplattform wesentlich komplexer strukturiert. Ziel ist es, dass sich Nutzer über die interaktive Buchungsmaske aus verschiedenen Buchungsbausteinen wie regionalen Ausflugszielen, Sehenswürdigkeiten, Veranstaltungen oder Übernachtungsquartieren Tages- oder Mehrtagestouren zusammenstellen können. Das neue Informationssystem ermöglicht zugleich Individualisierungen bei Zielgruppen, Rabatt- und Marketingstrategien (z. B. MZ-Card oder Welcome Card) und gibt auswertbare Rückschlüsse auf die Bedürfnisse und Wünsche der Zielgruppen.

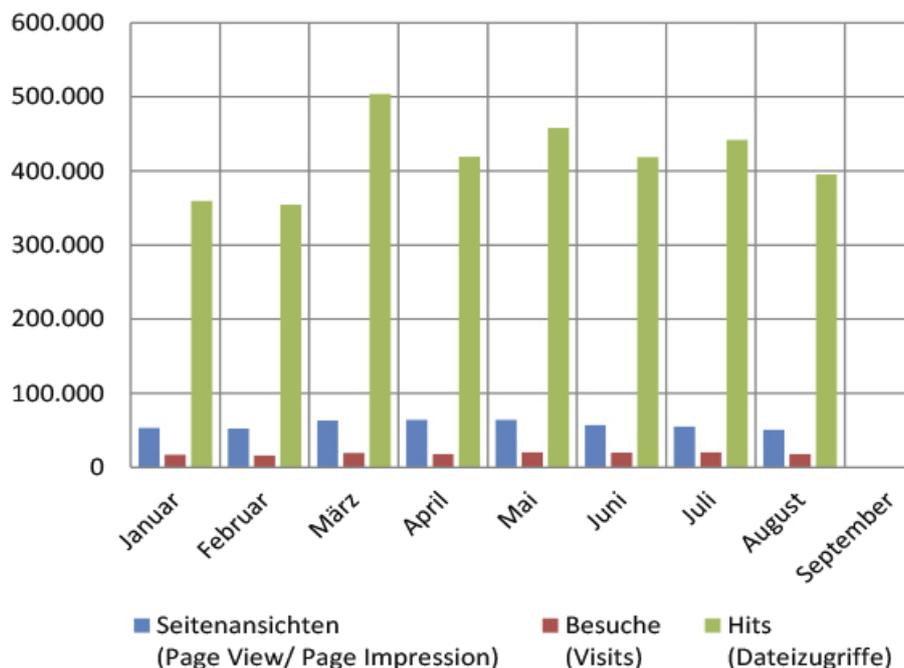
Vergleich Einnahmen - Ausgaben Gruppentouristik



Tourist- und Tagungsservice (TTS): Nachhaltigkeit ist Trumpf

2012 hat die SMG nach gründlicher Ausschreibung einen Dienstleister zur Programmierung gefunden. Das Gros der inhaltlichen und strukturellen Arbeit muss allerdings von den Mitarbeitern der SMG geleistet werden. Zeitliche Verzögerungen in der Umsetzung entstanden auch durch jüngste elektronische Neuerungen in diesem Bereich. So entschied sich die SMG bewusst für ein „Open-Source-Content-Management-System“. Während der Programmierungsphase kam eine neue, stark veränderte Version des Systems auf den Markt. Um nicht schon beim Start veraltet zu sein und vor allem nachhaltig zu wirtschaften, hat die SMG mitten in der Implementierungsphase auf das neue System umgestellt. Unter großen Anstrengungen sind zum Jahresende 2012 ca. 75 Prozent des neuen „Open-Source-Content-Management-Systems“ fertiggestellt.

Site-Nutzung 2012 monatlich



Tourismus- und Tagungsservice (TTS): Besucher besser kennenlernen

Auch 2012 lockte die Tourist-Information sechs Prozent mehr Gäste an. Die Tourist-Information als „Point of Sale“ ist heute gut aufgestellt, gleichwohl von der benötigten Verkaufsfläche viel zu klein. Kleine Verschiebungen zeigen sich in den besucherstärksten Monaten gegenüber 2011. 2012 wurden im Handel-Festspielmonat Juni mehr Besucher gezählt als in den Vorjahren. Auch der Laternenfest-Monat August zeigt eine Verdoppelung der Besucherzahlen im Vergleich zu den Jahren 2011 und 2010 (2012: 10.356 Besucher gegenüber 2011: 5.466 / 2010: 4.961). Der Oktober war der besucherstärkste Monat des Jahres 2012 (2011: September), möglicherweise wegen des beginnenden Wintersemesters 2012/13 an MLU und Kunsthochschule.

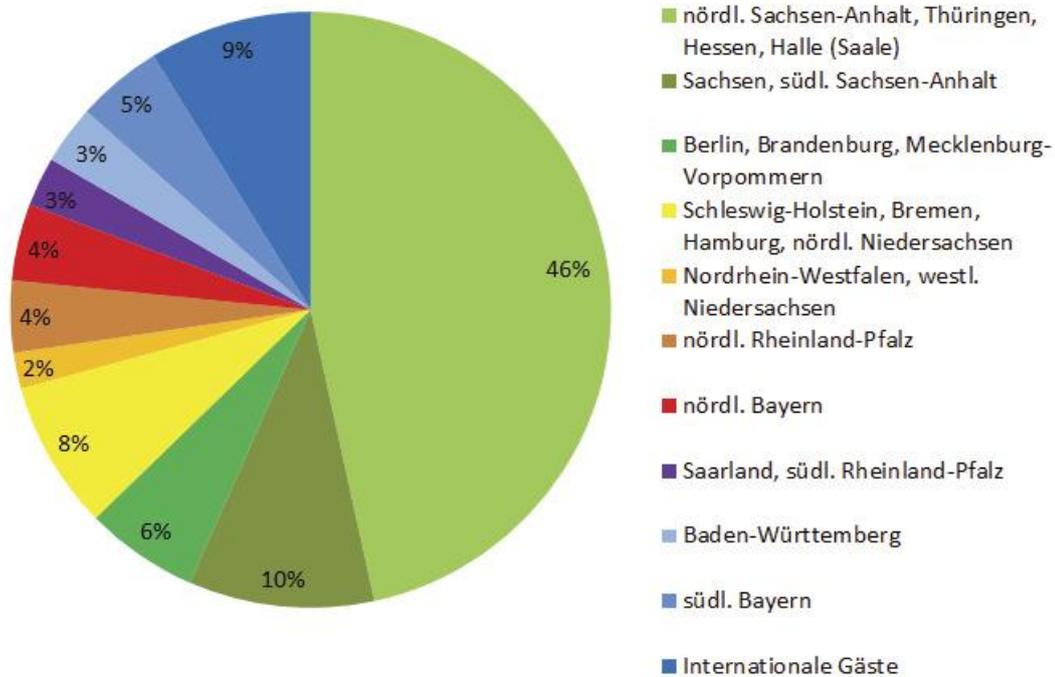
Die per Stichprobe ermittelte Postleitzahlenabfrage bei 2.342 Besuchern der Hausmannstürme zeigt, dass vor allem Sachsen-Anhalter bei einem Halle-Besuch auch den Blick von den Hausmannstürmen genießen. Etwa 70 Prozent der 1.000 Sachsen-Anhalter waren Hallenser, die bei einem Stadtrundgang auch ihrem Besuch die Stadt von oben zeigen wollten. Die zweitgrößte Besuchergruppe stammt aus Sachsen (233), gefolgt von Besuchern aus Niedersachsen (169), Nordrhein-Westfalen (160) sowie Berlin (142).

Dieses Ergebnis deckt sich mit der Besucherbefragung des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle anlässlich der erfolgreichen Landesausstellung „Pompeji – Nola – Herculaneum“, die aufgrund des Besucheransturms um zwei Monate verlängert wurde (Dezember 2011 bis August 2012). Von den 82.240 befragten Besuchern reisten 56 Prozent bis zu 50 Kilometer weit an, von diesen stammten knapp 40 Prozent aus Halle und dem Saalekreis. 34 Prozent der Museumsgäste hatten eine Anreise von bis 200 Kilometer, mehr als 200 Kilometer waren nur neun Prozent angereist. Der Anteil ausländischer Gäste lag bei einem Prozent.

Stichprobenbefragung von 2.342 Gästen auf den Hausmannstürmen



Stichprobenuntersuchung zur Herkunft der Besucher der TI nach Postleitzahl-Leitzonen 2012



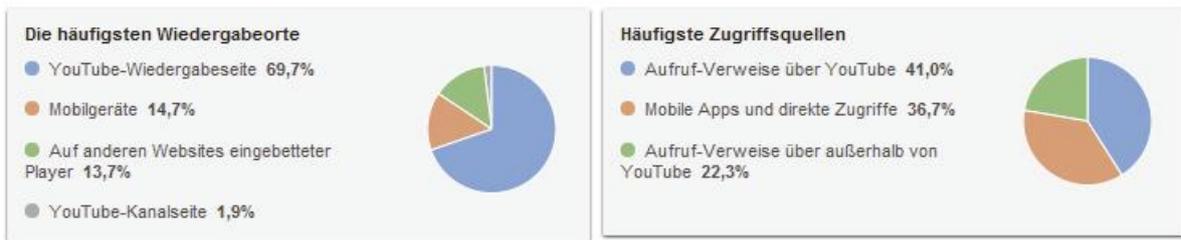
Regelmäßige Besucherbefragungen sind Voraussetzung für künftige Mediaplanungen der Image-Kampagne „Kulturhäuptlinge - nur bei uns in Halle“ und lassen auch Rückschlüsse auf bereits umgesetzte Werbemaßnahmen der SMG zu. Hilfreich sind hier vor allem auch Daten aus kulturellen Einrichtungen, temporäre Untersuchungen zu Ausstellungen etc. Die SMG ist bestrebt, diese Daten in ihrem Haus zu bündeln und auszuwerten. Für 2013 wurde bereits eine Befragung des Festivals „Women in Jazz“ durchgeführt. Zudem ist eine umfassende Besucherstudie zu den Händelfestspielen in Kooperation mit der Stiftung Händelhaus geplant.

Seit 2012 flankiert die SMG nur noch Veranstaltungen, die auf die Markensäulen des Stadtmarketing einzahlen, wie der Hallesche Weihnachtsmarkt, das Laternenfest, das Jazzfestival „Women in Jazz“, die Leipziger Buchmesse oder das Lesefestival „Halle liest mit.“ Die begleitenden Marketingmaßnahmen der SMG beinhalten dauerhafte Inhalte im Internet mit einer kostengünstigen Langzeitwerbewirkung. Der hauseigene Youtube-Kanal „Hallelobbyisten“ zählt mittlerweile 24 Kurzvideos und über 16.000 Zuschauer. Insbesondere die internen Tools zur Auswertung der Klicks liefern wichtige demografische Informationen über die Zuschauer.

Demografie

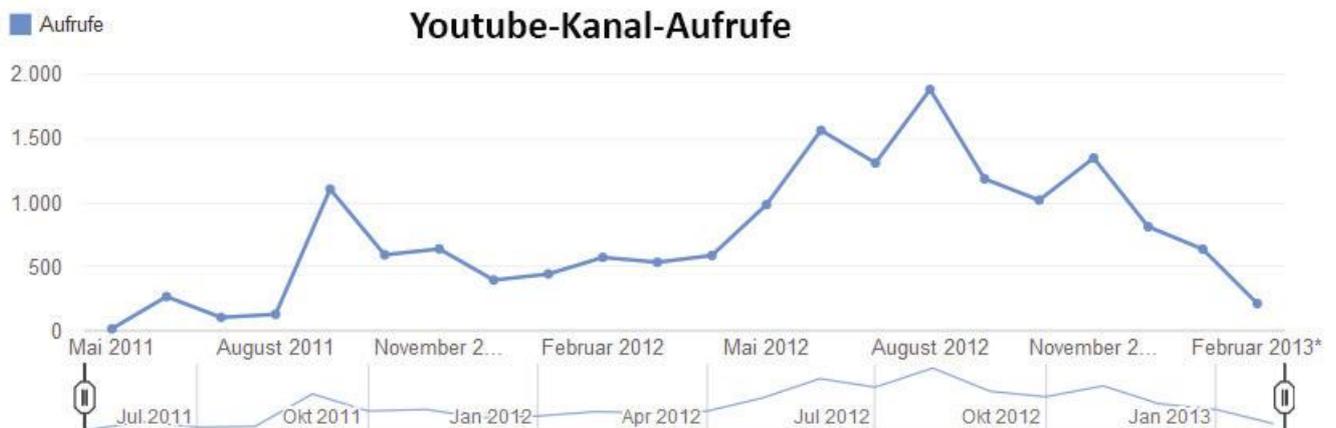


Quellen

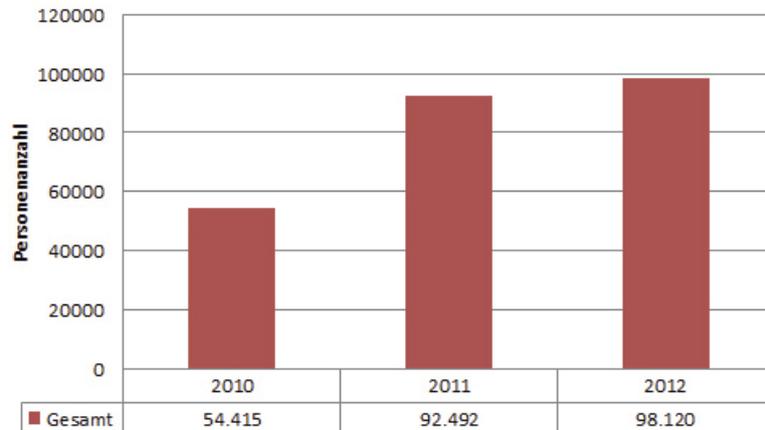


Top-10-Videos

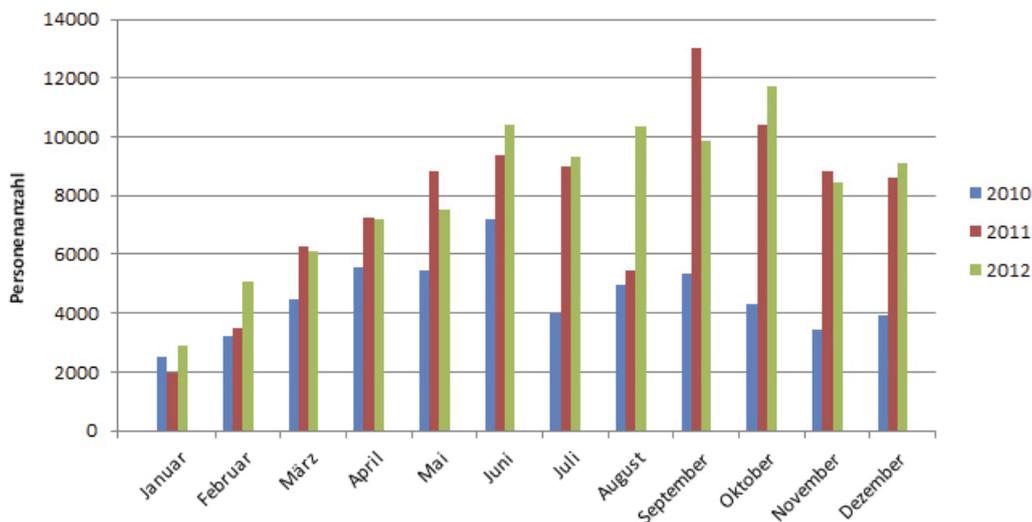
Video	Aufrufe ↓	Geschätzte Wiedergabezeit (min)	Positive Bewertungen
1. Laternenfest in Halle Saale	4.569	1.393	9
2. Die Saale in Halle	2.331	364	7
3. 110 Jahre Berqzoo Halle/Saale	1.719	400	3
4. GastroCup Halle 2011	1.133	80	2
5. Weihnachtsmarkt Halle (Saale)	989	1.016	3
6. Flottillenfahrt nach Halle an der Saale	933	96	2
7. Aus Liebe zur Wahrheit - Trailer	753	130	1
8. Women in Jazz - Internationales Jazzfestival in Halle	508	547	4
9. Stadt Der Wissenschaft 2012 Halle	422	98	0
10. Gastro Cup 2012 in Halle (Saale)	420	667	3



Besucherzahlen TI



Besucherzahlen TI nach Monaten



Tourismus- und Tagungsservice (TTS): Direktmarketing auf Messen

Expedienten-Reisen und Famtrips dienen dazu, Reiseunternehmer und -Journalisten für Reiseangebote nach Halle zu begeistern. So hat die SMG 2012 wieder Journalisten und Reiseveranstalter aus aller Welt nach Halle gelockt. Zum zweiten Mal hat die SMG 2012 ausgewählte Busreiseunternehmen zu einem Bus-Workshop in Kooperation mit einem halleschen Hotel und weiteren touristischen Leistungsträgern nach Halle eingeladen. 30 Reiseveranstalter aus Deutschland, Dänemark und der Partnerstadt Linz informierten sich im Stile eines „Speed-Dating“ bei 30 Dienstleistern über die touristische Bandbreite von Halle, um entsprechende Pauschalangebote für die jeweiligen Reisekataloge zu platzieren.

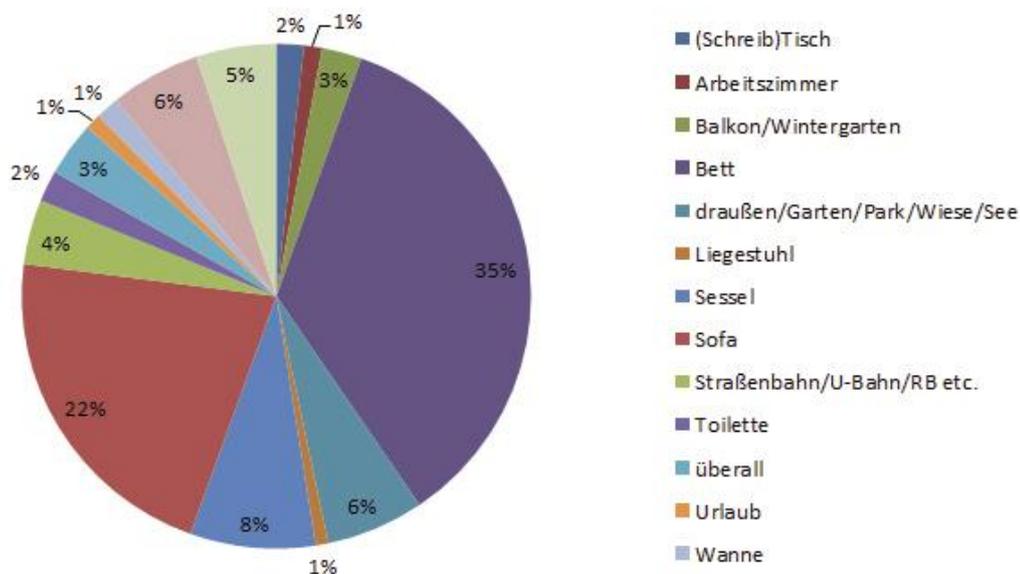
Seit September 2012 wird das SMG-Team durch eine neue Mitarbeiterin für das neu geschaffene Tätigkeitsfeld im Bereich Akquise von Reiseveranstaltern/Messen verstärkt. Kernaufgabe der neuen Reiseverkäuferin („Tour & Travel Sales“) ist es, aktiv Reiseveranstalter zu kontaktieren, um auf Messen oder in individuellen Verkaufsgesprächen Halle-Reisepakete anzubieten. Schwerpunkt sind vor allem die Auslandsquellmärkte Dänemark, Österreich und Niederlande.

Bei den kostspieligen Messeauftritten setzt die SMG verstärkt auf Kooperationspartner (Hotels sowie Partner aus der Kooperation „Kulturhüuptlinge“ wie Franckesche Stiftungen, Stiftung Moritzburg oder Stiftung Händelhaus, die sich an den Standkosten beteiligen. Dieses Kostensplitting ermöglicht die Teilnahme an weiteren ausgesuchten Messen, die sich die SMG in einer Einzelpräsenz nicht leisten könnte.

Auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, der weltweit größten Reisemesse, bringt sich die SMG gleich mit zwei Kooperationen in Doppelpräsenz ein. Zum einen stellt sich die Händelstadt Halle mit ihren touristischen Themen im Rahmen der Landesinitiative „Stadtsprung. Best of. Weltkultur zwischen Harz und Elbe“ am Gemeinschaftsstand von Sachsen-Anhalt vor. In der „Culture Lounge“ präsentiert sich Halle mit der Marketingkooperation „Kulturhauptlinge“. Dort bringen die SMG und deren Partner Kulturhöhepunkte der Stadt Halle (Saale) fokussiert einem kulturinteressierten Publikum nahe.

Als image-bildend erweist sich die seit drei Jahren bestehende Kooperation mit der Leipziger Buchmesse. Die Händelstadt Halle präsentierte sich dort 2012 im Verbund mit zehn halleschen Verlagen. Dieses Engagement einer Stadt auf einer Leitmesse ist ungewöhnlich und auf der Leipziger Buchmesse einmalig. Die Besucher der „hallesaale*-Lounge“ werden 2013 im dritten Jahr befragt. Die Ergebnisse sind Grundlage für die firmeneigene Werbewirkungsanalyse der vorgeschalteten Marketingmaßnahmen zur Messe (wie Anzeigen, Plakate, Gratis-Coupons und Presseberichte). Zum anderen fließen die Antworten der Besucher auf die Einstiegsfrage „Wo lesen Sie am liebsten?“ in die nächstjährige Standpräsentation und das Werbemotiv für Halle auf der Leipziger Buchmesse ein. So war ein Toilettenhäuschen, eine Badewanne und das „Abhängen und ein Buch lesen“ Motivgeber für die begleitende Marketingkampagne.

Besucherbefragung: Und wo lesen Sie am liebsten?



Neben dem Messeauftritt wurde das neue Literaturfest „Halle liest mit“ 2012 zum zweiten Mal als Teil des Rahmenprogramms „Leipzig liest“ der Buchmesse von der SMG initiiert. Inmitten des Messetrubels war die großzügige „hallesaale*-Lounge“ eine Oase der Entspannung: Besucher schmökerten bei einem Gratis-Kaffee in den Neuerscheinungen der halleschen Verlage und informierten sich im neuen Terminfolder der „Kulturhauptlinge. nur bei uns.“ über die Veranstaltungshöhepunkte 2013/14 in Halle.

Die SMG beteiligte sich 2012 insgesamt an zehn Messen: Ferien-Messe Wien, Reisemesse Linz, Reisen Freizeit Caravan in Halle (Saale), Leipziger Buchmesse, Internationale Tourismus-Börse (ITB) in Berlin, Germany Travel Mart (GTM) in Mainz, Sachsen-Anhalt-Tag in Dessau-Roßlau, Deutschlandtag zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn, RDA – Messe für Reisebusveranstalter in Köln sowie Reisen Hamburg. Die Finanzierung der Messebeteiligungen in Österreich erfolgte über die Kooperation „Stadtsprung. Best of. Weltkultur zwischen Harz und Elbe“. Die Messekosten haben sich gegenüber 2011 leicht erhöht (2012: 27.666,00€, 2011: 22.040,00 €).

Tourismus- und Tagungsservice: Auslandsmarketing mit „Stadtsprung“

Die touristische Kooperation „Stadtsprung. Best of. Weltkultur zwischen Harz und Elbe“ mit sieben Städten – Magdeburg, Halle (Saale), Dessau-Roßlau, Naumburg, Quedlinburg, Halberstadt und Wernigerode – war auch 2012 fester Bestandteil der touristischen Arbeit im Bereich „Kultur- und Städtetourismus“ auf Landesebene und hat sich als das stärkste touristische Städtenetzwerk Sachsen-Anhalts etabliert. Als Kooperationspartner der Investitions- und Marketing GmbH Sachsen-Anhalt (IMG) übernahm „Stadtsprung“ für das Land Sachsen-Anhalt im sechsten Jahr die komplette touristische Quellmarktbearbeitung in der Schweiz und Österreich. Die Mitarbeit im Netzwerk ist für die Stadt Halle ein großer Mehrwert bei geringem Personal- und Finanzaufwand. Hervorzuheben sind die Auslandsaktivitäten auf dem österreichischen und Schweizer Reisemarkt: Anzeigenschaltung und Advertorials im Schweizer Bahnmagazin „railtour suisse“ und „VIA“, ein E-Mail-Newsletter-Buchung und Versand über die DZT, die Kooperation mit einer österreichischen Reise-PR-Agentur „Polak Mediaservice“ sowie Messe- und Road-Show-Einsätze in Wien, Linz, Innsbruck. Die Netzwerk-Messeauftritte in Deutschland sind die Teilnahmen auf der ITB und am RDA.

Ausdruck des Erfolges der Kooperation ist, dass sich der Investitionszuschuss der IMG für die Kooperation Stadtsprung 2013 um 10.000 Euro auf 30.000 Euro brutto erhöht. Für den Schweizer Markt wird die Kooperation mit „railtour suisse“ weiter geführt. Weiterhin geplant ist die Teilnahme an einer B2B-Veranstaltung der DZT zum Thema „Musikland Deutschland“. Auch die erfolgreichen Kooperationen (rabattierte Zugticket von Österreich nach Deutschland) der DZT mit der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB) und der Deutschen Bundesbahn (DB) werden fortgeführt.

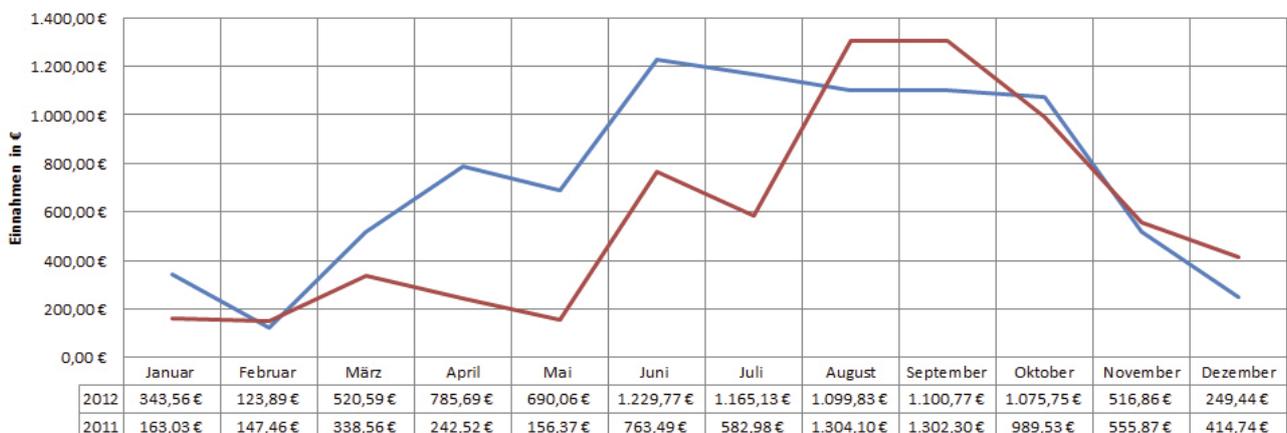
Tourismus- und Tagungsservice (TTS): neue Wege mit Hotels

Die Provisionserlöse erzielte die SMG 2012 durch Zimmervermittlungen. Da die Gäste allerdings zunehmend selbst und direkt über Internetportale wie HRS.com, hotel.de, Hotels.com, accorhotels.com, DERhotel.com, booking.com oder hotelvergleich.com buchen, lässt sich die Einnahmeerwartung hier kaum realisieren. Hier bemüht sich die SMG gemeinsam mit den renommierten Hotels um Lösungen, dass Zimmer online nicht tagesaktuell zu Dumping-Preisen angeboten werden, da dies image-schädigend für Halle wie geschäftsschädigend für die SMG ist, die an fixe jährliche Standardverträge mit den Hotels gebunden ist.

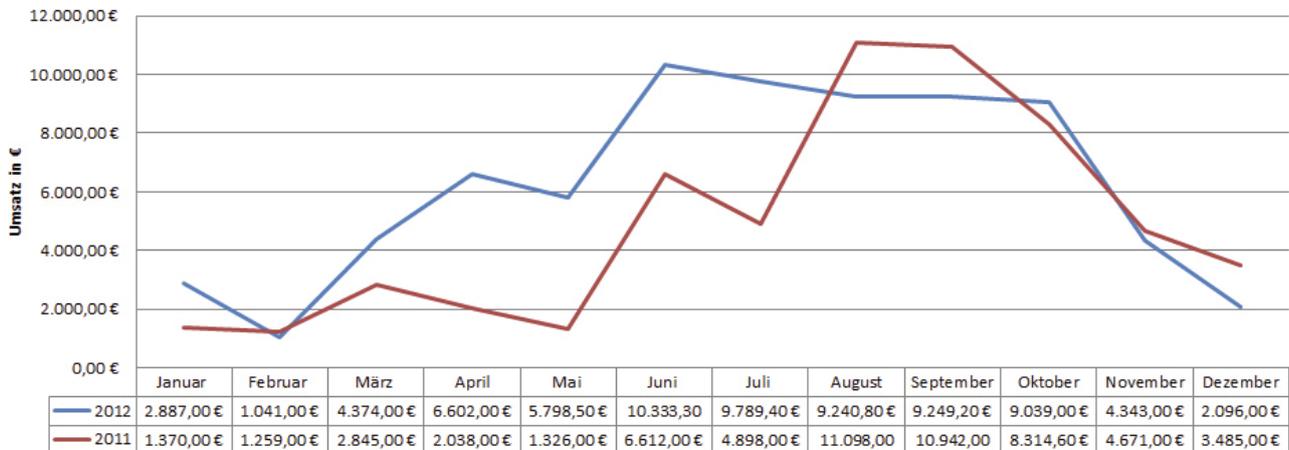
Die Aussicht auf große Kongresse und Tagungen – etwa der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU)– wird nach wie vor durch die Absenz eines Kongresszentrums mit Hotelanbindung von 300 Betten+ getrübt. Die Regional-Akquise beschränkt sich deshalb weiterhin auf kleinere Fachtagungen und Veranstaltungen für Halle. Der Tagungs- und Kongressbereich setzt mithin vermehrt auf eigene „Fam Trips“ sowie Informationsveranstaltungen in Kooperation mit halleschen Hotels, um so Kongressentscheider vor Ort von den Vorzügen einer Tagung in Halle zu überzeugen.

2012 fanden in Halle folgende Tagungen mit SMG-Beteiligung statt: 5th European Conference of Apidology (EURBEE) mit 120 Teilnehmern, Deutscher Städtetag (80 Teilnehmer), Jahrestagung Kinderschutz (50 Personen) sowie elf kleinere Tagungen mit bis zu 50 Teilnehmern. Eine Steigerung der Provisionserlöse gegenüber 2011 wurde nicht erzielt (2012: 13.944,00 Euro). Das Kongressgeschäft verläuft zyklisch, jährliche und stetige Steigerungen der Erlöse sind nicht zu erwarten. Für 2013 sind bisher 15 Tagungen mit bis zu 150 Personen zu erwarten. Die Fokussierung auf Zimmervermittlung kleiner Veranstaltungen von 50 bis 200 Teilnehmern hat sich in puncto Effizienz bewährt, bleibt in summa aber ein Standortnachteil der Stadt Halle (Saale).

Provisionsabrechnung Tiscover 2012



Umsatz Tiscover-Buchungen 2012



Tourismus- und Tagungsservice (TTS): Gastgewerbe profitiert

Bei den individuellen Buchungen zeigt sich, dass mehrheitlich Übernachtungen in Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels vermittelt werden. Große hallesche Hotels lassen sich bequem im Internet finden und die Buchungen werden direkt vorgenommen. Der Service, eine Unterkunft direkt über die Tourist-Information Halle zu buchen, wird in den Monaten Juni bis Oktober am häufigsten genutzt, wie die Provisionsabrechnung über die Buchungsplattform Tiscover zeigt. Mehrheitlich wurde Übernachtungen in Ferienwohnungen, Pensionen und kleineren Hotels vermittelt. Große hallesche Hotels lassen sich bequem im Internet finden und die Buchungen werden direkt vorgenommen.

Die Tourist-Information Halle erzielte 2012 knapp 30 Prozent mehr Umsatz an Zimmervermittlungen für das hallesche Gastgewerbe als 2011 (2012: 74.793 Euro / 2011: 58.859 Euro). Dabei verbleibt eine Provision von knapp zwölf Prozent an der Zimmervermittlung bei der SMG.

Zwischenfazit: Tourismuszahlen blühen auf

Die Händelstadt Halle wird als Reiseziel immer beliebter. Dies zeigen die 347.600 Übernachtungen in halleschen Hotels, Pensionen und Herbergen* im Jahr 2012 – ein Plus von knapp 27.000 Übernachtungen gegenüber 2011 (320.943) bei 8,8 Prozent mehr Gästen in Halle. Zum Vergleich: In ganz Sachsen-Anhalt sind es ca. 7 Mio. Übernachtungsgäste (Steigerung zum Vorjahr 2011 um 4,4 Prozent).

Die tatsächliche Zahl der Übernachtungsgäste fällt dabei wesentlich höher aus, da das Statistische Landesamt private Übernachtungen oder Übernachtungen in Herbergsbetrieben mit weniger als elf Betten nicht berücksichtigt. Außerdem gehen die von der SMG vermittelten, im Saalekreis gelegenen Hotels wie Ramada, Mercure, Consul, ibis, Schloss Teutschenthal, Schlosshotel Schkopau und Kurpark-Hotel Bad Lauchstädt nicht in Halles Beherbergungsstatistik ein.

Eine Besucherbefragung des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle anlässlich der Pompeji-Sonderausstellung bestätigt zudem, dass 61 Prozent der Übernachtungsgäste (knapp 30 Prozent aller Ausstellungsbesucher) privat in Halle verbracht haben.

Neben der erwähnten erfolgreichen Fokussierung der SMG auf die Kernthemen Kultur, Tourismus und Wissenschaft war die Sonderausstellung „Pompeji-Nola-Herculaneum“ des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle ein Besuchermagnet vor allem durch Gäste aus der Region. Mehr als 82.200 Besucher schauten sich die Ausstellung an, die in dieser Breite in Deutschland noch nicht zu sehen war.

Gemeinsames Marketing von MLU & SMG ist Alleinstellungsmerkmal

„Go East“ titelte jüngst DIE ZEIT und stellte das Motto des Bonner Professors und Rechtswissenschaftlers Wolfgang Löwer vor. Er wirbt für neue Infrastrukturen an den Universitäten im Osten Deutschlands, bessere Ausbildungsbedingungen, bezahlbaren Lebensstandard und gute Studiervoraussetzungen. Dies sind die Standortvorteile, die für die halleschen Hochschulen und für die SMG zählen: junge Menschen, die die guten Studienbedingungen nach Halle ziehen, sich dann wohlfühlen, nach dem Studium bleiben und Unternehmen gründen oder – falls nicht – zumindest ihre positiven Eindrücke vom Studienort weitertragen.

Nicht nur wegen des Gesellschafterstatus' der MLU bei der SMG, sondern auch durch das gemeinsame Betreiben von „Uni-Shop“ und Tourist-Information im Marktschlösschen, durch einen gemeinsam errungenen Ostdeutschen Hochschulpreis, den Bewerbungsprozess „Stadt der Wissenschaft 2012“ und nicht zuletzt durch das Zusammenrücken von Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt kommt der intensiven Zusammenarbeit von MLU und SMG große Bedeutung zu. Die Partnerschaft zwischen MLU, Stadt und SMG ist bereits durch viele Projekte untersetzt und sichtbar. MLU und SMG haben große Schnittmengen im Binnen- und Außenmarketing.

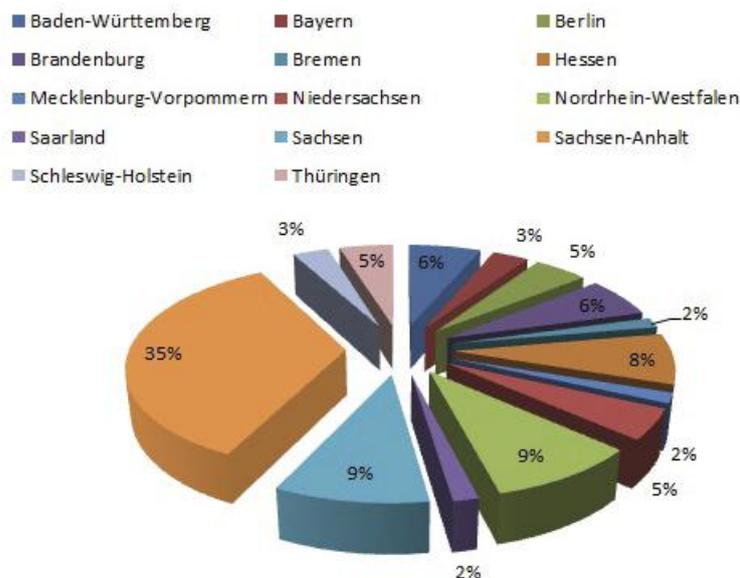
2012 haben MLU, SMG und Ströer-DSM im zweiten Jahr innerhalb des studien-übergreifenden Praxisseminars der MLU fachliche Marketing-Expertise an junge Studierende weitergegeben. Die Studierenden sollten sich so realitätsnah wie möglich in die Arbeitsschritte einer Werbeagentur hineindenken und mitarbeiten. Aufgabenstellung waren erfolgreiche Erfindungen „made in Halle“. So entstand in kreativen Studenten-Teams eine image-bildende Plakatkampagne für Halle mit fünf Motiven und integriertem QR-Code im Rahmen der Kampagne „Wissenschaft in Halle“. Zudem werteten die Studenten die Werbewirkung auf „ihre“ Plakate mittels einer Passantenbefragung aus. Weitere Motive wurden als Postkartenserie gedruckt.

Kooperationen wie diese sind der SMG wichtig, obwohl der zeitliche Aufwand für die Betreuung der Seminarteilnehmer hoch ist. Dies im Alltagsgeschäft zu integrieren, war eine Herausforderung der beiden betreuenden Abteilungen Marketing sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der SMG. Sämtliche Ideen der Studenten wurden mit Unterstützung der SMG und DSM erfolgreich umgesetzt.

Aufgrund der ausschließlich elektronischen Einschreibung an deutschen Universitäten ab dem Wintersemester 2011/2012 lernen viele Studienwillige ihren Studienort erst am ersten Studientag kennen. Um aber schon vorher Schüler zum Hochschulinformationstag oder zum „Welcome Day“ beim Laternenfest in die Stadt zu locken, schwärmten seit 2012 junge Studierende (1.-4. Semester) der MLU in ihre ehemaligen Schulen aus, um Schüler der Abschlussjahrgänge und ihre ehemaligen Lehrer genauer über ihr Studium und Leben in Halle zu informieren. Das Kampagnenmotiv entwickelten ebenfalls MLU-Studenten.

Zum Laternenfest organisierten MLU und SMG zum zweiten Mal den Welcome Day. Zum schönsten Volksfest Mitteldeutschlands konnten sich Studieninteressierte auf und vor der MS Händel sowie in einer großzügigen Lounge am Ufer der Saale über Studien- und Wohnungsangebote informieren. In der ersten Studienwoche im Oktober 2012 verteilte die MLU an alle Erstsemester dann wieder – mit der SMG gestaltete – „Welcome Bags“ als herzlicher Willkommensgruß der neuen Stadt. Die Tasche war gefüllt mit Nützlichem und kleinen Snacks.

Ausgewählte Botschafter nach Bundesländern (plus und light)



Luther - Touristen an der „Keimzelle der Reformation“

Das Engagement der SMG auch für die Lutherdekade 2017 scheint zu fruchten, wie die Tourismusauswertung des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt zeigt. Die Händelstadt Halle konnte bis 30.11.2012 den Anteil der Auslandstouristen um fast ein Drittel steigern. 49.000 ausländische Gäste reisten bis 30.11.12 in die Händelstadt. Die meisten internationalen Besucher stammen aus den Vereinigten Staaten, den Niederlanden und Italien. 8.137 US-Amerikaner übernachteten durchschnittlich drei Tage in der Händelstadt (gegenüber 2011: 5.191). Die Ursachen im US-Geschäft sind freilich nicht allein im Wirken der Franckeschen Stiftungen oder der Luther-Aktivitäten der SMG, sondern auch im Firmengeschäft von DOW Chemical oder Frachtmaschinen nach Halle/Leipzig zu sehen.

Gleichwohl hat die SMG 2012 mehrere Projekte und Maßnahmen zur Positionierung der Stadt Halle (Saale) innerhalb der Luther-Dekade weiter entwickelt. So beteiligte sich die SMG über die Reiseagentur „Tour-Komm“ an einer PR-Kampagne speziell für den US-Markt, knüpfte Verbindungen zur American Church in Berlin und Wittenberg sowie zur American Lutheran Church, um die Stadt Halle (Saale) künftig in das amerikanische Pastoren-Austauschprogramm mit der Stadt Wittenberg zu integrieren.

Ferner war die SMG 2012 beteiligt am Erscheinen einer Image-Broschüre mit weiteren Lutherstädten in Mitteldeutschland für den amerikanischen Reisemarkt sowie am Internetauftritt mit buchbaren Angeboten (www.visit-luther.com). Außerdem war die SMG beteiligt an der Organisation und Betreuung eines Famtrips ins Lutherland Deutschland („Luther Country Germany“) mit über 40 US-Kirchenvertretern und auf Kirchenthemen spezialisierten Journalisten.

Die SMG pflegt die Kooperationen über die Investitions- und Marketinggesellschaft mbH Sachsen-Anhalt (IMG) zur Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT). Bis 2017 müssen die Vertriebskanäle weiter professionalisiert und auf den amerikanischen Reisemarkt angepasst werden, um für das Jubiläumsjahr „500 Jahre Reformation-Luther 2017“ gerüstet zu sein.

Luther auf Tour

Allerdings bedarf es auch der Image-Arbeit nach innen, um das Lutherland selbst auf das Reformationsjubiläum einzustimmen. Dazu tourt die szenische Lesung „Aus Liebe zur Wahrheit – amore et studio“ durch die Lutherorte. Sie wurde zum Reformationstag 2011 in der Marktkirche in Halle erfolgreich uraufgeführt, war auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden, als abendliches Rahmenprogramm zur Jahreskonferenz der Metropolregion Mitteldeutschland im Erfurter Augustinerkloster, zum Reformationstag 2012 im Dom zu Halle insgesamt sind für 2013 schon sieben auswärtige Auftritte geplant, so z. B. an drei Tagen zum Evangelischen Kirchentag in Hamburg, in der Marienkirche Weißenfels, in Berlin (Landesvertretung Sachsen-Anhalt), in der Jenaer Stadtkirche St. Michael sowie in der Landesvertretung Sachsen-Anhalts in Brüssel. Die Teilfinanzierung gelingt über Kooperationen mit Kommunen und Kirchenkreisen in den Auftrittsorten.

Zum Inhalt: Das dramaturgisch hochwertige, auf Originalbriefwechseln fußende fiktive Treffen der Kontrahenten Martin Luther und Kardinal Albrecht (gespielt von den halleschen Schauspielern Hilmar Eichhorn und Reinhard Straube) spielt im Jahr 1527 in einem halleschen Gasthaus und ist für Auftritte in renommierten Gotteshäusern inszeniert und für würdig befunden worden.

Auch die SMG-Stadtführung „Des Kardinals geliebte Stadt – wo Luther predigte und Albrecht prasste“ mit dem gewandten Kardinal als Gästeführer ist ein voller Erfolg. Die SMG ist bestrebt, auch für den ausländischen Reisemarkt noch mehr inszenierte Stadtführungen auf Englisch zu konzipieren und mehr englischsprachige Gästeführer auszubilden.

Noch mehr Partnernetzwerke mit der Wirtschaft

Die Kooperationen der SMG mit der einheimischen Wirtschaft wachsen weiter. In der Adventszeit 2012 versüßte der Finni- und Rudi-Adventskalender mit Halloren Schokolade und vielen adventlichen Rabattaktionen in den Türinnenseiten den Kindern die Wartezeit auf den Weihnachtsmann. SMG und die Halloren Schokoladenfabrik AG erhöhten ein weiteres Mal die Auflage auf 10.000 Stück. (gegenüber 2011: 5.000 / 2010: 3.000 Stück).

Die süße Versuchung von Halloren und SMG fand ihre Ausweitung in der limitierte Halle-Edition der Original Halloren Kugeln. Diese süße Charme-Offensive für Halle-Liebhaber lief 2011 so erfolgreich an, dass Hallensern der Gratisversand über die Tourist-Information Halle als Schoko-Gruß aus der Heimat auch 2012 noch sehr präsent war. Neue Aktion: Auf der Packung gibt es einen Gutschein für einen kostenlosen Stadtführer im Wert von 9,90 Euro für auswärtige Gäste der Stadt. Die Kooperation mit der Halloren Schokoladenfabrik AG ist nur ein Beweis dafür, dass sich international agierende Wirtschaftsunternehmen und Stadtmarketing gegenseitig gewinnbringend unterstützen können.

Darüber hinaus hat die SMG die Produktpalette zum Halleschen Hansebier in Kooperation mit der Brauerei Landsberg GmbH unter der Markensäule „Hanse“ 2012 weiter ausgebaut. Neben dem Halleschen Hansebier, Flaschenöffnern und bedruckten Biergläsern entwickelte sich die „Halleschen Herrenhandtasche“ im Achter-Pack Hansebier mit Hallore Salzsäckchen im Tragekarton zum Marketingknüller bei SMG, Edeka und der Brauerei Landsberg. Zum Halleschen Salzfest oder auf dem Internationalen Hansetag in Lüneburg wurde das Bier gern verkostet und gekauft.

Und auch das Hallesche Schlemmerpaket mit touristischen Informationen und regionalen Köstlichkeiten kam gemeinsam mit der Edeka 2012 auf den Markt.

Kultur & Natur als Lockmittel für die Händelstadt

Mit sieben farbigen Federn – symbolisch für die sieben kulturellen Häuptlinge der Händelstadt Halle – präsentieren sich die Kulturhäuptlinge seit 2009. Bereits seit 2008 stehen Halles führende Einrichtungen aus Kultur, Bildung und Wissenschaft – die Stiftung Händel-Haus, die Franckeschen Stiftungen, die Stiftung Moritzburg, das Landesmuseum für Vorgeschichte, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein sowie die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle – gemeinsam für die Marke „nur bei uns.“. Die aktive Kooperation, die gebündelten Budgets und das Marketing-Know-how zur bundesweiten Vermarktung ermöglichen dem Kultur- und Wissensnetzwerk erst den Werbeauftritt, die Schlagkraft und die Aufmerksamkeit, den jede einzelne Einrichtung für sich kaum erreichen könnte.

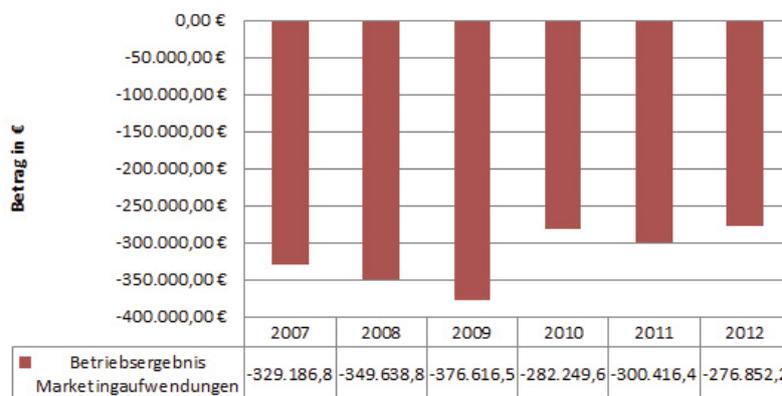
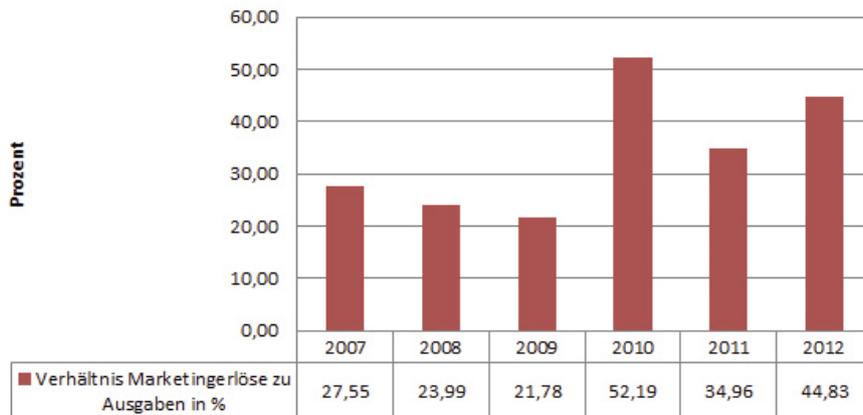
Ab, an und in die Saale: Mit einem Wassertourismus-Workshop 2009 hat die SMG die Aktivitäten von 60 Wassersportlern, Naherholungsinteressierten, Saale-Anliegern, Radwanderern und touristischen Institutionen angestoßen. Bis 2012 hat sich daraus der Saalestammtisch mit allen Interessierten rund um den Naturraum Saale entwickelt. 2012 stockte die Reederei Arona Maritim, deren Floßtours die SMG seit 2008 gefördert hat, ihre Schiffsflotte mit einem noch größeren Fahrgastschiff – der MS Händel II – auf. Damit ist ein weiterer Schritt zu mehr Service-Qualität auf Saale getan. Die SMG unterstützte diese Aktivitäten fachlich und medial.

Auch zur offiziellen Saisoneroöffnung an und auf der Saale legt die SMG seit 2010 den Grundstein; mehr und mehr wassertouristische Anbieter schließen sich zusammen, die Saale als beliebtes Ausflugsziel in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Zu den verdienstvollen Stützen dieser Saale-Freunde zählen z. B. der Marine-Verein, der Hanseverein oder der Verein zur Hebung der Saaleschiffahrt. Der Verein Saaleschwimmer Halle wiederum eröffnete im April 2012 die erste Flussschwimmstrecke Deutschlands auf der Saale und lud zum Anbaden ein. Begleitet von Boots- und Paddelfahrten bis zu Picknick, Strandbar und Grillverleih. Auch ein Reisejournalisten-Famtrip sowie die zweite SMG-geführte Flottillenfahrt zum Laternenfest zählten zu den Aktivitäten rund um die Markensäule „Naturraum Saale“. Ein Ergebnis des Famtrips: ein touristisches Angebot auf der Saale im Reisekatalog „Urlaub auf dem Wasser“.

Die SMG verfolgt das Ziel, das Potenzial der Saale als Freizeit- und Wohlfühldestination und als Namenszusatz unserer Stadt zu heben. Fernziel der SMG ist es, mit der Leipziger Wasserlandschaft ein attraktives „Blaues Band“ in Mitteldeutschland zu schaffen. So will die SMG Wasserwanderer über Saale und Mulde nach Halle locken und setzt sich für einen neuen Zeltplatz in City-Nähe, ggf. an der Saline ein, wo das Freibad bereits die Infrastruktur mit Sanitäreinrichtungen bietet. Damit auch Motorboote Halle bereisen können, sucht die SMG nach Kooperationspartnern für Liegeplätze, Versorgungseinrichtungen und Wassertankstellen. Die Schleusenzeiten müssen hierzu optimiert und Untiefen der Saale beseitigt werden. Wie in Leipzig müssen auch in Halle der Schiffsverleih, Wassertaxen und Wassergastronomie optimiert und ausgebaut werden. Und schließlich sollte eine neue Fuß- und Radwegbrücke die Saale mit der Altstadt verbinden.

Die aufgezeigten Ausschnitte aus der image-bildenden und projektbezogenen Arbeit im Sinne der entwickelten Kernmarken der Vermarktung der Stadt zeigen das Voranschreiten der letzten Jahre auf. Neben inhaltlicher Themenbesetzung unter Berücksichtigung des touristischen Nachfragemarktes konnte unter großen Anstrengungen das Verhältnis von Ausgaben zu Einnahmen auf ein beachtliches Niveau gehoben werden. An diesen Zahlen konkret den Erfolg zu messen bleibt dennoch in Anbetracht des Auftrages der SMG bedenklich.

Verhältnis Marketingerlöse zu Ausgaben in %



Ausblick auf das Jahr 2013

Durch die Neustrukturierung des Tourismus- und Tagungsservice 2010, die Umstellung auf den Reiseveranstalterstatus, eigene Arrangements mit mehreren Angebotsbausteinen 2011 sowie die Schaffung des Tourismusvertriebs 2012 haben sich der touristische Service der SMG und die Übernachtungszahlen in Halle signifikant gesteigert. Waren es 2008 noch 285.800 Übernachtungen im Jahr, konnte Halle 2012 schon über 347.600 Übernachtungen verbuchen. Der Zuwachs bei Besucher-Ankünften und Übernachtungen stieg 2012 um 26.660 im Vergleich zum Vorjahr und entspricht einer Steigerung knapp 9 Prozent. Darin noch nicht einmal enthalten sind die dem Saalekreis zugerechneten Hotels Mecure, Ramada, Consul und ibis sowie die vielen für Halle typischen Beherbergungsbetriebe mit bis zu zehn Betten.

Neben dem nationalen und sukzessive internationalen Image-Aufbau als Händelstadt Halle und der Fokussierung auf wenige Marken verdankt die Stadt diese fortschreitend positive Bilanz auch den sich entwickelnden weichen Standortfaktoren wie Lebensqualität, Wohlfühl-Atmosphäre, der Rekordzahl an Studenten, dem studentischen Flair, der vielfältigen Kulturlandschaft, deren famosen Ausstellungen sowie den Bildungsangeboten.

Die Wertschöpfung von Touristen für die Stadt Halle (Saale) liegt bei geschätzten 120 Euro pro Kopf und Aufenthaltstag. Sofern die Stadt Halle (Saale) weiter jährliche touristische Zuwächse von 8 Prozent verbucht, bedeutet dies eine geschätzte touristische Wertschöpfung für Beherbergungsbetriebe, Gastronomie, Einzelhandel und Dienstleistungen von derzeit 40,8 Mio. Euro p.a. um weitere ca. 3.47 Mio. Euro im Jahr, die etwa hälftig dem Einzelhandel und Dienstleistungen zugutekommen. Hinzu kommen die Effekte der Rekordauslastung der MLU mit mehr als 20.000 Studenten.

Die Fokussierung der SMG auf Image-Aufbau, Tourismusförderung und Wissenschafts-Marketing ist deshalb auch von essentieller wirtschaftlicher Bedeutung für den Einzelhandel. Das Event-Marketing, Standort-Marketing, Verwaltungs-Marketing und City-Marketing sind – in der jetzigen Finanz- und Personalausstattung der SMG – dagegen nicht Kernaufgaben der SMG.

Das Wissenschafts-Marketing indessen ist nicht nur wegen der Gesellschaftertätigkeit der MLU bei der SMG, sondern auch durch das Zusammenrücken von Wissenschaft, Wirtschaft und Stadt von überlebenswichtiger Bedeutung für die Stadt Halle (Saale). „Die Chance, dass sich neue Startups aus universitären Einrichtungen entwickeln, ist viel größer, als dass der Stadt die Ansiedlung neuer Unternehmen gelingt“, sagte unlängst Klaus Papenburg in einer Gesellschafterversammlung der SMG.

Hinzu kommt, dass die Partnerschaft zwischen MLU, Wirtschaft, Stadt und SMG bereits durch eine Reihe konkreter Projekte (wie Saline-Akademie, Lange Nacht der Wissenschaften, IQ-Innovationspreis, Welcome Day, Hochschulinformationstag etc.) untersetzt ist. MLU und SMG haben große Schnittmengen im Binnen- und Außenmarketing.

Im „Welcome Day“ zum Laternenfest liegt daher die Chance für MLU, Stadt und SMG, einen Teil der 14.000 angeschriebenen potenziellen Studenten nach Halle zu locken und in cooler Laternenfest-Atmosphäre über ihr Studium, studentisches Leben und Wohnen in Halle zu informieren.

Das langjährige Ringen der City-Gemeinschaft um die Klärung von Verantwortlichkeiten für aktives Citymanagement bei Stadtverwaltung und SMG zeigt, wie wichtig die strategische Weiter- und Neuentwicklung des Citymanagements, aber auch des Einzelhandels in Halle (Saale) ist.

Ob koordinierte Parkraumbewirtschaftung, Parkleit- und Besucherleitsystem, Ausschilderung der Parkhäuser, Parkgebühren-Rückerstattung, kundenfreundliches Städtebusssystem, Aufwertung von Plätzen, Kunst im Stadtraum, Grünflächen, Freiräume, Erholung, Begrünung, Stadtmöblierung, Brunnen, Wasserläufe, Bänke, Illumination, Gestaltung und Sauberkeit, Fassadengestaltung, Verkaufsflächen-Verhältnis, Angebotsmix, Leerstands-Management, Anker-/Magnetbetriebe: das alles ist nicht durch eine Person zu leisten und ist vielfach originär städtische Angelegenheit. Der Ausbau des Veranstaltungs-Service der Stadt Halle (Saale) zielt hier genau in die richtige Richtung.

Chancen und Risiken 2013

Die SMG hat 2012 solide gewirtschaftet, die bundesweite Presseberichterstattung, touristische Übernachtungszahlen und eigene Erlöse in der Gruppentouristik (211.350 Euro gegenüber Kosten von 130.088 Euro), Marketing (225.000 Euro) sowie sonstiger Werbung (62.156 Euro) erheblich gesteigert. Trotzdem wird der nationale und internationale Image-Aufbau der Händelstadt Halle vor dem Hintergrund immer kostspieligerer Stadtwerbung, Druckerzeugnisse und Werbung bei gleichbleibendem institutionellen Zuschuss immer schwieriger. Umso wichtiger ist die Optimierung der Vertriebs- und Partnernetzwerke, aktive Ansprache von Reiseveranstaltern, Journalisten, Unternehmen und Verbänden sowie die offensive Studenten-Akquise. Auch die Hallenser müssen immer wieder motiviert werden, Botschafter für ihre Stadt Halle zu sein.

Die Gründung und Existenz der SMG fußt, so der Stadtratsbeschluss vom 26.06.2003, vor allem darauf, „einen Markenkern herauszuarbeiten und ihn konsequent nach innen und außen zu kommunizieren.“ Die Markenbildung und Profilierung der Stadt Halle im bundesdeutschen und internationalen Bewusstsein zu fördern, um mehr Touristen und Tagungen nach Halle zu locken und in der überregionalen Presse positiv konnotiert zu werden, ist im zehnjährigen Rückblick seit Bestehen der SMG weithin gelungen.

Der Stadtrat hatte 2003 jedoch noch eine Hoffnung: „Mit der Gründung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH strebt die Stadt Halle (Saale) in Gemeinschaft mit den Akteuren in der Stadt die schrittweise Überführung aller wesentlichen Stadtmarketing-Strategie- und -koordinierungsaufgaben unter Zusammenfassung der wesentlichen Handlungsträger und die Einbindung insbesondere der die Stadt prägenden Firmen und Einrichtungen an.“

Diese Einbindung vieler stadtrelevanter Akteure ist ideell durch die – bis heute weitgehend erhaltene – Gesellschafterstruktur der SMG gewährleistet: Stadt Halle (Saale/ 55%), Förderverein Pro Halle e.V. (25%), Förderverein Region Halle e.V. (10%), City-Gemeinschaft e.V. (5%) sowie seit 2010 die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (5%). Jedoch verband der damalige wie der heutige Stadtrat mit der Gesellschafterstruktur und dem de-facto-Verzicht auf strategische Mitbestimmung zugleich die Erwartung, dass sich die beteiligten Gesellschafter nicht nur ideell, sondern auch finanziell in die SMG einbringen. Dies erfolgt bis heute über einen jährlichen institutionellen Zuschuss der Stadt Halle (Saale) über 1.111.300 Euro sowie des Fördervereins Pro Halle e.V. über 75.000 Euro, seit 2011 nur noch über 65.000 Euro.

So ist das Engagement von insgesamt ca. 240 über die Gesellschafter an der SMG beteiligten Unternehmen vor allem ideeller, zeitlicher und finanziell projektbezogener Natur. Bei Marketingerglösen von 225.000 Euro sowie sonstigen Werbeeinnahmen von über 62.000 Euro sollte projektbezogenes Engagement aus Wirtschaft und Wissenschaft nicht gering geschätzt werden. Über die Referenzen unserer Gesellschafter entstehen neue Partnernetzwerke, der Gesellschafterstatus der MLU trägt uns internationale Anerkennung, ein Alleinstellungsmerkmal und viele erfolgreiche gemeinsame Projekte ein, die der Budget- und Standortsicherung der MLU, der Einwohnerzahl, der Wertschöpfung und dem studentischen Flair der Stadt Halle (Saale) dienen.

Eine Umstrukturierung der SMG ist deshalb nicht ohne Risiko. Zwar gestattet sie mehr oder alleiniges Mitspracherecht durch den Stadtrat, eine Bereinigung der Gesellschafterstruktur, eine Neuausrichtung z. B. in Richtung externer Tourismusförderung und idealtypisch die finanzielle Beteiligung von Unternehmen über ein Kapitalanlagemodell. Zu befürchten wäre jedoch das Ausscheiden der allermeisten, z. B. im Förderverein Pro Halle e.V., im Förderverein Region Halle (Saale) e.V. oder der City-Gemeinschaft e.V. beteiligter Unternehmen, die eigens zur Unterstützung der SMG gegründet wurden; oder gar das Ausscheiden der MLU, was a) einen finanziellen, b) einen ideellen Schaden und c) – im Falle der MLU – den Wegfall eines bundesweiten Alleinstellungsmerkmals und beträchtlicher Projektmittel zur Folge hätte. Der Weitblick des halleischen Stadtrates im Jahr 2003, mit der SMG eine städtische Beteiligungsgesellschaft zu gründen, die in ihrer strategischen Ausrichtung (vorbehaltlich des Stadtratsbeschlusses über institutionellen Zuschuss, Wirtschaftsplan und Lageplan) durch den Vertreter der Stadt als Hauptgesellschafterin, die Wirtschaft und den Tourismus geprägt wird, hat dem Stadtrat damals gerade jene bundesweite Anerkennung eingetragen, die – allen Erfolgen der SMG zum Trotz – nun geopfert werden könnte.

Dabei brauchen die SMG und die Stadt Halle (Saale) nichts dringlicher, als im Verbund mit halleischen Wirtschaftsunternehmen, Stiftungen und der Wissenschaft immer stärkere Netzwerke und Marken zu entwickeln. Auch mit den Gaststätten und den Hotels müssen immer neue Vermarktungsplattformen, aber auch verlässliche Provisionsregelungen gefunden werden, die die Arbeitsfähigkeit der SMG sichern.

TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	Sitz der Geschäftsführung:	Postanschrift:
Anschrift:	Heinrich-Damerow-Straße 3 06120 Halle (Saale)	Weinbergweg 23 06120 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	16	60,00
Saalesparkasse	5	20,00
envia Mitteldeutsche Energie AG	4	15,00
Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau	1	5,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.
- (2) Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.
- (3) In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z.B. aus den Bereichen Technologietransfer, Informationsvermittlung durch.
- (4) Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.
- (5) Die Beratung und Förderung führt die Gesellschaft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Fachhochschulen sowie ihren Technologieberatungsstellen, mit den Kammern, Gewerkschaften und Verbänden durch. Ferner arbeitet die Gesellschaft mit Unternehmen und Gesellschaften, welche sich die Bereitstellung von Beteiligungskapital zur nachhaltigen Förderung von Innovation zum Ziel gesetzt haben, zusammen.
- (6) Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Öffentlicher Zweck:

Ausgehend vom Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Zweck in der Wirtschaftsförderung, Arbeitsplatz- und Standortsicherung zu sehen.

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung

Noll, Sabine
Prof. Dr. Lukas, Wolfgang

Aufsichtsrat

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
stellv. Vorsitzende	Schröder, Barbara	(seit 07.06.2012 stellv. Vorsitzende)
	Dr. Andrick, Jürgen	(bis 31.03.2012)
	Dr. Bergner, Annegret	
	Dr. Brockmeier, Thomas	(seit 01.04.2012)
	Dr. Eismann, Wolfgang	
	Dr. Sitte, Petra	
	Felke, Thomas	

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	6	7	2

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	33.808	95	34.394	92	36.682	91	-586	-2
Umlaufvermögen	1.920	5	3.051	8	3.827	9	-1.131	-37
Rechnungsabgrenzungsposten	19	0	24	0	24	0	-5	-21

Bilanzsumme	35.747	100	37.469	100	40.533	100	-1.722	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	14.289	40	14.156	38	14.124	35	133	1
Sonderposten für Investitionszulagen	20.612	58	22.577	60	24.805	61	-1.965	-9
Rückstellungen	416	1	410	1	575	1	6	1
Verbindlichkeiten	426	1	325	1	1.004	3	101	31
Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	1	0	25	0	3	300

Bilanzsumme	35.747	100	37.469	100	40.533	100	-1.722	-5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.927	3.695	3.456
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	138	138	241
sonstige betriebliche Erträge	119	186	316
Personalaufwand	513	519	500
Abschreibungen	621	624	631
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.926	2.870	2.698
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	38	31
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	163	44	213
außerordentliche Erträge			45
außerordentliches Ergebnis			45
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	30	6	50
sonstige Steuern	0	1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	133	37	208
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	133	37	208
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	3,38	1,00	6,03	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,93	0,26	1,48	%
Cash-Flow:	754	662	840	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	837	670	669	T€
Personalaufwandsquote:	12,26	12,91	12,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	88,98	91,79	88,03	%
Eigenkapitalquote:	39,97	37,78	34,84	%
Fremdkapitalquote:	60,03	62,22	65,16	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Auslastung	98,20	99,68	100,00	%
vermietbare Fläche	15.000,00	15.000,00	15.000,00	m ²

e) Lagebericht

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen**A.1 Gegenstand des Unternehmens**

Der Gegenstand des Unternehmens ist es, in der Region Halle Hilfestellung im Umgang mit neuen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern.

In diesem Rahmen werden z.B. in die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (im Folgenden TGZ Halle bezeichnet) aufgenommen, gefördert und beraten:

- technologisch hochqualifizierte Fachkräfte, die sich in der Wirtschaftsregion Halle selbstständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen,
- Absolventen der in der Region Halle ansässigen Hochschulen, die sich selbstständig machen oder an Unternehmensgründungen beteiligen wollen (besonders spin-off-Betriebe),

Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen:

- Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im TGZ Halle zur Verfügung stellen,
- ihnen Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln,
- ihnen öffentliche und private Beratungsmöglichkeiten anbieten,
- ihnen bei der Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln.

Kleinen und mittleren Unternehmen vermittelt die Gesellschaft zur Stärkung der Leistungsfähigkeit sowie zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen Beratungsdienste in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf dem Gebiet neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer.

In Ergänzung ihrer Dienstleistungen und zur Ausnutzung der vorhandenen Kenntnisse führt die Gesellschaft Projekte, z. B. aus den Bereichen Technologietransfer und Informationsvermittlung durch.

Die Gesellschaft kann Beratungsfelder Dritten übertragen. Die Übertragung bedarf einer vertraglichen Vereinbarung.

Nach Bedarf und sofern es die Belange des TGZ Halle rechtfertigen, kann sich die Gesellschaft auch an Unternehmen und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Region Halle beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Gewinn der Gesellschaft darf nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

A.2 Vermietung von Forschungsverfügungsgebäuden

Im Technologiepark¹⁾ „*weinberg campus*“ in Halle, in unmittelbarer Nähe zu Instituten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zum Max-Planck-Institut und zur Fraunhofer-Gesellschaft, erwarb die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH schrittweise 35.750 m² Bauland, auf dem bisher sechs Neubauten entstanden sind. Das sechste Gebäude mit einer Hauptnutzfläche von ca. 1.900 m² wurde im Sommer 2011 seiner Bestimmung übergeben. Zudem wurde 1 Altbau saniert.

Mit einem realisierten Investitionsvolumen von ca. 62,6 Mio. € wurden 16.900 m² Hauptnutzfläche geschaffen, die unterschiedlich genutzt werden können. Es werden Büroräume, Technikräume, S1- und S2 - Labore, Räume für die Tierhaltung und Reinräume für material- wissenschaftliche Untersuchungen und GMP angeboten. Der anfängliche Branchenmix der Nutzer war breit gestreut, von der Soft- und Hardwareentwicklung, Automatisierungstechnik, innovativen Ingenieurbüros für Technologieentwicklung, Ingenieurbüros für Bauwesen, Umwelttechnik, Messgeräteentwicklung, Medizintechnik bis hin zur Biotechnologie. Beginnend im Jahr 2000 und mit der Realisierung des BIO-NANO-Zentrums und dessen Eröffnung im Dezember 2006 erfolgte eine spezialisierte Ausrichtung auf die BIO- und NANO-Technologie, wobei sonstige Firmengründungen nicht vernachlässigt wurden. Insgesamt zeichnet sich aber auf dem „*weinberg campus*“ in Halle eine biotechnologische/ biomedizinische und nanotechnologische Ausrichtung ab, die wesentlich getragen wird durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die außeruniversitären Einrichtungen wie z.B. das Max-Planck-Institut und die Fraunhofer-Gesellschaft. Ein neues Gebäude wurde Ende 2007 durch das Fraunhofer Institut für Werkstoffmechanik eröffnet.

Wesentliche Impulse kommen auch durch das geplante neue Gebäude der Fraunhofer Gesellschaft, welches speziell für die angewandte Forschung auf den Gebieten der Photovoltaik, Nano- und Solartechnologien ausgerichtet sein wird. Dieser Gebäudekomplex soll im Jahre 2013 fertiggestellt werden. Dadurch sind entgegen der momentanen konjunkturellen Situation in Deutschland wenigstens einige Anfragen zu Gründungen / Ansiedlungen für den Standort zu verzeichnen, wobei insgesamt eine rückläufige Tendenz bei Gründungen zu verzeichnen ist und der Arbeitsschwerpunkt in der Bestandspflege besteht.

Insgesamt ist das TGZ im Berichtsjahr im Durchschnitt mit ca. 96 % ausgelastet gewesen, wobei die Leerstandszeiten zur Generalinstandsetzung der Räumlichkeiten genutzt wurden. Zum Bilanzstichtag ist eine Auslastung von 98,2 % zu verzeichnen, wobei zu vermerken ist, dass außer einem alle bisherigen Seminarräume als Büroräume umgenutzt wurden und gegenwärtig dauervermietet sind. Insgesamt erfolgten im Geschäftsjahr zwei Existenzgründungen, davon alle aus dem akademischen Bereich und eine Ansiedlung. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind weitere drei Gründungen in Vorbereitung.

Für das Berichtsjahr ergibt sich weiterhin für die TGZ Halle GmbH der Sachstand, dass durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ's neu geregelt wurde.

Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben.

Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Für die Verweildauer der Scil Proteins Production GmbH wurde davon ausgehend am 04.10.2010 ein entsprechender Antrag zum Verbleib bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt gestellt, der mit Schreiben der Investitionsbank Sachsen-Anhalt vom 11.01.2011 positiv entschieden aber mit 2 Auflagen untersetzt wurde.

Die Erfüllung der weiteren Auflagen :

- Bau des Mehrzweckgebäudes Blücherstraße 24
- Marktüblicher Mietzins

mit Schreiben vom 09.12.2011 an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt aus Sicht des TGZ's erfüllt. Eine Bestätigung des unbefristeten Mietvertrages durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfolgte mit Schreiben vom 09.01.2012.

Im Ergebnis des unbefristeten Mietvertrages wird die TGZ Halle GmbH ab Februar 2012 für Büros und Labore den marktüblichen Mietzins erhalten.

Weiterhin wurde der Scil-Gruppe die Unterstützung bei der Sanierung einer Altbauimmobilie gemeinsam mit einem Bauträger (evtl. GWG GmbH) und bei der Errichtung eines Speziallagers (evtl. TGZ-Finanzierung und anschließende Vermietung) zugesagt.

¹ EU-Definition für Technologiepark (technology park):

Ein Technologiepark ist eine Entwicklungsmaßnahme zur Ansiedlung von Unternehmen, die sich mit der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologie beschäftigen und deren Tätigkeit FuE, Produktion, Vertrieb und Kundendienst umfasst. In der Betonung der Produktion liegt der Unterschied zu einem Wissenschaftspark bzw. Forschungspark. Die Einbeziehung von Hochschuleinrichtungen ist kein wesentliches Merkmal.

Diese umfangreichen Bemühungen der Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH konnten nicht verhindern, dass die Investoren der Scil-Gruppe diese zum Verkauf angeboten haben, so dass über die weitere Fortführung am Standort Halle viele Fragen offen sind. Die sich damit ergebenden Leerstandsprobleme für die TGZ Halle GmbH sind zum Zeitpunkt der Berichterstattung schwer überschaubar, könnten aber zu einem Leerstand von 15% - 20% ab dem IV. Quartal 2013 führen und damit Einnahmeverluste bis zu ca. 60 T-€ im Geschäftsjahr 2013 verursachen.

Die Mieterstruktur im TGZ und Bio-Zentrum Halle setzt sich wie folgt zusammen:

33 %	Biotechnologie
15 %	Biomedizin
12 %	Verfahrenstechnik
7 %	Technologieentwicklung
18 %	Nanotechnologie
7 %	Softwareentwicklung
4 %	Umwelttechnik
1 %	Bioinformatik
3 %	Querschnitts- und Servicebereiche

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Im TGZ Halle fanden im Geschäftsjahr 2012 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2012 in Boston und Kapstadt. In Boston war das TGZ / BIO-Zentrum mit ca. 20 m², die von den beteiligten Klein- und mittelständischen Unternehmen des Technologiepark *weinberg campus* zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurden, vertreten. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.

Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u. a. nach Dubai und Syrien die durch die Wirtschaftskrise stagnierten und 2012 wieder intensiviert wurden sind durch die politischen Konflikte im arabischen - und nordafrikanischen Raum weiterhin weniger geworden.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich national und international publiziert. Der „*weinberg campus e. V.*“ hat inzwischen 100 Mitglieder, von Start-up-Unternehmen bis zu namhaften Einrichtungen, Umlandgemeinden und Einzelpersonlichkeiten.

Das gemeinsame Marketing soll weiterhin als Hauptzielrichtung bestehen bleiben und wird durch Förderer und Sponsoren unterstützt. Weiterhin wird aber gleichzeitig versucht, Einfluss auf die Entwicklung der städtischen Infrastruktur am Standort zu nehmen. Der Name „*weinberg campus*“ hat sich im regionalen, nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Die TGZ Halle GmbH ist selbst verantwortlich für die Projekte:

- Akquisition und Finanzierungsmöglichkeiten für Firmen in den Gebäuden sowie in der Bio-Zentrum Halle GmbH
- Unterstützung des technologieorientierten Gründungsgeschehens, insbesondere auf den Gebieten der BIO-NANO-Technologien und angrenzender Gebiete
- Bearbeitung der Projekte "Existenzgründerqualifizierung" und "Ego-Pilot", wobei das Projekt "Existenzgründerqualifizierung" zum 01.01.2012 abgegeben wurde und der Verwendungsnachweis im Mai 2012 durch das Landesverwaltungsamt bestätigt wurde.
- Weiterhin hat die TGZ Halle GmbH sich intensiv mit eingebracht in übergreifende Infrastruktur- und Marketingprojekte, wie z.B.:
 - Sanierung von Altbauten zur Nutzung als Boardinghaus
 - Vermarktung von sanierungsfähigen Altbauten
 - "Techniklinie 5"
 - Konzept zur Nutzung der "Campus-Kirche"
 - Vorbereitung und Durchführung Jahr der Wissenschaft 2012
 - Vorbereitung Jahr der Wissenschaft 2012
 - Bewerbung Exist-Wettbewerb Gründerhochschule und nach erfolgter Bestätigung Mitarbeit im Direktorium der Gründerhochschule

Die Projekte beziehen sich ausschließlich auf eingeworbene Projektmittel von den Projektträgern Verein Deutscher Ingenieure, Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsgemeinschaften, Investitionsbank Sachsen-Anhalt u. ä., die in der Regel nur wissenschaftlich-technische Projekte begleiten. Dabei ist in den letzten Jahren ein stetiges Absinken der Projektmittel zu verzeichnen. Jedoch ist gegenwärtig bedingt sowohl durch die Förderrichtlinien als auch durch die parallel laufenden Projekte Univations und Scidea nicht mit erhöhten Einnahmen zu rechnen – eher mit einem weiteren Absinken. Außerdem wird mittelfristig (2013/2014) auch damit zu rechnen sein, dass Projektmittel vorrangig an Einrichtungen vergeben werden, die die Kriterien von klein- und mittelständischen Unternehmen erfüllen. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, wodurch nur noch nicht geförderte Wirtschaftsverträge abgeschlossen werden können, was im Klein- und mittelständischen Bereich schwierig ist.

Aus diesem Grunde wurde durch die Geschäftsleitung eine Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH vorbereitet und unterzeichnet, die durch ein gemeinsames agieren rückläufige Projektumsätze verhindert und die notwendige Personalvorhaltung in diesem Geschäftszweig in Grenzen hält. Damit wird Projektarbeit wenigstens in den innovativen Projekten wieder kostendeckend.

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2012 noch beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nicht vorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Beim weiteren Auszug einer Firma aus dem TGZ I (ca 430 m² Fläche) waren im Berichtsjahr erhebliche zusätzliche Instandhaltungskosten notwendig, um diese Flächen erfolgreich vermarkten zu können. Zum Bilanzstichtag waren im TGZ I durch diese Maßnahme aber wieder 94,11% der Hauptnutzfläche vermietet. Ähnliches wird sich im zweiten Halbjahr 2013 wiederholen, da die Forschungsgruppe der Fraunhofer Gesellschaft und das Bistro zum 30.06.2013 ausziehen und die Räume instandgesetzt und vermarktet werden müssen.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude auch unter Einbeziehung des Neubaus in der Blücherstraße 24 zu 98,02 % zum Bilanzstichtag ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzfläche des TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH führen.

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen / Nebenkosten	3.485	83,3%	3.211	79,9%	274	8,5%
+ Einnahmen Projektleistungen	341	8,2%	326	8,1%	15	4,6%
+ sonstige Dienstleistungen	64	1,5%	158	3,9%	-94	-59,5%
+ = UMSATZERLÖSE	3.890	93,0%	3.695	91,9%	195	5,3%
+ BESTANDSERHÖHUNG	138	3,3%	138	3,5%	0	0,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	156	3,7%	186	4,6%	-30	-16,1%
= BETRIEBSLEISTUNG	4.184	100,0%	4.019	100,0%	165	4,1%
+ Personalkosten	513	12,3%	519	12,9%	-6	-1,2%
+ Abschreibungen	2.587	61,8%	2.852	71,0%	-265	-9,3%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-1.966	-47,0%	-2.228	-55,4%	262	-11,8%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	621	14,8%	624	15,5%	-3	-0,5%
+ Raumkosten / Grundstücksaufwand	2.276	54,4%	2.145	53,4%	131	6,1%
+ Versicherungen / Beiträge	26	0,6%	27	0,7%	-1	-3,7%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	281	6,7%	301	7,5%	-20	-6,6%
+ Kosten des Fuhrparks	30	0,7%	29	0,7%	1	3,4%
+ Werbe- und Reisekosten	94	2,2%	106	2,6%	-12	-11,3%
+ sonstige Kosten	218	5,2%	262	6,5%	-44	-16,8%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	2.925	69,9%	2.870	71,4%	55	1,9%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	4.059	97,0%	4.013	99,9%	46	1,1%
= BETRIEBSERGEBNIS	125	3,0%	6	0,1%	119	1983,3%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	39	100,0%	38	100,0%	1	2,6%
= FINANZERGEBNIS	39	100,0%	38	100,0%	1	2,6%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(164)	(3,9%)	(44)	(1,1%)	(120)	(272,7%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	30	18,3%	6	13,6%	24	400,0%
+ SONSTIGE STEUERN	1	0,6%	1	2,3%	0	0,0%
- = STEUERERGEBNIS	31	18,9%	7	15,9%	24	342,9%
= JAHRESÜBERSCHUSS	133	3,2%	37	0,9%	96	259,5%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2011 um 165 T-€ (= +4,1 %) auf 4.184 T-€ erhöht. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Mieteinnahmen und Mietnebenkosten (+274 T-€) durch die im Berichtsjahr nunmehr durchgehende Vermietung des im Vorjahr fertiggestellten Mehrzweckgebäudes III. Die Einnahmen aus Projektleistungen erhöhten sich leicht um 15 T-€, die Einnahmen aus sonstigen Dienstleistungen verminderten sich dagegen im Vorjahresvergleich um 94 T-€ auf nunmehr 64 T-€. Die Bestandserhöhung an nicht abgerechneten Leistungen (EVH) blieb im Vorjahresvergleich unverändert und betrug wiederum 138 T-€. Die weitere Bestandserhöhung liegt insbesondere an den weiter gestiegenen Energiekosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 30 T-€ auf nunmehr 156 T-€. Die Verminderung resultiert im Wesentlichen aus verminderten Versicherungsentschädigungen (-48 T-€). Dagegen stiegen die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen deutlich an (+30 T-€). Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich insgesamt um 12 T-€.

Die **Personalkosten** verminderten sich leicht um 1,2% (-6 T-€) auf 513 T-€.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.587 T-€ (Vorjahr: 2.852 T-€). Die Abschreibungen auf den gesamten Gebäudekomplex TGZ III betragen im Berichtsjahr 1.698 T-€ gegenüber 1.990 T-€ im Vorjahr. Die übrigen Abschreibungen erhöhten sich aufgrund der erstmals ganzjährigen Abschreibung des Mehrzweckgebäudes III in der Blücherstraße 24 um 27 T-€ auf 889 T-€. Die Abschreibungen auf dieses Mehrzweckgebäude betragen insgesamt 96 T-€ (Vorjahr: 57 T-€). Die weiteren Abschreibungen verminderten sich um 12 T-€. Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund der im Verhältnis zur Abschreibung analogen Auflösung erheblich um 262 T-€ auf 1.966 T-€. Darin ist die Auflösung des Investitionszuschusses für den Gebäudekomplex TGZ III mit einem Betrag von 1.521 T-€ (Vorjahr 1.782 T-€) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** wurden im Berichtsjahr um einen Betrag von 55 T-€ (+1,9%) auf 2.925 T-€ erhöht. Zunahmen gab es bei den Raumkosten (+131 T-€), und den Kosten des Fuhrparks (+1 T-€). Verminderungen gab es bei den Versicherungen/Beiträgen R(-1 T-€), den Reparaturen- und Instandhaltungen (-20 T-€), den Werbe- und Reisekosten (-12 T-€) und den sonstigen Kosten (-44 T-€).

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2011 um 119 T-€ auf 125 T-€ verbessert.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht 1 T-€ erhöht.

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24 T-€ auf 30 T-€ erhöht, die **Sonstigen Steuern** blieben nahezu unverändert.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 133 T-€ und liegt damit um 96 T-€ über dem Vorjahr.

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 1.408 T-€ betragen. Aufgrund Umschichtungen in das Finanzanlagevermögen im Laufe des Jahres 2012 haben sich die liquiden Mittel um rund 1.166,5 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2012		31.12.2011		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	14.288,6	40,0	14.155,7	37,8	132,9	0,9
Sonderposten mit Rücklageanteil	20.611,7	57,7	22.577,7	60,3	-1.966,0	-8,7
Rückstellungen	416,5	1,2	409,8	1,1	6,7	1,6
Lieferverbindlichkeiten	316,9	0,9	238,9	0,6	78,0	32,6
Sonstige Verbindlichkeiten	108,9	0,3	85,8	0,2	23,1	26,9
Summe Verbindlichkeiten	425,8	1,2	324,7	0,9	101,1	32,2
Rechnungsabgrenzungsposten	4,6	0,0	1,2	0,0	3,4	283,3
Summe Passiva=Gesamtkapital	35.747,2	100,0	37.469,1	100,0	-1.721,9	-4,6

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung ggü.	
	31.12.2012		31.12.2011		d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	31.807,8	89,0	34.393,7	91,8	-2.585,9	-7,5
Finanzanlagen	2.000,0	5,6	0,0	0,0	2.000,0	-100,0
Summe Anlagevermögen	33.807,9	94,6	34.393,7	91,8	-585,9	-1,7
Vorräte	74,6	0,2	96,8	0,3	-22,2	-22,9
Forderungen	41,1	0,1	91,1	0,2	-50,0	-54,9
Sonstige Vermögensgegenstände Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	396,5	1,1	288,8	0,8	107,7	37,3
	1.407,7	3,9	2.574,1	6,9	-1.166,4	-45,3
Summe Umlaufvermögen	1.919,9	5,3	3.050,8	8,1	-1.130,9	-37,1
Rechnungsabgrenzungsposten	19,5	0,1	24,6	0,1	-5,1	-20,7
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	35.747,2	100,0	37.469,1	100,0	-1.721,9	-4,6

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1.721,9 T-€ (= -4,6 %) auf 35.747,2 T-€ vermindert. Diese Verminderung resultiert maßgeblich aus der Verminderung der Sachanlagen (-2.585,9 T-€), der nicht abgerechneten Nebenkosten (-22,2 T-€), der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-50,0 T-€), der flüssigen Mittel (-1.166,4 T-€) und der Rechnungsabgrenzungsposten (-5,1 T-€). Eine Erhöhung gab es dagegen bei den Finanzanlagen (+2.000,0 T-€) und den sonstigen Vermögensgegenständen (+107,7 T-€).

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 91,8 % auf 94,6 % erhöht.

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen und Einlagen der Gesellschaft in Höhe von 0,5 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 2.586,4 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** mit immateriellen Vermögensgegenständen zusammen auf einen Betrag von 31.807,8 T-€ (-2.585,9 T-€) vermindert.

Aufgrund Vermögensumschichtungen von kurzfristigen zu längerfristigen Geldanlagen hat sich das **Finanzanlagevermögen** um 2.000,0 T-€ erhöht.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich in absoluter Höhe um 1.130,9 T-€ vermindert, der verhältnismäßige Anteil am Gesamtvermögen verminderte sich dadurch auf 5,3% gegenüber 8,1% im Vorjahr.

Die Verminderung der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** i.H.v. 50,0 T-€ resultiert im Wesentlichen aus im Vorjahr zum Jahresende vorgenommenen Weiterberechnung von verauslagten Aufwendungen, die im Berichtsjahr nicht vorzunehmen waren.

Die Erhöhung der **sonstigen Vermögensgegenstände** um 107,7 T-€ ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Forderungen aus Mieterdirektabrechnung (+122,6 T-€) zurückzuführen. Dagegen gab es Verminderungen bei den Steuererstattungsansprüchen (-17,1 T-€). Die übrigen Positionen erhöhten sich insgesamt geringfügig um 2,2 T-€.

Die Verminderung der **Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere** von 1.166,4 T-€ hängt mit der Umschichtung der Finanzmittel in die Position Finanzanlagen (2.000 T-€) zusammen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** verminderten sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund planmäßiger Auflösung langfristig abgegrenzter Aufwendungen um 5,1 T-€.

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet:

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die TGZ Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben:

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.
- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der Weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?
- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.

- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.
- Lukrative Bio-Technologiefirmen durch die Investoren unter dem Gesichtspunkt der Renditemaximierung verkauft werden und damit die Standortfrage bzw. der Weiterbestand der Firma insgesamt in Frage gestellt ist.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der TGZ Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks Weinberg Campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2013 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2014 bis 2018 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen*	Erlöse aus		Finanzergebnis	Ergebnis
		Vermietung* u.a.	Projektleistung		
	T-€	T-€	T-€	T-€	T-€
2013	3.882	3.478	280	40	-84
2014	3.902	3.508	280	40	-74
2015	3.892	3.508	280	40	-64
2016	3.862	3.508	280	40	-34
2017	3.852	3.508	280	40	-24
2018	3.842	3.508	280	40	-14

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die TGZ Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Schwierig ist die Situation bei der Weiterentwicklung der Scil-Gruppe am Standort Halle einzuschätzen, da diese zum Verkauf (Investorenwechsel) angeboten ist. Der Fortbestand und die wünschenswerte Weiterentwicklung an Standort Halle wird aus der Sicht der Geschäftsleitung frühestens im III. Quartal 2013 entschieden, wobei aus heutiger Sicht Tendenzen nicht erkennbar sind. Die Scil Proteins Production GmbH wird seitens der Geschäftsleitung als stabiler Partner gesehen.

Seitens der Scil Proteins GmbH (Forschung) kann über den Bestand in Halle keine Prognose abgegeben werden, da dies von der Struktur des neuen Investors der Scil-Gruppe abhängig ist. Eine Einstellung der Forschung der Scil-Gruppe in Halle wurde in der Entwurfsfassung der Wirtschaftspläne 2014 und der Mittelfristplanung nicht berücksichtigt, sondern muss operativ eingearbeitet werden.

Die zukünftigen Projektleistungen für klein- und mittelständische Unternehmen sind nicht planbar, da diese erst im kommenden Wirtschaftsjahr z.B. durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt für künftige Zeiträume untersetzt werden, wobei es sich abzeichnet, dass zeitnah wissenschaftlich-technische Projekte nur noch durch Dienstleister begleitet werden können, die klein- und mittelständischen Status haben. Dies trifft für die TGZ Halle GmbH nicht zu, so dass damit dieses Aufgabenfeld nur in Kooperation mit einem entsprechenden Partner bearbeitet werden kann. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung mit der Univations GmbH wurde abgeschlossen.

Wesentliche Weichen für die Fortführung in der Geschäftsleitung der TGZ Halle GmbH waren die Beschlüsse in der letzten Aufsichtsratssitzung des Jahres 2010, die einstimmig gefasst wurden. Unter diesen Voraussetzungen sollte ein planmäßiger Übergang in der Geschäftsleitung erfolgen und zu keinen Reibungsverlusten bei der Abarbeitung der Aufgaben für die Folgejahre kommen.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der Nanotechnologie, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches ab 2013 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des *weinberg campus*, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung – Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuererinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Dieses Erfolgskonzept kann nur gemeinsam mit der abgestimmten Entwicklung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 vom November 2011 Seite 7 Pkt. 3 erfolgen.

Zitat: "*Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven.*"

Unter diesem Gesichtspunkt wurde unter der Initiative der TGZ Halle GmbH eine Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen gebildet, die sich erstmalig zur konstituierenden Sitzung am 16.01.2012 traf. Die Zielstellung der Arbeitsgruppe besteht darin, bis Ende 2012 / Anfang 2013 ein aussagefähiges Papier zu erstellen, welches dann anderen Partnern auf dem *weinberg campus* zur abschließenden Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vision weinberg campus 2020/2025" sollen dann als gebündelte Meinungsbildung in den Strategiedialog der Stadt Halle einfließen.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2013 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die TGZ Halle GmbH nimmt.

3.6 GESUNDHEIT, SOZIALES, BILDUNG UND SPORT

Bäder Halle GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bornknechtstraße 5
 06108 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 300

Gesellschafter:	<u>T€</u>	<u>%</u>
Stadtwerke Halle GmbH	300	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Die Erfüllung dieses Unternehmensgegenstandes erfolgt vorrangig durch die Unterhaltung, Bewirtschaftung und den Betrieb der im Stadtgebiet der Stadt Halle (Saale) gelegenen Hallen- und Freibäder. Diese Bäder dienen der Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung der halleschen Bevölkerung sowie dem Schul- und Vereinsschwimmen. Die Gesellschaft kann außerdem inner- und außerhalb der genannten Einrichtungen Veranstaltungen durchführen. Zur Erfüllung des Unternehmensgegenstandes gehören auch die wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung der Eintrittspreise im Rahmen des öffentlichen und allgemein zugänglichen Badebetriebes; die Sicherstellung eines qualitativ und quantitativ ansprechenden Angebotes an Hallen- und Freibädern für den öffentlichen Badebetrieb; die Absicherung des Schulschwimmens, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen; die Absicherung des Vereinsschwimmsports, welcher auf Basis von Verträgen gegen Entgelt stattfindet, in für diesen vorgesehenen Schwimmhallen. Für das Schulschwimmen sowie den Vereinsschwimmsport in Betracht kommende Hallen sind entsprechend ihres Nutzungsprofils sport- und wettkampfgerecht auszustatten. Die hauptsächlich oder ausschließlich für den Schwimm- und Vereinssport zur Verfügung gestellten Schwimmhallen sollen primär dem Wettkampf- und Nachwuchsschwimmsport zur Verfügung stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Hallen- und Freibäder anderer zu erwerben, zu betreiben sowie Bäder zu errichten, zu leasen und zu pachten.

Öffentlicher Zweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Dr. Gaudig, Lutz	(bis 30.06.2012)
	Waldenburger, Annette	

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

Beirat

Vorsitzender	Misch, Werner	
	Dr. Diaby, Karamba	
	Embacher, Frank	
	Friedrich, Holger	
	Haupt, Ute	(bis 05.12.2012)
	Hülsbusch, Peter	
	Kocian, Burkhard	
	Mehlis, Marion	
	Nagel, Elisabeth	(seit 05.12.2012)
	Neumann, Wolfram	
	Walther, René	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	5.030	74	4.046	75	254	5	984	24
Umlaufvermögen	1.732	26	1.316	25	4.441	95	416	32
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0			3	0	0	

Bilanzsumme	6.762	100	5.362	100	4.698	100	1.400	26
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	789	12	324	6	326	7	465	144
Rückstellungen	365	5	236	4	89	2	129	55
Verbindlichkeiten	5.608	83	4.802	90	4.283	91	806	17

Bilanzsumme	6.762	100	5.362	100	4.698	100	1.400	26
--------------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	982	722	441
sonstige betriebliche Erträge	3.909	3.752	2.306
Materialaufwand	2.327	2.723	1.810
Personalaufwand	1.591	1.101	739
Abschreibungen	363	193	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	427	326	126
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	16	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	113	68	35
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	71	79	30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6	1	10
sonstige Steuern	50	80	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15	-2	20
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	15	-2	20

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,53	-0,32	4,63	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,94	-0,71	6,68	%
Cash-Flow:	378	191	30	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	96	154	89	T€
Personalaufwandsquote:	32,52	24,61	26,92	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,20	75,14	5,04	%
Eigenkapitalquote:	11,67	6,04	6,94	%
Fremdkapitalquote:	88,33	93,96	93,06	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Besucher	310.827,00	241.050,00	229.839,00 ¹⁾	Anzahl

¹⁾ seit Übernahme der Bäder am 01.05.2010

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: +3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als in Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Bäder Halle GmbH, eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Halle GmbH, hat mit Wirkung zum 01. Mai 2010 die Bäder der Stadt Halle (Saale) übernommen. Dies sind im Einzelnen die Freibäder Angersdorfer Teiche, Saline und das Nordbad sowie die Schwimmhallen Stadtbad, Saline und Halle-Neustadt.

Grundlagen der Übertragung sind der Beschluss des Stadtrates vom 24. Februar 2010 und der Beschluss des Aufsichtsrates der Stadtwerke Halle GmbH vom 25. März 2010. Am 29. April 2010 erfolgte der Abschluss des Grundstückskaufvertrages zu einem Kaufpreis von insgesamt EUR 6,00.

Mit Datum 29. April 2010 wurde zwischen der Gesellschaft und der Stadt Halle (Saale) ein Bäderfinanzierungsvertrag abgeschlossen. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich hiernach an der Finanzierung des laufenden Verlustes der Gesellschaft für die Jahre 2010 bis 2012 in einem Volumen von insgesamt Mio. EUR 9,45.

In einer Klarstellung zum Bäderfinanzierungsvertrag vom 14. März 2011 haben die BHG und die Stadt Halle (Saale) vereinbart, dass sich für die Jahre 2010 bis 2012 der endgültige Zuschuss jedes betreffenden Jahres letztlich nach dem tatsächlichen bzw. abzusehenden Bedarf der BHG richten wird. Für die einzelnen Jahre wurden nunmehr folgende Zuschüsse festgelegt:

- 2010: EUR 2.300.000,00
- 2011: EUR 3.650.000,00
- 2012: EUR 3.500.000,00.

Ab dem Jahr 2013 kann die Fehlbetragsfinanzierung, je nach Entwicklung wesentlicher Kostengruppen, angepasst werden. Ein Ausgleich erfolgt jedoch maximal bis zu einer Höhe von Mio. EUR 4,0 jährlich. Der Bäderfinanzierungsvertrag trat zum 1. Mai 2010 in Kraft und kann frühestens zum 31. Dezember 2020 gekündigt werden.

Zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Bäder Halle GmbH wurde im Zusammenhang mit der Übertragung der Bäder ein Personalüberlassungsvertrag geschlossen, mit dem 28 ehemalige Mitarbeiter der Stadt Halle (Saale) sowie 2 Auszubildende an die Bäder Halle GmbH übergeleitet wurden. Zudem wurden 4 weitere Mitarbeiter, die dem Personalübergang widersprochen haben, jedoch in den Bädern eingesetzt waren, über Personalgestellung von der Stadt Halle (Saale) an die Bäder Halle GmbH überlassen. Von diesen vier Mitarbeitern schied die letzte Mitarbeiterin zum 28. Februar 2012 mit einer Altersteilzeitvereinbarung aus. Weitere zwei Mitarbeiter hatte die Stadt Halle (Saale) schon seit 01. Januar 2010 für den Betrieb der Bäder über die Maya mare GmbH & Co. KG entliehen, die Gestellung wurde nach dem 01. Mai 2010 von der Bäder Halle GmbH übernommen und fortgeführt.

Personalbedarf, der sich durch das Ausscheiden von Mitarbeitern aus der Bäder Halle GmbH ergab sowie zur Abdeckung jeder Freibadsaison erforderlich ist, wurde bis 31. Dezember 2011 über Personalgestellung von neu, über die Maya mare GmbH & Co. KG eingestellte Mitarbeiter gedeckt. Zum 01. Januar 2012 wurde mit der Gewerkschaft Ver.di ein Haustarifvertrag für Bäderbetriebe abgeschlossen. Seitdem sind und werden alle für den Betrieb der Bäder notwendigen Mitarbeiter sowie die Kräfte für die Freibadsaison direkt in der Bäder Halle GmbH eingestellt.

Diese Mitarbeiter stellen lediglich das Personal für den Hauptprozess einschließlich der Betriebsleitung dar. Bereiche, die Nebenprozesse betreffen, vornehmlich die Personal- und Finanzbuchhaltung, wurden bei der Übertragung der Bäder im Jahr 2010 nicht von der Stadt Halle (Saale) übernommen.

Die Bäder Halle GmbH entschied sich, diese Bereiche nicht selbst aufzubauen und die Leistungen über Dienstleistungsverträge mit Schwesterunternehmen aus dem Stadtwerkekonzern zu binden. Insofern wurden folgende Dienstleistungsverträge geschlossen:

- Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
Vertrag über kaufmännische Dienstleistungen
Betriebsführungsvertrag Arbeitssicherheit
- W + H Wasser- und Haustechnik GmbH
Vertrag über technische Betriebsführung
- Stadtwerke Halle GmbH
Personalmanagementvertrag
- Maya mare GmbH & Co. KG
Vertrag über Dienstleistungen im Bereich von Betriebsorganisation, vorbereitende Buchhaltung, Kassenbuchhaltung und Verwaltung

Das Risikomanagement der Bäder Halle GmbH ist in das Risikomanagement der Stadtwerke Halle GmbH integriert. Bestandsgefährdende Risiken oder sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage liegen zurzeit nicht vor. Für die Bäder Halle GmbH sind jedoch auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich ansonsten zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) entsprechend den Regelungen im Bäderfinanzierungsvertrag notwendig.

Seit dem Start des Probebetriebes für die Robert-Koch-Schwimmhalle im Oktober 2011 hat die Bäder Halle GmbH zunächst die Überwachung des technischen Betriebes übernommen. Mit der offiziellen Eröffnung am 07. November 2011 kamen die Aufgaben der Organisation der Belegung dieser Halle (durch Leistungssport und Vereine) sowie die Betreuung des öffentlichen Schwimmens an den Wochenenden dazu. Die durch die Bäder Halle GmbH in Rechnung gestellten Beträge für die Betriebsführung der Robert-Koch-Schwimmhalle waren strittig. Im Kern ging es um die Frage, ob für die Personalkosten zusätzlich zum Bäderfinanzierungsvertrag Beträge in Rechnung gestellt werden können. Diese Frage wurde durch einen Wirtschaftsprüfer eingehend untersucht und die Aufwendungen als angemessen und gerechtfertigt befunden. Am 28. Februar 2013 wurde rückwirkend zum 01. Januar 2013 zwischen der Bäder Halle GmbH und dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement ein Dienstleistungsvertrag über die in der Robert-Koch-Schwimmhalle zu erbringenden Leistungen geschlossen. Der Vertrag hat zunächst eine Laufzeit von 12 Monaten und ist mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende beiderseits jeweils kündbar.

Geschäftsverlauf

Grundlage für die Geschäftstätigkeit des Geschäftsjahres 2012 war die Fortführung der Umsetzung des „Konzept zur Übernahme der kommunalen Bäder der Stadt Halle (Saale) durch eine Bäderbetriebsgesellschaft der Stadtwerke Halle GmbH“ vom 25. Februar 2010, das am 25. März 2010 durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH bestätigt wurde. Für den Wirtschaftsplan 2012, der im Herbst 2011 erstellt wurde, lag noch kein volles Geschäftsjahr zugrunde (Jahr 2010 Übertragung erst zum 01. Mai). Mit der Eröffnung der neuen Robert-Koch-Schwimmhalle (nach rd. 2 Jahren Schließung für Abriss und Neubau) im November 2011 standen dem Leistungssport, den Schulen und Vereinen wieder mehr Wasserflächen zur Verfügung.

Das Angebot an Wassernutzungszeiten für die Öffentlichkeit, in den an die Bäder Halle GmbH übertragenen Bädern, entsprach ab Januar 2012 wieder dem Status quo vor dem Zeitpunkt der Schließung der alten Robert-Koch-Schwimmhalle (Sommer 2009). Besonders schnell von der Öffentlichkeit wieder angenommen wurden die vier 50-Meter-Bahnen in der Schwimmhalle Neustadt an Werktagen.

In die Freibadsaison starteten das Naturbad Angersdorfer Teiche und das Nordbad am 11. Mai 2012. Das Freibad Saline eröffnete nach der technischen Sanierung und Attraktivierung am 23. Juni 2012.

Die vergleichsweise kühleren Witterungsbedingungen im ersten Halbjahr 2012 hatten unterschiedliche Auswirkungen auf die Auslastung der Bäder. In den Schwimmhallen konnten gegenüber dem Planansatz bis zum Sommer mehr als die geplanten Besucher generiert werden. Der anfangs äußerst kühle und unbeständige Sommer, vor allem in den Monaten Mai und Juni sorgte hingegen dafür, dass in den Freibädern die Besucherzahlen um 28,17 % unter dem Planansatz lagen. Diese Abhängigkeiten von Gästezahlen und Witterung werden immer bestehen und damit auch keinen unbedeutenden Einfluss auf den Erfolg des Unternehmens haben. Ein Gegensteuern ist insbesondere bei den Freibädern nicht möglich.

In den Bädern wurde damit begonnen, ein Kursangebot zu etablieren, das insbesondere auf Präventionsangebote abzielt und damit den Bedürfnissen dieser Zeit gerecht wird. Der Ausbau und damit eine weitere Verbesserung der Erlössituation ist jedoch kaum mehr möglich, da auch nach der Eröffnung der neuen Robert-Koch-Schwimmhalle umfangreiche Wasserflächen von den Vereinen in den Schwimmhallen der Bäder Halle GmbH für den Vereinssport benötigt werden. Das Angebotsfeld kann daher nicht, wie im Konzept zur Übertragung der Bäder angedacht, weiter durch die Bäder Halle GmbH ausgebaut werden. Das etablierte Angebot an Kinderschwimmkursen findet guten Zuspruch.

Die Umsatzerlöse aus allen Bädern, inkl. Schul- und Vereinsschwimmen, betragen TEUR 981,8 (Vorjahr: TEUR 722,1). Maßgeblichen Einfluss auf die Steigerung hatten die Mehrerlöse aus der Erweiterung der öffentlichen Nutzung von Wasserflächen und die Zurückverlagerung eines Teils des Leistungs- und Vereinssports in die neue Robert-Koch-Schwimmhalle.

Unter den Sonstigen betriebliche Erträge ist der Betriebskostenzuschuss der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2012 mit TEUR 3.500,0 ausgewiesen (Vorjahr: TEUR 3.650,0), sowie Erlöse für die Dienstleistung der Bäder Halle GmbH in der Robert-Koch-Schwimmhalle in Höhe von TEUR 179,0.

Unter den Aufwendungen für Material sind Aufwendungen für Wasser, Strom, Gas und Fernwärme in Höhe von TEUR 1.497,6 (Vorjahr: TEUR 1.431,9), diese Betriebskosten unterliegen mit Ausnahme der Kosten für Wasser/ Abwasser auch weiterhin Steigerungsraten, die nicht durch gestiegenen Verbrauch sondern maßgeblich durch gestiegene Preise auf dem Beschaffungsmarkt begründet sind. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten maßgeblich die Kosten für Reinigungs- und Abfallentsorgungsleistungen in Höhe von TEUR 198,2. Kosten für Fremdleistungen durch Personalgestellung über die Maya mare GmbH & Co.KG fallen seit 01.01.2012 nicht mehr an, da das Personal direkt bei der Bäder Halle GmbH eingestellt wurde.

Die Personalaufwendungen betragen TEUR 1.590,7 (Vorjahr: TEUR 1.101,2). Der Anstieg ist der Direkteinstellung aller Mitarbeiter in der Bäder Halle GmbH geschuldet, Einsparungen in entsprechender Höhe wurden bei den bezogenen Leistungen erzielt. Die Personalstruktur in der Bäder Halle GmbH ist von einem hohen Altersdurchschnitt der Belegschaft und einem damit einhergehenden hohen Krankenstand geprägt. Dies erschwert zunehmend die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Badebetriebes. Eine Optimierung der Altersstruktur ist unumgänglich. Die notwendigen Personalanpassungsmaßnahmen sollen sozialverträglich erfolgen.

Das geplante Budget für Instandhaltungsaufwendungen (TEUR 370,0) wurde mit TEUR 539,3 deutlich überzogen. Ursächlich dafür waren im Jahr 2012 Maßnahmen, die unvorhergesehen im Bereich Dach und Lüftung der Frauenschwimmhalle des Stadtbades erforderlich wurden. Die Aufwendungen waren zur Sicherung des Betriebes im Stadtbad unumgänglich und wurden gemäß § 4 Ziffer 2 Bäderfinanzierungsvertrag der Stadt Halle (Saale) in Rechnung gestellt.

Im Zuge dieser Arbeiten am Dach der Frauenschwimmhalle waren zudem Schädigungen an der Gewölbedecke der Frauenschwimmhalle zu Tage getreten, die eine eingehendere gutachterliche Untersuchung erforderten. Die Untersuchungsergebnisse zeigten schwerwiegende Materialschwächen im Bereich der Rabitzkuppel sowie ihrer Abhängung auf, die die Gäste in Gefahr bringen können. Auf diese verschärfte Gefahrensituation musste die Bäder Halle GmbH am 18.10.2012 mit der Notschließung der Frauenschwimmhalle reagieren. Zu diesem Zeitpunkt stand die Bäder Halle GmbH bereits mit dem Stadtplanungsamt bezüglich der Vorbereitung eines Antrages auf Sicherungsmittel für den stark geschädigten Turm über dem Eingangsbereich des Stadtbades in Kontakt. Die Instandsetzung der Kuppel der Frauenschwimmhalle wird in diesen Antrag auf Fördermittel / Sicherungsmittel mit einbezogen. Mit der Erarbeitung qualifizierter Unterlagen für den Antrag auf Förder- / Sicherungsmittel wurde im November 2012 begonnen. Neben den Fördermitteln wird auch ein Eigenanteil für die Finanzierung dieser Maßnahmen notwendig. Der Wirtschaftsplan der Bäder Halle GmbH sieht über die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung und Kleininvestitionen hinaus keine weiteren Mittel vor. Aus diesem Grund wird man gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) nach umsetzbaren Lösungen suchen müssen. Zur Entscheidungsfindung ist ein Nutzungskonzept zu erarbeiten, das langfristige und wirtschaftlich tragfähige Lösungsansätze untersucht und bewertet. Auf dieser Basis muss gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale) über das weitere Vorgehen entschieden werden. Aufgrund des maroden Zustands des fast 100 Jahre alten Stadtbades wird dieses Bad ohne eine Grundsanierung nicht dauerhaft zu betreiben sein.

Der Investitionsplan der Bäder Halle GmbH, der im Zuge der Bäderübertragung 2010 nach dem Schwerpunktbedarf in den übertragenen Bädern aufgestellt und mit Krediten der DKB untersetzt wurde, sah für die ersten 3 Betriebsjahre 2010 – 2012 ein Investitionsvolumen von TEUR 5.510 vor. Im Jahr 2012 wurden Investitionen in die Bäder in einer Gesamthöhe von TEUR 1.346,2 getätigt. Die umfangreichste Maßnahme betraf die technische Instandsetzung und Attraktivierung des Freibads Saline mit TEUR 1.013,8.

Finanzlage der Gesellschaft

Für das Jahr 2012 wird ein Jahresergebnis von TEUR 15,0 ausgewiesen. Das Jahresergebnis 2012 zeigt, dass die Geschäftstätigkeit der Bäder Halle GmbH ohne Betriebskostenzuschüsse der Stadt Halle (Saale) nicht möglich ist.

Die Liquidität des Unternehmens war während des gesamten Geschäftsjahres gegeben. Die Gesellschaft nimmt am Cash Pool der Stadtwerke Halle GmbH teil. Es besteht innerhalb des Cash Pools eine Kontokorrentkreditlinie von TEUR 300.

Ausblick

Signifikante Kostensenkungen sind in den von der Bäder Halle GmbH betriebenen Bädern nach heutiger Einschätzung nur über Investitionen in energiesparende Technologien, wie moderne Anlagen zur Schlammwasseraufbereitung, Anlagen zur Wärmerückgewinnung, z.B. über die Lüftung, Modernisierung der Wärmedämmungen u. ä. Maßnahmen möglich. Hier ist langfristig jedoch abzuwägen, über welchen Zeitraum sich die Investitionen amortisieren.

Einnahmesteigerungen kennen im Bereich der betriebenen Hallen- und Freibäder auch ihre Grenzen, da für das öffentliche Schwimmen deutschlandweit für Bäder dieser Art nur ein sogenannter „sozial verträglicher Eintrittspreis“ akzeptiert wird. Mit der Preisanpassung im Jahr 2011 hat man die, für diese Region auch mittelfristig erzielbare Preisobergrenze erreicht. Geht man darüber hinaus, muss mit einem Rückgang der Besucherzahlen gerechnet werden.

Ziel für 2013 wird es sein, die guten Besucherzahlen in den Hallenbädern Saline und Halle Neustadt zu halten. Schwimmen als individuelles und gesundheitsförderndes Bewegungsprogramm für Jedermann muss noch deutlicher in das Bewusstsein der Hallenser gerückt werden. Individuell, ganz nach seinem eigenen Zeitregime und unabhängig von Zeitfenstern, die z.B. durch den Vereinssport vorgegeben werden, sind wir – die Bäder Halle GmbH – die richtigen Partner für alle Menschen, die sich im nassen Element wohl fühlen.

Nach der Wiedereröffnung der Robert-Koch-Schwimmhalle sind über die alten Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit (Stand Juni 2009) hinaus keine zusätzlichen Wasserzeiten frei geworden, in denen die Bäder Halle GmbH ein Kursprogramm hätte etablieren können. Diese Möglichkeit der Erlössteigerung steht somit nicht zur Verfügung. Die Betriebskostenzuschüsse der Vereine für die Nutzung von Wasserflächen waren für das Jahr 2013 bereits im Frühjahr 2011 verbindlich festgelegt worden.

In den Wettbewerb um den Badegast hat sich an den Wochenenden das neue Angebot der Robert-Koch-Schwimmhalle eingereicht, die langfristige Auswirkung kann erst nach 2 - 3 Jahren genau bewertet werden.

Die Erlöse in den Freibädern werden auch 2013 sehr stark von der Witterung in der Saison beeinflusst. Das Veranstaltungsprogramm mit kleinen, vielseitigen Veranstaltungen, die für die Badbesucher einen Mehrwert darstellen, hat sich bewährt, wurde gut angenommen und sorgte auch in der Presse für starke Resonanz. Die Steigerung der Attraktivität der Freibäder Nordbad und Saline stieß bei der Bevölkerung auf positive Resonanz.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 05. April 2012 stimmte die Gesellschafterin der Einreichung der Bauvoranfrage für eine Ballsporthalle am Standort Sportkomplex Halle-Neustadt, Nietlebener Straße 14, bei dem zuständigen Fachbereich für Bauordnung und Denkmalschutz der Stadt Halle (Saale) zu. Mit Gesellschafterbeschluss vom 16. Juli 2012 wurde die Zustimmung zur Einleitung des Teilnahmewettbewerbs als Teil des Vergabeverfahrens für die Errichtung der Ballsporthalle erteilt. Beide Beschlüsse wurden umgesetzt. Die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen wurde abgeschlossen und diese an die gemäß Teilnahmeverfahren ausgewählten Bieter versandt. Die Abgabefrist für die indikativen Angebote endete am 23. Februar 2013.

Für das Jahr 2012 wird ein Jahresergebnis in Höhe von TEUR 15,0 ausgewiesen.

Berufsförderungswerk Halle (Saale) gGmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Bugenhagenstraße 30
 06110 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 30

Gesellschafter:	T€	%
Blinden- und Sehbehindertenverband Sachsen-Anhalt e.V.	10	32,00
Deutsche Rentenversicherung Mitteldeutschland	9	30,00
Deutsche Rentenversicherung Bund	7	22,00
Stadt Halle (Saale)	5	16,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt. Etwaige Überschüsse werden nur für die vertragsgemäßen Zwecke verwendet. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Die Gesellschafter dürfen bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile bzw. den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurückerhalten. Geschäftsanteile dürfen an die Gesellschaft höchstens zum Nennwert veräußert werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der beruflichen Rehabilitation von blinden und sehbehinderten Menschen zu sehen. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Maßnahmen zur Eingliederung blinder und sehbehinderter und von Blindheit bedrohter Personen in Arbeit, Beruf und Gesellschaft. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. der §§ 51 ff. Abgabeordnung 1977. Ein Gewinn wird nicht bezweckt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Kölzner, Kerstin

Verwaltungsrat
 Vorsitzender Prusko, Norbert
 Bahn, Wolfgang
 Baumeister, Lutz

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Verwaltungsrat

Buschke, Birgit
 Dr. Danek, Simone
 Dr. Fischer, Toralf (bis 30.11.2012)
 Dr. Kehl, Peter
 Dr. Streibelt, Marco
 Dr. Wiegand, Bernd (seit 01.12.2012)
 Gellrich, Barbara
 Gering, Horst
 Hagemann, Karl-Heinz
 Ideker, Thomas
 Kogge, Tobias (seit 01.12.2012)
 Krahl, Hans-Joachim
 Laux, Jens
 Szabados, Dagmar (bis 30.11.2012)

Verwaltungsrat

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
	1	1	1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	16.238	79	16.780	79	17.389	76	-542	-3
Umlaufvermögen	4.213	21	4.419	21	5.526	24	-206	-5
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0	3	0	1	0	2	67

Bilanzsumme

20.456	100	21.202	100	22.916	100	-746	-4
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.056	30	5.983	28	5.985	26	73	1
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	5.913	29	6.129	29	6.344	28	-216	-4
Rückstellungen	224	1	247	1	346	1	-23	-9
Verbindlichkeiten	8.261	40	8.843	42	10.240	45	-582	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0	1	0	2	

Bilanzsumme

20.456	100	21.202	100	22.916	100	-746	-4
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.137	5.692	6.182
sonstige betriebliche Erträge	389	621	604
Materialaufwand	813	777	900
Personalaufwand	3.752	3.766	3.724
Abschreibungen	895	892	840
sonstige betriebliche Aufwendungen	821	680	767
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	131	133	120
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	297	325	352
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	79	6	323
außerordentliche Aufwendungen			14
außerordentliches Ergebnis			-14
sonstige Steuern	6	8	7
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	73	-2	302
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	73	-2	302

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,19	-0,03	4,89	%
Eigenkapitalrentabilität:	1,22	-0,03	5,32	%
Cash-Flow:	968	891	1.143	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	92	81	86	T€
Personalaufwandsquote:	57,49	59,66	54,88	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	74,22	74,34	71,41	%
Eigenkapitalquote:	29,60	28,22	26,12	%
Fremdkapitalquote:	70,40	71,78	73,88	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Abrechnungstage	44.431,00	42.266,00	46.369,00	Tage
Zusatzmaßnahmen DRV	114,00	2.255,00	1.040,00	Tage

e) Lagebericht

1. Geschäftsverlauf

Nachdem die Belegungszahlen im Jahr 2011 drastischen Schwankungen unterlagen, stabilisierte sich die Belegung in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen im Jahr 2012 auf einem niedrigen Niveau. Durchschnittlich nahmen 123 Teilnehmer (im Vj. 117 Teilnehmer) an diesen Maßnahmen teil. Die Auslastung bei den RehaAssessmentmaßnahmen, bezogen auf die individuellen Diagnostikmaßnahmen (FBE/BSE), war 2012 wie in den Vorjahren gut. Die Anmeldungen bei den klassischen Arbeitserprobungen lagen 2012 auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2011. Im Bereich der Einzelschulungen zeigte sich im vierten Quartal 2012 ein deutlicher Anstieg der Bedarfe. Diese Schulungen bewegten sich im Jahr 2012 leicht über den Planzahlen.

Für das Jahr 2012 erfolgten die Preisverhandlungen auf der Basis einer geplanten Belegung von durchschnittlich 113 Teilnehmern zuzüglich acht Teilnehmer in der Geschäftsstelle Berlin. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde für das Geschäftsjahr 2012 von einem geplanten Verlust in Höhe von TEUR 42 ausgegangen.

Im Jahr 2012 haben sich die Rahmenbedingungen für die berufliche Rehabilitation weiter verändert. So spielen seit dem 1. April 2012 die gemeinsamen Empfehlungen nach § 35 SGB IX sowie die neuen Zertifizierungsrichtlinien, die auch für preisverhandelte Maßnahmen in Berufsförderungswerken gelten, eine entscheidende Rolle. Nach Ablauf der Übergangsfrist am 31. Dezember 2012 bedürfen alle Anbieter von Arbeitsmarktdienstleistungen einer Zulassung und müssen ihre Kompetenz in einem Zulassungsverfahren gegenüber einer fachkundigen Stelle nachweisen. Die vom BFW Halle bereits erworbene Trägerzertifizierung nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV) ist bis zur nächsten Rezertifizierung 2013 ausreichend. Danach wird sich das BFW nach der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) zertifizieren lassen. Diese Rezertifizierung wurde 2012 vorbereitet und war mit zusätzlichem Aufwand verbunden.

Das erstellte Entwicklungskonzept wurde im Jahr 2012 fortgeschrieben und wird fortlaufend den sich ändernden Umständen angepasst.

Entsprechend diesen Anforderungen lag der Schwerpunkt der Entwicklung des BFW Halle im Jahr 2012 in der Erhöhung der internen Flexibilität und Mobilität. Besonderer Schwerpunkt war dabei der Bereich Qualifizierung, da die Auswirkungen für diesen Bereich am größten waren und hier die meisten Entwicklungen vollzogen werden müssen.

Die Zinsen zur Bedienung der für die Baufinanzierung aufgenommenen Darlehen betragen im Jahr 2012 TEUR 290. Dies führte bei 44.431 Belegungstagen (im Vj. 42.266) zu einer Belastung des Kostensatzes durch Darlehenszinsen in Höhe von EUR 6,52 pro Tag und Rehabilitand (im Vj. EUR 7,31). Im Berichtsjahr erfolgte eine Tilgung der Darlehen in Höhe von TEUR 579.

Die Infrastruktur mit seinem denkmalgeschützten Gebäudeensemble sowie deren Bewirtschaftung bewirken nach wie vor unabwendbar hohe Fixkosten, die sich ungünstig auf den Wettbewerb mit anderen Anbietern auswirken, deren Betriebskosten geringer sind und bei denen die ohnehin größere Kapazität niedrigere Tageskostensätze möglich macht.

Die strategische Bündelung der Bereiche Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Vertrieb in einer Abteilung hat sich weiterhin bewährt und hatte eine Intensivierung und Ausweitung der Marketing-/ Vertriebsaktivitäten zufolge. Die wachsende Vervielfachung der Entscheidungsträger auf Grund struktureller Veränderungen setzt sich weiter fort.

Ein wesentlicher Bestandteil des Marketingkonzeptes ist die Herstellung der Messbarkeit des Erfolges von Marketingaktionen. Dies wurde 2012 weiter vertieft.

Bei verschiedenen Veranstaltungen der Deutschen Rentenversicherung Mitteldeutschland setzte das BFW Halle auf ein neues Vortragskonzept.

Die wohnortnahen Beratungsangebote für blinde und sehbehinderte Menschen in Mitteldeutschland und Berlin-Brandenburg haben sich gut etabliert. Die Mitarbeiter des BFW sind monatlich in den Beratungsstellen Masserberg, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg sowie Gera präsent, um eine gewisse Kontinuität zu erreichen und den Bekanntheitsgrad weiter in der Fläche zu erhöhen. Das BFW konzentrierte sich im Außendienst auf die Erschließung neuer Ansprechpartner für das BFW Halle. Wichtige Multiplikatoren wurden ins BFW eingeladen, um Möglichkeiten vor Ort zu erläutern.

Das Hauptziel des Marketings, die Erhöhung des Bekanntheitsgrades des BFW Halle, wurde 2012 weiter verfolgt. Die Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit waren sehr vielfältig.

Hervorzuheben sind insbesondere:

- Präsentation des BFW Halle beim Verwaltungsrat des BSVMV e.V. in Boltenhagen
- Präsentation des BFW Halle auf der SightCity, der größten Hilfsmittelmesse für blinde und sehbehinderte Menschen in Frankfurt/Main
- Tag der offenen Tür mit dem Thema „Sport-Bewegung-Gesundheit im Arbeitsleben“ mit Unterstützung des Forschungsinstituts für Inklusion durch Bewegung und Sport (FiBS e.V.) aus Köln im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojektes für blinde und sehbehinderte Menschen
- Intensivierte Zusammenarbeit mit den Landesbehindertenbeauftragten (Schwerpunkt: Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Brandenburg)
- Präsentation des BFW Halle gemeinsam mit dem BSV S.-A. e.V. auf dem Luis Braille Festival der Begegnung in Berlin zum 100jährigen Bestehen des DBSV
- Teilnahme am Sehbehindertentag in Thüringen
- Vorträge und Informationsstände auf diversen Augenärztetagungen
- Präsentationen u.a. bei der DZB Leipzig, des ABSV Berlin
- Schulung von Beratern des DBSV/Blickpunkt Auge
- Weiterbildung für Sozialmediziner der DRV Bund zum Thema Erkrankung der Sinnesorgane, Vorträge bei den Rehabilitationsberatern der DRV MD
- Erstellung und Veröffentlichung eines Fachartikels in Zusammenarbeit mit Medizinern in einer für Augenärzte relevanten Fachzeitschrift

Die Zusammenlegung des Reha- und Integrationsmanagements mit dem Marketing führte 2012 zu weiteren internen Impulsen. So wurde aktiv an der Umsetzung des Geschäftsmodells der Berufsförderungswerke im BFW Halle mitgewirkt. Integrationsorientierung und Arbeitsorganisation standen dabei im Fokus.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Erneuerung des Intranets, welches mit einer Neugestaltung und textlichen Gesamtrevision des Qualitätsmanagementsystems einhergingen.

Die Geschäftsstelle Berlin hat den Bekanntheitsgrad des BFW Halle im Ballungsraum Berlin weiter erhöht. Die Reaktionen der Rehabilitationsträger als auch der Betroffenen auf die Präsenz des BFW mit seinem Angebot in Berlin sind durchweg positiv. Die Nachfrage an Beratungsangeboten war weiter zunehmend und zeigt, dass es gelang, das BFW Halle auf dem Berliner Markt zu etablieren und das Einzugsgebiet beständig auszubauen. Von allen Teilnehmern, die 2012 durch die Geschäftsstelle Berlin beraten wurden, absolvierten bereits 43 % eine Assessmentmaßnahme in Halle oder Berlin und von diesen durchliefen bereits 15 % eine Maßnahme. Damit trägt die Geschäftsstelle in Berlin zum wirtschaftlichen Erfolg des BFW Halle bei.

Die systematische Vernetzung mit Betrieben und die Kooperation mit Unternehmen wurden im Jahr 2012 weiter vorangetrieben. Stärker als in der Vergangenheit wirkt sich die Rückkopplung zwischen der Aufnahme der Bedürfnisse der Kunden und der Prozessgestaltung im BFW Halle aus. Das Marketing mischt sich ein und arbeitet aktiv an der Neugestaltung wichtiger Prozesse im BFW Halle mit.

Maßgebliche Effekte für die Öffentlichkeitsarbeit erzielten im Jahr 2012 die nationalen und internationalen Projekte, Arbeitsgruppen und Tagungen, bei denen Mitarbeiter und Rehabilitanden des BFW tätig waren. Besonders hervorzuheben sind dabei die Aktivitäten des Assessmentbereiches bei Augenärztetagungen und LowVision-Veranstaltungen mit Verbänden und Universitäten.

Im Rahmen des internationalen Projektes JOBS MDVI waren der Präsident des europäischen Netzwerkes ENVITER und Direktor der niederländischen Partnereinrichtung Royal Visio aus Apeldoorn, Steven Scheffer sowie der Koordinator von ENVITER und Evaluator des Projektes, John Harris, zu einem Arbeitsbesuch im BFW Halle.

Das vorliegende mittelfristige Entwicklungskonzept des BFW Halle wurde für die Jahre 2013 bis 2017 entsprechend der Anforderungen der Gremien überarbeitet. Dieses schließt ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept für diesen Zeitraum ein. Dieses Entwicklungskonzept wird jährlich fortgeschrieben.

Ein Mitarbeiter ging 2012 in die Passivphase der Altersteilzeit. 2012 waren durchschnittlich 66 (i. Vj. 73) Angestellte sowie 5 (i. Vj. 5) gewerbliche Arbeitnehmer im BFW Halle beschäftigt. Seit Juni 2011 unterstützen drei Bürgerarbeiter die Stammebelegschaft. Die Behindertenquote unter den Mitarbeitern lag bei 24,27 %. Vier Mitarbeiter befanden sich zum Jahresende in der Altersteilzeit.

Im März 2012 erbrachte das BFW Halle inklusive der Geschäftsstelle Berlin im Rahmen eines Überwachungsaudits erneut den Nachweis, dass es ein Managementsystem entsprechend der Normgrundlage ISO 9001:2008 weiterhin aufrecht erhält und die Forderungen dieser Norm erfüllt werden. Gleichzeitig wurde dem BFW die Zertifizierung nach den Anforderungen des § 84 SGB III/§§ 7-8 AZWV erneut bescheinigt.

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

a) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist auch im Geschäftsjahr 2012 dadurch gekennzeichnet, dass das Anlagevermögen die wesentliche Position der Bilanzsumme darstellt. Die Finanzierung des Anlagevermögens erfolgte im Wesentlichen durch Eigenkapital, Investitionszuschüsse und Darlehen.

Die Bilanzsumme des BFW Halle hat sich um TEUR 746 vermindert. Das Anlagevermögen sank um TEUR 541, wobei den Investitionen in das Sachanlagevermögen von TEUR 294 Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 873 gegenüberstehen.

Auf der Passivseite resultiert die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere aus den gesunkenen Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen und Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sowie den um TEUR 216 verminderten Sonderposten aus Zuwendungen. Die Investitionsdarlehen sind aufgrund der Tilgung um TEUR 579 gesunken.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich um den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 73 erhöht. Der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens sinkt in Höhe des Wegfalls der Zweckbindung (jährliche Abschreibung des geförderten Teils) um TEUR 216.

Das wirtschaftliche Eigenkapital (bilanzielles Eigenkapital zuzüglich Sonderposten aus Zuwendungen) beträgt zum 31. Dezember 2012 TEUR 11.969, was einer wirtschaftlichen Eigenkapitalquote von 58,5 % entspricht. Damit ist die Vermögenslage des BFW Halle weiterhin durch eine solide Eigenkapitalausstattung gekennzeichnet.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist 2012 durch einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von TEUR 796 (im Vj. TEUR -142) gekennzeichnet. Der Finanzmittelfonds sinkt um TEUR 107 im Vergleich zum Vorjahr. Die Gesellschaft verfügt weiterhin über eine gute Liquiditätsausstattung.

c) Ertragslage

Die Ertragslage des BFW Halle stellt sich anhand einer betriebswirtschaftlichen Analyse wie folgt dar:

	2012		2011		Ergebnis- verände- rung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	6.137	94,0	5.692	92,2	445
Andere laufende betriebliche Erträge	389	6,0	480	7,8	-91
Betriebsleistung	6.526	100,0	6.172	100,0	354
Materialaufwand	812	12,4	777	12,6	35
Personalaufwand	3.752	57,5	3.766	61,0	-14
Planmäßige Abschreibungen	895	13,7	892	14,5	3
Betriebsaufwendungen	822	12,6	680	11,0	142
Gewinnunabhängige Steuern	6	0,1	8	0,1	-2
Aufwendungen für die Betriebsleistung	6.287	96,3	6.123	99,2	164
Betriebsergebnis	239	3,7	49	0,8	190
Finanzerträge	131	2,0	133	2,2	-2
Finanzaufwendungen	297	4,6	325	5,3	-28
Finanzergebnis	-166	-2,5	-192	-3,1	26
Neutrale Erträge	0	0	141	2,3	-141
Neutrale Aufwendungen	0	0	0	0	0
Neutrales Ergebnis	0	0	141	2,3	-141
Jahresergebnis	73	1,2	-2	0,0	75

Der Erhöhung der Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 445 resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der durchschnittlichen Belegung von 117 auf 123 Rehabilitanden in den vorbereitenden und Hauptmaßnahmen.

Im Berichtsjahr fielen mit 44.431 Abrechnungstagen (im Vj. 42.266) ca. 5,1 % mehr Maßnahmentage im Vergleich zum Vorjahr an.

Die Tageskostensätze für die vorbereitenden und Hauptmaßnahmen, Anpassungs- und Integrationsmaßnahmen stiegen 2012 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %.

Die anderen Erträge waren in 2012 leicht rückläufig. Die planmäßige ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens betrug im Jahr 2012 wie im Vorjahr TEUR 216. Die Betriebsleistung stieg somit um TEUR 354.

Die Aufwendungen für die Betriebsleistung stiegen im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 164. Die Personalkosten erhöhten sich trotz Tarifsteigerung im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr nicht. Dies ist in erster Linie auf die Reduzierung der Anzahl der Mitarbeiter zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis stieg so im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 190 auf TEUR 239.

d) Finanzinstrumente

Wesentliche originäre Finanzinstrumente für die Gesellschaft stellen die Finanzanlagen, die kurzfristigen Forderungen, liquiden Mittel sowie die Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger dar. Derivative Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht genutzt. Das Bonitäts- oder Ausfallrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass Geschäftspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und dadurch Vermögensverluste entstehen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungseinschränkungen sehen wir derzeit nicht. Bei den Finanzanlagen erfolgt die Anlage nahezu vorwiegend im eigenen Währungsraum, so dass kein Währungsrisiko besteht. Ein Zinsrisiko - d.h. mögliche Wertschwankungen eines Finanzinstrumentes aufgrund von Bewegungen des Marktzinssatzes - liegt vor allem bei Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten über einem Jahr vor. Solche längeren Laufzeiten sind im operativen Bereich nicht von materieller Bedeutung, jedoch bei den Finanzanlagen und den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen der Sozialversicherungsträger. Die Wertpapiere des Anlagevermögens sind ausschließlich fest verzinslich angelegt, sodass ein Zinsrisiko in der verbleibenden Restlaufzeit nicht besteht. Bei den Verbindlichkeiten aus Investitionsdarlehen sind ebenfalls feste Verzinsungen vereinbart.

3. Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken

Die Entwicklung des BFW Halle in den nächsten Jahren wird durch folgende Tendenzen beeinflusst.

Zum Einem ist ein deutlicher Rückgang des Bedarfes an Vollqualifizierung - dem bisherigen Kerngeschäft des Berufsförderungswerkes - zu verzeichnen. Prognostiziert ist für die nächsten Jahre eine Plangröße von durchschnittlich 110 Rehabilitanden oder gar darunter. Mit dieser Entwicklung einhergehend sind einerseits deutliche Schwankungen in den Belegungszahlen andererseits eine Abnahme von Vollzeitmaßnahmen zu Gunsten kürzerer und individueller Schulungsmaßnahmen beobachtbar. Maßgeblich dabei werden Gesichtspunkte wie Individualisierung, Vernetzung mit der Arbeitswelt und Flexibilisierung sein. Das Geschäftsfeld des Berufsförderungswerkes wird sich in der Zukunft von der vollen Umschulung hin zur Teilqualifizierung und oder Integrationsleistung verlagern. Das heißt letztendlich, die Rehabilitandenzahlen in den vorbereitenden und Hauptmaßnahmen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter sinken und die Struktur der Maßnahmen wird sich weiter verändern, die Gruppenstärken werden sinken, die Anzahl der Gruppen wird sich erhöhen. Dies zieht die Notwendigkeit einer vollkommen neuen Ausbildungsorganisation nach sich, um dennoch wirtschaftlich und nachhaltig arbeiten zu können.

Da die Einflussfaktoren auf die berufliche Rehabilitation recht vielfältig und aus verschiedenen Richtungen wirken, wird sich das BFW auf erheblich größere Schwankungen sowohl in den Belegungszahlen von Halbjahr zu Halbjahr, als auch in der Art der Maßnahmen einstellen müssen. Aus diesem Grund ist eine Flexibilisierung des Leistungsangebotes extern und vor allem die Handlungsmöglichkeiten intern unerlässlich und die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre.

Das Thema Inklusion und die Selbstbestimmung des behinderten Menschen spielen weiterhin eine große Rolle. Das BFW Halle muss immer mehr in die Lage sein, Schulungen überregional, mobil bzw. vor Ort anzubieten. Dementsprechend werden die Flexibilität und vor allem die Mobilitätsanforderungen an die Tätigkeit des BFW Halle sowie auch an deren Mitarbeiter zunehmen und zunehmen müssen.

Letztendlich wird die Arbeit des BFW Halle durch die Entwicklungen des neuen Reha-Modells, welches mittlerweile als Geschäftsmodell der deutschen Berufsförderungswerke verabschiedet wurde, deutlich beeinflusst. Hier verspricht das BFW Halle die Individualisierung als System hinsichtlich Inhalte, Wege, Orte, Kosten bzw. Dauer, die Struktur von Lernunternehmen, Handlungsorientierung sowie individuelle Qualifizierungswege und Qualifizierungsinhalte. Der gesetzliche Auftrag ist die nachhaltige Integration von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben. Maßgeblichste Herausforderung wird dabei zweifellos der recht dramatische Rückgang in den Belegungszahlen bei gleichzeitiger Anforderung zu erhöhter Flexibilisierung und Mobilität sein.

Der Preis, die Dauer der Maßnahme, wohnortnahe Rehabilitation sowie erfolgreiche Integration der Absolventen werden also für die Rehabilitationsträger auch künftig zunehmend Kriterien für die Vergabe von Aufträgen darstellen. Hinzu kommen die hohen Ansprüche an die Individualität der Maßnahmen für einen zunehmend multimorbiden Teilnehmerkreis.

Das Gebot von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet das BFW Halle als Leistungsanbieter dazu, die Leistungen unter Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten zu erbringen. Die Kosten steigen und die verhandelten Kostensätze spiegeln diese Kostensteigerungen immer weniger wieder.

Grundlage des erstellten Entwicklungskonzeptes bis zum Jahr 2017 ist eine Belegung von durchschnittlich 110 Rehabilitanden im BFW Halle sowie 8 Rehabilitanden in der Geschäftsstelle Berlin. Bei einer anhaltenden Belegung auf diesem niedrigen Niveau führt das bei der Spezialisierung und Größe des BFW Halle zu massiven finanziellen Auswirkungen und stellt ein beträchtliches Risiko für die Haushalte der kommenden Jahre dar.

Eine sinkende Belegung zieht sofort sinkende Erträge nach sich. Die Aufwendungen reduzieren sich dagegen immer erst mit einer zeitlichen Verzögerung oder, was die fixen Kosten betrifft, überhaupt nicht.

Gleichzeitig bedingen die sanierten denkmalgeschützten Baulichkeiten hohe Instandhaltungs- und Energiekosten. Ein ausgeglichener Haushalt kann daher mittelfristig nur über Einsparungen im Personalbereich realisiert werden.

Wichtig hierbei ist es Kernfelder der zukünftigen Entwicklung unberührt zu lassen oder andersherum Schlüsselstellen, welche für die zukünftige Entwicklung wichtig sind, nicht anzufassen, um das BFW Halle in seinem Gesamtbestand nicht zu gefährden.

Beizubehalten sind die Ressourcen von Diagnostik und Beratung, obgleich sich hier Tätigkeitsschwerpunkte verlagern werden, um einen kontinuierlichen Zugang zur beruflichen Rehabilitation im BFW Halle zu ermöglichen. So ist in Zukunft von weniger vollen Umschulungen und Fortbildungen auszugehen, sondern es sind vielmehr zeitlich kürzere, möglichst passgenaue Qualifizierungseinheiten und Integrationsmaßnahmen zu erwarten. Hier korrigierte das BFW Halle im letzten Jahr die Planziele für die klassische EA/AP. Mittlerweile sind die Reha-Assessmentmaßnahmen gemäß den Anforderungen der Rehabilitationsträger entsprechend den individuellen Bedürfnissen und Notwendigkeiten der diagnostizierten Person bis auf einen Maßnahmetag möglich. Das Reha-Assessment kann demzufolge nicht nur an seinem finanziellen Ertrag gemessen werden, sondern muss auch daran gemessen werden, wie viele Personen absolut eine Assessmentmaßnahme im BFW Halle durchlaufen. Das Reha-Assessment spielt jetzt und künftig im BFW Halle als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ eine besondere Bedeutung, weil diese hoch speziellen Assessmentdienstleistungen weder ausgelagert noch durch andere erbracht werden können. Demzufolge sind Assessmentdienstleistungen ein wichtiger Bestandteil der Menschen mit Sehproblemen und in diesem Punkt unterscheidet sich das BFW Halle deutlich von anderen Berufsförderungswerken.

Prognosen zur Entwicklung der Belegungssituation sind gegenwärtig nur nach den Aussagen der Rehabilitationsträger zu erstellen. Durch verstärkte Zuweisungen durch die DRV MD konnte die Belegung sich 2012 auf einem niedrigen Niveau stabilisieren. Ausgehend von dieser Stabilisierung wurde in der Planung ausschließlich für das Jahr 2013 von einer durchschnittlichen Belegung von 121 Rehabilitanden im BFW Halle einschließlich der Geschäftsstelle Berlin ausgegangen.

Während der Bedarf an Einzelmaßnahmen seit dem letzten Quartal 2012 stark ansteigt, pendelte sich die durchschnittliche Belegung in den Vorbereitenden und Hauptmaßnahmen per 28. Februar 2013 auf 110 Teilnehmer im BFW Halle inklusive der Geschäftsstelle Berlin ein. Von den Belegungsschwankungen in den Vorbereitungs- und Hauptmaßnahmen ist hauptsächlich die Bundesagentur für Arbeit und die DRV Bund betroffen. Während bei der Bundesagentur auf Grund des stetigen Wechsels der Zuständigkeiten für die berufliche Rehabilitation im Zusammenhang mit der Entstehung neuer zugelassener kommunaler Träger sowie weiterer Organisations- und Strukturveränderungen die Belegung seit Jahren sukzessive sinkt, ist die Belegung der DRV Bund innerhalb des letzten Jahres rapide um 20 % gesunken.

Die spezielle Kompetenz der Mitarbeiter im BFW Halle, die sich in der Ergebnisqualität der beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen niederschlägt, ist für das Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ im Sinne einer integrationsorientierten, ganzheitlichen, einzelfallorientierten und effizienten Rehabilitation unerlässlich. Gleichzeitig ermöglicht sie, Strukturen zu entwickeln und Strategien zu erarbeiten, die es ermöglichen, neue Einnahmefelder zu erschließen und zu etablieren. Dies setzt allerdings eine kontinuierliche plankonforme Auslastung der Einrichtung voraus.

Die Basis der Arbeit stellt dabei das Strategiepapier „RehaFutur“ sowie die Umsetzung des neuen „Reha-Modells“ dar. Die berufliche Rehabilitation muss auf Individualisierung und Flexibilisierung der Angebote setzen und gleichzeitig effektiv und effizient sein.

Für die Mitarbeiter des BFW Halle bedeutet dies Arbeiten in veränderten Teamstrukturen, mit veränderten Steuerungsinstrumenten, übergreifenden Strukturen und zunehmend modularen Qualifizierungskomplexen. Grundlage dafür bildet das im Jahr 2012 überarbeitete Entwicklungskonzept, welches ein entsprechendes Personalentwicklungskonzept einschließt.

Im Jahr 2013 konnte als Ergebnis der Preisverhandlungen der Rehabilitationsträger mit dem BFW Halle eine Erhöhung der Tageskostensätze um 0,75 % für die Haupt- und Vorbereitungsmaßnahmen und für die Unterbringung/Verpflegung um 1% erzielt werden. Eine Kompensation der sich alleine in Folge der Tarifierhöhungen ergebenden Erhöhung der Personalkosten über den Preis ist dadurch nicht möglich.

Dies stellt sich wie folgt dar:

	2013	2012
Tageskostensätze berufliche Rehabilitation	EUR/Tag	EUR/Tag
Haupt- und Vorbereitungsmaßnahmen	93,19	92,50
Anpassungsmaßnahmen	92,05	92,05
Spezialmaßnahmen	426,57	426,57
Eignungsabklärung/Arbeitserprobung	121,76	121,76
Internatzuschlag	30,86	30,56

Das BFW Halle in den kommenden Jahren weiter als Spezialeinrichtung für blinde und sehbehinderte Menschen, sowie als Kompetenzzentrum „Rund um das Sehen“ zu etablieren wird weiterhin das Kernziel bleiben. Dabei kommt dem frühzeitigen Erkennen und Gegensteuern von potentiell die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BFW Halle gefährdenden Risiken weiterhin die stärkste Bedeutung zu. Die Risikoberichterstattung erfolgt in Form eines Reportings quartalsweise innerhalb des Unternehmens sowie an die DRV. Halbjährlich wird dem Verwaltungsrat ein Zwischenabschluss vorgelegt, aus welchem die Geschäftsentwicklung zu ersehen ist.

Der Wirtschaftsplan für 2013 sieht Umsatzerlöse von TEUR 6.040 und ein Jahresergebnis von TEUR -42 vor. Im Entwicklungskonzept wird für das Jahr 2014 von einem ausgeglichen Ergebnis ausgegangen.

Es wird weiter intensiv an einer Erweiterung der Angebotspalette gearbeitet. Netzwerke und Kooperationen werden zukünftig hierbei eine größere Rolle als bisher spielen. Zunehmend sollen künftig verstärkt präventive Angebote „Rund um das Sehen“ am Markt positioniert werden. Ein Schwerpunkt wird die Intensivierung der Schnittstelle zur medizinischen Rehabilitation darstellen. Eine bessere Vernetzung mit dem Arbeitsmarkt wird angestrebt, die Veränderungen in der Arbeitswelt müssen wahrgenommen und die Angebote entsprechend angepasst werden. Auf diese Weise lassen sich neue Kundengruppen und neue Finanzierungsquellen erschließen.

Die zielgerichtete Auswahl der ambulanten Beratungen an verschiedenen Standorten in Mitteldeutschland, die Kooperation mit der Augenklinik in Masserberg sowie die Etablierung der Geschäftsstelle in Berlin unterstützen diese Tendenz.

Die Gesellschaft bleibt in ihrem wirtschaftlichen Erfolg mehr denn je und in besonderem Maße von den Rehabilitationsträgern abhängig und unterliegt auch fortan in besonderer Weise politischen Entscheidungen und Gesetzesänderungen.

4. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2012, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind nicht eingetreten.

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Hibiskusweg 15 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitslosengeld II-Empfänger und von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich der Verwaltung, Förderung von Jugendwerkstätten, Verwaltung von Fördermitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes zur Förderung von Beschäftigungsmaßnahmen bei Verbänden und Vereinen.

Öffentlicher Zweck:

Ziel des Eigenbetriebes ist es, entsprechend der Satzung auch in den kommenden Jahren Arbeitslosengeld II-Empfänger unter Anwendung von Förderrichtlinien in befristeten Arbeitsverträgen zu beschäftigen. Der öffentliche Zweck ist daher die Wirtschaftsförderung.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung		van Rissenbeck, Goswin	
Betriebsausschuss	Vorsitzender	Neumann, Wolfram	
		Dr. Diaby, Karamba	(bis 25.04.2012)
		Hildebrandt, Roland	
		Kley, Gerry	
		Koehn, Gottfried	(seit 25.04.2012)
		Schmeil, Birgit	
		Trömel, René	

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	46	0	40	1	28	0	6	15
Umlaufvermögen	10.534	100	6.382	99	6.171	100	4.152	65
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	3	0	3	0	-1	-33

Bilanzsumme	10.582	100	6.425	100	6.202	100	4.157	65
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	37	0	37	1	37	1	0	0
Sonderposten für Investitionszulagen	44	0	36	1	22	0	8	22
Rückstellungen	259	3	216	3	200	3	43	20
Verbindlichkeiten	10.242	97	6.136	95	5.943	96	4.106	67

Bilanzsumme	10.582	100	6.425	100	6.202	100	4.157	65
--------------------	---------------	------------	--------------	------------	--------------	------------	--------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.030	6.081	4.596
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	4.091	169	2.161
sonstige betriebliche Erträge	1.159	919	918
Materialaufwand	1.058	1.319	1.480
Personalaufwand	7.046	5.679	6.009
Abschreibungen	16	12	8
sonstige betriebliche Aufwendungen	160	159	178
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	0,00	0,00	%
Cash-Flow:	16	12	8	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	15	17	17	T€
Personalaufwandsquote:	85,10	79,22	78,29	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	0,41	0,57	0,41	%
Eigenkapitalquote:	0,35	0,58	0,60	%
Fremdkapitalquote:	99,65	99,42	99,40	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Eigene Maßnahmen mit Entgelt	46,00	57,00	48,00	Anzahl
Eigene Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung	5,00	5,00	8,00	Anzahl
Maßnahmen bei Vereinen und Verbänden	55,00	78,00	70,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Im Jahr 2005 sind die Aufgaben des Ressorts Beschäftigungsförderung der Stadt Halle (Saale) in den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung (EfA) überführt worden. Der Eigenbetrieb setzt seitdem arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen für die Stadt Halle (Saale) um. Die ihm mit der Einführung des SGB II gestellten Aufgaben konnte der EfA, wie im Vorjahr, auch im Jahr 2012 erfüllen.

Seit dem Februar 2008 ist der Beigeordnete für Wirtschaft und Arbeit, Herr Wolfram Neumann, Vorsitzender des Betriebsausschusses.

Der Unterzeichner ist seit dem 01. Juli 2007 durch Beschluss des Stadtrates zum Betriebsleiter bestellt.

Von Mai bis Juli 2012 wurde der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 des EfA durch die Connex M&P Audit Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes wurde die Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt. Es wurden keine Einwände gegen die Buchführung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung erhoben. Der Jahresabschluss 2011 wurde am 24. Oktober 2012 in den Stadtrat eingebracht, festgestellt und der Betriebsleitung gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 Eigen BG LSA die Entlastung erteilt.

Schon im Februar des Jahres 2012 hat der EfA vorfristig die Genehmigung zum Vollzug des Wirtschaftsplanes 2012 durch das Landesverwaltungsamt erhalten. Vor diesem Hintergrund konnte das Geschäftsjahr entsprechend der im Vorjahr eingebrachten Planungen umgesetzt werden.

Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Halle (Saale) hat sich im Geschäftsjahr weiterhin stabil gestaltet. Kleine Probleme werden auf der Arbeitsebene geklärt. Zwischen der Geschäftsleitung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA gibt es bei Bedarf konstruktive Zusammenkünfte. Die Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsführung des Jobcenters und der Betriebsleitung des EfA war im Geschäftsjahr 2012 geprägt von der Novellierung des SGB II und der damit verbundenen inhaltlichen Ausrichtung der Förderinstrumente sowie einer kontinuierlichen Bearbeitung der Fördermaßnahmen im Rahmen der Bürgerarbeit.

Das interne Controlling System (IKS) nach dem 6-Augen-Prinzip, das in Absprache mit dem Rechnungsprüfungsamt im Jahr 2009 implementiert wurde, hat sich als nützliches und effektives Steuerungsinstrument erwiesen. Mit den Arbeitsbereichen Eigene Projekte, Trägerberatung und Service, sowie Finanzen und EDV ist der EfA so strukturiert, dass er jederzeit kommende oder zusätzliche Aufgaben (wie die in der Vergangenheit mit Stichtag gestartete Bürgerarbeit und Beteiligung am Förderprogramm Bildung und Teilhabe, oder die in diesem Geschäftsjahr geschehene Umsetzung des Förderprogrammes „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“) ohne Gefährdung der Arbeit mit den bestehenden Instrumenten des SGB II übernehmen und realisieren kann.

Als Förderinstrumente zur Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen sind im Jahr 2012 folgende Förderinstrumente zum Einsatz gekommen:

- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung Entgelt nach § 16 d SGB II (8 bis 12 Monate).
- Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung (1 € Jobs) nach § 16 d Abs. 3 Satz 2 SGB II (8 bis 12 Monate).
- „Aktiv in Rente“- Förderprogramm für Langzeitarbeitslose Ü50 des Landes Sachsen-Anhalt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (36 Monate)
- „Kommunal-Kombi“- Tarifgebundenes Förderprogramm des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt für Langzeitarbeitslose mit einer um 100 € erhöhten Förderung für Arbeitnehmer Ü 50. (36 Monate).
- Bürgerarbeit Arbeitsplatzförderung des Bundes für Langzeitarbeitslose mit mehreren Erwerbshemmnissen incl. eines Coaching durch Bildungsträger über den Bewilligungs-zeitraum (36 Monate).
- „Familien stärken – Perspektiven eröffnen“. Förderprogramm des Landes Sachsen-Anhalt finanziert mit ESF Mitteln für Langzeitarbeitslose, die Leistungen aus dem SGB II und SGB VIII erhalten.
- Bildung und Teilhabe. (Programm des Bundes)
- Bundesfreiwilligendienst.

Direkt mit dem Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wurden damit im Jahr 2012 durchschnittlich nachfolgende Jahresarbeitsverträge in den entsprechenden Bereichen realisiert:

Entgelt*	0 Arbeitnehmer
Aktiv zur Rente	51 Arbeitnehmer (davon 25 als Entgelt, 26 als 1 € Job)
Mehraufwand*	52 Arbeitnehmer
Kommunal-Kombi	20 Arbeitnehmer
Bürgerarbeit	379 Arbeitnehmer
Bundesfreiwilligendienst	3 Freiwillige
Familienintegrationscoaches	3 Arbeitnehmer
Bildung und Teilhabe	5 Arbeitnehmer
ohne Förderung	29 Arbeitnehmer
Gesamt:	542 Arbeitnehmer mit Arbeitsvertrag beim EfA

* Maßnahmen mit unterjähriger Laufzeit, daher Mehrfachbesetzung.

Darüber hinaus hat der EfA bei Dritten weitere 74 Arbeitnehmer im Förderprogramm Kommunal-Kombi und weitere 191 in der Bürgerarbeit finanziert.

Im Rahmen der Förderung Halle 500 konnten insgesamt 209 Arbeitsstellen mitfinanziert werden, in denen ca. 260 Jugendliche gefördert wurden.

Unter Berücksichtigung der unterjährigen Laufzeit einiger weniger Maßnahmen, konnten **ca. 1.170 Leistungsempfänger in Arbeit gebracht** werden.

Besonders hervorzuheben ist dabei, dass mit den Förderprogrammen „Aktiv zur Rente“, „Kommunal-Kombi“ und Bürgerarbeit **für 768 Arbeitnehmer Arbeitsplätze für 3 Jahre sozialversicherungspflichtig** eingerichtet waren. Das sind immerhin mehr als 64 %.

Im Vergleich zu den Vorjahren konnten, bei geringfügig erhöhtem Gesamtbudget, weniger Leistungsempfänger, diese dafür aber langfristiger, in Arbeit gebracht werden. Ursächlich dafür sind die Veränderungen im Bereich der Förderinstrumente Mehraufwand (1€ Job) und Entgelt. Mit 80 Plätzen in einer Förderung durch Mehraufwand fand gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verschiebung zu den auch kommunal teureren Finanzierungen von Entgeltmaßnahmen statt. Diese Verschiebung hat vor allem Auswirkungen auf die Reduzierung der Passivleistungen des Grundsicherungsträgers gehabt. Diese Tendenz setzte sich mit Einführung und Umsetzung der Bürgerarbeit fort. Vor dem Hintergrund der Schaffung von Langzeitmaßnahmen (36 Monate) hat es dabei **eine Verschiebung des Fördermittelzuflusses** weg vom Jobcenter hin zu EU, Bund, Land und Kommune gegeben. Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen im SGB II setzt eine deutlich höhere kommunale Beteiligung voraus.

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen der Stadt Halle (Saale) im Frühjahr 2012 wurde der mit Beschluss des Stadtrates vom 28.09.2011 im Wirtschaftsplan 2012 des EfA festgelegte Zuschuss von 2.848.000 € um 285.000 € auf 2.563.000 € verringert. Die Reduzierung des Zuschusses hatte zur Folge, dass jeweils ca. 70 Maßnahmeplätze im Bereich AGH Entgelt und Förderung gegen Jugendarbeitslosigkeit nicht wie geplant realisiert werden konnten. Zurückblickend ist festzustellen, dass, zumindest für den Personenkreis der Jugendlichen, das Angebot auch so ausreichend war.

Zur Durchführung der Projekte wurden folgende Mittel eingesetzt:

	2012	2011
Zuschüsse der Stadt	2.483.200 €	2.456.000 €
Sonstige Einnahmen*	232.193 €	
Mittel des Bundes	4.768.984 €	2.677.336 €
Mittel des Landes	252.694 €	675.288 €
Mittel des Jobcenter Halle	577.818 €	1.289.295 €
Summe	8.314.889 €	7.097.919 €

* Personalkostenerstattungen im Rahmen von „Bildung und Teilhabe“

Damit beteiligt sich die Stadt Halle mit ca. 29,9 % an der Finanzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. In den Vorjahren lag diese Quote bei ca. 34,7 %.

2. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Entwicklung des Eigenkapitals

	2012	2011	2010
	TEUR	TEUR	TEUR
Stammkapital	25,0	25,0	25,0
Ergebnisse der Vorjahre	12,0	12,0	12,0
Jahresgewinn/-verlust	0,0	0,0	0,0
	37,0	37,0	37,0

Das Eigenkapital verändert sich jeweils um das Jahresergebnis.

Entwicklung der Rückstellungen

	2011	Inanspruchnahme	Auflösung	Zuführung	2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sonstige Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Jahresabschlusserstellung und Prüfung	10,6	10,6	0,0	11,9	11,9
Strittige Personal- u. Sachkosten Fördermittel	90,5	23,1	0,0	53,3	120,7
Übrige Rückstellungen	115,1	42,1	0,0	53,6	126,6
	216,2	75,8	0,0	118,8	259,2

2.2. Darstellung der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sowie der Material- und Personalaufwand sind in großem Maße von der Anzahl, den Laufzeiten und dem Anfang und Ende der Maßnahmen abhängig.

Die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Zuschüsse des Jobcenter Halle	556,7	2.601,4
Zuschüsse Land / ESF	951,0	1.005,0
Zuschüsse Bund	644,5	913,9
Zuschüsse Stadt	877,3	1.560,5
Sonstige betriebliche Erträge	1.144,4	909,9
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	14,3	9,5
	4.188,2	7.000,2

Die Personalaufwendungen für die Belegschaft (einschließlich der Verwaltung) unterteilen sich folgendermaßen:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	5.873,7	4.733,3
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	1.172,6	946,1
- davon für die Altersversorgung	48,1	24,8
	7.046,3	5.679,4

Die Liquidität des Eigenbetriebes war jederzeit, durch den kontinuierlichen Mittelabruf so wie die dazugehörige Verwendungsnachweisführung bei den Fördermittelgebern, gegeben. Dabei wurden auch alle Möglichkeiten des frühzeitigen Mittelabrufes ausgeschöpft.

Wesentliche Ereignisse haben sich nach dem Abschlussstichtag nicht ergeben.

3. Aufgaben Entwicklung und Risiken des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung im Jahr 2013

Im Juni 2012 hat der Betriebsleiter dem Stadtrat und seinen Gremien auf dessen Beschluss eine ausführliche „Analyse der Entwicklung öffentlich geförderter Beschäftigung in Halle (Saale) aus Sicht des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung“ vorgelegt. Vor diesem Hintergrund sind nachfolgend einige sich daraus ergebenden Anmerkungen dargestellt.

Auch im Jahr 2012 hat der Eigenbetrieb den Auftrag des Stadtrates, Beschäftigungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Empfänger von Arbeitslosengeld II zu beantragen oder zu bearbeiten und durchzuführen. Es sollen Maßnahmen sein, bei denen die Arbeitnehmer einen Arbeitsvertrag mit dem EfA oder anderen Arbeitgebern abschließen und dadurch aus dem passiven Leistungsbezug von „Arbeitslosengeld II“ ausscheiden bzw. die „Kosten der Unterkunft“ reduzieren. Die dabei erzielten Einsparungen bei den „Kosten der Unterkunft“ entlasten den kommunalen Haushalt. Allerdings werden bei den Berechnungsmodalitäten des SGB II zunächst die Leistungen nach dem „Arbeitslosengeld II“, also die Mittel des Bundes und dann erst die Mittel der Kommune, in den Leistungen für die „Kosten der Unterkunft“ entlastet. Hier muss es zu einer **besseren Verteilungsgerechtigkeit** kommen, z.B. durch eine jeweilig anteilige Entlastung. Dieser Forderung ist, vor allem **vor dem Aspekt steigender kommunaler Anteile an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Nachdruck zu verleihen.**

Neben den dargestellten Effekten zur Verschiebung der kommunalen Kosten im Leistungsbereichen werden außerdem eine kommunale Wertschöpfung und ausgleichende sozialpolitische Effekte für die Stadt erzielt.

Auch unter Berücksichtigung der vorgenannten Prioritäten ist es **weiterhin notwendig, Maßnahmen mit Mehraufwand**, die im kommunalen Haushalt zu geringen Effekten führen, zur Heranführung bestimmter Personengruppen an den Arbeitsmarkt und zur Sicherung des so genannten „sozialen Friedens“ durchzuführen.

Auszug aus dem Entwurf eines Positionspapieres (10.04.2013)

Öffentlich geförderte Beschäftigung – Teilhabe am Arbeitsmarkt, Kommunale Eckpunkte des Sozialausschusses des Deutschen Städtetages

„... Öffentlich geförderte Beschäftigung ist für viele Langzeitarbeitslose oft der einzige Weg, am Arbeitsleben teilzuhaben. Sie ist damit ein Beitrag zur sozialen Inklusion, denn sie verhindert, dass Menschen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt werden. Mit diesem umfassenden Anliegen zielt öffentlich geförderte Beschäftigung nicht nur auf öffentliche Arbeitgeber, sondern auch auf die private Wirtschaft, die in sozialer Verantwortung steht. Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte sich im weitesten Sinne auf gesellschaftlich notwendige Aufgaben beziehen, sinnstiftende Tätigkeiten ermöglichen und eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt bilden. Für diejenigen, die ohne Förderung nicht mehr dauerhaft im Arbeitsleben Fuß fassen können, sollte sie langfristig bzw. dauerhaft ausgestaltet werden. ...“

Mit dem sog. Aktiv-Passiv-Tausch können neue Finanzierungswege erschlossen werden.

Die vielfach diskutierte Idee, Leistungen zum Lebensunterhalt zur Förderung von Beschäftigungsverhältnissen umzuwidmen (sog. Aktiv-Passiv-Tausch), sollte umgesetzt werden. Bereits im Rahmen der früheren „Hilfe zur Arbeit“ in der Sozialhilfe wurden Mittel, die für den Lebensunterhalt von Leistungsberechtigten einzusetzen wären, für die Förderung von existenzsichernden Arbeitsverhältnissen genutzt, wurde Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Wenn ein dauerhafter Leistungsbezug droht, kann mit dieser einfachen Lösung eine Integration in Arbeit zusätzlich gefördert werden, eine Investition, die sich letztlich rentiert. ...“

Das Bundesverwaltungsamt hat in den ersten Monaten seiner Bearbeitung des Förderprogrammes deutlich gemacht, dass ein arbeitsmarktpolitischer Konsens in der Stadt Halle (Saale) oder gar im Land Sachsen-Anhalt über förderfähige Projekte kein Kriterium darstellt. Aus der Bewilligungspraxis konnte abgeleitet werden, wenn der Bürger will, dass es schön und sauber ist, dann soll er auch dafür zahlen und Arbeitsplätze schaffen. Abweichend vom Wirtschaftsplan sieht die derzeitige Umsetzungsplanung für die Bürgerarbeit vor, dass der EfA mit Verzicht auf andere Maßnahmen insgesamt 571 Arbeitsplätze umsetzt, davon 380 mit direkter arbeitsvertraglicher Bindung und 191 in Kooperation mit anderen Trägern. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen dabei in der Prävention, der Schulwegsbegleitung, der gesunden Ernährung und der unterstützenden Betreuung an Grundschulen und Kitas, im Sport und der städtischen Infrastruktur.

Seit Oktober 2008 wird das **Förderprogramm Kommunal-Kombi** des Bundes mit Beteiligung des Landes und der Stadt umgesetzt. Hierbei hat der EfA für die Stadt Halle (Saale) die Bewirtschaftung sowohl der kommunalen als auch der Landesmittel übernommen.

Der EfA konnte alle durch die Landesbudgetierung insgesamt vorgegebenen 192 Stellen realisieren.

Im Rahmen der Bewilligungsverfahren hat die Stadt Halle (Saale) vom Land ein Budget erhalten, das sie im Auftrag des Landes zu bewilligen bzw. bescheiden und abzurechnen hat. Da auch hier im Rahmen der Bundesmittel ESF-Mittel eingesetzt werden, ist die Verwendungsnachweisprüfung genauso aufwendig wie beim kommunalen Rahmenprogramm. Im EfA wird diese Verwendungsnachweisprüfung schon seit dem Tag der Bewilligung durch die Stadt an den freien Träger so umgesetzt, dass mit Abschluss des Programmes im Dezember 2012 nur noch die letzten Monate zu prüfen, die Schlussbescheide zu erstellen und der Verwendungsnachweis zu führen sind. Mit Blick auf eine gesamtstädtische Effizienz beteiligt sich auch das Rechnungsprüfungsamt schon über die gesamte Laufzeit am Verfahren. Nützlichem Steuerungselement ist dabei das in den Jahren 2008 und 2009 eingeführte interne Controlling (IKS).

Für seine Geschäftstätigkeit und zur Mitfinanzierung der Beschäftigungsprojekte sind, abweichend vom beschlossenen Wirtschaftsplan (-100.000 €) im Haushalt der Stadt Halle (Saale) für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung im Jahr 2013 Zuschüsse in Höhe von

2.575.000 EURO.

eingepplant. Damit wurden nach Beschluss des Wirtschaftsplanes 2013 insgesamt 284.800 € der Haushaltskonsolidierung zugeführt. Der Wirtschaftsplan 2013 ist durch das Landesverwaltungsamt mit Auflagen zum Vollzug freigegeben.

Für die geplanten Maßnahmen sind Eingliederungsleistungen des Jobcenters in Höhe von

370.000 EURO

und Mittel des Bundes und Landes in Höhe von

6.430.000 EURO

und

315.000 EURO

als sonstige Fördermittel für alle Maßnahmen eingepplant.

Da derzeit fast alle Maßnahmen mit einer Laufzeit von 3 Jahren bewilligt sind, kann prognostiziert werden, dass die Entwicklung der vom EfA durchschnittlich realisierten Maßnahmen für die Jahre 2012 bis 2015 sich wie folgt darstellt.

2012	1.170 Maßnahme- Plätze
2013	1.025 Maßnahme- Plätze
2014	650 Maßnahme- Plätze
2015	400 Maßnahme- Plätze

Vor diesem Hintergrund sind, mit dem Blick auf das Jahr 2015 und der sich abzeichnende Risiken, verbunden mit den Entwicklungen am Arbeitsmarkt, Personalentwicklungsmaßnahmen für die Mitarbeiter des Eigenbetriebes zu entwickeln und eine neue inhaltliche arbeitsmarkt- und/oder bildungs- und sozialpolitische Ausrichtung des Betriebes anzugehen. Sollte sich die Situation am Arbeitsmarkt wieder negativ entwickeln oder stagnieren, so ist davon auszugehen dass die Anzahl der notwendigen und finanzierten Maßnahmeplätze wieder steigt. Gerade bei den Langzeitarbeitslosen zeigt der derzeitige positive Trend am Arbeitsmarkt noch keine oder kaum Auswirkungen. Die arbeitsmarktpolitischen Ausrichtungen von EU, Bund, Land und vor allem Kommune werden daher die weitere Entwicklung des Eigenbetriebes bestimmen.

Eigenbetrieb Kindertagesstätten**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Stadion 5 06122 Halle (Saale)		
Rechtsform:	Eigenbetrieb		
Stammkapital in T€:	0		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/>	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweck des Eigenbetriebes ist der Betrieb und die Bewirtschaftung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, speziell von Kindertageseinrichtungen, in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) entsprechend den jeweils gültigen Gesetzen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem KiFöG, nach welchem die Stadt dazu verpflichtet ist, Kinderbetreuungsplätze anzubieten und dementsprechend auch einzurichten.

b) Besetzung der Organe

Betriebsleitung		Kreisel, Jens
Betriebsausschuss	Vorsitzender	Kogge, Tobias Dr. Brock, Inés Haupt, Hanna Haupt, Ute Knöchel, Swen Kovacs, Gabriele Scholtyssek, Andreas Weiß, Silvia Wolff, Sabine

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2012 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2011.

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	34.985	81	34.846	81
Umlaufvermögen	8.027	19	8.209	19
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	10	0

Bilanzsumme	43.012	100	43.065	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	21.086	49	21.555	50
Sonderposten für Investitionszulagen	9.979	23	9.968	23
Rückstellungen	5.641	13	5.220	12
Verbindlichkeiten	6.092	14	6.106	14
Rechnungsabgrenzungsposten	214	1	216	1

Bilanzsumme	43.012	100	43.065	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2011	2010
	T€	T€
Umsatzerlöse	31.341	30.700
sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	941	738
Materialaufwand	46	40
Personalaufwand	23.638	22.666
Abschreibungen	1.114	988
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.059	5.384
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	414	415
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	37	1.957
außerordentliche Aufwendungen		285
außerordentliches Ergebnis		-285
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	37	1.672
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	37	1.672

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität ²⁾ :	0,12	5,45	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,18	8,41	%
Cash-Flow:	1.151	2.659	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	50	48	T€
Personalaufwandsquote:	73,22	72,10	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	81,20	80,82	%
Eigenkapitalquote:	49,02	50,05	%
Fremdkapitalquote:	50,98	49,95	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Betreuungsstunden	9.456.462,00	9.120.375,00	Std.
Betreuungskosten ¹⁾	3,33	3,19	€/Std.
davon Personalkosten	2,49	2,45	€/Std.
davon Sachkosten	0,84	0,73	€/Std.
Kinderzahlen (Durchschnittsbelegung)	5.244,00	5.128,00	Anzahl

³⁾ Einmaleffekte (Altersteilzeit, außerordentliche Abschreibungen) wurden herausgerechnet.

e) Lagebericht

Vorausschauende Aussagen

Dieser Lagebericht enthält unter Umständen zukunftsorientierte Aussagen. Diese beruhen auf unseren Ansichten und Annahmen, die ihrerseits auf verfügbaren Informationen basieren.

Sämtliche im Lagebericht enthaltenen Aussagen, die keine vergangenheitsbezogenen Tatsachen darstellen, sind vorausschauende Aussagen. Diese zukunftsbezogenen Aussagen resultieren aus aktuellen Erwartungen sowie unseren darauf basierenden Annahmen, die wir unter anderem bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen und branchenbezogenen Entwicklung getroffen haben. Wörter wie „erwarten“, „glauben“, „rechnen mit“, „fortführen“, „schätzen“, „beabsichtigen“, „davon ausgehen“, „planen“, „sollen“, „sollten“, „können“, und „werden“ sowie ähnliche Begriffe in Bezug auf den Lagebericht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten sollen solche vorausschauenden Aussagen kennzeichnen.

Sämtliche vorausschauenden Aussagen unterliegen unterschiedlichen Risiken und Unsicherheiten, durch die die tatsächlichen Ergebnisse von den Erwartungen abweichen können. Die vorausschauenden Aussagen geben die Sicht zum Zeitpunkt wieder, zu dem sie getätigt wurden.

Wir übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber der Öffentlichkeit vorausschauende Aussagen auf Grund von neuen Informationen, künftigen Ereignissen oder anderen Gründen zu aktualisieren oder zu korrigieren.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

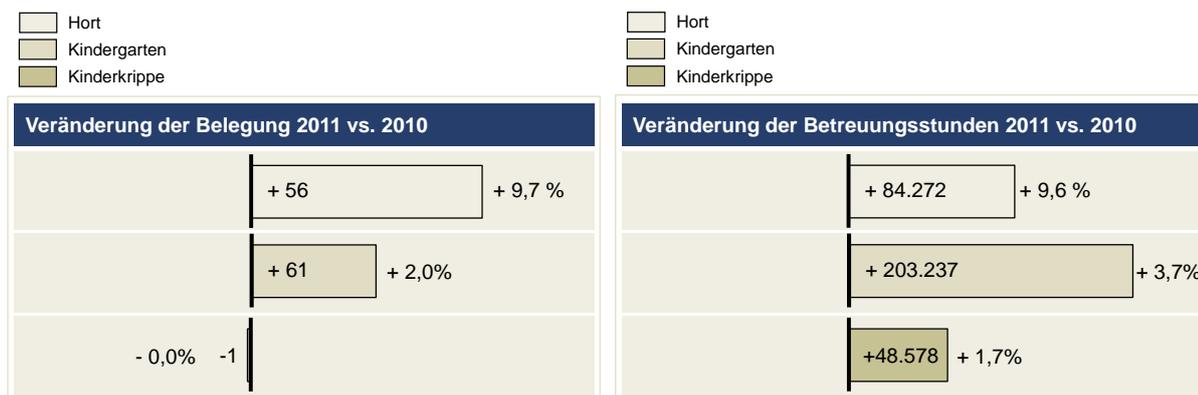
Geschäftsentwicklung

Im Berichtsjahr 2011 blieb die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr gleich.

Das Jahr 2011 schließt der Eigenbetrieb mit einem positiven Betriebsergebnis nach Risiko und Bewertung in Höhe von 37.060,99 € ab. Der Eigenbetrieb war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Belegung der zur Verfügung stehenden Kindertagesstättenplätze ist auch im Berichtszeitraum 2011 weiterhin ansteigend. Lediglich im Bereich der Kinderkrippen ist die Belegung gleichbleibend jedoch die Betreuungsstunden ansteigend.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ergab sich folgende Entwicklung:

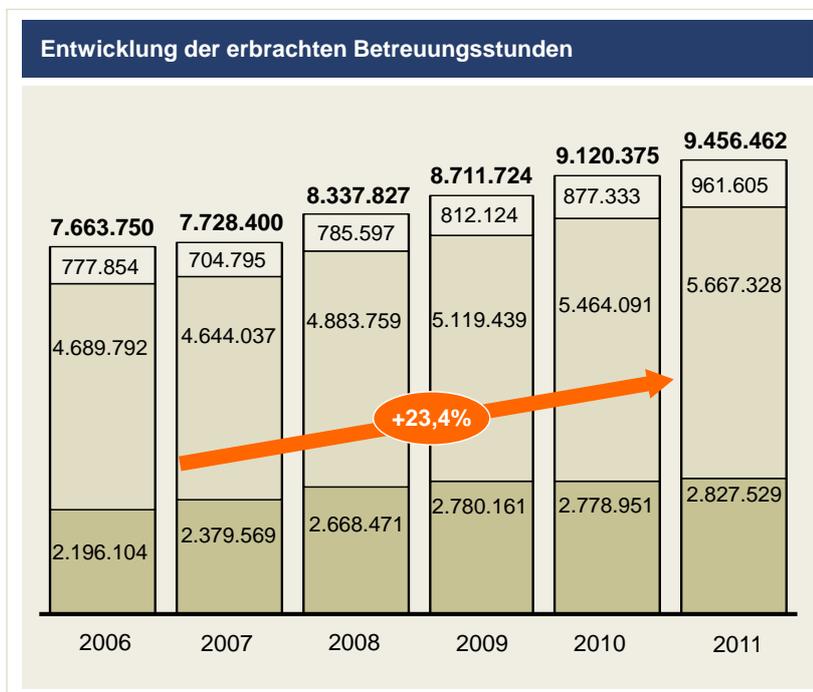


Gegenüber dem Gründungsjahr stieg die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes um 19 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 2010 um 2,2 Prozentpunkte – absolut um 116 Plätze.

Im Vergleich zum Gründungsjahr betreute der Eigenbetrieb Kindertagesstätten damit im Jahresdurchschnitt 2011 absolut 587 Kinder mehr.



Bei den erbrachten Betreuungsstunden konnte der Eigenbetrieb im Berichtszeitraum eine Steigerung um 3,6 Prozent zum Vergleichszeitraum 2010 verzeichnen. Seit Gründung des Eigenbetriebes Kindertagesstätten stiegen die erbrachten Betreuungsstunden damit um 23,4 Prozent.



Weiterhin positive Entwicklung

In der Stadt Halle (Saale) vollzieht sich eine weiterhin positive Entwicklung. Parallel dazu verzeichneten die Stadt Halle (Saale) und der Eigenbetrieb ein verändertes Nutzungsverhalten, welches sich auch positiv auf die Auslastung der Kindertageseinrichtungen auswirkt.

Nach der empirica-Prognose wird die Zahl der Kinder im Alter 0-6 Jahre in der Stadt Halle in den nächsten Jahren weiter leicht ansteigen.

Selbst unter Zugrundelegung einer konstanten Versorgungsquote von 84% werden daher in den kommenden Jahren die stadtweit vorhandenen Betreuungskapazitäten nicht mehr ausreichen (Peak 2016/17, Bedarf bei ca. 10.500 Plätzen).

Die Bedarfsentwicklung unterliegt dabei einer starken teilträumlichen Komponente. Während das Defizit in der inneren Stadt bis 2017/2018 auf etwa 1200 Plätze steigt und danach bis 2025 auf den heutigen Wert zurückgeht (ca.400-450), stagniert der Bedarf im Stadtbezirk West sowie im südlichen Stadtgebiet bis 2017/18 und sinkt anschließend in leicht absteigender Kurve bis 2025 linear weiter.

Daher ist aus Sicht des Eigenbetriebes Kindertagesstätten folgendes zu berücksichtigen:

- Da das Modell der linearen Gleichverteilung Zentralitätseffekte ausblendet (z.B. höhere Arbeitsplatzdichte), ist das tatsächliche Angebotsdefizit in der inneren Stadt vermutlich höher.
- Aufgrund der im Stadtmaßstab guten Versorgungssituation führen Angebotsausweitungen in der inneren Stadt mittelfristig zu Unterauslastungen in den heutigen Ausgleichsgebieten.
- Kommt es in der inneren Stadt wie prognostiziert zur Erhöhung des Nachfrageüberhangs ohne einen entsprechenden Angebotsausbau, werden die Überkapazitäten im Stadtbezirk West und im südlichen Stadtgebiet weiterhin als Ausgleich benötigt.
- Alle Kapazitäten, die in der inneren Stadt über das heutige Defizit hinaus neu geschaffen werden, sind bei konstantem Versorgungsgrad (=Betreuungsquote) nach 2025 überhängig. Bei Abbau der Überkapazitäten andernorts könnten sich Pendlerströme umkehren.

Im Vergleich zu anderen ostdeutschen Großstädten (z.B. Leipzig) besteht in Halle ein quantitativ gutes Angebot an KITA-Betreuungsplätzen. Den in den kommenden Jahren zu erwartenden Nachfragesteigerungen muss aufgrund des langfristig sinkenden Bedarfs ein moderates und stadträumlich differenziertes Neubau- und Sanierungsprogramm gegenübergestellt werden.

Bei „Übersetzung“ dieser Überlegungen in die Bedarfs- und Entwicklungsplanung sind ggf. die gegenüber der empirica-Prognose höheren Kinderzahlen, sowie der möglicherweise länger anhaltende Trend steigender Betreuungsquoten zu berücksichtigen.

Der Anteil der außerhalb ihres Wohnbezirks betreuten Kinder ist relativ gering, wird aber aufgrund teilträumlicher Nachfragesteigerungen in der inneren Stadt weiter ansteigen, wenn keine entsprechenden Angebotsausweitungen erfolgen.

Aufgrund der Wettbewerbssituation muss aus Sicht des EB KITA daher ein maßvoller Ausbau der Kapazitäten in der inneren Stadt erfolgen, der sowohl das Marktverhalten der Freien Träger, die Nachfragewünsche im eigenen Betreuungsbereich, den baulichen und energetischen Ausstattungszustand der Einrichtungen als auch die langfristige, teilträumliche Nachfrageentwicklung einbezieht.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Auslastung und die Belegung der Kindertagesstätten des Eigenbetriebes werden auch im Wirtschaftsjahr 2012/2013 weiter ansteigen.

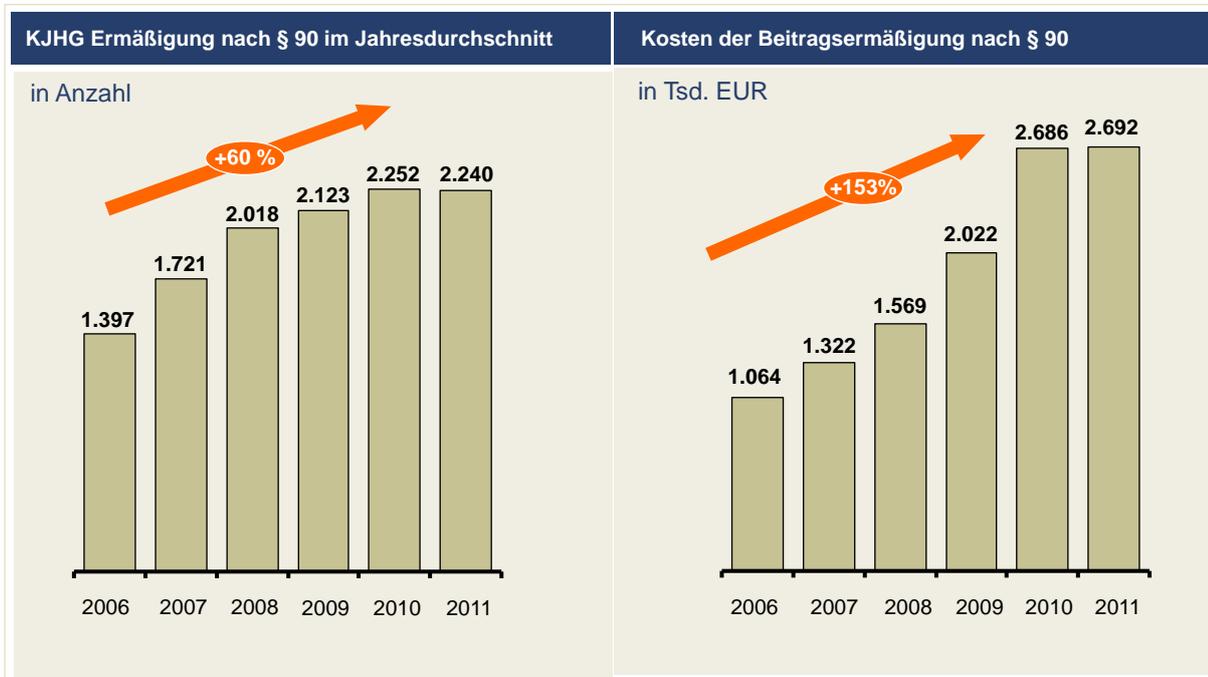
Der Eigenbetrieb Kindertagesstätte geht derzeit davon aus, dass gegenüber dem Berichtszeitraum 2011 die durchschnittliche Belegungszahl um weitere 250 Kinder gesteigert werden kann.

Diese Entwicklung führt zu Erlössteigerungen bei den platzbezogenen Zuschüssen. Der Planwert der Benutzungsgebühren wird im Wirtschaftsjahr 2012 voraussichtlich erreicht werden können.

Parallel dazu prognostizieren wir Mehreinnahmen bei KJHG-Ermäßigungen. Hauptursache dafür ist, dass in den vergangenen Jahren zunehmend Eltern Anspruch auf Ermäßigungen haben und diesen geltend machen.

Der dann eintretende Mechanismus sind sinkende Erlöse aus Benutzungsgebühren und steigende Erlöse aus Ermäßigungen. Diese Unter- /Überschreitungen werden sich unterjährig jedoch nicht abbilden, sondern erst im Rahmen von Nachforderungen nach Erstellung des Jahresabschlusses 2012.

Auch gegenüber dem Berichtszeitraum 2010 verzeichnet der Eigenbetrieb Kindertagesstätten einen leicht ansteigenden Trend in der Höhe der Beitragsermäßigungen, wenngleich die Anzahl der KJHG-Ermäßigungen stagnierte.



Diese gesetzliche Ermäßigung dient letztlich auch dazu, Einkommensunterschiede auszugleichen und somit den Zugang zu frühkindlicher Bildung jedem zu ermöglichen.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiterzahl betrug im Jahresmittel 643,75. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben (KiFöG, § 21, Abs. (2), Nr. 1 & 2) ergibt sich die Beschäftigtenanzahl anhand der Kinderzahlen und des geltenden Mindestpersonalschlüssels. Durch diese gesetzliche Einschränkung ist eine freie Inputwahl eingeschränkt und in der Folge dessen eine Reduzierung der Stellenanzahl in den Kindertagesstätten nur mit sinkenden Kinderzahlen möglich.

Durch die in Aussicht gestellte Novellierung der gesetzlichen Vorgaben ist mit Einführung eines Ganztagsanspruches jedoch eher mit steigenden Beschäftigtenzahlen zu rechnen.

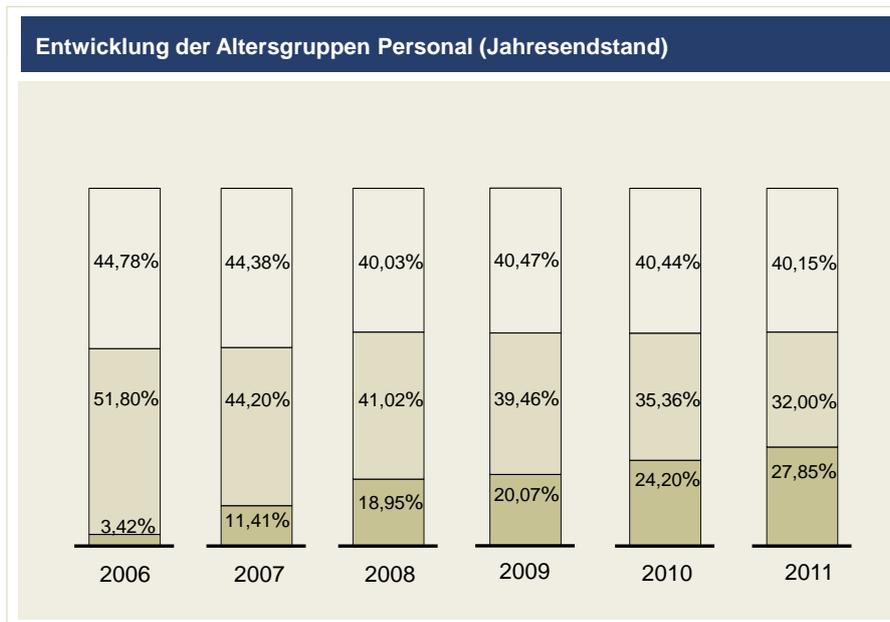
Auch im Jahre 2011 wurden umfangreiche Aktivitäten zur Erhaltung und kontinuierlichen Qualifikation der Mitarbeiter fortgesetzt.

Vor Tarifvertragsabschluss (2005) waren im Eigenbetrieb Kindertagesstätten 510 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Kindertagesstätten beschäftigt. Es zeichnete sich ein erheblicher Umbauebedarf ab:

- drohende Überalterung der Belegschaft
- kaum junge Fachkräfte im Eigenbetrieb
- massive Austrittswelle durch Verrentung bis 2013 und darüber hinaus
- Halbierung der Schulabgängerzahlen / fehlender Nachwuchs an Fachkräften.

Diese festgestellten Bedarfe für Personalentwicklung haben den Eigenbetrieb in den vergangenen Jahren beschäftigt. In seinen Bemühungen des Umbaus wurden erhebliche Fortschritte erzielt.

- ab 51 Jahre
- ab 36 bis 50 Jahre
- bis 35 Jahre



In der Altersgruppe bis 35 Jahre erfolgte in den vergangenen Jahren ein Anstieg um +24,4 %, absolut um 188 Mitarbeiter. Allein 84 planbare Abgänge durch Verrentung und Altersteilzeit bis 2013 stellten die Personalentwicklung im Eigenbetrieb vor erhebliche Herausforderungen.

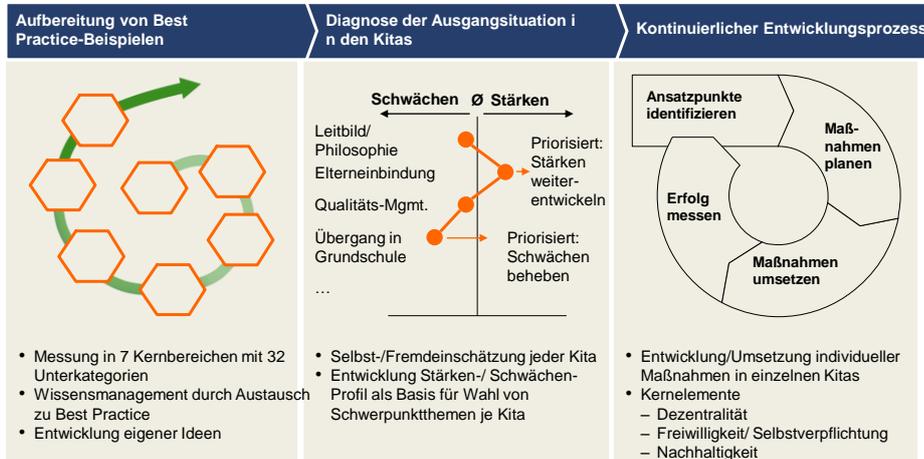
IST Situation Abgänge (Altersrente)	Herausforderungen für die Personalentwicklung
<p>Im Zeitraum 2009 bis 2013 haben und werden den Eigenbetrieb Kindertagesstätten weiterhin hochqualifizierte Fachkräfte in Größenordnungen (84 Mitarbeiterinnen) durch das Erreichen der Altersgrenze verlassen. Es ergibt sich im Jahr 2012 allerdings ein rasanter Anstieg der Verrentungen.</p>	<p>Teamstruktur entsprechend der planbaren Abgänge anpassen (Umsetzungen) um betriebliche Abläufe sicherzustellen.</p> <p>Verlauf: +</p> <p>Damit einhergehende Teamentwicklungsprozesse planen und steuern.</p> <p>Verlauf: +</p> <p>Einstellung von jungen Nachwuchskräften um eine „gesunde“ Altersstruktur zu erreichen und zu halten.</p> <p>Verlauf: +</p>

Qualitätsentwicklung

Neben dem Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten mit dem Ziel, bundesweit ab dem Jahr 2013 jedem Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres die Möglichkeit der Betreuung in einer Einrichtung oder in der Tagespflege zu garantieren, rücken zunehmend auch qualitative Aspekte und vor allem die frühkindliche Bildung in den Fokus der interessierten Öffentlichkeit.

Bund und Länder haben deshalb in der *Qualifizierungsinitiative für Deutschland* auch qualitative Verbesserungen hinsichtlich des Betreuungspersonals und der Sprachförderung zum Ziel erklärt.

Mit dem Projekt Kita-Frühling ist der Eigenbetrieb Kindertagesstätten Halle (Saale) bereits seit dem Jahr 2007 aktiv um ein wissenschaftlich fundiertes, ganzheitliches System zur Evaluierung und Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsqualität bemüht und nimmt damit eine Vorreiterrolle in Sachen Qualitätsmanagement im Bereich Kinderbetreuung ein.



Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass eine deutlich höhere Aufmerksamkeit gegenüber der Institution Kindertagesstätten auf der Nutzerseite zu verzeichnen ist und Konsens zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern besteht. Denn in kaum einem anderen Land haben sowohl die soziale als auch die kulturelle Herkunft der Kinder einen so großen Einfluss auf ihre Bildungskarriere wie in Deutschland.

Chancen und Risiken

Die Bildungslandschaft ist vielfältigen Veränderungsprozessen ausgesetzt, von denen beispielhaft zu nennen seien:

- Gesamtgesellschaftlich höhere Aufmerksamkeit für Bildungsthemen in Kindertagesstätten, damit verbunden kritischere Betrachtung von Institutionen auf der Nutzerseite
- Gesellschaftlicher Konsens zur Bedeutung der Kindertagesbetreuung für die individuelle Entwicklung von Kindern sowie als Voraussetzung für den Arbeitsmarkt
- Demographischer Wandel führt zu Rückgang der Zielgruppen, damit verbunden Bedeutung des Marketing zunehmend erkannt
- Fachkräftemangel insbesondere in dem Erzieherbereich
- Steigender Konkurrenzdruck zwischen Bildungseinrichtungen durch Vergleichstests, sowie zwischen ganzen Bildungssystemen z.B. internationale Vergleichsstudien (z.B. PISA)

Vor dem Hintergrund dieser und anderer Entwicklungen sehen sich alle Akteure der Bildungslandschaft vielfältigen Herausforderungen gegenüber gestellt: z.B.

- Einführung/Anpassung von Finanzsystemen zur Verbesserung der Anreiz- und Steuerungswirkung
- Schaffung leistungsfähiger, flexibler Strukturen
- Aufbau eines professionellen Marketing
- Einführung von Strategien zur Personalgewinnung und kontinuierlichen –Entwicklung
- Professionelles Qualitäts-Management
- Anpassung des eigenen Engagements an die verringerten finanziellen Möglichkeiten

Aus diesen Herausforderungen lassen sich folgende Chancen und Risiken ableiten:

• Professionalisierung und Akademisierung:

Den Erkenntnissen der Hirnforschung zur Bedeutung der ersten Lernphase entsprechend steigen die Ansprüche an die Ausbildung von Erzieherinnen. Während die Ausbildung von Nachwuchskräften schrittweise an Hoch- bzw. Fachhochschulniveau herangeführt wird, bleibt das Problem der Weiterqualifizierung der bereits im Beruf stehenden Fachkräfte weitgehend ungelöst. Konventionelle Wege der Weiterbildung können angesichts des massiven Qualifizierungsbedarfs und der Größe des Berufsstands nicht ausreichen.

- **Versorgungsgrad:**

Die Angebotslage ist in vielen Randregionen geprägt von Überversorgung angesichts kontinuierlich zurückgehender Kinderzahlen einerseits und einem deutlichen Nachfrageüberhang insbesondere in guten Wohn- und zentrumsnahen Lagen andererseits.

- **Bildungsanspruch:**

In allen Bundesländern liegen seit einigen Jahren erstmals verbindliche Bildungspläne für Kitas vor, die Kindertagesstätten eindeutig als Bildungseinrichtungen begreifen. Erzieherinnen müssen ihr Selbstverständnis entsprechend ändern und sich primär als Lehrkräfte verstehen, sind aber zugleich auf diese Aufgabe nur unzureichend vorbereitet.

- **Qualität:**

Ähnlich wie im Gesundheitsbereich wird auch die Kindertagesbetreuung schrittweise von einem bisher kaum ausgeprägten Qualitätsbewusstsein durchdrungen, das alle relevanten Bereiche von Betreuung, Bildung und Erziehung umfasst. Eltern wählen Kitas immer stärker primär nach Qualitäts Gesichtspunkten aus.

- **Kommerzialisierung:**

Privatwirtschaftlich agierende Betreiber von Kindertagesstätten drängen in den Markt und verändern die Landschaft; diese Tendenz wird durch die Einbindung kommerzieller Kita-Träger in die öffentliche Finanzierung in den nächsten Jahren zusätzlich verstärkt. EU- und Bundesgesetzgebung werden zukünftig darauf ausgerichtet.

Bestehende Risiken werden durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten mit folgenden Maßnahmen gemindert:

Dem Eigenbetrieb Kindertagesstätten ist daran gelegen, Chancen zu nutzen und Risiken zu begrenzen. Demzufolge ist das Risikomanagement integraler Bestandteil unserer Unternehmensführung.

Es basiert auf einem systematischen, den gesamten Betrieb umfassenden Prozess der Risikoerkennung, -bewertung und -steuerung. Ein dafür notwendiges Controlling und Reporting wurde aufgebaut und etabliert. Auf diese Weise können wir ungünstige Entwicklungen frühzeitig erkennen und rasch gegensteuern.

Wesentliche Maßnahmen und Ereignisse im Wirtschaftsjahr 2011

Elternbefragung in den Einrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten

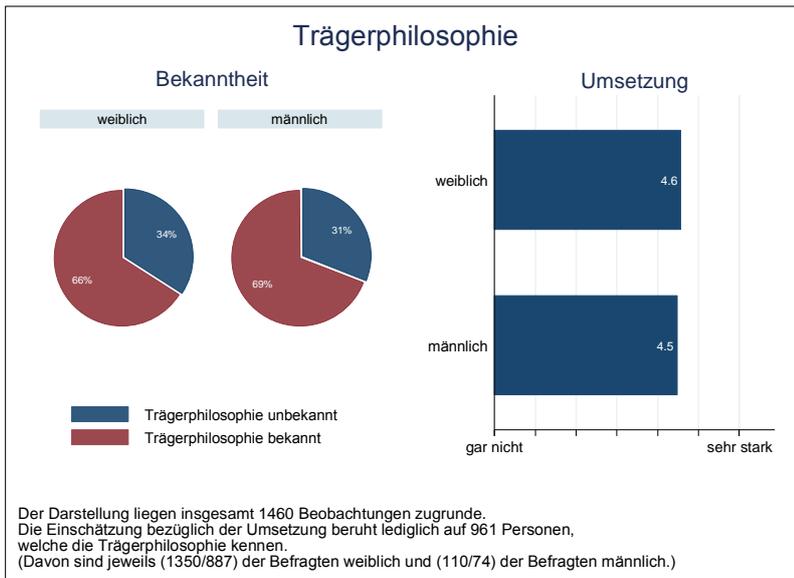
In Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Ökonometrie und Statistik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurden alle Familien, deren Kinder eine Einrichtung des städtischen Eigenbetriebs Kindertagesstätten besuchen, detailliert zu ihrer Einschätzung verschiedener Qualitätsaspekte und Verbesserungsvorschlägen befragt.

Durch zahlreiche positive Rückmeldungen sowie eine unerwartet hohe Rücklaufquote zeigt sich die positive Aufnahme dieser Studie und des damit verbundenen Anliegens vonseiten der Eltern.

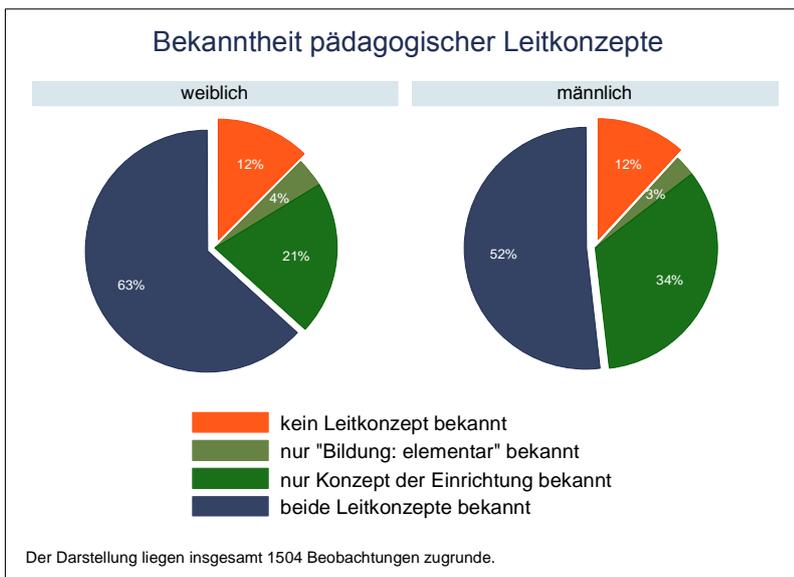
Im Erhebungszeitraum wurden schließlich 1572 Fragebögen aus Kindergärten bzw. Kinderkrippen und 84 Fragebögen aus Kinderhorten beantwortet. Damit liegt die Rücklaufquote insgesamt bei ca. 37%, wobei in Kinderkrippen und Kindergarten sogar ca. 40% der Familien teilnahmen und in Kinderhorten dieser Anteil bei ca. 18% liegt.

Im Folgenden soll exemplarisch im Rahmen des Lageberichts 2011 auf wesentliche Ergebnisse eingegangen werden.

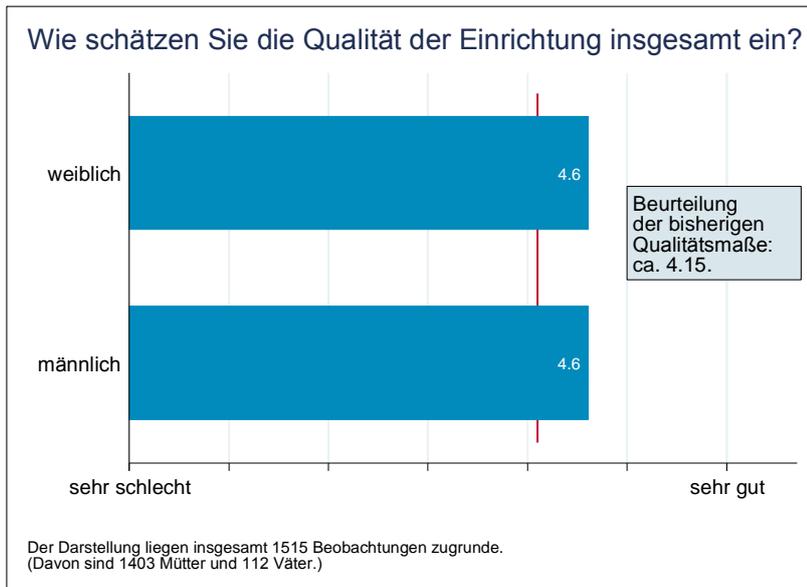
In der folgenden Abbildung ist dargestellt wie bekannt die Trägerphilosophie ist und wie sich die Einschätzung bezüglich deren Umsetzung dargestellt. Ca. Zweidrittel aller befragten Eltern gaben an, die Trägerphilosophie zu kennen. Diese Personen schätzen auf einer siebenstufigen Skala von 0 „gar nicht“ bis 6 „sehr stark“ die Umsetzung mit durchschnittlich 4.5 eher als gelungen ein. Auch hier bestehen zwischen den Geschlechtern keine nennenswerten Unterschiede.



Im Rahmen der Trägerphilosophie haben alle Einrichtungen auch ein eigenes Konzept, welches individuelle Schwerpunkte setzt. Neben diesem gilt selbstverständlich für alle Einrichtungen des Eigenbetriebs auch das Bildungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar“. In der folgenden Abbildung ist die Bekanntheit beider pädagogischen Leitkonzepte dargestellt.



Lediglich 12% der Befragten ist keines der genannten Leitkonzepte bekannt. Das Konzept der Einrichtung ist hingegen deutlich über 80% der befragten Eltern ein Begriff. Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen lediglich dahingehend, dass Vätern das Konzept des Ministeriums für Gesundheit und Soziales „Bildung: elementar“ weniger bekannt ist.



In der vorherigen Abbildung ist die Beurteilung der Gesamtqualität durch die befragten Eltern zusammengefasst. Wiederum wurde eine siebenstufige Skala von 0 „sehr schlecht“ bis 6 „sehr gut“ verwendet. Auch hier zeigen sich wiederholt keine Unterschiede bei der Beurteilung durch Mütter und Väter. Mit einem Wert von durchschnittlich 4.6 liegt die Einschätzung der Gesamtqualität deutlich im positiven Bereich.

Die zentralen Erkenntnisse lassen sich in die folgenden Punkten zusammenfassen:

- Die Qualitätseinschätzung der befragten Eltern beruht vor allem auf eigenen Beobachtungen und Gesprächen mit den Erziehern. Sie unterscheidet sich meist nur geringfügig zwischen Müttern und Vätern und befindet sich in allen Aspekten im positiven Bereich verglichen mit der mittleren Kategorie.
- Die meisten Eltern kennen die Trägerphilosophie sowie das Leitkonzept ihrer Einrichtung. Das Bildungsprogramm „Bildung: elementar“ ist ca. Zweidrittel bekannt.
- Die Bewertung der Umsetzung von Bildungsinhalten ist positiv. Am besten beurteilt wird der Bereich „Körper, Bewegung, Gesundheit“, während die Vermittlung von „Mathematischen Grunderfahrungen“ am schlechtesten eingeschätzt wird.
- Auch das Engagement der Mitarbeiter sowie die Entwicklung der pädagogischen Arbeit werden positiv beurteilt, wohingegen die Ausstattung mit Personal nur als mittelmäßig angesehen wird.
- Die Gesamteinschätzung der Kitas ist positiv und liegt sogar über dem Mittel der oben betrachteten Qualitätsmerkmale. Daher ist davon auszugehen, dass Eltern positiv bewertete Qualitätsdimensionen höher gewichten. Es gibt keinen systematischen Zusammenhang der Gesamteinschätzung mit den individuellen Lebensumständen, die oben dargestellt wurden.
- Der Hauptgrund für die Wahl einer Kita ist die Nähe zum Wohnort. Jeweils ein Viertel der Befragten gibt an, die Kita wegen des pädagogischen Konzepts bzw. auf Empfehlung gewählt zu haben. Fast 20% haben allerdings auch keinen Platz in ihrer bevorzugten Einrichtung bekommen. In den offenen Antworten zeigt sich, dass auch eigene Beobachtungen durch den Besuch der Einrichtung und die Nähe zu Großeltern oftmals ein Grund für die Wahl einer Kita sind.

Wesentliche Baumaßnahmen im Berichtszeitraum

Das Berichtsjahr 2011 war im Wesentlichen durch zwei größere Bauvorhaben geprägt. So wurde ein Anbau in der Kita Freiheit zur Bereitstellung einer weiteren Krippengruppe realisiert. Nunmehr verfügt die Kindertagesstätte über eine erweiterte Kapazität von 20 Plätzen.



Darüber hinaus wurde die Umgestaltung der Außenanlagen der Kita Schatztruhe & Froschkönig realisiert. Die Bauzeit lag zwischen Anfang August bis Mitte November 2011. Insgesamt wurde damit eine Fläche der Außenanlage von 4820 m² umgestaltet. In beiden Kindertagesstätten Schatztruhe & Froschkönig werden derzeit bis zu 240 Kinder betreut.

FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Am Wasserwerk 1 06132 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadtwerke Halle GmbH	<hr/> 26	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist es, als Komplementärin die Geschäftsführung und die Verwaltung des Betriebsvermögens der Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (vormals FTZ Freizeit Tourismus Zentrum GmbH & Co. KG), zu übernehmen, deren Unternehmensgegenstand die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude ist.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ergibt sich aus dem Unternehmensgegenstand, in der Übernahme der Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG und in der Verwaltung deren Betriebsvermögens als Komplementärin.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Dr. Gaudig, Lutz Waldenburger, Annette	(bis 30.06.2012)
-------------------------	---	------------------

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Umlaufvermögen	56	100	55	100	57	100	1	2

Bilanzsumme	56	100	55	100	57	100	1	2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	48	86	47	85	46	81	1	2
Rückstellungen	5	9	5	9	3	5	0	0
Verbindlichkeiten	3	5	3	6	8	14	0	0

Bilanzsumme	56	100	55	100	57	100	1	2
--------------------	-----------	------------	-----------	------------	-----------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	9	18	6
sonstige betriebliche Aufwendungen	8	17	5
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	1	2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	1
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1	1	1
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1	1	1

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	15,30	6,82	22,42	%
Eigenkapitalrentabilität:	3,06	2,71	3,22	%
Cash-Flow:	1	1	1	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:				%
Eigenkapitalquote:	86,22	84,87	80,41	%
Fremdkapitalquote:	13,78	15,13	19,59	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft

Die FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (FTZ), wurde von der Stadtwerke Halle GmbH – als deren alleinige Gesellschafterin – gegründet, um als Komplementärin für die Maya mare GmbH & Co. KG, Halle, die Geschäftsführung sowie die Verwaltung des Betriebsvermögens zu übernehmen. Gegenstand der Maya mare GmbH & Co. KG ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit und Tourismus Zentrums, insbesondere eines Erlebnisbades mit Nebenanlagen auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle-Beesen unter Einbeziehung denkmalgeschützter Gebäude.

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozentpunkte. Damit lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: +3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Risiken der Geschäftsentwicklung

Durch die Zahlung eines Betriebskostenzuschusses der Hauptgesellschafterin Stadtwerke Halle GmbH (2012: TEUR 1.341,1; Vorjahr: TEUR 1.417,0) erwirtschaftete die Maya mare GmbH & Co. KG im Geschäftsjahr 2012 keinen Jahresfehlbetrag (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 217,8). Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2012 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund waren auch im Berichtsjahr entsprechende Betriebskostenzuschüsse der Hauptgesellschafterin notwendig.

Ausblick

Die gute Konjunktur der zurückliegenden Jahre hat dazu geführt, dass Dichte und Vielfalt der Angebote auf dem Freizeitmarkt zugenommen haben. Im Wettbewerb mit Freizeitbädern stehen unterschiedlichste Einrichtungen, wie z.B. Hochseilklettergärten, Indoorspielplätze oder 3D Kinos, die den Kampf um das begrenzte Freizeitbudget deutlich verstärkt haben. Auch der Freizeitbadmarkt des relevanten Einzugsgebietes des Maya mare bei branchengleichen Wettbewerbern verzeichnete mit der Bodetal Therme in Thale (Entfernung ca. 50 Minuten Autofahrt von Halle) im Jahr 2011 nochmals Zuwachs.

Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist noch ungewiss. Geplant sind in der Anlage auch Sauna- und Fitnessangebote, die bei Projektfertigstellung den Wettbewerbsdruck auf das Maya mare verstärken werden. Eine realistische Bewertung dieses Konkurrenzangebotes kann erst vorgenommen werden, wenn sich abzeichnet, wie das Preis-Leistungs-Verhältnis der zu erwartenden Fitness- und Saunaangebote liegt.

Die schlechten Witterungsbedingungen des Jahres 2012 sorgten wie schon 2011 bei den meisten Outdoorfreizeitangeboten zu Umsatzeinbrüchen und zu konstant guten Umsätzen bei Indoorangeboten wie auch denen des Maya mare.

Das Maya mare versteht sich als Freizeitangebot für eine breite Zielgruppe. Im Badebereich zählen dazu vorrangig Familien (Eltern oder auch Großeltern) mit Kindern und Jugendliche. Die angebotenen baulichen Attraktionen wie Rutschen, Wellenbecken und vielseitiger Kinderplanschbereich stehen dafür zur Verfügung. Auch aktive Senioren, die Bewegung in wohltemperiertem Wasser bevorzugen, zählen zu Stammgästen. Es kann mit den bestehenden Wasserflächen, den gegebenen Attraktionen sowie dem zur Verfügung stehenden Einwohnerpotenzial im relevanten Einzugsgebiet keine Ausrichtung auf nur eine oder zwei bestimmte Kernzielgruppen geben. Für eine solche Schwerpunktkonzentration reicht das Marktpotenzial im Verhältnis zur Größe und derzeitigen Aufteilung der Anlage nicht aus.

Auch wenn der Blick auf den begonnenen demografischen Wandel in der Gesellschaft Überlegungen der Art mit sich bringt, das Maya mare könnte sich auf die wachsende Bevölkerungsgruppe (Erwachsene und Senioren) einrichten, darf man die baulichen Gegebenheiten dieser Freizeitanlage nicht außer Acht lassen, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche anspricht. Hinzu kommt, dass bauliche Einschränkungen (viele Stufen im Badebereich / Treppen zum Saunabereich aufgrund der Ausnutzung der Altsubstanz Wasserwerk) die den thematischen Charakter des Maya mare als „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ jedoch gestalterisch unterstreichen, von einem Teil der Senioren eher als hinderlich empfunden werden.

Im Saunabereich gilt es ebenso eine möglichst breite Zielgruppe anzusprechen, um das begrenzte Einwohnerpotenzial im relevanten Einzugsgebiet bestmöglich auszuschöpfen. Da der Aufwand für die Gewinnung eines neuen Kunden vergleichsweise hoch liegt, liegen in der Steigerung der Besuchshäufigkeit von Bestandskunden vor allem im Saunabereich für die kommenden Jahre noch Reserven für Umsatzsteigerungen.

Seit November 2011 gelten für das gesamte Maya mare einheitliche Öffnungszeiten, täglich von 10.00 – 22.00 Uhr. Diese Veränderung wurde von den Gästen akzeptiert und führte nicht zu Besucherrückgängen, eine deutlich verständlichere Kommunikation der Öffnungszeiten ist seither möglich.

Für den Fitnessbereich wird das verfügbare Marktpotenzial immer kleiner, da man das relevante Einzugsgebiet bereits intensiv bearbeitet und mit über 1000 Mitgliedern eine starke Marktdurchdringung erreicht hat. Neue Mitglieder werden maßgeblich durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für ausgewählte Zielgruppen generiert. Seit Beginn 2012 spielt das Thema „Firmenfitnessangebote“ zur Auslastung des Viva mare eine wichtige Rolle. Mit einem Konzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement der Stadtwerke Halle GmbH in enger Zusammenarbeit mit dem Maya mare / Viva mare soll im Jahr 2013 ein weiterer Schritt im Auf- und Ausbau dieses Geschäftsfeldes gegangen werden.

Der Wellnessbereich generiert jährliche Umsatzzuwächse die prozentual über der Besuchersteigerung liegen. Durch den bereichsübergreifenden Einsatz von Personal im Wellness- und Saunabereich konnte schon im Jahr 2012 eine Zunahme der Flexibilität erlangt und besser auf Nachfrageschwankungen reagiert werden. Die Auslastung der Kabinenkapazitäten weist noch immer einige Reserven aus, die Potenzial für weitere Umsatzsteigerungen in diesem Bereich bilden. An gut besuchten Tagen werden jedoch im Wellnessbereich, ebenso wie in Bezug auf die Ruhekapazität im Saunabereich, die Grenzen des Maya mare erreicht.

Im Gastronomiebereich zeigt die Mitte 2011 eingeleitete konzeptionelle Umorientierung auf mehr Dienstleistung und Service einhergehend mit einer personellen Umstrukturierung und Angebotsoptimierung Erfolge, die sich in der Steigerung der Pro-Kopf-Erlöse zeigen.

Die Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Freizeitbereich dauerhaft etabliert. Der Bekanntheitsgrad ist sehr hoch. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und Familien – hier auch die Enkel mit den modernen Großeltern (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnesorientierten Kunden – sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe – (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Schwerpunkt zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität bildet nach wie vor die stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch individuelle Schulungsmaßnahmen.

Der marketingstrategische Ansatz verfolgt auch zukünftig stärker das zielgruppenorientierte Direktmarketing. Damit kann die breite Produktpalette mit weniger Streuverlusten kommuniziert werden.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel liegt 2013 auf Ersatzinvestitionen, u.a. für die Erneuerung der Solegrotte im Saunabereich sowie den Austausch von Mobiliar in den Gastronomiebereichen. Weiterhin wird der Ersatz einiger Fitnessgeräte notwendig.

Hinsichtlich der Personalkosten konnten im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare geringfügige Einsparungen erzielt werden. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist Unterschiede von durchschnittlich 300 % auf, hierauf muss man reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen man mit der Zu-schaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein. Die weitere Senkung der Personalkosten wird jedoch durch den Haus-Tarifabschluss für 2012/ 2013 negativ beeinflusst.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken. Die deutlichen Kostensteigerungen für Energie und Wärme werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können. Darauf werden alle Anstrengungen ausgerichtet, bestehende Kunden binden, zu häufigerem Besuch animieren sowie neue und verlorene Kunden (die das Maya mare länger als 5 Jahre nicht mehr besucht haben) zurückgewinnen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Maya mare ist dafür eine gute Grundlage. Der Dienstleistungsvertrag mit der Bäder Halle GmbH wird auch 2013 fortgeführt, der neben der Erfüllung administrativer und kaufmännischer Aufgaben für die Bäder Halle GmbH auch den Know-how-Transfer zum Inhalt hat.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2013 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss der Hauptgesellschafterin in Höhe von 1.689,1 T€ gewährleistet. Eine entsprechende Vereinbarung wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH genehmigt und mit Datum vom 14.01.2013 beschlossen. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Verlust im Jahr 2013 in Höhe von 1,2 T€.

Da die FTZ ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Maya mare GmbH & Co. KG tätig ist, ergeben sich erhebliche Unternehmensrisiken aus deren Geschäftstätigkeit.

Bei der Maya mare GmbH & Co. KG sind auch zukünftig zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge Zuschüsse der Gesellschafter notwendig, die die FTZ aus eigenen Mitteln zu leisten nicht in der Lage wäre. Das Ausbleiben ausreichender Zuschüsse der Gesellschafter kann die FTZ in ihrem Bestand bedrohen. Wesentliche Chancen sind in der aktuellen Situation der Gesellschaft nicht erkennbar. Sie können sich allenfalls mit einer u. U. in der Zukunft erfolgenden Verbesserung der Situation der Maya mare GmbH & Co. KG ergeben.

Maya mare GmbH & Co. KG*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz
Anschrift: Am Wasserwerk 1
 06132 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH & Co. KG
Stammkapital in T€: 10.226

Gesellschafter:	T€	%
Stadtwerke Halle GmbH	8.426	82,40
Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH	1.278	12,50
FAB Freizeit-Anlagen Bauten- und Betriebsgesellschaft mbH	522	5,10

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeit- und Tourismuszentrums, insbesondere eines Freizeitbades mit angeschlossener Sauna, Fitness-Zentrum etc., auf dem Gelände des Alten Wasserwerks in Halle Beesen unter Einbeziehung der denkmalgeschützten Gebäude sowie die Verwertung der nicht für das Freizeit- und Tourismuszentrum benötigten Grundstücks- und Gebäudeteile.

Öffentlicher Zweck:

Die Maya mare GmbH stellt der Bevölkerung ein Freizeitbad mit angeschlossener Sauna und Fitness Bereich zur Verfügung. Der öffentliche Zweck ergibt sich aus kulturellen und gesundheitlichen Belangen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Dr. Gaudig, Lutz (bis 30.06.2012)
 Waldenburger, Annette

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Die Funktionen eines Aufsichtsrates werden jedoch durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH wahrgenommen. Dem gehörten im Berichtsjahr an:

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 06.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Philipp, Lothar	
	Berend, Stephanie	
	Böcker, Udo	
	Bönisch, Bernhard	
	Gärtner, Steffen	
	Hilbig, Stefan	(seit 28.09.2012)
	Kley, Gerry	
	Kocian, Burkhard	
	Koppitz, Erhard	(bis 28.09.2012)
	Krause, Johannes	
	Lange, Hendrik	
	Liedtke, Monika	(seit 28.09.2012)
	Mahlert, Eckard	(bis 28.09.2012)
	Müller, Raik	
	Nagel, Elisabeth	
	Otto, Renate	(seit 28.09.2012)
	Richter, Ulrich	(bis 28.09.2012)
	Wehrich, Dietmar	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	11.926	95	12.966	97	14.083	97	-1.040	-8
Umlaufvermögen	569	5	438	3	445	3	131	30
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0			4	0	0	

Bilanzsumme	12.495	100	13.404	100	14.532	100	-909	-7
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	3.518	28	3.520	26	3.739	26	-2	0
Sonderposten für Investitionszulagen	4.683	37	5.245	39	5.808	40	-562	-11
Rückstellungen	219	2	252	2	171	1	-33	-13
Verbindlichkeiten	4.075	33	4.387	33	4.814	33	-312	-7

Bilanzsumme	12.495	100	13.404	100	14.532	100	-909	-7
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.639	4.485	4.112
sonstige betriebliche Erträge	724	1.056	906
Materialaufwand	2.199	2.177	1.906
Personalaufwand	2.329	2.702	2.523
Abschreibungen	1.361	1.352	1.344
sonstige betriebliche Aufwendungen	601	717	661
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	7	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	174	193	218
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.299	-1.593	-1.631
außerordentliche Erträge	1.341	1.417	1.017
außerordentliche Aufwendungen			2
außerordentliches Ergebnis	1.341	1.417	1.015
sonstige Steuern	42	42	40
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	-218	-656
Belastung auf Kapitalkonten	0	-218	-656
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,00	-4,86	-15,96	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,00	-5,83	-14,93	%
Cash-Flow:	1.361	1.135	688	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	47	47	43	T€
Personalaufwandsquote:	43,43	48,76	50,27	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	95,27	96,62	96,78	%
Eigenkapitalquote:	28,16	26,26	25,73	%
Fremdkapitalquote:	71,84	73,74	74,27	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Besucher	336.219,00	331.713,00	330.239,00	Anzahl

e) Lagebericht**Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Lage der Gesellschaft**

Im abgelaufenen Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes um 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: +4,0 %, 2011: +3,1 %), vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr weniger zugelegt haben, als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 %. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 % verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 %.

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte die Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs ihrer Bevölkerung verbuchen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von 2010 auf 2011 betrug 808 Einwohner.

Im Berichtsjahr 2012 war auf dem Bäder- und Freizeitmarkt erneut eine positive Entwicklung zu verzeichnen. So konnten die guten Besucherzahlen des erfolgreichen Jahres 2011 gehalten bzw. geringfügig um 1,36 % auf insgesamt 336.219 (2011: 331.713) Besucher gesteigert werden. Gegenüber der Planung konnten 15.519 (+4,8%) Besucher mehr generiert werden.

Gegenüber der Planung verzeichnete die Gesellschaft im Badebereich 8.853 Gäste und im Saunabereich 5.289 Gäste mehr. Am 31. Dezember 2012 waren 1.066 Mitglieder im Fitnessclub gemeldet (31.12.2011: 1.048 Mitglieder).

Die positive Entwicklung der Gesamtumsatzerlöse hielt auch im Jahr 2012 an. Die Umsatzerlöse stiegen um 153,7 T€ auf 4.639,0 T€.

Der Aufwand für Strom, Wärme und Wasser / Abwasser stellt den Hauptanteil des Materialaufwandes dar. Der Materialaufwand ist insgesamt um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dabei stiegen die Kosten für den Wärmebezug um 84,9 T€ (18,9 %), was neben Preissteigerungen auf Verluste durch eine Havarie an der Wärmeleitung im Frühjahr 2012 und die Kälteeinbrüche im April und Juni 2012 zurückzuführen ist und die Effekte der Einsparungsinvestitionen im Bereich der Technik aus den Jahren 2011 und 2012 überlagert.

Durch eine Anhebung der Preise für Wasser / Abwasser stiegen diese Kosten im Berichtsjahr um 33,4 T€ (26,7 %).

Die Aufwendungen für den Strombezug betrugen 472,5 T€ und lagen damit um 54,4 T€ (10,3 %) unter dem Vorjahr. Diese Aufwandsenkung konnte maßgeblich durch Investitionen in Energiesparmaßnahmen wie den Einbau von frequenzgesteuerten Pumpen erreicht werden.

Der Personalaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 373,2 T€, das entspricht 13,8 %. Dieser Rückgang ist auf die Beendigung der Personalüberlassung an die Bäder Halle GmbH zum 31.12.2011 zurückzuführen. Bereinigt um den Anteil an Beschäftigten für die Bäder Halle GmbH wurde die Mitarbeiterzahl nahezu auf dem Niveau des Vorjahres gehalten.

Die Abschreibungen 2012 liegen mit 1.360,6 T€ nur geringfügig um 0,6 % unter dem Planansatz.

Die Entwicklung zeigt, dass andauernd hohe Fixkosten, die notwendigen Betriebskosten und der Aufwand für das Personal insgesamt in keinem ausgewogenen Verhältnis zu den erzielten Umsatzerlösen stehen. Die Auslastung des Bades und der gesamten Freizeitanlage Maya mare ist trotz der dokumentierten Steigerungen auch im Geschäftsjahr 2012 nicht kostendeckend. Aus diesem Grund werden auch in den kommenden Jahren entsprechende Betriebskostenzuschüsse des Hauptgesellschafters notwendig sein.

Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2012 Investitionen in einer Gesamthöhe von 324,5 T€ getätigt.

Liquidität

Die Liquidität der Maya mare GmbH & Co. KG war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert. Dies erfolgte unter Inanspruchnahme eines ertragswirksamen Betriebskostenzuschusses des Hauptgesellschafters Stadtwerke Halle GmbH in Höhe von 1.341,1 T€ (Vj.: 1.417,0 T€).

Ausblick

Die gute Konjunktur der zurückliegenden Jahre hat dazu geführt, dass Dichte und Vielfalt der Angebote auf dem Freizeitmarkt zugenommen haben. Im Wettbewerb mit Freizeitbädern stehen unterschiedlichste Einrichtungen, wie z.B. Hochseilklettergärten, Indoorspielplätze oder 3D Kinos, die den Kampf um das begrenzte Freizeitbudget deutlich verstärkt haben. Auch der Freizeitbadmarkt des relevanten Einzugsgebietes des Maya mare bei branchengleichen Wettbewerbern verzeichnete mit der Bodetal Therme in Thale (Entfernung ca. 50 Minuten Autofahrt von Halle) im Jahr 2011 nochmals Zuwachs.

Der Fertigstellungstermin für die im Bau befindliche Freizeitanlage am „Sportparadies Böllberger Weg“ in Halle (Saale) ist noch ungewiss. Geplant sind in der Anlage auch Sauna- und Fitnessangebote, die bei Projektfertigstellung den Wettbewerbsdruck auf das Maya mare verstärken werden. Eine realistische Bewertung dieses Konkurrenzangebotes kann erst vorgenommen werden, wenn sich abzeichnet, wie das Preis-Leistungs-Verhältnis der zu erwartenden Fitness- und Saunangebote liegt.

Die schlechten Witterungsbedingungen des Jahres 2012 sorgten wie schon 2011 bei den meisten Outdoorfreizeitangeboten zu Umsatzeinbrüchen und zu konstant guten Umsätzen bei Indoorangeboten, wie auch denen des Maya mare.

Das Maya mare versteht sich als Freizeitangebot für eine breite Zielgruppe. Im Badebereich zählen dazu vorrangig Familien (Eltern oder auch Großeltern) mit Kindern und Jugendliche. Die angebotenen baulichen Attraktionen, wie Rutschen, Wellenbecken und vielseitiger Kinderplanschbereich, stehen dafür zur Verfügung. Auch aktive Senioren, die Bewegung in wohltemperiertem Wasser bevorzugen, zählen zu Stammgästen. Es kann mit den bestehenden Wasserflächen, den gegebenen Attraktionen sowie dem zur Verfügung stehenden Einwohnerpotenzial im relevanten Einzugsgebiet keine Ausrichtung auf nur eine oder zwei bestimmte Kernzielgruppen geben. Für eine solche Schwerpunktkonzentration reicht das Marktpotenzial im Verhältnis zur Größe und derzeitigen Aufteilung der Anlage nicht aus.

Auch wenn der Blick auf den begonnenen demografischen Wandel in der Gesellschaft Überlegungen der Art mit sich bringt, das Maya mare könnte sich auf die wachsende Bevölkerungsgruppe (Erwachsene und Senioren) einrichten, darf man die baulichen Gegebenheiten dieser Freizeitanlage nicht außer Acht lassen, die insbesondere auch Kinder und Jugendliche anspricht. Kommt hinzu, dass bauliche Einschränkungen (viele Stufen im Badebereich / Treppen zum Saunabereich aufgrund der Ausnutzung der Altsubstanz Wasserwerk) die den thematischen Charakter des Maya mare als „Mexikanisches Bade- und Saunaparadies“ jedoch gestalterisch unterstreichen, von einem Teil der Senioren eher als hinderlich empfunden werden.

Im Saunabereich gilt es ebenso eine möglichst breite Zielgruppe anzusprechen, um das begrenzte Einwohnerpotenzial im relevanten Einzugsgebiet bestmöglich auszuschöpfen. Da der Aufwand für die Gewinnung eines neuen Kunden vergleichsweise hoch liegt, liegen in der Steigerung der Besuchshäufigkeit von Bestandskunden, vor allem im Saunabereich, für die kommenden Jahre noch Reserven für Umsatzsteigerungen.

Seit November 2011 gelten für das gesamte Maya mare einheitliche Öffnungszeiten täglich von 10.00 – 22.00 Uhr. Diese Veränderung wurde von den Gästen akzeptiert und führte nicht zu Besucherrückgängen, eine deutlich verständlichere Kommunikation der Öffnungszeiten ist seither möglich.

Für den Fitnessbereich wird das verfügbare Marktpotenzial immer kleiner, da man das relevante Einzugsgebiet bereits intensiv bearbeitet und mit über 1000 Mitgliedern eine starke Marktdurchdringung erreicht hat. Neue Mitglieder werden maßgeblich durch Direktkontakt mit ausgewählten Firmen oder durch maßgeschneiderte Angebote für ausgewählte Zielgruppen generiert. Seit Beginn 2012 spielt das Thema „Firmenfitnessangebote“ zur Auslastung des Viva mare eine wichtige Rolle. Mit einem Konzept für das betriebliche Gesundheitsmanagement der Stadtwerke Halle GmbH in enger Zusammenarbeit mit dem Maya mare / Viva mare soll im Jahr 2013 ein weiterer Schritt im Auf- und Ausbau dieses Geschäftsfeldes gegangen werden.

Der Wellnessbereich generiert jährliche Umsatzzuwächse die prozentual über der Besuchersteigerung liegen. Durch den bereichsübergreifenden Einsatz von Personal im Wellness- und Saunabereich konnte schon im Jahr 2012 eine Zunahme der Flexibilität erlangt und besser auf Nachfrageschwankungen reagiert werden. Die Auslastung der Kabinenkapazitäten weist noch immer einige Reserven aus, die Potenzial für weitere Umsatzsteigerungen in diesem Bereich bildet. An gut besuchten Tagen werden jedoch im Wellnessbereich, ebenso wie in Bezug auf die Ruhekapazität im Saunabereich die Grenzen des Maya mare erreicht.

Im Gastronomiebereich zeigt die Mitte 2011 eingeleitete konzeptionelle Umorientierung auf mehr Dienstleistung und Service einhergehend mit einer personellen Umstrukturierung und Angebotsoptimierung Erfolge, die sich in der Steigerung der Pro-Kopf-Erlöse zeigen.

Die Maya mare hat sich als moderner Dienstleister im Freizeitbereich dauerhaft etabliert. Der Bekanntheitsgrad ist sehr hoch. Dabei konzentriert sich das Maya mare zukünftig auf zwei Schwerpunktzielgruppen. Das sind zum einen Kinder, Jugendliche und Familien – hier auch die Enkel mit den modernen Großeltern (Freizeitbad) und zum anderen die gesundheits- und wellnesorientierten Kunden – sogenannte Best Ager und die 50plus Zielgruppe – (Sauna- und Wellnessbereich, Viva mare).

Schwerpunkt zum weiteren Ausbau der Dienstleistungsqualität bildet nach wie vor die stetige Steigerung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch individuelle Schulungsmaßnahmen.

Der marketingstrategische Ansatz verfolgt auch zukünftig stärker das zielgruppenorientierte Direktmarketing. Damit kann die breite Produktpalette mit weniger Streuverlusten kommuniziert werden.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der zur Verfügung stehen Investitionsmittel liegt 2013 auf Ersatzinvestitionen, u.a. für die Erneuerung der Solegrotte im Saunabereich sowie den Austausch von Mobiliar in den Gastronomiebereichen. Weiterhin wird der Ersatz einiger Fitnessgeräte notwendig.

Hinsichtlich der Personalkosten konnten im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr im Maya mare geringfügige Einsparungen erzielt werden. Das Geschäft eines Freizeitbades unterliegt enormen Schwankungen in der Auslastung. Allein das Besucheraufkommen an Wochentagen und Wochenenden sowie Ferien- und Feiertagen weist Unterschiede von durchschnittlich 300 % auf, hierauf muss man reagieren können. Witterungsbedingte Schwankungen führen zudem zu unvorhersehbaren Änderungen in der Auslastung, denen man mit der Zuschaltung oder Reduzierung von Personal begegnen muss. Hierfür sind Teilzeitbeschäftigte sowie geringfügig Beschäftigte (die vorrangig an den Wochenenden zur Entlastung beitragen können), ein wichtiger Baustein.

Die weitere Senkung der Personalkosten wird jedoch durch den Haus-Tarifabschluss für 2012/ 2013 negativ beeinflusst.

Weitere wesentliche Kosteneinsparungen werden schwer zu erreichen sein, will man nicht die Qualität des Angebotes Maya mare einschränken. Die deutlichen Kostensteigerungen für Energie und Wärme werden das Ergebnis zukünftig jedoch belasten.

Die Geschäftsführung der Maya mare GmbH & Co. KG schätzt ein, dass weitere Ergebnisverbesserungen für das Unternehmen schwerpunktmäßig über die Steigerung der Umsätze in den Hauptumsatzbereichen Bad, Sauna, Fitness, Wellness und Gastronomie erreicht werden können. Darauf werden alle Anstrengungen ausgerichtet, bestehende Kunden binden, zu häufigerem Besuch animieren sowie neue und verlorene Kunden (die das Maya mare länger als 5 Jahre nicht mehr besucht haben) zurück gewinnen. Der hohe Bekanntheitsgrad des Maya mare ist dafür eine gute Grundlage.

Der Dienstleistungsvertrag mit der Bäder Halle GmbH wird auch 2013 fortgeführt, der neben der Erfüllung administrativer und kaufmännischer Aufgaben für die Bäder Halle GmbH auch den Know-how-Transfer zum Inhalt hat.

Die Liquidität der Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2013 durch einen ertragswirksamen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 1.689,1 T€ durch die Hauptgesellschafterin gewährleistet. Eine entsprechende Vereinbarung wurde durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH genehmigt und mit Datum vom 14.01.2013 beschlossen. Im Ergebnis erwartet die Geschäftsführung bei gegebener Liquidität einen Verlust im Jahr 2013 in Höhe von 1,2 T€.

Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch zukünftig Zuschüsse der Gesellschafter, namentlich der Kommanditisten, notwendig sein.

Oelhafe-Zeysesche-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	311

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung/§ 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff.1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der benachteiligten Teile der Bevölkerung.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung		Dr. Cremer, Manfred	
Stiftungsvorstand	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Kogge, Tobias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	311	57	304	56	287	54	7	2
Umlaufvermögen	236	43	241	44	249	46	-5	-2
Bilanzsumme	547	100	545	100	536	100	2	0
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	547	100	545	100	536	100	2	0
Bilanzsumme	547	100	545	100	536	100	2	0

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	16	15	15
sonstige betriebliche Aufwendungen	6	16	7
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	10	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14	9	18
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	14	9	18
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	-1	7	8
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	15	2	10

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,56	1,73	3,43	%
Cash-Flow:	14	9	18	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	56,82	55,82	53,45	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Ackerfläche	219.236,00	219.236,00	219.236,00	m ²
Erbbaufäche	675,00	638,00	0,00	m ²
Gartenfläche	62.777,00	62.777,00	62.777,00	m ²
Verkehrsfläche	143,00	143,00	799,00	m ²
Waldfläche	557,00	557,00	557,00	m ²

e) Lagebericht

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch

- a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz;
- b) Verwaltung des Grundbesitzes.

Die Erträge werden dem o. g. Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung 1977.

Das Stiftungsvermögen erhöhte sich im Saldo gegenüber dem Vorjahr um 6.538,58 EUR auf 310.900,29 EUR. Die Veränderung resultiert aus einem wertmäßigen Abgang bei den Gartenflächen (-198,85 EUR) und Zugängen bei den sonstigen Grundstücken (+6.737,43 EUR).

Zum 31.12.2012 verteilt sich der Bestand auf Ackerflächen (219.236 m²), Gartenflächen (62.777 m²), Erbbauflächen (675 m²), Waldflächen (557 m²) und Verkehrsflächen (143 m²).

Von dem Ergebnis der Vermögensverwaltung wurden 5.990,04 EUR der Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO zugeführt.

Im Jahr 2012 wurden Ausgaben im satzungsmäßigen Sinne für das Projekt „Gesundes Frühstück“ in Höhe von 13.677,30 EUR getätigt. Das Jahresergebnis 2012 in Höhe von 14.591,02 EUR soll für das Projekt „Gesundes Frühstück“ im Schuljahr 2013/2014 verwendet werden.

Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

juristischer/postalischer Sitz

Anschrift: Kantstraße 1
06110 Halle (Saale)

Rechtsform: Stiftung

Stiftungsvermögen in T€: 12.823

Gegenstand des Unternehmens:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb von Einrichtungen in der Altenpflege und Behindertenhilfe und altengerechter Wohnformen.

Öffentlicher Zweck:

Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, kulturelle Betreuung alter sozial-benachteiligter Bürger der Stadt Halle (Saale) durch Betrieb eines Pflegeheimes und altengerechter Wohnformen.

b) Besetzung der Organe

Stiftungsvorstand Fritschek, Andreas

Stiftungsrat

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Kogge, Tobias	(seit 01.12.2012 Vorsitzender)
stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	(seit 01.12.2012)
	Dr. Wend, Detlef	
	Haupt, Ute	(seit 26.09.2012)
	MR Greuel, Mechthild	(bis 25.09.2012)
	Töpfer, Gernot	

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Stiftungsrat	1	1	0

c) Beteiligungen

unmittelbar

Serva GmbH

T€	%
26	100,00

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	56.010	94	49.674	92	49.959	94	6.336	13
Umlaufvermögen	3.243	6	4.099	8	3.325	6	-856	-21
Rechnungsabgrenzungsposten	17	0	24	0	22	0	-7	-29
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	34	0	45	0	46	0	-11	-24
Bilanzsumme	59.304	100	53.842	100	53.352	100	5.462	10

Passiva

	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	16.763	28	16.403	30	16.200	30	360	2
Sonderposten aus öffentlicher Förderung	22.476	38	22.961	43	23.162	44	-485	-2
Sonderposten aus nicht öffentlicher Förderung	881	1	922	2	937	2	-41	-4
Rückstellungen	613	1	570	1	788	1	43	8
Verbindlichkeiten	18.081	31	12.506	23	11.782	22	5.575	45
Rechnungsabgrenzungsposten	490	1	480	1	483	1	10	2
Bilanzsumme	59.304	100	53.842	100	53.352	100	5.462	10

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	16.838	16.462	16.359
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	340	0	0
sonstige betriebliche Erträge	1.970	1.631	1.621
Materialaufwand	3.748	3.620	3.462
Personalaufwand	11.519	11.531	11.385
Abschreibungen	1.705	1.589	1.544
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	776	772	719
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.319	1.612	1.784
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	5	2	10
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1	1	11
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40	59	30
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1	13	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	558	431	444
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	120	131	128
außerordentliche Erträge	76	78	18
außerordentliche Aufwendungen	29	7	12
außerordentliches Ergebnis	47	71	6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	167	202	134
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	167	202	134
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	0,99	1,23	0,82	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,99	1,23	0,83	%
Cash-Flow:	1.873	1.804	1.681	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	49	45	45	T€
Personalaufwandsquote:	60,16	63,73	63,32	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	94,17	88,96	90,29	%
Eigenkapitalquote:	28,27	30,46	30,36	%
Fremdkapitalquote:	71,73	69,54	69,64	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Altenpflegeplätze	416,00	416,00	424,00	Anzahl
Pflegeplätze für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung	228,00	228,00	221,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Allgemeines

Die Stiftung schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem positiven Ergebnis ab. Die Ertragslage hat sich weiter stabilisiert. Damit konnte der positive Trend der zurückliegenden Geschäftsjahre fortgeschrieben werden. Das Jahresergebnis 2012 wurde zum großen Teil aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Stiftung erwirtschaftet. Positiv beeinflusst wurde es durch die Übertragung der ehemaligen ewia Objekte und Grundstücke an die Paul-Riebeck-Stiftung zum 01.07.2012.

2012 wurden die umfangreichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Altenhilfe weitestgehend abgeschlossen. Damit sichert sich die Stiftung langfristig den Ausbau und den Erhalt der starken Wettbewerbsposition im Segment der Altenhilfe.

2. Entwicklung 2012

2.1 Altenhilfe

Eine stabile und überaus beständige Auslastung trug dazu bei, dass die Erträge aus Pflegeleistungen in 2012 über den geplanten Werten und über den Werten des Vorjahres lagen. Die Auslastung der vier Altenpflegeheime stieg von 96,8 % im Vorjahr auf durchschnittlich 97,9 % in 2012. In allen Bereichen der Altenhilfe konnten die Auslastungswerte des Vorjahres übertroffen bzw. auf ähnlich sehr gutem Niveau wie im Vorjahr gehalten werden.

Im Jahr 2012 erreichte das Altenpflegeheim Riebeckpark eine jahresdurchschnittliche Auslastung von 98,2 %. Im Vorjahr betrug sie 95,6 %. Im Altenpflegeheim Haus der Generationen entsprach die jahresdurchschnittliche Auslastung mit 98,8 % weitestgehend dem Wert des Vorjahres (98,7 %). In den Hausgemeinschaften für Menschen mit Demenz wurde eine ähnlich hohe Auslastung wie im Vorjahr erreicht. Sie lag bei jahresdurchschnittlich 99,6 % (Vorjahr 99,5 %).

Im Altenpflegeheim Akazienhof wurden 2011 im Zuge der Umbauarbeiten, die vorhandenen Kapazitäten von 151 Plätzen auf 143 Plätze reduziert. Das Haus erreichte 2012 eine jahresdurchschnittliche Auslastung von 94,8 %. Damit stieg die jahresdurchschnittliche Auslastung im Vergleich zum Vorjahr (93,5 % in 2011). Der Bereich Altenpflegeheim Akazienhof erwirtschaftet u.a. aufgrund der Auslastungssteigerungen ein positives Jahresergebnis. 2011 arbeitete der Bereich noch stark defizitär. Er erzielte ein Jahresergebnis von T€ -160. 2012 sind es nun T€ 10.

Zusätzlich zur Auslastungssituation trugen die neu verhandelten Pflegesätze in den Altenpflegeheimen Riebeckpark, Akazienhof und Haus der Generationen zum 01.06.2012 sowie in der WG Demenz zum 01.11.2012 zur Steigerung der Pflegerlöse bei. Im Altenpflegeheim Akazienhof betrug die Steigerung 3,0 % und im Altenpflegeheim Riebeckpark 1,73 %. Für das Altenpflegeheim Haus der Generationen, welches im oberen Preissegment liegt, konnten lediglich 1,02 % Erhöhung verhandelt werden.

Beide Tagespflegen der Stiftung – „Tagespflege im Akazienhof“ und „Tagespflege Haus im Park“ – blieben in 2012 bzgl. der Auslastung hinter den erwarteten Werten zurück. Die jahresdurchschnittliche Auslastung der Tagespflege Akazienhof lag bei 76,8 % (83,3 % in 2011). In der Tagespflege Haus im Park lag sie bei 84,0 % (86,8 % in 2011). In beiden Kostenstellen sind somit Verluste erwirtschaftet wurden.

Die positive Entwicklung der ambulanten Pflege schrieb sich auch in 2012 fort. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Umsatz um T€ 13 gesteigert werden. Damit weist die Kostenstelle einen Gewinn aus.

Die Stiftung verfolgt das Ziel, den Bereich der ambulanten Pflege in den kommenden Jahren deutlich auszubauen und zu erweitern. Hintergrund sind u.a. steigende Nachfrage nach ambulanten Leistungen sowie die deutliche Positionierung des Gesetzgebers zur Forcierung ambulanter Pflegeleistungen. Die Stiftung ist sich bewusst, dass gerade dieses Segment einem starken Wettbewerb unterliegt. Dennoch geht die Stiftung davon aus, dass sie ihre Position in dem Segment erfolgreich ausbauen kann.

2.2 Behindertenhilfe

Im Segment der Behindertenhilfe wurden in 2012 die gewohnt stabilen Ergebnisse erreicht. Das Förderwohnheim für Menschen mit geistigen Behinderungen war jahresdurchschnittlich mit 99,9 % ausgelastet. Die Tagesförderungen Haus im Park und Südstraße erwirtschafteten ebenfalls positive Ergebnisse bei einer durchschnittlichen Auslastung von 100 % (Tagesförderung Haus im Park) und 93,2 % (Tagesförderung Südstraße). Mit 99,2 % jahresdurchschnittlicher Auslastung erwirtschaftete der Bereich betreutes Wohnen in der Außenwohngruppe stetig sehr gute Ergebnisse. Die im November 2011 eröffnete Tagesstätte in der Südstraße war ab dem 2. Halbjahr 2012 zu 100 % ausgelastet.

Das Wohnheim für Menschen mit seelischen Behinderungen war 2012 zu 98,5 % ausgelastet. Damit lag die Auslastung in 2012 unter dem Vorjahreswert (100 %). Gute Auslastungsergebnisse erzielte die Wohngruppe für Menschen mit seelischen Behinderungen mit einer Auslastung von 97,3 % (95,5 % in 2011). Die Tagesstätte für Menschen mit seelischen Behinderungen verbuchte 2011 eine durchschnittliche Auslastung von 92,4 %. In 2012 konnte der Wert auf 94,7 % gesteigert werden.

Auch in 2012 trug der Bereich der Behindertenhilfe maßgeblich zum sehr guten Jahresergebnis bei.

2.3 Baumaßnahmen

Nachdem die Umbaumaßnahmen - im Altenpflegeheim Riebeckpark 2010 und im Altenpflegeheim Akazienhof 2011 begannen, konnten diese in 2012 weitestgehend abgeschlossen werden. Im Altenpflegeheim Riebeckpark werden die Umbaumaßnahmen mit dem Umbau der Wäschelager im 1. Quartal 2013 enden. Insgesamt wurden Umbauten mit einem Volumen von ca. 2,3 Mio. € vorgenommen.

Im Jahr 2012 wurden rund T€ 680 für eigene Instandhaltungen ausgegeben.

2.4 Vermietung altersgerechter Wohnungen

Die Paul-Riebeck-Stiftung übernahm zum 01.07.2012, die vom Bauverein gehaltenen Geschäftsanteile an der ewia GmbH im Nominalwert von insgesamt € 27.500. Der Kaufpreis für die Gesellschaftsanteile betrug € 500.000. Die notarielle Beurkundung des Vertrages über den Geschäftsanteilskauf erfolgt im Juni 2012.

Mit dem Erwerb der Geschäftsanteile ist die Paul-Riebeck-Stiftung ab dem 01.07.2012 Alleingesellschafterin der ewia GmbH.

Des Weiteren wurde durch die Stiftung mit Wirkung zum 01.07.2012 das Vermögen der ewia GmbH im Wege der Einzelrechtsnachfolge auf die Stiftung zu übertragen. Übertragen wurden sämtliche Aktiva und Passiva der ewia GmbH mit den Buchwerten, die sich aus der Zwischenbilanz zum 30.06.2012 ergaben.

Der Grundbesitz wurde im Rahmen einer Zustiftung auf die Paul-Riebeck-Stiftung übertragen und wird seither im Stiftungsvermögen der Paul-Riebeck-Stiftung geführt. Bestehende Miet-, Darlehens-, Lieferanten-, Versicherungs- und Wartungsverträge sowie Bürgschaften wurden von der Stiftung übernommen.

Nach Übertragung des aktiven Geschäftsbetriebes der ewia GmbH auf die Stiftung blieb die ewia als GmbH-Mantel bestehen.

Die zusätzlichen Mieteinnahmen nach der Übertragung der Geschäftsanteile auf die Stiftung betrugen 2012 ca. T€ 326. Insgesamt handelt es sich um 136 Wohnungen die durch die Übertragung zum bis dahin ausgewiesenen Wohnungsbestand von 72 Wohnungen hinzugekommen sind. Insgesamt vermietet die Stiftung seit dem 208 altersgerechte Wohnungen, sowie 11 Gewerbe-Einheiten. Damit stieg der Anteil der Erlöse im Bereich Vermietung an den Gesamterlösen von 2,81 % aus dem Vorjahr auf 3,76 % im Jahr 2012.

Der Vermietungsstand aller Wohnungen lag erneut bei nahezu 100%.

In den kommenden Jahren wird aufgrund des Alters der Immobilien mit einem erhöhten Instandhaltungsaufwand zu rechnen sein.

2.5 Sonstige Erlöse

Aus einem Rechtsstreit mit der Unfallkasse Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2005 verbuchte die Stiftung periodenfremde Erträge in Höhe von ca. T€ 33. Zudem erstatten die Versicherungen der Stiftung diverse Beträge für Schäden. So u.a. aus einem Überspannungsschaden in Höhe von ca. T€ 61, der Beseitigung des Brandschadens aus 2011 ca. T€ 49 und einem Leitungswasserschaden in der Kita im Riebeckpark von ca. T€ 25.

2.6 Finanzielle Situation der Stiftung

Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Stiftung verlief 2012 weiterhin positiv. Der Trend der letzten Jahre wurde erneut fortgesetzt. Maßgeblich dazu trugen die in den vorstehenden Ausführungen beschriebenen Sachverhalte bei.

Im Mai 2012 wurde erstmals, nach dem Austritt der Stiftung aus dem kommunalen Arbeitgeberverband 2008, eine Gehaltserhöhung für alle Beschäftigten der Stiftung umgesetzt. Beschäftigte erhielten, je nach Arbeitsvertragssituation eine Gehaltssteigerung von 1,5 % (Beschäftigte mit TVÖD- und außertariflichen Verträgen) und 2,0 % (Beschäftigte mit Verträgen nach der Arbeitsordnung mit Entgeltvereinbarung vom 01.01.2011). Insgesamt beliefen sich die Personalkosten für die Entgeltsteigerungen auf ca. T€ 112.

Im Juni 2012 erhielten alle Beschäftigten im Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung zur Zahlung eines freiwilligen Erfolgsentgeltes, welche zum 01.01.2011 in Kraft trat, den jeweils individuellen Betrag des Erfolgsentgeltes ausgezahlt. Die Gesamtsumme des Auszahlungsbetrages belief sich im Jahr 2012 auf T€ 261. 2011 wurden insgesamt T€ 216 als freiwilliges Erfolgsentgelt ausgeschüttet.

2012 lag die Eigenkapitalquote bei 28,3 %. In 2011 betrug sie 30,4 % und 2010 waren es 30,3 %. Die nahezu konstante Eigenkapitalquote spiegelt die stabile Lage der Stiftung wieder.

Das Anlagevermögen erhöht sich im Wesentlichen durch die Zuführung der ehemaligen ewia Grundstücke und Gebäude um T€ 6.336 auf insgesamt T€ 56.010.

Das Stiftungskapital erhöht sich um T€ 194 durch die Zuführung der ehemaligen ewia Grundstücke auf T€ 12.823.

Der Umsatz aus Pflegeleistungen stieg im Vergleich zum Vorjahr um T€ 376 auf T€ 16.838.

Hauptsächlich resultiert die Umsatzsteigerung aus erhöhten Pflegesätzen ab 01.06.2012, einer deutliche Verschiebung von Pflegestufe 2 auf Pflegestufe 3 sowie einer verbesserten Auslastung der Altenpflegeheime.

Mit der Übertragung der ewia Objekte sind Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von T€ 6.262 übernommen wurden. Diese wurden planmäßig getilgt.

3. Beteiligungen

3.1 ewia GmbH

Nach der Übertragung der Gesellschaftsanteile des Bauvereins an der ewia GmbH auf die Stiftung, ist die Paul-Riebeck-Stiftung seit dem 01.07.2012 Alleingesellschafter der ewia GmbH. Mit notariellem Übertragungsvertrag vom 05.07.2012 wurden alle Aktiva und Passiva der ewia GmbH im Wege der Einzelrechtsnachfolge, mit Wirkung zum 01.07.2012 auf die Stiftung übertragen. Der mit diesem Vertrag übertragene Grundbesitz der ewia GmbH, nebst seiner wesentlichen Bestandteile, wird im Wege der Zustiftung in das Grundstockvermögen der Stiftung übertragen. Die ewia GmbH hat seit dem ihren operativen Geschäftsbetrieb eingestellt.

3.2 Serva GmbH

Die Stiftung ist nach wie vor alleiniger Gesellschafter der serva GmbH. Die serva GmbH erzielte im Jahr 2012 ein Ergebnis von T€ 5.

Die serva GmbH erbringt für die Paul-Riebeck-Stiftung seit Januar 2009 Unterhalts- und hauswirtschaftliche Leistungen. Darüber hinaus übernimmt die Gesellschaft seit Juli 2011 die Leistungen des Hol- und Bringendienstes für die Stiftung. Hierzu zählen bspw. die Transporte der Speisen und Getränke von der zentralen Küche im Akazienhof in die übrigen Unternehmensstandorte.

Das Management der Gesellschaft hat die Coavia GmbH & Co. KG aus Flensburg übernommen. Die Geschäftsführung der serva GmbH übernahmen der Vorstand der Stiftung (Herr Fritschek) und Herr Joost (Geschäftsführer Coavia). Um die Servicegesellschaft auch zukünftig effizient zu führen, setzt die Stiftung auch weiterhin auf die Zusammenarbeit mit der Coavia GmbH & Co. KG. Die Qualität der erbrachten Leistungen ist gleichbleibend gut auf hohem Niveau.

4. Entwicklung im Jahr 2013

Die Stiftung ist sich im Klaren, dass der Wettbewerb im Bereich Altenhilfe und im Bereich Vermietung altersgerechter Wohnungen auch künftig andauern wird.

In Form eines Projektes wird sich die Stiftung mit zukünftigen Themenfeldern der Altenhilfe intensiv auseinandersetzen. Das Projekt trägt den Titel „Pflege 2030“. Bisher wurde vor dem Hintergrund des demographischen Wandels analysiert, welchen Einfluss dieser auf Anbieter im Segment der Altenhilfe haben wird. Dabei wurde klar, dass künftig mit einer Zunahme dementer Menschen sowie einer Steigerung der Altersarmut zu rechnen sein wird.

Der Bereich Altenhilfe in der Paul-Riebeck-Stiftung steht vor neuen Herausforderungen. Um sich auf die zukünftigen Veränderungen innerhalb der Bereiche Altern-Altersarmut-Demenz und erhöhte Pflegebedürftigkeit einstellen zu können und somit auch in der sich veränderten Marktentwicklung als Unternehmen bestehen zu können, ist eine strategische Weiterentwicklung für die Stiftung unabdingbar.

Der Trend geht dahin, dass die unter 80-jährigen so lange wie möglich in einer eigenen Wohnung leben wollen und nur dann in ein Heim umziehen, wenn es körperlich oder aufgrund einer Demenzerkrankung gar nicht mehr geht. Dabei werden sie mehr Hilfen durch ambulante Pflegedienste in Anspruch nehmen und im Zusammenhang damit noch mehr nach Wohnungen des betreuten Wohnens Ausschau halten.

Für diese zukünftigen Entwicklungen sieht sich die Stiftung gut aufgestellt und entwickelt ihre Angebote und Leistungen konsequent weiter.

Wichtige Wettbewerbsfaktoren werden dabei zum einen die moderne und hochwertige Ausstattung unserer Häuser sein. Vor allem wollen wir uns jedoch durch erstklassige Pflege und Betreuung sowie hochwertige altersgerechte Wohnungen auszeichnen. Eine strategische Personalentwicklung im Dreiklang von Finden-Binden-Spezialisieren erhält vor diesem Hintergrund eine existenzielle Bedeutung.

Im Bereich der Behindertenhilfe ist es das Ziel der Stiftung neue Wege zu gehen und als Pionier in Sachsen-Anhalt ein Konzept zur Deinstitutionalisierung zu erarbeiten, mit der Sozialagentur zu vereinbaren und umzusetzen. Diese Bemühungen werden 2013 intensiviert. Damit trägt die Stiftung dem im Land Sachsen-Anhalt sich abzeichnenden Trend Rechnung, im Bereich Behindertenhilfe vermehrt ambulant betreute Wohnformen zu etablieren.

Die Stiftung ist bestrebt, sich künftig mehr auf ihre Kerngeschäfte Pflege, Betreuung und Vermietung zu konzentrieren. Vor diesem Hintergrund ist beabsichtigt, die Servicebereiche Küche, Wäscherei, Haustechnik und Hauswirtschaft in die Servicegesellschaft serva GmbH zu überführen. Damit soll erreicht werden, dass die Wirtschaftsbereiche der Stiftung unter der Servicegesellschaft zusammengeführt, einheitlich geleitet, geplant und abgerechnet werden können. Die in den letzten Jahren gestärkten Fachkompetenzen der Servicegesellschaft werden somit effizienter genutzt. Die Stiftung kann ihre spezifische Nachfrage nach Hauswirtschafts- und Cateringdienstleistungen von der eigenen Tochtergesellschaft erbringen lassen. Derzeit sind die Überlegungen im Stadium der Konzeption und Planung. Es ist beabsichtigt, die Übertragung der Servicebereiche in Form eines Betriebsübergangs zum 01.01.2014 durchzuführen.

Serva GmbH

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Beesener Straße 15 06110 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	26		
Gesellschafter:		T€	%
	Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle an der Saale	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere für Einrichtungen für alte, sozial benachteiligte und behinderte Menschen.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ist in der Gesundheitsversorgung zu sehen, da das Unternehmen Dienstleistungen im Bereich der Altenpflege erbringt.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung	Fritschek, Andreas Joost, Peter
-------------------------	------------------------------------

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	16	12	18	14	4	3	-2	-11
Umlaufvermögen	115	88	113	86	121	97	2	2

Bilanzsumme	131	100	131	100	125	100	0	0
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	----------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	81	62	81	62	81	64	0	0
Rückstellungen	9	7	5	4	7	6	4	80
Verbindlichkeiten	41	31	45	34	37	30	-4	-9

Bilanzsumme	131	100	131	100	125	100	0	0
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	----------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	483	380	299
sonstige betriebliche Erträge	6	15	4
Materialaufwand	30	31	30
Personalaufwand	363	279	187
Abschreibungen	5	4	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	86	79	76
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5	2	10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinn- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	5	2	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	1,01	0,45	3,47	%
Eigenkapitalrentabilität:	6,03	2,11	12,85	%
Cash-Flow:	10	6	11	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	15	15	14	T€
Personalaufwandsquote:	74,27	70,83	61,65	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	11,87	13,69	2,81	%
Eigenkapitalquote:	61,83	61,49	64,50	%
Fremdkapitalquote:	38,17	38,51	35,50	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Stadion Halle Betriebs GmbH**

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
c/o Stadt Halle (Saale)
06100 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 25

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	13	51,00
Stadion Beteiligungs- und Bewirtschaftungs-GmbH	7	28,00
Hallescher Fußballclub e. V.	5	21,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand des Unternehmens sind die Erbringung von Betriebsleistungen für das Kurt-Wabbel-Stadion in Halle (Saale), insbesondere das kaufmännische und technische Management, die Erbringung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, das Marketing sowie sämtliche weiteren bei dem Betrieb des Stadions notwendigen Leistungen.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar förderlich sind.
- (3) Sie darf jedoch keine Zweigniederlassungen errichten, sich nicht an anderen Unternehmen beteiligen oder Unternehmensverträge im Sinne von §§ 291, 292 AktG schließen und Interessengemeinschaften eingehen.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Geier, Egbert

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2012 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2011.

Beirat

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
stellv. Vorsitzender	Klose, Wilfried	
	Bönisch, Bernhard	
	Dr. Diaby, Karamba	
	Dr. Schädlich, Michael	
	Ettingshausen, Rüdiger	
	Hajek, Andreas	
	Heinze, Frank	
	Thymian, Robert	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	778	84		
Umlaufvermögen	151	16	39	100

Bilanzsumme	929	100	39	100
--------------------	------------	------------	-----------	------------

	2011		2010	
	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	24	3	25	64
Rückstellungen	29	3	12	31
Verbindlichkeiten	541	58	2	5
Rechnungsabgrenzungsposten	335	36		

Bilanzsumme	929	100	39	100
--------------------	------------	------------	-----------	------------

bb) GuV

	2011	2010
	T€	T€
Umsatzerlöse	344	
sonstige betriebliche Erträge	201	13
Abschreibungen	49	
sonstige betriebliche Aufwendungen	495	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1	0

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-0,16		%
Eigenkapitalrentabilität:	-2,18	-0,57	%
Cash-Flow:	48	-0	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:			T€
Personalaufwandsquote:			%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	83,00		%
Eigenkapitalquote:	2,62	63,02	%
Fremdkapitalquote:	97,38	36,98	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht**A. Wirtschaftsbericht****1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses**

Das Geschäftsjahr 2011 war im Wesentlichen durch die Eröffnung des ERDGAS Sportpark und die Aufnahme des laufenden Betriebs geprägt gewesen. Mit dem Abschluss des Cateringvertrages, dem Abschluss des Grundstücks- und Pachtungsvertrages mit der EVH, der Installation der Homepage des ERDGAS Sportpark sowie der Erstellung des Sicherheitskonzeptes für das Stadion sind die letzten Weichen für die Aufnahme des reibungslosen Betriebes geschaffen worden. Mit der Installation einer Alarmanlage und der Erweiterung des WLAN-Netztes sind auch technisch die letzten größeren Anpassungen vorgenommen worden.

Nach ca. 14 Monaten Bauzeit ist am 17.09.2011 der Sportpark durch die Stadt Halle (Saale) offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. Die Eröffnungsfeier, die neben Führungen durch das Stadion, Events auf der Kantstraße, Hüpfburgen, Torwandschießen und diverse andere Attraktionen zu bieten hatte, besuchten knapp 20.000 Besucher. Das Interesse am neuen Stadion war riesengroß. Die Meinungen durchweg positiv.

Am 20.09.2011 ist im ERDGAS Sportpark das erste Spiel des Halleschen FC gegen den Hamburger SV ausgetragen worden. Das Stadion war mit 15.000 Besuchern ausverkauft.

Im Weiteren standen die Durchführung des laufenden Spielbetriebes des Halleschen FC, die Durchführung von Veranstaltungen sowie das Einspielen der alltäglichen Gegebenheiten im ERDGAS Sportpark im Vordergrund.

Die für den ERDGAS Sportpark erstellten Vermarktungs- und Veranstaltungskonzepte sind durchweg positiv aufgenommen worden. Die bislang prognostizierten Einnahmen konnten sogar übertroffen werden.

2. Lage des Unternehmens

Aufgrund der erzielten Einnahmen, insbesondere der Einzahlungen des Sponsoringpartners bestand zum Bilanzstichtag eine positiver Liquiditätsüberschuss in Höhe von Euro 108.645,51.

Die wirtschaftliche Lage kann daher insgesamt als gut bezeichnet werden. Die Gesellschaft war stets in der Lage ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr plangemäß ein nahezu ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt.

B. Bericht über die zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken des Unternehmens**1. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Das Geschäftsjahr 2012 ist im Wesentlichen durch den laufenden Spielbetrieb innerhalb des Stadions geprägt.

Im Februar wurde das EM Qualifikationsspiel der U21 Deutschland – Griechenland durchgeführt. Das Spiel fand enormes Interesse und war, aufgrund der Beschränkung der UEFA auf Sitzplätze, mit 6.200 Plätzen ausverkauft. Im Rahmen des Länderspieles wurde auch erstmals die Rasenheizung erfolgreich in Betrieb genommen.

Der HFC als Hauptnutzer, hat bisher eine äußerst erfolgreiche Saison gespielt, die mit dem Aufstieg in die 3. Liga und dem Pokalsieg abgeschlossen wurde. Der HFC ist im Stadion derzeit noch ungeschlagen. Die Durchführung des Pokal Endspieles fand dabei nicht wie geplant im Stadion statt, sondern aufgrund des Ausscheidens des 1. FC Magdeburg auf neutralem Platz.

Für die bisher durchweg positive Wahrnehmung des ERDGAS Sportpark in der Öffentlichkeit hat im Wesentlichen auch der sportliche Erfolg des Halleschen FC beigetragen. Bisher ist es gelungen, neben dem typischen HFC-Fan, auch Familien für einen Besuch zu begeistern.

2. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Das weitere Geschäftsjahr wird vor allem durch den Aufstieg des Halleschen FC in die 3. Liga und gewissen Anpassungen innerhalb des Stadions geprägt sein.

So ist geplant die Cateringanlagen anzupassen, um dem prognostizierten erhöhten Zuschauerandrang gerecht zu werden. Die Anpassungen bestehen im Wesentlichen aus baulichen Veränderungen und Erweiterungen der bestehenden Cateringanlagen.

Weiterhin ist mit einem erhöhten Abstimmungs- und Organisationsbedarf in der 3. Liga zu rechnen. Neben dem gesteigerten Zuschauerinteresse wachsen auch das mediale Interesse und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit insgesamt.

Die größte Aufgabe besteht somit darin, den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden und je nach Abhängigkeit vom sportlichen Erfolg des HFC, notwendige Anpassungen wirtschaftlich sinnvoll vorzunehmen und weiterhin den reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

C. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Darüber hinaus sind wesentliche Vorgänge nach dem Bilanzstichtag nicht zu verzeichnen.

Stiftung Hospital St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale)****a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen**

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	12.372

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Zweck der Stiftung ist, allen sozial-benachteiligten Einwohnern der Stadt Halle (Saale) Unterkunft, Verpflegung und kulturelle Betreuung zu gewähren.
- (2) Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch:
 - a) den Betrieb des Senioren-, Wohn- und Pflegeheimes Hospital St. Cyriaci et Antonii,
 - b) altersgerechte Wohnformen sowie die soziale und kulturelle Betreuung alter und pflegebedürftiger Menschen.
- (3) Die Erträge werden dem unter Ziff. (1) definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabeordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I, S. 613, 1977).
- (5) Aufnahmefähig in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung sind nach Maßgabe der vorhandenen Plätze Personen beiderlei Geschlechts ohne Unterschied des Standes und der Religion. Hierbei sind Einwohner der Stadt Halle bevorzugt zu berücksichtigen. Der Betrieb des Senioren-, Wohn und Pflegeheimes dient im Besonderen der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.
- (6) Die Rechtsstellung der durch die Stiftung Begünstigten wird durch den Stiftungsvorstand in einem Regulator festgelegt. Dies legt insbesondere die Grundsätze für die Aufnahme in das Senioren-, Wohn- und Pflegeheim der Stiftung und die Entlassung aus demselben fest.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in gesundheitlichen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

** Ein geprüfter Jahresabschluss 2012 lag bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes nicht vor. Die Daten beziehen sich auf den 31.12.2011.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung		Dr. Cremer, Manfred	
Stiftungsvorstand	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	stellv. Vorsitzender	Kogge, Tobias	
		Geier, Egbert	(seit 01.12.2012)
		Haupt, Hanna	
		MR Greuel, Mechthild	(bis 30.09.2012)
		Schmiedel, Peter	(seit 01.10.2012)
		Scholtyssek, Andreas	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2011		2010	
	T€	%	T€	%
Aktiva				
Anlagevermögen	31.314	94	27.654	86
Umlaufvermögen	2.120	6	4.502	14
Rechnungsabgrenzungsposten	31	0	13	0

Bilanzsumme	33.465	100	32.169	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

	2011		2010	
	T€	%	T€	%
Passiva				
Eigenkapital	18.690	56	18.869	59
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	3.663	11	3.809	12
Rückstellungen	96	0	123	0
Verbindlichkeiten	11.002	33	9.337	29
Rechnungsabgrenzungsposten	14	0	31	0

Bilanzsumme	33.465	100	32.169	100
--------------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2011	2010
	T€	T€
Erlöse aus Pflegeleistung	4.041	3.997
sonstige betriebliche Erträge	1.498	1.368
Materialaufwand	1.851	1.863
Personalaufwand	2.402	2.192
Abschreibungen	616	623
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	145	145
sonstige betriebliche Aufwendungen	604	537
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	74	99
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	23
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	484	404
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-166	15
sonstige Steuern	13	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-179	3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-179	3

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-4,43	0,06	%
Eigenkapitalrentabilität:	-0,95	0,01	%
Cash-Flow:	437	625	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	117	130	T€
Personalaufwandsquote:	43,37	40,85	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	87,26	78,55	%
Eigenkapitalquote:	55,85	58,66	%
Fremdkapitalquote:	44,15	41,34	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Altenpflegeplätze / betreutes Wohnen	198,00	198,00	Anzahl
Auslastung Betreutes Wohnen	92,90	92,90	%
Auslastung Pflegeplätze	96,60	97,70	%
Wohnungen	61,00	61,00	Anzahl

Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Glauchauer Straße 68 06110 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung
Stiftungsvermögen in T€:	344

Gegenstand des Unternehmens:

Satzung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung / § 2 Stiftungszweck

1. Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle
2. Der Stiftungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - a) Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz
 - b) Verwaltung des Grundbesitzes
3. Die Erträge werden dem unter Ziff. 1 definierten Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.
4. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff AO.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck der Stiftung ergibt aus deren Zielen und ist in erster Linie im sozialen Bestreben und dort im Bereich der Krankenpflege zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung		Dr. Cremer, Manfred	
Stiftungsvorstand	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
	stellv. Vorsitzender	Geier, Egbert	
		Kogge, Tobias	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
Aktiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	344	68	344	66	344	68	0	0
Umlaufvermögen	165	32	174	34	159	32	-9	-5
Bilanzsumme	509	100	518	100	503	100	-9	-2
Passiva	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	509	100	518	100	503	100	-9	-2
Bilanzsumme	509	100	518	100	503	100	-9	-2

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	12	14	10
sonstige betriebliche Aufwendungen	5	6	5
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	6	7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11	14	12
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	11	14	12
Veränderungen der Kapitalrücklage und der Gewinnrücklagen	5	6	6
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	6	8	6

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	2,18	2,82	2,47	%
Cash-Flow:	11	14	12	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:				T€
Personalaufwandsquote:				%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	67,62	66,39	68,29	%
Eigenkapitalquote:	100,00	100,00	100,00	%
Fremdkapitalquote:	0,00	0,00	0,00	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Ackerfläche	468.950,50	468.950,50	468.950,50	m ²
Gartenfläche	7.393,00	7.393,00	7.393,00	m ²

e) Lagebericht

Stiftungszweck ist die Unterstützung sozial benachteiligter blinder und sehschwacher Einwohner der Stadt Halle (Saale).

Der Stiftungszweck wird verwirklicht, insbesondere durch

- Vermietung und Verpachtung von Grundbesitz;
- Verwaltung des Grundbesitzes.

Die Erträge werden dem o. g. Zweck zugeführt. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Stiftungsmitteln besteht nicht.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung 1977.

Das Stiftungsvermögen zeigt sich zum Vorjahr unverändert. Ebenfalls unverändert ist daher der Bestand an Ackerflächen (468.950,5 m²) und Gartenflächen (7.393 m²).

Von dem in 2012 erwirtschafteten Überschuss aus der Vermögensverwaltung wurden 5.024,73 EUR der Rücklage nach § 58 Nr. 7a AO zugeführt.

Im Jahr 2012 wurden Ausgaben im satzungsmäßigen Sinne für das Projekt „Errichtung eines Fühlbrunnens“ (7.756,50 EUR) und für das Projekt „Interaktive Dauerausstellung“ (12.571,52 EUR) getätigt.

Das Jahresergebnis 2012 in Höhe von 5.932,85 EUR soll zusammen mit dem Ergebnisvortrag bis 2011 (1.484,40 EUR) für die Weiterführung des Projektes „Errichtung eines Fühlbrunnens“ bei der Stiftung St. Cyriaci et Antonii zu Halle (Saale) verwendet werden.

3.7 KULTUR

Stiftung Händel-Haus

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz
Anschrift:	Große Nicolaistraße 5 06108 Halle (Saale)
Rechtsform:	Stiftung des Privatrechts
Stiftungsvermögen in T€:	6.481

Gegenstand des Unternehmens:

Die Stiftung verfolgt die folgenden Aufgaben:

Erforschung und Vermittlung von Leben, Werk und Rezeption Georg Friedrich Händels im Kontext der regionalen und der europäischen Musikgeschichte sowie Verbreitung seines Gesamtwerkes. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Trägerschaft und Unterhaltung des Händel-Museums in Halle (Saale) mit seinen wissenschaftlichen Sammlungen sowie der Musikinstrumentensammlung mit Restaurierungswerkstatt,
- Durchführung der Händel-Festspiele, sonstiger Konzerte, Vorträge und pädagogischer Angebote sowie
- Durchführung von und Mitwirkung bei Forschungsvorhaben.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Stiftungszweck und ist vorrangig in kulturellen Aspekten der Bevölkerung zu sehen.

b) Besetzung der Organe

Direktorium Birnbaum, Clemens

Fachbeirat	Vorsitzender	Prof. Dr. Hirschmann, Wolfgang
	stellv. Vorsitzender	Bischoff, Detleff
	Ehrenmitglied	Bartoli, Cecilia
		Kaiser, Angela
		Köhler, Axel
		Prof. Dr. Fontana, Eszter
	Prof. Dr. Ruf, Wolfgang	

Fachbeirat

Prof. Schirmer, Ragna
 Quäschning, Bettina
 Voß, Stefan

Kuratorium

Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
stellv. Vorsitzender	Dorgerloh, Stephan	(seit 01.12.2012 amtierender Vorsitzender)
	Dr. Bergner, Annegret	
	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
	Froboese, Klaus	
	Hoberg, Uwe	
	Prof. Neven DuMont, Alfred	

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

Aktiva

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Ausstehende Einlagen	10.496	49	13.118	55	15.769	60	-2.622	-20
Anlagevermögen	8.667	40	8.663	36	8.781	33	4	0
Umlaufvermögen	2.377	11	2.076	9	1.806	7	301	14

Bilanzsumme

21.540	100	23.857	100	26.356	100	-2.317	-10
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

Passiva

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	20.873	97	23.405	98	25.910	98	-2.532	-11
Rückstellungen	363	2	373	2	427	2	-10	-3
Verbindlichkeiten	54	0	53	0	13	0	1	2
Rechnungsabgrenzungsposten	250	1	26	0	6	0	224	862

Bilanzsumme

21.540	100	23.857	100	26.356	100	-2.317	-10
---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	89	61	63
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1		4
sonstige betriebliche Erträge	3.869	3.873	3.816
Materialaufwand	19	0	22
Personalaufwand	1.210	1.235	1.092
Abschreibungen	186	192	214
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.514	2.361	1.844
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15		6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45	146	717
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	45	146	717
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	45	146	717

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	50,61	240,62	1.142,14	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,22	0,63	2,85	%
Cash-Flow:	231	337	931	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	165	164	162	T€
Personalaufwandsquote:	30,56	31,40	28,13	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	40,16	36,30	33,30	%
Eigenkapitalquote:	96,91	98,10	98,31	%
Fremdkapitalquote:	3,09	1,90	1,69	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

Theater, Oper und Orchester GmbH Halle

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

	juristischer/postalischer Sitz		
Anschrift:	Universitätsring 24 06108 Halle (Saale)		
Rechtsform:	GmbH		
Stammkapital in T€:	25		
Gesellschafter:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	<hr/> 25	<hr/> 100,00

Gegenstand des Unternehmens:

- (1) Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester. Der Theaterbetrieb dient der Förderung von Kunst und Kultur in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich diesen satzungsmäßigen Zweck. Sie verwirklicht diesen Zweck selbst und unmittelbar.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige oder ähnliche Unternehmen und Einrichtungen zu errichten oder bestehende zu erwerben, zu übernehmen oder sich an diesen zu beteiligen, soweit dies im Einklang mit dem Gesellschaftszweck steht.
- (3) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die genannten Zwecke der Gesellschaft verwandt werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

Öffentlicher Zweck:

Der wesentliche Zweck des Unternehmens umfasst kulturelle Aufgaben und ist damit öffentlicher Natur.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung		Stiska, Rolf	
Aufsichtsrat	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	stellv. Vorsitzender	Range, Stefan	
		Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
		Dr. Wöllenweber, Hans-Dieter	
		Dr. Wünscher, Ulrike	
		Ewert, Gertrud	
		Heinemann, Jens	
		Schramm, Rudenz	

Aufsichtsrat

Stromberg, Kay

Wolff, Sabine

	31.07.2012	31.07.2011	31.07.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	2	4	3

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	29.972	91	29.941	95	28.628	92	31	0
Umlaufvermögen	2.875	8	1.214	4	2.041	7	1.661	137
Rechnungsabgrenzungsposten	189	1	253	1	252	1	-64	-25

Bilanzsumme	33.036	100	31.408	100	30.921	100	1.628	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	28.186	85	28.147	90	28.127	91	39	0
Sonderposten aus Zuschüssen und des Zuwendungen zur Finanzierung Sachanlagevermögens	2.109	6	1.242	4			867	70
Rückstellungen	1.508	5	770	2	1.547	5	738	96
Verbindlichkeiten	931	3	1.035	3	1.030	3	-104	-10
Rechnungsabgrenzungsposten	302	1	214	1	217	1	88	41

Bilanzsumme	33.036	100	31.408	100	30.921	100	1.628	5
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	--------------	----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	3.069	37.299	37.466
Zuschüsse Gesellschafter ¹⁾	33.225		
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			6
sonstige betriebliche Erträge	881	339	327
Materialaufwand	4.072	3.762	3.474
Personalaufwand	28.555	29.314	29.687
Abschreibungen	1.641	1.574	1.632
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.847	2.969	3.115
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	9	12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	80	28	-97
außerordentliche Erträge		4	
außerordentliches Ergebnis		4	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	32		
sonstige Steuern	9	12	10
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	39	20	-107
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	39	20	-107

¹⁾ In den Jahren 2010 und 2011 wurden die Zuschüsse unter den Umsatzerlösen ausgewiesen, im Jahr 2012 in einer gesonderten Position.

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität ²⁾ :	1,27	0,05	-0,29	%
Eigenkapitalrentabilität:	0,14	0,07	-0,38	%
Cash-Flow:	1.680	1.594	1.525	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	8	70	66	T€
Personalaufwandsquote:	722,86	77,88	78,54	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.7.2012	31.7.2011	31.7.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	90,55	95,22	92,48	%
Eigenkapitalquote:	85,32	89,62	90,96	%
Fremdkapitalquote:	14,68	10,38	9,04	%

ee) Leistungsdaten

	31.7.2012	31.7.2011	31.7.2010	Angaben in
Besucher	278.622,00	239.507,00	245.621,00	Anzahl
Vorstellungen, Veranstaltungen	1.974,00	1.355,00	1.620,00	Anzahl

e) Lagebericht

1. Gründung und Entwicklung

Am 25. Juni 2008 beschloss der Stadtrat die Gründung eines Mehrspartenhauses in der Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH mit einem Stammkapital von 25.000 € unter der Firma „Theater, Oper und Orchester GmbH Halle“, in die der Regiebetrieb Verbund Oper/Staatskapelle sowie die Eigenbetriebe Kulturinsel und Thalia Theater überführt werden sollten. Gegenstand der Gesellschaft sollte der Betrieb eines Mehrspartentheaters einschließlich Orchester sein.

Die Überführung der städtischen Bühnen in die Gesellschaft erfolgte zum 01. Januar 2009 auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 26. November 2008.

Mit der notariellen Beurkundung des Ausgliederungsvertrages am 10. August 2009 sowie der fristgerechten Eintragung der Ausgliederung in das Handelsregister des Amtsgerichts Stendal am 03. September 2009 erfolgte die Übertragung des unbeweglichen sowie des beweglichen Vermögens der Einrichtungen von der Stadt Halle auf die GmbH.

Damit wurde der Gründungsprozess erfolgreich abgeschlossen.

Die Gründung der GmbH war mit der entscheidenden Zielstellung verbunden, die kulturellen und künstlerischen Leistungen und Angebote der Bühnen von Halle auf hohem Niveau fortzuführen und die Finanzierbarkeit durch Senkung der Aufwendungen zu sichern.

Diesem Gründungsauftrag ist die GmbH sowohl in künstlerischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht vollauf gerecht geworden.

Alle 5 Sparten der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle präsentieren sich derzeit auf einem hohen Leistungsstand. Unter neuer künstlerischer Leitung gelang dem Schauspiel Halle eine furiose Auftaktspielzeit. Dies fand ebenso wie die überzeugende Qualität, mit der die Staatskapelle und die Oper Halle die bisher herausgebrachten 3 Werke der Ring Tetralogie im Gemeinschaftsprojekt Halle-Ludwigshafen meisterten, ein hohes Maß an Aufmerksamkeit weit über die Stadtgrenzen hinaus. Für regionale und überregionale Wirksamkeit und Anerkennung stehen auch Inszenierungen und Projekte des Thalia Theaters, vor allem aber des Puppentheaters Halle, das sich zu einem national wie international immer begehrteren Kooperations- und Gastspielpartner entwickelt hat.

Die GmbH Bildung in Halle hat im Zeitraum 2009 bis 2012 eine Senkung der Zuschüsse von 37,7 Mio. € auf 32,6 Mio. € erbracht. Außerdem sind in diesem Zeitraum von der GmbH etwa 3 Mio. € Mehrkosten aus Tarifierhöhungen aufgefangen worden. Insgesamt wurden damit Einsparungen erreicht, die nunmehr über 8 Mio. € jährlich betragen.

Zu Anfang des Jahres 2009 mit 618 Vollzeitstellen gestartet, werden im Geschäftsjahr 2012/2013 von der GmbH nur noch 487 finanziert. Seit Anfang 2009 ist damit der Finanzbedarf um 132 Stellen verringert worden – im Vergleich zum Beginn der 90er Jahre sank die Stellenzahl um über 250 Personen. 35 % des Ausgangsvolumens sind damit eingespart worden. Der Personalabbau traf im künstlerischen Bereich vor allem den Orchesterbereich. Bereits vor der GmbH Gründung war mit der Fusion des Operorchesters und des Philharmonischen Staatsorchesters Halle die Zahl der Musiker von 200 und auf 152 verringert worden. Durch Haustarifvertrag ab März 2009 erfolgte in der Finanzierung und im Arbeitsvermögen eine weitere Senkung um 31 auf 121 Vollzeitstellen. Damit hat sich das Arbeitsvolumen im Orchesterbereich in den letzten 5 - 6 Jahren um 40 % reduziert

In Technik, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und in der Theaterpädagogik wurde nach der GmbH-Bildung der beabsichtigte Zentralisierungsprozess erfolgreich realisiert. Die hierbei vorgesehenen Spareffekte sind durch Abbau von 75 Personen erreicht worden.

Bereits im Geschäftsjahr 2009/2010 hat sich die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle durch die im Frühjahr 2010 erfolgten Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst vor neue wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Tarifierhöhungen waren bei der mittelfristigen Planung der Personalaufwendungen und der Zuschüsse der GmbH gemäß Beschluss des Stadtrates vom 26. November 2008 nicht berücksichtigt worden. Der Umgang mit diesem Problem stellte eine zentrale Frage für das Geschäftsjahr 2010/2011 und die Folgejahre dar. Da eine Zuschusserhöhung sowohl seitens des Landes als auch der Stadt ausgeschlossen wurde, strebte die GmbH zur Abdeckung der tariflichen Mehraufwendungen den Abschluss von Haustarifverträgen an.

Mit Wirkung vom 01. April 2011 sind Haustarifverträge für die auf NV-Bühne beschäftigten Mitglieder sowie die Beschäftigten nach TVöD der GmbH wirksam geworden. Die Haustarifverträge beinhalten eine Absenkung der Vergütung und des Arbeitsvolumens um bis zu 10 % und schließen betriebsbedingte Kündigungen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2014/2015, Ausgliederungen und Spartenschließungen bis zum Ende des Geschäftsjahres 2013/2014 aus. Die seit 01. April 2011 geltenden Haustarifverträge bewirken pro Jahr Einsparungen an Personalaufwendungen, die 50 Vollbeschäftigten entsprechen. Im gleichen Umfang verringert sich durch den Freizeitausgleich die quantitative Leistungskraft der Gesellschaft.

Angesichts der durch den Personalabbau und die Haustarifverträge bewirkten Verringerung des Arbeitszeitfonds ist die besonders im Geschäftsjahr 2011/2012 erreichte Besucherzahl von 278.622 Personen außerordentlich positiv zu beurteilen. Damit wurde eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren erreicht. Zugleich liegt der Wert von 1,2 Besuchern je 1.000 Einwohner deutlich über dem Durchschnitt vergleichbarer Theaterstandorte.

2. Leistungsentwicklung

Die Ausgangslage der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle war für das Geschäftsjahr 2011/2012 grundsätzlich dadurch geprägt, dass das Arbeitsvermögen infolge der Haustarifverträge gegenüber den Vorjahren um 10 % verringert wurde.

Dennoch sah der Wirtschaftsplan weiterhin ein sehr umfassendes Leistungsangebot vor, das keine Schmälerungen erkennen ließ. Im Vergleich zum Vorjahr war sogar ein deutlicher Anstieg der Zahl der geplanten Neuinszenierungen mit 48 gegenüber 31 im Geschäftsjahr 2010/2011 vorgesehen. Dies war weitestgehend auf den Wechsel der künstlerischen Leitung des neuen theaters zurückzuführen, die mit einer vollständigen Erneuerung des Spielplanes einhergehen musste. Außerdem plante die Oper zusätzlich zur Inszenierungsarbeit im Hause eine nahezu vollständige Repertoire-Erneuerung für die Bespielung von Bad Lauchstädt. Zugleich sah der Plan für die Besucherzahlen im Vergleich zum Jahr 2010/2011 eine leichte Steigerung vor. Grundlage dafür bildete eine zunehmende Stabilisierung der Besucherlage in allen Sparten auf Basis wachsender Publikumsfreundlichkeit der Angebote. Berücksichtigt war auch, dass die im zweijährigen Rhythmus stattfindende Kinderstadt im Geschäftsjahr 2011/2012 wieder mit etwa 8.000 Besuchern wirksam werden sollte.

Die geplanten Leistungsziele sind hinsichtlich der Inszenierungsarbeit, der Spielplan- und Konzertangebote in vollem Maße realisiert worden. Die Besucherzahlen erreichten einen Zuwachs, der weit über den Erwartungen und den Ergebnissen der Vorjahre liegt.

Wie vorgesehen, sind im Geschäftsjahr 2011/2012 insgesamt 48 Neuinszenierungen erarbeitet und dem Publikum präsentiert worden. Dies erbrachte zusammen mit den Konzerten und den Spielplanübernahmen ein opulentes Angebot, das denn auch ein hohes Maß an Interesse hervorrief.

Gleichwohl besteht bei Aufsichtsrat und Geschäftsführung die übereinstimmende Auffassung, dass insbesondere die hohe Zahl von Neuproduktionen angesichts der Kosten, vor allem aber im Hinblick auf das Arbeitsvermögen die Ausnahme bleiben muss, die der besonderen Situation geschuldet war.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle erreichte im Geschäftsjahr 2011/2012 eine Zahl von 278.622 Besuchern. Dies ist der höchste Wert seit der Fusionierung des Philharmonischen Staatsorchesters und des Opernorchesters zur Staatskapelle Halle im Jahre 2006, mit der sich das Leistungsvermögen im Orchesterbereich deutlich verringert hatte.

Die im Geschäftsjahr 2011/2012 erreichte Besucherzahl ordnet sich im Jahresvergleich wie folgt ein.

Besucher-Ist GmbH/ übernommene Einrichtungen	2005/2006	2006/2007	2007/2008	2008/2009	2009/2010	2010/2011	2011/2012
	290.228	228.480	248.761	253.744	245.621	239.507	278.622

Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr beträgt 39.115 Besucher. Das entspricht einer Steigerung um 16,3 %.

Im Einzelnen stellt sich die Leistungsbilanz von Vorstellungen und Besuchern der GmbH in den Sparten wie folgt dar.

Vorstellungen und Besucher:

	Plan 2011/2012		Ist 2011/2012		Ist-Vorjahr
	Vorstellungen	Besucher	Vorstellungen	Besucher	Besucher
Opernhaus	250	80.410	497	94.798	86.129
davon Großes Haus	165	63.525	144	59.283	51.018
sonstige Spielstätten	58	4.060	109	9.401	10.136
Gastspiele/Vermietungen i. Haus			22	7.580	7.269
Gastspiele außer Haus	27	12.825	26	12.931	12.379
theaterpäd. und th.-nahe Verant.			196	5.603	5.327
neues theater	328	48.100	552	55.240	49.773
davon Großer Saal	130	23.600	124	21.131	18.136
Kammertheater	94	8.000	91	6.057	8.540
Schaufenster	47	3.500	53	2.530	3.922
Hoftheater	49	8.500	56	12.875	7.373
sonst. Spielstätten			56	4.232	272
Gastspiele/Vermietungen i. Haus			56	5.291	5.931
Gastspiele außer Haus	8	4.500	6	731	1.734
theaterpäd. und th.-nahe Verant.			110	2.393	3.865
Puppentheater	200	21.000	263	19.865	22.544
davon eigene Vorstell. i. Haus	170	14.500	144	10.894	9.555
Gastspiele/Vermietungen i. Haus			26	2.371	1.850
Gastspiele außer Haus	30	6.500	30	5.069	10.196
sonstige Spielstätten			21	844	
theaterpäd. und th.-nahe Verant.			42	687	943
Thalia Theater	410	36.800	393	42.764	25.942
davon Großer Saal	120	18.000	86	13.790	9.493
Puschkinsaal	120	4.800	95	4.317	3.816
sonstige Spielstätten	120	12.500	152	21.096	7.691
Gastspiele/Vermietungen i. Haus			12	2.399	1.588
Gastspiele außer Haus	50	1.500	2	154	132
theaterpäd. und th.-nahe Verant.			46	1.008	3.222
Staatskapelle	120	62.500	197	62.581	54.147
davon Konzerte in Halle	85	44.500	87	42.367	41.628
Gastspiele	35	18.000	34	15.474	10.507
Vermietungen			1	20	
sonstige Spielstätten			6	1.695	
theaterpäd. und th.-nahe Verant.			69	3.025	2.012
Spartenübergreifende Veranstaltungen			72	3374	972
Gesamt	1.308	248.810	1.974	278.622	239.507

Die Oper Halle erhöhte ihre Besucherzahlen seit Gründung der GmbH von Jahr zu Jahr. Nachdem in der Spielzeit 2008/2009 70.117 Besucher abgerechnet worden waren, beträgt diese Zahl nunmehr 94.798. Das entspricht einer Steigerung um 35,2 % in 3 Jahren. Grundlage dieser beeindruckenden Entwicklung bildet das Spielplanangebot, das in den letzten Jahren zunehmend vielfältiger und publikumswirksamer geworden ist. Im Verlaufe der Spielzeit 2011/2012 erarbeitete die Oper 12 Inszenierungen, deren Premieren entsprechend dem Spielplan termingerecht stattfanden. Dabei handelte es sich um 2 Ballettproduktionen und um 10 Inszenierungen des Musiktheaters von denen 3 im Goethe-Theater Bad Lauchstädt und 7 im Opernhaus zur Aufführung kamen. Künstlerische Schwerpunkte, die wesentlich zur überregionalen Ausstrahlung und Reputation der Oper Halle beitrugen, bildeten vor allem die Fortsetzung der Koproduktion von Richard Wagners „Ring des Nibelungen“ mit den Werken „Walküre“ und „Siegfried“ sowie die Inszenierung von Händels „Alcina“ zu den Händelfestspielen 2012. Die Inszenierung der Musicals „My fair Lady“ und „13“ sowie der Operette „Die Fledermaus“ zielen auf ein breites Publikum. Außer den Neuinszenierungen wurden im Verlaufe der Spielzeit 14 Inszenierungen aus den Vorjahren wieder in den Spielplan der Oper aufgenommen. Hinzu kamen 2 Inszenierungen für die Bespielung von Bad Lauchstädt. Zusätzlich stand dem Publikum ein Angebot von 8 Inszenierungen in den kleinen Spielstätten des Opernhauses zur Verfügung. Im Ergebnis der Spielzeit 2011/2012 sind für die Oper 497 Vorstellungen und Veranstaltungen abzurechnen. Davon entfallen 144 Vorstellungen auf eigene Aufführungen des Musiktheaters und des Balletts im großen Saal des Opernhauses, 26 auf Gastspiele der Oper in Bad Lauchstädt (19), Ludwigshafen (2), Friedrichshafen (3), Berlin (1) und Ettelbruck (1), 105 auf den kleinen Spielstätten Kammerbühne, Foyer und Café, 4 auf die Moritzburg, 22 auf Fremdgastspiele und Vermietungen und 196 auf theaterpädagogische und sonstige Veranstaltungen. Die Vorstellungen in Verantwortung der Sparte Oper erreichten 2011/2012 eine durchschnittliche Auslastung von 72,3 %. An der Spitze der Auslastung standen im Ballett die Aufführungen „Nussknacker“ (10 Vorstellungen mit 92,4 %) und „Die Schneekönigin“ (9 Vorstellungen mit 91,8 %) und in der Oper „Alcina“ (3 Vorstellungen mit 99,7 %) und „Siegfried“ (2 Vorstellungen mit 99,9 %).

Die Staatskapelle Halle konnte in der Anzahl der Konzerte und in den Besucherzahlen nach einem schwächeren Jahr 2010/2011 wieder an die Leistungen der Vorjahre anknüpfen. Schwerpunkt der Arbeit bildeten die Konzerte in Halle. Hier wurden in 87 Konzerten 42.367 Besucher erreicht. Den entscheidenden Kulminationspunkt der Arbeit stellten dabei sowohl in künstlerischer wie wirtschaftlicher Hinsicht wiederum die Konzerte in der Händelhalle dar. Außerdem spielte die Staatskapelle an 13 anderen Auftrittsorten in der Stadt Halle. Mit insgesamt 18.023 Besuchern ist in den Sinfoniekonzerten im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg festzustellen. Die Durchschnittsauslastung dieser Konzerte lag bei 84,6 %, die Durchschnittsauslastung aller Konzerte in Halle bei 84,9 %.

Außerhalb der Stadt Halle gab die Staatskapelle 21 Konzerte in Sachsen-Anhalt, 11 in den anderen Städten Deutschlands und 1 im Ausland. Diese Gastspiele fanden 15.474 Besucher. Diese Zahl liegt deutlich über dem Vorjahreswert von 10.507 Besuchern, aber immer noch unter den in den Jahren zuvor erreichten Werten, so dass hier bei entsprechendem Management noch Steigerungspotential gesehen werden kann.

Das neue theater hatte sich unter neuer künstlerischer Leitung ein außerordentlich umfangreiches Produktionsprogramm zum Ziel gesetzt. Damit sollte der notwendige Neuaufbau eines Spielplanrepertoires unter Beachtung der erforderlichen Wirkungsfaktoren hinsichtlich von künstlerischem Anspruch, Ausstrahlung und Publikumsgewinnung erreicht werden. Dies ist allseits gelungen. Unter bewundernswertem Einsatz des gesamten Ensembles und aller beteiligten Mitarbeiter sind 2011/2012 18 Neuinszenierungen vom neuen theater zur Aufführung gebracht worden. Dieser Auftakt hat sowohl in Halle als auch weit darüber hinaus große Aufmerksamkeit und in der Bewertung vieler Inszenierungen hohe Anerkennung gefunden. Neue Angebote, wie „Titanic“ auf einem Saaleschiff oder die Theater-Theken-Nacht, verließen die traditionellen Spielstätten, bereicherten das Angebot und gingen auf ein breiteres Publikum zu. Insgesamt gelang es damit, eine Zahl von 55.240 Besuchern durch das neue theater zu erreichen. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um etwa 11 %.

Das Puppentheater übt weiterhin den Spagat zwischen internationaler Wirksamkeit und der Verpflichtung gegenüber dem heimischen Publikum. Für die internationale Zusammenarbeit standen 2011/2012 Weiterführung und Abschluss des mehrjährigen Projektes „Wanderlust“ mit den Premieren und Aufführungen der Inszenierung „Meine Kältekammer“ in Halle und Paris, sowie wiederum eine große Zahl höchst erfolgreicher Gastspiele. Einen weiteren künstlerischen Höhepunkt setzte das Puppentheater mit der Aufführung „Konzert für eine taube Seele“, in dem das Ensemble gemeinsam mit der Pianistin Ragna Schirmer agierte und eine Nachfrage des Publikums auslöste, die in keiner Weise befriedigt werden konnte. Die intensive Gastspieltätigkeit beeinträchtigt die Besucherzahlen leider eher negativ, führt jedoch zu einer positiven Erlösentwicklung. So ist der Rückgang der Besucherzahlen gegenüber dem Vorjahr zu erklären.

Für das Thalia Theater war in der Spielzeit 2010/2011 ein Tiefpunkt in den Besucherzahlen zu verzeichnen gewesen. In Erkenntnis der unbefriedigten Situation entstand für 2011/2012 ein Spielplan, der zumindest partiell bekannte Werke und Titel offerierte. Dies führte mit Inszenierungen „Geschichten aus der Murkelei“, „Die feuerrote Blume“ und „Bei der Feuerwehr wird der Kaffee kalt“ zu einer entscheidenden Belebung des Publikumsinteresses für die Aufführungen in der Spielstätte. Daneben wurde im Sommer 2012 wiederum die Veranstaltung „Kinderstadt“ durchgeführt, die nur jedes 2. Jahr stattfindet. Beide Faktoren bewirkten eine Steigerung der Besucherzahlen von 25.492 in der Saison 2010/2011 auf 42.764 in der Spielzeit 2011/2012. Davon entfallen 10.596 Besucher auf die Kinderstadt.

3. Ertragslage und personelle Entwicklung

Für das Geschäftsjahr vom 01. August 2011 bis 31. Juli 2012 sieht der Wirtschaftsplan der GmbH Umsatzerlöse in Höhe von 2.650 T€ vor. Im Ergebnis des Geschäftsjahres sind Umsatzerlöse von 3.069 T€ erwirtschaftet worden. Im Vergleich zum vergangenen Geschäftsjahr 2010/2011 wurde eine Steigerung der Umsatzerlöse um 80 T€, kontobereinigt um 246 T€ erreicht.

Detailliert betrachtet stellt sich die Entwicklung der Umsatzerlöse wie folgt dar:

	2010/2011 in €	2011/2012 in €
Einnahmen Kartenverkauf	1.825.116	2.095.306
Einnahmen aus Vermietungen	106.725	89.272
Erlöse aus Gastspielen	782.141	789.393
Summe Erlöse aus dem Theaterbetrieb	2.713.982	2.973.971
Ticket- und Vorverkaufsgebühren	13.273	15.376
Programm- und Plakatverkauf	42.431	43.739
sonst. Theatereinnahmen	54.345	36.186
Zuschüsse / Fördergelder	165.735 *	
Sonstige Umsatzerlöse gesamt (* 2011/2012 Plan/Ist als sonst. betr. Erlöse)	275.784	95.301
Umsatzerlöse gesamt	2.989.766	3.069.272

Diese Erlöse aus dem Theaterbetrieb lassen sich wie folgt den Sparten der GmbH zuordnen:

	Plan 2011/2012	Ist 2011/2012	zum Vergleich 2010/2011
Oper	1.250.000	1.442.318	1.450.760 *
Staatskapelle	615.327	640.445	519.377
neues theater	396.125	549.517	450.865
Puppentheater	185.000	200.727	187.103
Thalia Theater	148.800	140.964	105.877
gesamt	2.595.252	2.973.971	2.713.982

* einschließlich Erstattung Händelfestspiele 2011/2012 in sonst. Erträge

Insgesamt erhöhten sich die Erlöse aus dem Kartenverkauf gegenüber dem Vorjahr um 260 T€, kontobereinigt um 350 T€. Im Vergleich zum Plan für 2011/2012 liegen Mehrerlöse von 379 T€ vor.

Die Erlössteigerungen gegenüber dem Vorjahr betreffen alle Sparten. Sie sind sowohl durch den Zuwachs in den Besucherzahlen als auch durch Anhebung der Eintrittspreise bewirkt worden.

Die durchschnittlichen Erlöse beliefen sich im Großen Saal der Oper 2011/2012 auf 16,14 € je Besucher. Im Vorjahr lagen sie bei 15,25 € je Besucher.

Die Staatskapelle erreichte in Übereinstimmung mit der Leistungsentwicklung eine Erlössteigerung gegenüber dem Vorjahr um 121 T€.

Im neuen theater ist eine Erhöhung der Erlöse um 99 T€ zu registrieren. Neben der positiven Besucherentwicklung schlagen sich hier die hohen Einnahmen der „Titanic“-Vorstellungen wieder, denen allerdings auch hohe Kosten für Schiff und Gastronomie gegenüberstehen. Die Mehrerlöse des Puppentheaters sind auf die intensive Gastspieltätigkeit zurückzuführen.

Im Thalia Theater bewirkten die im Vergleich zum Vorjahr kräftig gestiegenen Besucherzahlen den Einnahmezuwachs um 33 % gegenüber 2010/2011.

Neben den Erlösen aus eigenen Umsätzen waren für das Geschäftsjahr 2011/2012 sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 650 T€ geplant. Davon entfielen 275 T€ auf Zuschüsse und Fördergelder für Projekte, 269 T€ auf Zuschüsse und Sponsoring für den laufenden Spielbetrieb sowie 106 T€ auf sonstige Erträge. Im Ergebnis des Geschäftsjahres steht ein Ist von 880.960 €. Diese Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	in €
Zuschüsse und Fördergelder für Projekte	315.006
Produktionszuschüsse/Erstattung Händelfestspiele und Goethe-Theater Bad Lauchstädt	154.800
Sponsoring	165.052
Miete	88.829
Sonstige (Anzeigen, Gastronomie)	38.913
Skonto	10.144
periodenfremde Erträge/Auflösung von Sonderposten	108.216

Außerdem wurden Zinsen in Höhe von 20.091 € erzielt.

Für das Geschäftsjahr 2011/2012 stand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ein Zuschuss in Höhe von 33.255 T€ zur Verfügung. Dieser Zuschuss ist planmäßig in Anspruch genommen worden. Die Ertragsentwicklung stellt sich im Plan-Ist-Vergleich somit wie folgt dar:

	Plan / €	Ist / €
Umsatzerlöse	2.650.000	3.069.272
sonstige betriebliche Erträge	650.000	880.960
Zwischensumme	3.300.000	3.950.232
Zuschuss	33.225.000	33.225.000
Zwischensumme	36.525.000	37.175.232
Zinsen	20.000	20.091
Summe Erträge	36.545.000	37.195.323

Die GmbH erwirtschaftete somit Mehreinnahmen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 650 T€.

Die Aufwendungen stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

	Wirtschaftsplan / €	Ist / €
Materialaufwand	4.050.000	4.072.040
davon bezogenes Material	794.000	896.267
davon bezogene Leistungen	3.256.000	3.175.773
Personalkosten	28.050.000	28.554.609
Abschreibungen	1.650.000	1.641.293
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.784.000	2.847.318
Zwischensumme	36.534.000	37.115.260
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	32.265
sonstige Steuern	11.000	8.836
Gesamtaufwendungen	36.545.000	37.156.361

Der Plan-Ist-Vergleich zeigt in der Gesamtsumme Mehraufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplan in Höhe von 611.361 €. Die Mehrkosten sind in vollem Umfang durch die Mehrerlöse gedeckt. Die Mehraufwendungen zeigen sich im Plan-Ist-Vergleich vor allem bei den Personalaufwendungen. In anderen Ausgabepositionen ist im Unterschied zu den Vorjahren eine starke Annäherung von Plan- und Ist-Werten festzustellen.

Im Einzelnen stellt sich die Kostenentwicklung wie folgt dar:

Materialaufwendungen in T€	Ist 31.07.2011	Plan 2011/2012	Ist 31.07.2012
Neuinszenierungen	747	602	597
laufende Inszenierungskosten	169	148	157
Werkstätten	22	30	46
Ballettschuhe	12	14	16
Zwischensumme	950	794	816
zzgl. Projekte	85	-	81
bezogenes Material gesamt	1.035	794	897
Fremdleistungen Inszenierungen	1	-	28
Instrumentenreparatur	149	102	158
Honorare inkl. Reisekosten und Übernachtung	1.667	2.190	1.882
Urhebergebühren	283	217	286
Notenleihgebühren	92	63	68
Miete Spielstätten	137	140	144
Feuerwache	71	62	77
Gastspiele	191	230	237
Zwischensumme	2.591	3.004	2.880
zzgl. Projekte	136	252	295
bezogene Leistungen gesamt	2.727	3.256	3.175
Materialkosten gesamt	3.762	4.050	4.072

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Materialaufwendungen für Neuinszenierungen trotz erhöhter Zahl der Neuproduktionen gesunken.

Die Honoraraufwendungen lassen weder zum Vorjahr noch zum Plan einen aussagefähigen Vergleich zu, da die Honorare zwar vollständig in dieser Position geplant wurden, aber im Ist – soweit es sich um Kosten für abhängig beschäftigte Gäste handelt – in den Personalkosten verbucht werden. In der Summe sind die Honorarkosten gegenüber dem Vorjahr im Zusammenhang mit der Koproduktion „Ring der Nibelungen“ gestiegen. Dieser Anstieg ist durch Mehrerlöse gedeckt.

Die Projektarbeit und die Gastspieltätigkeit nahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu und entwickelten sich auch stärker als bei der Planung erkennbar. Auch hier stehen den höheren Aufwendungen Mehreinnahmen gegenüber.

Bei der Planung der Personalaufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 ist von einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 493 Vollbeschäftigten und 6 Auszubildenden ausgegangen worden. Diese Zahl berücksichtigt die Haustarifverträge für die Beschäftigten der GmbH. Ausgehend hiervon hatte die Hochrechnung der Personalaufwendungen auf der Basis des mit dem Haustarifvertrag geltenden Vergütungsniveaus eine Plansumme für 2011/2012 in Höhe von 28.050 T€ ergeben. Dieser Betrag berücksichtigte neue Tarifsteigerungen ab 2012 in Höhe von 2 %. Im Ergebnis des Geschäftsjahres 2011/2012 werden Personalaufwendungen in Höhe von 28.555 T€ ausgewiesen. In dieser Summe sind Honoraraufwendungen von 691 T€ für abhängig beschäftigte Gäste enthalten, die zum Teil nicht unter Personalkosten, sondern als bezogene Leistungen geplant werden. Zu einem anderen Teil handelt es sich um außerplanmäßige Gäste anstelle oder als Vertretung für ständig beschäftigtes Stellenplanpersonal. In den Personalkosten des Jahres 2011/2012 ist ein erheblicher Zuwachs an Personalarückstellungen gegenüber dem Vorjahr enthalten. Die Erhöhung der Personalarückstellungen ergibt sich zum einen infolge der Verschiebung der Spielzeit bis weit in den Juli, so dass sich die Theaterferien und damit die Urlaubsgewährung immer stärker in das folgende Geschäftsjahr erstrecken. Dadurch steigen die Urlaubsrückstellungen von 398 T€ im Vorjahr auf 872 T€ im Geschäftsjahr 2011/2012. Außerdem erhöhen sich die Rückstellungen für Nachzahlungen aus Tarifvereinbarungen von 201 T€ auf 421 T€. Es handelt sich hierbei um Tarifsteigerungen für Musiker, die wegen ausstehender Einigung zwischen den Tarifpartnern noch nicht zur Auszahlung kommen.

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2011/2012 sind 492 vollbeschäftigte Personen sowie 5 Auszubildende abzurechnen. Damit besteht weitgehende Übereinstimmung mit dem Plan. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Vollbeschäftigtenzahl um 42 Personen. Das wurde hauptsächlich durch die Haustarifverträge bewirkt, die am 01. April 2011 in Kraft getreten waren und mit ihrer verminderten Beschäftigungszeit erstmals für ein volles Geschäftsjahr wirksam geworden sind.

Bei nahezu vollständiger Ausschöpfung des geplanten Personalvolumens konnten dennoch erhebliche Einsparungen an Personalkosten erzielt werden, die vor allem auf eine große Zahl von Langzeitkranken zurückzuführen sind.

Die Personalkosten schlüsseln sich wie folgt auf die Sparten und Bereiche auf:

Ergebnis 2011/2012	Vollbeschäftigte im Jahres- durchschnitt	Personal- kosten T€	Personalkosten im Durchschnitt j. Besch. €	Altersdurch- schnitt Jahre
Geschäftsführung	1,85	145	78.378	54
Staatskapelle	131,75	9.710	73.700	47
darunter Musiker	121,60	9.089	74.745	47
Oper	93,05	4.805	51.639	42
neues theater	33,77	1.687	49.956	45
Puppentheater	8,90	496	55.730	43
Thalia Theater	20,22	831	41.098	40
Zentrale Bereiche	202,74	9.260	45.674	47
	492,28	26.934 *	56.596	45

* ohne Rückstellungen und Aushilfen

Obwohl die Rückstellungen für den Tarifbereich Musiker noch nicht in die obige Berechnung eingeflossen sind, liegen die durchschnittlichen Personalkosten für die Musiker weit über dem Durchschnitt der anderen Beschäftigten der GmbH. Die Personalaufwendungen je Musiker sind mit diesem Wert deutlich höher als in vergleichbaren Orchestern der Tarifgruppe A. Das ist auf die Überalterung des Orchesters, wodurch fast alle Musiker die Endstufe der Vergütung erhalten, sowie auf die überdurchschnittlich große Zahl von Tätigkeitszulagen zurückzuführen. Es sind das die Folgen der Orchesterfusion. Immer deutlicher und problematischer stellt sich mit längerer Laufzeit von Haustarifverträgen die Altersentwicklung der Beschäftigten dar. Auch dies zeigt sich gravierend im Orchester. Bei einem gegenwärtigen Altersdurchschnitt der Musiker von 47 Jahren sind 2012 90 % älter als 40 Jahre und 22 % älter als 53 Jahre. Im Jahre 2017, dem Auslaufen des Haustarifvertrages werden mit 3 Ausnahmen alle Musiker über 40 Jahre alt sein und 42 % das 53. Lebensjahr vollendet haben. Diese Entwicklung führt zunehmend zur Beeinträchtigung des Leistungsvermögens. Zugleich wird eine Verkleinerung des Orchesters sowohl unter künstlerischen wie wirtschaftlichen Gesichtspunkten immer unrealisierbarer.

Die Abschreibungen, geplant in Höhe von 1.650 T€, belaufen sich im Ergebnis des Geschäftsjahres auf 1.641 T€. Sie stiegen zum Vorjahreswert von 1.574 T€, vor allem durch die Aktivierung des Neubaus der Schlosserei/Schneiderei sowie der Ostfassade des Opernhauses.

Die sonstigen betrieblichen Aufwänden stellen sich im Plan-Ist-Vergleich wie folgt dar:

in T€	31.07.2011	2011/2012	31.07.2012
Werbung	308	300	329
Instandhaltung	313	251	286
Wartung Anlagen	233	132	163
Bewachung	157	161	158
Reinigung/Abfallentsorgung	361	353	335
Miete	67	23	28
Arbeitsschutz	16	15	15
Betriebskosten (Heizung, Wasser, Strom)	707	720	661
Fahrzeuge	66	71	80
Versicherungen	49	50	47
Beiträge	157	145	135
Verwaltung	417	432	436
sonstige Aufwendungen	61	83	57
Zwischensumme	2.912	2.736	2.730
zzgl. Projekte	19	48	19
Zwischensumme	2.931	2.784	2.749
Neutrale Aufwendungen	38		98
davon Periodenfremde Aufwendungen			22
Buchverluste aus Anlagenabgängen			71
sonstige			5
	38	-	98
Gesamt:	2.969	2.784	2.847
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	-	32
Sonstige Steuern	11	11	9

Der Vergleich zeigt ein hohes Maß an Plandisziplin sowie die Senkung der Kosten gegenüber dem Vorjahr. Vor allem in der Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen sowie bei der Bewirtschaftung sind die Aufwendungen verringert worden.

Der Wirtschaftsplan sah für das Geschäftsjahr 2011/2012 bei Gesamterträgen und Gesamtaufwendungen von 36.545 T€ ein ausgeglichenes Jahresergebnis vor.

Im Ergebnis des Geschäftsjahres ist bei Gesamterträgen von 37.195 T€ und Gesamtkosten von 37.156 T€ ein Gewinn in Höhe von 39 T€ erwirtschaftet worden.

Für das Geschäftsjahr 2011/2012 stand der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ein Zuschuss in Höhe von 33.225 T€ zur Verfügung. Dieser Zuschuss ist planmäßig in Anspruch genommen worden.

4. Investitionen

Ort/Sparte	Maßnahme	Plan / €	* Ist / €
Oper	Osfassade Restfinanzierung	209.023	226.015
	Fußboden Seitenbühne	30.000	20.099
	Umbau alte Schneiderei/Requisite/Maske	50.000	70.870
	Klimasteuerung Saal	17.000	0
	Maschinen/Geräte (GWG)	42.000	39.801
	Veranstaltungstechnik	40.000	34.600
	Anlagengegenstände	30.000	29.869
	Klimasteuerung Orchesterprobensaal	10.000	9.516
	Dach Bühnenturm	13.000	13.892
	Kassenhalle - Rekobeginn	18.000	31.173
	Ersatz Mikorportanlage	130.000	136.829
	Baumaßnahmen		36.039
	Proszenium - Rekobeginn		4.191
	Planungskosten Westfassade u. a.		11.852
	Fußboden Probebühne, Beginn		4.780
	Telefonanlage - Ergänzung		2.900
	Summe	589.023	672.426
	Staatskapelle	Klima Basslager Gosenstraße	30.000
Instrumente/Anlagengegenstände		20.000	12.763
Summe		50.000	12.763
Kulturinsel	Baumaßnahmen	35.000	33.105
	Klima Saal	20.000	13.166
	Veranstaltungstechnik Schauspiel	15.000	14.543
	Veranstaltungstechnik Puppentheater	10.000	10.605
	Maschinen/Geräte (GWG)	10.000	9.562
	Reko Kammer	100.000	159.461
	Summe	190.000	240.442
Thalia	Veranstaltungstechnik/Inszenierungen	10.000	7.152
	Baumaßnahmen	40.000	34.377
	Maschinen/Geräte (GWG)	10.000	2.533
	Summe	60.000	44.062
Zentraler Bereich	EDV - Hardware/Software	30.000	29.562
	Schlosserei/Schneiderei	862.051	699.522
	BMA Tischlerei		34.578
	Maschinen/Geräte (GWG)	10.000	10.419
	Summe	902.051	774.081
Gesamt		1.791.074	1.743.774

* gemäß Beschluss vom Aufsichtsrat vom 16.03.2012

Im Investitionsplan für 2011/2012 waren im Rahmen des Wirtschaftsplanes zunächst Aufwendungen in Höhe von 900 T€ vorgesehen. Durch zeitliche Verzögerungen bei der Fertigstellung der Investitionsvorhaben Ostfassade Oper und Neubau Schlosserei/Schneiderei hatten sich die Finanzierungsanteile für beide Objekte in das laufende Wirtschaftsjahr verschoben. Der Aufsichtsrat beschloss aus diesem Grund am 16. März 2012 einen veränderten Investitionsplan mit einem Gesamtvolumen von 1.791.074 €.

Die sich über mehrere Jahre erstreckenden Schwerpunktvorhaben Ostfassade und Neubau Schlosserei/Schneiderei sind im Geschäftsjahr 2011/2012 fertiggestellt, übergeben und abgerechnet worden. Für die Sanierung der Ostfassade waren ursprünglich Kosten in Höhe von 785.000 € angesetzt worden. Davon sollten 300.000 € aus Fördermitteln finanziert werden. Durch Nachtrag sind die Plankosten im Laufe der Baudurchführung um 180.000 € auf 965.000 € erhöht worden. Bis zum 31. Juli 2012 waren Mittel in Höhe von 755.977 € in Anspruch genommen worden, für das Wirtschaftsjahr 2011/2012 verblieb ein Restanteil in Höhe von 209.023 €. Die Ist-Kosten belaufen sich demgegenüber auf 226.015 €. Mithin betragen die Gesamtaufwendungen

Aufwendungen gesamt	Plan / €	Ist / €
	950.000	981.992
davon GmbH	650.000	620.529
Fördermittel	300.000	361.463

Für den Neubau Schlosserei/Schneiderei waren einschließlich Planungsphase nach letztem Planungsstand Gesamtkosten von 2.371.000 € veranschlagt gewesen. Zur Finanzierung standen 1.800.000 € Fördermittel aus dem Konjunkturprogramm II zur Verfügung. Bis zum 31. Juli 2012 war eine Finanzierung in Höhe von 1.508.949 € erfolgt. Die Differenz zu den geplanten Gesamtkosten in Höhe von 862.051 € wurde im Investitionsplan 2011/2012 eingestellt. Dieser Betrag ist bis zum 31. Juli 2012 mit Ausgaben in Höhe von 699.522 € in Anspruch genommen worden.

Aufwendungen gesamt	Plan / €	Ist / €
	2.371.000	2.208.471
davon Konjunkturprogramm	1.800.000	1.800.000
GmbH	571.000	408.471

Aus der Sicht des Auftraggebers ist das Vorhaben damit abgeschlossen. Die geplanten Kosten wurden um 163 T€ unterschritten. Allerdings hat der ausführende Baubetrieb Tief und Spezialbau Halle einen zusätzlichen Finanzierungsanspruch in Höhe von 306 T€ angemeldet. Daraus kann sich unter Umständen ein langwieriger Rechtsstreit ergeben.

Durch die Minderausgaben für den Neubau Schlosserei/Schneiderei und die Erhöhung des Fördermittelanteils an der Ostfassade verringerte sich der Bedarf an Eigenmitteln für Investitionen im Geschäftsjahr unter Berücksichtigung der Mehrkosten an der Ostfassade um 207 T€.

In diesem Rahmen war es möglich, Mehrkosten, die bei Instandsetzungsmaßnahmen in der Oper, beim Brandschutz in den Werkstätten sowie bei der Sanierung der Kammerbühne auf der Kulturinsel anfielen, abzudecken. Gleichwohl ist der Mitteleinsatz der GmbH für Investitionen im Ergebnis um 109 T€ niedriger als im Plan vorgesehen.

5. Vermögens- und Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte mit Einbringung des Vermögens der Eigenbetriebe und durch Einlage des Vermögens der Stadt über ein Anlagevermögen am 31.07.2009 in Höhe von 28.460 T€.

Das Anlagevermögen erhöhte sich zum 31.07.2012 auf 29.972 T€, das Stammkapital (25 T€) und die Kapitalrücklage (28.716 T€) werden zum Bilanzstichtag in unveränderter Höhe ausgewiesen.

Bedingt durch den Gewinn von 39 T€ erhöht sich das Eigenkapital zum 31.07.2012 um diesen Betrag auf 28.186 T€.

Die Bilanzaktivseite beinhaltet Forderungen gegen die Gesellschafterin in Höhe von 413 T€. Die liquiden Mittel belaufen sich auf 2.210 T€.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 39 T€ ab.

6. Zukunft

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle mit ihren künstlerisch eigenständigen Sparten sowie einem Schauspielstudio stellt ein großartiges Potential in der Stadt Halle (Saale) und im Land Sachsen-Anhalt dar. Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle verfügt bis zum Ende des Geschäftsjahres 2012/2013 über ein relativ hohes Maß an Planungssicherheit, da bis 2012 die Landeszuschüsse und die städtischen Zuschüsse festgeschrieben sind und für 2013 Zusagen zur Fortführung der Förderung in unveränderter Höhe vorliegen. In diesem Rahmen bestehen Risiken zu einem in der Besuchergewinnung und der darauf basierenden Erlösrealisierung, zum anderen in der Gewährleistung der geplanten Kostenentwicklung.

Für die Zeit ab Beginn des Kalenderjahres 2014 besteht für die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle ein stark erhöhtes Risiko, da noch keine Aus- und Zusagen über die Höhe der jährlichen Zuschüsse vorliegen. Die Gesellschaft hat für alle Beschäftigten Haustarifverträge abgeschlossen. Diese gelten für die Musiker der Staatskapelle Halle mindestens bis zum Jahre 2017 und schließen den Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen bis zum Ende der Laufzeit aus. Für die anderen Beschäftigten bestehen die Haustarifverträge bis zum Sommer 2014. Betriebsbedingte Kündigungen können erst nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014/2015 wirksam werden. Sofern die im Sommer auslaufenden Haustarifverträge keine Verlängerung erfahren, müssen alle nach NV-Bühne und nach TVöD beschäftigten Mitarbeiter ab 01. August 2014 wieder nach Flächentarif vergütet werden.

Unter Beachtung der bereits in den Geschäftsjahren 2012/2013 und 2013/2014 bestehenden planmäßigen Verlustergebnisse, weiterer Tarifierhöhungen sowie vor allem der Mehrkosten durch Wegfall der Haustarifverträge wird sich im Geschäftsjahr 2014/2015 ein Finanzmehrbedarf von etwa 3 Mio. € gegenüber dem Zuschuss des Geschäftsjahres 2012/2013 von 32,6 Mio. € ergeben.

Die Theater, Oper und Orchester GmbH Halle verfügt weder über die Möglichkeit, bis zum 31. Juli 2014 Personal abzubauen noch kann der Kostenaufwuchs durch Einnahmesteigerungen oder Senkung der Sachaufwendungen kompensiert werden. Die Sicherung der Liquidität der Gesellschaft setzt voraus, dass

- im Geschäftsjahr 2013/2014 der Zuschuss mindestens in der Höhe des Jahres 2012/2013 von 32,6 Mio. € beibehalten wird.
- im Geschäftsjahr 2014/2015 bei Rückkehr zum Flächentarif eine Erhöhung des Zuschusses um 3 Mio. € erfolgt oder die Haustarifverträge für die nach NV-Bühne oder TVöD Beschäftigten verlängert werden.

Die Verlängerung setzt voraus, dass die Zuschüsse um die kommenden Tarifierhöhungen dynamisiert werden.

Verhandlungen über eine Verlängerung der Haustarifverträge können erst aufgenommen werden, nachdem verbindliche Aussagen des Landes und der Stadt über die Zuschussentwicklung der nächsten Jahre vorliegen.

Das Fehlen dieser entscheidenden Vorgaben kann auch zu Behinderungen in der Erstellung des Wirtschaftsplanes für das Geschäftsjahr 2013/2014 führen.

Mit Datum vom 12. Juli 2012 wurde die Spielstätte des Thalia Theaters an den Verein „Gesellschaft der Freunde des Thalia Theaters e. V.“ übergeben.

Zoologischer Garten Halle GmbH*

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: juristischer/postalischer Sitz
Fasanenstraße 5a
06114 Halle (Saale)

Rechtsform: GmbH
Stammkapital in T€: 26

Gesellschafter:	T€	%
Stadt Halle (Saale)	26	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Betrieb und Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie die Sicherung seiner zukünftigen Entwicklung. Die Zoologischer Garten Halle GmbH ist ein Zoologischer Garten, der der Erholung und Bildung der Bevölkerung dient, der im Rahmen seiner Aufgabenstellung die biologische Wissenschaft und Forschung unterstützt, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an der internationalen Kooperation Zoologischer Gärten für den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tierarten beteiligt, sich für die Belange des Tierschutzes in der Stadt Halle engagiert und sich um eine enge Zusammenarbeit mit allen Institutionen und Personen bemüht, die gleiche Ziele verfolgen. Zur Einreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, Unternehmen zu errichten, zu übernehmen, zu erwerben und sich an solchen zu beteiligen, die geeignet sind, den Zweck der Gesellschaft zu befördern.

Öffentlicher Zweck:

Der Zoologische Garten Halle dient in erster Linie sowohl kulturellen als auch wissenschaftlichen Zwecken. Im öffentlichen Bereich ergeben sich auch Ziele des Tourismus die letztlich der Wirtschaftsförderung dienen.

b) Besetzung der Organe

Geschäftsführung Jacob, Andreas

Aufsichtsrat

Vorsitzender	Neumann, Wolfram
stellv. Vorsitzender	Töpper, Gernot
	Andrä, Erwin
	Hajek, Andreas
	Hopfgarten, Klaus
	Paulsen, Oliver

* Bis zum Redaktionsschluss des Beteiligungsberichtes ist keine Feststellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgt.

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Aufsichtsrat	1	1	
Beirat			1

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	27.134	96	28.535	98	31.107	98	-1.401	-5
Umlaufvermögen	975	4	538	2	777	2	437	81
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	7	0	11	0	4	57

Bilanzsumme	28.120	100	29.080	100	31.895	100	-960	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	4.283	15	4.553	16	6.031	19	-270	-6
Sonderposten für Investitionszulagen	12.370	44	13.092	45	13.903	43	-722	-6
Sonderposten für rückzuführende Zuschüsse	10.792	38					10.792	
Rückstellungen	491	2	486	2	511	2	5	1
Verbindlichkeiten	142	1	10.918	37	11.405	36	-10.776	-99
Rechnungsabgrenzungsposten	42	0	31	0	45	0	11	35

Bilanzsumme	28.120	100	29.080	100	31.895	100	-960	-3
--------------------	---------------	------------	---------------	------------	---------------	------------	-------------	-----------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.304	1.481	1.205
sonstige betriebliche Erträge	5.717	5.083	5.474
Materialaufwand	1.117	1.060	1.006
Personalaufwand	2.822	2.877	2.969
Abschreibungen	1.767	1.801	1.794
sonstige betriebliche Aufwendungen	883	889	1.006
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	54	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	704	465	587
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-260	-474	-677
außerordentliche Erträge		997	
außerordentliche Aufwendungen		1.990	792
außerordentliches Ergebnis		-993	-792
sonstige Steuern	10	11	11
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-270	-1.478	-1.480
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-270	-1.478	-1.480

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:	-20,72	-99,80	-122,81	%
Eigenkapitalrentabilität:	-5,93	-24,51	-19,71	%
Cash-Flow:	1.497	323	314	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	88	84	91	T€
Personalaufwandsquote:	40,19	43,83	44,45	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	96,49	98,10	97,50	%
Eigenkapitalquote:	15,23	15,66	18,91	%
Fremdkapitalquote:	84,77	84,34	81,09	%

ee) Leistungsdaten

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Besucher	267.000,00	319.775,00	263.343,00	Anzahl
Tierbestand	1.710,00	1.602,00	1.656,00	Anzahl

e) Lagebericht

Wirtschaftsbericht

Die wirtschaftliche Gesamtsituation war im Jahr 2012 in wesentlichen Punkten mit der der vergangenen Jahre vergleichbar. Dieser Umstand ist von Bedeutung für die Unterhaltung und Betreibung von kulturellen Einrichtungen, zoologische Gärten gehören dazu, die als weiche Standortfaktoren für die Attraktivität einer Region maßgeblich sind. Die Besucherentwicklung in den deutschsprachigen Zoos war immer an die wirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Umfeldes gekoppelt. Daneben wirken aber auch andere Faktoren, wie zum Beispiel ungünstiger Witterungsverlauf oder der demografische Wandel der Gesellschaft, der alle Lebensbereiche betrifft, entscheidend auf den Erfolg von Kultureinrichtungen ein.

Die Zoo Halle GmbH, die seit dem 01.01.1995 eigenständig in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung firmiert, dient vom Zweck her nach wie vor dem Betrieb und der Verwaltung des Zoologischen Gartens Halle sowie der Sicherung seiner künftigen Entwicklung.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Zoo Halle GmbH ist im Jahr 2012 von zwei bedeutsamen Ereignissen geprägt, die auch für die künftige Entwicklung der Gesellschaft von Bedeutung sein werden:

1. Die Gesellschaft wurde durch die Gesellschafterin entschuldigt.
2. Die Gesellschafterin stellte der Gesellschaft Mittel zur Verfügung, um über eine energetische Ertüchtigung den Energieeinsatz zu senken und die Ressourceneffizienz zu erhöhen.

Neben dieser strategischen Ausrichtung ging es im operativen Geschäft darum, im Jahr 2012 das geplante Ergebnis bei den Besucherzahlen, entsprechend dem langjährigen Trend mit 300.000 Gästen kalkuliert, zu erreichen. Dieses Ziel wurde um 33.000 Besucher verfehlt. Das ist im Wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Der Witterungsverlauf im Jahr 2012 war „Zoo-unfreundlich“, was sich besonders auf die für uns wichtigen Wochenenden, Feiertage und Schulferien auswirkte.
2. Die im Vorjahr erzielten Besucherzuwächse, speziell durch die Wiedereröffnung der Totenkopffaffenanlage im Jahr 2011, konnten nicht wiederholt werden. Hier zeigt sich deutlich, dass viele Besucher bei einem Zoobesuch eine Attraktivitätssteigerung durch Neuanlagen erwarten.
3. In der ersten Hälfte des Jahres 2012 konnte die Gesellschaft Anstrengungen, wie sie im Jubiläumsjahr entwickelt wurden, nicht im gleichen Maße fortsetzen. Mit der personellen Verstärkung des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit im Mai 2012 wurden Maßnahmen eingeleitet, die letztlich noch nicht in dem Maße ergebniszeitig sein konnten, was aber in den kommenden Jahren zu erwarten ist.

Bei den Umsatzerlösen wurde aufgrund der geringen Erfüllung der Besucherzahlen die Plankennziffer nur mit 89 % erfüllt. Hier ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang der durchschnittlichen Erlöse pro Besucher zu verzeichnen. Der geplante Erlös von 4,38 € wurde um 0,36 € verfehlt. Dieses Einnahmedefizit konnte bei den Aufwendungen nur in bedingtem Umfang ausgeglichen werden. Das ist von besonderer Bedeutung, da ein Rückgang der Liquiditätsreserve der Gesellschaft zu verzeichnen ist.

Der im Jahre 2011 abgeschlossene Sponsoringvertrag mit der Saalesparkasse bringt aufgrund seiner Laufzeit mittelfristige Planungssicherheit für die Zoo Halle GmbH und einen wichtigen Ertragszuwachs.

Im Rahmen des Projektes Zukunftsfonds Halle (Saale) wurde die Entschuldung der Gesellschaft im Jahr 2012 durch die Ablösung der Kredite bei der Saalesparkasse vorgenommen. Dadurch verringerte sich vereinbarungsgemäß der städtische Zuschuss um den jährlich aufzubringenden Kapitaldienst in Höhe von 787 TEUR. Im Geschäftsjahr 2012 wurde aufgrund der unterjährig erfolgten Kreditablösung eine anteilige Zuschussreduzierung von 589 TEUR realisiert. Die zur Kreditablösung bereitgestellten Mittel werden im Sonderposten für „Rückzuführende Zuschüsse“ ausgewiesen. Sie werden jährlich um den Betrag der Annuität zur Darlehensbedienung aufgelöst. Die nicht zahlungswirksamen Auflösungen wirken sich vollumfänglich ergebnisverbessernd aus.

Aus dem Zukunftsfonds Halle (Saale) erhielt die Gesellschaft einen weiteren Zuschuss für die energetische Ertüchtigung in Höhe von 700,3 TEUR. Diese Mittel sind ebenfalls im Sonderposten für „Rückzuführende Zuschüsse“ bilanziert. In den folgenden Jahren erfolgt die Kürzung des Betriebsführungszuschusses um den Betrag der geplanten Einsparungen.

Der Personalbestand der Gesellschaft orientierte sich an der Planvorgabe, die eingehalten wurde. Die zahlungswirksamen Aufwendungen für Löhne und Gehälter gingen gegenüber dem Vorjahr zurück. Dies wurde insbesondere aufgrund von Einsparungen durch langzeiterkrankte Mitarbeiter erreicht. Dieser Fakt ist jedoch insofern kritisch zu betrachten, dass eine zufallsbedingte Situation gegeben war.

Die Aufwendungen für Material und der sonstige betriebliche Aufwand wurden mit 10,4 % mehr in Anspruch genommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Positionen Wasser und Abwasser, Gas und Heizöl, Futtermittel sowie Wartung und Erhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung und Dienstleistungen.

Grundsätzlich zeigt sich deutlich, dass die Planungsansätze der Gesellschaft nicht auskömmlich waren. So sind, bedingt durch die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft, beispielsweise witterungsbedingte Mindereinnahmen nicht gedeckt und führten dadurch zwangsläufig zu einem Rückgang der Liquidität der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2012 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von 280.000 € aus. Das Ergebnis ist damit um 291.000 € besser als geplant, was darauf zurückzuführen ist, dass mit Rückzahlung der Kreditverbindlichkeiten die Zinsaufwendungen entfallen sind. In diesem Zusammenhang angefallene Vorfälligkeitsentschädigung und Verzugszinsen wurden von der Gesellschafterin übernommen und haben sich somit nicht ergebnismindernd ausgewirkt.

Die Erhöhung der Liquidität zum Bilanzstichtag ist darauf zurückzuführen, dass von den im Geschäftsjahr zugeflossenen Zuschüssen für Maßnahmen zur energetischen Ertüchtigung in Höhe von 700,3 T€ bis zum 31. Dezember 2012 Zuschüsse in Höhe von 665,7 T€ noch nicht verbraucht wurden. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird im Wesentlichen im Folgejahr erfolgen. Ohne die für diese Maßnahmen zu verwendenden Mittel würden die liquiden Mittel zum 31.12.2012 nicht 898,1 T€, sondern 232,5 T€ betragen. Bereinigt um diesen Effekt haben sich die liquiden Mittel gegenüber dem 31.12.2011 um 182,7 T€ reduziert. Die Liquiditätsreserve ist damit nicht ausreichend für eine Gesellschaft unserer Größe.

Die Investitionstätigkeit der Gesellschaft wurde 2012 im Wesentlichen durch Aktivitäten bei der Erstellung der Känguru-Emu-Anlage, einem Geschenk des Fördervereins, geprägt. Insgesamt wurden durch den Förderverein bis zum 31.12.2012 Mittel in Höhe von 130.787,29 € bereitgestellt.

Die übrigen Investitionsaktivitäten beziehen sich im Wesentlichen auf den Ersatz verschlissener Investitionsmittel.

Risikobericht

Die weitere Tätigkeit der Gesellschaft und deren Existenz sind abhängig von den Zuschüssen der Gesellschafterin.

Wie bereits in den Vorjahren berichtet, strebt die Geschäftsführung an, dass die einzelnen Teilgebiete, die ein erfolgreiches Zoogeschehen ausmachen, weiter gleichmäßig entwickelt werden müssen. Das heißt, dass der Zoo seine Aufgaben als Erholungs- und Bildungsstätte, als Ort wissenschaftlicher Tätigkeit und als eine dem Artenschutz verpflichtete Einrichtung weiterhin erfüllen muss.

Der Zoo ist aufgrund der Entschuldung durch die Gesellschafterin nicht nur von der Darlehenslast befreit, auch besteht nunmehr kein Zinsänderungsrisiko bei künftigen Darlehensverlängerungen.

Der Zoo ist derzeit nicht in Gerichts- und Schiedsverfahren involviert.

Ausfallrisiken im Sinne einer Betriebsgefährdung besehen nur durch höhere Gewalt oder bei behördlicher Schließung infolge einer auftretenden Seuche.

Mit den geplanten Maßnahmen der energetischen Ertüchtigung ist beabsichtigt, den Aufwand der Gesellschaft speziell für Gas und Heizöl jährlich um zunächst 30.000 € und ab 2014 um 48.000 € zu senken. Nach dem Abschluss dieser Vereinbarung führten jedoch Veränderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz dazu, dass die Gesellschaft im Jahr 2013 im Elektroenergiebereich, ohne höheren Verbrauch, 28.800 € für die Kosten des EEG bezahlen muss. Das stellt die Gesellschaft vor eine besonders große Herausforderung.

Im Betriebsablauf ist ein Risiko-Management-System integriert. So können Veränderungen in den Bereichen Besucherzahlen, Personal, Tiergesundheit usw. rechtzeitig erkannt und korrigiert werden.

Durch den Geschäftsführer werden die Mitarbeiter regelmäßig über die aktuelle Situation informiert. Auf diesen Informationsveranstaltungen erfolgt eine Rückkopplung zum Geschäftsführer. Die monatliche Planbetrachtung und die quartalsweise Unterrichtung der BMA Halle führen ebenfalls zu einer regelmäßigen Risikoabschätzung und zur Einleitung von Gegenmaßnahmen.

Der Gesellschafterin, dem Aufsichtsrat, dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und der Saalesparkasse soll an dieser Stelle ausdrücklich für die erwiesene Hilfestellung im Berichtszeitraum gedankt werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht bekannt.

Für das Jahr 2013 wird mit einer deutlichen Stabilisierung des Besucherergebnisses gerechnet. Neben einem Ausbau der Marketingaktivitäten soll das auch durch die Fertigstellung des Umbaus der verschlissenen Mähnenwolfanlage zur modernen Känguru-Emu-Anlage gelingen.

Die Gesellschaft plant bis 2016 mit jährlich 300.000 Besuchern. Die erwarteten Ergebnisse aus der geschäftlichen Tätigkeit des Zoos werden sich voraussichtlich auf dem Niveau des Jahres 2012 bewegen.

3.8 BETEILIGUNGSMANAGEMENT

BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)

a) Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Anschrift: Universitätsring 6a
06108 Halle (Saale)

Rechtsform: Anstalt des öffentlichen Rechts

Stammkapital in T€: 10

Gewährträgerin:		T€	%
	Stadt Halle (Saale)	10	100,00

Gegenstand des Unternehmens:

Zweck der Anstalt ist die Durchführung des Beteiligungsmanagements der Stadt Halle (Saale) im Sinne von § 118 Absatz 4 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Öffentlicher Zweck:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus § 118 Abs. 4 GO-LSA. Danach hat eine geeignete Stelle das Beteiligungsmanagement zu gewährleisten. Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ist diese geeignete Stelle.

b) Besetzung der Organe

Vorstand Lork, Heinrich

Verwaltungsrat	Vorsitzende	Szabados, Dagmar	(bis 30.11.2012)
	Vorsitzender	Dr. Wiegand, Bernd	(seit 01.12.2012)
		Bönisch, Bernhard	
		Dr. Brock, Inés	
		Geier, Egbert	
		Hintz, Katharina	
		Kley, Gerry	
		Knöchel, Swen	

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010
	T€	T€	T€
Verwaltungsrat	8	8	7

d) Geschäftsentwicklung

aa) Bilanzdaten

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Aktiva								
Anlagevermögen	144	36	160	32	184	40	-16	-10
Umlaufvermögen	252	63	328	67	266	59	-76	-23
Rechnungsabgrenzungsposten	5	1	4	1	5	1	1	25

Bilanzsumme	401	100	492	100	455	100	-91	-18
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

	2012		2011		2010		Veränderungen 2012 zu 2011	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Passiva								
Eigenkapital	119	30	202	41	143	31	-83	-41
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	50	12	70	14	97	21	-20	-29
Rückstellungen	195	49	183	37	175	39	12	7
Verbindlichkeiten	37	9	37	8	40	9	0	0

Bilanzsumme	401	100	492	100	455	100	-91	-18
--------------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------	------------

bb) GuV

	2012	2011	2010
	T€	T€	T€
sonstige betriebliche Erträge	849	974	807
Personalaufwand	624	619	567
Abschreibungen	27	37	32
sonstige betriebliche Aufwendungen	140	132	125
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	4	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	55	184	85
außerordentliches Ergebnis	0	0	-7
Rückzahlung von Betriebskostenzuschüssen	0	47	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	55	137	78

cc) Kennzahlen zur Ertragslage

	2012	2011	2010	Angaben in
Umsatzrentabilität:				%
Eigenkapitalrentabilität:	x	x	x	%
Cash-Flow:	82	221	110	T€
Gesamtleistung je Mitarbeiter:	121	122	115	T€
Personalaufwandsquote:	73,50	63,54	70,25	%

dd) Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur

	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	Angaben in
Sachanlagenintensität:	12,30	13,60	17,68	%
Eigenkapitalquote:	29,76	41,05	31,42	%
Fremdkapitalquote:	70,24	58,95	68,58	%

ee) Leistungsdaten

keine Angaben

e) Lagebericht

Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) - im Folgenden „BMA“ oder „Anstalt“ genannt - richtete sich im Wirtschaftsjahr 2012 im Wesentlichen an folgenden **vom Verwaltungsrat beschlossenen Zielvorgaben** aus:

1. Beteiligungsbericht für das Jahr 2011 nach GO-LSA

Der **Beteiligungsbericht** der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011 **im Sinne von § 118 GO-LSA** wurde **fristgerecht erstellt**. Bei der Einbringung der Haushaltssatzung 2013 lag er dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor.

Wiederum bewährte sich bei der Erstellung des Berichtes die **von der BMA** mit einem Software-Haus **entwickelte** EDV-technische Lösung, die zu einem **weitgehend automatisierten Prozess** der Berichtserstellung führt.

2. Beteiligungsbericht für das Jahr 2011 in Kurzform

Ein **Beteiligungsbericht** für das Jahr 2011 **in Kurzform** (Kurzbericht) wurde auf Anregung des Verwaltungsrates zum zweiten Mal erstellt.

Bezweckt wird eine kurzweilige, graphisch aufgewertete und plakative Darstellung der Aktivitäten der städtischen Beteiligungen. Losgelöst von dem strengen formalistischen Korsett der Regelungen nach § 118 GO-LSA soll das Interesse der BürgerInnen an den städtischen Beteiligungen mit ihren umfangreichen Dienstleistungsangeboten außerhalb der Kernverwaltung geweckt werden.

Verteilt wurde der Kurzbericht an rund 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Führungskräfte der Beteiligungen, sachkundige Einwohner sowie Beigeordnete und Amtsleiter.

3. Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen

Mit der Ermittlung von Bilanzierungsansätzen unmittelbarer städtischer Beteiligungen für die Bilanz wird die Stadt Halle (Saale) bei der Umstellung des städtischen Haushaltes auf die sogenannte „Doppik“ seit dem Jahr 2008 unterstützt.

Die Verifizierung der Bilanzansätze in Vorjahren zeigte, dass die **Entwicklung** der Wertansätze durch Veränderungen im Beteiligungsportfolio und durch strategische Entscheidungen beeinflusst wird. Im **Jahr 2011** blieben die Wertansätze im Saldo nahezu unverändert. Die strategische Steuerung der Beteiligungen wurde nicht geändert.

4. Beteiligungs-Reports

Mit den Beteiligungs-Reports wurde vierteljährlich über die wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven der wichtigsten kommunalen Unternehmen und sonstigen Einrichtungen berichtet.

Das erste Ziel des Beteiligungs-Reports besteht in der Risiko-Früherkennung, um dann den Steuerungsbedarf für Beteiligungen benennen zu können.

Als zweites Ziel wird die Erweiterung der Entscheidungsbasis angestrebt, wenn im städtischen Gremiendurchlauf Finanzbeziehungen zwischen dem städtischen Haushalt und den Beteiligungen zu beurteilen sind.

Zahlreiche Entscheidungen zu den Beteiligungen im Konzern der Stadt Halle (Saale) sind durch Informationen aus der quartalsweisen Berichterstattung initiiert bzw. geprägt worden.

5. Informationsveranstaltungen zur Grundstruktur der Steuerung städtischer Beteiligungen

Informationsveranstaltungen zur Grundstruktur der Steuerung städtischer Beteiligungen wurden inhaltlich konzipiert und bei einigen Fraktionen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bereits durchgeführt.

Der **Zweck** der Informationsveranstaltung besteht darin, den zeitnah in den städtischen Gremiendurchlauf einzubringenden Public Coporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) auf Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses strukturiert erörtern zu können. Die komplexen Wirkungszusammenhänge sollen losgelöst von den spröden juristischen Vorschriften des Kodexes erläutert werden.

Neben der Darstellung eines angemessenen Einflusses der Stadt sowie der Aufgaben und der Rolle der Akteure können auf Wunsch auch betriebswirtschaftliche Zusammenhänge besprochen werden.

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung wurden bereits im Vorjahr definiert. Sie dienen dem Ziel einer Steigerung von Effizienz, Transparenz und Kontrolle der städtischen Beteiligungen. Insbesondere Standards guter und verantwortungsvoller Führung bzw. Steuerung werden damit festgelegt. Letztlich handelt es sich um eine Durchführungs-Verordnung zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale). Darin werden Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt konkretisiert.

6. Übrige Aufgabenschwerpunkte

Einen **Zukunftsfonds** der Stadt Halle (Saale) hat die BMA initiiert, um weitere Effekte zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes erzielen zu können.

Letztlich geht es um die wirtschaftlichste Verwendung von Finanzmitteln aus der gesellschaftsrechtlichen Neustrukturierung der Stadtwerke-Gruppe (sogenannte VNG-Gelder).

Im Ergebnis umfangreicher und zeitintensiver Verhandlungen mit dem städtischen Beteiligungsmanagement ist das Landesverwaltungsamt dem Lösungsansatz der BMA zur wirtschaftlichsten Verwendung der Finanzmittel unter dem Titel „Zukunftsfonds Halle (Saale)“ weitestgehend gefolgt. **Finanzmittel von 39,5 Mio. €** sind für sechs Maßnahmen **frei gegeben** worden. Durch die vorzeitige Ablösung von Krediten wird die Finanzsituation des Konzerns Stadt Halle (Saale) entlastet. Energetische Sanierungen, der Abriss leer stehender städtischer Gebäude u. ä. Maßnahmen sollen zur Entspannung der Haushaltslage der Stadt beitragen.

Die Umsetzung der Maßnahmen des Zukunftsfonds erfolgt im Konzern der Stadt sukzessive.

Mit dem „**Shared Service Projekt**“ hat die BMA einen weiteren Baustein zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes entwickelt. Synergie-Effekte im Konzern der Stadt Halle (Saale) sollen gehoben werden.

Prozesstreiber bei der Umsetzung der einzelnen Projekte ist ebenfalls die Kernverwaltung.

Die Erbringung von **Konsolidierungsbeiträgen** der Wohnungswirtschaft und der Stadtwerke-Gruppe für den städtischen Haushalt kontrollt das städtische Beteiligungsmanagement auf Bitten der Stadt permanent.

Die **Mandatsbetreuung** erfolgt zu den jeweiligen Sitzungen insbesondere durch standardisierte Reports an und durch koordinierte Vorbesprechungen mit den Mitgliedern der Aufsichtsgremien.

Unter dem Titel „**Erfolgsfaktoren für die kommunale Wohnungswirtschaft**“ hat die BMA einen Vorschlag für die Umsteuerung der beiden städtischen Wohnungsunternehmen unterbreitet. In die Planungs-Entscheidungen der Aufsichtsräte der beiden städtischen Wohnungsunternehmen sind die Überlegungen eingeflossen.

Einen **Statusbericht** und einen **Ausblick** zu den **Finanzbeziehungen** des städtischen Haushaltes mit den kommunalen Beteiligungen hat die BMA in der Sitzung des Finanzausschusses am 10. Juli 2012 vorgetragen.

Lage der Anstalt

Die **Finanzierung** der Anstalt wird durch Investitions- bzw. Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale) **abgesichert**.

Im Wirtschaftsjahr 2012 hat die Anstalt die **Betriebskostenzuschüsse** von 821 TEUR in Höhe von 55 TEUR nicht verbraucht.

Nach dem Allgemeinen Haushaltsgrundsatz für die Gemeindegewirtschaft aus § 90 Abs. 2 GO-LSA, die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen, wurden Personal- und Sachkosten eingespart.

Hinsichtlich der Entwicklung des Eigenkapitals, der Rückstellungen und des Personalaufwandes wird ferner auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Die **Liquidität** war im Wirtschaftsjahr 2012 ganzjährig gesichert.

Ausblick

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten werden an folgenden **Zielvorgaben durch den Verwaltungsrat** ausgerichtet:

- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2012 im Sinne von § 118 GO-LSA
- Erstellung des Beteiligungsberichtes 2012 in Kurzform
- Erstellung der Beteiligungs-Reports
- Abgleich der Gesellschaftsverträge u. ä. mit dem Public Coporate Governance Kodex
- Optimierung des Layouts der Standard-Reports
- Verifizierung von Bilanzierungsansätzen städtischer Beteiligungen für die Bilanz der Stadt nach Doppik

Im folgenden Wirtschaftsjahr wird ein **ausgeglichenes Ergebnis erwartet**. Nicht mehr benötigte Ertragszuschüsse sollen an die Stadt Halle (Saale) zurückgezahlt werden.

Risikomanagement

Das System zur Früherkennung von Risiken richtet das besondere Augenmerk auf die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger mit der Unterstützung durch die BMA, zumal sich die Anstalt aus Zuschüssen von der Stadt finanziert.

Die Zufriedenheit der städtischen Entscheidungsträger wird als Risiko und Chance zugleich bei der BMA gesehen.

Steuerliche Verhältnisse

Die Anstalt ist unter der Steuer-Nummer 111/149/01948 beim Finanzamt Halle-Nord registriert. Sie gilt ausschließlich für die Lohnsteuer.

Die **Umsatzsteuer**-Identifikationsnummer lautet DE 240278977.

Mit Bescheid vom 02. Februar 2006 über den Antrag der BMA auf Erteilung einer allgemeinen Rechtsauskunft hat das Finanzamt Halle-Nord ausgeführt, dass körperschaftsteuerlich die BMA mit dem „reinen Beteiligungsmanagement“ keinen Betrieb gewerblicher Art führe. Sie betreibe nur eine Vermögensverwaltung für die Stadt.

Umsatzsteuerlich sei die BMA insoweit kein Unternehmer. Die Leistungen der BMA seien nicht umsatzsteuerbar.

Von der **Kapitalertragsteuer** ist die Anstalt befreit.

Das Finanzamt hat der BMA mit Datum vom 12.11.2012 die Bescheinigung nach § 44a Abs. 4 EStG wiederum ausgestellt. Damit sind Kapitalerträge im Zeitraum vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2015 nicht steuerpflichtig.

Wirtschaftliche Grundlagen

Zu dem Beteiligungsportfolio zählen rund 90 Eigenbetriebe, Stiftungen, Kapitalgesellschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Finanziert wird die Tätigkeit der BMA über Investitions- und Ertragszuschüsse der Stadt Halle (Saale).

Vorstand

Der Vorstand ist für die Zeit ab dem 1. Juni 2011 für weitere fünf Jahre vom Verwaltungsrat bestellt worden. Über eine anschließende individuelle Altersteilzeit ist er langfristig an die Stadt gebunden worden.

Personal

Zum Bilanzstichtag wurden acht (Vorjahr: sieben) Personen in Vollzeit beschäftigt. Dazu waren drei (Vorjahr: zwei) Personen geringfügig angestellt.

Das Vergütungskonzept umfasst auch eine leistungsabhängige Vergütung nach den Grundsätzen der Balanced Score Card.

Mit den vier Dimensionen Finanzen, Prozesse/Projekte, Umfeld und Personal wird ein ausgewogener Steuerungsbogen für pekuniäre Leistungsanreize geboten.

Die Zielvorgaben für die BMA werden zur internen Steuerung auf die einzelnen Mitarbeiter/-innen projiziert.

Personalwirtschaftlich wird der Steuerungsbogen dazu genutzt, über einen wirtschaftlichen Anreiz die Belegschaft zur Fort- und Weiterbildung zu motivieren. Personenspezifisch werden Fach- und Managementkenntnisse vertieft oder erweitert, um die Qualität der Aufgabenerfüllung zu optimieren.

Perspektivisch eröffnen sich dem Personal gleichzeitig weitergehende Positionen im Konzern der Stadt Halle (Saale).

Zur **Reorganisation** der BMA ab dem Jahr 2013 hat der Verwaltungsrat ein neues Stellenbedarfskonzept und darauf aufbauend einen Personalplan beschlossen. Bezweckt werden insbesondere die Sicherung termingerechter Mandatsbetreuung durch Beseitigung von Kapazitätsengpässen, eine ausgewogene Zuordnung auf die Leistungsträger der Anstalt sowie Redundanzen bei unfreiwilligem Ausfall eines Belegschafts-Mitgliedes.

Die **Anpassung der Gehälter** der Mitarbeiter/innen erfolgte nach den individualvertraglichen Regelungen auf Basis des vom Verwaltungsrat beschlossenen Vergütungskonzeptes.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen wird auf die diesbezüglichen Angaben im Anhang verwiesen.

Unterstützende Dienstleistungen werden durch eine Steuerberatungsgesellschaft für die Lohnbuchhaltung mit dem Programm „DATEV LODAS comfort V. 9.55“ erbracht. Für die EDV-gestützte Buchhaltung setzt die Anstalt seit dem 01.01.2006 das Programm „Lexware buchhalter plus V 18.0“ ein.